

Dieses Dokument enthält den

BASISPROSPEKT
der DekaBank Deutsche Girozentrale
vom 7. November 2017

für Nichtdividendenwerte gemäß Artikel 22 Absatz 6 Nr. 4 der EU-Prospektverordnung (Verordnung (EG) Nr. 809/2004, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**Prospektverordnung**“) in deutscher Sprache und zum Zwecke von Artikel 5.4 der EU-Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**Prospektrichtlinie**“); im Folgenden der „**Prospekt**“ der DekaBank Deutsche Girozentrale (im Folgenden auch „**DekaBank**“, „**Bank**“ oder „**Emittentin**“ genannt und zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften auch „**Deka-Gruppe**“ oder „**Konzern**“ genannt) unter dem

„Deka

DekaBank Deutsche Girozentrale

(Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts)

EMISSIONSPROGRAMM FÜR BONITÄTSABHÄNGIGE
SCHULDVERSCHREIBUNGEN II
(das „**Programm**“)

Der Prospekt wurde gemäß dem luxemburgischen Gesetz betreffend den Prospekt über Wertpapiere vom 10. Juli 2005 (*Loi relative aux prospectus pour valeurs mobilières*), in seiner jeweils gültigen Fassung, (das „**Luxemburger Prospektgesetz**“) von der *Commission de Surveillance du Secteur Financier* („**CSSF**“) als der zuständigen Behörde im Großherzogtum Luxemburg („**Luxemburg**“) (die „**Zuständige Behörde**“) gemäß dem Luxemburger Prospektgesetz gebilligt. Die Emittentin hat zusammen mit dem Antrag auf Billigung des Prospekts eine Notifizierung des Prospekts in die Bundesrepublik Deutschland („**Deutschland**“) beantragt und hat in diesem Zusammenhang bei der CSSF in ihrer Funktion als Zuständige Behörde ersucht, der zuständigen Behörde in Deutschland für diesen Prospekt eine Bescheinigung über die Billigung entsprechend Artikel 19 des Luxemburger Prospektgesetzes zu übermitteln („**Notifizierung**“). Die Emittentin kann während der Gültigkeit des Prospekts Notifizierungen in weitere Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (jeweils ein „**Mitgliedstaat**“ und zusammen die „**Mitgliedstaaten**“) bei der CSSF beantragen. Die Schuldverschreibungen sind und werden auch in der Zukunft nicht unter dem United States Securities Act of 1933, in seiner jeweils gültigen Fassung, registriert.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

INHALTSVERZEICHNIS

Teil A Zusammenfassung des Basisprospekts	Z-1-
Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise	Z-1-
Abschnitt B – DekaBank als Emittentin	Z-3-
Abschnitt C – Wertpapiere	Z-9-
Abschnitt D – Risiken	Z-15-
Abschnitt E – Angebot	Z-24-
Teil B Risikofaktoren	W-1-
B.1. Risiken in Bezug auf die Emittentin	W-3-
Risiko aufgrund von Änderungen der Bewertung der Fähigkeit zur Erfüllung der Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen – Rating-Veränderungen	W-3-
Risiken aufgrund von Änderungen oder Anwendungen rechtlicher oder regulatorischer Rahmenbedingungen bzw. Vorschriften	W-3-
Allgemeine Risiken	W-3-
Risiken im Zusammenhang mit bankaufsichtsrechtlichen Entwicklungen	W-4-
Risiken im Zusammenhang mit der Bankenunion und weiteren regulatorischen Maßnahmen	W-5-
Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund von Finanzmarkt- und Währungskrisen	W-6-
Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund von Branchenspezifika, konjunkturellem sowie politischem Umfeld und Marktrisiken	W-6-
Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells	W-7-
Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund der Informations- und Datenverarbeitungssysteme	W-8-
Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund von Akquisitionsaktivitäten	W-8-
Risikomanagement- und Risikosteuerungssystem	W-8-
Marktpreisrisiko	W-8-
Adressenrisiko	W-9-
Operationelles Risiko	W-9-
Geschäftsrisiko	W-9-
Reputationsrisiko	W-9-
Modellrisiko	W-9-
Liquiditätsrisiko	W-10-
Weitere Risikoarten	W-10-
Risikokonzentrationen	W-10-
Wesentliche Rechtsrisiken	W-11-
Ermittlungen wegen Steuersachverhalte in der Schweiz und Luxemburg	W-11-
Wertpapiergeschäfte und Kapitalertragsteuer	W-11-
B.2. Allgemeine Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen	W-13-
Die Schuldverschreibungen stellen möglicherweise kein geeignetes Investment für alle Anleger dar	W-13-
Emittentenrisiko/Bonitätsrisiko	W-13-
Keine Besicherung	W-13-
Ratings spiegeln unter Umständen nicht alle Risiken wider	W-14-
Risiken eingeschränkter Marktgängigkeit (Sekundärmarkt) und Liquidität	W-14-
Marktpreis von Schuldverschreibungen	W-14-
Finanzmarkturbulenzen	W-15-

Risiken im Zusammenhang mit dem Kreditinstitutereorganisationsgesetz und einem Sanierungs- und Abwicklungsverfahren (sog. „Bail-in Regelungen“) für Kreditinstitute und sonstige hoheitliche Eingriffe	W-15-
Wechselkursrisiko/Währungsrisiko	W-17-
Potenzielle Interessenkonflikte	W-17-
Rechtmäßigkeit des Erwerbs	W-18-
Risiken in Bezug auf Rechtsänderungen	W-18-
Risiken aufgrund regulatorischer oder steuerlicher Konsequenzen für den Anleger	W-18-
Preisfeststellung	W-18-
Einfluss von Absicherungsgeschäften der Emittentin	W-18-
Verschiedene Jurisdiktionen	W-18-
Rechtliche Rahmenbedingungen können bestimmte Investitionen beschränken	W-19-
Besteuerung	W-19-
Zahlungen unter den Schuldverschreibungen können in bestimmten Fällen einer U.S. Quellensteuer unterliegen	W-19-
Kreditfinanzierter Erwerb	W-19-
Risikoeinschränkende oder -ausschließende Geschäfte	W-20-
Preisfindung und Zuwendungen	W-20-
Transaktionskosten	W-20-
Risiken aufgrund der Einschaltung von Clearing-Systemen in Transfers, Zahlungen und Kommunikation	W-20-
Ausübung von Ermessen durch die Emittentin	W-21-
B.3. Risiken im Hinblick auf die Zinskomponente der Schuldverschreibungen	W-22-
Risiken im Hinblick auf die Verzinsung	W-22-
Nach dem Eintritt eines Kreditereignisses kann der Anspruch auf Zinszahlungen reduziert werden oder erlöschen	W-22-
B.4. Risiken im Hinblick auf die Rückzahlungskomponente der Schuldverschreibungen	W-23-
Risiken im Hinblick auf die Rückzahlung	W-23-
Nach dem Eintritt eines Kreditereignisses kann der Anspruch auf Rückzahlung reduziert werden oder erlöschen	W-23-
Risiken bei einer vorzeitigen Rückzahlung von Schuldverschreibungen (einschließlich Anfechtung)	W-23-
B.5. Besondere Risiken aufgrund der Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen	W-25-
Bonitätsrisiko hinsichtlich des Referenzschuldners	W-25-
Verlustrisiko	W-25-
Risiko bei einer Rechtsnachfolge	W-26-
Informationen zu den Referenzschuldnern	W-26-
Keine Ansprüche in Bezug auf den Referenzschuldner	W-26-
Risiken in Verbindung mit Referenzschuldnern in Schwellenländern	W-26-
Kreditereignis als dauerhafter Faktor	W-26-
Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Kreditereignisses	W-27-
Kein Schaden erforderlich	W-27-
Feststellungen durch ISDA, Rolle der Emittentin	W-27-
ISDA-Bedingungen und deren Auslegung können sich ändern	W-27-
Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit auf Basis einer ISDA-Auktion	W-27-
Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit durch Einholung von Quotierungen	W-28-
Mögliche Verschiebung von Zinszahlungen und der Rückzahlung	W-28-

Teil C Wichtige Hinweise und allgemeine Informationen	W-29-
C.1. Wichtige Hinweise	W-29-
1. Verantwortliche Personen	W-29-
2. Verbreitung und Verwendung des Prospekts	W-29-
3. Zustimmung zur Verwendung des Prospekts	W-30-
4. Billigung und Notifizierung	W-31-
5. Stabilisierung	W-31-
6. Informationen von Seiten Dritter	W-31-
7. Zukunftsgerichtete Aussagen	W-31-
8. Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind	W-31-
9. Bestimmte Definitionen	W-32-
C.2. Allgemeine Beschreibung des Programms	W-33-
1. Emissionsverfahren	W-33-
2. Programmvolumen	W-33-
3. Genehmigung	W-33-
4. Verwendung des Emissionserlöses	W-34-
5. Platzierung von Schuldverschreibungen	W-34-
6. Börsennotierung und Zulassung zum Börsenhandel von Schuldverschreibungen	W-34-
7. Clearing-Systeme	W-34-
C.3. Verkaufsbeschränkungen	W-35-
1. Vereinigte Staaten von Amerika	W-35-
2. Europäischer Wirtschaftsraum	W-37-
3. Vereinigtes Königreich	W-37-
4. Luxemburg	W-38-
5. Japan	W-38-
6. Allgemeines	W-38-
C.4. Andere allgemeine Informationen	W-39-
1. Einsehbare Dokumente	W-39-
2. Prospekt, Nachträge zu diesem, Endgültige Bedingungen und Nachfolgeprospekte	W-39-
3. Veröffentlichung und Verfügbarkeit	W-40-
4. Sprache	W-40-
5. Rating	W-41-

Teil D Informationen zu den Schuldverschreibungen	W-43-
D.1. Allgemeine Informationen zu Funktionsweisen und zu optionalen Ausstattungsmerkmalen der Schuldverschreibungen	W-43-
1. Allgemeine Informationen	W-43-
1.1. Wertpapiertyp und Status der Schuldverschreibungen	W-43-
1.2. Währung	W-43-
1.3. Stückelung	W-43-
1.4. Verbriefung	W-43-
1.5. Laufzeit	W-43-
1.6. Quellensteuer/Kapitalertragsteuer	W-43-
1.7. Methode der Preisfestlegung	W-44-
1.8. Sonderkündigungsrechte der Emittentin	W-44-
2. Referenzschuldner	W-45-
3. Funktionsweise der optionalen Rückzahlungskomponenten bei Fälligkeit der Schuldverschreibungen (Auszahlungsprofile gemäß § 5(1) und (4) der Emissionsbedingungen)	W-47-
3.1. Überblick über optionale Rückzahlungskomponenten.	W-47-
3.2. Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf einen Referenzschuldner (Single)	W-47-
3.3. Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf mehrere Referenzschuldner (Basket-pro rata) mit Barausgleich	W-48-
4. Funktionsweise der optionalen Zinskomponenten gemäß § 3 der Emissionsbedingungen.	W-49-
4.1. Überblick über optionale Zinskomponenten	W-49-
4.1.1. Allgemeines	W-49-
4.1.2. Festlegung/Berechnung des Zinssatzes bzw. des Zinsbetrages	W-49-
4.2. Zinskomponenten	W-49-
4.2.1. Einleitung	W-49-
4.2.2. Einheitliche Verzinsung	W-49-
4.2.3. Variierende Verzinsung (einschließlich Stufenzinsvarianten)	W-50-
5. Funktionsweise der optionalen vorzeitigen Rückzahlungsmöglichkeiten	W-51-
5.1. Emittentenkundigungsrechte gemäß § 5(2) und Anfechtungsrecht gemäß § 14(2) der Emissionsbedingungen	W-51-
5.2. Glaubigerkundigungsrechte	W-51-
6. Weitere Informationen zur Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen	W-53-
6.1 ISDA-Entscheidungen	W-53-
6.2 Auktionsverfahren; Bewertung der Bewertungsverbindlichkeiten durch die Emittentin	W-53-
6.3 Kreditereignisse	W-54-
6.4 Auswahl der Referenzschuldner durch die Emittentin	W-55-
D.2. Muster der Endgültigen Bedingungen	W-57-
D.3. Emissionsbedingungen	W-75-
A. Grundbedingungen	W-75-
Option I	W-75-
Satz der Emissionsbedingungen für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit einem Referenzschuldner	
Option II	W-115-
Satz der Emissionsbedingungen für bonitätsabhängige Schuldschuldverschreibungen mit mehreren Referenzschuldnern	

Teil E Steuern	W-157-
E.1. Deutschland	W-158-
1. Steuerinländer	W-158-
1.1. Im Privatvermögen gehaltene Schuldverschreibungen	W-158-
1.1.1. Einkommen	W-158-
1.1.2. Kapitalertragsteuer/Quellensteuer	W-159-
1.1.3. Veranlagungsverfahren	W-159-
1.2. Im Betriebsvermögen gehaltene Schuldverschreibungen	W-159-
1.3. Investmentsteuergesetz	W-160-
2. Steuerausländer	W-160-
3. Sonstige Steuern	W-160-
E.2. Luxemburg	W-161-
1. Nicht in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen	W-161-
2. In Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen	W-161-
E.3. Zwischenstaatlicher Informationsaustausch	W-162-
E.4. Finanztransaktionssteuer	W-163-
1. Vorschlag für eine EU Finanztransaktionssteuer („FTS“)	W-163-
2. Nationale Finanztransaktionssteuern	W-163-
E.5. FATCA	W-164-

Teil F Informationen zur Emittentin	W-165-
F.1. Allgemeine Angaben und historische Entwicklung	W-165-
1. Gründung, Firma und kommerzieller Name	W-165-
2. Rechtsform, Rechtsordnung, Dauer, Sitz und Register	W-165-
3. Satzungsgemäße Aufgaben und Geschäfte der DekaBank	W-166-
4. Geschäftsjahr und Bekanntmachungen	W-166-
5. Organe und Aufsicht	W-166-
5.1. Hauptversammlung	W-166-
5.2. Verwaltungsrat	W-166-
5.3. Vorstand	W-168-
5.4. Aufsicht	W-170-
Allgemeine Staatsaufsicht	W-170-
Allgemeine Bankaufsicht	W-170-
F.2. Geschäftstätigkeit	W-171-
1. Geschäftstätigkeit nach Geschäftsfeldern und im Treasury	W-171-
2. Vertrieb	W-174-
Sparkassenvertrieb & Marketing	W-174-
Vertrieb Institutionelle Kunden	W-174-
3. Zentralbereiche	W-175-
4. Wichtige Märkte und Standorte	W-175-
5. Kunden	W-175-
6. Corporate-Governance-Konzept	W-175-
F.3. Organisationsstruktur	W-177-
F.4. Eigenmittelausstattung, Anteilseignerstruktur, Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und Sicherungseinrichtungen	W-179-
1. Eigenmittelausstattung	W-179-
2. Anteilseignerstruktur	W-181-
3. Gewährträgerhaftung und Anstaltslast	W-182-
4. Sicherungseinrichtungen	W-183-
F.5. Wesentliche Verträge sowie Gerichts- und Schiedsverfahren	W-184-
1. Wesentliche Verträge	W-184-
2. Gerichts- und Schiedsverfahren	W-184-
F.6. Geschäftsgang und Aussichten	W-185-
1. Wesentliche Veränderungen	W-185-
2. Geschäftsgang	W-185-
3. Aussichten	W-185-
F.7. Finanzinformationen der Emittentin	W-187-
1. Abschlussprüfer	W-187-
2. Historische Finanzinformationen	W-187-

<i>Teil G Per Verweis Einbezogene Dokumente</i>	W-191-
<i>Teil H Fortsetzung des öffentlichen Angebots</i>	W-193-
1. Beschreibung der Fortsetzung des öffentlichen Angebots	W-193-
2. Relevante Ursprungsprospekte	W-193-
3. Betreffende Schuldverschreibungen	W-193-
<i>FINANZTEIL(Inhaltsverzeichnis)</i>	W-195-
i. Historische Finanzinformationen der Deko-Gruppe für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 30. Juni 2017	F_{HJ17}-0 – F_{HJ17}-46
ii. Historische Finanzinformationen der Deko-Gruppe für das am 31. Dezember 2016 beendete Geschäftsjahr	F₁₆-0 – F₁₆-86
iii. Historische Finanzinformationen der Deko-Gruppe für das am 31. Dezember 2015 beendete Geschäftsjahr	F₁₅-0 – F₁₅-84
<i>ADRESSEN-LISTE</i>	A-1-

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

Zusammenfassung

Zusammenfassungen bestehen aus bestimmten Offenlegungspflichten, den sogenannten "Punkten". Diese Punkte sind in den Abschnitten A - E enthalten und nummeriert (A.1. – E.7.).

Diese Zusammenfassung enthält alle Punkte, die für eine Zusammenfassung dieses Typs von Wertpapieren und Emittent erforderlich sind. Da einige Punkte nicht adressiert werden müssen, kann es Lücken in der Nummerierungsreihenfolge geben.

Auch wenn ein Punkt aufgrund des Typs von Wertpapieren und Emittent erforderlich sein kann, besteht die Möglichkeit, dass zu diesem Punkt keine relevanten Informationen gegeben werden können. In diesem Fall wird eine kurze Beschreibung des Punktes mit der Erwähnung "Entfällt." eingefügt.

[Im Zusammenhang mit der Erstellung der Zusammenfassung für eine einzelne Emission von Schuldverschreibungen ist der folgende Absatz zu löschen:]

Die folgende Zusammenfassung enthält durch eckige Klammern gekennzeichnete Optionen und Platzhalter bezüglich der Beschreibung der Schuldverschreibungen, die unter dem Programm begeben werden können. Die Zusammenfassung im Hinblick auf die Beschreibung der einzelnen Emission der Schuldverschreibungen wird nur die für diese Emission von Schuldverschreibungen relevanten Optionen und vervollständigten Platzhalter beinhalten, wie durch die Endgültigen Bedingungen festgelegt.]

Abschnitt A – Einleitung und Warnhinweise

Punkt		
A.1.	Warnhinweise	<ul style="list-style-type: none"> • Die Zusammenfassung sollte nur als Einleitung zum Prospekt verstanden werden; • Anleger sollten sich bei jeder Entscheidung, in die Schuldverschreibungen zu investieren, auf den gesamten Prospekt stützen; • Anleger, die wegen der in dem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen wollen, müssen nach den geltenden nationalen Rechtsvorschriften ihrer Mitgliedstaaten möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor ein Verfahren eingeleitet werden kann; und • zivilrechtlich haftet die Emittentin für die von ihr vorgelegte und übermittelte Zusammenfassung nur, falls diese Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder, verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts, wesentliche Angaben, die in Bezug auf Anlagen in die Schuldverschreibungen für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, fehlen.

A.2.	Zustimmung zur Verwendung des Prospekts	<p>Erklärung zur Prospektverwendung:</p> <p>[Falls keine Zustimmung erteilt wird, einfügen:] Entfällt. Die Emittentin erteilt keine Zustimmung zur Verwendung des Prospekts für eine spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Platzeure und/oder Finanzintermediäre.]</p> <p>[Falls eine generelle Zustimmung erteilt wird, einfügen:] Jeder Platzeur und jeder weitere Finanzintermediär, der die Schuldverschreibungen nachfolgend weiter verkauft oder endgültig platziert, ist berechtigt den Prospekt (einschließlich etwaiger Nachträge und der bei den zuständigen Aufsichtsbehörden hinterlegten maßgeblichen Endgültigen Bedingungen) für den späteren Weiterverkauf oder die endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen während des Angebotszeitraums (wie unter Punkt E.3. definiert) zu verwenden:</p> <p>[[a] in der Bundesrepublik Deutschland [und][,]] [[b] im Großherzogtum Luxemburg].]</p> <p>[Falls eine individuelle Zustimmung erteilt wird, einfügen:] Die Emittentin hat [dem][den] nachfolgend genannten [Platzeur(en)] [und] [weiteren] [Finanzintermediär(en)] die Zustimmung zur Verwendung des Prospekts (einschließlich etwaiger Nachträge und der bei den zuständigen Aufsichtsbehörden hinterlegten maßgeblichen Endgültigen Bedingungen) für den späteren Weiterverkauf oder die endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen während des Angebotszeitraums (wie unter Punkt E.3 definiert) erteilt:</p> <p>[in der Bundesrepublik Deutschland: [Namen und Adressen einfügen] []] [im Großherzogtum Luxemburg: [Namen und Adressen einfügen] []]</p> <p>[Diese Zustimmung setzt voraus, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Luxemburger Prospektgesetzes (<i>Loi relative aux prospectus pour valeurs mobilières</i>) in der jeweils gültigen Fassung, welches die EU-Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „Prospektrichtlinie“) oder einen Nachfolgerechtsakt umsetzt, noch gültig ist.]</p> <p>[Diese Zustimmung erfolgt vorbehaltlich der folgenden Bedingungen:</p> <p>[Bedingungen einfügen]]</p> <p>[Der spätere Weiterverkauf und die endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen ist auf den Angebotszeitraum [(wie unter Punkt E.3. definiert)][] zeitlich beschränkt.]</p> <p>[Der Prospekt darf potenziellen Anlegern nur zusammen mit sämtlichen bis zur Übergabe veröffentlichten Nachträgen übergeben werden. Jeder Nachtrag zum Prospekt kann in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörse (www.bourse.lu) [und der Emittentin (www.dekabank.de)] eingesehen werden.]</p> <p>[Bei der Verwendung des Prospekts hat jeder [Platzeur] [und] [jeweilige weitere] [Finanzintermediär] sicherzustellen, dass er alle anwendbaren, in den jeweiligen Jurisdiktionen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften und die geltenden Verkaufsbeschränkungen beachtet.</p> <p>Für den Fall, dass ein Platzeur und/oder weiterer Finanzintermediär ein Angebot macht, informiert dieser Platzeur und/oder weitere Finanzintermediär die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen der Schuldverschreibungen.]</p>
------	---	--

Abschnitt B – DekaBank als Emittentin

Punkt		
B.1.	Juristische und kommerzielle Bezeichnung der Emittentin	Firma (gesetzlicher Name): DekaBank Deutsche Girozentrale Kommerzieller Name: DekaBank
B.2.	Sitz, Rechtsform, geltendes Recht und Land der Gründung der Emittentin	Die DekaBank Deutsche Girozentrale ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die nach deutschem Recht in der Bundesrepublik Deutschland errichtet wurde und ihren eingetragenen Sitz in Frankfurt am Main und Berlin hat.
B.4b.	Trends	Aussichten <p>Nach dem ersten Halbjahr 2017 rechnet die DekaBank für das Jahr 2017 mit einer Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums weltweit. In Summe erwartet die Deka-Gruppe aber gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 keine maßgebliche Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die durch die EZB-Politik verursachte Überschussliquidität am Geldmarkt und das auch künftig niedrige Zins- und Renditeniveau stellen weiterhin vergleichsweise schwierige Rahmenbedingungen für die Deka-Gruppe dar.</p> <p>Die Deka-Gruppe wird die laufenden strategischen Initiativen zur Weiterentwicklung des Wertpapierhauses im Jahr 2017 fortführen. Insgesamt erwartet die Deka-Gruppe eine stabile Entwicklung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage. Regulatorische Verschärfungen, Gesetzesänderungen und steuerpolitische Entwicklungen sowie marktseitige Turbulenzen können die Entwicklung beeinträchtigen.</p>
B.5.	Beschreibung der Gruppe und der Stellung der Emittentin innerhalb dieser Gruppe	Organisationsstruktur / Konzernstruktur <p>Die DekaBank ist die Muttergesellschaft des DekaBank-Konzerns (auch die „Deka-Gruppe“).</p> <p>In den Konzernabschluss per 30. Juni 2017 sind neben der DekaBank insgesamt zehn (per 31. Dezember 2016 zehn) inländische und sieben (per 31. Dezember 2016 sieben) ausländische Gesellschaften einbezogen, an denen die DekaBank direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält. Darüber hinaus umfasst der Konsolidierungskreis per 30. Juni 2017 sieben (per 31. Dezember 2016: neun) strukturierte Unternehmen.</p>
B.9.	Gewinnprognosen oder -schätzungen	Entfällt. Es erfolgt keine Gewinnprognose oder -schätzung.
B.10.	Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen	Entfällt. Die Bestätigungsvermerke des Wirtschaftsprüfers für die Konzernabschlüsse der am 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 beendeten Geschäftsjahre enthalten keine Einschränkungen.

B.12. Ausgewählte historische Finanzinformationen der Deka-Gruppe			
a) Jahresberichte*			
		31.12.2016	31.12.2015
Bilanzkennzahlen			
Bilanzsumme	Mio €	85.955	107.981
Forderungen	Mio €	43.495	49.602
– an Kreditinstitute	Mio €	20.654	27.094
– an Kunden	Mio €	22.841	22.508
Verbindlichkeiten	Mio €	40.782	53.546
– gegenüber Kreditinstituten	Mio €	17.362	24.084
– gegenüber Kunden	Mio €	23.419	29.462
Kennzahlen zum Fondsgeschäft			
Total Assets	Mio €	256.805	240.045
Depotanzahl	Tsd	4.289	4.054
		01.01. - 31.12.2016	01.01. - 31.12.2015
Nettovertriebsleistung	Mio €	16.914	19.505
Ergebniskennzahlen			
Summe Erträge	Mio €	1.403,7	1.524,1
– davon Zinsergebnis	Mio €	139,2	182,7
– davon Provisionsergebnis	Mio €	1.107,4	1.111,0
Summe Aufwendungen	Mio €	988,6	913,5
– davon Verwaltungsaufwand (inklusive Abschreibungen)	Mio €	970,1	917,4
Wirtschaftliches Ergebnis	Mio €	415,1	610,6
Ergebnis vor Steuern	Mio €	489,5	601,0
Relative Kennzahlen			
Eigenkapitalrentabilität ¹⁾	%	9,4	14,8
Aufwands-Ertrags-Verhältnis ²⁾	%	60,7	57,7
		31.12.2016	31.12.2015
Aufsichtsrechtliche Kennzahlen³⁾			
Eigenmittel	Mio €	5.289	5.194
Harte Kernkapitalquote	%	16,7	12,4
Kernkapitalquote	%	18,7	13,9
Gesamtkapitalquote	%	22,2	16,7
Risikokennzahlen			
Gesamtrisikotragfähigkeit (Risikokapazität)	Mio €	5.785	5.868
Gesamtrisiko (Value-at-Risk ⁴⁾)	Mio €	2.039	2.440
Auslastung der Gesamtrisikotragfähigkeit (Auslastung der Risikokapazität)	%	35,2	41,6
Mitarbeiter		4.556	4.277

* Zahlenangaben auf Basis Geschäftsfeldstruktur bis 31.12.2016

1) Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) entspricht dem Wirtschaftlichen Ergebnis bezogen auf das Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres inklusive atypisch stiller Einlagen.

2) Aufwands-Ertrags-Verhältnis entspricht dem Quotienten der Summe der Aufwendungen (ohne Restrukturierungsaufwendungen) zu der Summe der Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

3) ohne Übergangsregelungen – fully loaded

4) Konfidenzniveau: 99,9 %, Haltedauer: 1 Jahr.

b) Zwischenberichte*

		30.06.2017 (ungeprüft)	30.06.2016 (ungeprüft)
Bilanzkennzahlen			
Bilanzsumme	Mio €	96.184	104.307
Forderungen	Mio €	47.729	47.811
– an Kreditinstitute	Mio €	24.295	25.685
– an Kunden	Mio €	23.434	22.126
Verbindlichkeiten	Mio €	48.975	52.975
– gegenüber Kreditinstituten	Mio €	19.987	19.631
– gegenüber Kunden	Mio €	28.988	33.344
Kennzahlen zum Fondsgeschäft			
Total Assets	Mio €	270.438	245.391
Depotanzahl	Tsd	4.374	4.099
		01.01. – 30.06.2017 (ungeprüft)	01.01. – 30.06.2016 (ungeprüft)
Nettovertriebsleistung	Mio €	12.611	9.018
Ergebniskennzahlen			
Summe Erträge	Mio €	759,8	712,7
– davon Zinsergebnis	Mio €	78,9	75,1
– davon Provisionsergebnis	Mio €	573,2	506,9
Summe Aufwendungen	Mio €	518,5	482,9
– davon Verwaltungsaufwand (inklusive Abschreibungen)	Mio €	519,1	482,9
Wirtschaftliches Ergebnis	Mio €	241,3	229,8
Ergebnis vor Steuern	Mio €	289,6	317,9
Relative Kennzahlen			
Eigenkapitalrentabilität ¹⁾	%	10,7	10,4
Aufwands-Ertrags-Verhältnis ²⁾	%	68,4	61,4
		30.06.2017 (ungeprüft)	30.06.2016 (ungeprüft)
Aufsichtsrechtliche Kennzahlen³⁾			
Eigenmittel	Mio €	5.502	5.309
Harte Kernkapitalquote	%	18,0	12,8
Kernkapitalquote	%	20,1	14,3
Gesamtkapitalquote	%	23,6	17,0
Risikokennzahlen			
Gesamtrisikotragfähigkeit (Risikokapazität)	Mio €	5.881	5.723
Gesamtrisiko (Value-at-Risk) ⁴⁾	Mio €	1.980	2.502
Auslastung der Gesamtrisikotragfähigkeit (Auslastung der Risikokapazität)	%	33,7	43,7
Mitarbeiter		4.634	4.507

* Zahlenangaben auf Basis der Geschäftsfeldstruktur per 01.01.2017. In der Segmentberichterstattung wurden die Vorjahreszahlen (30.06.2016) auf Geschäftsfeldebene angepasst.

1) Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) wurde zum 30.06.2017 umgestellt. Der Vergleichswert für das erste Halbjahr 2016 wurde angepasst. Die dargestellte Eigenkapitalrentabilität vor Steuern entspricht ab dem 30.06.2016 dem annualisierten Wirtschaftlichen Ergebnis bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital inklusive atypisch stiller Einlagen, ohne zusätzliches Kernkapital (AT1) und bereinigt um immaterielle Vermögenswerte. Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) orientiert sich nunmehr an der Berechnungsmethodik der European Banking Authority (EBA).

2) Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis entspricht dem Quotienten der Summe der Aufwendungen (ohne Restrukturierungsaufwendungen) zu der Summe der Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft).

3) ohne Übergangsregelungen – fully loaded

4) Konfidenzniveau: 99,9 Prozent, Haltedauer: 1 Jahr.

	Erklärung, dass sich die Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses nicht wesentlich verschlechtert haben	Es haben sich seit dem Datum des letzten veröffentlichten, geprüften Jahresabschlusses (per 31. Dezember 2016) keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin ergeben.
	Beschreibung wesentlicher Veränderungen der Finanzlage oder Handelsposition der Emittentin, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind	Entfällt. Seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Abschlusses (per 30. Juni 2017) sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Deko-Gruppe eingetreten.
B.13.	Ereignisse aus der jüngsten Zeit	Geschäftsgang Entfällt. Es liegen nach der Veröffentlichung des letzten geprüften Jahresabschlusses keine Ereignisse vor.
B.14.	Die nachstehenden Informationen sind zusammen mit Punkt B.5. zu lesen.	
	Abhängigkeit von anderen Unternehmen der Gruppe	Entfällt. Die DekoBank ist die Muttergesellschaft der Deko-Gruppe.

<p>B.15.</p>	<p>Haupttätigkeiten der Emittentin</p>	<p>Die Deka-Gruppe dient den Zwecken der deutschen Sparkassenorganisation und den ihr nahestehenden Kreditinstituten und Einrichtungen. Die DekaBank betreibt im Rahmen ihrer Aufgaben Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen.</p> <p>Die Deka-Gruppe ist das Wertpapierhaus der Sparkassen. Das Geschäft wird aus der Zentrale in Frankfurt am Main gesteuert. Hier sind auch die meisten inländischen Kapitalverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaften angesiedelt.</p> <p>In 2016 waren die Aktivitäten der Deka-Gruppe (wie nachfolgend dargestellt) in vier Geschäftsfeldern geordnet. Die Geschäftsfelder Wertpapiere und Immobilien decken dabei die Aktivitäten im Asset Management ab, Kapitalmarkt und Finanzierungen betreffen das Bankgeschäft.</p> <p>Seit Jahresbeginn 2017 wurden die Aktivitäten der Deka-Gruppe auf fünf Geschäftsfelder verteilt. Kernelement der Neuordnung ist die noch klarere Trennung der Führung des Bankgeschäfts und Asset Managements. Das neue Geschäftsfeld Asset Management Services ist Teil des Bankgeschäfts.</p> <p>Die Geschäftsfelder arbeiten untereinander sowie mit den Vertrieben und den Zentralbereichen intensiv zusammen. Die Zentralbereiche übernehmen dabei wesentliche administrative, kontrollierende und unterstützende Aufgaben.</p> <p>Das Geschäftsfeld Wertpapiere konzentriert sich auf das aktive Management von Wertpapierfonds – fundamental wie quantitativ – sowie Vermögensanlagelösungen und -dienstleistungen für private Anleger und institutionelle Kunden.</p> <p>Im Geschäftsfeld Immobilien sind sämtliche Immobilienaktivitäten der Deka-Gruppe gebündelt. Das Geschäftsfeld bietet Immobilienanlageprodukte für private und institutionelle Investoren sowie Kreditfonds an. Zusätzlich war es in 2016 in der Finanzierung von Gewerbeimmobilien tätig.</p> <p>Das Geschäftsfeld Kapitalmarkt ist der zentrale Produkt-, Lösungs- und Infrastrukturanbieter sowie Dienstleister und Innovationstreiber im auf Kunden ausgerichteten Kapitalmarktgeschäft der Deka-Gruppe. In dieser Funktion übernimmt das Geschäftsfeld die Brückenfunktion zwischen Kunden und Kapitalmärkten.</p> <p>Das Geschäftsfeld Finanzierungen konzentriert sich auf die Refinanzierung von Sparkassen sowie Infrastruktur-, Transportmittel- und Export Credit Agencies (ECA)-gedeckte Exportfinanzierungen. Außerhalb der Sparkassenrefinanzierung liegt der Geschäftsfokus auf Asset-Management-fähigen Krediten, die in der Regel in Teilen an Banken, Sparkassen, andere institutionelle Investoren oder gruppeneigene Fonds weitergegeben werden. Ab 2017 sind im Geschäftsfeld auch die Immobilienfinanzierungen angesiedelt.</p> <p>Der Zentralbereich Treasury ist für das Aktiv-Passiv-Management verantwortlich und damit der Ressourcenmanager der Deka-Gruppe. Er managt die gruppenweiten Liquiditätsreserven, die Garantierisiken aus dem Asset Management und steuert die Marktpreis- und Adressenrisiken im Anlagebuch ebenso wie die Refinanzierung der Deka-Gruppe. Durch das gruppenweite Setzen von Transferpreisen steuert Treasury die Bilanzstruktur im Rahmen der geltenden Geschäftsplanung.</p> <p>Mit Beginn des Geschäftsjahres 2016 wurden die Wertpapieranlagen, die nicht als Liquiditätsreserve, sondern als strategische Anlagen dienen, vom Zentralbereich Treasury an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt übertragen. Im Rahmen dieser Anpassung übernahm Treasury die Verantwortung für die gruppenweite Liquiditätssteuerung über alle Laufzeitbänder.</p> <p>Alle Geschäftsfelder sind eng mit dem Sparkassenvertrieb & Marketing verzahnt, der sich auf die ganzheitliche Vertriebsunterstützung für die Sparkassen im Geschäft mit privaten Kunden fokussiert. Damit stellt er ein wichtiges Bindeglied sowohl zwischen dem Asset Management der Deka-Gruppe und den Kundenberatern der</p>
---------------------	---	--

		<p>Sparkassen als auch gruppenintern zwischen Produktion und Vermarktung dar.</p> <p>Die Einheit Vertrieb Institutionelle Kunden betreut zum einen das Geschäft mit Sparkassen, zum anderen mit institutionellen Kunden außerhalb des Sparkassensektors. Die Kundenbetreuer verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der die Gesamtheit der Produkte und Dienstleistungen der Deko-Gruppe entlang der Geschäftsfelder berücksichtigt.</p> <p>Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde das bis dato im Nicht-Kerngeschäft geführte Kreditgeschäft auf das Geschäftsfeld Finanzierungen übertragen. Das Portfolio setzt sich damit im Wesentlichen aus Altgeschäften mit verbrieften und strukturierten Produkten zusammen und weist nur noch ein geringes Volumen auf.</p> <p>Die Deko-Gruppe hat – wie vorstehend verdeutlicht – zum 1. Januar 2017 ihre Geschäftsfeldstruktur neu geordnet.</p> <p>Die Aktivitäten sind nunmehr in fünf Geschäftsfeldern geordnet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Asset Management Wertpapiere (früher Wertpapiere) • Asset Management Immobilien (früher Immobilien) • Asset Management Services (neu seit 1. Januar 2017) • Kapitalmarkt • Finanzierungen <p>Das Geschäftsfeld Asset Management Services fokussiert sich auf die Bereitstellung von Bankdienstleistungen für das Asset Management. Die Dienstleistungen reichen von der Führung von Fondsdepots für Kunden bis zum Angebot der Verwahrstelle für Sondervermögen. Darüber hinaus erfolgt insbesondere durch die Bereitstellung von Multikanal-Lösungen eine Unterstützung der Vertriebe.</p> <p>Der Halbjahreskonzernabschluss 2017 wurde erstmals nach der neuen Geschäftsfeldstruktur erstellt.</p> <p>Die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells der Deko Gruppe kann sich zukünftig auf die einzelnen Tätigkeiten in den Geschäftsfeldern auswirken.</p>
<p>B.16.</p>	<p>Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse</p>	<p>Anteilseignerstruktur</p> <p>Die Sparkassen werden wie alleinige Eigentümer der DekoBank behandelt. Die Anteilseignerstruktur in Bezug auf das Kapital (in Form direkter und atypisch stiller Beteiligungen) ist wie folgt:</p> <p>39,4 % DSGV ö.K.</p> <p>39,4 % Deko Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG (die „Sparkassen-Erwerbsgesellschaft“)</p> <p>21,2 % Deko Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH</p> <p>Sämtliche Rechte der von der Deko Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der DekoBank, erworbenen Anteile ruhen, insbesondere die Stimm- und Gewinnbezugsrechte sowie das Recht auf einen Liquidationserlös. Der 100-prozentige Stimmrechtsanteil der Sparkassenverbände besteht mittelbar über die Sparkassen-Erwerbsgesellschaft und den DSGV ö.K.</p>

Abschnitt C – Wertpapiere

Punkt		
C.1.	Art und Gattung der Wertpapiere, einschließlich jeder Wertpapierkennnummer	Gattung / Art Schuldverschreibungen mit bonitätsabhängiger Zins- und Rückzahlungskomponente (die „Schuldverschreibungen“). Bezeichnung: [] Serie: [] <i>[+#Im Fall von Aufstockungen einfügen:</i> Tranche[n]: []; [diese Tranche bildet zusammen mit den bereits begebenen Tranchen eine einheitliche Serie und erhöht das Gesamtemissionsvolumen entsprechend][diese Tranchen bilden [zusammen mit den bereits begebenen Tranchen] eine einheitliche Serie [und erhöhen das Gesamtemissionsvolumen entsprechend].] <i>+#-Ende]</i> Wertpapierkennnummer ISIN: [] [WKN: []] [Common Code: [] [Andere: []] <i>[+#Im Fall von Aufstockungen einfügen, sofern für diese Zwecke erforderlich:</i> Wertpapierkennnummer (Interims) ISIN: [] [WKN: [] [Common Code: [] [Andere: []]]
C.2.	Währung	Die Schuldverschreibungen sind in [] [(auch „[]“) begeben [(auch die „Emissionswährung“)].
C.5.	Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Wertpapiere	Entfällt. Die Schuldverschreibungen sind frei übertragbar.

<p>C.8.</p>	<p>Mit den Wertpapieren verbundene Rechte, einschließlich der Rangordnung und Beschränkungen dieser Rechte</p>	<p>Mit den Schuldverschreibungen verbundene Rechte</p> <p>Die Schuldverschreibungen unterliegen deutschem Recht.</p> <p>Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen (der „Gläubiger“) hat das Recht, von der Emittentin die gemäß den Emissionsbedingungen fälligen Zahlungen von Zinsen und Zahlungen von Kapital zu verlangen (wie in den Gliederungspunkten C.15. und C.18. dargestellt).</p> <p>Zahlungen von Zinsen und Zahlungen von Kapital erfolgen in der Emissionswährung der Schuldverschreibungen.</p> <p>Verzinsung</p> <p>Siehe hierzu auch die Ausführungen unter C.15. und C.18. unter Berücksichtigung der Definitionen in E.3.</p> <p>Fälligkeitstag und Vereinbarungen für die Tilgung der Schuldverschreibungen:</p> <p>Siehe hierzu die Ausführungen unter C.15., C.16., C.17. und C.18. unter Berücksichtigung der Definitionen in E.3.</p> <p>Vorzeitige Rückzahlung</p> <p>[Eine vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen ist nicht vorgesehen.]</p> <p>[Die Emittentin ist berechtigt, die Schuldverschreibungen durch Ausübung eines der Sonderkündigungsrechte ([Steuerliche Gründe][,] [Rechtsänderungen (einschließlich Steuerrechtsänderungen)][,] [Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf[[den][einen] Referenzschuldner]]) zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]</p> <p>Die Schuldverschreibungen sind für die Gläubiger grundsätzlich nicht vorzeitig kündbar.</p> <p>Die Emittentin ist im Fall von offensichtlichen Schreib- oder Berechnungsfehlern oder ähnlichen offensichtlichen Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen berechtigt, die Schuldverschreibungen anzufechten. Die Emittentin kann mit der Anfechtungserklärung ein Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibung zu den berechtigten Emissionsbedingungen verknüpfen.</p> <p>Rangfolge der Schuldverschreibungen (Status)</p> <p>Die Schuldverschreibungen begründen direkte, nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.</p> <p>Einschränkungen der mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte</p> <p>Die Emittentin ist unter den in den Emissionsbedingungen festgelegten Voraussetzungen zur Kündigung (wie oben unter vorzeitige Rückzahlung beschrieben) der Schuldverschreibungen und zu Anpassungen der Emissionsbedingungen berechtigt.</p> <p>Die Emittentin ist gemäß den Emissionsbedingungen berechtigt, bei Eintritt eines Nachfolgeereignis in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner, die Emissionsbedingungen anzupassen.</p>
--------------------	---	---

C.11.	<p>Antrag auf Zulassung zum Handel, um die Wertpapiere an einem geregelten Markt oder anderen gleichwertigen Märkten zu platzieren, wobei die betreffenden Märkte zu nennen sind</p>	<p>[Entfällt. Die Emittentin hat für die Schuldverschreibungen keinen Antrag auf Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt gestellt sondern [vorgesehen,] einen Antrag auf Einbeziehung in den Freiverkehr [an der/den folgenden Wertpapierbörsen] [an einer Wertpapierbörse] [zu stellen][gestellt][:]]</p> <p>[Es ist vorgesehen für die Schuldverschreibungen einen Antrag auf Zulassung zum Börsenhandel im regulierten Markt an [der]/[den] folgenden Wertpapierbörse[n] zu stellen:]</p> <p>[Börse:] [Luxemburger Wertpapierbörse] [Frankfurter Wertpapierbörse] [Börse Frankfurt Zertifikate AG] []</p> <p>[Marktsegment:] []</p> <p>[Entfällt. Die Emittentin beabsichtigt nicht, für die Schuldverschreibungen einen Antrag auf [Zulassung zum] [oder] [auf Einbeziehung in den] Handel an einer Börse zu stellen.]</p>
C.15.	<p>Beschreibung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird</p>	<p>Derivative Komponente bei der Zinszahlung:</p> <p>Der Zinsbetrag je Festgelegter Stückelung in festgelegter Währung wird ermittelt, indem der Zinssatz (s. C.18.) und der Zinstagequotient auf den Nennbetrag angewendet werden.</p> <p>Die Zahlung eines bestimmten Zinsbetrags wird nicht garantiert; der Zinsbetrag kann auch Null betragen.</p> <p>Beschreibung der Beeinflussung der Verzinsung der Schuldverschreibungen durch [den Referenzschuldner] [die Referenzschuldner]</p> <p>Die Zahlung der Zinsen hängt vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses [beim Referenzschuldner] [bei einem oder mehreren Referenzschuldnern], siehe C.20., ab:</p> <p>[Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf einen Referenzschuldner (Single):</p> <p>Ist beim Referenzschuldner kein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten, erfolgt die Zinszahlung am Zinszahlungstag. Die Zinszahlung kann jedoch verschoben werden, wenn zuvor ein potenzielles Kreditereignis</p> <p>[Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium/ eingetreten ist. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern; der Gläubiger ist nicht berechtigt weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.</p> <p>Bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums entfällt die Verzinsung der Schuldverschreibungen.]</p> <p>[Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf mehrere Referenzschuldner (Basket-pro rata):</p> <p>Ist bei keinem Referenzschuldner ein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten, erfolgt die Zinszahlung am Zinszahlungstag. Die Zinszahlung kann jedoch verschoben werden, wenn zuvor ein potenzielles Kreditereignis eingetreten ist</p> <p>[Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist]. Die Verschiebung der Zinszahlung erfolgt jedoch nur in Bezug auf den</p>

Gewichtungsbetrag des betroffenen Referenzschuldners. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern, der Gläubiger ist nicht berechtigt weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.

Bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums bei einem oder mehreren Referenzschuldner werden Zinsen nur noch auf den reduzierten Nennbetrag gezahlt. Sind alle Referenzschuldner vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses betroffen, beträgt der reduzierte Nennbetrag Null, wodurch die Verzinsung der Schuldverschreibungen entfällt.]

Derivative Komponente bei der Rückzahlung:

Soweit nicht zuvor bereits zurückgezahlt oder angekauft und entwertet, werden die Schuldverschreibungen – vorbehaltlich einer Verschiebung – am vorgesehenen Fälligkeitstag zu ihrem Rückzahlungsbetrag getilgt.

Beschreibung der Beeinflussung der Rückzahlung der Schuldverschreibungen durch [den Referenzschuldner] [die Referenzschuldner]

Die Zahlung des Rückzahlungsbetrags hängt vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses [beim Referenzschuldner] [bei einem oder mehreren Referenzschuldnern], siehe C.20., ab.

Der Betrag der Rückzahlung wird wie folgt ermittelt:

[Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf einen Referenzschuldner (Single):

- (1) Ist beim Referenzschuldner kein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten, wird der Rückzahlungsbetrag in Höhe von 100 % des Nennbetrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt.
- (2) Im Falle des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums beim Referenzschuldner, erfolgt eine Rückzahlung am Barausgleichstag zum Barausgleichsbetrag. Der Barausgleichstag kann vor oder nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag liegen.

Der Barausgleichsbetrag kann unter Bezugnahme auf das Ergebnis einer ISDA-Auktion oder im billigen Ermessen der Emittentin bestimmt werden und auch Null betragen. Der Barausgleichsbetrag entspricht: (a) falls eine Auktion gemäß der *International Swaps and Derivatives Association, Inc.* (die „ISDA“) durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Auktions-Endkurs oder (b) falls keine Auktion gemäß ISDA durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem durch die Berechnungsstelle festgelegten Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.

Die Schuldverschreibungen haben eine begrenzte Laufzeit. Die Rückzahlung kann jedoch verschoben werden, wenn zuvor ein potenzielles Kreditereignis **[Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:** oder, wenn zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium] eingetreten ist. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern; der Gläubiger ist nicht berechtigt Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.

Eine Zahlung nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag kann bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags zudem dann erfolgen, wenn die Bestimmung des Auktions-Endkurses bzw. Marktwerts bis dahin noch nicht erfolgt ist.

]

		<p>[Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf mehrere Referenzschuldner (Basket-pro rata) mit Barausgleich:</p> <p>(1) Ist bei keinem Referenzschuldner ein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten, wird der Rückzahlungsbetrag in Höhe von 100 % des Nennbetrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt.</p> <p>(2) Im Falle des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums bei einem oder mehreren Referenzschuldnern erfolgt eine Rückzahlung zum gegenüber dem anfänglichen Nennbetrag entsprechend dem Gewichtungsbetrag des jeweils ausgefallenen Referenzschuldners reduzierten Nennbetrag. Im Hinblick auf den jeweiligen ausgefallenen Referenzschuldner wird am Barausgleichstag der Barausgleichsbetrag gezahlt. Der Barausgleichstag kann vor oder nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag liegen.</p> <p>Sind alle Referenzschuldner vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses betroffen, beträgt der reduzierte Nennbetrag Null. Es erfolgt keine Rückzahlung zum vorgesehenen Fälligkeitstag. Stattdessen erhalten die Gläubiger den Barausgleichsbetrag je Referenzschuldner am jeweiligen Barausgleichstag.</p> <p>Der jeweilige Barausgleichsbetrag kann unter Bezugnahme auf das Ergebnis einer ISDA-Auktion oder im billigen Ermessen der Emittentin bestimmt werden und auch Null betragen. Der jeweilige Barausgleichsbetrag entspricht: (a) falls eine Auktion gemäß der <i>International Swaps and Derivatives Association, Inc.</i> (die „ISDA“) durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Gewichtungsbetrag des ausgefallenen Referenzschuldners, bei dem ein Kreditereignis eingetreten ist und (ii) dem Auktions-Endkurs oder (b) falls keine Auktion gemäß ISDA durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Gewichtungsbetrag des ausgefallenen Referenzschuldners und (ii) dem durch die Berechnungsstelle festgelegten Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.</p> <p>Die Schuldverschreibungen haben eine begrenzte Laufzeit. Die Rückzahlung kann jedoch verschoben werden, wenn zuvor ein potenzielles Kreditereignis [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder, wenn innerhalb des Kreditereigniszeitraums eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium] eingetreten ist. Die Verschiebung der Fälligkeit erfolgt jedoch nur in Bezug auf den Gewichtungsbetrag des betroffenen Referenzschuldners. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern, der Gläubiger ist nicht berechtigt Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.</p> <p>Eine Zahlung nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag kann bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags zudem dann erfolgen, wenn die Bestimmung des Auktions-Endkurses bzw. Marktwerts bis dahin noch nicht erfolgt ist.</p> <p>]</p>
<p>C.16.</p>	<p>Verfalltag oder Fälligkeitstermin der derivativen Wertpapiere-, Ausübungstermin oder letzter Referenztermin</p>	<p>Fälligkeitstermin</p> <p>Vorgesehener Fälligkeitstag:</p> <p>[] (vorbehaltlich einer Verschiebung; die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern).</p> <p>Letzter Referenztermin:</p> <p>Quotierungstag:</p> <p>[] (für die Bestimmung des Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit durch die Emittentin bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses).</p>

C.17.	Abrechnungsverfahren für die derivativen Wertpapiere	Zahlungen von Kapital und etwaigen Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgen grundsätzlich an das Clearing-System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing-Systems. Die Emittentin wird durch Zahlung an das Clearing-System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber von ihrer Leistungspflicht befreit.										
C.18.	Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren	<p>Verzinsung</p> <p>Allgemeines</p> <p>Die Schuldverschreibungen werden verzinst. Die etwaigen Zinszahlungen erfolgen nachträglich am Zinszahlungstag durch Barausgleich und sind wie in C.15. unter „Derivative Komponente bei der Zinszahlung“ beschriebenen abhängig vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses [beim Referenzschuldner] [bei einem oder mehreren Referenzschuldnern].</p> <p>Zinssatz, Zinsperiode (einschließlich Verzinsungsbeginn), Zinszahlungstag</p> <table border="1" data-bbox="518 660 1452 795"> <thead> <tr> <th>Zinsperiode</th> <th>von (einschließlich)</th> <th>bis (ausschließlich)</th> <th>Zinssatz in % p.a.</th> <th>Zinszahlungstag</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>[]</td> <td>[]</td> <td>[]</td> <td>[]</td> <td>[]</td> </tr> </tbody> </table> <p>[Zinstagequotient: []]</p> <p>[Geschäftstage-Konvention: []]</p> <p>[Nennbetrag: [10.000,00 EUR] [Anderen Nennbetrag der Festgelegten Stückelung größer gleich 10.000,00 EUR oder entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung einfügen]</p> <p>Rückzahlung</p> <p>Die Zahlung des Rückzahlungsbetrages oder eines etwaigen Barausgleichsbetrags erfolgt durch Barausgleich an die jeweiligen Gläubiger bei Fälligkeit. Die Ermittlung bzw. Festlegung erfolgt gemäß C.8. in Verbindung mit C.15.</p>	Zinsperiode	von (einschließlich)	bis (ausschließlich)	Zinssatz in % p.a.	Zinszahlungstag	[]	[]	[]	[]	[]
Zinsperiode	von (einschließlich)	bis (ausschließlich)	Zinssatz in % p.a.	Zinszahlungstag								
[]	[]	[]	[]	[]								
C.19.	Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts	Die Schuldverschreibungen werden, sofern kein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten ist, zu einem festen Betrag ohne Bezugnahme auf einen Ausübungspreis oder endgültigen Referenzpreis des Basiswerts zurückgezahlt. Bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags erfolgt die Zahlung des Barausgleichsbetrags auf der Basis des Endkurses.										
C.20.	Art des Basiswerts und Angabe des Ortes, an dem Informationen über den Basiswert erhältlich sind	<p>Basiswert der Schuldverschreibungen</p> <p>[Ist der im Folgenden genannte Referenzschuldner]</p> <p>[Sind die im Folgenden genannten Referenzschuldner]:</p> <table border="1" data-bbox="518 1579 1428 1982"> <tr> <td>[Referenzschuldner[1][] [/Gewichtungsfaktor und -betrag] [/Transaktionstyp]:</td> <td>[] [Informationsquelle: []] [Internetseite: []] [Eigenes Credit-Research: Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]</td> </tr> </table>	[Referenzschuldner[1][] [/Gewichtungsfaktor und -betrag] [/Transaktionstyp]:	[] [Informationsquelle: []] [Internetseite: []] [Eigenes Credit-Research: Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]								
[Referenzschuldner[1][] [/Gewichtungsfaktor und -betrag] [/Transaktionstyp]:	[] [Informationsquelle: []] [Internetseite: []] [Eigenes Credit-Research: Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]											

Abschnitt D – Risiken

Punkt		
D.2.	<p>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die der Emittentin eigen sind</p>	<p>Risiken in Bezug auf die Emittentin</p> <p>Die folgenden Faktoren könnten einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin und der Deko-Gruppe haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rating-Veränderungen bei der DekoBank, als Folge von Veränderungen der Bewertung der Fähigkeit, Verbindlichkeiten u.a. aus Schuldverschreibungen zu erfüllen; • Neuschaffung oder Änderungen rechtlicher bzw. regulatorischer Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Einführung der seit dem 1. Januar 2014 für die Deko-Gruppe geltenden Vorgaben der EU-CRD IV-Richtlinie (Richtlinie 2013/36/EU, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „CRD IV“) und der EU-CRR-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „CRR“) (gemeinsam das „CRD IV-Paket“) sowie der EU-SRM-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 806/2014, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „SRM-Verordnung“) und der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Richtlinie 2014/59/EU, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „BRRD“) entsprechend dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom 23. November 2016, die geplante Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Schaffung einer Bankenunion sowie die überarbeitete EU-Finanzmarkttrichtlinie (Richtlinie 2014/65/EU, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „MiFID II“), die insbesondere zu erhöhten Kosten der Emittentin führen und gegebenenfalls nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und Finanzierungsmodelle der Emittentin haben und gegebenenfalls die Durchsetzung der Ansprüche von Gläubigern beeinträchtigen können; • Kreditinstituten und Finanzgruppen, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, sind gemäß § 3 Abs. 2 KWG bestimmte Handels-, Kredit- und Garantiegeschäfte verboten. Zudem kann die zuständige Behörde der Emittentin zukünftig institutsspezifisch weitere Geschäfte zur Vermeidung von Risiken verbieten. Es kann auch zu einer Abtrennung als riskant qualifizierter Geschäfte und einer Überführung in ein separates Finanzinstitut kommen, um Risiken abzuschirmen (Trennbankensystem). Ähnliche Maßnahmen sieht auch ein Entwurf für eine EU-Trennbanken-Verordnung (Verordnung über strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von EU-Kreditinstituten, „Trennbanken-Verordnung“) vor, auf den sich der Rat am 19. Juni 2015 verständigt hat. • nationale und internationale Finanzmarkt- und Währungskrisen, insbesondere solche, die über ihren „Ursprung“ hinaus negative Wirkungen entfalten und verschiedene Marktteilnehmer, Teilmärkte und Staaten global in unterschiedlicher Weise beeinflussen; • Entwicklungen im Bankensektor insbesondere in Deutschland und Luxemburg u.a. vor dem Hintergrund der EU-Gesetzgebung und von EU-Kommissionsentscheidungen speziell für den öffentlich-rechtlichen Bereich und in Verbindung mit der Zugehörigkeit der Deko-Gruppe zur Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen; • Veränderungen des konjunkturellen und politischen Umfelds – schwerpunktmäßig im Gebiet der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – sowie zunehmend auch in anderen internationalen Märkten;

		<ul style="list-style-type: none"> • generelle Marktrisiken aufgrund des Eingehens von Handels- und Anlagepositionen auf den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatemärkten auf der Basis von Einschätzungen und Erwartungen der zukünftigen Entwicklungen; • eine durch irgendeinen Grund eintretende zeitliche Verzögerung bzw. Aufwandserhöhung bei der strategischen Weiterentwicklung bzw. Schärfung des Geschäftsmodells, die verhindert, dass die Emittentin und die Deko-Gruppe rechtzeitig die Voraussetzungen u.a. für die geplante Weiterentwicklung des Geschäftsmodells schaffen und die vorgesehenen Maßnahmen umsetzen; • erhöhte Regulierung und Kosten im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und Schäden durch Angriffe auf die Datensysteme der Deko-Gruppe; • unerwartet hohe Aufwendungen, nicht erkannte oder falsch eingeschätzte Risiken bei Akquisitionsaktivitäten, die dazu führen, dass die Integration neuer Einheiten und eine damit verbundene Strategie nicht erfolgreich bzw. nicht umsetzbar ist, die Erwartungen nicht erfüllt werden, Profitabilität und Wachstumsmöglichkeiten nicht gegeben sind und/oder Eigenkapitalbelastungen entstehen; • ein mögliches Versagen des Risikomanagement- und Risikosteuerungssystems, welches zur Überwachung und Kontrolle u. a. des Marktpreisrisikos, Adressenrisikos, operationellen Risikos, Geschäftsrisikos, Reputationsrisikos, Modellrisikos, Liquiditätsrisikos, Beteiligungsrisikos, des Immobilien- und Immobilienfondsrisikos sowie von Risikokonzentrationen dient und/oder • Verfahren der deutschen Staatsanwaltschaft in Bezug auf vermeintliche Beihilfetätigkeiten zu steuerstrafrechtlich relevantem Verhalten in der Schweiz und in Luxemburg der Deko Gruppe sind derzeit noch nicht abschätzbar und können erhebliche und nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage und die Reputation der Deko Gruppe haben. Gleiches gilt für steuerrechtliche Risiken im Zusammenhang mit sogenannten „Cum-Cum Geschäften“ und einer etwaigen Involvierung in sogenannte „Cum-Ex Geschäfte“ Dritter, die möglicherweise zudem zu einer Abänderung der Steuerfestsetzung der Emittentin führen, die Anrechnung der Kapitalertragssteuer verhindern oder zu Ansprüchen Dritter gegen die Deko Gruppe führen können.
--	--	---

<p>D.6.</p>	<p>Zentrale Angaben zu den zentralen Risiken, die den Wertpapieren eigen sind und Risikohinweis, dass der Anleger seinen Kapitaleinsatz ganz oder teilweise verlieren könnte.</p>	<p>Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen</p> <p>Schuldverschreibungen stellen möglicherweise kein geeignetes Investment für alle Anleger dar</p> <p>Die Schuldverschreibungen sind unter Umständen nicht für jeden Anleger eine geeignete Kapitalanlage. Jeder potenzielle Anleger in Schuldverschreibungen muss die Geeignetheit dieser Investition unter Berücksichtigung seiner eigenen Lebensverhältnisse einschätzen.</p> <p>Emittentenrisiko / Bonitätsrisiko</p> <p>Die Schuldverschreibungen sind mit einem Emittentenrisiko, auch Bonitätsrisiko genannt, verbunden. Hierunter ist die Gefahr der vorübergehenden oder dauernden Zahlungsunfähigkeit der Emittentin, d.h. ihre Unfähigkeit zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen zu verstehen.</p> <p>Keine Besicherung</p> <p>Die Schuldverschreibungen stellen unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin dar. Sie werden weder mit Sicherheiten unterlegt, noch werden sie durch eine Sicherungseinrichtung, die aufgrund des Einlagensicherungsgesetzes besteht, abgesichert.</p> <p>Ratings spiegeln unter Umständen nicht alle Risiken wider</p> <p>Ratings reflektieren nicht immer alle Risiken, welche den Wert der Schuldverschreibungen beeinflussen.</p> <p>Risiken eingeschränkter Marktgängigkeit (Sekundärmarkt) und Liquidität</p> <p>Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für Schuldverschreibungen entstehen wird, oder sofern er entsteht, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass ein Anleger seine Schuldverschreibungen nicht jederzeit zu angemessenen Marktpreisen veräußern kann. Die Möglichkeit, Schuldverschreibungen zu veräußern, kann darüber hinaus aus landesspezifischen Gründen eingeschränkt sein.</p> <p>Marktpreis von Schuldverschreibungen</p> <p>Der Gläubiger von Schuldverschreibungen ist dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise seiner Schuldverschreibungen ausgesetzt, die durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden können, unter anderem auch das Bonitätsrisiko des oder der Referenzschuldner(s); er kann in diesem Fall einen Verlust erleiden, wenn er seine Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit veräußert.</p> <p>Finanzmarkturbulenzen</p> <p>Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten können direkt oder indirekt fast alle Anlageformen beeinträchtigen und zu erheblichen staatlichen Eingriffen führen. Veränderungen, die sich aufgrund der gegenwärtigen und zukünftigen Marktbedingungen ergeben, können erhebliche nachteilige Auswirkungen für die Schuldverschreibungen und gegebenenfalls die Referenzschuldner haben.</p> <p>Risiken im Zusammenhang mit dem Kreditinstitutoreorganisationsgesetz und einem Sanierungs- und Abwicklungsverfahren (sog. „Bail-in Regelungen“) für Kreditinstitute und sonstige hoheitliche Eingriffe</p> <p>Die Emittentin unterliegt als deutsches Kreditinstitut dem Kreditinstitutoreorganisationsgesetz, das die Maßnahmen des Sanierungsverfahrens und des Reorganisationsverfahrens umfasst. Ein Reorganisationsplan, der entsprechend einem Reorganisationsverfahren nach dem Kreditinstitutoreorganisationsgesetz erstellt wird, kann Maßnahmen vorsehen, die die Rechte der Gläubiger erheblich negativ beeinflussen sowie die bestehen Ansprüche einschränken.</p>
-------------	--	--

Die Emittentin und die Schuldverschreibungen unterliegen dem SAG und der SRM-Verordnung. Innerhalb dieser rechtlichen Rahmenbedingungen sind die zuständigen Abwicklungsbehörden ermächtigt, im Abwicklungsfall bestimmte Abwicklungsinstrumente gegenüber Kreditinstituten anzuwenden. Dies schließt die Herabschreibung oder die Umwandlung von Schuldverschreibungen in Eigenkapital (das sogenannte "**Bail-in-Instrument**") sowie eine Übertragung von Vermögen und Verbindlichkeiten von der Emittentin auf Dritte mit ein, sofern bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Eine Herabschreibung oder Umwandlung würde die Emittentin insoweit von ihren Verpflichtungen unter den Emissionsbedingungen befreien und die Emissionsbedingungen können modifiziert werden. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen hätten insoweit keinen weiteren Anspruch aus den Schuldverschreibungen gegen die Emittentin. Die Abwicklungsinstrumente können daher die Rechte der Gläubiger stark beeinflussen, indem sie Ansprüche aus den Schuldverschreibungen aussetzen, modifizieren und ganz oder teilweise zum Erlöschen bringen können. Dies kann im schlechtesten Fall zum Verlust des gesamten angelegten Kapitals führen. Möglicherweise könnte es keine öffentliche Unterstützung geben um die Emittentin zu stabilisieren.

Die genannten rechtlichen Bestimmungen und/oder Verwaltungsmaßnahmen können die Rechte von Gläubigern erheblich beeinträchtigen und können, auch im Vorfeld der Bestandsgefährdung oder Abwicklung, einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben. Dies kann im ungünstigsten Fall zum Verlust des gesamten Investments führen.

Es ist nicht auszuschließen, dass es, insbesondere im Rahmen einer erneuten Finanzkrise, zu weiteren hoheitlichen Eingriffen kommt, was sich nachteilig auf die Schuldverschreibungen auswirken kann.

**[Bei Fremdwährung einfügen:
Wechselkursrisiko/Währungsrisiko**

Der Gläubiger von Schuldverschreibungen, die auf eine fremde Währung lauten ist dem Risiko ausgesetzt, dass Wechselkursschwankungen die Rendite solcher Schuldverschreibungen beeinflussen können.]

Potenzielle Interessenkonflikte

Es können Konflikte zwischen den Interessen der an einer Emission beteiligten Parteien entstehen, die sich negativ auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken. Derartige Interessenkonflikte können sich auch im Zusammenhang mit den Referenzschuldern ergeben, insbesondere aufgrund der verschiedenen Aufgaben der Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen und etwaiger Tätigkeiten für die Referenzschuldner bzw. etwaiger Transaktionen und Geschäfte, die mit den Referenzschuldern eingegangen werden.

Ferner kann die Emittentin einem Interessenkonflikt ausgesetzt sein, sofern die Emittentin nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses die für die Höhe der Rückzahlung relevante Bewertungsverbindlichkeit auswählt, an einer Auktion zur Bestimmung des Kurses der Verbindlichkeiten des betroffenen Referenzschuldners teilnimmt, gegebenenfalls den Wert der Bewertungsverbindlichkeiten selbst bestimmt oder andere ihr zugewiesene Ermessensentscheidungen ausübt.

Gläubiger sollten beachten, dass die Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen unabhängig von dem Bestehen oder der Höhe eines Kreditengagements der Emittentin in Bezug auf den oder die Referenzschuldner sind. Die Emittentin muss infolge des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses daher nicht zwingend einen Vermögensnachteil erleiden oder einen Verlustnachweis erbringen.

Juristische Risiken

Der Erwerb der Schuldverschreibungen könnte für bestimmte Anleger unzulässig sein. Ferner können sich Risiken aufgrund möglicher Unterschiede, zwischen dem anwendbaren Recht der Schuldverschreibungen und der Jurisdiktion, in der der Gläubiger ansässig ist, bestehen (z.B. hinsichtlich der Durchsetzung von Rechten). Schließlich können rechtliche Rahmenbedingungen bestimmte Investitionen beschränken und es können Risiken aufgrund der individuellen Besteuerung der Anleger oder einer möglichen Behandlung des Erwerbs von Schuldverschreibungen als Investition in ein gesetzlich besonders geregeltes Anlagevehikel bestehen. Darüber hinaus können sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in der Zukunft ändern.

Risiken aufgrund regulatorischer oder steuerlicher Konsequenzen für den Anleger

Der Erwerb, das Halten und/oder die Veräußerung von Schuldverschreibungen kann für den Gläubiger mit negativen regulatorischen, steuerlichen oder anderen Konsequenzen verbunden sein. In einigen Staaten können für innovative Finanzinstrumente wie die Schuldverschreibungen keine amtlichen Stellungnahmen, Regelungen und/oder Richtlinien der Steuerbehörden bzw. Gerichtsurteile vorliegen.

Preisfeststellung

Anleger haben unter Umständen keine Möglichkeit, einen rechnerischen Wert für diese Schuldverschreibungen zu bestimmen. Der Preis wird von Faktoren beeinflusst, die auf komplexe Art miteinander zusammenhängen.

Einfluss von Absicherungsgeschäften der Emittentin

Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen können im Rahmen ihres Geschäftsbetriebs ohne Offenlegung Absicherungsgeschäfte oder Geschäfte in den Basiswert bzw. die Basiswerte der Schuldverschreibungen tätigen, die einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibung sowie die Rückzahlung und/oder Verzinsung unter den Schuldverschreibungen haben.

Besteuerung

Der Erwerb der Schuldverschreibungen ist unter anderem mit dem Risiko der Doppelbesteuerung, Unsicherheiten bei der steuerlichen Behandlung von Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung, Abzügen und Einbehalten auf Zahlungen unter den Schuldverschreibungen und besonderen Regelungen zu Spekulationsfristen verbunden.

FATCA

Die Zahlungen unter den Schuldverschreibungen können der U.S. Quellensteuer gemäß §§ 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code (üblicherweise bezeichnet als "FATCA") unterliegen.

Kreditfinanzierter Erwerb

Wenn der Erwerb der Schuldverschreibungen durch Kredit finanziert wurde, besteht das Risiko, dass die Zahlungen unter den Schuldverschreibungen nicht ausreichen, um Zahlungen von Zinsen und Kapital unter dem Kredit zu leisten.

Risikoeinschränkende oder –ausschließende Geschäfte

Es kann sein, dass sich Anleger nicht durch entsprechende Geschäfte gegen die Risiken aus den Schuldverschreibungen absichern können.

Preisfindung und Zuwendungen

Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen kann über deren Marktwert liegen. Im Zusammenhang mit der Platzierung und dem Angebot von Schuldverschreibungen sowie deren Börsenzulassung können von der Emittentin gegebenenfalls Zuwendungen gewährt werden, die den Preis der Schuldverschreibungen beeinflussen.

Transaktionskosten

Im Zusammenhang mit dem Erwerb von Schuldverschreibungen können neben den mit dem Preis abgegoltenen Kosten weitere Entgelte bzw. Kosten (z.B. Agio, Provisionen sowie Depot- oder Börsengebühren) anfallen und das Gewinnpotenzial der Schuldverschreibungen erheblich negativ beeinflussen.

Risiken aufgrund der Einschaltung von Clearing-Systemen in Transfers, Zahlungen und Kommunikation

Durch die Einschaltung von Clearing-Systemen in Transfers, Zahlungen und Kommunikation sind Anleger von diesen abhängig und deren Regeln unterworfen.

Ausübung von Ermessen durch die Emittentin

Die Emittentin kann, in Übereinstimmung mit den Emissionsbedingungen, bei bestimmten Feststellungen oder Anpassungen, die einen direkten oder indirekten Einfluss auf die unter den Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge und die Erträge der Gläubiger haben können, eigenes Ermessen ausüben. Es kann hierbei vorkommen, dass die Gläubiger nicht in der Lage sind nachzuvollziehen, ob die Ausübung des Ermessens der Emittentin sachgerecht war.

Risiko hinsichtlich der Verzinsungskomponente

Der Gläubiger der Schuldverschreibungen ist dem Risiko ausgesetzt, dass der Wert einer solchen Schuldverschreibung infolge von Veränderungen des Marktzinssatzes fällt. Die Zahlung der vorgesehenen Zinsen steht unter dem Vorbehalt, dass kein Ereignisfeststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eintritt.

Risiko hinsichtlich der Rückzahlungskomponente

Die Höhe des Rückzahlungsbetrages steht im Vorhinein nicht fest, sondern hängt primär vom Bonitätsrisiko des jeweiligen Referenzschuldners ab. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Höhe der Rückzahlung deutlich unter dem für den Erwerb der Schuldverschreibungen gezahlten individuellen Kaufpreis liegt oder sogar Null beträgt.

Die Rückzahlung zum Nennbetrag am vorgesehenen Fälligkeitstag hängt vom Nichteintritt eines Kreditereignisses beim jeweiligen Referenzschuldner (oder etwaigen Rechtsnachfolgern des Referenzschuldners) ab. Der Anleger ist daher unmittelbar dem Bonitätsrisiko des jeweiligen Referenzschuldners ausgesetzt.

Nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses wird der in Bezug auf den [betreffenden] Referenzschuldner zu zahlende Barausgleichsbetrag niedriger sein als der Nennbetrag der Schuldverschreibungen [bzw. der Gewichtungsbetrag des jeweiligen Referenzschuldners] und kann auch Null betragen, sodass auch gar keine Zahlung erfolgen kann.

Bei den Schuldverschreibungen besteht daher das Risiko des Verlusts des gesamten eingesetzten Kapitals (Totalverlust) einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Risiko der vorzeitigen Rückzahlung

Falls die Schuldverschreibungen auf Grund eines der Ereignisse, die in den Emissionsbedingungen ausgeführt sind oder aus einem sonstigen Grund vorzeitig zurückgezahlt werden, trägt der Gläubiger der Schuldverschreibungen das Risiko, dass infolge der vorzeitigen Rückzahlung seine Kapitalanlage eine geringere Rendite als erwartet aufweist.

Der vorzeitige Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung kann unter dem Ausgabepreis oder dem individuellen Kaufpreis des Gläubigers liegen und somit einen Verlust eines Teils oder des gesamten eingesetzten Kapitals zur Folge haben. Außerdem wird es einem Gläubiger unter Umständen nicht möglich sein, die aus der vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen erhaltenen Beträge in eine hinsichtlich der Höhe der effektiven Verzinsung vergleichbare Anlageform zu reinvestieren (Wiederanlagerisiko). Zudem besteht die Möglichkeit, dass zwischen der Kündigung einer Schuldverschreibung und deren Rückzahlung ein Wertverlust eintritt.

Spezifische Risiken in Bezug auf das Bonitätsrisiko eines Referenzschuldners

Eine Anlage in die Schuldverschreibungen ist mit erheblichen Ausfallrisiken verbunden. Die Verzinsung und die Rückzahlung der Schuldverschreibungen unterliegen sowohl dem Bonitätsrisiko der Emittentin als auch dem Risiko, dass in Bezug auf einen oder mehrere Referenzschuldner ein Kreditereignis eintritt. Eine Anlage in die Schuldverschreibungen ist möglicherweise mit einem höheren Risiko verbunden als eine Direktanlage in die Verbindlichkeiten des Referenzschuldners. Tritt ein Ereignis ein, das sich negativ auf die Bonität eines Referenzschuldners auswirkt, das jedoch nicht zum Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses führt, kann der Kurs der Schuldverschreibungen sinken. Die historische Entwicklung des Bonitätsrisikos eines Referenzschuldners kann nicht als aussagekräftig für deren künftige Entwicklung während der Laufzeit der Schuldverschreibungen angesehen werden. Das Bonitätsrisiko eines Referenzschuldners als Basiswert von bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen und die Analyse der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses ist komplex. Anleger sollten daher beachten, dass Informationen zur Analyse von Kreditrisiken nicht vollumfänglich oder tagesgenau öffentlich zugänglich sein können. Für die Einschätzung des Bonitätsrisikos eines Referenzschuldners sollten Anleger sämtliche öffentlich verfügbaren Informationen über die Leistungsfähigkeit und das Unternehmen eines Referenzschuldners, einschließlich der veröffentlichten Finanzinformationen, beachten sowie analysieren und ihrer Anlageentscheidung zu Grunde legen.

Darüber hinaus ergeben sich insbesondere die weiteren folgenden Risiken:

- Die Wahrscheinlichkeit eines Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses hängt von verschiedenen Faktoren ab und ist nicht zu beziffern. Die zukünftige (wirtschaftliche) Entwicklung und die Wahrscheinlichkeit eines Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses lässt sich auch nicht anhand historischer Entwicklungen von Referenzschuldnern bestimmen.
- Referenzschuldner können unter gewissen Umständen ersetzt werden, was das Risikoprofil der Schuldverschreibungen erheblich beeinflussen kann.
- Die Emittentin, die Berechnungsstelle, die Platzeure bzw. die Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen können während der Laufzeit der Schuldverschreibungen nicht-öffentliche Informationen in Bezug auf das Bonitätsrisiko von Referenzschuldnern erhalten. Keine der vorgenannten Personen hat eine Verpflichtung, diese Informationen an die Gläubiger der

Schuldverschreibungen oder an irgendeinen anderen Beteiligten weiterzugeben. Ferner können diese Personen während der Laufzeit der Schuldverschreibungen Research-Berichte oder Empfehlungen in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner publizieren. Diese Tätigkeiten können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

- Es bestehen keinerlei Rückgriffsrechte gegenüber einem Referenzschuldner. Die Referenzschuldner sind auch in keiner Weise verpflichtet, die Interessen der Gläubiger zu berücksichtigen.
- Referenzschuldner können auch der Rechtsordnung eines Schwellen- oder Entwicklungslands unterliegen, was zu zusätzlichen politischen, rechtlichen und ökonomischen Risiken führen kann.
- Sollte ein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eintreten, können Anleger ihren Zinsanspruch und ihren Kapitalrückzahlungsanspruch ganz oder zum Teil verlieren, unabhängig davon, ob der Umstand der das Kreditereignis ausgelöst hat, später wegfällt oder behoben wird.
- Bestimmte Ereignisse und Sachverhalte gelten als eingetreten, wenn ein bei der ISDA gebildetes Kreditderivate-Entscheidungskomitee („Komitee“) eine entsprechende Komitee-Entscheidung getroffen hat. Eine solche Entscheidung, auf die der Anleger keinen Einfluss hat, kann negative Auswirkungen auf seine Anlage haben. Es bestehen auch keinerlei Rückgriffsrechte gegen das Komitee.
- Zusätzlich zu den oben genannten Interessenkonflikten können sich gegenläufige Interessen auch im Zusammenhang mit der Beteiligung der Emittentin an einem Komitee ergeben.
- Die Emissionsbedingungen sehen vor, dass der nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses in Bezug auf einen Referenzschuldner zu bestimmende Barausgleichsbetrag auf der Grundlage einer von ISDA im Zusammenhang mit einem solchen Kreditereignis für den Kreditderivatemarkt durchgeführten Auktion unter Marktteilnehmern ermittelt wird. In diesem Fall besteht das Risiko, dass der im Rahmen der ISDA-Auktion erzielte Kurs möglicherweise niedriger ist, als der Kurs, den eine Bewertungsverbindlichkeit möglicherweise aufweisen würde, wenn die Auktion nicht anwendbar wäre.
- Falls nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses keine Auktion stattfindet, hat die Berechnungsstelle zur Festlegung des Barausgleichsbetrages Quotierungen im Hinblick auf Bewertungsverbindlichkeiten des betreffenden Referenzschuldners einzuholen. Stehen keine entsprechenden Quotierungen zur Verfügung, wird der Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Marktpraxis und der von der Emittentin in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen abgeschlossenen Absicherungsgeschäften bestimmt.

[Einfügen, falls mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) oder ein Referenzschuldner, bei dem die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner gelten, ist:

- Bei der Berechnung des zu zahlenden Barausgleichsbetrags können auch andere Vermögenswerte (also auch Vermögenswerte, die keine Verbindlichkeiten darstellen) bewertet werden, die durch Umwandlung oder Umtausch an die Stelle einer Verbindlichkeit bzw. Bewertungsverbindlichkeit des Referenzschuldners treten.

]

		<p>Risiko der Verschiebung von Zinszahlungstagen und des Fälligkeitstags im Zusammenhang mit Kreditereignissen</p> <p>Sofern gemäß den Emissionsbedingungen unklar ist, ob ein Ereignis ein Kreditereignis darstellt oder nach Eintritt eines Kreditereignisses eine ISDA-Auktion oder eine Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit noch nicht erfolgt ist, kann die Emittentin die Zahlung von Zinsen und die Rückzahlung über den vorgesehenen Zinszahlungstag oder Fälligkeitstag hinaus verschieben.</p> <p>[Einfügen, im Falle der Anwendbarkeit des Kreditereignisses Nichtanerkennung/Moratorium: Im Hinblick auf das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium kann sich infolge einer solchen Verschiebung auch der Kreditereigniszeitraum, während dem Kreditereignis in Bezug auf Referenzschuldner eintreten können, verlängern. Daher kann ein Kreditereignis sogar nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag eintreten.]</p> <p>Gläubiger sollten beachten, dass eine solche Verschiebung der betreffende Zahlung bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern kann. Die Zahlung des Zins- oder Rückzahlungsbetrags sowie eines Barausgleichsbetrags verschiebt sich, ohne, dass die Emittentin zur Verzinsung des über den vorgesehenen Fälligkeitstag hinaus liegenden Zeitraums verpflichtet ist.</p> <p>RISIKOHINWEIS:</p> <p>Der Anleger kann seinen Kapitaleinsatz ganz oder teilweise verlieren, im Fall des Eintritts eines Kreditereignisses, einer vorzeitigen Rückzahlung oder wenn sich das Emittentenrisiko einschließlich des Risikos der Anwendung von Abwicklungsinstrumenten im Falle einer Bestandsgefährdung verwirklicht.</p>
--	--	---

Abschnitt E – Angebot

Punkt		
E.2b.	Gründe für das Angebot, Zweckbestimmung der Erlöse	Die Gründe für das Angebot sind folgende: [Entfällt. Die Gründe für das Angebot liegen in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken]. []
E.3.	Angebotskonditionen	Beschreibung der Angebotskonditionen: [Ausgabepreis: []] [Ausgabeaufschlag: []] [Kleinste [handelbare] [und] [übertragbare] Einheit: [] [(oder ein ganzzahliges Vielfaches davon)]] [Freibleibendes öffentliches Angebot: ab [] [bis [] [zum Ende der Gültigkeit des Prospekts] [(der „Angebotszeitraum“)]] [Angebotszeitraum und Zeichnungsfrist: [Die Zeichnungsfrist dauert vom [] bis []. Die Zeichnungsfrist kann verlängert oder verkürzt werden.] [Danach erfolgt das Angebot freibleibend [bis [] [zum Ende der Gültigkeit des Prospekts.] [] [(der „Angebotszeitraum“)]] [Mindestzeichnungsvolumen: []] [Höchstzeichnungsvolumen: []] [Mitteilungsmethode: []] [Verkaufsprovision: []] [Sämtliche erforderlichen Definitionen für Begriffe einfügen, die in der Zusammenfassung verwendet werden und die nicht bereits vorstehend definiert wurden: [Weitere Definitionen:] [•]] []
E.4.	Für die Emission/das Angebot wesentliche Interessen, einschließlich Interessenkonflikten	Für die Emission/das Angebot wesentliche Interessen: [Entfällt. Es gibt keine derartigen Interessen.] []
E.7.	Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden	Geschätzte Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden: [Entfällt. Die Emittentin selbst stellt keine Ausgaben in Rechnung. Es können jedoch andere Kosten, wie etwa Depotentgelte anfallen.] []

RISIKOFAKTOREN

Der folgende Abschnitt enthält allgemeine Erläuterungen von bestimmten Risiken, welche die Fähigkeit der DekaBank, ihre Verpflichtungen aus den von ihr emittierten Schuldverschreibungen zu erfüllen, beeinflussen können, und welche in Verbindung mit dem Kauf, dem Halten und dem Verkauf von Schuldverschreibungen stehen. Die DekaBank erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit hinsichtlich der Nennung aller Risiken, die in Bezug auf die Entscheidung über den Kauf von Schuldverschreibungen relevant sind. Die nachfolgende Darstellung berücksichtigt auch nicht die persönlichen Umstände oder den individuellen Kenntnisstand einzelner Anleger in Bezug auf die typischen Risiken der DekaBank und den Kauf, das Halten und den Verkauf von Schuldverschreibungen. Die meisten Faktoren hängen von Umständen und Ereignissen ab, deren Eintritt nicht vorhersehbar ist. Die Emittentin ist nicht in der Lage, eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit des Eintretens dieser Umstände oder Ereignisse abzugeben.

Potenzielle Käufer der Schuldverschreibungen sollten vor dem Kauf der Schuldverschreibungen die folgenden Informationen über die Risiken zusammen mit allen anderen im Prospekt (einschließlich der Informationen in etwaigen Nachträgen zum Prospekt und allen Dokumenten, die per Verweis in den Prospekt einbezogen sind) und in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen sorgfältig prüfen. Potenziellen Käufern der Schuldverschreibungen wird ferner empfohlen, sich von ihrem eigenen Anlage-, Steuer- oder Rechtsberater, Wirtschaftsprüfer oder anderen geeigneten Beratern hinsichtlich der Risiken beraten zu lassen, die mit einem Kauf, dem Halten oder Verkauf der Schuldverschreibungen (einschließlich der Auswirkungen des Rechts des jeweiligen Landes, in dem sie ansässig sind) verbunden sind. Sofern ein potenzieller Käufer der Schuldverschreibungen diese im Rahmen seiner Funktion als Treuhänder für eine dritte Person erwerben möchte, sollte er besondere Rücksicht auf die Verhältnisse der Person nehmen, für deren Rechnung die Schuldverschreibungen erworben werden sollen.

Der Kauf von Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt begeben werden, ist mit wesentlichen Risiken verbunden und nur für Anleger geeignet, die das Wissen und die Erfahrung in den finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten haben, die notwendig sind und die sie dazu befähigen, solche Risiken einzuschätzen und die mit der Anlage in die Schuldverschreibungen verbundenen Risiken zu beurteilen. Alle Anleger sollten beachten, dass die Aussicht auf Erträge über dem Durchschnittsniveau typischerweise mit einem erhöhten Investmentrisiko einhergeht und außerdem mit einer langfristigeren Bindung von eingesetztem Kapital oder eingeschränkter Liquidität verbunden sein kann. Bestimmte Schuldverschreibungen können unter dem Prospekt ohne Kapitalgarantie begeben werden, und folglich gibt es keine Garantie für Gläubiger der Schuldverschreibungen (die „Gläubiger“), am Fälligkeitstag das eingesetzte Kapital zurückzuerhalten. Dadurch kann es zu einem Totalverlust des eingesetzten Kapitals für Anleger kommen.

Darüber hinaus müssen potenzielle Anleger berücksichtigen, dass die nachfolgend beschriebenen Risikofaktoren zusammenwirken und sich dadurch verstärken können.

Der folgende Abschnitt B.1. enthält allgemeine Erläuterungen von bestimmten Risiken, welche die DekaBank als Muttergesellschaft der Deka-Gruppe direkt oder indirekt beeinflussen können; die Abschnitte B.2. bis B.8. enthalten die allgemeinen und besonderen Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

Risiken in Bezug auf die Emittentin

Risiko aufgrund von Änderungen der Bewertung der Fähigkeit zur Erfüllung der Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen – Rating-Veränderungen

Die Bewertung der Fähigkeit der DekaBank zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten als Emittentin von Schuldverschreibungen kann durch ein Rating einer Ratingagentur beschrieben werden. Informationen zu den relevanten Ratingagenturen (unter Berücksichtigung der EU-Verordnung über Ratingagenturen (Verordnung (EG) Nr. 1060/2009, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**Ratingverordnung**“)) sowie etwaige Ratings können zu den üblichen Geschäftszeiten an der angegebenen Adresse der Emittentin erfragt werden.

Je niedriger das erteilte Rating auf der anwendbaren Ratingskala der jeweiligen Ratingagentur ist, desto höher schätzt diese das Risiko ein, dass die Verbindlichkeiten nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt werden. Ein Rating ist keine Empfehlung, Schuldverschreibungen zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten und kann durch die Ratingagentur – ohne Einfluss der Emittentin – ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgenommen werden. Eine solche Aussetzung, Herabstufung oder Rücknahme kann den Marktpreis der von der DekaBank emittierten Schuldverschreibungen negativ beeinträchtigen. Außerdem kann eine Herabstufung der Schuldverschreibungen unter ein bestimmtes Ratingniveau zur Folge haben, dass die Schuldverschreibungen für bestimmte Investorengruppen als Investitionsmöglichkeit ausscheiden. Ferner kann eine Herabstufung auch negative Einflüsse auf die Refinanzierung der DekaBank und somit auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben. Ratingagenturen können im Zusammenhang mit dem Rating auch einen Ausblick (Outlook) angeben. Der Ausblick stellt lediglich eine Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur über die mögliche mittelfristige Entwicklung des Ratings dar und ist weder eine zwingende Vorstufe einer Ratingmaßnahme noch führt sie zwangsläufig zu einer solchen. Anleger sollten daher bei ihrer Anlageentscheidung insbesondere nicht darauf vertrauen, dass ein Ausblick mit hoher Wahrscheinlichkeit oder tatsächlich zu einer bestimmten Ratingveränderung führt.

Risiken aufgrund von Änderungen oder Anwendungen rechtlicher oder regulatorischer Rahmenbedingungen bzw. Vorschriften

Allgemeine Risiken

Die Geschäftstätigkeit der Deka-Gruppe unterliegt in den Ländern, in denen sie tätig ist, einem komplexen gesetzlichen Rahmen und ist Gegenstand von Aufsichtsmaßnahmen der zuständigen Aufsichtsbehörden und Zentralbanken. Der auf Unternehmen der Finanzbranche wie der Deka-Gruppe in den verschiedenen Ländern anwendbare rechtliche Rahmen kann sich, auch im Hinblick auf den Umgang mit öffentlich-rechtlichen Institutionen und unter anderem auch in Abhängigkeit von der jeweils aktuellen wirtschaftlichen Situation des Unternehmens, ändern. Gleiches gilt für die jeweils auf die Geschäftstätigkeit anwendbaren Gesetze und sonstigen Bestimmungen einschließlich des auf Produkte der Deka-Gruppe anwendbaren Steuerrechts bzw. anderer Gesetze u.a. zur Schaffung neuer Anlageinstrumente. Neben Änderungen und Anpassungen der Geschäftstätigkeit auf Grund von bereits bestehenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen können insbesondere die Neuschaffung oder Anwendung von rechtlichen Rahmenbedingungen durch Gesetze, Verordnungen, Rechts-/Verwaltungsakte oder ähnliches, auch im Rahmen der Umsetzung von Vorgaben der EU, der Deka-Gruppe zusätzliche Verpflichtungen auferlegen und ihre Geschäftstätigkeit einschränken. Aktuelle Beispiele sind die derzeit unter den Stichworten Basel 3.5 bzw. Basel IV diskutierten, zum Teil tiefgreifenden Anpassungen der Eigenmittelvorgaben, die geplanten Anpassungen der EU-CRD IV-Richtlinie (Richtlinie 2013/36/EU, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**CRD IV**“) und der EU-CRR-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**CRR**“) (gemeinsam das „**CRD IV-Paket**“) sowie der EU-SRM-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 806/2014, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**SRM-Verordnung**“) und der EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Richtlinie 2014/59/EU, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**BRRD**“) entsprechend dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom 23. November 2016 (der im Rahmen des laufenden Rechtssetzungsverfahrens noch inhaltlich diskutiert und voraussichtlich auch noch abgeändert wird), die geplante Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Vervollständigung einer Bankenunion sowie die überarbeitete EU-Finanzmarktrichtlinie (Richtlinie 2014/65/EU, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**MiFID II**“), die insbesondere neue Organisations- und Meldepflichten sowie Anlegerschutzregelungen vorsieht. Die Befolgung geänderter gesetzlicher Vorschriften oder der Verwaltungspraxis der zuständigen Aufsichtsbehörden sowie die Anwendung gesetzlicher oder aufsichtsrechtlicher Bestimmungen kann zu einem erheblichen Anstieg des Verwaltungsaufwands führen oder auch die Geschäftstätigkeit in einzelnen Geschäftsbereichen beeinträchtigen und/oder einschränken. Die Nichtbefolgung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen kann unter anderem mit empfindlichen Geldbußen geahndet werden. Darüber hinaus kann durch Änderungen des Steuerrechts oder Schaffung „neuer“ Anlageinstrumente der Fokus der Anleger auf neue, noch nicht von der Deka-Gruppe abgedeckte Produkte gelenkt werden.

Die Deka-Gruppe geht davon aus, dass sie im Hinblick auf die ihr bisher bekannten Veränderungen bei den rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen und den Marktbedingungen die erforderlichen Vorbereitungen und Maßnahmen ergriffen hat. Sollten sich diese Maßnahmen im Nachhinein als doch nicht ausreichend und/oder ungeeignet herausstellen und lässt sich dies nicht durch weitere Maßnahmen ausgleichen bzw. kommen neue Veränderungen/Anforderungen – einschließlich der Anforderung an neue Produkte – hinzu, kann dies u.a. die Refinanzierung verteuern, den Verwaltungsaufwand erhöhen und Geschäftsbereiche in ihrer Tätigkeit einschränken, das Risiko von Geldbußen erhöhen sowie einen negativen Einfluss auf den Absatz der Produkte der Deka-Gruppe haben. Dies alles könnte dazu führen, dass Neugeschäft nicht im erwarteten Umfang generiert werden kann und sich die Erwartungen nicht erfüllen. Darüber hinaus können weitere negative Einflüsse auf die Geschäfte sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der DekaBank und der Deka-Gruppe nicht ausgeschlossen werden.

Risiken im Zusammenhang mit bankaufsichtsrechtlichen Entwicklungen

Die Emittentin unterliegt dem CRD IV-Paket. Das CRD IV-Paket hat eine EU-weite Harmonisierung bankaufsichtsrechtlicher Regelungen vorgenommen. Beispielsweise sind die Eigenmittelanforderungen verschärft worden. Eine Liquiditätsdeckungsanforderung, die sog. Liquidity Coverage Ratio (LCR), wird schrittweise eingeführt. Für die Anforderungen an eine stabile Refinanzierung (womit ein Mindestbestand an langfristigen, stabilen Refinanzierungsquellen gemeint ist, die sog. Net Stable Funding Ratio (NSFR)) wurde ein bis zum 31. Dezember 2016 laufender Beobachtungszeitraum angesetzt; am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission aber einen Vorschlag für die Änderung der CRR veröffentlicht, der u.a. die verbindliche Einführung der stabilen Refinanzierung vorsieht („**CRR-Änderungsvorschlag**“). Insbesondere die Liquiditätsanforderungen können den finanziellen Spielraum der Emittentin und damit auch deren Geschäftstätigkeit erheblich beschränken.

Das CRD IV-Paket enthält zahlreiche zwingende Berechnungs-, Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten in Bezug auf Eigenmittel und Liquidität. Weiter sieht das CRD IV-Paket bestimmte Maßnahmen zur Erkennung, Überwachung und Kontrolle der Risiken übermäßiger Verschuldung, insbesondere eine sog. Leverage Ratio, vor. Der Vorschlag der Europäischen Kommission vom 23. November 2016 zur Anpassung des CRD IV-Pakets sieht eine weitere Verschärfung dieser Anforderungen vor.

Das CRD IV-Paket und das Kreditwesengesetz („**KWG**“) in der zum 1. Januar 2017 geänderten Fassung enthalten strengere Vorgaben zur Unternehmensführung, zum Risikomanagement und zur Risikoüberwachung sowie die Befugnis der Aufsichtsbehörden zur Verhängung weitreichender Sanktionen bei Verstößen. Dazu gehört auch die Befugnis der Aufsichtsbehörden, Verstöße gegen das KWG und die als Sanktion getroffenen Maßnahmen zu veröffentlichen, was die Reputation betroffener Kreditinstitute wie der Emittentin beeinträchtigen kann.

Zahlreiche Bestimmungen des CRD IV-Pakets treten erst in Kraft, wenn die Europäische Kommission von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde („**EBA**“) vorgeschlagene delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte verabschiedet hat. Andere Bestimmungen, wie insbesondere auch die nationalen Umsetzungen im KWG, treten schrittweise in Kraft oder bedürfen weiterer Durchführungsbestimmungen. Der endgültige Inhalt des CRD IV-Pakets steht also noch nicht in jeder Hinsicht fest; die endgültige Ausgestaltung der Regelungen kann in einigen Bereichen mehrere Jahre dauern. Gleichzeitig hat die Europäische Kommission am 23. November 2016 einen Vorschlag zur Anpassung des CRD IV-Pakets veröffentlicht, der zu weiteren Änderungen führen dürfte.

Die EBA, die Europäische Zentralbank („**EZB**“) und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („**BaFin**“) nehmen insbesondere mittels Durchführung von Stresstests regelmäßige Bewertungen potenzieller Risiken und Schwachstellen des europäischen Bankensektors vor. Dadurch, dass die Ergebnisse dieser Stresstests veröffentlicht werden können, kann das Vertrauen der Anleger in die Finanzmärkte im Allgemeinen oder in konkrete Unternehmen der Finanzbranche wie die Emittentin beeinträchtigt werden. Sollten bei diesen Stresstests Defizite festgestellt werden, könnten die Aufsichtsbehörden unter Ausübung ihrer Befugnisse Maßnahmen zur Abstellung dieser Defizite verlangen.

Gemäß § 3 Abs. 2 KWG haben Kreditinstitute bei Erreichen bestimmter Schwellenwerte gewisse vom Gesetzgeber als risikobehaftet angesehene Handels-, Kredit- und Garantiegeschäfte entweder in der gesamten Gruppe einzustellen oder auf ein rechtlich und finanziell unabhängiges Finanzhandelsinstitut zu übertragen („**Trennbankengesetz**“). Zudem kann die zuständige Aufsichtsbehörde gemäß § 3 Abs. 4 KWG institutsspezifisch zur Vermeidung von Risiken weitere Geschäfte verbieten. Die Deka-Gruppe fällt aktuell aufgrund ihrer Bilanzsumme nicht in den Anwendungsbereich des Trennbankengesetzes, kann zukünftig aber wieder in den Anwendungsbereich kommen, sodass das Trennbankengesetz weiterhin von Relevanz für die Deka-Gruppe ist. Ähnliche Maßnahmen sieht auch ein Entwurf für eine EU-Trennbanken-Verordnung (Verordnung über strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von EU-Kreditinstituten, „**Trennbanken-Verordnung**“) vor, auf den sich der Rat am 19. Juni 2015 verständigt hat. Die Trennbanken-Verordnung würde für die von ihr erfassten Kreditinstitute ab ihrem Inkrafttreten das Trennbankengesetz voraussichtlich in wesentlichen Teilen überlagern und könnte im Einzelfall auch weitergehende Auswirkungen auf die Emittentin haben, als dies gegenwärtig im Rahmen des Trennbankengesetzes der Fall ist. Die Umsetzung der Trennbankenanforderungen, insbesondere Verbote und Beschränkungen gewisser Geschäftstätigkeiten oder eine Verpflichtung zur Separierung bestimmter Geschäftstätigkeiten, können nachteilige Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und/oder auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Deka-Gruppe haben.

Schließlich ist noch mit zusätzlicher Regulierung zur Abwendung weiterer Finanzkrisen zu rechnen. Regulatorische Änderungen, wie beispielsweise die Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie in deutsches Recht im Jahr 2015 (siehe hierzu auch Abschnitt F.4.4. „Sicherungseinrichtungen“ in diesem Prospekt), können zu erhöhten Kosten führen und gegebenenfalls nachteilige Auswirkungen auf Finanzierungsmodelle von Banken haben. Dies gilt auch für laufende Reformen der internen Unternehmensführung bei Banken, insbesondere der Vergütungspolitik, und der Finanzmarktinfrastrukturen.

Risiken im Zusammenhang mit der Bankenunion und weiteren regulatorischen Maßnahmen

Die Emittentin unterliegt als „bedeutendes Institut“ seit dem 4. November 2014 auch der direkten Aufsicht durch die EZB. Mit diesem Wechsel von der BaFin zur EZB als primär zuständiger Aufsichtsbehörde im Bereich der prudentiellen Aufsicht über Kreditinstitute können für die Emittentin auch in der Zukunft ein erheblicher Aufwand und zusätzliche Kosten verbunden sein. Auch führt insbesondere die EZB turnusmäßig sog. SREP-Prozesse durch, die auf die Feststellung des individuellen Risikoniveaus gerichtet sind und zur Festsetzung erhöhter Kapitalanforderungen beziehungsweise zusätzlicher Anforderungen in anderen bankaufsichtlichen Regelungsbereichen wie zum Beispiel Liquidität für die Emittentin führen können.

Am 1. Januar 2016 ist der auf der SRM-Verordnung beruhende einheitliche Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism*, „SRM“) in seinen wesentlichen Teilen in Kraft getreten; er bezweckt die Schaffung eines einzigen, integrierten Systems für den Umgang mit in Schieflage geratenen Banken in den Mitgliedsstaaten der Bankenunion. Die Emittentin muss Beiträge an einen gemeinsamen Bankenabwicklungsfonds für alle Mitglieder der Bankenunion entrichten, die deutlich über denen liegen können, die sie bisher an den deutschen Restrukturierungsfonds entrichtet hat.

Der SRM basiert materiell auf den Instrumenten des Abwicklungsregimes der BRRD, die in Deutschland durch das Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen („SAG“) umgesetzt wurde. Diese beinhalten Instrumente der Gläubigerbeteiligung und das Instrument der Beteiligung der Inhaber relevanter Kapitalinstrumente („**Bail-in-Instrumente**“) (vgl. Ausführungen unter Abschnitt B.2. „Risiken im Zusammenhang mit einem Sanierungs- und Abwicklungsverfahren (sog. „Bail-in Regelungen“) für Kreditinstitute“ in diesem Prospekt). Die Existenz und die potenzielle Anwendung dieses Abwicklungsregimes kann auch zu einer Einschränkung der Geschäftstätigkeit und zu höheren Refinanzierungskosten der Deka-Gruppe führen.

Schließlich hat die EU Kommission am 24. November 2015 einen Vorschlag zur Einführung einer gemeinsamen Einlagensicherung als dritten Pfeiler der Bankenunion veröffentlicht. Sollte dieser umgesetzt werden, könnten sich hieraus erhöhte Pflichten zur Leistung von Beiträgen zur Einlagensicherung ergeben.

Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund von Finanzmarkt- und Währungskrisen

Finanzmarkt- und Währungskrisen können durch diverse Faktoren in den unterschiedlichsten Geschäftsbereichen, Branchen, (Teil-)Märkten, Ländern sowie u.a. auch von einzelnen Unternehmen oder Unternehmensgruppen, Krisen in einzelnen Staaten oder Staatsverbänden, geopolitischen Konflikten und überraschend in Folge von Naturkatastrophen ausgelöst werden. Die Globalisierung der Märkte und die Komplexität einzelner Geschäfte, die verschiedene Geschäftsbereiche bzw. Finanzmarktteile miteinander in der einen oder anderen Weise verzahnen, haben die Folge, dass Krisen, die z.B. von den Finanzmärkten ausgehen, in der Überschuldung von Staaten ihren Ursprung haben, durch kriegerische Handlungen oder durch Fehlverhalten von Marktteilnehmern ausgelöst werden, über ihren „Ursprung“ hinaus weitreichende Wirkung entfalten und verschiedene Marktteilnehmer und (Teil-)Märkte global in unterschiedlichster Weise direkt oder indirekt, sofort oder mit zeitlicher Verzögerung – zum Teil auch längerfristig – beeinflussen.

Allgemeine Vertrauensverluste an den Märkten, die in der Regel zunächst pauschal wirken und die Betrachtung einzelner Unternehmen vernachlässigen, bis hin zu Panikreaktionen von Marktteilnehmern – einschließlich technisch bedingter „Dominoeffekte“ – können weitergehende nachteilige Folgen haben.

Weltweit haben Notenbanken eine extrem offensive Rolle übernommen, den Auswirkungen von Finanzkrise und Euro-Staatsschuldenkrise Herr zu werden. Damit geht quasi ein Nullzinsumfeld einher, welches erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Profitabilität der Geschäftstätigkeit der Deka-Gruppe haben kann. Die EZB sieht zwar die Deflationsgefahren als überwunden an, aber ihr Inflationsziel wird noch einige Zeit unterschritten bleiben. Daher belässt sie den Leitzins derzeit bei Null und führt ihr Wertpapierankaufprogramm (ab 2018 mit reduziertem Volumen) fort. Mittelfristig stehen Risiken für den Ausstieg aus dieser äußerst expansiven Geldpolitik auf der Agenda. Dabei kann es durch die Korrelation zwischen einzelnen Teilmärkten zu sich verstärkenden negativen Effekten auf den verschiedenen Finanzmärkten mit entsprechenden globalen Auswirkungen kommen.

Das Ausscheiden eines oder mehrerer Teilnehmerstaaten aus oder gar ein Zerfall der Europäischen Währungsunion kann weitreichende Folgen für die Gesamtwirtschaft und das Finanzsystem insgesamt haben, die nicht vorherzusehen sind. Auch in 2018 stehen vor allem mit Italien Wahlen in der Eurozone an, die den Fokus der Kapitalmärkte auf die politischen Risiken lenken werden. Eine weitere Verschärfung der Krise innerhalb der Europäischen Währungsunion kann ganz erhebliche nachteilige Folgen für die Deka-Gruppe haben.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sowohl Krisensituationen, die ihren Höhepunkt in der Vergangenheit hatten, als auch aktuelle Konflikte und Krisen einen noch langfristigen, nachhaltigen Einfluss auf die Finanzmärkte, die Konjunktur und das wirtschaftliche Wachstum haben, von denen auch die geschäftliche Entwicklung der Deka-Gruppe abhängt. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass andere Krisen an den Finanzmärkten auftreten, die einen erheblichen direkten negativen Einfluss auf Geschäftsfelder der Deka-Gruppe und somit ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können.

Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund von Branchenspezifika, konjunkturellem sowie politischem Umfeld und Marktrisiken

Der deutsche Bankensektor ist durch einen intensiven Wettbewerb und durch Konsolidierungstendenzen gekennzeichnet, welche u.a. auch durch EU-Gesetzgebung bzw. durch die Einflussnahme der EU-Kommission getrieben werden. Neben Privatbanken, Genossenschaftsbanken und den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten (Sparkassen und Landesbanken) bestimmen in den letzten Jahren zunehmend auch ausländische Banken den Wettbewerb mit. In einzelnen Geschäftsfeldern sind Überkapazitäten am Markt vorhanden. Infolge des intensiven Wettbewerbs lassen sich in den einzelnen Geschäftsfeldern der Banken oft nur geringe – zum Teil nicht kostendeckende bzw. nicht risikoadäquate – Margen erzielen, die durch Erträge in anderen Geschäftsfeldern ausgeglichen werden müssen. Die Deka-Gruppe ist diesem Wettbewerb auch ausgesetzt, der zudem durch das konjunkturelle und politische Umfeld mit beeinflusst wird. Durch die Zugehörigkeit der Deka-Gruppe zur Sparkassen-Finanzgruppe sowie zur Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen kann sie darüber hinaus von Entscheidungen der europäischen Gremien zu Mitgliedsinstituten und den damit einhergehenden Lösungsvorschlägen Risiken ausgesetzt sein, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage direkt oder indirekt negativ beeinflussen.

Mit einem schwachen konjunkturellen Umfeld sind grundsätzlich direkte Auswirkungen auf die Kreditnachfrage von Unternehmen, sinkende Kreditvergaben und Bonitätsverschlechterung sowie ein Anstieg von Insolvenzen und der Notwendigkeit einer höheren Risikovorsorge verbunden. Dies kann sich auf einzelne Unternehmen oder ganze Branchen beziehen wie auch die Logistik-/Schifffahrtsbranche oder das Exportgeschäft. Sinkende Gewinnaussichten von Unternehmen führen zudem zu niedrigeren Unternehmensbewertungen und infolgedessen zu geringerer Bereitschaft für M&A- sowie Kapitalmarkttransaktionen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte haben kann. Typischerweise weichen Anleger in derartigen Situationen auf risikoärmere – gleichzeitig auch provisionsärmere – Anlageformen aus. Mangelndes Vertrauen in die Kapitalmärkte aufgrund der anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten kann zu erheblichen Schwankungen bzw. Rückgängen bei der Nachfrage nach Kapitalanlageformen wie Aktien, Renten und Investmentfonds führen, während klassische Spar- und Termineinlagen erhebliche Zuflüsse verzeichnen können. Darüber hinaus sind die Handelsaktivitäten, das Treasury und das Emissionsgeschäft der DekaBank sowie die in diesen Bereichen zu erzielenden Ergebnisbeiträge vom Kapitalmarktumfeld, den Erwartungen der Marktteilnehmer und der unverminderten Globalisierung abhängig. Beim

Eingehen von Handels- und Anlagepositionen auf den Aktien-, Renten-, Devisen- und Derivatemarkten werden Einschätzungen und Vorhersagen in Bezug auf zukünftige Entwicklungen vorgenommen. Erträge und Gewinne aus solchen Positionen und Transaktionen hängen von Marktpreisen und der Kursentwicklung ab.

Da die Deka-Gruppe vor allem im deutschen und luxemburgischen Markt agiert, ist sie in besonderem Maße von der konjunkturellen und politischen Entwicklung sowie der Wettbewerbssituation im Bankensektor in Deutschland und Luxemburg sowie insgesamt in dem Gebiet der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion abhängig. Durch ihr Engagement im Rahmen des Asset Managements in anderen Märkten der Welt spielen auch weltwirtschaftliche Entwicklungen für die Deka-Gruppe eine zunehmend stärkere Rolle. Darüber hinaus sind insbesondere die Entwicklungen an den internationalen Wertpapiermärkten und für das Geschäftsfeld Immobilien an den Immobilienmärkten von wesentlicher Bedeutung.

Die Weltwirtschaft expandiert mit moderatem Tempo anhaltend weiter. Zwei Entwicklungen sind in diesem Umfeld besonders zu beachten, die aktiv auf Vermeidung von Deflation ausgerichtete Notenbankpolitik der Volkswirtschaften und die politischen Risiken. Es gibt zum einen zwar eine Wende in der Zinslandschaft, da mit der Bodenbildung an den Rohstoffmärkten die Deflationssorgen vertrieben werden konnten. Mit höheren Inflationsraten erhöht aber zunächst nur die Notenbank in den Vereinigten Staaten von Amerika ihre Leitzinsen. Hieraus resultieren diverse Unsicherheiten, wie es mit der Zinswende weitergeht und welche Auswirkungen dies auf die verschiedenen Anlagensegmente hat. Unsicherheiten sind zum anderen aus politischen Risiken ableitbar. Die nun beginnenden Austrittsverhandlungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union können für Unsicherheiten sorgen, wenn es auf einen harten Brexit hinauslaufen sollte. Politische Unsicherheiten bestehen zudem aufgrund der neuen Machtverhältnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika und der bevorstehenden Wahlen in der Eurozone, welche ebenfalls zu neuen politischen Machtverhältnissen führen können. Jede dieser politischen Veränderungen könnte zu neuen nationalen Schutzregularien oder Handels- und Dienstleistungsbeschränkungen führen und insbesondere den Handel zwischen wichtigen Volkswirtschaften und die Geschäftstätigkeiten von globalen Unternehmen und Banken vor neue Herausforderungen stellen. Es besteht daher das Risiko, dass durch Änderungen in den Handelsbeziehungen und Dienstleistungsfreiheiten zwischen einzelnen Volkswirtschaften die Weltwirtschaft, der europäische Wirtschaftsraum sowie die nationale Wirtschaft negativ beeinträchtigt werden. Jedes der beiden aufgeführten Risiken kann zu schwächeren und volatileren Aktien- und Finanzmärkten führen und das gesamte Geschäftsumfeld der Banken belasten.

Es bleibt jedoch abzuwarten, in welchem Maße sich die starken Veränderungen im Wirtschafts- und Produktumfeld auf die Kosten- und Ertragsentwicklung der Deka-Gruppe auswirken werden. Daneben können im Fall, dass sich in für Geschäftsfelder der DekaBank relevanten Teilmärkten negative oder nicht den Erwartungen entsprechende Entwicklungen zeigen, auch wesentliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deka-Gruppe ergeben. Gleiches gilt, sofern es der Deka-Gruppe nicht gelingt, ihre Produkte und Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Konditionen anzubieten, mit der Maßgabe, Margen zu erzielen, welche die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Kosten und Risiken decken.

Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells

Die Deka-Gruppe ist das Wertpapierhaus der Sparkassen. Die Deka-Gruppe hat ihre eingeschlagene Strategie, die darauf ausgerichtet ist, die Marktpositionierung zu stärken und den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern und so konsequent den Zwecken der Sparkassen-Finanzgruppe zu dienen, fortgeführt und weiterentwickelt. Strategische Schwerpunkte bilden die Fokussierung auf Kunden und deren Interessen, Verbesserung der Produkt- und Servicequalität sowie Verbesserung der Kostenstruktur. Das Geschäftsmodell wird anhand der Bedürfnisse der Sparkassen und deren privaten und institutionellen Kunden adjustiert und um neue Geschäftsaktivitäten ergänzt.

Erreicht werden soll dies unter anderem durch die gegenseitige Nutzung von Know-how und Infrastruktur, die Weiterführung der Maßnahmen zur Optimierung der Produktpalette und zur nachhaltigen Verbesserung der Performance sowie der ganzheitlichen Betreuung der Sparkassen sowohl in der Eigenanlage als auch im Kundengeschäft. Auf Basis dieser Aktivitäten und unter optimaler Nutzung des Potenzials der Sparkassen-Finanzgruppe will die Deka-Gruppe zugleich in bislang unterrepräsentierten Produktbereichen Marktanteile hinzugewinnen. Gleichzeitig soll das Ertragsniveau über die Geschäftsfelder hinweg stabilisiert werden. Laufende geschäftsfeldübergreifende Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und der intensiven Prüfung und Umsetzung von Kostenoptimierungsmaßnahmen unterstützen diese Zielsetzung.

Sollte es der Deka-Gruppe aus irgendeinem Grund (einschließlich technischer Gründe sowie aufgrund der Entwicklungen an den internationalen Kapital-, Geld- und Immobilienmärkten – auch unter Berücksichtigung der globalen Finanzmarktkrise) im angedachten Zeitrahmen nicht gelingen, diese Maßnahmen umzusetzen, sollten im Verlauf der Umsetzung höhere als die bisher erwarteten Aufwendungen erforderlich werden, sollten die Anteilseigner Veränderungen an der Strategie bzw. dem Geschäftsmodell vornehmen oder regulatorische Vorgaben diese erzwingen, könnte dies grundsätzlich auch negative Auswirkungen auf die Ertragskraft bzw. die erwartete Ertragskraft sowie Profitabilität und somit auf die Vermögens- und Finanzlage sowie den Unternehmenswert der Deka-Gruppe haben.

Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund der Informations- und Datenverarbeitungssysteme

Der Informations- und Datenverarbeitung kommt für die Geschäftstätigkeit der Deka-Gruppe eine herausragende Rolle zu, da viele Prozesse und Geschäftsabläufe automatisiert durch Anwendungssysteme umgesetzt oder gesteuert werden. Angriffe auf die verarbeiteten Daten oder die Funktionalität der von der Deka-Gruppe eingesetzten Informations- und Datenverarbeitungssysteme (IT-Systeme) – sogenanntes „Cyber Crime“ – sowie anderweitig verursachte Ausfälle der IT-Systeme können insbesondere Datenbanken, Banksteuerung und Risikomanagement sowie Kommunikations-, Zahlungsverkehrs- und Handelssysteme beeinträchtigen und erhebliche finanzielle Verluste, Reputationsschäden und aufsichtsrechtliche Maßnahmen nach sich ziehen. Darüber hinaus können der Deka-Gruppe erhebliche Kosten für die Sicherung, Kontrolle und Wartung von IT-Systemen und die Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen an die IT-Systeme entstehen. All dies kann sich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deka-Gruppe auswirken.

Risiken für Erträge und Profitabilität aufgrund von Akquisitionsaktivitäten

Die DekaBank führt im Rahmen der Umsetzung ihrer Geschäftsstrategie auch Akquisitionen durch. Akquisitionsaktivitäten sind generell mit Risiken verbunden, die sich z.B. aufgrund unternehmenskultureller Aspekte wie Kommunikationsdefiziten und allgemeinen Schwierigkeiten der Integration sowie aufgrund operationeller oder systemtechnischer Unterschiede ergeben und hinsichtlich ihrer Aufwendungen und Auswirkungen nur schwer quantifizierbar sind. Hinzu kommen Risiken, die von der jeweils gewählten Art und Weise der Akquisition – z.B. Unternehmenserwerb oder Integration einzelner Assets bzw. Portfolien – abhängen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Risiken, die mit diesen Akquisitionen verbunden sind, nicht erkannt oder falsch eingeschätzt wurden oder werden und sich nach der Akquisition zeigt, dass die Integration nicht erfolgreich ist und den Erwartungen der Sparkassen-Finanzgruppe nicht gerecht wird, die DekaBank die Marktstellung, das Ertragspotenzial, die Profitabilität und die Wachstumsmöglichkeiten oder andere wesentliche Faktoren falsch eingeschätzt hat. Derartige Fehleinschätzungen können sich auch auf die Umsetzbarkeit der jeweiligen Akquisition zugrunde gelegten Strategie beziehen.

In einem solchen Fall wäre nicht nur die Erreichung der von der Emittentin mit der jeweiligen Akquisition angestrebten Ziele, sondern auch der Wert einer etwaigen Beteiligung als Ganzes oder erworbener Assets erheblich gefährdet und erwartete Aufwendungen für die Akquisition können überschritten werden und es können sich negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ergeben. Darüber hinaus kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich auch bei einer planmäßig verlaufenden Akquisition aufgrund der mit dieser verbundenen Maßnahmen, Aktivitäten und Aufwendungen zumindest vorübergehend negative Einflüsse auf Profitabilität und Eigenkapital zeigen könnten.

Risikomanagement- und Risikosteuerungssystem

Die Deka-Gruppe unterliegt bei ihrer Geschäftstätigkeit verschiedenen rechtlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Risiken. Zu diesen Risiken zählen u.a. die nachfolgend dargestellten Risikoarten, die zum Zwecke der Risikoüberwachung und -steuerung aus der jährlichen Risikoinventur abgeleitet werden:

Zu den als wesentlich erachteten Risikoarten, welche mit ökonomischem Risikokapital unterlegt werden, zählen das Marktpreisrisiko, das Adressenrisiko, das operationelle Risiko und das Geschäftsrisiko. Das Liquiditätsrisiko wird ebenso als wesentlich eingestuft, jedoch außerhalb der Risikotragfähigkeitsanalyse gesteuert und überwacht.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken beschreiben den möglichen wirtschaftlichen Verlust aus künftigen Marktparameterschwankungen über einen festen Zeithorizont und umfassen in diesem Zusammenhang Zinsrisiken (einschließlich Spreadrisiken), Währungsrisiken und Aktienrisiken.

Allgemeine Zinsrisiken entstehen durch Veränderungen währungsspezifischer Swapkurven, wobei sich auch unterschiedliche Zinsbindungsfristen auswirken. Ebenso schließen sie das Volatilitätsrisiko bei Zinsderivaten und Optionen (Cap / Floor und Swaption) ein.

Spreadrisiken sind von Veränderungen emittentenspezifischer Aufschläge auf die Referenzkurven abhängig. Diese Aufschläge hängen wesentlich von der Bonitätseinschätzung einzelner Emittenten oder Sektoren ab. Darüber hinaus sind Aufschläge einzelner Emissionen (Residualrisiken) relevant.

Aktienrisiken werden über die einzelnen Aktien oder Indizes als Risikofaktoren abgebildet und durch Risiken aus Aktien- beziehungsweise Indexvolatilitäten beeinflusst. Auch hier werden entsprechende Optionsrisiken beziehungsweise Volatilitätsrisiken integriert betrachtet.

Bei Währungsrisiken wirken sich entsprechend Veränderungen der Wechselkurse aus.

Die Risikoabbildung unterscheidet hierbei nicht zwischen Handels- und Anlagebuch, es werden vielmehr portfoliounabhängig dieselben Verfahren für alle Bestände der Deka-Gruppe angewandt. Darüber hinaus werden Marktpreisrisiken auch mit Blick auf Garantien, die die Deka-Gruppe für einzelne Sondervermögen übernommen hat, berechnet und unterliegen einer entsprechenden ökonomischen Kapitalallokation.

Adressenrisiko

Das Adressenrisiko kennzeichnet das Risiko finanzieller Verluste, weil sich die Bonität eines Kreditnehmers, Emittenten oder Kontrahenten verschlechtert (Migrationsrisiko) oder er seine vertraglich vereinbarten Leistungen nicht oder nicht rechtzeitig erbringt (Adressenausfallrisiko). Zum Adressenrisiko zählt auch das Länderrisiko in Form des Transferrisikos, welches nicht durch den Geschäftspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes im Ausland besteht. Grundsätzlich unterscheidet die Deko-Gruppe beim Adressenrisiko zwischen dem Positions- und dem Vorleistungsrisiko sowie dem Risiko aus dem potenziellen zukünftigen Forderungsbetrag (sogenanntes Potential Future Exposure, auch „PFE“). Das Positionsrisiko umfasst das Kreditnehmer- und das Emittentenrisiko sowie das Wiedereindeckungsrisiko und die offenen Posten. Das Kreditnehmerrisiko ist die Gefahr, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus Krediten gegenüber der Deko-Gruppe nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt werden. Das Emittentenrisiko stellt analog dazu das Adressenrisiko aus Wertpapieren dar. Das Wiedereindeckungsrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Geschäftspartners ein Ersatzgeschäft zu ungünstigeren Marktkonditionen getätigt werden müsste. Der offene Posten Leistungsstörung entsteht, wenn bei der Erbringung der vertraglich vereinbarten Leistung des Geschäftspartners ein Verzug eingetreten ist. Das Vorleistungsrisiko bildet die Gefahr ab, dass im Fall einer erbrachten Vorleistung durch die Deko-Gruppe ein Geschäftspartner seine vertraglich vereinbarte Gegenleistung nicht erbringt. Das PFE umfasst das Risiko aus potenziellen Marktpreisschwankungen bei Repo-/ Leihgeschäften sowie bei synthetischen Leihe- und sonstigen Derivategeschäften.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden.

Die operationellen Risiken schließen auch Rechtsrisiken ein, sofern diese sich nicht auf die zukünftige Geschäftstätigkeit beziehen. Reputationsrisiken infolge von Schadensfällen werden nicht in der Schadenshöhe, jedoch in den Methoden und Verfahren berücksichtigt und qualitativ bewertet.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko erfasst mögliche finanzielle Verluste, die durch Änderungen des Kundenverhaltens oder der Wettbewerbsbedingungen ebenso wie der allgemeinen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen hervorgerufen werden. Wesentlich für die Deko-Gruppe sind alle Faktoren, welche die Ergebnisentwicklung bedingt durch Volumen- und Margenänderungen unerwartet negativ beeinflussen und keiner anderen Risikoart zuzuordnen sind.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko beschreibt die Gefahr, dass eingetretene Ereignisse oder Schadensfälle im Zusammenhang mit anderen Risikoarten die Außenwirkung der Deko-Gruppe negativ beeinflussen und das Vertrauen von Kunden, Geschäfts- oder Vertriebspartnern, Ratingagenturen oder Medien in die Fähigkeiten der DekoBank mindern. Hierdurch können sie sich in zusätzlichen Verlusten, sinkenden Erträgen, einer verschlechterten Liquiditätslage oder einem verringerten Unternehmenswert auswirken. Reputationsrisiken werden vor diesem Hintergrund nicht als eigenständige Risikoart, sondern als Bestandteil und möglicher Verstärker von Geschäfts- und Liquiditätsrisiken betrachtet.

Modellrisiko

Modellrisiken bezeichnen zum einen potenzielle Schäden, die aus Fehlern in der Konzeption, der Umsetzung oder der Nutzung von Bewertungs- oder Risikomodellen oder auch aus fehlerhafter Einschätzung der Modelladäquanz entstehen. Diese werden als eine Unterkategorie des operationellen Risikos behandelt. Über die Abbildung und Bewertung entsprechender Szenarien im Rahmen der Self Assessments sind sie in die Risikotragfähigkeit der Deko-Gruppe unmittelbar einbezogen.

Zum anderen bezeichnen Modellrisiken mögliche Schäden, die durch bewusste Wahl, Spezifikation, Parametrisierung oder Kalibrierung von Modellen entstehen können und in der Konsequenz eine Unsicherheit in der Bewertung beziehungsweise eine gegebenenfalls unzureichende Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit zur Folge haben könnten.

Für Modellrisiken aus Bewertungsmodellen erfolgt die Berücksichtigung hier unmittelbar über die Bildung entsprechender Modellrückstellungen auf der Kapitalseite. Modellunsicherheiten aus der Spezifikation von Risikomodellen werden dagegen in Zusammenhang mit der jeweiligen Risikoart gesehen und durch eingehende Validierungshandlungen besonders untersucht. Bei Bedarf wird im Rahmen der jährlichen Risikokapitalplanung ein Puffer für Modellunsicherheiten gebildet; dieses reservierte ökonomische Kapital steht dann in der Folge nicht mehr zur Allokation zur Verfügung.

Liquiditätsrisiko

Die Deko-Gruppe unterscheidet bei den Liquiditätsrisiken zwischen dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko und dem Marktliquiditätsrisiko.

Unter dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird das Risiko verstanden, dass die Deko-Gruppe ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht erfüllen kann, weil die Verbindlichkeiten die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel übersteigen.

Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko beschreibt das Risiko, das sich aus einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve der DekoBank bei Ungleichgewichten in der liquiditätsbezogenen Laufzeitstruktur ergibt.

Das Marktliquiditätsrisiko beschreibt das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder von Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen beziehungsweise glattstellen zu können.

Weitere Risikoarten

Im Rahmen der Risikoinventur wurden darüber hinaus weitere Risikoarten identifiziert, die derzeit jedoch nur einen untergeordneten Einfluss auf die Risikotragfähigkeit haben.

Unter dem Beteiligungsrisiko versteht die Deko-Gruppe die Gefahr eines finanziellen Verlusts aufgrund von Wertminderungen des Portfolios von Unternehmensbeteiligungen, sofern diese nicht bilanziell konsolidiert und damit im Rahmen anderer Risikoarten bereits berücksichtigt werden.

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr, dass sich der Wert von Immobilien im Eigenbestand der Deko-Gruppe vermindert.

Das Immobilienfondsrisiko resultiert aus der Möglichkeit, dass sich im Eigenbestand befindliche Anteile an Immobilienfonds im Wert vermindern.

Neben der Betrachtung der erfolgswirksamen Risiken sowie der Liquiditätsrisiken sind auch Non-Financial Risks für die Deko-Gruppe von Relevanz. Diese werden – soweit möglich beziehungsweise sinnvoll – durch ihre Zuordnung zu Geschäfts- beziehungsweise operationellen Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt. Für die im Rahmen der jährlichen Risikoinventur als besonders relevant identifizierten Non-Financial Risks werden darüber hinaus qualitative Vorgaben zur Risikotoleranz definiert.

Risikokonzentrationen

Als Risikokonzentrationen werden Risiken bezeichnet, die in erster Linie aus einer ungleichmäßigen Verteilung von Geschäftspartnerbeziehungen oder einer ungleichmäßigen Sensitivität des Portfolios in Bezug auf wesentliche Risikofaktoren entstehen und die in der Folge zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten für die Deko-Gruppe führen könnten.

Risikokonzentrationen können sowohl innerhalb der wesentlichen Risikoarten (Intra-Risikokonzentrationen) als auch zwischen verschiedenen wesentlichen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) auftreten und bilden einen Schwerpunkt der Risikosteuerung und -überwachung hinsichtlich der risikoartenspezifischen wie auch der risikoartenübergreifenden Instrumente.

Zur Überwachung und Kontrolle der vorstehend genannten Risiken verfügt die Deko-Gruppe über ein Risikomanagementsystem, welches die zeitnahe Überwachung aller Risiken und das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen der Geschäftsstrategie ermöglichen soll. Um der Risikosteuerungssystematik Rechnung zu tragen, erfolgt eine fortlaufende Überarbeitung und Weiterentwicklung des Systems, der Prozesse und Methoden. Zur Quantifizierung der Risiken werden statistische Methoden auf die erhobenen Daten sowie Stresstests angewendet.

Die Deko-Gruppe geht davon aus, dass ihr Risikomanagement- und Risikosteuerungssystem die Risiken adäquat erfasst und steuert. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich insbesondere bei Eintritt der vorstehend genannten Risiken oder bei Eintritt neuer, bisher nicht erkannter oder unerwarteter Risiken die Erwartungen an das System sowie die eingeleiteten Maßnahmen nicht erfüllen oder eingesetzte Methoden zur Quantifizierung der Risiken sich nachträglich als nicht ausreichend erweisen und daher ein negativer Einfluss auf die Reputation sowie auf die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deko-Gruppe entstehen kann.

Wesentliche Rechtsrisiken

Ermittlungen wegen Steuersachverhalte in der Schweiz und Luxemburg

Die deutsche Staatsanwaltschaft wirft in Bezug auf vermeintliche Beihilfetätigkeiten zu steuerstrafrechtlich relevantem Verhalten in der Schweiz und in Luxemburg Mitarbeitern von Tochtergesellschaften der Emittentin vor, wissentlich Konten für Kunden, die der Steuerhinterziehung beschuldigt werden, eröffnet und unterhalten zu haben. Die Emittentin arbeitet hierbei mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Der Ausgang dieser Verfahren ist derzeit noch nicht abschätzbar und kann erhebliche und nachteilige Folgen für den Betrieb, die finanzielle Lage und die Reputation der Deka Gruppe haben.

Wertpapiergeschäfte und Kapitalertragsteuer

Es bestehen steuerrechtliche Risiken, die auf neueren Urteilen der Finanzgerichte zur Zurechnung des wirtschaftlichen Eigentums an Aktien beruhen, die über Wertpapiergeschäfte erworben wurden (sogenannte „Cum-Cum Geschäfte“). Die steuerpolitische Ausrichtung sowie die finale Interpretation der gesetzlichen Grundlage durch die Finanzgerichtsbarkeit steht noch aus, dennoch besteht die Möglichkeit, dass die Finanzverwaltung aufgrund des BMF (Bundesministerium der Finanzen) – Schreibens „Steuerliche Behandlung von Cum/Cum-Transaktionen“ vom 17. Juli 2017 die Steuerfestsetzung für die Emittentin abändert und wegen derartiger Geschäfte die diesbezügliche Anrechnung der Kapitalertragssteuer versagt. Zudem kann die Deka Gruppe nicht ausschließen, dass sie sich im Zusammenhang mit diesen Transaktionen Rückerstattungsforderungen seitens Dritter ausgesetzt sieht.

Darüber hinaus hat die Emittentin eine freiwillige Untersuchung eingeleitet, um zu beurteilen, ob sie durch ihre Involvierung Dritten die Ausführung von Wertpapiergeschäften um den Dividendenstichtag und missbräuchliche steuerliche Gestaltungen (sogenannte „Cum-Ex Geschäfte“) ermöglicht hat. Diese Untersuchung ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Emittentin wegen einer etwaigen Involvierung in diesen Geschäften Dritter zukünftig in Anspruch genommen werden wird.

Jegliche aus den oben genannten Geschäften mögliche Inanspruchnahme der Emittentin könnte erhebliche und nachteilige Folgen für die Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage und die Reputation der Deka Gruppe haben.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

Teil B Risikofaktoren

B.2. Allgemeine Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Allgemeine Risiken in Bezug auf die Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen stellen möglicherweise kein geeignetes Investment für alle Anleger dar

Jeder potenzielle Anleger in Schuldverschreibungen muss auf der Grundlage seiner eigenen unabhängigen Beurteilungen und, soweit er es unter Berücksichtigung der Sachlage für erforderlich hält, unter Hinzuziehung professioneller Beratung darüber entscheiden, ob der Kauf der Schuldverschreibungen in voller Übereinstimmung mit seinen finanziellen Bedürfnissen, Zielen und Bedingungen und mit allen anwendbaren Anlagegrundsätzen, Leitsätzen und Einschränkungen steht und für ihn eine geeignete und sachgerechte Anlage darstellt. Insbesondere sollte jeder potenzielle Käufer der Schuldverschreibungen:

- (i) ausreichende Kenntnis und Erfahrung haben, die ihn in die Lage versetzen, eine aussagefähige Beurteilung der Schuldverschreibungen, der mit einer Investition in die Schuldverschreibungen verbundenen Vorteile und Risiken und der Informationen, die im Prospekt sowie den durch Verweis einbezogenen Dokumenten und sämtlichen Nachträgen zu diesem Prospekt enthalten sind, vorzunehmen;
- (ii) Zugang zu und Kenntnisse im Umgang mit geeigneten Analyseinstrumenten haben, um unter Berücksichtigung seiner konkreten finanziellen Situation und der beabsichtigten Investitionen eine Investition in die Schuldverschreibungen und die Auswirkungen, die eine solche Investition auf sein gesamtes Portfolio haben könnte, beurteilen zu können;
- (iii) ausreichende finanzielle Mittel und Liquidität zur Verfügung haben, um sämtliche Risiken im Zusammenhang mit einer Anlageentscheidung für die Schuldverschreibungen tragen zu können, einschließlich solcher Risiken, die entstehen, wenn Kapital oder Zinsen in einer oder mehreren Währungen gezahlt werden oder die Währung, in der Kapital oder Zinsen gezahlt werden, von der Währung des potenziellen Käufers verschieden ist;
- (iv) ein genaues Verständnis der Bedingungen der konkreten Schuldverschreibungen und des Verhaltens des Bonitätsrisikos eines Referenzschuldners und der Finanzmärkte haben; und
- (v) allein oder mit der Hilfe eines Finanzberaters in der Lage sein, mögliche Szenarien für wirtschaftliche Faktoren, Zinssätze oder andere Parameter auszuwerten, die möglicherweise eine Auswirkung auf seine Investition und seine Fähigkeit haben, das sich daraus ergebende Risiko zu tragen.

Die Schuldverschreibungen sind komplexe Finanzinstrumente. Selbst erfahrene risikobewusste Anleger nutzen komplexe Finanzinstrumente grundsätzlich nicht als alleinige Investition, sondern als Möglichkeit zur Risikoreduktion oder Renditeerhöhung im Zusammenhang mit einer verständigen, ausgewogenen und angemessenen Hinzufügung von Risiken und Absicherungen (*Hedge*) zu ihrem Gesamtportfolio. Daher sollte ein potenzieller Käufer der Schuldverschreibungen, der kein professioneller Anleger ist, nicht in solche Schuldverschreibungen investieren, die komplexe Finanzinstrumente sind, wenn er nicht selbst oder zusammen mit einem Finanzberater über entsprechende Kenntnisse verfügt, um beurteilen zu können, wie sich die Schuldverschreibungen unter wechselnden Bedingungen entwickeln und welche Auswirkungen dies auf den Wert der Schuldverschreibungen hat und damit, welche Auswirkungen eine solche Investition auf das gesamte Investmentportfolio des potenziellen Käufers hat.

Ein potenzieller Käufer sollte sich bei seiner Beurteilung der oben dargestellten Themen und im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit des Erwerbs der Schuldverschreibungen nicht auf die Emittentin oder die Platzeure bzw. die Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen verlassen.

Emittentenrisiko/Bonitätsrisiko

Die Schuldverschreibungen sind mit einem Emittentenrisiko, auch Bonitätsrisiko genannt, verbunden. Hierunter ist die Gefahr der vorübergehenden oder dauernden Zahlungsunfähigkeit der Emittentin, d.h. ihre Unfähigkeit zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen zu verstehen. **Ein Totalverlust des eingesetzten Kapitals kann dann nicht ausgeschlossen werden.** Die Risiken in Bezug auf die Emittentin sind dem Abschnitt B.1. „Risiken in Bezug auf die Emittentin“ zu entnehmen.

Keine Besicherung

Die Schuldverschreibungen stellen unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin dar. Sie werden weder mit Sicherheiten unterlegt, noch werden sie durch eine Sicherungseinrichtung, die aufgrund des Einlagensicherungsgesetzes besteht, abgesichert. Selbst für den Fall, dass ein anderer Sicherungsmechanismus bestehen würde, kann nicht gewährleistet werden, dass die Forderungen eines Gläubigers aus den Schuldverschreibungen in voller Höhe erfüllt werden.

Ratings spiegeln unter Umständen nicht alle Risiken wider

Eine oder mehrere unabhängige Ratingagenturen können Ratings im Hinblick auf die Schuldverschreibungen abgeben. Die Ratings spiegeln unter Umständen nicht die möglichen Auswirkungen aller Risiken, die mit der Struktur (d.h., dem Zins- und Rückzahlungsprofil der Schuldverschreibungen), dem Markt, anderen Risikofaktoren und den weiteren Faktoren, die den Wert der Schuldverschreibungen beeinflussen können, wider. Ein Rating ist keine Empfehlung, Schuldverschreibungen zu kaufen, zu halten oder zu verkaufen und kann zu jeder Zeit von der Ratingagentur angepasst oder zurückgenommen werden.

Risiken eingeschränkter Marktgängigkeit (Sekundärmarkt) und Liquidität

Einige Schuldverschreibungen, die unter dem Prospekt begeben werden, sind nicht weit verbreitet, und es ist kein aktiver Handel vorhanden. Die Liquidität der Schuldverschreibungen hängt u.a. auch von der Anzahl der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen ab. Sollten wenige Schuldverschreibungen einer Serie im Umlauf sein, kann dies nachteilige Auswirkungen auf die Liquidität der Schuldverschreibungen haben. Wenn die Schuldverschreibungen nach ihrer Erstbegebung gehandelt werden, kann dies zu einem Preis sein, der in Abhängigkeit vom aktuellen Zinsniveau, dem Markt für gleichartige Wertpapiere, allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen und der finanziellen Situation der Emittentin unterhalb des anfänglichen Ausgabepreises liegt. Obgleich der Antrag auf Börsennotierung zum amtlichen Kursblatt (*Cote Officielle*) der Luxemburger Wertpapierbörse und der Antrag auf Zulassung zum geregelten Markt bei der Luxemburger Wertpapierbörse (*Bourse de Luxembourg*) sowie die Zulassung zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse oder zu einem weiteren oder anderen geregelten Markt einer Börse (wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegt) in Bezug auf Schuldverschreibungen gestellt werden bzw. erfolgen kann, ist dies keine Sicherheit dafür, dass ein solcher Antrag auch für jede einzelne Serie an Schuldverschreibungen tatsächlich gestellt und akzeptiert wird und dass sich aufgrund der Börsenzulassung ein aktiver Handel entwickelt. Die Regelwerke von Handelsplätzen sehen unter Umständen so genannte Mistrade-Regeln vor, nach denen ein Handelsteilnehmer einen Mistrade-Antrag stellen kann, um Geschäfte in einer gehandelten Schuldverschreibung aufzuheben, die nach Auffassung des Antragstellers nicht marktgerecht oder aufgrund einer technischen Fehlfunktion zustande gekommen sind. Dies kann unter Umständen nachteilige wirtschaftliche Folgen für den betroffenen Anleger haben. Im Fall, dass Schuldverschreibungen überhaupt nicht an einer Börse notiert sind, kann es passieren, dass Gläubiger nicht in der Lage sind, ihre Schuldverschreibungen zum von ihnen gewünschten Zeitpunkt zu verkaufen, weil unter Umständen keine Gegenpartei vorhanden ist.

Die Emittentin ist ferner berechtigt, für eigene oder fremde Rechnung Schuldverschreibungen zu kaufen und zu verkaufen sowie weitere Schuldverschreibungen zu begeben, die gegebenenfalls ähnliche Ausstattungsmerkmale oder andere zu den bereits begebenen Schuldverschreibungen vergleichbare Anlagemöglichkeiten bieten. Dies kann negative Einflüsse auf die Kursentwicklung sowie die Liquidität der Schuldverschreibungen haben. Selbst wenn sich die Emittentin verpflichtet hat, laufend für einige Schuldverschreibungen An- und Verkaufskurse zu stellen (*market making*), kann sie jedoch nicht gewährleisten, dass sich ein aktiver Sekundärmarkt für einen Handel mit den Schuldverschreibungen entwickeln wird oder dass dieser, falls sich ein solcher entwickelt, bestehen bleibt. Zwischen An- und Verkaufskurs besteht üblicherweise eine Preisspanne (*spread*), die die Emittentin in außergewöhnlichen Marktsituationen unter Umständen auch erheblich ausweiten kann, um ihr eigenes wirtschaftliches Risiko zu begrenzen. In diesem Fall kann der Gläubiger die Schuldverschreibungen trotz *market making* gegebenenfalls nur mit einem erheblichen Kursabschlag veräußern. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, für die Schuldverschreibungen *market making* zu betreiben. Insbesondere kann die Emittentin das *market making* schon vor der Endfälligkeit der Schuldverschreibungen einstellen. Es kann daher nicht garantiert werden, dass die Schuldverschreibungen jederzeit zu einem angemessenen Preis weiterveräußert werden können. Je eingeschränkter der Sekundärmarkt ist, desto schwieriger kann es für die Gläubiger sein, den Wert der Schuldverschreibungen vor der in den Endgültigen Bedingungen vorgesehenen Fälligkeit zu realisieren.

Die in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen genannte Gesamtstückzahl bzw. der in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen genannte Gesamtnennbetrag lässt keinen Rückschluss auf das Volumen der tatsächlich begebenen oder ausstehenden Schuldverschreibungen und daher auf die Liquidität eines möglichen Sekundärmarkts zu.

Marktpreis von Schuldverschreibungen

Der Marktpreis der Schuldverschreibungen wird durch die Bonität der Emittentin und durch eine Vielzahl zusätzlicher Faktoren beeinflusst, wie u.a. die Ausstattung der betreffenden Schuldverschreibungen, das Bonitätsrisiko der Referenzschuldner (auch „**Bonität des Referenzschuldners**“).

Dabei ist auch der Markt für Kreditderivate in Bezug auf die Referenzschuldner von wesentlicher Bedeutung. Anleger sollten beachten, dass Kursänderungen der Schuldverschreibungen von etwaigen Änderungen im Preis der entsprechenden auf einen Referenzschuldner bezogenen Kreditderivate abweichen. Das bedeutet auch, dass eine Kursentwicklung eines Kreditderivats bezogen auf den Referenzschuldner kein verlässlicher Indikator für eine Kursentwicklung der Schuldverschreibungen darstellt. Der Preis von Kreditderivaten hängt unter anderem vom Angebot und der Nachfrage nach einer Absicherung gegen den Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf die entsprechenden Referenzschuldner ab. Angebot und Nachfrage können dabei von makroökonomischen Bedingungen beeinflusst werden. Eine Änderung dieser makroökonomischen Bedingungen kann deshalb eine nachteilige Auswirkung auf den Wert der Schuldverschreibungen haben, auch wenn sich die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Kreditereignisses in Bezug auf einen Referenzschuldner nicht geändert hat.

Weitere preisbeeinflussende Faktoren sind sich ändernde Marktzinssätze und Renditen sowie die Restlaufzeit bis zum Fälligkeitstag der Schuldverschreibungen. Grundsätzlich gilt, je länger die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen ist, desto größer ist die Volatilität ihres Marktpreises im Vergleich zu herkömmlichen, verzinslichen Schuldverschreibungen mit einer vergleichbaren Laufzeit/Fälligkeit.

Eine Anlage in Schuldverschreibungen beinhaltet das Risiko von Änderungen der Marktzinssätze während der Laufzeit, die den Wert der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen können. Die Art und Weise der Einflussnahme von Zinsänderungen auf den Wert der jeweiligen Schuldverschreibungen ist abhängig von ihren konkreten Ausstattungsmerkmalen, die in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegt sind (vergleiche hierzu auch die Risiken in Bezug auf spezielle Arten und spezielle Ausstattungsmerkmale von Schuldverschreibungen).

Der Wert der Schuldverschreibungen und das Bonitätsrisiko der Referenzschuldner hängen im Allgemeinen von einer Vielzahl von sich auch gegenseitig beeinflussenden Faktoren ab, einschließlich volkswirtschaftlicher, ökonomischer, politischer Ereignisse in Deutschland oder andernorts und von Faktoren, die grundsätzlich auf den Kapitalmarkt und die Börsen Einfluss haben, an denen die Schuldverschreibungen gehandelt werden. Der Preis, zu dem der Gläubiger einer Schuldverschreibung diese vor Fälligkeit verkaufen kann, kann erheblich unter dem Preis liegen, zu dem er die Schuldverschreibung gekauft hat.

Finanzmarkturbulenzen

Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten können die Inflation, Zinssätze, den Kurs von Wertpapieren und damit fast alle Anlageformen beeinträchtigen und zu erheblichen staatlichen Eingriffen führen. Die strukturellen und/oder aufsichtsrechtlichen Veränderungen, die sich aufgrund der gegenwärtigen und zukünftigen Marktbedingungen ergeben können, können grundsätzlich ebenso wenig vorhergesagt werden wie etwaige erhebliche nachteilige Auswirkungen für die Schuldverschreibungen und gegebenenfalls die Referenzschuldner.

Risiken im Zusammenhang mit dem Kreditinstitutereorganisationsgesetz und einem Sanierungs- und Abwicklungsverfahren (sog. „Bail-in Regelungen“) für Kreditinstitute und sonstige hoheitliche Eingriffe

Die Emittentin unterliegt als deutsches Kreditinstitut dem Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten („KredReorgG“). Dieses umfasst folgende Maßnahmen: (i) das Sanierungsverfahren gemäß den §§ 2 ff. KredReorgG und (ii) das Reorganisationsverfahren gemäß den §§ 7 ff. KredReorgG.

Während ein Sanierungsverfahren grundsätzlich die Rechte eines Gläubigers nicht beeinträchtigt, kann ein Reorganisationsplan, der im Rahmen eines Reorganisationsverfahrens erstellt wurde, Maßnahmen vorsehen, die die Rechte der Gläubiger von Kreditinstituten erheblich negativ beeinflussen sowie die bestehenden Ansprüche einschränken. Diese Maßnahmen sind abhängig von einem Mehrheitsbeschluss der Gläubiger und Aktionäre des jeweiligen Kreditinstituts, gelten aber mit Wirkung für alle betroffenen Gläubiger (ungeachtet ihres konkreten Abstimmungsverhaltens). Maßnahmen nach dem KredReorgG werden auf Antrag des jeweiligen Kreditinstitutes und nach entsprechender gerichtlicher Genehmigung unter Mitwirkung der BaFin ergriffen. Die Ansprüche der Gläubiger können durch einen Reorganisationsplan daher erheblich negativ beeinflusst werden.

Seit dem 1. Januar 2015 unterliegt die Emittentin dem SAG sowie seit dem 1. Januar 2016 auch der SRM-Verordnung, deren Vorschriften bestimmte Abwicklungsinstrumente vorsehen (wie z.B. eine Herabsetzung von Verbindlichkeiten oder deren Umwandlung in Eigenkapital, eine Übertragung von Forderungen und/oder Verbindlichkeiten des betroffenen Instituts oder sogar eine Auflösung des betroffenen Instituts), welche die Rechte der Gläubiger stark beeinflussen und die Durchsetzung von Ansprüchen aus den Schuldverschreibungen erheblich beeinträchtigen können. Unter anderem kann die Emittentin von den nachfolgenden Maßnahmen betroffen sein, die sich auch auf die Schuldverschreibungen auswirken können.

Im Rahmen des SAG und der SRM-Verordnung sind Instrumente vorgesehen, die den zuständigen Aufsichts- und Abwicklungsbehörden unter gewissen Umständen die Möglichkeit geben, gegenüber Kreditinstituten die Vornahme gewisser Sanierungsmaßnahmen anzuordnen oder sie abzuwickeln. Zudem können die Behörden Maßnahmen anordnen, welche die Widerstandsfähigkeit bzw. die Erfolgsaussichten einer etwaigen späteren Sanierung oder Abwicklung erhöhen sollen. So können die Abwicklungsbehörden, ohne dass sich die Finanzlage eines Kreditinstituts wesentlich verschlechtert hat oder eine Bestandsgefährdung vorliegt, anordnen, dass dieses Kreditinstitut einen Mindestbestand an berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten vorhalten und damit die sogenannte MREL (minimum requirement for own funds and eligible liabilities) erfüllen muss, welche das Verhältnis von Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten zu den Gesamtverbindlichkeiten des Instituts ausdrückt. Die Europäische Kommission hat am 23. November 2016 einen Vorschlag zur Anpassung dieser Regelungen unterbreitet, um Konsistenz zu den ähnlich gelagerten, auf internationaler Ebene vereinbarten und nur für global systemrelevante Banken (G-SIBs) anwendbaren sog. TLAC (Total Loss Absorbing Capacity)-Anforderungen herzustellen. Dieser Vorschlag wird im Rahmen des laufenden Rechtssetzungsverfahrens noch inhaltlich diskutiert und wird voraussichtlich auch noch abgeändert. Die Verpflichtung zur Ausgabe von berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten gegenüber der Emittentin kann ihre Refinanzierungskosten erhöhen und sich nachteilig auf ihre Fähigkeit zur Erfüllung der Zahlungspflichten aus den Schuldverschreibungen auswirken.

Insbesondere wenn sich die Finanzlage eines Kreditinstituts wesentlich verschlechtert und das Institut gegen aufsichtsrechtliche Vorgaben verstößt, können die Aufsichtsbehörden von dem Unternehmen die Umsetzung von

Sanierungsmaßnahmen verlangen, wie die Verringerung des Risikoprofils, die Durchführung von Rekapitalisierungs- oder Umstrukturierungsmaßnahmen sowie die Änderung der Geschäfts- oder Refinanzierungsstrategie.

Weiterhin können die Abwicklungsbehörden Abwicklungsmaßnahmen anordnen, wenn ein Kreditinstitut in seinem Bestand gefährdet ist, der drohende Ausfall nicht durch alternative Maßnahmen ebenso effektiv abgewendet werden kann und die getroffene Maßnahme im öffentlichen Interesse liegt. In dieser Situation sind die Abwicklungsbehörden zu weitreichenden Eingriffen berechtigt. Diese beinhalten unter anderem Bail-in-Instrumente, die es den Abwicklungsbehörden ermöglichen, relevante Kapitalinstrumente und bestimmte berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten in Anteile oder Instrumente des harten Kernkapitals ganz oder teilweise herabzuschreiben oder umzuwandeln. Die Abwicklungsbehörden können zudem die Vertragsbedingungen dieser relevanten Kapitalinstrumente bzw. berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten ändern, z.B. hinsichtlich der Fälligkeit von Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen. Dabei hängt der Umfang, in dem die sich aus den Schuldverschreibungen ergebenden Ansprüche durch die Anwendung der Bail-in-Instrumente umgewandelt werden oder erlöschen, von einer Reihe von Faktoren ab, auf die die Emittentin unter Umständen keinen Einfluss hat.

Liegen die Abwicklungsvoraussetzungen vor, kann die zuständige Abwicklungsbehörde zudem als Alternative oder in Kombination mit der Anwendung der Bail-in-Instrumente anordnen, dass die Anteile oder Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Emittentin insgesamt oder teilweise auf einen Dritten, ein sogenanntes Brückeninstitut oder eine Vermögensverwaltungsgesellschaft übertragen werden. Die Ansprüche der Gläubiger können durch diese Übertragung negativ beeinträchtigt werden, insbesondere kann der ursprüngliche Schuldner der Schuldverschreibung durch einen anderen Schuldner ersetzt werden. Alternativ kann der Anspruch dem ursprünglichen Schuldner gegenüber verbleiben, wobei die Situation hinsichtlich des Schuldnervermögens, der Geschäftstätigkeit und/oder der Bonität negativ von derjenigen vor der Übertragung abweichen kann. Neben den Abwicklungsinstrumenten hat die Abwicklungsbehörde zahlreiche ergänzende Befugnisse, die sie einsetzen kann, um die praktische Wirksamkeit von Abwicklungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Durch die Entscheidung der zuständigen Abwicklungsbehörde könnte daher, sofern die Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen, der Nennbetrag der Schuldverschreibungen ganz oder teilweise herabgeschrieben werden oder die Schuldverschreibungen könnten in ein oder mehrere Instrumente des Kernkapitals der Emittentin umgewandelt werden und Zinsen könnten entfallen. Eine Herabschreibung des Nennbetrags der Schuldverschreibungen oder eine Umwandlung in ein oder mehrere Instrumente des Kernkapitals der Emittentin würde die Emittentin insoweit von ihren entsprechenden Verpflichtungen unter den Emissionsbedingungen befreien und die Gläubiger der Schuldverschreibungen hätten insoweit keinen weiteren Anspruch aus den Schuldverschreibungen gegen die Emittentin. Die Abwicklungsinstrumente können daher die Rechte der Gläubiger stark beeinflussen, indem sie Ansprüche aus den Schuldverschreibungen aussetzen, modifizieren und ganz oder teilweise zum Erlöschen bringen können.

Nach dem SAG und der SRM-Verordnung ist ein Rückgriff auf staatliche Finanzmittel zur Stabilisierung der Emittentin grundsätzlich nur in Ausnahmefällen und nur nach Prüfung und Ausschöpfung aller verfügbaren Abwicklungsmaßnahmen einschließlich der Herabschreibung bzw. Umwandlung von Verbindlichkeiten der Emittentin zulässig. Die Beihilfeleitlinien zu staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auf dem Bankensektor wurden entsprechend angepasst. Daher ist es unwahrscheinlich, dass Gläubiger in einer finanziellen Krise der Emittentin von staatlichen Finanzmitteln zur Stützung der Emittentin profitieren würden.

Die genannten rechtlichen Bestimmungen und/oder Verwaltungsmaßnahmen können die Rechte von Gläubigern erheblich beeinträchtigen und können, auch im Vorfeld der Bestandsgefährdung oder Abwicklung, einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben. Dies kann im ungünstigsten Fall zum Verlust des gesamten Investments führen.

Schließlich ist nicht auszuschließen, dass es, insbesondere im Rahmen einer erneuten Finanzkrise, zu weiteren hoheitlichen Eingriffen kommt, die erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Emittentin haben könnten, was sich wiederum nachteilig auf die Schuldverschreibungen auswirken kann.

Wechselkursrisiko / Währungsrisiko

Wechselkurse zwischen Währungen werden von Faktoren des Angebots und der Nachfrage auf den internationalen Devisenmärkten beeinflusst, die von makroökonomischen Faktoren, Spekulationen, Interventionen von Zentralbanken und staatlichen Stellen (einschließlich Auferlegung von Währungskontrollen und Beschränkungen) abhängen.

Potenzielle Gläubiger müssen sich darüber im Klaren sein, dass Anlagen in Schuldverschreibungen mit Wechselkursrisiken, Risiken von Währungsabwertungen und anderen währungsbezogenen Risiken (einschließlich Währungsreformen) verbunden sein können.

Die Schuldverschreibungen können in einer Währung begeben sein, die von der Währung der Heimat-Jurisdiktion des Gläubigers abweicht bzw. von der Währung abweicht, in der er seine Finanzaktivitäten hauptsächlich tätig ist. Entsprechend besteht ein Risiko von wirtschaftlichen Verlusten des Gläubigers, wenn die Währung der Heimat-Jurisdiktion des Gläubigers oder die Währung, in der er seine Finanzaktivitäten hauptsächlich tätig ist, im Vergleich zur Währung, in der die Schuldverschreibungen begeben werden, aufgewertet wird oder umgekehrt letztere im Vergleich zu ersteren abgewertet wird.

Potenzielle Interessenkonflikte

Die Emittentin, die Berechnungsstelle, die etwaigen Platzeure bzw. Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen können sich gegenwärtig oder zukünftig für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Kunden an Transaktionen beteiligen, die mit dem Referenzschuldner oder den Referenzschuldnern, von denen die Schuldverschreibungen abhängen oder in Verbindung stehen (einschließlich der Absicherungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Emittentin unter den Schuldverschreibungen).

In Bezug auf die Schuldverschreibungen bedeutet dies, dass sie unter Umständen Geschäftsbeziehungen mit Referenzschuldnern unterhalten und diejenigen Maßnahmen ergreifen und Schritte einleiten können, die sie für erforderlich oder angemessen halten, um ihre eigenen Interessen aus dieser Geschäftsbeziehung zu wahren, ohne dabei die Auswirkungen auf die Schuldverschreibung und die Gläubiger zu berücksichtigen. Die Emittentin oder eines ihrer verbundenen Unternehmen können Transaktionen und Geschäfte eingehen oder an diesen beteiligt sein, die das Bonitätsrisiko des Referenzschuldners und der Schuldverschreibungen beeinflussen und gegenteilig zu den Interessen der Gläubiger stehen können. Die Emittentin oder eines ihrer verbundenen Unternehmen kann als Konsortialbank, Finanzberater oder Bank eines Referenzschuldners oder in vergleichbarer Funktion für einen Referenzschuldner handeln. Die Ausübung dieser Funktion könnte mittelbar die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Kreditereignisses auf den Referenzschuldner und damit den Wert der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen. Dies kann zu einem Interessenkonflikt zwischen der Emittentin sowie ihren verbundenen Unternehmen führen. Ferner kann die Emittentin einem Interessenkonflikt ausgesetzt sein, sofern die Emittentin nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses die für die Höhe der Rückzahlung relevante Bewertungsverbindlichkeit auswählt, an einer Auktion zur Bestimmung des Kurses der Verbindlichkeiten des betroffenen Referenzschuldners teilnimmt, gegebenenfalls den Wert der Bewertungsverbindlichkeiten selbst bestimmt oder andere ihr zugewiesene Ermessensentscheidungen ausübt. Anlass für die Emission der Schuldverschreibungen durch die Emittentin ist nicht die zum eigenen Vorteil erfolgende Verlagerung von Risiken aus Krediten, die von der Emittentin oder mit ihr verbundenen Unternehmen gewährt wurden. Die Emittentin wird bei Emission der Schuldverschreibungen ein oder mehrere damit zusammenhängende Absicherungsgeschäfte tätigen. Gläubiger sollten daher beachten, dass die Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen unabhängig von dem Bestehen oder der Höhe eines Kreditengagements der Emittentin in Bezug auf den oder die Referenzschuldner sind. Die Emittentin muss infolge des Eintritts eines Kreditereignisses daher nicht zwingend einen Vermögensnachteil erleiden oder einen Verlustnachweis erbringen.

Außerdem können die Emittentin, die Berechnungsstelle, die Platzeure bzw. Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen jederzeit (i) Handel mit bereits begebenen Schuldverschreibungen sowie mit allen Verbindlichkeiten der Referenzschuldner, einschließlich der Verbindlichkeiten, die in den jeweiligen Emissionsbedingungen als Bewertungsverbindlichkeiten ausgewählt werden können, treiben, und sich bei diesen Geschäften so verhalten, als existierten die Schuldverschreibungen der Emittentin nicht und (ii) Finanzinstrumente begeben, die sich auf den oder die gleichen Referenzschuldner beziehen, wie die von der Emittentin bereits begebenen Schuldverschreibungen. Derartige Transaktionen und Geschäfte können zu möglichen Interessenkonflikten zwischen den eigenen Interessen der genannten Personen und den Interessen der Gläubiger führen und unter Umständen negative Auswirkungen auf den Wert der Schuldverschreibungen haben.

Mögliche Interessenkonflikte können sich auch aus der Tätigkeit der Emissionsstelle, der Berechnungsstelle oder der Zahlstelle (u.a. im Hinblick auf bestimmte Ermessensausübungen, Festlegungen und Entscheidungen, welche diese Emissionsstelle, Berechnungsstelle oder Zahlstelle unter den Emissionsbedingungen trifft und welche die Höhe der von der Emittentin unter den Schuldverschreibungen zu erbringenden Leistungen beeinflusst) zwischen den eigenen Interessen der Emittentin und/oder der Emissions-, der Berechnungs- oder der Zahlstelle und den Interessen der Gläubiger ergeben. Ein möglicher Interessenkonflikt zwischen den Interessen der Gläubiger und den eigenen Interessen der Emittentin, der Emissions-, der Berechnungs- und/oder der Zahlstelle kann insbesondere dann auftreten oder verstärkt werden, wenn eine Stelle mehrere Funktionen wahrnimmt (z.B. die Emittentin zugleich Emissionsstelle, Berechnungsstelle und/oder Zahlstelle ist oder eine andere Stelle Emissionsstelle und Berechnungsstelle ist).

Weiterhin kann die Emittentin, eines ihrer verbundenen Unternehmen, die Berechnungsstelle oder ein Vertriebspartner im Rahmen der Geschäftstätigkeit oder anderweitig während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wesentliche (einschließlich nicht öffentlich zugänglicher) Informationen über den Referenzschuldner bzw. die Referenzschuldner besitzen oder erhalten. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen verpflichtet weder die Emittentin, noch die Berechnungsstelle dazu, derartige Informationen (ob vertraulich oder nicht) gegenüber Gläubigern offenzulegen.

Rechtmäßigkeit des Erwerbs

Weder die Emittentin, die Berechnungsstelle noch einer der Platzeure bzw. Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen übernimmt die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit des Erwerbs von Schuldverschreibungen durch einen potenziellen Gläubiger, und zwar weder unter der Rechtsordnung, in der er seinen Sitz hat, oder der Rechtsordnung, in der er seine Geschäfte betreibt (sofern abweichend), noch für die Übereinstimmung mit den Gesetzen, Bestimmungen und regulatorischen Grundsätzen, die auf den potenziellen Gläubiger anwendbar sind.

Risiken in Bezug auf Rechtsänderungen

Die in diesem Prospekt enthaltenen Darstellungen basieren auf den Gesetzen zum Zeitpunkt des Datums dieses Prospekts. Es kann keine Zusicherung hinsichtlich möglicher Auswirkungen aufgrund möglicher Gerichtsentscheidungen oder Änderungen der Gesetze oder der Verwaltungspraxis nach dem Datum des Prospekts bzw. der Endgültigen Bedingungen gegeben werden.

Risiken aufgrund regulatorischer oder steuerlicher Konsequenzen für den Anleger

Der Erwerb, das Halten und/oder die Veräußerung der Schuldverschreibungen kann für den Gläubiger mit zusätzlichen negativen regulatorischen oder anderen Konsequenzen verbunden sein, im Vergleich zu nicht bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen. Potenziellen Erwerbern und Verkäufern der Schuldverschreibungen sollte bewusst sein, dass sie zur Zahlung von Steuern, sonstigen Gebühren und Abgaben nach Maßgabe der Gesetze und Praktiken des Landes, in das die Schuldverschreibungen transferiert oder in dem sie gehalten werden, oder anderer Staaten, verpflichtet sein können. In einigen Staaten können für innovative Finanzinstrumente wie die Schuldverschreibungen keine amtlichen Stellungnahmen, Regelungen und/oder Richtlinien der Steuerbehörden bzw. Gerichtsurteile vorliegen. Potenziellen Anlegern wird geraten, den Rat ihrer eigenen Rechts- und Steuerberater hinsichtlich der Folgen des Erwerbs, Haltens und/oder der Veräußerung der Schuldverschreibungen einzuholen. Nur die vorgenannten Berater sind in der Lage, diese besondere Situation des potenziellen Anlegers richtig einzuschätzen.

Preisfeststellung

Anleger haben unter Umständen keine Möglichkeit, einen rechnerischen Wert für diese Schuldverschreibungen zu bestimmen. Der Preis wird von Faktoren beeinflusst, die auf komplexe Art miteinander zusammenhängen, u.a. auch durch die Preise auf den Märkten für derivative Finanzinstrumente. Den an der Börse bekanntgegebenen Preisen liegen nicht immer Transaktionen zu Grunde, so dass sie nicht notwendig den rechnerischen Wert der Schuldverschreibung widerspiegeln müssen. Ein Vergleich mit anderen strukturierten Wertpapieren kann wegen des Fehlens von Produkten mit vergleichbaren Ausstattungsmerkmalen schwierig sein.

Einfluss von Absicherungsgeschäften der Emittentin

Die Emittentin und/oder mit ihr verbundene Unternehmen können im Rahmen ihres Geschäftsbetriebs Geschäfte mit Bezug auf den betreffenden Referenzschuldner tätigen. Darüber hinaus können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen von Zeit zu Zeit Transaktionen tätigen, mit denen die aus der Begebung der Schuldverschreibungen resultierenden Risiken abgesichert werden sollen. Diese Aktivitäten können einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben. Es besteht keine Verpflichtung zur Offenlegung von Interessen der Emittentin an der Entwicklung des Referenzschuldners bzw. der Referenzschuldner.

Verschiedene Jurisdiktionen

Das auf die Schuldverschreibungen anwendbare Recht kann ein geringeres oder anderweitig unterschiedliches Schutzniveau für den Gläubiger oder eine schlechtere oder anderweitig unterschiedliche Durchsetzbarkeit seiner Ansprüche vorsehen als die Jurisdiktion des Landes, in dem der Gläubiger ansässig ist, oder der der Gläubiger im Übrigen unterliegt. Die Durchsetzung von Rechten in einer anderen Jurisdiktion kann für den Gläubiger im Vergleich zu der Jurisdiktion des Landes, in dem er ansässig ist, erheblich erschwert und/oder mit zusätzlichen Kosten verbunden sein.

Rechtliche Rahmenbedingungen können bestimmte Investitionen beschränken

Die Anlageaktivitäten einiger Anleger unterliegen investitionsbezogener Gesetzgebung und Regelwerken oder der Überprüfung oder Regulierung durch bestimmte Behörden. Jeder potenzielle Anleger sollte seinen Rechtsberater konsultieren, um zu bestimmen, ob und zu welchem Umfang (i) die Schuldverschreibungen rechtlich gültige Anlagen für ihn sind, (ii) die Schuldverschreibungen als Sicherheit für verschiedene Typen von Darlehen verwendet werden können und (iii) andere Beschränkungen im Hinblick auf den Erwerb oder die Verpfändung von Schuldverschreibungen Anwendung finden. Potenzielle Anleger sollten ihre Rechtsberater oder, soweit anwendbar, die einschlägigen Regulierungsbehörden konsultieren, um die erforderliche Behandlung der Schuldverschreibungen unter Betrachtung jedweder risikobezogener Kapitalregeln oder dergleichen zu bestimmen.

Besteuerung

Zu den möglichen steuerlichen Risiken einer Anlage in die Schuldverschreibungen zählen unter anderem das Risiko der Doppelbesteuerung, Unsicherheiten bei der steuerlichen Behandlung von Schuldverschreibungen mit bonitätsabhängiger Verzinsung und/oder Rückzahlung, Abzüge und Einbehalte auf Zahlungen unter den Schuldverschreibungen und besondere Regelungen zu Spekulationsfristen. Potenzielle Käufer und Verkäufer von Schuldverschreibungen müssen sich bewusst sein, dass sie verpflichtet sein können, Steuern oder andere Verwaltungsgebühren gemäß der Gesetze und Verwaltungspraxis der Länder, in welche die Schuldverschreibungen transferiert werden, oder anderer Rechtsordnungen zu zahlen. In einigen Rechtsordnungen existieren keine offiziellen Verlautbarungen von Finanzverwaltungen oder sind keine Gerichtsentscheidungen zu innovativen Finanzprodukten, worunter auch bestimmte Schuldverschreibungen fallen können, ergangen. Potenziellen Gläubigern wird geraten, nicht auf die in diesem Prospekt oder gegebenenfalls in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen zusammenfassenden Angaben zu Steuern zu vertrauen, sondern sich von ihrem eigenen Steuerberater oder einer steuerfachkundigen Person bezogen auf ihre individuelle steuerliche Situation in Bezug auf den Erwerb, das Halten, den Verkauf und die Fälligkeit der Schuldverschreibungen beraten zu lassen. Nur diese Berater sind in der Lage, die spezifische Situation des potenziellen Gläubigers ordnungsgemäß zu berücksichtigen. Diese Anlageerwägungen sollten in Verbindung mit Teil E. „Steuern“ dieses Prospekts gelesen werden.

Zahlungen unter den Schuldverschreibungen können in bestimmten Fällen einer U.S. Quellensteuer unterliegen

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben unter den *Sections 1471 bis 1474* des U.S. Internal Revenue Code von 1986, in seiner jeweils gültigen Fassung (der „Code“) Vorschriften erlassen, die üblicherweise als „**FATCA**“ bezeichnet werden, und die generell ein neues Melde- und Quellensteuer-Regime einführen. Das Quellensteuer-Regime im Sinne von FATCA betrifft

- (i) bestimmte Zahlungen aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika, und ausländische durchgeleitete Zahlungen (*foreign passthru payments*) (ein bislang nicht definierter Begriff) an bestimmte Nicht-US-Finanzinstitute, die an dem neuen Steuermeldesystem nicht teilnehmen, und
- (ii) Zahlungen an bestimmte Anleger, die keinen Identitätsnachweis erbringen.

Es ist nicht zu erwarten, dass FATCA sich auf die Höhe der von den Clearingsystemen zu vereinnahmenden Zahlungen auswirken könnte. FATCA kann sich jedoch in der anschließenden, zum Endanleger führenden Zahlungskette auf an Depotstellen oder Finanzintermediäre geleistete Zahlungen auswirken, wenn diese Depotstellen oder Finanzintermediäre grundsätzlich nicht in der Lage sind, Zahlungen ohne Abzug der FATCA-Quellensteuer entgegenzunehmen. FATCA kann sich auch auf Zahlungen an Endanleger auswirken, bei denen es sich um Finanzinstitute handelt, die nicht zum Erhalt von Zahlungen ohne Abzug der FATCA-Quellensteuer berechtigt sind. Gleichfalls kann es zu Auswirkungen auf Zahlungen an Endanleger kommen, die es versäumen, ihrem Broker (oder sonstigen Depotstellen oder Finanzintermediären, die Zahlungen an sie leisten) Informationen, Formulare, sonstige Unterlagen oder Einwilligungen vorzulegen, die zur Leistung von Zahlungen ohne Abzug der FATCA-Quellensteuer möglicherweise notwendig sind.

Kreditfinanzierter Erwerb

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit einem Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs der Schuldverschreibungen erheblich, muss der Gläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Dadurch ist das Verlustrisiko erheblich erhöht. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, dass Zins- und Rückzahlung eines Kredits aus den Zahlungen unter den Schuldverschreibungen oder aus den Gewinnen eines Verkaufs der Schuldverschreibungen finanziert werden können.

Risikoeinschränkende oder –ausschließende Geschäfte

Ein Gläubiger darf nicht darauf vertrauen, während der Laufzeit der Schuldverschreibungen Geschäfte abschließen zu können, durch die er die Risiken aus den Schuldverschreibungen ausschließen oder einschränken kann. Solche Geschäfte können möglicherweise nicht oder nur zu einem für den Gläubiger verlustbringenden Preis getätigt werden.

Potenzielle Gläubiger, die sich mit einem Kauf der Schuldverschreibungen gegen Marktrisiken in Verbindung mit einer risikomäßig gegenläufigen Position in den möglichen Basiswerten bzw. anderer Verbindlichkeiten oder anderen lieferbaren Wertpapieren eines oder mehrerer Schuldner dieser Verbindlichkeiten absichern möchten, sollten insbesondere berücksichtigen, dass der Wert der Schuldverschreibungen nicht notwendig (unmittelbar) an den Wert möglicher Basiswerte bzw. anderer Verbindlichkeiten oder lieferbarer Wertpapiere eines oder mehrerer Emittenten bzw. Schuldner dieser Verbindlichkeiten gekoppelt ist. Während der Laufzeit der Schuldverschreibungen kann - unter anderem wegen möglicher Angebots- und Nachfrageschwankungen - keine Gewähr für eine gleichlaufende Entwicklung der Marktpreise der Schuldverschreibungen zu möglichen Basiswerten bzw. anderen Verbindlichkeiten oder lieferbaren Wertpapieren eines oder mehrerer Schuldner dieser Verbindlichkeiten übernommen werden.

Preisfindung und Zuwendungen

Der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen kann auf internen Preisfindungsmodellen der Emittentin oder des jeweiligen Platzeurs bzw. der jeweiligen Vertriebsstelle basieren und über deren Marktwert liegen. Der Kaufpreis für die Schuldverschreibungen kann Ausgabeaufschläge enthalten, deren Höhe und Rahmen in den Endgültigen Bedingungen angegeben wird. Des Weiteren können im Zusammenhang mit der Platzierung und dem Angebot der Schuldverschreibungen sowie deren Börsenzulassung von der Emittentin bestimmte Zuwendungen an Wertpapierdienstleistungsunternehmen (z.B. den Platzeur oder die jeweilige Vertriebsstelle) (oder intern) gewährt werden. Hierzu zählen unter anderem Platzierungsprovisionen, umsatzabhängige Vertriebsfolgeprovisionen (z.B. Verwaltungsentgelte und Bestandsprovisionen) und gegebenenfalls Abschläge auf den Emissionspreis.

Transaktionskosten

Die Schuldverschreibungen können in Form eines Festpreisgeschäfts oder im Rahmen eines Kommissionsgeschäfts erworben werden. Im Fall des Kommissionsgeschäfts können zusätzliche Entgelte anfallen (z.B. ein Agio oder Provisionen). Bei Vereinbarung eines festen oder bestimmaren Preises („Festpreisgeschäft“) werden für den Erwerb und die Veräußerung keine zusätzlichen Entgelte und fremden Kosten berechnet. Diese sind mit dem Festpreis abgegolten. Im Kommissions- und Festpreisgeschäft können für den Erwerb oder die Veräußerung neben dem aktuellen Preis verschiedene Entgelte der jeweiligen depotführenden Bank anfallen. Wenn Mindestentgelte berechnet werden, können die Transaktionskosten bei geringen Ordervolumina prozentual zum investierten Kapital höher sein. Daneben können weitere Kosten, wie zum Beispiel Börsengebühren, anfallen. Diese Kosten können das Gewinnpotenzial der Schuldverschreibungen erheblich negativ beeinflussen.

Risiken aufgrund der Einschaltung von Clearing-Systemen in Transfers, Zahlungen und Kommunikation

Unter dem Prospekt begebene Schuldverschreibungen werden in einer oder mehreren Globalurkunden verbrieft. Einzelurkunden werden nicht ausgegeben. Die Globalurkunden werden bei einem Clearing-System und/oder im Fall von Euroclear und/oder Clearstream Luxembourg bei der maßgeblichen gemeinsamen Verwahrstelle (im Fall einer Classical Global Note) bzw. bei einer gemeinsamen Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) (im Fall einer New Global Note) verwahrt und geführt. Das Clearing-System wird die Unterlagen über die Rechte aus der Globalurkunde führen. Gläubiger können ihre Ansprüche nur über das entsprechende Clearing-System und entsprechend dessen maßgeblichen Regularien geltend machen.

Die Emittentin wird ihre Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen mit schuldbefreiender Wirkung an das Clearing-System oder die gemeinsame Verwahrstelle (im Fall einer Classical Global Note) oder an die gemeinsame Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) (im Fall einer New Global Note) für das Clearing-System zur Weiterleitung an deren Konto- bzw. Depotinhaber leisten; im Fall eines Ausfalls dieser Stellen erfolgt daher keine erneute Zahlung an die Gläubiger. Die Gläubiger sind auf die Verfahren des maßgeblichen Clearing-Systems angewiesen, um die auf die Schuldverschreibung entfallenden Zahlungen zu erhalten. Die Emittentin übernimmt außerdem keine Verantwortung und keine Haftung für die Unterlagen in Bezug auf die Rechte an der Globalurkunde oder die Zahlungen, die in Bezug auf diese erfolgen.

Ausübung von Ermessen durch die Emittentin

Die Emittentin kann, in Übereinstimmung mit den jeweiligen Emissionsbedingungen, bei bestimmten Feststellungen, Festlegungen oder Anpassungen, die einen direkten oder indirekten Einfluss auf die unter den Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge und die Erträge der Gläubiger haben können, billiges Ermessen ausüben. Die Emittentin kann u.a. berechtigt sein, festzulegen, ob bestimmte Ereignisse eingetreten sind (z.B. Erreichen, Über-/Unterschreiten einer Schwelle oder Eintritt eines bestimmten Ereignisses, beispielsweise, ob ein Kreditereignis eingetreten ist), oder den Wert der Bewertungsverbindlichkeit bestimmen.

Die Emissionsbedingungen können vorsehen, dass die Bestimmung von Preisen und Berechnungsgrundlagen auf Angaben beruhen, welche die Emittentin von Dritten bezogen hat und deren Korrektheit sie nicht nachprüft und zu deren Nachprüfung sie auch nicht verpflichtet ist. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Kriterien mitzuteilen, die sie bei der Ausübung ihres Ermessens angewandt hat. Aus diesem Grund kann es sein, dass die Gläubiger nicht in der Lage sind nachzuvollziehen, ob die Ausübung des Ermessens der Emittentin sachgerecht war.

B.3. Risiken im Hinblick auf die Zinskomponente der Schuldverschreibungen

Risiken im Hinblick auf die Zinskomponente der Schuldverschreibungen

Risiken im Hinblick auf die Verzinsung

Die Schuldverschreibungen können mit für die gesamte Laufzeit festgelegtem Zinssatz bzw. Zinsbetrag oder mit variierenden Zinssätzen bzw. Zinsbeträgen ausgestattet sein. Die Zahlung des Zinssatzes bzw. Zinsbetrages steht jedoch stets unter dem Vorbehalt, dass ein in den Emissionsbedingungen beschriebener Ereignis-Feststellungstag als Folge der dort beschriebenen Kreditereignisse in Bezug auf den oder die Referenzschuldner nicht eingetreten ist.

Darüber hinaus kann die Zinszahlung verschoben werden, wenn zuvor ein Ereignis eingetreten ist, bei dem gemäß den Emissionsbedingungen unklar ist, ob es ein Kreditereignis darstellt (ein „**Potenzielles Kreditereignis**“) oder, wenn zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist. Die Zinszahlung verschiebt sich, ohne, dass die Emittentin zur Verzinsung des über den jeweiligen Zinszahlungstag hinaus liegenden Zeitraums verpflichtet ist. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern. Weitere Informationen hierzu sind dem Abschnitt B.5. „*Besondere Risiken aufgrund der Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen*“ unter „*Mögliche Verschiebung von Zinszahlungen und der Rückzahlung*“ in diesem Prospekt zu entnehmen.

Eine Anlage in die Schuldverschreibungen ist mit dem Risiko verbunden, dass sich während der Laufzeit die Marktzinssätze verändern, was einen wesentlichen negativen Einfluss auf den Wert der Schuldverschreibungen haben kann.

Nach dem Eintritt eines Kreditereignisses kann der Anspruch auf Zinszahlungen reduziert werden oder erlöschen

Im Falle von einzelnen Referenzschuldnern (Single) werden nach dem Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf diesen Referenzschuldner grundsätzlich keine Zinsen mehr unter den Schuldverschreibungen gezahlt. Die Gläubiger haben nach Eintritt eines Kreditereignisses keinen Anspruch mehr auf weitere Zinszahlungen (entweder vom Tag an, an dem ein Kreditereignis den Gläubigern der Schuldverschreibungen bekanntgegeben wird (ausschließlich) oder ab und einschließlich der Zinsperiode, in der das Kreditereignis eingetreten ist). Fällt der Umstand, der das Kreditereignis ausgelöst hat, später weg oder wird behoben, ändert dies nichts an dem Wegfall von Zinszahlungen.

Im Falle von mehreren Referenzschuldnern (Basket pro rata) wird nach dem Eintritt eines Kreditereignisses nicht mehr der gesamte Nennbetrag der Schuldverschreibungen verzinst, sondern nur noch ein reduzierter Nennbetrag. Die Gläubiger haben nach Eintritt eines Kreditereignisses keinen Anspruch mehr auf Verzinsung des gesamten Nennbetrags (entweder vom Tag an, an dem ein Kreditereignis den Gläubigern der Schuldverschreibungen bekanntgegeben wird (ausschließlich) oder ab und einschließlich der Zinsperiode, in der das Kreditereignis eingetreten ist). Sofern alle Referenzschuldner von einem Kreditereignisse betroffen sind, werden keine Zinsen mehr gezahlt.

B.4. Risiken im Hinblick auf die Rückzahlungskomponente der Schuldverschreibungen

Risiken im Hinblick auf die Rückzahlungskomponente der Schuldverschreibungen

Risiken im Hinblick auf die Rückzahlung

Die Rückzahlung der Schuldverschreibungen steht unter dem Vorbehalt, dass ein in den Emissionsbedingungen beschriebener Ereignis-Feststellungstag als Folge der dort beschriebenen Kreditereignisse in Bezug auf den oder die Referenzschuldner nicht eingetreten ist.

Darüber hinaus kann die Rückzahlung verschoben werden, wenn zuvor ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist oder, wenn zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern. Die Rückzahlung verschiebt sich, ohne, dass die Emittentin zur Verzinsung des über den vorgesehenen Fälligkeitstag hinaus liegenden Zeitraums verpflichtet ist. Weitere Informationen hierzu sind dem Abschnitt B.5. „*Besondere Risiken aufgrund der Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen*“ unter „*Mögliche Verschiebung von Zinszahlungen und der Rückzahlung*“ in diesem Prospekt zu entnehmen.

Nach dem Eintritt eines Kreditereignisses kann der Anspruch auf Rückzahlung reduziert werden oder erlöschen

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Rückzahlung der Schuldverschreibungen deutlich unter dem Ausgabepreis oder dem für den Erwerb der Schuldverschreibungen gezahlten individuellen Kaufpreis liegt oder sogar Null beträgt. Weitere Informationen hierzu sind dem Abschnitt B.5. „*Besondere Risiken aufgrund der Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen*“ in diesem Prospekt zu entnehmen.

Die Rückzahlung zum Nennbetrag am vorgesehenen Fälligkeitstag hängt vom Nichteintritt eines Kreditereignisses (Insolvenz, Nichtzahlung, Restrukturierung, Nichtanerkennung/Moratorium oder staatlicher Eingriff) bei einem oder mehreren Referenzschuldnern (oder etwaigen Rechtsnachfolgern des Referenzschuldners) während eines festgelegten Kreditereigniszeitraums ab. Der Anleger ist daher unmittelbar dem Bonitätsrisiko des Referenzschuldners ausgesetzt.

Im Falle von einzelnen Referenzschuldnern (Single) wird nach dem Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf diesen Referenzschuldner der Nennbetrag nicht mehr zurückgezahlt. Stattdessen erfolgt die Zahlung des Barausgleichsbetrages. Fällt der Umstand, der das Kreditereignis ausgelöst hat, später weg oder wird behoben, ändert dies nichts an dem Wegfall der Verpflichtung zur Zahlung des Nennbetrages.

Im Falle von mehreren Referenzschuldnern (Basket pro rata) wird nach dem Eintritt eines Kreditereignisses nicht mehr der gesamte Nennbetrag der Schuldverschreibungen zurückgezahlt, sondern nur noch ein reduzierter Nennbetrag. In Bezug auf den oder die betroffenen Referenzschuldner erfolgt jeweils die Zahlung des Barausgleichsbetrages. Fällt der Umstand, der das Kreditereignis ausgelöst hat, später weg oder wird behoben, ändert dies nichts an dem Wegfall der Verpflichtung zur Zahlung des Nennbetrages. Sofern alle Referenzschuldner von einem Kreditereignisse betroffen sind, erfolgt die Rückzahlung der Schuldverschreibung ausschließlich zu den jeweiligen Barausgleichsbeträgen.

Unabhängig davon, ob sich die Schuldverschreibungen auf einen oder mehrere Referenzschuldner beziehen, würde ein nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge der dort beschriebenen Kreditereignisse in Bezug auf den betreffenden Referenzschuldner zu zahlender Barausgleichsbetrag niedriger sein als der Nennbetrag der Schuldverschreibungen bzw. der Gewichtungsbetrag des jeweiligen Referenzschuldners und kann auch Null betragen, sodass abhängig vom ermittelten Barausgleichsbetrag, auch gar keine Zahlung erfolgen kann.

Bei den Schuldverschreibungen besteht daher das Risiko des Verlusts des gesamten eingesetzten Kapitals (Totalverlust) einschließlich der aufgewendeten Transaktionskosten. Dieses Risiko besteht unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Emittentin.

Risiken bei einer vorzeitigen Rückzahlung von Schuldverschreibungen (einschließlich Anfechtung)

In den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen können verschiedene Möglichkeiten der vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen festgelegt sein. Ein Risiko für den Gläubiger ergibt sich insbesondere dann, wenn die vorzeitige Rückzahlung nicht von ihm zu beeinflussen ist. Schuldverschreibungen mit der Möglichkeit einer solchen vorzeitigen Rückzahlung können größeren Preisschwankungen unterliegen und einen niedrigeren Marktwert haben als vergleichbare Schuldverschreibungen ohne eine solche Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung.

Die Emittentin kann nach den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen berechtigt sein, die Schuldverschreibungen aufgrund verschiedener Sonderkündigungsrechte zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen. Sie kann berechtigt sein, aus steuerlichen Gründen zu kündigen und die Schuldverschreibungen vorzeitig zurückzuzahlen, sofern sie infolge einer Änderung oder Ergänzung der steuerlichen Vorschriften in Deutschland oder ihrer Anwendung oder Auslegung z.B. verpflichtet wäre, im Zusammenhang mit Zahlungen, die unter den Schuldverschreibungen fällig werden, zusätzliche Zahlungen zu erbringen.

Darüber hinaus können die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass die Emittentin die Schuldverschreibungen vorzeitig kündigen und an die Gläubiger zurückzahlen kann, wenn bestimmte Rechtsänderungen eintreten.

Ferner können bei den Schuldverschreibungen besondere Beendigungsgründe im Hinblick auf den Referenzschuldner vorgesehen sein. Insbesondere infolge des Eintritts einer Rechtsnachfolge bei einem oder mehreren Referenzschuldnern, wenn die in den Emissionsbedingungen genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Eine vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen (z.B. infolge der Ausübung eines Sonderkündigungsrechts), kann dazu führen, dass die Schuldverschreibungen zum Marktwert zurückgezahlt werden und die Rendite einer Anlage in die Schuldverschreibungen (sofern es eine solche gibt) geringer ausfällt als vom Gläubiger erwartet. In allen Fällen einer vorzeitigen Rückzahlung kann der vorzeitige Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen unter dem Ausgabepreis oder dem individuellen Kaufpreis des Gläubigers liegen und somit einen Verlust eines Teils oder des gesamten eingesetzten Kapitals zur Folge haben. Zudem besteht die Möglichkeit, dass zwischen der Kündigung einer Schuldverschreibungen und deren Rückzahlung ein Wertverlust eintritt.

Die Emittentin ist im Fall von offensichtlichen Schreib- oder Berechnungsfehler oder ähnliche offensichtliche Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen berechtigt, die Schuldverschreibungen anzufechten. Die Emittentin kann mit der Anfechtungserklärung ein Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibung zu den berechtigten Emissionsbedingungen verknüpfen. Im Falle einer Anfechtung wird die Emittentin den Anleihegläubigern den nachweislich für den Erwerb der Schuldverschreibungen aufgewendeten Betrag abzüglich von der Emittentin bereits geleisteter Kapitalzahlungen zurückzahlen.

Einem Gläubiger wird es unter Umständen nicht möglich sein, die aus der vorzeitigen Rückzahlung oder Anfechtung der Schuldverschreibungen erhaltenen Beträge in eine hinsichtlich der Höhe der effektiven Verzinsung vergleichbare Anlageform zu reinvestieren.

Ferner wird bei den Schuldverschreibungen im Falle des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstages als Folge eines Kreditereignisses der Barausgleichsbetrag am Barausgleichstag gezahlt. Der Barausgleichstag kann in Abhängigkeit von Zeitpunkt der Feststellung des Kreditereignisses vor, am oder erst nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag liegen.

B.5. Besondere Risiken aufgrund der Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen

Besondere Risiken aufgrund der Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen

Bonitätsrisiko hinsichtlich des Referenzschuldners

Eine Anlage in bonitätsabhängige Schuldverschreibungen ist mit erheblichen Ausfallrisiken verbunden. Die Verzinsung und die Rückzahlung der Schuldverschreibungen unterliegen sowohl dem Bonitätsrisiko der Emittentin als auch dem Risiko, dass in Bezug auf einen oder mehrere Referenzschuldner ein Kreditereignis eintritt. Die Schuldverschreibungen werden von dem Referenzschuldner weder garantiert, noch sind sie mit Verbindlichkeiten des Referenzschuldners besichert. Nach dem Eintritt eines Kreditereignisses hinsichtlich des Referenzschuldners kommen den Gläubigern etwaige positive (wirtschaftliche) Entwicklungen des betreffenden Referenzschuldners nicht zugute. Insbesondere können die in den Emissionsbedingungen beschriebenen Folgen des Eintritts eines Kreditereignisses nicht rückgängig gemacht werden. Daher ist eine Anlage in die Schuldverschreibungen möglicherweise mit einem höheren Risiko verbunden als eine Direktanlage in die Verbindlichkeiten des Referenzschuldners. Die Wertentwicklung der Schuldverschreibungen kann von einer Vielzahl verschiedener Faktoren abhängen, wie z.B. volkswirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen oder politischen Ereignissen. Tritt ein Ereignis ein, das sich negativ auf die Bonität eines Referenzschuldners auswirkt, das jedoch nicht zum Eintritt eines Kreditereignisses führt, kann der Wert (d.h. Kurs) der Schuldverschreibungen sinken. Folglich können Gläubiger, die ihre Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt verkaufen, einen erheblichen Verlust ihres eingesetzten Kapitals erleiden.

Die Schuldverschreibungen werden von dem betreffenden Referenzschuldner weder garantiert noch sind sie mit Verbindlichkeiten des Referenzschuldners besichert. Des Weiteren ist zu beachten, dass ein Kreditereignis auch eintreten kann, wenn die Verbindlichkeit, hinsichtlich derer das Kreditereignis festgestellt wird, selbst nicht vollstreckbar ist oder die Ausführung gesetzlich verboten ist.

Die historische Entwicklung des Bonitätsrisikos eines Referenzschuldners kann nicht als aussagekräftig für deren künftige Entwicklung während der Laufzeit der Schuldverschreibungen angesehen werden. So lassen sich auch von einer historischen (wirtschaftlichen) Entwicklung eines Referenzschuldners keine zwingenden Rückschlüsse auf dessen zukünftige (wirtschaftliche) Entwicklung ziehen. Daher können keine Zusicherungen im Hinblick auf die künftige (wirtschaftliche) Entwicklung von Referenzschuldnern abgegeben werden. In Statistiken über Ausfälle in der Vergangenheit sind möglicherweise solche Ereignisse nicht berücksichtigt, die für die Zwecke der Schuldverschreibungen Kreditereignisse darstellen würden. Weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder die Platzeure bzw. Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen übernehmen eine Zusicherung, dass durch eine Anlage in die Schuldverschreibungen eine positive Rendite erzielt werden kann. Die sich aus einer Anlage in die Schuldverschreibungen tatsächlich ergebende Rendite (sofern es eine solche überhaupt gibt) kann daher im Zweifel erst nach der Veräußerung bzw. Rückzahlung der Schuldverschreibungen bestimmt werden. Zu beachten ist außerdem, dass der Marktwert von Schuldverschreibungen während ihrer Laufzeit aufgrund des Einflusses von allgemeinen Marktfaktoren unter Umständen das Bonitätsrisiko des bzw. der jeweiligen Referenzschuldner nicht vollständig widerspiegelt.

Das Bonitätsrisiko eines Referenzschuldners und die Analyse der Wahrscheinlichkeit eines Kreditereignisses ist komplex. Der Handel und die Preisbestimmung von Bonitätsrisiken hinsichtlich eines Referenzschuldners erfolgt in der Regel an für den Anleger gegebenenfalls weniger transparenten Märkten und außerhalb von Handelsplätzen. Zudem ist es möglich, dass nicht alle für die Analyse des Bonitätsrisikos begebenen Anleihen oder Verbindlichkeiten eines Referenzschuldners an Handelsplätzen gehandelt werden. Anleger sollten daher beachten, dass Informationen zur Analyse von Bonitätsrisiken nicht vollumfänglich oder tagesgenau öffentlich zugänglich sein können. Für die Einschätzung des Bonitätsrisikos eines Referenzschuldners sollten Anleger sämtliche öffentlich verfügbaren Informationen über die Leistungsfähigkeit und das Unternehmen eines Referenzschuldners, einschließlich der veröffentlichten Finanzinformationen, beachten sowie analysieren und ihrer Anlageentscheidung zu Grunde legen.

Verlustrisiko

Falls ein Kreditereignis in Bezug auf einen Referenzschuldner eintritt, werden die Gläubiger von Schuldverschreibungen, falls überhaupt, einen Betrag erhalten, der sich aus den jeweiligen Emissionsbedingungen ergibt und der voraussichtlich erheblich niedriger sein wird, als der Ausgabepreis bzw. der individuelle Kaufpreis der Schuldverschreibungen. Gläubiger von bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen können, im Falle des Eintritts eines Kreditereignisses, sogar einen **Totalverlust** ihres eingesetzten Kapitals einschließlich sämtlicher Zinsansprüche erleiden.

Risiko bei einer Rechtsnachfolge

Ein Referenzschuldner kann durch einen oder mehrere Rechtsnachfolger ersetzt werden. Eine solche Ersetzung kann zu dem Risiko führen, dass der oder die neuen Referenzschuldner in wirtschaftlicher Hinsicht oder mit Blick auf das Risikoprofil nicht mehr mit dem ersetzten Referenzschuldner verglichen werden können.

Die Emissionsbedingungen können bei einer Rechtsnachfolge in bestimmten Fällen eine vorzeitige Rückzahlung durch die Emittentin zu einem für diesen Fall vorgesehenen vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (ggf. abzüglich entsprechender Auflösungskosten) vorsehen.

Falls vor der Nachfolge hinsichtlich eines solchen Nachfolgers ein Kreditereignis bereits eingetreten und bekanntgemacht worden ist, können in Bezug auf den Nachfolger weitere Kreditereignisse eintreten.

Informationen zu den Referenzschuldnern

Die Emittentin, die Berechnungsstelle, die Platzeure bzw. die Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen können während der Laufzeit der Schuldverschreibungen nicht-öffentliche Informationen in Bezug auf das Bonitätsrisiko von Referenzschuldnern erhalten, die für die betreffenden Schuldverschreibungen wesentlich sind oder sein können. Die Emission von Schuldverschreibungen begründet für keine der vorgenannten Personen eine Verpflichtung, diese Informationen an die Gläubiger oder an irgendeinen anderen Beteiligten weiterzugeben (unabhängig davon, ob sie vertraulich sind oder nicht). Die Emittentin, die Berechnungsstelle, die Platzeure bzw. Vertriebsstellen oder eines ihrer verbundenen Unternehmen können außerdem während der Laufzeit der Schuldverschreibungen Research-Berichte oder Empfehlungen in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner publizieren. Diese Tätigkeiten können bestimmte Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Schuldverschreibungen auswirken.

Keine Ansprüche in Bezug auf den Referenzschuldner

Mit den Schuldverschreibungen werden keine Rechte gegenüber dem Referenzschuldner erworben. Es werden insbesondere auch keine Rechte an Verbindlichkeiten eines Referenzschuldners erworben. Die Emittentin gewährt kein Sicherungsrecht an entsprechenden Verbindlichkeiten.

Kein Referenzschuldner ist an der Emission der Schuldverschreibungen beteiligt. Er ist in keiner Weise verpflichtet, die Interessen der Gläubiger zu berücksichtigen, wenn er geschäftspolitische oder gesellschaftsrechtliche Maßnahmen ergreift, die sich auf den Wert der Schuldverschreibungen negativ auswirken können. Insbesondere haben die Anleger kein Rückgriffsrecht gegenüber dieser Person wegen eines Verlustes, den sie aus einer Anlage in die Schuldverschreibungen erleiden.

Risiken in Verbindung mit Referenzschuldnern in Schwellenländern

Referenzschuldner können auch der Rechtsordnung eines Schwellen- oder Entwicklungslands unterliegen bzw. ein solches Schwellen- oder Entwicklungsland sein. Eine Investition in Schuldverschreibungen, die sich auf einen oder mehrere solcher Referenzschuldner beziehen, ist daher mit zusätzlichen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Risiken, einschließlich eines Währungsverfalls, verbunden. Schwellen- und Entwicklungsländer sind erheblichen rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Risiken ausgesetzt, die größer sein können als beispielsweise in EU-Mitgliedsstaaten oder anderen Industrieländern. Daher beinhalten Anlagen mit Bezug zu Schwellen- oder Entwicklungsländern neben den allgemeinen mit der Anlage in den oder die Referenzschuldner verbundenen Risiken zusätzliche Risikofaktoren. Hierzu gehören insbesondere die instabile politische oder wirtschaftliche Lage, erhöhte Inflation sowie erhöhte Währungsrisiken. Die Instabilität dieser Länder kann u. a. durch autoritäre Regierungen oder die Beteiligung des Militärs an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen verursacht werden. Hierzu gehören auch mit verfassungsfeindlichen Mitteln erzielte oder versuchte Regierungswechsel, Unruhen in der Bevölkerung, verbunden mit der Forderung nach verbesserten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, feindliche Beziehungen zu Nachbarländern oder Konflikte aus ethnischen, religiösen oder rassistischen Gründen. Politische oder wirtschaftliche Instabilität kann sich auf das Vertrauen von Anlegern auswirken, was wiederum einen negativen Effekt auf die Bonität dieser Referenzschuldner haben kann. Zudem können über Referenzschuldner in Schwellen- und Entwicklungsländern gegebenenfalls weniger öffentlich zugängliche Informationen verfügbar sein, als Gläubigern üblicherweise zugänglich gemacht werden. Transparenzanforderungen, Buchführungs-, Abschlussprüfungs- oder Finanzberichterstattungsstandards sowie regulatorische Standards sind in vielerlei Hinsicht weniger streng entwickelt als Standards in Industrieländern und es kann zu staatlichen Eingriffen in die Märkte kommen. Sämtliche der vorgenannten Faktoren können einen nachteiligen Einfluss auf den Wert der Schuldverschreibungen haben.

Kreditereignis als dauerhafter Faktor

Gläubiger sollten sich darüber im Klaren sein, dass das eingetretene Kreditereignis bestehen bleibt, auch wenn die Tatsachen, die das Kreditereignis ausgelöst haben, nur vorübergehend sind oder behoben werden können. Daher erleiden die Gläubiger selbst dann Verluste, wenn die negativen Umstände, die das Kreditereignis ausgelöst haben, für den Referenzschuldner nur von vorübergehender Natur sind.

Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Kreditereignisses

Wie wahrscheinlich der Eintritt eines Kreditereignisses auf einen Referenzschuldner unter den bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen ist, hängt insbesondere von der Finanzlage und anderen Kennzahlen des Referenzschuldners, der allgemeinen konjunkturellen Lage, der Lage und Liquidität an den Finanzmärkten, insbesondere der Kreditderivatemarkte, politischen Ereignissen, Entwicklungen oder Tendenzen in bestimmten Industriesektoren, Änderung der geltenden Zinssätze und weiteren Faktoren ab. Potenzielle Gläubiger sollten daher eine eigene eingehende Analyse des/der Referenzschuldner(s) insbesondere mit Blick auf dessen Bonitätsrisiko und die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Kreditereignisses auf diese(n) vornehmen. Dabei sollte beachtet werden, dass Informationen zur Analyse von Bonitätsrisiken nicht vollumfänglich oder tagesgenau öffentlich zugänglich sein können.

Kein Schaden erforderlich

Im Rahmen der bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen werden Verbindlichkeiten der Referenzschuldner für Zwecke der Schuldverschreibungen unabhängig davon berechnet, ob der Emittentin oder ihren verbundenen Unternehmen tatsächlich Schäden im Hinblick auf den Referenzschuldner oder dessen Verbindlichkeiten entstanden sind.

Feststellungen durch ISDA, Rolle der Emittentin

Die Emittentin kann den Eintritt eines Kreditereignisses und den Betrag, der im Hinblick auf ein solches Kreditereignis zu zahlen ist (d. h. den Barausgleichsbetrag gemäß der Emissionsbedingungen) oder eine Nachfolge eines Referenzschuldners durch Bezugnahme auf Feststellungen der *International Swaps and Derivatives Association* (die „**ISDA**“) bestimmen. Diese Feststellungen unterliegen ihren eigenen Definitionen und Regeln (die „**ISDA-Bedingungen**“) und können von Abstimmungen der sogenannten *Credit Derivatives Determinations Committees*, welche von der ISDA eingesetzt wurden (jeweils ein „**Komitee**“) abhängen. Gläubiger sollten beachten, dass die jeweiligen Mitglieder eines Komitees gegenüber den Gläubigern in keiner Weise verpflichtet sind.

Die Emittentin ist ein Mitglied der ISDA. In dieser Eigenschaft kann die Emittentin am nachfolgend unter „Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit auf Basis einer ISDA-Auktion“ beschriebenen Verfahren zur Preisfeststellung und Bewertung unter Marktteilnehmern beteiligt sein, ohne die Interessen der Gläubiger berücksichtigen zu müssen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, die Richtigkeit von Informationen im Zusammenhang mit einer durch ein Komitee getroffenen Entscheidung zu verifizieren. Gläubiger haben keine Rückgriffsansprüche gegen das Komitee oder externe Prüfer.

ISDA-Bedingungen und deren Auslegung können sich ändern

Da sich der Kreditderivatemarkt in einer ständigen Weiterentwicklung befindet, ist es möglich, dass sich die ISDA-Bedingungen, die üblicherweise für Kreditderivate gelten, in der Zukunft ändern. Auch jede Änderung in der Auslegung der ISDA-Bedingungen kann sich in den Entscheidungen der Emittentin, wie zum Beispiel ob ein Kreditereignis in Bezug auf einen Referenzschuldner eingetreten ist, widerspiegeln und sich negativ auf die bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen und damit auf die Gläubiger auswirken.

Obwohl ISDA die ISDA-Bedingungen veröffentlicht hat, um Geschäfte im Kreditderivatemarkt zu vereinheitlichen, können unterschiedliche Auslegungen für diese bestehen. Solche voneinander abweichenden Auslegungen der Bestimmungen können sich (indirekt) nachteilig auf die Gläubiger auswirken.

Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit auf Basis einer ISDA-Auktion

Die Emissionsbedingungen sehen vor, dass der nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses in Bezug auf einen Referenzschuldner zu bestimmende Barausgleichsbetrag auf Grundlage einer von ISDA im Zusammenhang mit einem solchen Kreditereignis für den Kreditderivatemarkt durchgeführten Auktion unter Marktteilnehmern ermittelt wird. Eine solche ISDA-Auktion wird nach den Vorgaben der ISDA-Bedingungen durchgeführt und bezieht sich auf hypothetische Kreditderivate betreffend den Referenzschuldner und auf voraussichtlich erheblich im Wert gesunkene, von dem maßgeblichen Komitee ausgewählte Verbindlichkeiten des Referenzschuldners. Für die Ermittlung der Höhe des Barausgleichsbetrages ist daher entscheidend, welcher einheitliche Abwicklungskurs für Kreditderivate betreffend den Referenzschuldner (jeweils ein „**Auktions-Endkurs**“) im Rahmen einer solchen ISDA-Auktion festgestellt wird. Gläubiger sollten beachten, dass der maßgebliche Tag, an dem der Auktions-Endkurs festgestellt wird, mehrere Tage, aber auch mehrere Wochen nach dem Eintritt des maßgeblichen Kreditereignisses liegen kann. Dieser Preis kann auch Null betragen mit der Folge, dass der Barausgleichsbetrag in einem solchen Fall ebenfalls Null beträgt.

Gläubiger von bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen können daher im Falle des Eintritts eines Kreditereignisses einen Totalverlust ihres eingesetzten Kapitals einschließlich sämtlicher Zinsansprüche erleiden.

Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit durch Einholung von Quotierungen

Falls nach Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages als Folge eines Kreditereignisses keine ISDA-Auktion stattfindet, kann die Berechnung des zu zahlenden Barausgleichsbetrags entsprechend der Emissionsbedingungen anhand von Quotierungen der von der Emittentin ausgewählten Bewertungsverbindlichkeit zu einem Zeitpunkt nach Eintritt des Kreditereignisses erfolgen. Stehen mehrere Bewertungsverbindlichkeiten eines Referenzschuldners zur Auswahl, wird die Emittentin bzw. die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen im Regelfall die Verbindlichkeit mit dem geringsten Marktwert auswählen, ohne die Interessen der Gläubiger zu berücksichtigen. Der Marktwert der betreffenden ausgewählten Bewertungsverbindlichkeit kann nach Eintritt eines Kreditereignisses erheblich im Wert sinken und erheblichen Schwankungen nach oben und unten unterliegen.

Bei staatlichen Referenzschuldern können die Emissionsbedingungen vorsehen, dass für die Zwecke der Berechnung des zu zahlenden Barausgleichsbetrags auch andere Vermögenswerte (also auch Vermögenswerte, die keine Verbindlichkeiten darstellen) bewertet werden können, die im Anschluss an eine Restrukturierung (auch wenn sich die Kreditereignis-Mitteilung auf ein anderes, zuvor eingetretenes Kreditereignis bezieht) durch Umwandlung oder Umtausch an die Stelle solcher Verbindlichkeiten treten.

Bei Banken oder anderen Finanzinstituten als Referenzschuldner können die Emissionsbedingungen vorsehen, dass für die Zwecke der Berechnung des zu zahlenden Barausgleichsbetrags auch andere Vermögenswerte (also auch Vermögenswerte, die keine Verbindlichkeiten darstellen) bewertet werden können, die im Anschluss an eine Staatlichen Eingriff (auch wenn sich die Kreditereignis-Mitteilung auf ein anderes, zuvor eingetretenes Kreditereignis bezieht) durch Umwandlung oder Umtausch an die Stelle solcher Verbindlichkeiten treten. Das Gleiche gilt, wenn die durch ISDA veröffentlichte Standard-Referenzschuldverschreibung des Referenzschuldners Gegenstand einer Restrukturierung ist, sodass diese Standard-Referenzschuldverschreibung oder die an deren Stelle tretenden Vermögenswerte bewertet werden können. Der Wert dieser Vermögenswerte kann erheblich unter dem Wert anderer Verbindlichkeiten des Referenzschuldners liegen.

Stehen keine Quotierungen für die Referenzschuldverschreibung zur Verfügung, wird der Wert durch die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen bestimmt und kann auch Null betragen. Gläubiger sollten beachten, dass der maßgebliche Tag, an dem der Preis für die betreffende Bewertungsverbindlichkeit festgestellt wird, mehrere Tage, aber auch mehrere Wochen nach dem Eintritt des maßgeblichen Kreditereignisses liegen kann. Dieser Preis kann auch Null betragen mit der Folge, dass der Barausgleichsbetrag in einem solchen Fall ebenfalls Null beträgt.

Mögliche Verschiebung von Zinszahlungen und der Rückzahlung

Sofern ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist oder nach Eintritt eines Kreditereignisses eine ISDA-Auktion oder eine Bewertung der Bewertungsverbindlichkeit noch nicht erfolgt ist, kann die Emittentin die Zahlung von Zinsen und die Rückzahlung über den vorgesehenen Zinszahlungstag oder Fälligkeitstag hinaus verschieben.

Im Falle der Anwendbarkeit des Kreditereignisses Nichtanerkennung/Moratorium kann sich infolge einer solchen Verschiebung auch der Kreditereigniszeitraum, während dem Kreditereignisse in Bezug auf Referenzschuldner eintreten können, verlängern. Daher kann ein Kreditereignis sogar nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag eintreten.

Gläubiger sollten daher beachten, dass eine solche Verschiebung der betreffende Zahlung bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern kann. Die Zahlung des Zins- oder Rückzahlungsbetrags sowie eines Barausgleichsbetrags verschiebt sich, ohne, dass die Emittentin zur Verzinsung des über den vorgesehenen Fälligkeitstag hinaus liegenden Zeitraums verpflichtet ist.

WICHTIGE HINWEISE

1. Verantwortliche Personen

Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die Informationen, die im Prospekt enthalten oder in ihn einbezogen sind. Sie erklärt hiermit, dass sie die erforderliche Sorgfalt hat walten lassen, um sicherzustellen, dass nach ihrem besten Wissen die im Prospekt enthaltenen Angaben zutreffend und keine wesentlichen Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern könnten.

Die CSSF übernimmt keine Verantwortung für die wirtschaftliche und finanzielle Tragfähigkeit der Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt begeben werden, oder für die Qualität oder Bonität der Emittenten gemäß der Bestimmungen des Artikels 7(7) des Luxemburger Prospektgesetzes.

2. Verbreitung und Verwendung des Prospekts

Der Prospekt ist mit allen etwaigen Nachträgen und allen Dokumenten, die per Verweis in diesen Prospekt einbezogen wurden (siehe Teil G „Per Verweis Einbezogene Dokumente“) zu lesen. Dieser Prospekt ist auf der Grundlage gestaltet und zu lesen, dass die Informationen in diesen Dokumenten Bestandteil des Prospekts sind.

Vollständige Informationen zur Emittentin und zu den Schuldverschreibungen sind nur auf der Basis des Prospekts jeweils zusammen mit etwaigen Nachträgen und den maßgeblichen endgültigen Bedingungen (die „**Endgültigen Bedingungen**“) erhältlich.

Der Prospekt und alle etwaigen Nachträge sowie alle Endgültigen Bedingungen geben jeweils den Stand zu dem Tag wieder, auf den sie datiert sind. Weder die Aushändigung des Prospekts, eines Nachtrags (falls vorhanden) oder von Endgültigen Bedingungen, noch das Angebot, der Verkauf oder die Lieferung von Schuldverschreibungen sind dahingehend auszulegen, dass die Informationen in einem solchen Dokument nach dem Datum des jeweiligen Dokuments noch richtig und vollständig sind und dass keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen in der Vermögens- und Finanzlage der Emittentin oder der Gruppe seit dem Datum des jeweiligen Dokuments eingetreten sind.

Niemand ist befugt, im Zusammenhang mit der Emission und dem Verkauf von Schuldverschreibungen andere als in dem Prospekt enthaltene Angaben zu machen oder Zusicherungen abzugeben. Falls solche Angaben gemacht oder Zusicherungen abgegeben worden sind, dürfen sie nicht als von der Emittentin oder einem der Platzeure genehmigt angesehen werden. Die Bezeichnung „**Platzeur(e)**“ im Prospekt umfasst auch etwaige Vertriebsstellen, die von Zeit zu Zeit unter diesem Prospekt benannt werden.

Weder der Prospekt oder etwaige Nachträge zu seinen Bestandteilen noch die Endgültigen Bedingungen stellen ein Angebot bzw. eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots bzw. zur Zeichnung von Schuldverschreibungen der oder namens der DekaBank bzw. der Platzeure dar.

Die Verbreitung des Prospekts und das Angebot bzw. der Vertrieb der Schuldverschreibungen kann in einigen Jurisdiktionen aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder behördlicher Anordnungen Beschränkungen oder Verboten unterliegen. Personen, die in den Besitz des Prospekts kommen, sind von der Emittentin und den etwaigen Platzeuren aufgefordert, sich über die für sie geltenden Beschränkungen zu informieren und diese einzuhalten. Die Schuldverschreibungen wurden nicht und werden nicht gemäß dem US-Wertpapiergesetz (wie in „*Verkaufsbeschränkungen*“ in Teil C.3. definiert) registriert und sind Inhaberschuldverschreibungen, die den Bestimmungen des US-Steuerrechts unterliegen. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen dürfen Schuldverschreibungen nicht in den Vereinigten Staaten oder an U.S. Personen angeboten, verkauft oder geliefert werden. Eine Erläuterung bestimmter Beschränkungen für das Angebot und den Verkauf von Schuldverschreibungen und für den Vertrieb dieses Prospekts findet sich unter „*Verkaufsbeschränkungen*“ in Teil C.3. Weder der Prospekt noch ein anderes Dokument, auf das im Prospekt Bezug genommen wird, darf von irgendjemandem für die Zwecke eines Angebots oder die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots in einer Jurisdiktion verwendet werden, in dem ein solches Angebot bzw. die Aufforderung zur Abgabe eines Angebots verboten ist, oder gegenüber einer Person, gegenüber der ein solches Angebot oder die Aufforderung zur Abgabe eines solchen rechtswidrig ist.

Kein Platzeur gibt ausdrücklich oder stillschweigend eine Zusicherung ab oder übernimmt eine Verantwortung in Bezug auf die Richtigkeit und Vollständigkeit irgendwelcher Informationen im Prospekt. Weder dieser Prospekt noch irgend ein anderes Dokument, welches in diesen per Verweis einbezogen wurde, ist als Basis für eine Bonitätsbeurteilung oder eine andere Beurteilung geeignet und darf nicht als Empfehlung der Emittentin oder der Platzeure an die Empfänger dieses Prospekts oder jedweder anderen Dokumente, die in den Prospekt per Verweis einbezogen wurden, zum Kauf von Schuldverschreibungen verstanden werden. Jeder potenzielle Käufer der Schuldverschreibungen sollte für sich selbst die Bedeutung der Informationen, die im Prospekt und etwaigen Nachträgen enthalten sind, beurteilen und einen Kauf von Schuldverschreibungen nur auf der Grundlage eigener Nachforschungen, die er für erforderlich hält, vornehmen. Jeder Anleger, der einen Kauf von Schuldverschreibungen in Erwägung zieht, sollte seine eigene, unabhängige Analyse der finanziellen Umstände und Angelegenheiten und eine eigene Beurteilung der Kreditwürdigkeit der DekaBank und der Deka-Gruppe und der steuerlichen, bilanziellen und rechtlichen Konsequenzen der Investition in Schuldverschreibungen für sich durchführen. Die Platzeure haben sich weder verpflichtet, die finanziellen Umstände und Angelegenheiten der DekaBank oder der Deka-Gruppe während der Gültigkeit der mit diesem Prospekt verbundenen Vereinbarungen zu überprüfen, noch irgend einem Anleger oder potenziellen Anleger von Schuldverschreibungen irgendwelche Informationen mitzuteilen, die ihm zur Kenntnis gelangen.

3. Zustimmung zur Verwendung des Prospekts

Die Emittentin wird in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festlegen, ob sie einer Verwendung dieses Prospekts (einschließlich etwaiger Nachträge und der bei den zuständigen Aufsichtsbehörden hinterlegten maßgeblichen Endgültigen Bedingungen) für den späteren Weiterverkauf oder die endgültige Platzierung der darin beschriebenen Schuldverschreibungen in Deutschland und/oder Luxemburg (i) nicht zustimmt oder (ii) durch alle anbietenden Platzeure und/oder Finanzintermediäre (generelle Zustimmung) oder (iii) durch die in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen aufgeführten und benannten anbietenden Platzeure und/oder Finanzintermediäre (individuelle Zustimmung) während des Angebotszeitraums oder eines anderen definierten Zeitraums (wie jeweils in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegt bzw. angegeben) zustimmt. Die Erteilung der Zustimmung zur Verwendung dieses Prospekts setzt voraus, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Luxemburger Prospektgesetzes, welches die Prospektrichtlinie umsetzt, oder einem Nachfolgerechtsakt noch gültig ist und, gegebenenfalls, dass die Billigung dieses Prospekts in die anderen bezeichneten Mitgliedstaaten, in denen das öffentliche Angebot erfolgen soll, notifiziert wurde (siehe auch nachstehend unter C.1.4.). Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die Informationen, die im Prospekt enthalten sind auch im Hinblick auf den späteren Weiterverkauf und die endgültige Platzierung von Schuldverschreibungen, für die sie ihre generelle oder individuelle Zustimmung gegeben hat.

Die Zustimmung zur Verwendung dieses Prospekts für den späteren Weiterverkauf und die endgültige Platzierung von Schuldverschreibungen kann Bedingungen unterworfen werden, die in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen genannt werden. Die Emittentin kann eine solche Zustimmung nach ihrem alleinigen Ermessen widerrufen.

Im Falle einer individuellen Zustimmung werden neue Information zu anbietenden Platzeuren und Finanzintermediären, die zum Zeitpunkt der Billigung dieses Prospekts oder gegebenenfalls der Hinterlegung der Endgültigen Bedingungen unbekannt waren (einschließlich des Widerrufs einer solchen Zustimmung) auf der Internetseite der Emittentin (www.dekabank.de) bekanntgemacht.

Der Prospekt darf potenziellen Anlegern nur zusammen mit sämtlichen bis zur Übergabe veröffentlichten Nachträgen übergeben werden. Etwaige Nachträge zu diesem Prospekt können in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörse (www.bourse.lu) und/oder der Internetseite der Emittentin (www.dekabank.de) eingesehen werden.

Bei der Verwendung des Prospektes hat jeder Platzeur und/oder weitere Finanzintermediär sicherzustellen, dass er alle anwendbaren, in den jeweiligen Jurisdiktionen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften und die geltenden Verkaufsbeschränkungen beachtet.

Für den Fall, dass ein Platzeur und/oder weiterer Finanzintermediär ein Angebot macht, informiert dieser Platzeur und/oder weiterer Finanzintermediär die Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Angebotsbedingungen der Schuldverschreibungen.

Im Falle einer generellen Zustimmung hat jeder Platzeur und/oder Finanzintermediär, der den Prospekt verwendet, auf seiner Internetseite anzugeben, dass er diesen Prospekt mit Zustimmung und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

4. Billigung und Notifizierung

Die Billigung dieses Prospekts gemäß Artikel 13 der Prospektrichtlinie in Verbindung mit Artikel 7 des Luxemburger Prospektgesetzes wurde nur bei der zuständigen Behörde und bei keiner anderen zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats oder einem anderen Staat, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat oder umsetzen wird, beantragt.

Zum Datum dieses Prospekts wurde von der Emittentin nur die Notifizierung für Deutschland gemäß Artikel 19 des Luxemburger Prospektgesetzes und entsprechend Artikel 17 und 18 der Prospektrichtlinie und den umsetzenden Gesetzen in anderen Jurisdiktionen beantragt. Die Emittentin hat jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, während der Gültigkeit des Prospekts die Notifizierung gemäß Artikel 17 und 18 der Prospektrichtlinie in Bezug auf weitere Jurisdiktionen zu beantragen.

Der Prospekt kann auch für öffentliche Angebote und Börsenzulassungen (siehe C.2. Nr. 6) von Schuldverschreibungen in Luxemburg verwendet werden und in anderen Mitgliedstaaten und anderen Staaten, die die Prospektrichtlinie in nationales Recht umgesetzt haben oder umsetzen werden und für die eine Notifizierung entsprechend Artikel 17 und 18 der Prospektrichtlinie nach dem Datum dieses Prospekts erfolgt ist.

5. Stabilisierung

Im Zusammenhang mit der Begebung einer Tranche von Schuldverschreibungen kann oder können der oder die (gegebenenfalls) in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen als kursstabilisierende(r) Manager eingesetzte(n) Platzeur(e) (dies kann auch die Emittentin sein) (oder in dessen oder deren Auftrag handelnde Personen) eine erhöhte Anzahl an Schuldverschreibungen zuteilen oder in größerem Umfang als unter normalen Umständen Maßnahmen zur Stützung des Kurses ergreifen. Jedoch besteht keine Verpflichtung des oder der kursstabilisierenden Manager (oder in dessen oder deren Auftrag handelnder Personen) Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine Stabilisierungsmaßnahme kann an oder nach dem Tag beginnen, an dem die Endgültigen Bedingungen des Angebots der jeweiligen Tranche von Schuldverschreibungen in angemessener Weise veröffentlicht wurden, und, sobald begonnen, zu jeder Zeit, aber spätestens 30 Tage nach dem Tag der Begebung der jeweiligen Tranche von Schuldverschreibungen bzw. 60 Tage nach der Zuteilung der jeweiligen Tranche von Schuldverschreibungen (je nachdem, welcher Tag früher ist) eingestellt werden.

Jede Stabilisierungsmaßnahme oder erhöhte Zuteilung muss in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen und Regelungen durch den oder die kursstabilisierenden Manager (oder in dessen oder deren Auftrag handelnde Personen) vorgenommen werden.

6. Informationen von Seiten Dritter

Soweit Informationen von Seiten Dritter in diesen Prospekt übernommen wurden, sind diese Informationen korrekt wiedergegeben und es sind – soweit es der DekaBank bekannt ist – keine Fakten ausgelassen worden, welche die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend erscheinen lassen. Die Quelle der Information ist bei der entsprechenden Information angegeben. Die Emittentin hat diese Informationen nicht selbstständig geprüft und übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt der Quelle selbst.

7. Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen einschließlich Erklärungen der Emittentin über ihre gegenwärtigen Erwartungen sowie künftige Entwicklungen und Erwartungen. Zukunftsgerichtete Aussagen werden insbesondere durch die Verwendung von „glauben“, „einschätzen“, „erwarten“, „vermuten“, „beabsichtigen“ oder ähnlichen Formulierungen kenntlich gemacht. Dies gilt insbesondere immer dort, wo der Prospekt Angaben über zukünftige Ertragsfähigkeit, Pläne, Erwartungen, Wachstum und Profitabilität in Bezug auf das zukünftige Geschäft der DekaBank und der Deka-Gruppe sowie über wirtschaftliche Rahmenbedingungen, denen die DekaBank und die Deka-Gruppe ausgesetzt sind, enthält. Solche in die Zukunft gerichteten Aussagen unterliegen Risiken und Unsicherheiten, die außerhalb des Einflussbereichs der DekaBank liegen und die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen wesentlich von den Erwartungen der DekaBank abweichen. Für das tatsächliche Eintreten bzw. Nichteintreten dieser kann die Emittentin keine Haftung übernehmen. Die zukunftsgerichteten Aussagen werden ausschließlich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Prospekts abgegeben bzw. zu dem Datum, welches bei der Aussage bezeichnet ist.

8. Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen, die an der Emission/dem Angebot beteiligt sind

Sofern im Hinblick auf die Emission bzw. auf das Angebot von Schuldverschreibungen wesentliche Interessen von Seiten natürlicher oder juristischer Personen bestehen, die an der Emission bzw. dem Angebot beteiligt sind, wird die Emittentin diese Interessen und die betreffenden Personen in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angeben.

9. Bestimmte Definitionen

Soweit im Prospekt nicht anders definiert und sich aus dem Zusammenhang nichts anderes ergibt, beziehen sich die Begriffe „**U.S. dollars**“ and „**U.S. \$**“ auf den Dollar der Vereinigten Staaten von Amerika, „**€**“, „**Euro**“, „**EUR**“, und „**Eurocent**“ auf die Währung, die zu Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eingeführt wurde und in Artikel 2 der EU-Verordnung über die Einführung des Euro (Verordnung (EG) Nr. 974/98, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**Verordnung über die Einführung des Euro**“) definiert ist, und „**£**“ auf das britische Pfund Sterling.

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

1. Emissionsverfahren

Art des Emissionsverfahrens

Unter diesem Programm findet ein Emissionsverfahren Anwendung, bei dem die DekaBank grundsätzlich die Funktion der Emissionsstelle, der Berechnungsstelle (so erforderlich) und der Zahlstelle (neben etwaigen zusätzlichen erforderlichen Zahlstellen) selbst übernimmt (das „**DekaBank-Verfahren**“). Die Einlieferung der Urkunde erfolgt im Falle der Girosammelverwahrung durch die Emittentin grundsätzlich bei der Clearstream Banking in Frankfurt am Main.

Dies gilt, soweit in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen nicht etwas anderes festgelegt wird.

Allgemein

Die Emittentin legt die Emissionsbedingungen selbst fest, die für die bestimmte Tranche der Schuldverschreibungen anwendbar sind (die „**Bedingungen**“ bzw. „**Emissionsbedingungen**“). Die Emissionsbedingungen für die jeweiligen Schuldverschreibungen, ergeben sich aus der Wahl eines in Teil D.3. dieses Prospekts enthaltenen Satzes von Emissionsbedingungen (Option) und durch die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen, wie dies unten beschrieben und weiter spezifiziert wird.

Optionen für Emissionsbedingungen

Im Prospekt sind unterschiedliche Sätze von Emissionsbedingungen vorgesehen. Die Endgültigen Bedingungen ermöglichen es der Emittentin unter den folgenden Optionen auszuwählen:

Option I –

Satz der Emissionsbedingungen für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit einem Referenzschuldner.

Option II –

Satz der Emissionsbedingungen für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit mehreren Referenzschuldnern.

Dokumentation der Emissionsbedingungen

Die Endgültigen Bedingungen legen im ersten Schritt fest, welcher Satz von Emissionsbedingungen (ob Option I oder Option II) für eine bestimmte Emission von Schuldverschreibungen gilt. Jeder Satz von Emissionsbedingungen der Option I oder Option II enthält bestimmte weitere Auswahlmöglichkeiten (erkennbar dadurch, dass die optionale Bestimmung durch Anweisungen und Erklärungen, welche durch eckige Klammern vom Text der Emissionsbedingungen, wie er im Prospekt abgedruckt ist, abgetrennt sind angezeigt wird) und Platzhalter (erkennbar durch eckige Klammern, welche die entsprechenden Informationen enthalten). Basierend auf den für die konkrete Emission festgelegten Ausstattungsmerkmalen, wird durch Ausfüllen der entsprechenden Platzhalter im entsprechenden Satz der Emissionsbedingungen festgelegt, welche Option und welche Auswahlmöglichkeiten für eine konkrete Emission von Schuldverschreibungen anwendbar sein sollen. Allein die wiedergegebenen und ausgefüllten Bestimmungen des entsprechenden Satzes von Emissionsbedingungen stellen die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen dar, welche der jeweiligen Globalurkunde, die die Schuldverschreibungen verbrieft, beigefügt werden.

2. Programmvolumen

Der von Zeit zu Zeit ausstehende Gesamtnennbetrag aller begebenen Schuldverschreibungen (oder, (i) im Falle von Schuldverschreibungen, die mit einem Abschlag begeben wurden, ihr Amortisationsbetrag bzw. (ii) im Fall von Schuldverschreibungen, die ohne Nennwert begeben werden, ihr jeweiliger Ausgabepreis multipliziert mit der entsprechenden Gesamtstückzahl einer Emission) ist grundsätzlich nicht auf eine bestimmte Höhe festgelegt. Das Programmvolumen wird entsprechend der geschäftspolitischen Zielsetzungen intern durch die entsprechenden Prozesse und zuständigen Fachbereiche/Gremien gesteuert. Die Schuldverschreibungen werden fortlaufend platziert, entweder durch die Emittentin direkt an den Anleger oder an einen oder mehrere Platzeur(e).

3. Genehmigung

Die Etablierung des Programms erfolgte mit dem ordnungsgemäßen Beschluss des Vorstandes der DekaBank vom 12. September 2017.

4. Verwendung des Emissionserlöses

Die Emittentin ist in der Verwendung der Erlöse aus den Schuldverschreibungen frei. Der Nettoemissionserlös der Schuldverschreibungen dient den allgemeinen Geschäftszwecken der Emittentin oder den in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegebenen Zwecken.

5. Platzierung von Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen können im Wege eines öffentlichen oder eines nicht öffentlichen Angebots platziert werden, und zwar jeweils auf syndizierter oder nicht syndizierter Basis. Die Art der Platzierung einer Tranche ist in den betreffenden Endgültigen Bedingungen anzugeben. Hinsichtlich der Kategorien potenzieller Anleger (Anlegerkategorien) unterliegen die Schuldverschreibungen mit Ausnahme der in Abschnitt C.3. aufgeführten Verkaufsbeschränkungen keinen Beschränkungen, sie können für Qualifizierte Anleger und/oder Privatanleger vorgesehen sein, wie dies in den Endgültigen Bedingungen angegeben ist.

Werden unter diesem Prospekt (zugleich der „**Ursprungsprospekt**“) Schuldverschreibungen öffentlich angeboten, können die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass das öffentliche Angebot der Schuldverschreibungen nach Ablauf der Gültigkeit dieses Prospekts fortgesetzt werden kann, wenn ein Nachfolgeprospekt veröffentlicht wird.

Wird unter diesem Prospekt das öffentliche Angebot von in Teil H „*Fortsetzung des Öffentlichen Angebots*“ definierten Betreffenden Schuldverschreibungen fortgesetzt, ist dieser Prospekt der Nachfolgeprospekt für diese Betreffenden Schuldverschreibungen.

Im Fall der Fortsetzung eines öffentlichen Angebots unter einem Nachfolgeprospekt sind mit Ausnahme der wertpapierspezifischen Bedingungen der jeweiligen Emission (die sich weiterhin ausschließlich nach dem Ursprungsprospekt bestimmen) die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen einschließlich der etwaigen Zusammenfassung dieser Emission in Verbindung mit dem jeweiligen Nachfolgeprospekt zu lesen, d.h. jede Bezugnahme auf den Prospekt in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen gilt dann als Bezugnahme auf den betreffenden Nachfolgeprospekt. Wertpapierspezifische Bedingungen bedeutet in diesem Zusammenhang insbesondere die maßgeblichen Emissionsbedingungen sowie die mit den maßgeblichen Emissionsbedingungen in Verbindung stehenden anderen Informationen zu den Schuldverschreibungen, wie im Nachfolgeprospekt angegeben. „**Nachfolgeprospekt**“ ist der jeweils aktuellste gültige Basisprospekt, in dem die Schuldverschreibungen zum Zwecke der Fortsetzung des öffentlichen Angebots bezeichnet werden und in den die für die relevante Emission erforderlichen Teile des Ursprungsprospekts per Verweis einbezogen sind.

6. Börsennotierung und Zulassung zum Börsenhandel von Schuldverschreibungen

In Bezug auf börsennotierte Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt emittiert werden, kann ein Antrag gestellt werden (i) bei der Luxemburger Wertpapierbörse auf Börsenzulassung der Schuldverschreibungen zum amtlichen Kursblatt (*Cote Officielle*) der Luxemburger Wertpapierbörse und auf Börsenhandel im geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse (*Bourse de Luxembourg*) sowie (ii) auf Zulassung von Schuldverschreibungen zum Börsenhandel am regulierten Markt der Frankfurter Wertpapierbörse, die zugelassen und gehandelt werden sollen, oder (iii) bei einer anderen oder weiteren Börse auf Börsenzulassung an einem anderen oder weiteren geregelten Markt oder in einem anderem Marktsegment einer solchen anderen oder weiteren Börse für solche Schuldverschreibungen.

Bezugnahmen auf „**geregelter Markt**“ bezeichnen einen geregelten Markt wie in Artikel 2(1)(j) der Prospekttrichtlinie in Zusammenhang mit Artikel 4(1) Nr. 14 der EU-Finanzmarkttrichtlinie (Richtlinie 2004/39/EG in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**MiFID**“) definiert.

Das Programm gestattet, dass Schuldverschreibungen auf der Grundlage der Entscheidung der Emittentin auch an anderen oder weiteren Börsen zugelassen oder in anderen Marktsegmenten (z.B. Freiverkehr) gehandelt werden. Schuldverschreibungen können auch ohne eine Börsenzulassung begeben werden. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, eine Zulassung an einer Börse oder den Handel in einem Marktsegment aufrecht zu erhalten, d.h. sie kann die Zulassung auch zurücknehmen bzw. den Handel einstellen lassen („**Delisting**“).

Die für die jeweilige Schuldverschreibung anwendbaren Details sind in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegt.

7. Clearing-Systeme

Für die Schuldverschreibungen wird grundsätzlich der Antrag auf Girosammelverwahrung bei der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main („**CBF**“) gestellt. Die Schuldverschreibungen werden – soweit nicht anders bestimmt – über die CBF abgewickelt. Für die Anerkennung zur Abwicklung durch Euroclear Bank SA/NV („**Euroclear**“) und Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg („**CBL**“) oder ein anderes Clearingsystem kann ein Antrag gestellt werden. Der Common Code, die International Securities Identification Number („**ISIN**“) und die Deutsche Wertpapier-Kenn-Nummer (WKN) (sofern jeweils vergeben) für die jeweilige Emission der Schuldverschreibungen wird in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegeben.

VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

1. Vereinigte Staaten von Amerika

- (i) Die Schuldverschreibungen wurden nicht und werden nicht gemäß dem U.S. Securities Act of 1933 in seiner jeweils gültigen Fassung („*Securities Act*“) oder den Wertpapiergesetzen eines Staates oder einer anderen Jurisdiktion der Vereinigten Staaten registriert und werden nicht in den Vereinigten Staaten oder an U.S.-Personen oder für deren Rechnung oder zu deren Gunsten angeboten oder verkauft, ausgenommen in Übereinstimmung mit der Regulation S Ausnahme des Securities Act oder aufgrund einer anderen Ausnahme von Registrierungsanforderungen des Securities Act.

Jeder Platzeur hat zugesichert und sich verpflichtet, dass er Schuldverschreibungen identifizierbarer Tranchen (i) jederzeit als Teil seiner Platzierung oder (ii) andernfalls bis 40 Tage nach Abschluss der Platzierung dieser Tranche entsprechend der Festlegung und der Mitteilung dieses Abschlusses durch die Emissionsstelle an jeden relevanten Platzeur, oder im Falle von syndizierten Emissionen von Schuldverschreibungen, durch den Konsortialführer, weder angeboten noch verkauft hat und diese weder anbieten noch verkaufen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit Rule 903 der Regulation S des Securities Act. Folglich hat jeder Platzeur zugesichert und sich verpflichtet, dass weder er noch die mit ihm verbundenen Personen, noch ein für ihn oder diese handelnder Dritter in Bezug auf die Schuldverschreibungen gezielte Verkaufsbemühungen („*directed selling efforts*“) unternommen haben und dies auch nicht tun wird und dass sie die sich aus Regulation S ergebenden Angebotsbeschränkungen eingehalten haben und diese einhalten werden. Jeder Platzeur hat zugesichert, die Emissionsstelle oder, im Falle von syndizierten Emissionen von Schuldverschreibungen, den Konsortialführer zu benachrichtigen, wenn die Platzierung seines Anteils identifizierbarer Tranchen abgeschlossen ist, so dass die Emissionsstelle oder, im Falle von syndizierten Emissionen von Schuldverschreibungen, der Konsortialführer den Abschluss der Platzierung aller Schuldverschreibungen dieser Tranche feststellen und die anderen relevanten Platzeure (falls vorhanden) von dem Ende der Restriktionsperiode benachrichtigen kann. Jeder Platzeur hat sich damit einverstanden erklärt, dass er während der oben genannten Restriktionsperiode jeweils vor oder bei Bestätigung eines Verkaufs von Schuldverschreibungen jedem Händler, Platzeur oder sonstigen Dritten, der Schuldverschreibungen kauft und der von ihnen eine Verkaufsvergütung oder ein sonstiges Entgelt erhält, eine Bestätigung oder Mitteilung mit im Wesentlichen folgendem Inhalt zusenden wird:

„Die hiervon erfassten Schuldverschreibungen sind nicht nach dem U.S. Securities Act von 1933 in der jeweils gültigen Fassung („*Securities Act*“) registriert worden und dürfen von einer in Rule 903(b)(2)(iii) der Regulation S des Securities Act genannten Person weder in den Vereinigten Staaten von Amerika noch an U.S.-Personen oder Dritte für deren Rechnung oder zu deren Gunsten angeboten oder verkauft werden (i) zu irgendeinem Zeitpunkt im Rahmen der Platzierung und (ii) bis zum Ablauf von 40 Tagen nach Beginn des Angebots bzw. dem Schlusstermin (maßgeblich ist der spätere dieser beiden Zeitpunkte), es sei denn, dies erfolgt in Übereinstimmung mit Regulation S des Securities Act. Die in diesem Absatz verwendeten Begriffe haben die ihnen in der Regulation S zugewiesenen Bedeutungen.“

Jeder Platzeur, der Schuldverschreibungen einer Tranche hierunter erworben hat (oder im Falle des Verkaufs einer Tranche von Schuldverschreibungen, die an oder über mehr als einen Platzeur ausgegeben werden, jeder dieser Platzeure in Bezug auf die Schuldverschreibungen einer solchen Tranche, die von oder durch ihn erworben werden, im Falle einer syndizierten Emission, der jeweilige Lead Manager), hat den Abschluss der Platzierung der Schuldverschreibungen einer solchen Tranche festzustellen und der Emissionsstelle und der Emittentin mitzuteilen.

Die in diesem Abschnitt (i) verwendeten Begriffe haben die ihnen in der Regulation S des Securities Act zugewiesenen Bedeutungen.

- (ii) Schuldverschreibungen, mit Ausnahme von (i) Schuldverschreibungen mit einer anfänglichen Laufzeit von einem Jahr oder weniger und (ii) Schuldverschreibungen, die gemäß den Bestimmungen des Abschnitts 5f.103-1 der *United States Treasury Regulations* (die „**U.S. Treasury Regulations**“) und der *Notice 2012-20* des U.S. Internal Revenue Service (der „**IRS**“) als registrierte Schuldverschreibungen gelten, werden gemäß Bestimmungen, welche identisch zu der U.S. Treasury Regulation § 1.163-5(c)(2)(i)(D) (die „**D Bestimmungen**“) sind oder gemäß Bestimmungen, welche identisch zu der U.S. Treasury Regulation § 1.163-5(c)(2)(i)(C) (die „**C Bestimmungen**“) sind gegeben.

Außerdem hat jeder Platzeur, in Bezug auf gemäß den D Bestimmungen begebene Schuldverschreibungen, zugesichert und sich verpflichtet:

- (a) dass er, außer soweit nach den D Bestimmungen erlaubt:
 - (x) auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen potenziellen Erwerbern, die sich in den Vereinigten Staaten von Amerika oder deren Besitzungen befinden, oder einer „U.S. Person“ weder angeboten noch verkauft hat, noch während der Restriktionsperiode anbieten und verkaufen wird; und
 - (y) Einzelurkunden von auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, die während der Restriktionsperiode verkauft werden, innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder deren Besitzungen weder geliefert hat noch liefern wird; und
- (b) dass er geeignete Maßnahmen getroffen hat und während der Restriktionsperiode solche Maßnahmen treffen wird, die angemessen gewährleisten, dass seine Angestellten und Vertreter, die direkt in den Verkauf von auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen eingeschaltet sind, sich der Tatsache bewusst sind, dass diese Schuldverschreibungen während der Restriktionsperiode nicht Personen, die sich innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder deren Besitzungen befinden, oder einer „United States Person“ angeboten oder verkauft werden dürfen, außer in Übereinstimmung mit den D Bestimmungen; und
- (c) dass er, sofern es sich bei ihm um eine „United States Person“ handelt, die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen für Zwecke des Wiederverkaufs im Zusammenhang mit ihrer ursprünglichen Begebung erwirbt und, sofern er diese für eigene Rechnung hält, dies nur in Übereinstimmung mit Bestimmungen, die identisch mit der U.S. Treasury Regulation § 1.163-5(c)(2)(i)(D)(6) ist, tut; und
- (d) dass für jedes verbundene Unternehmen, das von ihm während der Restriktionsperiode auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen zum Angebot und Verkauf erwirbt, er entweder (i) die Einhaltung der in den Absätzen (a), (b) und (c) enthaltenen Gewährleistungen im Namen des verbundenen Unternehmens bestätigt, oder (ii) von jedem solchen verbundenen Unternehmen zugunsten der Emittentin die in den Absätzen (a), (b) und (c) enthaltenen Gewährleistungen einholen wird; und
- (e) dass er im Zusammenhang mit dem Angebot und dem Verkauf der Schuldverschreibungen während der Restriktionsperiode von jeder Person, die kein verbundenes Unternehmen ist und mit der er einen schriftlichen Vertrag, wie in § 1.163-5(c)(29)(i)(D)(4) der U.S. Treasury Regulations definiert, abschließt, die in den Unterabsätzen (a), (b), (c) und (d) enthaltenen Zusicherungen zugunsten der Emittentin einholen wird.

Die in diesem Absatz (ii) verwendeten Begriffe haben die ihnen im U.S. Internal Revenue Code von 1986, in seiner jeweils gültigen Fassung (der „Code“), und den darunter erlassenen U.S. Treasury Regulations, einschließlich der D Bestimmungen, zugewiesenen Bedeutungen.

Außerdem müssen die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, soweit die Kaufinformationen oder der Übernahmevertrag in Bezug auf eine oder mehrere Tranchen von auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen angibt, dass die anwendbare TEFRA Ausnahme die C Bestimmungen sind, im Zusammenhang mit der ursprünglichen Begebung außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika einschließlich deren Besitzungen begeben und geliefert werden. In Bezug auf jede solche Tranche hat jeder Platzeur zugesichert und sich verpflichtet, dass er in Zusammenhang mit der Begebung der Schuldverschreibungen diese weder direkt noch indirekt in den Vereinigten Staaten von Amerika einschließlich deren Besitzungen angeboten, verkauft oder geliefert hat und solche nicht anbieten, verkaufen oder liefern wird. Darüber hinaus versichert jeder Platzeur im Zusammenhang mit der ursprünglichen Begebung der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, dass er weder direkt noch indirekt mit einem potenziellen Erwerber, wenn sich dieser oder der Platzeur in den Vereinigten Staaten von Amerika oder deren Besitzungen befindet, Verbindung aufgenommen hat oder aufnehmen wird, noch in anderer Art und Weise seine U.S. Geschäftsstelle in das Angebot oder den Verkauf der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen einbezieht. Die in diesem Absatz verwendeten Begriffe haben die ihnen im U.S. Internal Revenue Code und den darunter erlassenen U.S. Treasury Regulations, einschließlich der C Bestimmungen, zugewiesenen Bedeutungen.

- (iii) Jeder Platzeur hat zugesichert und sich verpflichtet, dass er keine vertraglichen Vereinbarungen mit einer Vertriebsstelle (so wie dieser Begriff für die Zwecke der Regulation S des Securities Act und der D Bestimmungen definiert ist) in Bezug auf den Vertrieb der Schuldverschreibungen geschlossen hat oder schließen wird, ausgenommen mit den mit ihm verbundenen Unternehmen oder mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Emittentin.
- (iv) Jede Emission von index- oder währungsgebundenen Schuldverschreibungen unterliegt zusätzlichen U.S. Verkaufsbeschränkungen zu denen sich der/die relevanten Platzeur(e) mit der Emittentin als Bestandteil der Emission, des Kaufs bzw. der Zeichnung der Schuldverschreibungen verpflichten muss/müssen. Jeder Platzeur verpflichtet sich, solche Schuldverschreibungen nur in Übereinstimmung mit diesen zusätzlichen U.S. Verkaufsbeschränkungen anzubieten, zu verkaufen und zu liefern.
- (v) Die Emittentin kann mit einem oder mehreren Platzeuren vereinbaren, dass diese(r) Platzeur(e) den Verkauf von Schuldverschreibungen unter Verfahren und Beschränkungen organisiert/organisieren, die es erlauben, dass dieser Verkauf von den Registrierungsanforderungen des Securities Act befreit ist.

2. Europäischer Wirtschaftsraum

In Bezug auf jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums¹, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat (jeder ein „**relevanten Mitgliedstaat**“), hat jeder Platzeur zugesichert, garantiert und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm benannte Platzeur hat zuzusichern, zu garantieren und sich zu verpflichten, dass er mit Wirkung vom und einschließlich dem Datum, an dem die Prospektrichtlinie in diesem relevanten Mitgliedstaat umgesetzt wird (das „**relevante Umsetzungsdatum**“), kein öffentliches Angebot von Schuldverschreibungen, die Gegenstand des im Prospekt vorgesehenen und durch die darauf bezogenen Endgültigen Bedingungen vervollständigten Angebots sind, in diesem relevanten Mitgliedstaat unterbreitet hat und unterbreiten wird. Ausgenommen sind mit Wirkung und einschließlich dem relevanten Umsetzungsdatum öffentliche Angebote von solchen Schuldverschreibungen in relevanten Mitgliedstaaten:

- (i) *Gebilligter Prospekt*: wenn die Endgültigen Bedingungen in Bezug auf die Schuldverschreibungen bestimmen, dass ein Angebot dieser Schuldverschreibungen in diesem relevanten Mitgliedstaat anders als nach Art. 3 Abs. 2 der Prospektrichtlinie (ein „**nicht befreites Angebot**“) nach dem Tag der Veröffentlichung eines Prospekts für solche Schuldverschreibungen, welcher von der zuständigen Behörde dieses relevanten Mitgliedstaates gebilligt wurde bzw. von der zuständigen Behörde eines anderen relevanten Mitgliedstaates gebilligt und an die zuständige Behörde in dem relevanten Mitgliedstaat notifiziert wurde, erfolgen darf, vorausgesetzt, dass ein solcher Prospekt danach durch die ein solches nicht befreites Angebot vorsehenden Endgültigen Bedingungen vervollständigt wurde, in Übereinstimmung mit der Prospektrichtlinie und den jeweiligen Umsetzungsmaßnahmen in dem relevanten Mitgliedstaat in dem Zeitraum beginnend und endend mit den in einem solchen Prospekt bzw. in solchen Endgültigen Bedingungen bestimmten Tagen und die Emittentin der Verwendung des Prospekts für die Zwecke des nicht befreiten Angebots schriftlich zugestimmt hat;
- (ii) *Qualifizierte Anleger*: zu jeder Zeit an juristische Personen, bei denen es sich um qualifizierte Anleger im Sinne der Prospektrichtlinie und den jeweiligen Umsetzungsmaßnahmen in dem relevanten Mitgliedstaat handelt;
- (iii) *Weniger als 150 Angebotsempfänger*: zu jeder Zeit an weniger als 150 natürliche oder juristische Personen (mit Ausnahme von qualifizierten Anlegern im Sinne der Prospektrichtlinie und den jeweiligen Umsetzungsmaßnahmen in dem relevanten Mitgliedstaat), vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des/der relevanten Platzeur(s)(e), der oder die von der Emittentin für ein solches Angebot benannt wurde bzw. wurden; oder
- (iv) *Andere befreite Angebote*: die zu jeder Zeit unter irgendwelchen anderen Umständen erfolgen, die unter Art. 3 Abs. 2 der Prospektrichtlinie fallen,

vorausgesetzt, dass kein solches Angebot, auf das in (ii) bis (iv) Bezug genommen wird, voraussetzt, dass die Emittentin oder ein Platzeur einen Prospekt gemäß Art. 3 der Prospektrichtlinie veröffentlichen muss oder einen Nachtrag zu einem Prospekt gemäß Art. 16 der Prospektrichtlinie erstellen muss.

Für Zwecke dieser Regelungen bedeutet „**öffentliches Angebot von Schuldverschreibungen**“ in Bezug auf Schuldverschreibungen in einem relevanten Mitgliedstaat eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Schuldverschreibungen enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Schuldverschreibungen zu entscheiden, wobei diese Bedeutung in einem Mitgliedstaat durch Maßnahmen, welche die Prospektrichtlinie in diesem Mitgliedstaat umsetzen, variieren kann.

3. Vereinigtes Königreich

Jeder Platzeur hat zugesichert, gewährleistet und sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm benannte Platzeur hat zuzusichern, zu gewährleisten und sich zu verpflichten, dass

- (i) in Bezug auf Schuldverschreibungen, die eine Laufzeit von weniger als einem Jahr haben:
 - (a) es sich bei ihm um eine Person handelt, die im Rahmen ihrer üblichen Tätigkeit den Kauf, das Halten, Verwalten oder Verkaufen von Wertpapieren (als Geschäftsherr oder Beauftragter) zu Geschäftszwecken beinhaltet und
 - (b) er keine Schuldverschreibungen angeboten oder verkauft hat oder sie anbieten oder verkaufen wird, außer an Personen,
 - (x) deren übliche Tätigkeit der Kauf, das Halten, Verwalten oder Verkaufen von Wertpapieren (als Geschäftsherr oder Beauftragter) zu Geschäftszwecken beinhaltet, oder
 - (y) von denen er vernünftigerweise erwarten kann, dass es sich bei ihnen um Personen handelt, deren übliche Tätigkeit den Kauf, Besitz, die Verwaltung oder den Verkauf von Wertpapieren (als Auftraggeber oder Beauftragter) zu Geschäftszwecken beinhaltet,

¹ Der alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Island, Norwegen und Lichtenstein mit einbezieht.

sofern die Begebung der Schuldverschreibungen anderenfalls einen Verstoß der Emittentin gegen die Vorschrift von Section 19 Financial Services and Markets Act 2000 in seiner jeweils gültigen Fassung („FSMA“) darstellen würde;

- (ii) er eine Einladung oder Veranlassung zur Aufnahme von Investmentaktivitäten im Sinne von Section 21 FSMA in Verbindung mit der Begebung oder dem Verkauf der Schuldverschreibungen nur unter Umständen, in denen Section 21(1) des FSMA auf die Emittentin keine Anwendung findet, entgegengenommen oder in sonstiger Weise vermittelt hat oder weitergeben oder in sonstiger Weise vermitteln wird bzw. eine solche Weitergabe oder sonstige Art der Vermittlung nicht veranlasst hat oder veranlassen wird; und
- (iii) er bei seinem Handeln hinsichtlich der Schuldverschreibungen in dem, aus dem oder anderweitig das Vereinigte(n) Königreich betreffend alle anwendbaren Bestimmungen des FSMA eingehalten hat und einhalten wird.

4. Luxemburg

Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit zum Ausgabzeitpunkt von weniger als zwölf Monaten, die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente im Sinne des Artikels 4.2 j) des Luxemburger Prospektgesetzes, welches die Prospektrichtlinie implementiert, darstellen können, dürfen im Hoheitsgebiet von Luxemburg nicht öffentlich angeboten oder verkauft werden, es sei denn

- (i) ein vereinfachter Prospekt wurde von der Commission de Surveillance du Secteur Financier gemäß Teil III des Luxemburger Prospektgesetz gebilligt und veröffentlicht; oder
- (ii) das Angebot profitiert von einer Ausnahme von der Verpflichtung zur Veröffentlichung eines vereinfachten Prospekts gemäß Teil III des Luxemburger Prospektgesetzes oder stellt keine Transaktion dar, die einer solchen Verpflichtung unterliegt.

5. Japan

Die Schuldverschreibungen sind nicht und werden nicht gemäß dem japanischen Finanzinstrumente- und Börsengesetz (*Financial Instruments and Exchange Act of Japan (Act No. 25 of 1948)* - in der jeweils gültigen Fassung „FIEA“) registriert. Entsprechend hat jeder Platzeur zugesichert und sich verpflichtet, und es wird von jedem weiteren Platzeur, der im Rahmen des Programms bestellt wird, verlangt, zuzusichern und sich zu verpflichten, dass er die Schuldverschreibungen weder direkt noch indirekt in Japan oder an einen Einwohner von Japan oder zugunsten eines Einwohners von Japan (wobei dieser Begriff im hier verwendeten Sinne jeden Bewohner Japans, einschließlich Unternehmen oder sonstiger juristischer Personen, die nach japanischem Recht gegründet sind, umfasst) oder an andere Personen zum direkten oder indirekten Weiterangebot oder Weiterverkauf in Japan oder an einen Einwohner von Japan oder zugunsten eines Einwohners von Japan angeboten oder verkauft hat bzw. anbieten oder verkaufen wird, es sei denn, in Übereinstimmung mit einer Ausnahmegesetzvorschrift von den Registrierungserfordernissen des – und ansonsten in Übereinstimmung mit dem – FIEA oder andere in Japan anwendbare Gesetze oder Rechtsvorschriften und die ministeriellen Leitlinien Japans.

6. Allgemeines

Es wurde keinerlei Maßnahme in irgendeiner Jurisdiktion ergriffen, die ein öffentliches Angebot von Schuldverschreibungen oder den Besitz oder Vertrieb des Prospekts oder von anderen Angebotsmaterialien oder von Endgültigen Bedingungen in einem Land oder einer Jurisdiktion ermöglichen würde, in dem/der für diesen Zweck Maßnahmen erforderlich sind. Jeder Platzeur hat sich verpflichtet und jeder weitere unter dem Programm benannte Platzeur hat sich zu verpflichten, alle auf gesetzlichen Bestimmungen oder behördlichen Anordnungen basierenden Beschränkungen oder Verbote in jedem Land, in dem er Schuldverschreibungen erwirbt, anbietet, verkauft oder liefert oder den Prospekt, etwaige Nachträge zu diesem Prospekt, Endgültige Bedingungen oder jedwedes Verkaufsmaterial vertreibt, zu beachten, und jede Zustimmung, Genehmigung oder Erlaubnis, die von ihm für den Erwerb, das Angebot, den Verkauf oder die Lieferung von Schuldverschreibungen nach den geltenden rechtlichen Bestimmungen und Vorschriften der ihn betreffenden Rechtsordnung oder der Rechtsordnung, in der er solche Käufe, Angebote, Verkäufe oder Lieferungen von Schuldverschreibungen vornimmt, einzuholen. Weder die Emittentin noch jeder andere Platzeur übernehmen dafür die Haftung.

Die Verkaufsbeschränkungen können durch eine Vereinbarung zwischen der DekaBank und den Platzeuren u.a. in Folge von Änderungen der anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften oder Verordnungen modifiziert werden. Jede solche Modifizierung wird in einen Nachtrag zu diesem Prospekt aufgenommen.

ANDERE ALLGEMEINE INFORMATIONEN

1. Einsehbare Dokumente

Kopien der folgenden Dokumente betreffend die Emittentin können während der Gültigkeit dieses Prospekts zu den üblichen Geschäftszeiten am Sitz der Emittentin (siehe „Adressen-Liste“) und grundsätzlich am Sitz der Listingstelle für eine bestimmte Tranche der Schuldverschreibungen (siehe maßgebliche Endgültige Bedingungen), in Bezug auf in Luxemburg börsennotierte Schuldverschreibungen bei der Niederlassung der DekaBank in Luxemburg, DekaBank Deutsche Girozentrale Succursale de Luxembourg, 38, avenue John F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, oder an einer anderen Stelle, sofern erforderlich, eingesehen werden:

- (i) die Satzung der DekaBank Deutsche Girozentrale in deutscher Sprache;
- (ii) die historischen Finanzinformationen
 - a) Jahresabschlüsse:
Einzelabschluss und Konzernabschluss, Konzernlagebericht und Lagebericht, Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers der DekaBank und der Deka-Gruppe für die am 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 beendeten Geschäftsjahre in deutscher Sprache und
 - b) Zwischenabschluss:
Halbjahresfinanzbericht der Deka-Gruppe zum 30. Juni 2017 in deutscher Sprache;
- (iii) der Prospekt;
- (iv) alle etwaigen Nachträge zu diesem Prospekt und alle zukünftigen Endgültigen Bedingungen, sowie alle anderen Dokumente, auf die in diesen Bezug genommen wird (die Endgültigen Bedingungen, die sich auf Tranchen nicht börsenzugelassener Schuldverschreibungen, die nicht öffentlich angeboten werden, beziehen, liegen jedoch nur für die Gläubiger dieser Schuldverschreibungen zur Einsichtnahme bereit; der Gläubiger muss sein Eigentum gegenüber der jeweiligen Zahlstelle nachweisen).

Zum Zeitpunkt des Datums dieses Prospekts ist von der DekaBank ausschließlich der Zwischenbericht per 30. Juni 2017 (siehe oben (ii)) veröffentlicht worden. In Anwendung der geltenden Gesetze erstellt die DekaBank nur einen Zwischenabschluss für die ersten sechs Monate eines Geschäftsjahres. Etwaige weitere von der DekaBank während der Gültigkeit dieses Prospekts veröffentlichte Jahresabschlüsse oder Zwischenabschlüsse der DekaBank bzw. der Deka-Gruppe, werden entsprechend nach deren jeweiliger Veröffentlichung zur Einsichtnahme bereitgehalten.

Nähere Angaben zur Veröffentlichung und Verfügbarkeit des Prospekts, der etwaigen Nachträge zu diesem Prospekt und der Endgültigen Bedingungen (siehe oben (iii) bis (iv)) sind nachstehend unter „3. Veröffentlichung und Verfügbarkeit“ ersichtlich.

2. Prospekt, Nachträge zu diesem, Endgültige Bedingungen und Nachfolgeprospekte

Dieser Prospekt ist ab seiner Billigung 12 Monate gültig. Wird dieser Prospekt zu einem späteren Zeitpunkt gemäß den Vorschriften der Prospektrichtlinie sowie den jeweiligen nationalen Umsetzungsregelungen dieser Richtlinie nachgetragen, so gilt ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des jeweiligen Nachtrags die aktualisierte Fassung. Die Nachträge werden Bestandteil des Prospekts. Die Veröffentlichung und Bereithaltung der Nachträge erfolgt entsprechend der des Prospekts.

Angaben zum Gesamtbetrag der Schuldverschreibungen, etwaigen Zinsen, die in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu zahlen sind, dem Ausgabepreis der Schuldverschreibungen und allen anderen Emissionsbedingungen, die nicht im Prospekt enthalten sind und die auf die jeweilige Tranche der Serie von Schuldverschreibungen anwendbar sind, werden in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegt.

Dieser Prospekt und etwaige Nachträge sowie die Endgültigen Bedingungen geben jeweils den Stand zum Zeitpunkt ihres jeweiligen Datums wider. Abgesehen davon, gelten die Aussagen in diesen Dokumenten einschließlich derer in den per Verweis einbezogenen Dokumenten, durch jeweils nachfolgende Dokumente für die Zwecke des Prospekts als verändert oder ersetzt. Bisherige Aussagen werden durch die nachträglich entweder per Verweis einbezogenen oder im Nachtrag aufgenommenen Aussagen verändert oder ersetzt. Diese Aussagen gelten ab diesem Zeitpunkt in der entsprechend veränderten oder ersetzten Fassung als Bestandteil des Prospekts.

Nach Ablauf der Gültigkeit des Prospekts kann, entsprechend der jeweiligen Endgültigen Bedingungen, das Angebot auf der Basis eines Nachfolgeprospekts fortgesetzt werden (siehe hierzu auch die Informationen in Teil „C.2.5. Platzierung von Schuldverschreibungen“). Die Veröffentlichung des Nachfolgeprospekts erfolgt entsprechend der Angabe in den Endgültigen Bedingungen.

Zugleich ist dieser Prospekt Nachfolgeprospekt der in Teil H „Fortsetzung des öffentlichen Angebots“ genannten Relevanten Ursprungprospekte der Betreffenden Schuldverschreibungen.

3. Veröffentlichung und Verfügbarkeit

Kopien dieses Prospekts (und etwaiger Nachträge) und alle maßgeblichen Endgültigen Bedingungen (mit Ausnahme von Endgültigen Bedingungen für Schuldverschreibungen, die weder an einer Börse zugelassen sind noch öffentlich angeboten werden),

- werden auf der Internetseite der DekaBank unter www.dekabank.de veröffentlicht;
- sind während der gewöhnlichen Geschäftszeiten kostenlos am Hauptsitz der DekaBank (siehe „Adressen-Liste“) sowie am Sitz der jeweiligen Platzeure bzw. Finanzintermediäre während des Zeitraums von 12 Monaten ab dem Datum dieses Prospekts erhältlich;
- werden bei der zuständigen Behörde hinterlegt. Im Hinblick auf an der Luxemburger Wertpapierbörse zugelassene Schuldverschreibungen werden die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen darüber hinaus auch bei der Luxemburger Wertpapierbörse hinterlegt.

Daneben stehen

- in Bezug auf börsenzugelassene Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt begeben werden, während des Zeitraums von 12 Monaten ab dem Datum dieses Prospekts darüber hinaus Kopien während der üblichen Geschäftszeiten am Sitz (siehe „Adressen-Liste“) der Zahlstelle zur Einsichtnahme bereit bzw. sind kostenlos erhältlich;
- in Bezug auf Schuldverschreibungen, die bei der Luxemburger Wertpapierbörse zum amtlichen Kursblatt (*Cote Officielle*) und die zum Börsenhandel im geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse zugelassen sind und/oder öffentlich angeboten werden, Kopien auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörse unter www.bourse.lu zur Verfügung.

4. Sprache

Die bindende Sprache des Prospekts ist die deutsche Sprache.

Bestimmte Dokumente, die in diesen Prospekt per Verweis einbezogen sind bzw. auf die anderweitig im Prospekt Bezug genommen wird, können in deutscher und englischer Sprache erstellt sein. Jede englische Version solcher Dokumente ist eine nicht bindende Übersetzung des deutschen Originals, es sei denn, es ist bei dem entsprechenden Dokument etwas anderes angegeben.

5. Rating

Die Emittentin hat von den Ratingagenturen Moody's Deutschland GmbH („**Moody's**“), und Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited („**S&P**“), Ratings erhalten. Zum Datum dieses Prospekts sind dies die folgenden Ratings (Ausblick jeweils in Klammern):

	S&P	Moody's
Langfrist-Rating		
Emittenten Rating	A+ (stabil)	Aa3 (stabil) (Langfristige, nicht nachrangige und nicht besicherte Verbindlichkeiten (Long-term senior unsecured debt))
Verbindlichkeiten		
- Nicht nachrangige, nicht besicherte Schuldverschreibungen, die keine Schuldtitel im Sinne des § 46f (6) S. 1 KWG sind	senior unsecured debt A+	senior-senior unsecured debt Aa2
- Nicht nachrangige, nicht besicherte Schuldverschreibungen, die Schuldtitel im Sinne des § 46f (6) S. 1 KWG sind	senior subordinated debt A	senior unsecured debt Aa3
Kurzfrist-Rating	A-1	P-1

Moody's und **S&P** haben ihren Sitz in der Europäischen Union, sie sind gemäß der Ratingverordnung, registriert und werden in der Liste der registrierten und zertifizierten Ratingagenturen genannt, die unter www.esma.eu veröffentlicht wurde.

Für die Zwecke der Ratings von S&P bedeutet:

- das Langfrist-Rating „**AAA**“, dass die Fähigkeit des Schuldners, seinen finanziellen Verpflichtungen aus der Verbindlichkeit nachzukommen, außerordentlich gut ist;
- das Langfrist-Rating „**AA**“, dass die Fähigkeit des Schuldners, seinen finanziellen Verpflichtungen aus der Verbindlichkeit nachzukommen, sehr gut ist;
- das Langfrist-Rating „**A**“, dass die Fähigkeit des Schuldners, seinen finanziellen Verpflichtungen aus der Verbindlichkeit nachzukommen, noch gut ist, jedoch anfälliger gegenüber nachteiligen Auswirkungen von Änderungen der Umstände und der wirtschaftlichen Bedingungen, als Verbindlichkeiten in einer höheren Rating-Kategorie.

Die Langfrist-Ratings von „**AA**“ bis einschließlich „**CCC**“ können durch das Hinzufügen von Plus (+) oder Minus (-) modifiziert werden, um die Einordnung innerhalb der Haupt-Rating-Kategorie zu verdeutlichen.

- Eine kurzfristige Verbindlichkeit mit „**A-1**“ Rating ist in der höchsten Kurzfrist-Rating-Kategorie geratet. Die Fähigkeit des Schuldners den finanziellen Verpflichtungen aus der Verbindlichkeit nachzukommen ist gut. Innerhalb dieser Kategorie werden bestimmte Verbindlichkeiten mit einem (+) Zeichen versehen. Dies zeigt, dass die Fähigkeit des Schuldners seinen finanziellen Verpflichtungen aus der Schuldverschreibung nachzukommen außerordentlich gut ist;
- eine kurzfristige Verbindlichkeit, die „**A-2**“ geratet ist, ist etwas anfälliger gegenüber nachteiligen Auswirkungen von Änderungen der Umstände und der wirtschaftlichen Bedingungen, als Verbindlichkeit in höheren Rating-Kategorien. Dennoch ist die Fähigkeit des Schuldners seinen finanziellen Verpflichtungen aus der Verbindlichkeit nachzukommen zufriedenstellend;
- eine kurzfristige Verbindlichkeit, die „**A-3**“ geratet ist, zeigt angemessene Sicherungsparameter. Dennoch ist es wahrscheinlicher, dass nachteilige Änderungen der wirtschaftlichen Bedingungen und der Umstände zu einer Schwächung der Fähigkeit des Schuldners seinen finanziellen Verpflichtungen aus der Verbindlichkeit nachzukommen, führen können.

Für die Zwecke von Moody's Ratings bedeutet:

- das Langfrist-Rating „**Aaa**“, dass die Verbindlichkeiten mit höchster Qualität und minimalem Kreditrisiko eingeschätzt werden;
- das Langfrist-Rating „**Aa**“, dass die Verbindlichkeiten mit hoher Qualität und sehr geringem Kreditrisiko eingeschätzt werden;
- das Langfrist-Rating „**A**“, dass die Verbindlichkeiten der „oberen Mittelklasse“ zugerechnet werden und ein geringes Kreditrisiko bergen.

Moody's verwendet für die Langfrist-Ratings von „Aa“ bis „Caa“ (einschließlich) numerische Zusätze „1“, „2“ oder „3“, um die relativen Einschätzungen innerhalb der Haupt-Rating-Kategorie zu verdeutlichen.

Kurzfrist-Ratings können für Emittenten, kurzfristige Programme oder individuelle kurzfristige Schuldtitel vergeben werden. Kurzfrist-Ratings werden in der Regel für Verbindlichkeiten vergeben, deren Ursprungslaufzeit dreizehn Monate nicht überschreitet, es sei denn dies ist explizit vereinbart. Moody's verwendet die nachfolgenden Bezeichnungen um die relative Rückzahlungsfähigkeit der gerateten Emittenten abzubilden:

- Emittenten (oder unterstützende Institutionen), die Prime -1 (**P-1**) geratet sind, verfügen in herausragender Weise über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen;
- Emittenten (oder unterstützende Institutionen), die Prime -2 (**P-2**) geratet sind, verfügen in hohem Maße über die Fähigkeit, ihre kurzfristigen Schuldverschreibungen zurückzuzahlen;
- Emittenten (oder unterstützende Institutionen), die Prime -3 (**P-3**) geratet sind, haben akzeptable Fähigkeiten kurzfristige Schuldverschreibungen zurückzuzahlen.

S&P und Moody's versehen die Langfrist-Ratings in der Regel mit einem Ausblick (Outlook). Dieser gibt an, ob ein Rating mittelfristig möglicherweise eine Herabstufung erhalten könnte („negative“), eine Heraufstufung erhalten könnte („positive“), stabil bleiben könnte („stable“) oder ob dessen Tendenz ungewiss ist („developing“).

Die vorstehenden Rating-Definitionen wurden für S&P der Internetseite www.standardandpoors.com und für Moody's www.moody's.com entnommen (und sofern erforderlich übersetzt). Soweit der Emittentin bekannt und aus den von S&P oder Moody's jeweils veröffentlichten Informationen ableitbar, wurden keine Fakten weggelassen, die die reproduzierten Informationen inkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Die Schuldverschreibungen, die unter dem Prospekt begeben werden, können auch mit einem Rating ausgestattet sein; dieses muss nicht notwendigerweise mit dem vorstehend genannten identisch sein. Sollten die Schuldverschreibungen über ein Rating verfügen, so werden die jeweiligen Endgültigen Bedingungen das Rating zum Datum der Endgültigen Bedingungen sowie die rechtlich vorgeschriebenen weiteren Informationen bezüglich dieses Ratings enthalten, soweit diese nicht bereits im Prospekt enthalten sind. Weitere Informationen in Verbindung mit §46f KWG sind dem Teil B Risikofaktoren zu entnehmen, insbesondere den Informationen im Zusammenhang mit Bail-in Regelungen.

Eine Ratingangabe (einschließlich einer Angabe zum Ausblick) ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder zum Halten der Schuldverschreibungen. Sie kann jederzeit von der vergebenden Ratingagentur ausgesetzt, verändert oder zurückgenommen werden. Eine Aussetzung, Veränderung, Rücknahme oder das Ausbleiben einer vom Markt erwarteten Veränderung des den Schuldverschreibungen erteilten Ratings kann den Marktpreis der Schuldverschreibungen nachteilig beeinflussen. Ein Ausblick stellt lediglich eine Einschätzung der jeweiligen Ratingagentur über die mögliche Entwicklung des Ratings dar und ist weder eine Vorstufe einer Ratingmaßnahme, noch führt sie zwangsläufig zu einer solchen.

Teil D Informationen zu den Schuldverschreibungen
D.1. Allgemeine Informationen zu Funktionsweisen und zu optionalen Ausstattungsmerkmalen der Schuldverschreibungen

1. Allgemeine Informationen

Im Folgenden werden die allgemeinen Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen dargestellt und hierbei auf optionale Ausgestaltungsformen hingewiesen. Die Schuldverschreibungen sind in der Zins- und Rückzahlungskomponente an einen oder mehrere Referenzschuldner gebunden. Auf die Referenzschuldner wird im folgenden Abschnitt 2 und auf die Ausstattungsmerkmale der Zins- und Rückzahlungskomponente und weitere Sonderausstattungsmerkmale sowie vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeiten wird in den folgenden Abschnitten 3 bis 5 sowie auf weitere Informationen zur Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen in Abschnitt 6 eingegangen.

Für die einzelne Serie der Schuldverschreibungen erfolgt die Auswahl der Optionen in den Endgültigen Bedingungen.

1.1. Wertpapiertyp und Status der Schuldverschreibungen

Die Schuldverschreibungen werden ausschließlich als Inhaberpapiere begeben. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird („**nicht nachrangige Schuldverschreibungen**“).

1.2. Währung

Unter Beachtung aller anwendbaren Gesetze, Vorschriften und Richtlinien können Schuldverschreibungen in der jeweiligen Währung begeben werden, die zwischen der Emittentin und dem/den jeweiligen Platzeur(en) vereinbart und entsprechend in den Endgültigen Bedingungen für eine Serie definiert wird.

Bestimmte Beschränkungen: Jede Emission von Schuldverschreibungen, die auf eine Währung lauten, für die bestimmte Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Beschränkungen und Anzeigepflichten gelten, wird nur unter Beachtung dieser Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Beschränkungen und Anzeigepflichten begeben (siehe „Verkaufsbeschränkungen“ in Teil C.3. dieses Prospekts).

1.3. Stückelung

Schuldverschreibungen werden mit einem festgelegten Nennbetrag bzw. Festbetrag je Festgelegte Stückelung, wie in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen festgelegt, begeben werden. Der Nennbetrag bzw. Festbetrag muss mindestens Euro 10.000,00 (oder den entsprechenden Gegenwert am Emissionstag in einer anderen Währung) (kleinste Stückelung) betragen.

1.4. Verbriefung

Die Schuldverschreibungen werden in Globalurkunden ohne Zinsschein verbrieft und bei einem Clearing-System oder bei einer gemeinsamen Sicherheitsverwahrstelle (*common safekeeper*) einer gemeinsamen Verwahrstelle (*common depositary*) im Namen von Clearing-Systemen verwahrt, wie jeweils in den Emissionsbedingungen definiert. Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

1.5. Laufzeit

Schuldverschreibungen können für jede Laufzeit begeben werden, die unter der Maßgabe des nachfolgend Beschriebenen und in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien vereinbart werden kann.

1.6. Quellensteuer/Kapitalertragsteuer

Wie in den Emissionsbedingungen beschrieben, erfolgen alle Zahlungen auf Kapital und etwaige Zinsen abzüglich gesetzlich geschuldeter Steuereinbehalte (u.a. Quellensteuern/Kapitalertragsteuer bzw. Abgeltungsteuer inklusive etwaiger Zuschläge und etwaiger Kirchensteuer) und je nach Festlegung in den Emissionsbedingungen – unter Berücksichtigung etwaiger festgelegter Ausnahmen – mit oder ohne Zahlung von zusätzlichen Beträgen gemäß § 7 der Emissionsbedingungen.

1.7. Methode der Preisfestlegung

Der Anfängliche Ausgabepreis steht zum Datum der Endgültigen Bedingungen fest und wird dort angegeben.

Die fortlaufende Festlegung weiterer Ausgabepreise und/oder Verkaufspreise orientieren sich auf Basis der jeweils aktuellen internen Kalkulationsmodelle der Emittentin an marktpreisbestimmenden Faktoren und an der aktuellen Marktlage sowie an Angebot und Nachfrage für die betreffenden Schuldverschreibungen. Der Anfängliche Ausgabepreis sowie ggf. die weiteren Ausgabepreise und/oder Verkaufspreise können über dem rechnerischen Wert (d.h. dem Wert, der anhand eines objektiven Kalkulationsmodells errechnet würde) liegen.

Die Emittentin kann sich vorbehalten, sofern in den Emissionsbedingungen angegeben, im Rahmen der Begebung der Schuldverschreibungen nach ihrem freien Ermessen in Einzelfällen von dem festgelegten Anfänglichen Ausgabepreis abzuweichen und die Schuldverschreibungen an bestimmte Anleger zu niedrigeren Ausgabepreisen zu begeben.

1.8. Sonderkündigungsrechte der Emittentin

Die Emissionsbedingungen können vorsehen, dass die Emittentin berechtigt ist, die Schuldverschreibungen durch Ausübung eines Sonderkündigungsrechts vor Eintritt der Fälligkeit am Laufzeitende vorzeitig zu beenden. § 5(2) der Emissionsbedingungen kann etwa Sonderkündigungsrechte aufgrund von steuerlichen Gründen, Rechtsänderungen (einschließlich Steuerrechtsänderungen) und/oder Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrunds im Hinblick auf den Referenzschuldner oder einen der Referenzschuldner vorsehen.

Im Fall der Ausübung eines Sonderkündigungsrechts bestimmt sich der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag bzw. die Methode zu dessen Bestimmung nach § 5(2) der Emissionsbedingungen (z.B. Marktwert) und weicht in der Regel von dem Rückzahlungsbetrag oder der Methode zur Ermittlung des Rückzahlungsbetrags bei Fälligkeit am Laufzeitende (vgl. unter „3. Funktionsweise der optionalen Rückzahlungskomponenten bei Fälligkeit der Schuldverschreibungen (Auszahlungsprofile gemäß § 5(1) und (4) der Emissionsbedingungen)“⁴) erheblich ab.

2. Referenzschuldner

Bei den Schuldverschreibungen hängen Zahlungen von Kapital und ggf. Zinsen vom Nichteintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf einen oder mehrere Referenzschuldner ab. Als Kreditereignis können die Emissionsbedingungen beispielsweise ggf. unter entsprechender Anwendung der Regelungen der *International Swaps and Derivatives Association, Inc.* (die „ISDA“) Insolvenz, Nichtzahlung, Restrukturierung, Nichtanerkennung/Moratorium oder Staatlicher Eingriff in Bezug auf ein oder mehrere Unternehmen, Staat(en) oder Finanzgesellschaften (Banken oder andere Finanzinstitute) als Referenzschuldner festlegen. Nähere Informationen bezüglich der Kreditereignisse finden Sie unter „6.3 Kreditereignisse“.

Der jeweilige Referenzschuldner kann während der Laufzeit der Schuldverschreibungen durch einen oder mehrere Rechtsnachfolger einer Änderung unterliegen und ersetzt werden. Eine solche Ersetzung kann z. B. im Fall eines Unternehmens als Referenzschuldner bei einer Verschmelzung, Konsolidierung, Vermögensübertragung, Übereignung von Aktiva oder Passiva, Spaltung, Abspaltung oder durch ein ähnliches Ereignis erfolgen (ein „**Nachfolgeereignis**“). Bei einem Staats als Referenzschuldner tritt ein Nachfolgeereignis bei einer Annektierung, Vereinigung, Abspaltung, Teilung, Auflösung, Zusammenlegung, erneute Gründung oder durch ein ähnliches Ereignis ein.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

3. Funktionsweise der optionalen Rückzahlungskomponenten bei Fälligkeit der Schuldverschreibungen (Auszahlungsprofile gemäß § 5(1) und (4) der Emissionsbedingungen)

3.1. Überblick über optionale Rückzahlungskomponenten

Bei den Schuldverschreibungen besteht für die Gläubiger das Risiko, dass der jeweilige Rückzahlungsbetrag Null sein kann. Dadurch kann es für die Investoren zu einem Totalverlust des eingesetzten Kapitals kommen.

Bei diesen Schuldverschreibungen handelt es sich um Schuldverschreibungen, deren Rückzahlung und Verzinsung vom Eintritt eines in § 5 der Emissionsbedingungen beschriebenen Kreditereignisses in Bezug auf den oder die Referenzschuldner abhängt. Wie in § 5 der Emissionsbedingungen näher dargelegt, führt der Eintritt eines Kreditereignisses dazu, dass der Anspruch auf Rückzahlung zum Nennbetrag und die Verzinsung der Schuldverschreibungen ganz bzw. teilweise erlischt.

Die Schuldverschreibungen sehen eine bonitätsabhängige Verzinsung vorsehen. Diese ist in § 3 der Emissionsbedingungen festgelegt und entspricht den unter „4.2.2 „Einheitliche Verzinsung“ bzw. unter Teil 4.2.3. „Variierende Verzinsung (einschließlich Stufenzinsvarianten)“ dargestellten bonitätsabhängigen Zinsmodellen.

Weitere Informationen in Bezug auf den oder die Referenzschuldner sind vorstehend unter „2. Referenzschuldner“ dargestellt. Weitere allgemeine Informationen zu bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen sind ferner unter „6. Weitere Informationen zur Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen“ dargestellt.

Die Schuldverschreibungen werden, je nachdem ob sie sich auf einen oder mehrere Referenzschuldner beziehen, wie folgt zurückgezahlt:

3.2. Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf einen Referenzschuldner (Single)*

- (1) Ist beim Referenzschuldner kein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten, wird der Rückzahlungsbetrag in Höhe von 100 % des Nennbetrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt.
- (2) Im Falle des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums beim Referenzschuldner erfolgt eine Rückzahlung am Barausgleichstag zum Barausgleichsbetrag. Der Barausgleichstag kann vor oder nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag liegen.

Der Barausgleichsbetrag kann unter Bezugnahme auf das Ergebnis einer ISDA-Auktion oder im billigen Ermessen der Emittentin bestimmt werden und auch Null betragen (siehe „6.2 Auktionsverfahren; Bewertung der Bewertungsverbindlichkeiten durch die Emittentin“). Der Barausgleichsbetrag entspricht: (a) falls eine Auktion gemäß ISDA durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem Auktions-Endkurs oder (b) falls keine Auktion gemäß ISDA durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Nennbetrag und (ii) dem durch die Berechnungsstelle festgelegten Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.

Die Schuldverschreibung hat eine begrenzte Laufzeit. Eine Verschiebung der Fälligkeit kann nur dann erfolgen, wenn innerhalb des Kreditereigniszeitraums ein potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Für den Fall, dass das Kreditereignis „Nichtanerkennung/Moratorium“ anwendbar ist, kann eine Verschiebung der Fälligkeit auch dann erfolgen, wenn innerhalb des Kreditereigniszeitraums eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern, der Gläubiger ist nicht berechtigt Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.

Eine Zahlung nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag kann bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags zudem dann erfolgen, wenn die Bestimmung des Auktions-Endkurses bzw. Marktwerts bis dahin noch nicht erfolgt ist.

* Die folgende Beschreibung der Rückzahlungskomponente ist im Zusammenhang mit der Einleitung in 3.1. zu lesen.

3.3. Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit Bezug auf mehrere Referenzschuldner (Basket-pro rata) mit Barausgleich*

- (1) Ist bei keinem Referenzschuldner ein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten, wird der Rückzahlungsbetrag in Höhe von 100 % des Nennbetrags je Schuldverschreibung zurückgezahlt.
- (2) Im Falle des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums bei einem oder mehreren Referenzschuldnern erfolgt eine Rückzahlung zum gegenüber dem anfänglichen Nennbetrag entsprechend dem Gewichtungsbetrag des ausgefallenen Referenzschuldners reduzierten Nennbetrag. Im Hinblick auf den ausgefallenen Referenzschuldner wird am Barausgleichstag der Barausgleichsbetrag gezahlt. Der Barausgleichstag kann vor oder nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag liegen.

Sind alle Referenzschuldner vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses betroffen, beträgt der reduzierte Nennbetrag Null. Es erfolgt keine Rückzahlung zum in den Emissionsbedingungen vorgesehenen Fälligkeitstag. Stattdessen erhalten die Gläubiger den Barausgleichsbetrag je Referenzschuldner am jeweiligen Barausgleichstag.

Der jeweilige Barausgleichsbetrag kann unter Bezugnahme auf das Ergebnis einer ISDA-Auktion oder im billigen Ermessen der Emittentin bestimmt werden und auch Null betragen (siehe „6.2 Auktionsverfahren; Bewertung der Bewertungsverbindlichkeiten durch die Emittentin“). Der jeweilige Barausgleichsbetrag entspricht daher: (a) falls eine Auktion gemäß ISDA durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Gewichtungsbetrag des ausgefallenen Referenzschuldners, bei dem ein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten ist und (ii) dem Auktions-Endkurs oder (b) falls keine Auktion gemäß ISDA durchgeführt wird, dem Produkt aus (i) dem Gewichtungsbetrag des ausgefallenen Referenzschuldners, bei dem ein Ereignis-Feststellungstag als Folge eines Kreditereignisses eingetreten ist und (ii) dem durch die Berechnungsstelle festgelegten Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.

Die Schuldverschreibung hat eine begrenzte Laufzeit. Eine Verschiebung der Fälligkeit kann nur dann erfolgen, wenn innerhalb des Kreditereigniszeitraums ein potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Für den Fall, dass das Kreditereignis „Nichtanerkennung/Moratorium“ anwendbar ist, kann eine Verschiebung der Fälligkeit auch dann erfolgen, wenn innerhalb des Kreditereigniszeitraums eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist. Die Verschiebung der Fälligkeit erfolgt jedoch nur in Bezug auf den Gewichtungsbetrag des betroffenen Referenzschuldners. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern, der Gläubiger ist nicht berechtigt Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.

Eine Zahlung nach dem vorgesehenen Fälligkeitstag kann bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags zudem dann erfolgen, wenn die Bestimmung des Auktions-Endkurses bzw. Marktwerts bis dahin noch nicht erfolgt ist.

* Die folgende Beschreibung der Rückzahlungskomponente ist im Zusammenhang mit der Einleitung in 3.1. zu lesen.

4. Funktionsweise der optionalen Zinskomponenten gemäß § 3 der Emissionsbedingungen.

4.1. Überblick über optionale Zinskomponenten

4.1.1. Allgemeines:

Die Schuldverschreibungen sind verzinslich. Die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass

- die Länge der Zinsperioden und/oder,
- die für die einzelnen Zinsperioden maßgeblichen Zinssätze bzw. Zinsbeträge während der Laufzeit der Schuldverschreibungen variiert/variiieren oder konstant bleibt/bleiben.

Die Zahlung des Zinssatzes bzw. Zinsbetrages ist vom Eintritt eines in § 5 der Emissionsbedingungen beschriebenen Ereignis-Feststellungstags als Folge der dort beschriebenen Kreditereignisse in Bezug auf den Referenzschuldner bzw. die Referenzschuldner abhängig.

4.1.2. Festlegung/Berechnung des Zinssatzes bzw. des Zinsbetrages:

Die Berechnung des Zinsbetrages erfolgt entweder auf der Basis des für die jeweilige Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes bzw. einer etwaigen anderen definierten Größe (z.B. Zinstagequotient) unter Berücksichtigung aller sonstigen in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegebenen Regeln und Bedingungen.

4.2. Zinskomponenten

4.2.1. Einleitung

Bei Schuldverschreibungen mit einem der folgenden Zinsmodelle handelt es sich entweder um Schuldverschreibungen mit einheitlicher Verzinsung oder um Schuldverschreibungen mit variierender Verzinsung. Die mögliche Rendite solcher Schuldverschreibungen steht bereits zu Beginn der Laufzeit fest. Sie steht bei bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen jedoch unter dem Vorbehalt, dass kein Kreditereignis im Hinblick auf den bzw. einen der Referenzschuldner eintritt.

4.2.2. Einheitliche Verzinsung*

Bei Schuldverschreibungen mit einheitlicher Verzinsung erhält der Gläubiger gemäß § 3 der Emissionsbedingungen am jeweiligen Zinszahlungstag für die jeweilige Zinsperiode nachschüssig einen Zinsbetrag ausgezahlt.

Der Zinsbetrag bzw. Zinssatz für jede Zinsperiode während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ist einheitlich festgelegt.

Im Fall von Schuldverschreibungen mit Bezug auf einen Referenzschuldner (Single) sehen die Emissionsbedingungen vor, dass bezogen auf einen einzelnen Referenzschuldner die Verzinsung bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums beim Referenzschuldner entfällt. Dies gilt entweder ab dem Ereignis-Feststellungstag (ausschließlich), an dem das Kreditereignis nach Maßgabe der Emissionsbedingungen festgestellt wird, oder bereits mit Beginn der Zinsperiode, in der dieser Ereignis-Feststellungstag eintritt.

Im Fall von bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen mit Bezug auf mehrere Referenzschuldner (Basket-pro rata) sehen die Emissionsbedingungen vor, dass für die bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums Zinsen nur noch auf den reduzierten Nennbetrag gezahlt werden. Sind alle Referenzschuldner vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses betroffen, beträgt der reduzierte Nennbetrag Null, wodurch die Verzinsung der Schuldverschreibungen entfällt. Dies gilt entweder ab dem Ereignis-Feststellungstag (ausschließlich), an dem das Kreditereignis nach Maßgabe der Emissionsbedingungen festgestellt wird, oder bereits mit Beginn der Zinsperiode, in der dieser Ereignis-Feststellungstag eintritt.

Die Zinszahlung erfolgt am Zinszahlungstag. Eine Verschiebung der Zinszahlung kann jedoch dann erfolgen, wenn zuvor ein potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Für den Fall, dass das Kreditereignis „Nichtanerkennung/Moratorium“ anwendbar ist, kann eine Verschiebung der Zinszahlung auch dann erfolgen, wenn zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist. Bei Schuldverschreibungen auf mehrere Referenzschuldner erfolgt die Verschiebung der Zinszahlung jedoch nur in Bezug auf den Gewichtungsbetrag des betroffenen Referenzschuldners. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern, der Gläubiger ist nicht berechtigt weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.

* Die folgende Beschreibung der Zinskomponente ist im Zusammenhang mit der Einleitung zu lesen.

4.2.3. Variierende Verzinsung (einschließlich Stufenzinsvarianten)*

Bei Schuldverschreibungen mit variierender Verzinsung erhält der Gläubiger gemäß § 3 der Emissionsbedingungen am jeweiligen Zinszahlungstag für die jeweilige Zinsperiode nachschüssig einen Zinsbetrag ausgezahlt.

Der Zinsbetrag bzw. Zinssatz ist nicht einheitlich festgelegt, sondern kann für die verschiedenen Zinsperioden variieren, d.h. der Zinsbetrag bzw. Zinssatz kann ansteigen, sog. Step up (Schuldverschreibung mit Stufenzins).

Im Fall von Schuldverschreibungen mit Bezug auf einen Referenzschuldner (Single) können die Emissionsbedingungen vorsehen, dass die Verzinsung bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums beim Referenzschuldner entfällt. Dies gilt entweder ab dem Ereignis-Feststellungstag, an dem das Kreditereignis nach Maßgabe der Emissionsbedingungen festgestellt wird, oder bereits mit Beginn der Zinsperiode, in der dieser Ereignis-Feststellungstag eintritt.

Im Fall von Schuldverschreibungen mit Bezug auf mehrere Referenzschuldner (Basket-pro rata) sehen die Emissionsbedingungen vor, dass für die Schuldverschreibungen bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses innerhalb des Kreditereigniszeitraums Zinsen nur noch auf den reduzierten Nennbetrag gezahlt werden. Sind alle Referenzschuldner vom Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags als Folge eines Kreditereignisses betroffen, beträgt der reduzierte Nennbetrag Null, wodurch die Verzinsung der Schuldverschreibungen entfällt. Dies gilt entweder ab dem Ereignis-Feststellungstag, an dem das Kreditereignis nach Maßgabe der Emissionsbedingungen festgestellt wird, oder bereits mit Beginn der Zinsperiode, in der dieser Ereignis-Feststellungstag eintritt.

Die Zinszahlung erfolgt am Zinszahlungstag. Eine Verschiebung der Zinszahlung kann jedoch dann erfolgen, wenn zuvor ein potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Für den Fall, dass das Kreditereignis „Nichtanerkennung/Moratorium“ anwendbar ist, kann eine Verschiebung der Zinszahlung auch dann erfolgen, wenn zuvor eine potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium eingetreten ist. Bei Schuldverschreibungen auf mehrere Referenzschuldner erfolgt die Verschiebung der Zinszahlung jedoch nur in Bezug auf den Gewichtungsbetrag des betroffenen Referenzschuldners. Die Verschiebung kann bis zu ein Jahr und 5 Geschäftstage andauern, der Gläubiger ist nicht berechtigt weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund der Verschiebung zu verlangen.

* Die folgende Beschreibung der Zinskomponente ist im Zusammenhang mit der Einleitung zu lesen.

5. Funktionsweise der vorzeitigen Rückzahlungsmöglichkeiten

Eine vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen ist nur im Rahmen der in den Emissionsbedingungen festgelegten bzw. in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen ausgewählten Optionen der Kündigungs- und Beendigungsgründe möglich.

5.1. Emittentenkündigungsrechte gemäß § 5(2) und Anfechtungsrecht gemäß § 14(2) der Emissionsbedingungen

In den Endgültigen Bedingungen zu jeder Emission von Schuldverschreibungen wird festgelegt, ob und zu welchen Bedingungen diese durch die Emittentin vor dem vorgesehenen Fälligkeitstag fällig gestellt und zurückgezahlt werden können. Die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen können Sonderkündigungsrechte vorsehen, z.B. dass die Schuldverschreibungen:

- aus steuerlichen Gründen durch die Emittentin gekündigt und vorzeitig zurückgezahlt werden können; und/oder
- beim Eintritt bestimmter Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen durch die Emittentin gekündigt und vorzeitig zurückgezahlt werden können;
- beim Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Zusammenhang mit der Bestimmung eines Nachfolgers eines Referenzschuldners durch die Emittentin gekündigt und vorzeitig zurückgezahlt werden können.

Die Emissionsbedingungen sehen vor, dass die Emittentin im Falle von offensichtlichen Schreib- oder Berechnungsfehlern oder ähnlichen offensichtlichen Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen, einschließlich solcher, bei denen Angaben erkennbar nicht mit dem Ausgabepreis der Schuldverschreibungen oder deren wertbestimmenden Faktoren zu vereinbaren sind, zur Anfechtung berechtigt ist.

Die Emittentin kann mit der Anfechtungserklärung ein Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibungen zu den berechtigten Emissionsbedingungen verknüpfen, welches als angenommen gilt, wenn der Gläubiger nicht innerhalb von 6 Wochen nach Mitteilung des Angebots widerspricht.

Sofern die Emittentin kein Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibungen mit der Anfechtung verknüpft oder der Gläubiger dem Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibungen widerspricht, werden die Schuldverschreibungen zum nachweislich für den Erwerb der Schuldverschreibungen aufgewendeten Betrag abzüglich von der Emittentin bereits geleisteter Kapitalzahlungen zum in den Emissionsbedingungen definierten Tag zurückgezahlt.

5.2. Gläubigerkündigungsrechte

Dem Gläubiger stehen, insbesondere bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, die gesetzlich vorgesehenen Kündigungsrechte zu.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

6. Weitere Informationen zur Bonitätsabhängigkeit der Schuldverschreibungen

6.1 ISDA-Entscheidungen

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass bestimmte Ereignisse, insbesondere Kreditereignisse oder eine Nachfolge hinsichtlich des Referenzschuldners, dann als eingetreten gelten, wenn ein bei der *International Swaps and Derivatives Association, Inc.* („ISDA“) gebildetes sog. *Credit Derivatives Determination Committee* (ein „Komitee“) entschieden hat, dass ein bestimmter, ihm vorgelegter Sachverhalt die Anforderungen an ein Kreditereignis bzw. an eine Rechtsnachfolge erfüllt.

ISDA ist eine private Handelsorganisation, die ihre Mitglieder, sowohl große Institutionen weltweit, die mit derivativen, auf bestimmte Basiswerte bezogenen Finanzprodukte handeln, als auch viele private und staatliche Unternehmen, am Derivatemarkt vertritt und in Absprache mit Marktteilnehmern Standard-Bedingungen und Dokumentationsmaterialien für den Derivatemarkt entwickelt und veröffentlicht (die „ISDA-Bedingungen“). ISDA-Bedingungen sind in englischer Sprache verfasst und unterliegen englischem Recht oder dem Recht des Staates New York.

Die einheitliche Anwendung von ISDA-Bedingungen wird seitens ISDA unterstützt durch Verlautbarungen, Protokolle und Auslegungsdirektiven, die zwischen ISDA und den Marktteilnehmern vereinbart werden (die „ISDA-Verlautbarungen“) und/oder durch Entscheidungen der von ISDA gebildeten und mit Händlern und Käufern von kreditabhängigen Finanzinstrumenten besetzten Komitees, welche dem Zweck dienen, im Zusammenhang mit den ISDA-Bedingungen, bestimmte Fragen und Sachverhalte zu entscheiden, (die „Komiteeentscheidungen“). Die Zusammensetzung des jeweiligen Komitees, die Zuständigkeit des Komitees für bestimmte Fragen und Sachverhalte und die Verfahren für die Durchführung von Komiteeentscheidungen unterliegen besonderen, als „DC Rules“ bezeichneten, Regeln (in der von ISDA jeweils geänderten und auf ihrer Website <http://dc.isda.org/> (oder einer etwaigen Nachfolge-Website) veröffentlichten Fassung (das „Regelwerk“)).

Diejenigen Marktteilnehmer, die Mitglied der Komitees sind, übernehmen nach Maßgabe des anwendbaren Regelwerks keine Haftung (mit Ausnahme für grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz) im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Pflichten als Mitglied der Komitees. Die Gläubiger unterliegen, soweit dies in den Schuldverschreibungen vorgesehen ist, indirekt den Entscheidungen des Komitees in Übereinstimmung mit dem Regelwerk.

Die Veröffentlichungen, Feststellungen oder Beschlüsse von ISDA und/oder der Komitees werden von ISDA auf deren Internetseite bekannt gemacht. Die Entscheidungen eines maßgeblichen Komitees werden auf der ISDA Internetseite <http://www.isda.org/credit/> oder der entsprechenden Nachfolgeinternaetseite veröffentlicht. Dort finden sich auch weitere Informationen über das jeweilige Komitee.

6.2 Auktionsverfahren; Bewertung der Bewertungsverbindlichkeiten durch die Emittentin

Die Endgültigen Bedingungen können vorsehen, dass der Barausgleichsbetrag unter Berücksichtigung eines einheitlichen Abwicklungskurses für Kreditderivate betreffend den Referenzschuldner berechnet wird, der im Rahmen eines im Zusammenhang mit einem solchen Kreditereignis für den Kreditderivatemarkt von ISDA organisierten Auktionsverfahrens bestimmt wird.

Im Rahmen dieser ISDA-Auktion geben Marktteilnehmer Angebots- und Verkaufskurse in Bezug auf bestimmte vom maßgeblichen Komitee ausgewählte Verbindlichkeiten des Referenzschuldners ab. Die Parameter des Auktionsverfahrens richten sich nach den *Credit Derivatives Auction Settlement Terms*, welche auf der ISDA Internetseite (<http://www.isda.org/credit/>) oder der entsprechenden Nachfolgeinternaetseite in der aktuellen Fassung veröffentlicht werden. Der nach diesen Parametern bestimmte Preis ist der Auktions-Endkurs der jeweiligen Verbindlichkeit.

Sollte keine Auktion in Bezug auf Verbindlichkeit des Referenzschuldners stattfinden, ist die Emittentin berechtigt, eine Verbindlichkeit des Referenzschuldners, welche die in den Emissionsbedingungen vorgesehenen Bedingungen erfüllt, als Bewertungsverbindlichkeit für die Ermittlung des Barausgleichsbetrags der Schuldverschreibungen auszuwählen und deren Marktwert zu bestimmen.

Bei staatlichen Referenzschuldern können die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass für die Zwecke der Berechnung des zu zahlenden Barausgleichsbetrags auch andere Vermögenswerte (also auch Vermögenswerte, die keine Verbindlichkeiten darstellen) bewertet werden können, die im Anschluss an eine Restrukturierung (auch wenn sich die Kreditereignis-Mitteilung auf ein anderes, zuvor eingetretenes Kreditereignis bezieht) durch Umwandlung oder Umtausch an die Stelle solcher Verbindlichkeiten treten.

Bei Banken oder anderen Finanzinstituten („Finanzgesellschaften“) als Referenzschuldner können die Endgültigen Bedingungen vorsehen, dass für die Zwecke der Berechnung des zu zahlenden Barausgleichsbetrags auch andere Vermögenswerte (also auch Vermögenswerte, die keine Verbindlichkeiten darstellen) bewertet werden können, die im Anschluss an einen Staatlichen Eingriff (auch wenn sich die Kreditereignis-Mitteilung auf ein anderes, zuvor eingetretenes Kreditereignis bezieht) durch Umwandlung oder Umtausch an die Stelle solcher Verbindlichkeiten treten. Das Gleiche gilt, wenn die durch ISDA veröffentlichte Standard-Referenzschuldverschreibung des Referenzschuldners Gegenstand einer Restrukturierung ist, sodass diese Standard-Referenzschuldverschreibung oder die an deren Stelle tretenden Vermögenswerte bewertet werden können. Der Wert dieser Vermögenswerte kann erheblich unter dem Wert anderer Verbindlichkeiten des Referenzschuldners liegen.

6.3 Kreditereignisse

Als Kreditereignis können die Emissionsbedingungen ggf. unter entsprechender Anwendung der Regelungen der ISDA beispielsweise die folgenden Kreditereignisse in Bezug auf ein oder mehrere Unternehmen, Staat(en) oder Finanzgesellschaften (Banken oder andere Finanzinstitute) als Referenzschuldner festlegen:

Insolvenz

Das Kreditereignis Insolvenz kann bei Unternehmen und Finanzgesellschaften Anwendung finden und tritt beispielsweise ein, wenn hinsichtlich des Referenzschuldners ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren, eine Liquidation oder eine Überschuldung eintritt.

Nichtzahlung

Das Kreditereignis Nichtzahlung kann bei allen Arten von Referenzschuldnern vorgesehen werden. Ein Kreditereignis Nichtzahlung tritt beispielsweise ein, wenn der Referenzschuldner eine Verbindlichkeit – unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schwellenwerte und Fristen – nicht oder nicht fristgerecht bedient. Eine Nichtzahlung kann auch aufgrund einer Währungsumstellung infolge einer Maßnahme einer Regierungsbehörde eintreten, wenn die Währungsumstellung selbst zu einer Verringerung des zahlbaren Zinssatzes, Zinsbetrags oder Kapitalbetrags oder Aufgeldes (wie durch Bezugnahme auf den dann frei verfügbaren marktüblichen Umrechnungssatz ermittelt) im Zeitpunkt der Währungsumstellung führt.

Restrukturierung

Das Kreditereignis Restrukturierung kann bei allen Arten von Referenzschuldnern vorgesehen werden. Es tritt beispielsweise in Bezug auf eine Verbindlichkeit des Referenzschuldners – unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schwellenwerte – ein, wenn in einer, alle Inhaber der jeweiligen Verbindlichkeit, bindenden Form der Zinssatz oder der Kapitalbetrag reduziert, die Fälligkeit verlängert, Zahlungen gestundet, der Rang der Verbindlichkeit nachteilig geändert wird oder ein Währungswechsel stattfindet, der nicht bestimmte Mindestanforderungen erfüllt und eine solche inhaltliche Änderung der Verbindlichkeit seine Grundlage in der Verschlechterung der Bonität bzw. finanziellen Situation des Referenzschuldners hat. Eine etwaige Währungsumstellung von Euro in eine andere Währung stellt keine Restrukturierung dar, wenn es unter anderem im Zeitpunkt dieser Währungsumstellung einen frei verfügbaren marktüblichen Umrechnungssatz zwischen dem Euro und der anderen Währung gibt und sich der zahlbare Zinssatz, Zinsbetrag oder Kapitalbetrag oder das zahlbare Aufgeld, wie durch Bezugnahme auf diesen frei verfügbaren marktüblichen Umrechnungssatz ermittelt, für die Verbindlichkeit nicht verringert.

Nichtanerkennung/Moratorium

Das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium kann bei Staaten und bestimmten Unternehmen vorgesehen werden und tritt beispielsweise ein, wenn (i) (a) der Referenzschuldner eine Verbindlichkeit – unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schwellenwerte – teilweise bestreitet, ablehnt, nicht anerkennt oder zurückweist, oder deren Wirksamkeit bestreitet, oder (b) faktisch oder rechtlich ein Moratorium, einen Zahlungsstillstand, eine Verlängerung oder einen Zahlungsaufschub erklärt oder verfügt und (ii) der Referenzschuldner eine solche Verbindlichkeit nicht oder nicht fristgerecht innerhalb des vorgegebenen zeitlichen Rahmens bedient oder es zu einer Restrukturierung dieser Verbindlichkeit kommt.

Staatlicher Eingriff

Das Kreditereignis Staatlicher Eingriff kann bei Finanzgesellschaften Anwendung finden und tritt beispielsweise in Bezug auf nicht-nachrangige oder nachrangige Verbindlichkeiten des Referenzschuldners (wie in den Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen vorgesehen) – unter Berücksichtigung der vorgesehenen Schwellenwerte – ein, wenn infolge einer verbindlichen Maßnahme oder Ankündigung einer Regierungsbehörde aufgrund oder mittels einer Rechtsvorschrift betreffend die Sanierung oder Abwicklung des Referenzschuldners (oder einer vergleichbaren Rechtsvorschrift), der Zinssatz oder der Kapitalbetrag reduziert, die Fälligkeit verlängert, Zahlungen gestundet oder der Rang der Verbindlichkeit nachteilig geändert wird. Das gleiche gilt, wenn Ansprüche des oder der Gläubiger aus einer solchen Verbindlichkeit enteignet oder anderweitig durch eine solche Maßnahme oder Ankündigung übertragen würden oder eine zwingend vorgeschriebene Kündigung oder Umrechnung oder ein zwingend vorgeschriebener Umtausch folgt. Dabei ist es unerheblich, ob die Bedingungen der betreffenden Verbindlichkeit einen solchen Staatlichen Eingriff ausdrücklich vorsehen. Gläubiger in bonitätsabhängige Schuldverschreibungen sollten daher bei Anwendbarkeit dieses Kreditereignisses in Bezug auf einen Referenzschuldner, der eine Finanzgesellschaft ist, beachten, dass ein solches Sanierungs- und Abwicklungsrecht erhebliche Eingriffe und Einschnitte in Verbindlichkeiten einer Finanzgesellschaft, bis hin zu einem Schuldenschnitt, ermöglichen kann, und zwar bereits im Vorfeld einer Insolvenz, wenn beispielsweise die Finanzgesellschaft auszufallen droht oder ein Entzug der Banklizenz zu befürchten ist. Gläubiger in bonitätsabhängige Schuldverschreibungen bezogen auf Finanzgesellschaften sind daher auch in hohem Maße von dem Inhalt und der Reichweite der betreffenden staatlichen Sanierungs- und Abwicklungsgesetzgebung abhängig.

6.4 Auswahl der Referenzschuldner durch die Emittentin

Die Emittentin stellt sicher, dass nur solche Unternehmen, Finanzinstitute oder Staaten als Referenzschuldner verwendet werden, die am ersten Tag des öffentlichen Angebots der jeweiligen bonitätsabhängigen Schuldverschreibung über ein offizielles Rating einer von der Europäischen Zentralbank anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor's, Moody's, FitchRatings, Dominion Bond Rating Service („**DBRS**“) in den Kategorien 'AAA' bis 'BBB-' (bei Standard & Poor's und FitchRatings) bzw. 'Aaa' bis 'Baa3' (bei Moody's) bzw. 'AAA' bis 'BBBL' (bei DBRS) verfügen. Dabei ist es ausreichend, wenn eine der genannten Ratingagenturen den Referenzschuldner entsprechend einstuft. Die Emittentin kann sich auch an den Kriterien der Europäischen Zentralbank zum „Eurosystem credit assessment framework („**ECAF**“)“ orientieren. Bei Nichtvorliegen eines offiziellen Ratings einer oder mehrerer anerkannter Ratingagenturen bewertet die Emittentin (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe), ob die ausgewählten Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügen, die einem Rating in den oben genannten Kategorien entspricht. Die Prüfung der Referenzschuldner wird seitens der Emittentin in einem solchen Fall durch ein eigenes Credit-Research realisiert. Bei mehreren Referenzschuldnern müssen alle Referenzschuldner dieses Kriterium erfüllen.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

**Teil D Informationen zu den Schuldverschreibungen
D.2. Muster der Endgültigen Bedingungen**

MUSTER – ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN

Endgültige Bedingungen [Nr. [Nr. einfügen]]¹ vom [Datum] []²

zum Basisprospekt vom 7. November 2017

[nachgetragen durch:

[alle relevanten Nachträge mit Datum einfügen]] []

(der „Prospekt“)

für das

Emissionsprogramm für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen II

der

„Deka

**DekaBank Deutsche Girozentrale
(die „Emittentin“)**

[Bezeichnung der betreffenden Serie der Schuldverschreibungen]³

[Serie []]

[Serie] []

[Tranche: []]⁴

[[]]⁵

[[]]

(auch die „Schuldverschreibungen“)⁶

[ISIN []]⁷

[Common Code []]

[WKN []]

[Diese Serie [wird][wurde] in mehreren Tranchen [begeben][aufgestockt]. Die [Tranche bildet] [Tranchen bilden] [zusammen mit [der] [den] bereits begebenen Tranche[n] dieser Serie] eine einheitliche Serie. Die Summe der [[Gesamtnennbeträge][Gesamtstückzahl] der Tranchen] ergibt [den Gesamtnennbetrag][die Gesamtstückzahl] der Serie [zum Datum dieser Endgültigen Bedingungen][zum (**Datum einfügen**)]:

Tranche:	[Gesamtnennbetrag] [Gesamtstückzahl] der Tranche:[*]	[Anfänglicher] Ausgabepreis der Tranche:[*]	[Tag der Begebung der Tranche:]
[]] ⁸	[bis zu][]	[]	[]

[Diese [Tranche bildet][Tranchen bilden] zusammen mit [der] [den] nachfolgend angegebenen Tranche[n] dieser Serie eine einheitliche Serie und [erhöht][erhöhen] [ihren Gesamtnennbetrag][ihre Gesamtstückzahl] entsprechend:

Tranche 1, begeben am **[Tag der Begebung dieser Tranche einfügen]** über **[Gesamtnennbetrag in Festgelegte Währung bzw. Gesamtstückzahl dieser Tranche einfügen]** [,][] [und] [][.]⁹

¹ Eine Nummer ist in Abstimmung mit der Emittentin einzufügen.

² Im Falle von a) etwaigen nachträglichen Korrekturen, die nicht unter die Anwendung des Artikel 16 Prospektrichtlinie und deren Umsetzungsgesetze fallen ist einzufügen: (in der geänderten/korrigierten Fassung vom **[DATUM einfügen]**)

b) sonstigen Hinweisen, z.B. „zum Zwecke einer nachträglichen Börsennotierung einer bestehenden Emission“ o.ä. einfügen]

³ Im Fall von mehr als einer Serie die einheitliche Bezeichnung der Serien einfügen und nachfolgend alle Serien-Nummern einfügen.

⁴ Nur anwendbar, wenn Schuldverschreibungen unter einer bestehenden Serie emittiert werden (im Falle einer Aufstockung).

⁵ Im Fall von mehrerer Tranchen einer Serie, die in diesen Endgültigen Bedingungen zusammengefasst dargestellt werden, ggf. weitere einleitende unterschiedliche Merkmale tabellarisch aufnehmen.

⁶ In Abhängigkeit von der Bezeichnung und den in diesen Endgültigen Bedingungen verwendeten Begriffen – soweit erforderlich zusätzlich - einfügen.

⁷ Im Falle einer Aufstockung mit anfänglich abweichenden Wertpapierkennnummern ist sowohl die der aufzustockenden Serie als auch die Übergangsweise für die Tranche der Aufstockung anzugeben.

⁸ Im Fall von einer Serie, die in mehreren Tranchen begeben oder aufgestockt wurde/wird und die in diesen Endgültigen Bedingungen zusammengefasst dargestellt werden. einfügen Im Fall, dass der Tag der Begebung der Tranchen nicht einheitlich ist, ist dieser in der Tabelle mit anzugeben.

⁹ Im Falle der Aufstockung nach der Bezeichnung der Serie anschließen und für jede weitere Tranche dieser Serie entsprechende Informationen hinzufügen.

[Gesamtnennbetrag:] [Gesamtstückzahl [der Tranche:][bis zu] []
 der Schuldverschreibungen:] [*]¹⁰ [der Serie [nach dieser Aufstockung]: []]
 [[ursprünglich] begeben [aufgrund [des Programms][des Prospekts]][]¹¹

[Ausgabepreis:[*] []¹² [Tag der Begebung: []
 [[(“Anfänglicher Ausgabepreis”)
 [der Tranche[n][Nummer(n)
 [, danach freibleibend]]¹³ [einfügen]]¹⁸
 [zuzüglich aufgelaufener Zinsen
 (Stückzinsen) seit dem ersten Tag der
 laufenden Zinsperiode
 (einschließlich).]
 [(, [Anfänglicher] Ausgabepreis der
 Tranche“[, danach freibleibend]]¹⁴
 [[zuzüglich][einschließlich] eines
 [etwaigen] Ausgabeaufschlags][.]¹⁵
 [Der [Anfängliche] Ausgabepreis [der
 Tranche] wird am [Ende der
 Zeichnungsfrist][] gemäß den
 Bestimmungen in diesen Endgültigen
 Bedingungen festgelegt.]
 []¹⁶]¹⁷

[Kleinste [] [Ist die Festgelegte Stückelung]
 handelbare [oder ein ganzzahliges Vielfaches
 Einheit:] davon][.] Vorgesehener
 Fälligkeitstag: []¹⁹

Angebot: [*] [nicht öffentliches Angebot.] [Angebotszeitraum:[*] []
 [Öffentliches Angebot.]]²⁰ [Zeichnungsfrist: []
 [(vorbehaltlich einer
 Verlängerung oder
 Verkürzung).]

[* Ausführlichere Informationen siehe nachfolgend unter Teil III. C. in diesen Endgültigen Bedingungen.]

[Im Fall von einer Serie dessen Angebot unter einem Nachfolgeprospekt fortgesetzt werden kann, einfügen:

Die Gültigkeit dieses Prospekts („Ursprungprospekt“) endet am 7. November 2018. Nach Ablauf der Gültigkeit kann das Angebot auf der Basis eines Nachfolgeprospekts fortgesetzt werden, sofern die Schuldverschreibungen in diesem bezeichnet werden. Jeder solche Nachfolgeprospekt wird auf der im nachfolgenden Abschnitt „WICHTIGE HINWEISE“ angegebenen Internetseite veröffentlicht.

]

¹⁰ Auszufüllen für alle Schuldverschreibungen. Gesamtbetrag im Falle von Schuldverschreibungen mit Nennbetrag und Gesamtstückzahl im Falle von Schuldverschreibungen ohne Nennbetrag einfügen oder, falls der Betrag oder die Stückzahl zum Datum dieser Endgültigen Bedingungen nicht feststeht, Verweisung auf Teil III. C. dieser Endgültigen Bedingungen. Im Fall einer Aufstockung die Unterteilung in Tranche (der Aufstockungsbetrag ist relevant) und Serie vornehmen.

¹¹ Kalenderjahr des relevanten Programms / Prospekts (einschließlich Bezeichnung) für die erste Tranche der Schuldverschreibung einfügen, wenn dieses nicht das aktuelle Programm ist.

¹² Auszufüllen für alle Schuldverschreibungen (im Fall von Schuldverschreibungen mit Nennbetrag) als Prozentsatz [X%] und als Stückzahl (im Fall von Schuldverschreibungen ohne Nennbetrag) [EUR X] oder Verweisung auf Teil III. C. dieser Endgültigen Bedingungen, falls der Ausgabepreis zum Datum dieser Endgültigen Bedingungen nicht feststeht.

¹³ Soweit für die jeweilige Schuldverschreibung anwendbar, einfügen.

¹⁴ Im Fall der Aufstockungen einfügen, soweit für die jeweilige Schuldverschreibung anwendbar.

¹⁵ Für den Fall, dass ein Ausgabeaufschlag vereinbart ist, zusätzlich einfügen.

¹⁶ Für den Fall, dass die Endgültigen Bedingungen vor der Festlegung zwecks Beginn des öffentlichen Angebots veröffentlicht werden müssen: „Der Anfängliche Verkaufspreis wird erst kurz vor dem öffentlichen Angebot auf der Basis der aktuellen Marktdaten zu Verkaufsbeginn festgelegt“.

¹⁷ Einfügen, sofern nicht bereits vorstehend angegeben.

¹⁸ Der Tag der Begebung ist der Tag, an dem die Schuldverschreibungen begeben und bezahlt werden. Bei freier Lieferung ist der Tag der Begebung nicht zwingend der Tag der Lieferung. Einfügen, sofern nicht bereits vorstehend genannt.

¹⁹ Einzufügen ist der Tag der Rückzahlung.

²⁰ Nur anwendbar, wenn es sich um ein Öffentliches Angebot handelt.

WICHTIGE HINWEISE

Diese Endgültigen Bedingungen enthalten die endgültigen Bedingungen einer Emission von Schuldverschreibungen unter dem Emissionsprogramm für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen II der DekaBank Deutsche Girozentrale (das „**Programm**“).

Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 5 Absatz 4 der EU-Prospektrichtlinie (Richtlinie 2003/71/EG, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**Prospektrichtlinie**“) abgefasst und sind in Verbindung mit dem Basisprospekt für das Emissionsprogramm für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen II vom 7. November 2017, wie von Zeit zu Zeit nachgetragen, (der "**Prospekt**" [und in Bezug auf die Fortsetzung eines öffentlichen Angebots unter einem Nachfolgeprospekt, wie nachstehend definiert, zugleich der „**Ursprungsprospekt**“ für diese Emission von Schuldverschreibungen]) zu lesen.

[Im Fall von einer Serie dessen Angebot unter einem Nachfolgeprospekt fortgesetzt werden kann, einfügen:

Im Fall der Fortsetzung eines öffentlichen Angebots dieser Emission unter einem Nachfolgeprospekt sind mit Ausnahme der wertpapierspezifischen Bedingungen dieser Emission (die sich weiterhin ausschließlich nach dem Ursprungsprospekt bestimmen) die Endgültigen Bedingungen [einschließlich der Zusammenfassung dieser Emission] in Verbindung mit dem jeweiligen Nachfolgeprospekt zu lesen, d.h. jede Bezugnahme auf den Prospekt in diesen Endgültigen Bedingungen gilt dann als Bezugnahme auf den betreffenden Nachfolgeprospekt. Wertpapierspezifische Bedingungen bedeutet in diesem Zusammenhang insbesondere die Emissionsbedingungen sowie die mit den Emissionsbedingungen in Verbindung stehenden anderen Informationen zu den Schuldverschreibungen, wie im Nachfolgeprospekt angegeben. „**Nachfolgeprospekt**“ ist der jeweils aktuellste gültige Basisprospekt, in dem die Schuldverschreibungen zum Zwecke der Fortsetzung des öffentlichen Angebots bezeichnet werden und in den die für die relevante Emission erforderlichen Teile des Ursprungsprospekts per Verweis einbezogen sind.

Kopien dieser oben genannten Dokumente sind bei der DekaBank, Mainzer Landstraße 16, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland erhältlich. Darüber hinaus ist der Prospekt, einschließlich etwaiger Nachträge, sowie – sofern rechtlich erforderlich – die Endgültigen Bedingungen auf der Internetseite der Emittentin ([www.dekabank.de] []) verfügbar. Die Endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen, die weder an einer Börse gelistet noch öffentlich angeboten werden, sind ausschließlich für die Inhaber der entsprechenden Schuldverschreibungen erhältlich. Endgültige Bedingungen, die sich auf Schuldverschreibungen beziehen, die bei der Luxemburger Wertpapierbörse zum amtlichen Kursblatt (*Cote Officielle*) und die zum Börsenhandel am geregelten Markt der Luxemburger Wertpapierbörse zugelassen sind und/oder öffentlich angeboten werden, werden ebenfalls auf der Website der Luxemburger Wertpapierbörse unter www.bourse.lu veröffentlicht.

Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen, der Prospekt, etwaige Nachträge dazu zusammengenommen werden.

[Eine Zusammenfassung der einzelnen Emission der Schuldverschreibungen ist diesen Endgültigen Bedingungen angefügt.]²¹

²¹ Einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung).

INHALT

- I. ALLGEMEINE INFORMATIONEN UND EMISSIONSBEDINGUNGEN**
 - A. ALLGEMEINE INFORMATIONEN**
 - B. EMISSIONSBEDINGUNGEN**
- II. ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN ÜBER VERZINSUNG, RÜCKZAHLUNG UND DEN BASISWERT (REFERENZSCHULDNER)**
- III. ZUSÄTZLICHE ANGABEN**
 - A. INTERESSEN VON SEITEN NATÜRLICHER UND JURISTISCHER PERSONEN, DIE AN DER EMISSION / DEM ANGEBOT BETEILIGT SIND**
 - B. INFORMATIONEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDE SCHULDVERSCHREIBUNGEN**
 - C. BEDINGUNGEN UND KONDITIONEN DES ANGEBOTS**
 - D. INFORMATIONEN ÜBER VERTRIEB UND PROVISIONEN / KOSTEN**
 - E. BÖRSENNOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN**
 - F. ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

ANLAGE:

[[MAßGEBLICHE] EMISSIONSBEDINGUNGEN]²²

[ZUSAMMENFASSUNG DER EINZELNEN EMISSION]²³

²² Einzufügen, sofern bei den Endgültigen Bedingungen die (Maßgeblichen) Emissionsbedingungen als Anlage angefügt werden.

²³ Einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung).

I. ALLGEMEINE INFORMATIONEN UND EMISSIONSBEDINGUNGEN

[Dieser Teil I. dieser Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit den Emissionsbedingungen einschließlich der anderen Informationen zu den Schuldverschreibungen, die in der jeweils geltenden Fassung des in diesen Basisprospekt per Verweis einbezogenen Teils des Prospekts vom 17. Februar 2017 enthalten sind, zu lesen. Im Übrigen sind diese Endgültigen Bedingungen in Verbindung mit dem Prospekt vom 7. November 2017 zu lesen. Die für die Schuldverschreibungen geltenden Bedingungen (die „**Emissionsbedingungen**“) ergeben sich durch folgende Auswahl, Ausfüllen, Wiedergabe oder Löschen von in den Emissionsbedingungen enthaltenen Optionen.

Begriffe, die in den Emissionsbedingungen definiert sind, haben, falls diese Endgültigen Bedingungen nicht etwas anderes bestimmen, dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden. Bezugnahmen in diesem Teil der Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen und Absätze beziehen sich auf die Paragraphen und Absätze der Emissionsbedingungen.]²⁴

A. ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Produkttyp

Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen:

[Bezeichnung der Zinskomponenten und der Rückzahlungskomponenten entsprechend der Darstellung in Teil D.1. (gegebenenfalls des per Verweis einbezogenen Prospekts) einfügen]

²⁴ Einfügen, falls die für die betreffende Tranche von Schuldverschreibungen geltenden Bedingungen durch Verweisung auf einen Satz von Emissionsbedingungen in einem per Verweis einbezogenen Teil eines Prospekts bestimmt werden.

B. EMISSIONSBEDINGUNGEN²⁵

[Öffentliches Angebot][Börsenzulassung] einer bestehenden Serie von Schuldverschreibungen

Die in diesen Endgültigen Bedingungen beschriebene Serie wurde ursprünglich am [Tag der Begebung der ersten Tranche dieser Serie einfügen] begeben. Die für sie maßgeblichen Emissionsbedingungen sind [(in Bezug auf die erste Tranche dieser Serie)] [die nachfolgenden][die als Anlage beigefügten] Emissionsbedingungen (die „maßgeblichen Emissionsbedingungen“). [Die maßgeblichen Emissionsbedingungen stehen darüber hinaus grundsätzlich zum Abruf auf der Internetseite www.dekabank.de zur Verfügung.]

[Für Schuldverschreibungen, die seit dem ursprünglichen Tag der Begebung aufgestockt wurden, zusätzlich einfügen:

Die Serie wurde zwischenzeitlich [Anzahl der Aufstockungen] mal aufgestockt. Das Gesamtemissionsvolumen beläuft sich zum Zeitpunkt dieser Endgültigen Bedingungen [abweichend von den Angaben in den maßgeblichen Emissionsbedingungen] auf:

Gesamtemissionsvolumen:	[Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Serie einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl“] [der „Gesamtnennbetrag“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Serie in Worten einfügen])
[Anzahl der in der Festgelegten Stückelung ausgegebenen Schuldverschreibungen für die Serie:	[Anzahl Schuldverschreibungen einfügen]]

[Gegebenenfalls maßgebliche Emissionsbedingungen unter Berücksichtigung der emissionspezifischen Auswahl und Ausfüllung (wie diese der Globalurkunde beigefügt sind) einfügen]

²⁵ Bei nicht anwendbaren Punkten, Unterabschnitte löschen.

[] Aufstockung einer bestehenden Serie von Schuldverschreibungen

Die in diesen Endgültigen Bedingungen beschriebene Aufstockung (Tranche [Nummer[n] einfügen]) [bildet][bilden] mit bereits existierenden Tranchen der Serie eine einheitliche Serie. Die für die Serie maßgeblichen Emissionsbedingungen sind [(in Bezug auf die erste Tranche dieser Serie)] [die nachfolgenden][die als Anlage beigefügten] Emissionsbedingungen [(die „maßgeblichen Emissionsbedingungen“)]. [Die maßgeblichen Emissionsbedingungen stehen darüber hinaus grundsätzlich zum Abruf auf der Internetseite www.dekabank.de zur Verfügung.] [Von diesen maßgeblichen Emissionsbedingungen zum Zwecke der Aufstockung abweichende Angaben für diese Tranche sind nachfolgend angegeben.

§ [1(1)][] der maßgeblichen Emissionsbedingungen - Gesamtemissionsvolumen, Anzahl der Schuldverschreibungen:

[Gesamtemissionsvolumen] [Gesamtnennbetrag] [Gesamtstückzahl] der Tranche:	[Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Tranche einfügen] [Stück][Währungskürzel einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl der Tranche“] [der „Gesamtnennbetrag der Tranche“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Tranche in Worten einfügen] [Stück][Währung einfügen])
[Gesamtemissionsvolumen] [Gesamtnennbetrag] [Gesamtstückzahl] der Serie nach der Aufstockung durch Tranche[n] [Nummer(n) einfügen]:	[Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Serie nach Aufstockung einfügen] [Stück][Währungskürzel einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl“] [der „Gesamtnennbetrag“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Serie nach Aufstockung in Worten einfügen] [Stück][Währung einfügen])
Anzahl der in der Festgelegten Stückelung ausgegebenen Schuldverschreibungen für die [jeweilige] Tranche:	[Tranche [Nr. einfügen]:][Anzahl Schuldverschreibungen einfügen]
Anzahl der in der Festgelegten Stückelung ausgegebenen Schuldverschreibungen für die Serie nach der Aufstockung durch Tranche[n] [Nummer(n) einfügen]:	[Anzahl Schuldverschreibungen einfügen]

§[1(6)(a)][] der maßgeblichen Emissionsbedingungen – Tag der Begebung der Tranche:

Tag der Begebung:	[ist für diese Tranche[n] [Nummer(n) einfügen] der] [Tag der Begebung einfügen]
-------------------	--

[Im Fall einer Aufstockung nach dem Ersten Zinszahlungstag, zusätzlich einfügen:

§ [3][] der maßgeblichen Emissionsbedingungen – Verzinsungsbeginn, Zinszahlungstag:

Verzinsungsbeginn:	ist für diese Tranche[n] [Nummer(n) einfügen] der [Im Fall einheitlicher Verzinsung mit den bereits laufenden Tranchen: erste Tag der laufenden Zinsperiode der Serie, d.h. der [Datum einfügen].] [Im Fall vorübergehender abweichender Verzinsung gegenüber den bereits laufenden Tranchen: [Datum des Zinstermins/Zinszahlungstags einfügen, an dem die Tranchen zusammengeführt werden]]
Erster Zinszahlungstag (der Tranche):	vorbehaltlich der für den/die Zinszahlungstag(e) geltenden Regelungen in den maßgeblichen Emissionsbedingungen, ist der Erste Zinszahlungstag für diese Tranche[n] [Nummer(n) einfügen] der [Datum des für diese Tranche ersten Zinszahlungstags einfügen].

]
]

[Gegebenenfalls anwendbaren Satz der Emissionsbedingungen unter Berücksichtigung der emissionspezifischen Auswahl und Ausfüllung (wie dieser der Globalurkunde beigefügt ist) einfügen]]

Neuemission

Anwendbarer Satz der Emissionsbedingungen

Option I –
Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit einem Referenzschuldner.]

Option II –
Bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit mehreren Referenzschuldnern.]

Allein maßgeblich für die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger dieser Serie sind [die nachfolgenden][die als Anlage beigefügten] Emissionsbedingungen.

[Gegebenenfalls anwendbaren Satz der Emissionsbedingungen unter Berücksichtigung der emissionspezifischen Auswahl und Ausfüllung (wie dieser der Globalurkunde beigefügt ist) einfügen]
]

II. ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN ÜBER VERZINSUNG, RÜCKZAHLUNG UND DEN BASISWERT (REFERENZSCHULDNER)

Verzinsung

Basiswertabhängige Verzinsung: Vorbehaltlich der Beeinflussung durch [den Basiswert][die Basiswerte] ist der Zinssatz gemäß § 3 für jede Zinsperiode festgelegt (festverzinslich).

Beeinflussung der Schuldverschreibungen durch [den Basiswert][die Basiswerte]:²⁶

[anwendbare Zinskomponentenbeschreibung (mit Überschrift) aus C.15. der Zusammenfassung einfügen]

Rückzahlung

Basiswertabhängige Rückzahlung: Die Rückzahlung wird gemäß § 5 ermittelt.

Beeinflussung der Schuldverschreibungen durch den Wert [des Basiswerts][der Basiswerte]:²⁷

[anwendbare Rückzahlungskomponentenbeschreibung (mit Überschrift) aus C.15. der Zusammenfassung einfügen]

Weitere Angaben zu jedem Basiswert (Referenzschuldner):

Quelle[n] für Informationen: [Quelle(n) für Informationen z.B. eine Internetseite einfügen.]

²⁶ Angaben sind einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung) oder wenn die Rückzahlung der Schuldverschreibungen von einem Basiswert abhängt.

²⁷ Angaben sind einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung) oder wenn die Rückzahlung der Schuldverschreibungen von einem Basiswert abhängt.

III. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

A. INTERESSEN VON SEITEN NATÜRLICHER UND JURISTISCHER PERSONEN, DIE AN DER EMISSION / DEM ANGEBOT BETEILIGT SIND

[Entfällt. Es sind keine Interessen von Seiten natürlicher und juristischer Personen bekannt, die an der Emission / dem Angebot beteiligt sind.][**Einzelheiten einfügen**].

B. INFORMATIONEN ÜBER DIE ANZUBIETENDEN BZW. ZUM HANDEL ZUZULASSENDE SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Wertpapier-Kenn-Nummern²⁸

[siehe Seite 1 dieser Endgültigen Bedingungen]

[ISIN Code []]
[Common Code []]
[Wertpapierkennnummer (WKN) []]

C. BEDINGUNGEN UND KONDITIONEN DES ANGEBOTS²⁹

[Entfällt]

[Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitraum und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots.³⁰

Bedingungen des Angebots [und Angebotsvolumen]

Bedingungen des Angebots: [Entfällt.] [**Einzelheiten der Bedingungen, denen das Angebot unterliegt, einfügen**]

[Angebotsvolumen: [**Einzelheiten einfügen zur Beschreibung der Vereinbarungen und des Zeitpunktes für die Ankündigung des endgültigen Angebotsbetrags an das Publikum**]]

Frist und Verfahren für [Angebot][und][Zeichnung] sowie Zahlung und Lieferung

[Angebotszeitraum] [und] [Zeichnungsfrist]: [**Einzelheiten zu Zeitraum – einschließlich etwaiger Änderungen – während dem das Angebot vorliegt, einfügen**]

[Erwerb [und Zeichnung]] []: [**Einzelheiten zur Beschreibung des Prozesses für die Umsetzung des Angebots einfügen**]

[Zeichnungsaufträge und etwaige Zuteilungen] []: [**Einzelheiten zur Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und der Art und Weise der Erstattung des zuviel gezahlten Betrags an die Zeichner einfügen**]

[Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung] []: [**Einzelheiten zum Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung (entweder in Form der Anzahl der Schuldverschreibungen oder des aggregierten zu investierenden Betrages einfügen)**]

Zahlung und Lieferung: [**Einzelheiten zur Methode und Fristen für Zahlung und Lieferung der Wertpapiere einfügen**]

Veröffentlichung von Angebotsbedingungen: [**Einzelheiten zur Art und Weise sowie Termin, auf die bzw. an dem die Ergebnisse des Angebots offenzulegen sind einfügen**]
[Soweit nicht bereits in diesen Endgültigen Bedingungen enthalten, werden die endgültigen oder geänderten Angebotsbedingungen entsprechend § 12 umgehend nach deren jeweiliger Festlegung (wie in diesem Teil C [] der Endgültigen Bedingungen angegeben) veröffentlicht. Sie sind darüber hinaus ab deren Festlegung jeweils bei der Emittentin zu den üblichen Geschäftszeiten auf Anfrage erhältlich.] []

²⁸ Wenn vorläufige Wertpapierkennnummern erforderlich sind, sind die relevanten Nummern für die Zeiträume vor („vorläufige“) und nach der Konsolidierung anzugeben (einschließlich vorgesehenem Konsolidierungsdatum).

²⁹ Angaben sind nur einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einem öffentlichem Angebot, mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung) oder wenn die Rückzahlung der Schuldverschreibungen von einem Basiswert abhängt. Die nachfolgenden Einzelheiten im Abschnitt C können gelöscht werden, sofern dieser Abschnitt C als nicht anwendbar gekennzeichnet ist.

³⁰ Sofern anwendbar entweder Details in Form eines zusammenhängenden Textes einfügen oder durch Einfügen jeweils an der entsprechenden Stelle der Unterpunkte. Nicht anwendbare Unterpunkte sind zu löschen. Sollte die Form des Gesamttextes gewählt werden, können die Unterpunkte gelöscht werden.

Plan für die Aufteilung der Wertpapiere und deren Zuteilung

Kategorien potenzieller Investoren, denen die Schuldverschreibungen angeboten werden:	[Qualifizierte Anleger][und][Privatanleger]]
Tranchen und Märkte:	[Entfällt.][Angabe einfügen inwieweit Tranchen bestimmten Märkten vorbehalten sind] ³¹
Mitteilung über Zuteilung und Handel vor Zuteilung:	[Einzelheiten zum Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags und Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist einfügen]
Preisfestlegung: ³²	<p>Der anfängliche Ausgabepreis beträgt [bis zu] [] [Währungskürzel einfügen][%][in Prozent] [je Zertifikat][je Schuldverschreibung] [des Nennbetrags][in Prozent des Nennbetrags][je Festgelegte Stückelung] [.] [und] [wird am Anfänglichen Bewertungstag von der Emittentin [auf Basis der jeweils aktuellen internen Kalkulationsmodelle an marktpreisbestimmenden Faktoren und an der aktuellen Marktlage sowie Angebot und Nachfrage] festgelegt] [(der „Anfängliche Ausgabepreis“)].</p> <p>[Die für die Zeichnungsfrist festgelegte Preisspanne beträgt: [] [Währungskürzel einfügen] [%] bis [] [Währungskürzel einfügen] [%] [je Nennbetrag] [je Zertifikat][je Schuldverschreibung].]</p> <p>[Die Festsetzung erfolgt in Abhängigkeit vom Wert des Basiswerts am [Anfänglichen Bewertungstag][] [und beträgt indikativ [] [Währungskürzel einfügen][%].]</p> <p>[Der für die Zeichnungsfrist festgelegte Höchstpreis beträgt [[] [Währungskürzel einfügen] [je Zertifikat][je Schuldverschreibung] [[] % des Nennbetrags].]</p> <p>[Er wird entsprechend der vorstehenden Ausführungen zur Veröffentlichung von Angebotsbedingungen bekannt gemacht.]</p> <p>[Zusätzlich wird bei Erwerb innerhalb der Zeichnungsfrist ein Ausgabeaufschlag in Höhe von [bis zu] [] [Währungskürzel einfügen] [%] [des Nennbetrags] [je Schuldverschreibung][des Anfänglichen Ausgabepreises][je Zertifikat][je Schuldverschreibung] erhoben.]</p> <p>[Bei Erwerb innerhalb der Zeichnungsfrist ist im Anfänglichen Ausgabepreis ein Ausgabeaufschlag in Höhe von [bis zu] [] [Währungskürzel einfügen][%][des Nennbetrags][des Anfänglichen Ausgabepreis] je Schuldverschreibung enthalten.]</p> <p>[Bei Erwerb innerhalb der Zeichnungsfrist wird kein Ausgabeaufschlag erhoben.]</p> <p>[Bei Erwerb während der Laufzeit ist im [jeweiligen] Ausgabepreis ein Ausgabeaufschlag in Höhe von [] % des jeweiligen [Rücknahmepreises][Verkaufspreises], der für die bankarbeitstägliche Rückgabe von der Emittentin festgelegt wird, enthalten.]</p> <p>[Der Ausgabeaufschlag [während der Laufzeit] entspricht der Differenz zwischen den jeweiligen Ausgabe- und [Rücknahmepreisen][Verkaufspreisen] (Geld/Brief-Spanne), die von der Emittentin gestellt werden. Er berücksichtigt verschiedene Kosten (z.B. Strukturierungs-, Risikoabsicherungs- und Marketingkosten) sowie Ertragserwartungen der Emittentin [und verbleibt vollständig bei ihr].]</p> <p>[Die weiteren [Ausgabepreise][Verkaufspreise] werden fortlaufend angepasst und festgelegt.]</p> <p>[Danach wird der [Ausgabepreis] [Verkaufspreis] freibleibend festgelegt.]</p>

³¹ Nur anzugeben, sofern das Angebot gleichzeitig auf Märkten in zwei oder mehreren Ländern erfolgt.

³² Nur anwendbar, wenn der Ausgabepreis zum Datum der Endgültigen Bedingungen nicht feststeht.

[Die fortlaufende Festlegung weiterer [Verkaufspreise] [und] [Ausgabepreise] orientiert sich auf Basis der jeweils aktuellen internen Kalkulationsmodelle der Emittentin, an marktpreisbestimmenden Faktoren und an der aktuellen Marktlage sowie Angebot und Nachfrage.]

[[Der Anfängliche Ausgabepreis sowie die] [Die] weiteren [Verkaufspreise][Ausgabepreise] können über dem rechnerischen Wert (d.h. dem Wert, der anhand eines objektiven Kalkulationsmodells errechnet würde) liegen.]

[Die Emittentin [bzw. der Platzeur] behält sich vor, im Rahmen der Begebung [bzw. Platzierung] der Schuldverschreibungen nach ihrem freien Ermessen in Einzelfällen von dem festgelegten Anfänglichen Ausgabepreis abzuweichen und an bestimmte Anleger zu niedrigeren Ausgabepreisen zu begeben.]

[Platzierung und Übernahme:

[Entfällt.][**Einzelheiten zum Namen und Anschrift des Koordinators/der Koordinatoren des globalen Angebots oder einzelner Teile des Angebots und – sofern der Emittentin oder dem Bieter bekannt – Angaben zu den Platzeuren in den einzelnen Ländern des Angebots einfügen**]]³³

]

D. INFORMATIONEN ÜBER VERTRIEB UND PROVISIONEN / KOSTEN

Vertriebsmethode

[Nicht syndiziert.][Syndiziert.]

**Einzelheiten bezüglich Platzeur[,] [und]/] Bankenkonsortium[,] [und] [andere einfügen] [Entfällt.]
[einschließlich der Art der Übernahme [und Übernahmevertrag]]**

[[Platzeur/Bankenkonsortium] [/]
[andere einfügen]

[Name und Adresse einzufügen]]

[Art der Übernahme

[Feste Zusage.]
[Keine feste Zusage / zu den bestmöglichen Bedingungen.]
[Nicht offengelegt.] **[andere angeben]**

Übernahmevertrag

[Entfällt.]

[Datum des Übernahmevertrags

[]]

[Angabe der Hauptmerkmale des
Übernahmevertrages

[]]³⁴

Provisionen

[Entfällt.]

[Management- und Übernahmeprovision

[Keine.] **[angeben]**

[Verkaufsprovision

[Keine.] **[angeben]**

[Börsenzulassungsprovision

[Keine.] **[angeben]**

[Sonstige

[Keine.] **[angeben]**

Nettoerlös der Emission³⁵

[Entfällt.] [Nicht offengelegt.] **[angeben]**

³³ Angaben sind nur einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung) oder wenn die Rückzahlung der Schuldverschreibungen von einem Basiswert abhängt. Liegt kein öffentliches Angebot vor, ist „Entfällt.“ anzugeben.

³⁴ Sofern anwendbar z.B. einfügen „Im Übernahmevertrag verpflichtet sich die Emittentin, die Schuldverschreibungen zu begeben und die Manager verpflichten sich, die Schuldverschreibungen zu zeichnen und die Emittentin und die Manager vereinbaren die Provisionen“; Sonstiges angeben, einschließlich Quoten, soweit anwendbar.

³⁵ Ausgabepreis abzüglich Management- und Übernahmeprovision sowie Verkaufsprovision. Nicht anwendbar, falls der Ausgabepreis und/oder der Nennbetrag zum Datum dieser Endgültigen Bedingungen nicht feststeht. Bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung) oder wenn die Rückzahlung der Schuldverschreibungen von einem Basiswert abhängt und wenn die Gründe für das Angebot nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken bestehen (siehe Abschnitt „Use of Proceeds“ im Prospekt), sind weitere Angaben zu den Gründen für das Angebot, die geschätzten Gesamtkosten der Emission sowie dem geschätzten Nettoerlös einzufügen.

E. BÖRSENNOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN

Börsenzulassung(en) und Zulassung(en) zum Handel³⁶ [Entfällt, es ist keine Börsenzulassung vorgesehen.]

[Regulierter Markt:

Der Antrag auf [Einführung zugelassener Wertpapiere][bzw.][Zulassung von Wertpapieren] im regulierten Markt an

[der Frankfurter Wertpapierbörse (Deutschland)]

[im Zertifikate Standard-Segment]

[im Zertifikate Premium-Segment]

[[wird] [für diese Tranche] frühestens mit Wirkung zum [Datum einfügen]] [bzw.] [der Antrag an] [und][,][an]

[der Luxemburger Wertpapierbörse (Luxemburg)]

[[wird] frühestens [für diese Tranche] mit Wirkung zum [Datum einfügen]] [bzw.] [der Antrag an] [und] [,] [an]

[andere Börse einfügen]

[wird [für diese Tranche] frühestens mit Wirkung zum [Datum einfügen]]

gestellt.

[Dieser Antrag erfolgt auf der Grundlage des Zulassungsbeschlusses

[der Frankfurter Wertpapierbörse vom [Datum einfügen]]

[bzw.] [der Luxemburger Wertpapierbörse]

in Bezug auf die Zulassung von [unter dem Emissionsprogramm für

Inhaberschuldverschreibungen [II][]] begebenen

Schuldverschreibungen.]

[Ab dem Datum ihrer Einführung ist diese Tranche fungibel mit allen

anderen Tranchen dieser Serie, die bereits zum Handel zugelassen sind.]

[Details angeben]]

[Andere Märkte:

Es ist vorgesehen, für die Schuldverschreibungen einen Antrag auf Einbeziehung

[in den Freiverkehr

[der Frankfurter Wertpapierbörse (Deutschland)]

[der Börse Frankfurt Zertifikate AG] [im Zertifikate Standard-Segment]

[im Zertifikate Premium-Segment]

[anderes Marktsegment]

[frühestens [für diese Tranche] mit Wirkung zum [Datum einfügen]]

][und][der]

[in den Euro MTF Markt der Luxemburger Wertpapierbörse (Luxemburg)]

[anderes Marktsegment]

[frühestens [für diese Tranche] mit Wirkung zum [Datum einfügen]]

[andere Börse und Land einfügen] [(Marktsegment einfügen)]

[frühestens [für diese Tranche] mit Wirkung zum [Datum einfügen]]

zu stellen.]

[Details angeben]]

[Letzter Handelstag:

[[Vorbehaltlich einer Vorzeitigen Rückzahlung [bzw. eines Delistings] ist]

Letzter Handelstag für diese Schuldverschreibungen [ist] [vorbehaltlich

eines Delistings] regelmäßig der

[[] [Tag, der für [alle Börsen] [mindestens eine Börse], an [denen] [der]

die Schuldverschreibungen einbezogen bzw. zum Handel zugelassen sind,]

ein] Börsenhandelstag [ist,]] [[] Bankgeschäftstag] vor dem

Fälligkeitstag.]

[[Börsenhandelstag ist [in Bezug auf die [jeweilige] Börse, an der die

Schuldverschreibungen in den [Freiverkehr einbezogen] [bzw. in den]

[regulierten Markt eingeführt] wurde,] jeder Tag, an dem die [jeweilige]

Börse nach ihren jeweils aktuellen Regularien für den Handel geöffnet ist.

[Sofern die Schuldverschreibungen zum relevanten Zeitpunkt nicht oder

nicht mehr im [Freiverkehr] [bzw. in den] [regulierten Markt] [einer der

jeweiligen Börsen] [der Börse] [einbezogen][bzw.] [eingeführt] ist, gilt als

³⁶ Einzufügen sind 1) bei jeder relevanten Börse/Markt Angaben zur Zulassung zum Handel der [Serie] [Tranche]: [Zulassung wurde beantragt] [Sonstige Angaben] und 2) soweit bekannt, Angabe des frühestmöglichen Termins der Zulassung der Wertpapiere zum Handel [mit Wirkung zum [Datum einfügen]].

Börsenhandelstag jeder [Tag in Frankfurt am Main, an dem die DekaBank für den Handel geöffnet ist][Bankgeschäftstag in Frankfurt am Main.][andere Definition einfügen]]
[Details angeben]]

Weitere bestehende Börsenzulassung(en) und Zulassung(en) zum Börsenhandel³⁷

[Entfällt.]
[Keine.]

- Luxemburg [Geregelter Markt der Luxemburger Wertpapierbörse
(*Bourse de Luxembourg*)]
[Details angeben]]
- Deutschland [Details angeben]]
- Sonstige [Einzelheiten für alle weiteren relevanten Märkte einfügen]]

Sekundärhandel

[Entfällt.]

- Intermediäre im Sekundärhandel³⁸
- [Kursstabilisierender Manager] [] [Einzelheiten einfügen: Name und Anschrift sowie Hauptbedingungen
der Zusagevereinbarung]]
- [Market Making][Sonstige] [Einzelheiten einfügen: Name und Anschrift sowie
Hauptbedingungen der Zusagevereinbarung]]

³⁷ Nur anwendbar bei Schuldverschreibungen, die unter einer bereits bestehenden Serie ausgegeben werden. Angabe sämtlicher geregelter oder gleichwertiger Märkte, auf denen nach Kenntnis der Emittentin Schuldverschreibungen der Emittentin der gleichen Wertpapierkategorie, die zum Handel angeboten oder zugelassen werden sollen, bereits zum Handel zugelassen sind.

³⁸ Einzufügen sind Institute, die aufgrund einer festen Zusage als Intermediäre im Sekundärhandel tätig sind und Liquidität mittels Geld- und Briefkursen erwirtschaften.

F. ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Verkaufsbeschränkungen

[C Bestimmungen][D Bestimmungen]
[Weder C Bestimmungen noch D Bestimmungen]

Zustimmung zur Verwendung des Prospekts

Zusätzliche Informationen zur
Zustimmung:

[Falls keine Zustimmung erteilt wird, einfügen:

Entfällt. Die Emittentin erteilt keine Zustimmung zur Verwendung des Prospekts für eine spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Platzeure und/oder Finanzintermediäre.]

[Falls eine generelle Zustimmung erteilt wird, einfügen:

Jeder Platzeur und jeder weitere Finanzintermediär, der die Schuldverschreibungen nachfolgend weiter verkauft oder endgültig platziert, ist berechtigt den Prospekt (einschließlich etwaiger Nachträge und der bei den zuständigen Aufsichtsbehörden hinterlegten maßgeblichen Endgültigen Bedingungen) für den späteren Weiterverkauf oder die endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen während der Angebotsfrist zu verwenden, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Luxemburger Prospektgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, noch gültig ist:

[[a)] in Deutschland [und][,]]

[[b)] in Luxemburg].]

[Falls eine individuelle Zustimmung erteilt wird, einfügen:

Die Emittentin hat [dem][den] nachfolgend genannten [Platzeur[en]] [und] [weiteren] [Finanzintermediär[en]] die Zustimmung zur Verwendung des Prospekts (einschließlich etwaiger Nachträge und der bei den zuständigen Aufsichtsbehörden hinterlegten maßgeblichen Endgültigen Bedingungen) für den späteren Weiterverkauf oder die endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen während der Angebotsfrist erteilt, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt in Übereinstimmung mit Artikel 11 des Luxemburger Prospektgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, noch gültig ist:

[in Deutschland: **[Namen und Adressen einfügen]**[]]

[in Luxemburg: **[Namen und Adressen einfügen]**[]].]

Angebotsfrist:

[Ist der unter Teil C dieser Endgültigen Bedingungen genannte Angebotszeitraum.]

[Ist der Zeitraum vom [] bis zum []]

[Ist die Dauer der Gültigkeit des Prospekts gemäß Artikel 11 des Luxemburger Prospektgesetzes in der jeweils geltenden Fassung.]

[]

Bedingungen betreffend die Zustimmung:

[Bedingungen einfügen]

[Entfällt, es gibt keine zusätzlichen zu den im Prospekt genannten Bedingungen.]

Informationen nach erfolgter Emission im Hinblick auf [den][die] Basiswert[e]

Die Emittentin beabsichtigt keine Informationen nach erfolgter Emission zu veröffentlichen.

[Im Fall, dass Informationen veröffentlicht werden, Einzelheiten einfügen, wo die Informationen veröffentlicht werden, welche Informationen veröffentlicht werden und wo man die Informationen erhalten kann.]

Mindesterwerbsbetrag

[Entfällt.]

[[EUR 100.000][EUR 10.000][**anderen Betrag einfügen**] oder annähernd der entsprechende Gegenwert in einer anderen Währung.]
[(**Anzahl Schuldverschreibungen einfügen**) Schuldverschreibungen.]

Rating³⁹

Zum Rating der Emittentin einschließlich der Erläuterungen zur Bedeutung der einzelnen Ratings siehe im Prospekt „Teil C Wichtige Hinweise und allgemeine Informationen – C.4. Andere Allgemeine Informationen – 5. Rating“.

[Falls Einzelrating anwendbar, folgende Informationen zusätzlich einfügen:

Darüber hinaus [hat][haben] die nachfolgend genannte[n] Ratingagentur[en] [für diese Serie von Schuldverschreibungen] folgende[s] Rating[s] vergeben:

Ratingagentur	Rating
[Firma und Sitz der Ratingagentur, die das Rating abgegeben hat einfügen] („[Abkürzung einfügen]“)	[soweit anwendbar Rating-Bezeichnung einfügen] [Rating einfügen]
[]	[]

[Die vorgenannte[n] Ratingagentur[en] [**Kurzbezeichnung einfügen**], [[hat] [haben] [ihren] Sitz nicht in der Europäischen Union, aber eine europäische Tochtergesellschaft hat die Registrierung gemäß der Ratingverordnung beantragt und die Absicht angezeigt, Ratings abzugeben, obwohl die entsprechende Registrierungsentscheidung (einschließlich der Entscheidung über die Nutzung von Ratings, die von [**Kurzbezeichnung einfügen**] abgegeben wurden) durch die zuständige Aufsichtsbehörde noch nicht zugestellt wurde.]

[[hat][haben] [ihren] Sitz in der Europäischen Union und die Registrierung gemäß der Ratingverordnung beantragt, wenngleich die Registrierungsentscheidung der zuständigen Aufsichtsbehörde noch nicht zugestellt worden ist.]

[[hat] [haben] [ihren] Sitz [nicht] in der Europäischen Union. Sie [ist][sind][nicht] gemäß der Ratingverordnung über Ratingagenturen, in der jeweils geltenden Fassung, registriert [und [wird][werden] in der Liste der registrierten und zertifizierten Ratingagenturen genannt, die auf der Internetseite der European Securities and Markets Authority www.esma.eu veröffentlicht wird].]

]

[Soweit anwendbar und nicht bereits im Prospekt an der vorstehend bezeichneten Stelle enthalten, hier kurze Erläuterung der Bedeutung der vorstehend genannten Ratings einfügen]]

³⁹ Anwendbaren Hinweis gemäß Ratingverordnung in Bezug auf die jeweils vorstehend genannte Ratingagentur rechts mit einfügen

Zusätzliche Information in Bezug auf NGN und für die ICSDs⁴⁰:**[Entfällt.]**

[Im Fall der Anwendbarkeit der NGN ist damit beabsichtigt, die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt ihrer Emission bei einer der internationalen zentralen Verwahrstellen (ICSDs) als gemeinsame Sicherheitsverwahrstelle einzureichen. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt ihrer Emission oder zu einem anderen Zeitpunkt während ihrer Laufzeit als geeignete Sicherheit im Sinne der Geldpolitik des Eurosystems und für Zwecke der untertägigen Kreditfähigkeit durch das Eurosystem anerkannt werden. Eine solche Anerkennung hängt von der Erfüllung der Kriterien der Eignung des Eurosystems ab.]

[Zusätzliche Informationen zur Verwahrung:

Soll in EZB-fähiger Weise gehalten werden:

Ja.

Es wird darauf hingewiesen, dass „ja“ hier lediglich bedeutet, dass die Wertpapiere nach ihrer Begebung bei einem der ICSDs als gemeinsamen Verwahrer verwahrt werden; es bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Schuldverschreibungen bei ihrer Begebung, zu irgendeinem Zeitpunkt während ihrer Laufzeit oder während ihrer gesamten Laufzeit als zulässige Sicherheiten für die Zwecke der Geldpolitik oder für Innertageskredite des Eurosystems anerkannt werden. Eine solche Anerkennung ist abhängig davon, ob die Zulassungskriterien des Eurosystems erfüllt sind.]⁴¹

[Börsenzulassung und Zulassung zum Börsenhandel:⁴²

Die vorstehenden Endgültigen Bedingungen enthalten die Angaben, die für die Zulassung dieser Emission von Schuldverschreibungen [voraussichtlich] ab dem Tag und an der/den Börse(n) wie unter E. („BÖRSENNOTIERUNG UND ZULASSUNG ZUM HANDEL UND HANDELSREGELN“) genannten unter dem Emissionsprogramm für Inhaberschuldverschreibungen der DekaBank Deutsche Girozentrale erforderlich sind.]

[Anlage:**[[Maßgebliche] Emissionsbedingungen]****[Zusammenfassung der einzelnen Emission]⁴³]**

⁴⁰ Anwendbar für alle Schuldverschreibungen, die in NGN-Form begeben werden, andernfalls „Entfällt“ auswählen und Unterpunkte löschen.

⁴¹ Nur ausfüllen, falls die Schuldverschreibungen als NGN begeben werden und in EZB-fähiger Weise von einem Common Safekeeper im Namen der ICSDs gehalten werden sollen.

⁴² Nur einzufügen, wenn vorgesehen ist, die Schuldverschreibungen an einer oder mehreren Börse(n) zuzulassen.

⁴³ Einzufügen bei Schuldverschreibungen mit einer Einzelstückelung von weniger als EUR 100.000 (oder annähernd entsprechendem Gegenwert in einer anderen Währung).

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

D.3. EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen (die "**Emissionsbedingungen**") unterscheiden sich nach der Art der Schuldverschreibungen. Sie sind durch Optionen, Auswahlmöglichkeiten und Bausteine und Platzhalter gekennzeichnet.

Für die Schuldverschreibungen, ergeben sich die Emissionsbedingungen aus dem Satz der Emissionsbedingungen entsprechend der gewählten Option:

Option I – Satz der Emissionsbedingungen für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit einem Referenzschuldner

Option II – Satz der Emissionsbedingungen für bonitätsabhängige Schuldverschreibungen mit mehreren Referenzschuldnern,

unter Berücksichtigung der Auswahl des jeweils anwendbaren Bausteins in einzelnen Abschnitten der Emissionsbedingungen.

Die Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen gelten für die Schuldverschreibungen so, wie sie durch die Bestimmungen der Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission vervollständigt werden.

Die Platzhalter in den anwendbaren Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, so als ob die Platzhalter in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären.

Alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen, deren Entsprechungen in den Endgültigen Bedingungen nicht ausdrücklich gewählt oder ausgefüllt bzw. die gestrichen sind, gelten als aus diesen Emissionsbedingungen gestrichen.

Die Emittentin wird die Emissionsbedingungen für eine bestimmte Emission von Schuldverschreibungen in der nachfolgend beschriebenen Art dokumentieren:

Die Endgültigen Bedingungen legen durch die vollständige Wiedergabe aller einschlägigen Auswahlmöglichkeiten und das Ausfüllen der entsprechenden Platzhalter im entsprechenden Satz der Emissionsbedingungen fest, welcher Satz von Emissionsbedingungen (Option I oder Option II) und welche Auswahlmöglichkeiten für eine konkrete Emission von Schuldverschreibungen anwendbar sein sollen.

OPTION I

SATZ DER EMISSIONSBEDINGUNGEN FÜR
BONITÄTSABHÄNGIGE SCHULDVERSCHREIBUNGEN MIT EINEM REFERENZSCHULDNER

[Bezeichnung der betreffenden Serie der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen]
Serie [Nr. einfügen]
(die „Serie der Schuldverschreibungen“)

§ 1
WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM,
DEFINITIONEN

(1) **Gesamtemissionsvolumen, Nennbetrag, Währung, Stückelung.**

Diese Serie der Schuldverschreibungen der Emittentin wird in der Festgelegten Währung (auch „Emissionswährung“) im nachfolgend genannten Gesamtemissionsvolumen, eingeteilt in die definierte Anzahl Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, begeben.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Schuldverschreibungen:	Diese Serie von Schuldverschreibungen.
Emittentin:	DekaBank Deutsche Girozentrale
Festgelegte Währung:	In Bezug auf die Emission (auch „Emissionswährung“): [Euro (auch „EUR“)] [andere Festgelegte Währung einschließlich Währungskürzel einfügen]
Gesamtemissionsvolumen:	[Im Fall von Aufstockungen je Tranche einfügen: Gesamtemissionsvolumen der Tranche (Nummer einfügen): [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Tranche einfügen] [Stück][EUR][andere Währungskürzel einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl der Tranche (Nummer einfügen)“] [der „Gesamtnennbetrag der Tranche (Nummer einfügen)“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Tranche in Worten einfügen][Stück][Euro][andere Währung einfügen])] [Im Fall von Aufstockungen für alle enthaltenen Tranchen zusammenfassend einfügen: Gesamtemissionsvolumen der Serie einschließlich der Tranche[n] Nr. (Nummer(n) einfügen):] [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Serie einfügen][Stück][EUR][anderes Währungskürzel einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl“] [der „Gesamtnennbetrag der Serie“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen in Worten einfügen] [Stück][Euro][andere Währung einfügen])
Festgelegte Stückelung:	[Eine Schuldverschreibung] [im definierten Nennbetrag]
Nennbetrag:	[10.000,00 EUR] [Anderen Nennbetrag der Festgelegten Stückelung größer gleich 10.000,00 EUR oder entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung einfügen] je Festgelegte Stückelung
Anzahl der in der Festgelegten Stückelung ausgegebenen Schuldverschreibungen:	[Im Fall von Aufstockungen einfügen: [je Tranche, die in diesen Emissionsbedingungen zusammengefasst sind, einfügen: Für die Tranche[n] (Nummer[n] einfügen): [Bis zu] [Anzahl Schuldverschreibungen in Bezug auf die Tranche einfügen] [Ist die Gesamtstückzahl der Tranchen (Nummer[n] einfügen).]] Für die Serie einschließlich der Tranche[n] Nr. (Nummer(n) einfügen):] [Bis zu] [Anzahl Schuldverschreibungen einfügen] [Ist die Gesamtstückzahl [der Serie].]

[Kleinste handelbare und übertragbare Einheit:	[+#Sofern unterschiedlich zu definieren, Gliederung jeweils voranstellen: [Für die Kleinste handelbare Einheit gilt:][Für die Kleinste übertragbare Einheit gilt:] +#-Ende] [Anzahl einfügen] [Schuldverschreibungen] [Betrag in Festgelegter Währung einfügen] [Ist [die]][das [Ganze Zahl größer gleich 1 einfügen]-fache der] Festgelegte[n] Stückelung[] [oder ein ganzzahliges Vielfaches davon]].
---	--

[+# Im Fall von Aufstockungen zusätzlich einfügen, sofern nicht bereits auf der Urkunde vermerkt:

Tranche[n]:	[Nummer(n) der Tranche[n] einfügen]
--------------------	--

Diese **[Nummer(n) der Tranche(n) einfügen]**. Tranche [bildet][bilden] zusammen mit [den][der] nachfolgend angegebenen Tranche[n] dieser Serie eine einheitliche Serie:

Erste Tranche begeben am **[Tag(e) der Begebung der ersten Tranche dieser Serie einfügen]**[.][und][.]

[Für jede weitere Tranche dieser Serie von auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen entsprechende Informationen einfügen:

[Nr. der Tranche einfügen]. Tranche begeben am **[Tag(e) der Begebung dieser Tranche einfügen]**[.][und][.]]

+#-Ende]

(2) Form.

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.

[#1-Bei Schuldverschreibungen, die ausschließlich durch eine Dauerglobalurkunde verbrieft sind, einfügen:

(3) Dauerglobalurkunde.

Die Schuldverschreibungen sind durch eine oder mehrere Dauerglobalurkunde(n) (die „**Dauerglobalurkunde**“ oder „**Globalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin [und ist von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen]

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist:

und wird von der Gesellschaft, die von der Emittentin als gemeinsame Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) bestellt ist, unterzeichnet

].

Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

#1-Ende]

[#2-Bei Schuldverschreibungen, die anfänglich durch eine Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind (D Bestimmungen), einfügen:

(3) Vorläufige Globalurkunde – Austausch.

(a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die „**Vorläufige Globalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, die durch eine Dauerglobalurkunde (die „**Dauerglobalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. Die Vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde (jeweils eine „**Globalurkunde**“) tragen jeweils die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin

[und sind jeweils von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen]

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

und werden von der Gesellschaft, die von der Emittentin als gemeinsame Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) bestellt ist (wie nachstehend definiert), unterzeichnet

].

Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

(b) Die Vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der „**Austauschtag**“) gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht weniger als 40 Tage und nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegt. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist hinsichtlich einer jeden solchen Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese Vorläufige Globalurkunde gemäß Absatz (3)(b) dieses § 1 auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die Vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika (wie in § 1(6) definiert) zu liefern.

#2-Ende]

(4) Clearing-System.

Jede Globalurkunde wird (falls sie nicht ausgetauscht wird) solange von einem oder im Namen eines Clearing-Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden in Form einer neuen Globalurkunde (New Global Note „NGN“) ausgegeben und von einer gemeinsamen Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) im Namen beider ICSDs verwahrt und können gemäß anwendbarem Recht und gemäß den anwendbaren Bestimmungen und Regeln des Clearing Systems übertragen werden.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Clearing-System:	[bei mehr als einem Clearing-System einfügen: Jeweils] [Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main („CBF“)] [Adresse einfügen] [,] [Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg („CBL“)] [Adresse einfügen] [und] [Euroclear Bank SA/NV, als Betreiberin des Euroclear Systems („Euroclear“)] [Adresse einfügen] [(CBL und Euroclear jeweils ein „ICSD“ und zusammen die „ICSDs“) [,] [und] [anderes Clearing-System angeben] oder deren Funktionsnachfolger.
-------------------------	--

[Falls die Globalurkunde eine CGN ist, einfügen:

(5) Gläubiger von Schuldverschreibungen.

Gläubiger:	Bezeichnet jeden Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen Rechts an den Schuldverschreibungen, das gemäß anwendbarem Recht und gemäß den anwendbaren Bestimmungen und Regeln des Clearing-Systems übertragen werden kann.
-------------------	---

] [Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

(5) Register der ICSDs.

Der Gesamtnennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Gesamtnennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen, und eine zu diesen Zwecken von einem ICSD zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgestellte Bestätigung mit dem Gesamtnennbetrag der so verbrieften Schuldverschreibungen ist ein schlüssiger Nachweis über den Inhalt des Registers des jeweiligen ICSD zu diesem Zeitpunkt.

Bei Rückzahlung oder Zahlung einer Rate oder einer Zinszahlung bezüglich der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen bzw. bei Kauf und Entwertung der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen stellt die Emittentin sicher, dass die Einzelheiten über Rückzahlung und Zahlung bzw. Kauf und Löschung bezüglich der Globalurkunde pro rata in die Unterlagen der ICSDs eingetragen werden, und dass, nach dieser Eintragung, vom Gesamtnennbetrag der in die Register der ICSDs aufgenommenen und durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen der Gesamtbetrag der zurückgekauften bzw. gekauften und entwerteten Schuldverschreibungen bzw. der Gesamtbetrag der so gezahlten Raten abgezogen wird.

[+/-Im Falle einer vorläufigen Globalurkunde, einfügen:

Bei Austausch eines Anteils von ausschließlich durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen wird die Emittentin sicherstellen, dass die Einzelheiten dieses Austauschs pro rata in die Aufzeichnungen der ICSDs aufgenommen werden.

+/-Ende]

]

(6) Weitere Definitionen.

(a) Allgemeine Definitionen.

[Bankgeschäftstag:	[Ist ein] [Ein] Tag, an dem die Banken in [Frankfurt am Main] [und] [andere(n) relevante(n) Ort(e) einfügen] für den allgemeinen Geschäftsverkehr geöffnet sind.]
[Clearing-System-Geschäftstag:	Jeder Tag, an dem alle gewählten Clearing-Systeme für die Annahme und Ausführung von Abwicklungsanweisungen geöffnet sind (oder wären, wenn nicht eine Clearing-System-Abwicklungsstörung eingetreten wäre).]
Tag der Begebung:	[#1-Falls ein Datum definiert ist: [Datum einfügen] #1--Ende] [#2- Falls eine Abhängigkeit von einem anderen Tag oder Termin besteht, einfügen: [Ist der][Der] [[dritte]][andere Zahl einfügen] Bankgeschäftstag nach dem Handelstag [anderen Bezug einfügen] , voraussichtlich der [Datum einfügen] . #2-Ende]
Fälligkeitstag:	Ist der Vorgesehene Fälligkeitstag ([vorgesehener Fälligkeitstag einfügen]) [oder der Verschobene Fälligkeitstag] (wie in § 5(1) definiert).
Geschäftstag:	[Ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing-System Zahlungen abwickelt [#1-Falls die Festgelegte Währung Euro ist oder wenn Zahlungen über TARGET abgewickelt werden einfügen: und der ein TARGET-Geschäftstag ist. #1-Ende] [#2-Falls die Festgelegte Währung nicht Euro ist, einfügen: [, der ein TARGET-Geschäftstag ist] und an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [sämtliche relevante Finanzzentren einfügen] Zahlungen abwickeln. #2-Ende]]
ISDA-Geschäftstag:	[Ist] jeder Tag, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [sämtliche relevanten Finanzzentren abhängig vom Transaktionstyp einfügen] Zahlungen abwickeln und/oder der ein TARGET-Geschäftstag ist.] [Ist jeder Bankgeschäftstag.] [Ist jeder Geschäftstag.]
[Handelstag:	[Datum einfügen]]
Rundungsregeln:	Soweit nachfolgend in diesen Emissionsbedingungen nicht etwas anderes bestimmt ist, gelten für sämtliche Berechnungen, Ermittlungen und Festsetzungen, die unter diesen Schuldverschreibungen getroffen werden, folgende Rundungsregeln: a) Beträge in der Festgelegten Währung werden auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden. b) Zinssätze in Prozent per annum werden grundsätzlich auf die [Relevante Nachkommastelle angeben] Stelle nach dem Komma auf- oder abgerundet, wobei ab [Relevante Zahl in folgendem Format einfügen 0,xx5] aufgerundet wird.
TARGET:	Das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) oder ein Nachfolgesystem davon.
TARGET-Geschäftstag:	Bedeutet einen Tag, an dem TARGET betriebsbereit ist.
[Vereinigte Staaten von Amerika:	Bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des „District of Columbia“) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und Northern Mariana Islands).]
BGB:	Bezeichnet das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch.

(b) **Spezielle Definitionen.**

ISDA:	<p>International Swaps and Derivatives Association, Inc.</p> <p>ISDA ist eine private Handelsorganisation, die ihre Mitglieder, sowohl große Institutionen weltweit, die mit derivativen, auf bestimmte Basiswerte bezogenen Finanzprodukte handeln, als auch viele private und staatliche Unternehmen, am Derivatemarkt vertritt und in Absprache mit Marktteilnehmern Standard-Bedingungen und Dokumentationsmaterialien für den Derivatemarkt entwickelt und veröffentlicht (die „ISDA-Bedingungen“). ISDA-Bedingungen sind in englischer Sprache verfasst und unterliegen englischem Recht oder dem Recht des Staates New York.</p> <p>Die einheitliche Anwendung von ISDA-Bedingungen wird seitens ISDA unterstützt durch Verlautbarungen, Protokolle und Auslegungsdirektiven, die zwischen ISDA und den Marktteilnehmern vereinbart werden (die „ISDA-Verlautbarungen“) und/oder durch Entscheidungen eines von ISDA gebildeten und mit Händlern und Käufern von kreditabhängigen Finanzinstrumenten besetzten Entscheidungskomitees (das „Komitee“), das dem Zweck dient, im Zusammenhang mit den ISDA-Bedingungen, bestimmte Fragen und Sachverhalte zu entscheiden, (die „Komiteeentscheidungen“). Die Zusammensetzung des Komitees, die Zuständigkeit des Komitees für bestimmte Fragen und Sachverhalte und die Verfahren für die Durchführung von Komiteeentscheidungen unterliegen besonderen Regeln in den ISDA-Bedingungen (in der von ISDA jeweils geänderten und auf ihrer Website www.isda.org (oder einer etwaigen Nachfolge-Website) veröffentlichten Fassung, das „Regelwerk“).</p>				
Referenzschuldner:	<p>[Referenzschuldner einfügen] und der oder die jeweils gemäß § 5b(2) bestimmte(n) Nachfolger.</p> <table border="1"><tr><td>[Im Fall von einem Referenzschuldner ohne offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur einfügen: Eigenes Credit-Research:</td><td>Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]</td></tr><tr><td>[Transaktionstyp:</td><td>[]</td></tr></table>	[Im Fall von einem Referenzschuldner ohne offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur einfügen: Eigenes Credit-Research:	Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]	[Transaktionstyp:	[]
[Im Fall von einem Referenzschuldner ohne offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur einfügen: Eigenes Credit-Research:	Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]				
[Transaktionstyp:	[]				
Kreditereignis- Beobachtungs-Endtag	[Datum einfügen]				

§ 2
STATUS

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

(1) Zinszahlungen, Zinszahlungstage und Zinsperioden.

(a) Zinszahlungen.

(i) Zinszahlungen bei Nichteintritt eines Kreditereignisses:

Die Schuldverschreibungen werden – vorbehaltlich einer vorzeitigen Rückzahlung und vorbehaltlich des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstages gemäß § 5a(1) – in Höhe ihres Nennbetrags mit dem in Absatz (2) für die jeweilige Zinsperiode definierten Zinssatz verzinst.

Die Zinsen auf die Schuldverschreibungen werden jeweils nachträglich – vorbehaltlich einer Verschiebung nach Absatz (e) – am Zinszahlungstag in der Festgelegten Währung zahlbar.

Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des in Absatz (7) beschriebenen Zinstagequotienten.

(ii) Zinszahlungen nach Eintritt eines Kreditereignisses:

[+#1-Im Fall, dass die Verzinsung für die gesamte Zinsperiode, in der das Kreditereignis eintritt, entfällt, einfügen:

Ist ein Ereignis-Feststellungstag gemäß § 5a(1) in Bezug auf den Referenzschuldner eingetreten, erlischt die Verpflichtung der Emittentin zur Verzinsung der Schuldverschreibungen für die gesamte Zinsperiode, in welche der Ereignis-Feststellungstag fällt sowie für zukünftige Zinsperioden.

+#1-ENDE]

[+#2-Im Fall, dass die Verzinsung erst ab dem Tag nach dem Ereignis-Feststellungstag entfällt, einfügen:

Ist ein Ereignis-Feststellungstag gemäß § 5a(1) in Bezug auf den Referenzschuldner eingetreten, erlischt die Verpflichtung der Emittentin zur Verzinsung der Schuldverschreibungen ab dem Ereignis-Feststellungstag (ausschließlich) sowie für zukünftige Zinsperioden.

+#2-ENDE]

Der Zinsbetrag kann auch den Wert Null betragen; es erfolgt dann keine Zinszahlung.

(b) Zinszahlungstage.

Zinszahlungstag:	Ist [vorbehaltlich der Geschäftstage-Konvention (wie nachstehend beschrieben)] [der] [jeweilige] Festzinstermine.
-------------------------	---

Es gelten die folgenden Definitionen:

[+#-Falls die Zinszahlungstage der Geschäftstage-Konvention unterliegen, zusätzlich einfügen:

Geschäftstage-Konvention:	Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so wird der Zinszahlungstag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.
Festzinstermine:	[Ist][jeweils][Sind] [Festzinstermine] einfügen.
Erster Zinszahlungstag:	Ist [voraussichtlich] der [Ersten Zinszahlungstag einfügen].

+#-Ende]

(c) Zinsperioden.

Zinsperiode:	#1-Bei einer Zinsperiode einfügen: Ist der Zeitraum vom [Verzinsungsbeginn] [anderen definierten Tag einfügen] (einschließlich) bis zum Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag (ausschließlich)] #2-Bei mehreren Zinsperioden einfügen: Ist jeweils der Zeitraum vom [Verzinsungsbeginn][anderen definierten Tag einfügen] (einschließlich) bis zum [ersten][Ersten] Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag (ausschließlich) (Zinsperiode mit der laufenden Nummer (i=[1][Nr. einfügen])) bzw. von jedem Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag (einschließlich) bis zum jeweils darauf folgenden Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag [, letztmals bis zum [Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag] [Verschobenen Fälligkeitstag][Vorgesehenen Fälligkeitstag] [anderen definierten Tag einfügen]] (ausschließlich) (Zinsperioden mit der laufenden Nummer (i=[2][Nr. einfügen]) und die Folgenden)] (nicht angepasst).
---------------------	--

[+#Im Fall von kurzen bzw. langen ersten bzw. letzten oder einzigen Zinsperiode zusätzlich einfügen:

[Im Fall von abweichenden (ersten) Zinsperiode(n) einfügen:

Es gibt [eine] [andere Anzahl einfügen] [kurze] [lange] [erste] Zinsperiode.]

[Im Fall einer abweichenden letzten Zinsperiode einfügen:

Es gibt eine [kurze] [lange] letzte Zinsperiode.]

[Im Fall unterschiedlich langer Zinsperioden einfügen:

Die Zinsperioden sind in ihrer Länge variabel.]

+#-Ende]

Es [gilt][gelten] die folgende[n] Definition[en]:

Verzinsungsbeginn:	[Ist der Tag der Begebung.][anderen Verzinsungsbeginn einfügen]
Maßgeblicher Zinsperioden-Endtag:	Ist der [jeweilige] [Festzinsterminein] [Festgelegte Zinsterminein] [anderen maßgeblichen Zinsperioden-Endtag der jeweiligen Zinsperiode einfügen].
[Erster Maßgeblicher Zinsperioden-Endtag:	[Ersten Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag einfügen]]

(d) (Absichtlich freigelassen)

(e) Verschiebung der Zinszahlung.

Wenn die Zinsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen, kann die Emittentin die an einem Zinszahlungstag fällige Zinszahlung durch Veröffentlichung einer Mitteilung gemäß § 12 verschieben, muss diese jedoch spätestens an dem Vershobenen Zinszahlungstag zahlen. Die Emittentin ist aufgrund einer Verschiebung der Zahlung nicht verpflichtet, zusätzlich Zinsen zu zahlen. Die Emittentin teilt den Gläubigern den Tag für die verschobene Zinszahlung gemäß § 12 spätestens an dem Vershobenen Zinszahlungstag mit.

[+#1-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium nicht anwendbar ist, einfügen:

Vershobener Zinszahlungstag:	Ist der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis (wie in § 5(1)(c) definiert) liegt.
Zinsverschiebungsvoraussetzungen:	Bedeutet, dass [am oder vor dem [letzten] [anderen Bezug einfügen] [Bankgeschäftstag] [anderen relevanten Tag einfügen] einer Zinsperiode bzw. im Fall der letzten Zinsperiode] am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Die Verschiebung der Zinszahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis zulässig.

+#1-Ende]

[+#2-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:

Verschobener Zinszahlungstag:	Ist der spätere der beiden folgenden Tage: (a) der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis (wie in § 5(1)(c) definiert) liegt oder (b) der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach der betreffenden Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium (wie in § 5a(2) definiert) liegt.
Zinsverschiebungs-voraussetzungen:	Bedeutet, dass (a) [am oder vor dem [letzten] [anderen Bezug einfügen] [Bankgeschäftstag] [anderen relevanten Tag einfügen] einer Zinsperiode bzw. im Fall der letzten Zinsperiode] am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist oder (b) [am oder vor dem [letzten] [anderen Bezug einfügen] [Bankgeschäftstag] [anderen relevanten Tag einfügen] einer Zinsperiode bzw. im Fall der letzten Zinsperiode] am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag eine Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium veröffentlicht wurde. Die Verschiebung der Zinszahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis bzw. der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium zulässig.

+#2-Ende]

(2) Zinssatz.

[#1-Falls ein einheitlicher Festzinssatz für die gesamte Laufzeit gilt, einfügen:

[Für die Schuldverschreibungen ist ein Zinssatz festgelegt.]

[Für die Schuldverschreibungen wird am Anfänglichen Bewertungstag von der Emittentin ein Zinssatz festgelegt.]

[Es gilt die folgende Definition:]

[Zinssatz:]	[[Festzinssatz einfügen] % [p.a.][per annum.]] [Der von der Emittentin am Anfänglichen Bewertungstag festgelegte Prozentsatz per annum, der mindestens [Zahl einfügen] % und maximal [Zahl einfügen] % betragen wird.]
--------------------	--

#1-Ende]

[#2-Falls unterschiedliche Festzinssätze (Step up) zur Anwendung kommen sollen, einfügen:

[Für die Schuldverschreibungen ist ein Zinssatz festgelegt.]

[Für die Schuldverschreibungen wird am Anfänglichen Bewertungstag von der Emittentin ein Zinssatz festgelegt.]

[Es gilt die folgende Definition:

[Zinssatz:]	[Ist für die einzelnen Zinsperioden jeweils der folgende Zinssatz:] [Ist der von der Emittentin am Anfänglichen Bewertungstag für die einzelnen Zinsperioden jeweils im Rahmen der angegebenen Spanne festgelegte Prozentsatz per annum:]	
	[Zinsperiode [(lfd.) Nr.]]	[Zinssatz [in % [p.a.][per annum]]] [Spanne für die Festlegung des Zinssatzes [in % [p.a.][per annum]]*]
	[Zinsperiode einfügen] [(lfd. Nr.)]	[Festzinssatz einfügen] [Spanne einfügen]
[*	Der jeweilige Wert wird von der Emittentin am [Anfänglichen [Bewertungstag]] [anderen relevanten Tag einfügen] festgelegt.]	

]

#2-Ende]

(3) Zinsbetrag.

Der „Zinsbetrag“ wird von der Berechnungsstelle für die jeweilige Zinsperiode ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie nachstehend definiert) direkt auf den Nennbetrag angewendet werden, wobei der sich ergebende Betrag in Festgelegter Währung entsprechend der Rundungsregeln gerundet wird.

(4) Bekanntmachungen.

Die Berechnungsstelle wird – soweit nicht bereits in diesen Emissionsbedingungen festgelegt oder bezeichnet – veranlassen, dass alle Festlegungen gemäß diesem § 3 in Bezug auf den etwaigen Zinssatz, den Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der relevante Zinszahlungstag der Emittentin, den Gläubigern, der Zahlstelle und allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung verlangen, mitgeteilt werden.

Im Falle einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind, sowie den Gläubigern mitgeteilt.

Die Mitteilung an die Gläubiger erfolgt jeweils gemäß § 12.

(5) Verbindlichkeit der Festsetzungen.

Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 3 gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt) für die Emittentin, die Emissionsstelle, die Zahlstellen und die Gläubiger bindend.

(6) Auflaufende Zinsen.

Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, erfolgt die Verzinsung der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen. Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem jeweils von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

(7) Zinstagequotient.

<p>Zinstagequotient [(nachstehende Kurzbezeichnung einfügen):</p>	<p>Bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrags [auf eine Schuldverschreibung] [anderen Bezug einfügen] für einen beliebigen Zeitraum (der „Zinsberechnungszeitraum“):</p>	
<p>[#1-Im Fall von festverzinslichen Schuldverschreibungen und Actual/Actual (ICMA) einfügen:</p>		
<p>(Actual/Actual (ICMA))</p>	<ol style="list-style-type: none"> 1. falls der Zinsberechnungszeitraum kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die er fällt oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in diesem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch das Produkt <ol style="list-style-type: none"> (a) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (b) der Anzahl der Feststellungsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden; und 2. falls der Zinsberechnungszeitraum länger ist als eine Feststellungsperiode, die Summe aus <ol style="list-style-type: none"> (a) der Anzahl der Tage in diesem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher dieser Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt <ol style="list-style-type: none"> (i) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (ii) der Anzahl der Feststellungsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden; und (b) der Anzahl der Tage in diesem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt <ol style="list-style-type: none"> (i) der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode und (ii) der Anzahl der Feststellungsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden. <p>Es gelten die folgenden Definitionen:</p>	
	Feststellungsperiode:	Bezeichnet den Zeitraum ab einem Feststellungstermin (einschließlich), der in ein beliebiges Jahr fällt, bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich).
	Feststellungstermin:	[Tag und Monat einfügen, im Fall von Festzinstermine z.B. ausschließlich den Tag und den Monat des Festzinstermine ohne Jahresangabe]

]

[#3-Im Fall von Actual/Actual (Actual/365) einfügen:

(Actual/Actual (Actual/365))	die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder falls ein Teil des Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe von (a) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 366 und (b) die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die nicht in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 365).
-------------------------------------	---

]

[#4-Im Fall von Actual/365 (Fixed) einfügen:

(Actual/365 (Fixed))	die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 365.
-----------------------------	---

]

**§ 4
ZAHLUNGEN**

(1) Allgemeine Bestimmungen.

Alle Zahlungen durch die Emittentin unter den Schuldverschreibungen unterliegen in jeder Hinsicht den am Zahlungsort geltenden Gesetzen, Vorschriften und Verfahren. Weder die Emittentin, noch die Zahlstelle übernimmt eine Haftung für den Fall, dass die Emittentin oder die Zahlstelle aufgrund dieser Gesetze, Vorschriften und Verfahren nicht in der Lage sein sollte, die geschuldeten Zahlungen unter den Schuldverschreibungen vorzunehmen.

(2) Zahlungen von Kapital und etwaigen Zinsen.

Zahlungen von Kapital und etwaigen Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe der nachstehenden Absätze an das Clearing-System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing-Systems in der für die jeweilige Zahlung anwendbaren festgelegten Währung.

[Bei Zahlungen auf eine Vorläufige Globalurkunde einfügen:

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nur nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1(3)(b).

]

(3) Zahlungsweise.

Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in der festgelegten Währung.

(4) Erfüllung.

Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing-System oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(5) Zahltag.

Sofern in diesen Emissionsbedingungen für Zahlungen nichts Abweichendes festgelegt ist, gilt Folgendes:

Fällt der Tag, an dem eine Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung fällig wird, auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag.

Der Gläubiger ist nicht berechtigt weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

Für diese Zwecke gilt:

Zahltag:	Ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing-System Zahlungen abwickelt [#1-Falls die Festgelegte Währung Euro ist oder wenn Zahlungen über TARGET, einfügen: und der ein TARGET-Geschäftstag ist. #1-Ende] [#2-Falls die Festgelegte Währung nicht Euro ist und es ein oder mehrere Finanzzentren gibt, einfügen: [, der ein TARGET-Geschäftstag ist] und an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [Relevantes Haupt-Finanzzentrum oder sämtliche relevante Finanzzentren einfügen] Zahlungen abwickeln. #2-Ende]
-----------------	---

(6) **Bezugnahmen auf Kapital [Falls bei Schuldverschreibungen die vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen: und Zinsen].**

Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein:

den Rückzahlungsbetrag gemäß § 5(1),

[Falls die Emittentin ein Sonderkündigungsrecht hat, einfügen:

den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag gemäß § 5(2),

]

den Barausgleichsbetrag gemäß § 5(4),

den Anfechtungs-Auszahlungsbetrag gemäß § 14,

sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge.

[Falls vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen:

Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Zinsen auf Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß § 7 zahlbaren zusätzlichen Beträge ein.

]

(7) **Hinterlegung von Kapital und etwaigen Zinsen.**

Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Kapitalbeträge und etwaige Zinsbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

§ 5
RÜCKZAHLUNG

(1) Rückzahlung bei Fälligkeit.

(a) Allgemeine Bestimmungen.

Soweit die Schuldverschreibungen nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet sind und soweit kein Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) eingetreten ist, werden die Schuldverschreibungen – vorbehaltlich einer Verschiebung nach Absatz (c) – am Vorgesehenen Fälligkeitstag durch Zahlung des nachfolgend definierten Rückzahlungsbetrags zurückgezahlt.

Die mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte gelten als am Tag der Fälligkeit automatisch ausgeübt, ohne dass es der Abgabe einer Ausübungserklärung oder der Erfüllung sonstiger Voraussetzungen bedarf (Automatische Ausübung).

Hierbei gilt:

Vorgesehener Fälligkeitstag:	[]
-------------------------------------	-----

(b) Rückzahlungsbetrag.

Der „Rückzahlungsbetrag“ (auch „RB“) in festgelegter Währung beträgt:

RB = 100 % des Nennbetrags je Schuldverschreibung.

Im Fall des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) erfolgt keine Rückzahlung zum Rückzahlungsbetrag. Der Gläubiger erhält in diesem Fall nur den Barausgleichsbetrag nach § 5(4)(a), welcher den Wert Null betragen kann; d.h. ein Gläubiger kann sein gesamtes eingesetztes Kapital verlieren.

(c) Verschiebung der Rückzahlung.

Wenn die Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen, kann die Emittentin die an dem Vorgesehenen Fälligkeitstag fällige Rückzahlung durch Veröffentlichung einer Mitteilung gemäß § 12 verschieben, muss diese jedoch spätestens an dem Vershobenen Fälligkeitstag zahlen. Die Emittentin ist aufgrund einer Verschiebung der Rückzahlung nicht verpflichtet, zusätzlich Zinsen zu zahlen. Die Emittentin teilt den Gläubigern den Tag für die verschobene Rückzahlung gemäß § 12 spätestens an dem Vershobenen Fälligkeitstag mit.

[+#1-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium nicht anwendbar ist, einfügen:]

Potenzielles Kreditereignis:	Bezeichnet bezogen auf den Referenzschuldner den Eintritt eines Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis.
Vershobener Fälligkeitstag:	Ist der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis liegt.
Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen:	Bedeutet, dass am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Die Verschiebung der Rückzahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis zulässig.

+#1-Ende]

[+#2-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:]

Potenzielles Kreditereignis:	Bezeichnet bezogen auf den Referenzschuldner den Eintritt eines Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis.
Vershobener Fälligkeitstag:	Ist der spätere der beiden folgenden Tage: (a) der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis liegt oder (b) der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach der betreffenden Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium liegt.
Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen:	Bedeutet, dass (a) am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist, oder (b) am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag eine Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium veröffentlicht wurde. Die Verschiebung der Rückzahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis bzw. der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium zulässig

+#2-Ende]

(2) Vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen im Ermessen der Emittentin (Ordentliches Kündigungsrecht und Sonderkündigungsrechte).

(a) Allgemeine Bestimmungen.

Die Schuldverschreibungen können im billigen Ermessen der Emittentin gemäß den nachfolgenden Bestimmungen dieses Unterabsatzes (a) durch Ausübung der jeweils anwendbaren Sonderkündigungsrechte gemäß den nachfolgenden Unterabsätzen vor dem Fälligkeitstag am Vorzeitigen Rückzahlungstag und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie jeweils nachfolgend definiert zurückgezahlt werden.

Die Ausübung des jeweiligen Kündigungsrechts (der „Zeitpunkt der Kündigung“) erfolgt **[Zusätzlich einfügen, sofern Kündigungsrechte mit einer Kündigungsfrist bestehen: – unter Einhaltung einer etwaigen Kündigungsfrist –]** entsprechend der nachfolgenden Bestimmungen durch Mitteilung (die „Kündigungsmittteilung“) gemäß § 12.

Die Kündigung ist unwiderruflich. Die Bekanntmachung wird die folgenden Angaben enthalten:

- (1) die Bezeichnung der zurückzuzahlenden Serie von Schuldverschreibungen;
- (2) eine Erklärung, ob diese Serie ganz oder teilweise zurückgezahlt wird und im letzteren Fall die Anzahl der zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen;
- (3) den Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie nachstehend definiert);
- (4) den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) bzw. Angaben zu seiner Ermittlung/Berechnung, zu dem die Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden;
- (5) eine zusammenfassende Erklärung bzw. einen Verweis auf die Emissionsbedingungen, welche die das vorzeitige Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt bzw. bezeichnet.

[Im Fall, dass ein anwendbares Kündigungsrecht die teilweise vorzeitige Rückzahlung gewährt, zusätzlich einfügen: Wenn die Schuldverschreibungen nur teilweise zurückgezahlt werden, werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen nach den Regeln des betreffenden Clearing-Systems ausgewählt

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen: (was in den Unterlagen des Clearing Systems nach dessen Ermessen entweder durch einen Pool-Faktor oder durch eine Verringerung des Nennbetrags widerzuspiegeln ist)].

]

Mit der Zahlung des Vorzeitigen Rückzahlungsbetrags erlöschen alle Rechte aus den eingelösten Schuldverschreibungen.

Hierfür und für die Zwecke der nachfolgenden Bestimmungen in Unterabsatz (c) [und] [bis] [(d)][(e)] gelten die folgenden Definitionen:

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	Ist der im jeweils anwendbaren, nachfolgenden Unterabsatz definierte Vorzeitige Rückzahlungsbetrag.
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	Ist der im jeweils anwendbaren, nachfolgenden Unterabsatz definierte Vorzeitige Rückzahlungstag.

(b) Ordentliches Kündigungsrecht - Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.

Die Emittentin ist nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen ohne Angabe von besonderen Gründen vorzeitig zu kündigen und zurückzuzahlen.

[(c) **#1-Falls eine Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen nicht anwendbar ist, einfügen:**

(Absichtlich freigelassen)

#1-Ende]

#2-Falls eine Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen:

Sonderkündigungsrecht - Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen bei Zusätzlichen Beträgen gemäß § 7.

Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin unter Einhaltung der Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt werden, falls die Emittentin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder deren politischen Untereinheiten oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in § 3(1) definiert) zur Zahlung von Zusätzlichen Beträgen (wie in § 7 dieser Emissionsbedingungen definiert) verpflichtet sein wird.

Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag am Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie jeweils nachstehend definiert) zurück.

Für die Zwecke dieses Unterabsatzes gelten die folgenden Definitionen:

Kündigungsfrist:	mindestens [fünf] [andere Mindestanzahl einfügen] [Bankgeschäftstag[e]][Clearing-System-Geschäftstag[e]] [ISDA-Geschäftstag[e]] [vor dem Vorzeitigen Rückzahlungstag] [und] höchstens [Höchstzahl einfügen] [Bankgeschäftstag[e]][Clearing-System-Geschäftstag[e]] [ISDA-Geschäftstag[e]] [vor dem Vorzeitigen Rückzahlungstag].]
Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	<p>#1-Falls der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Marktwert der Schuldverschreibung entspricht, einfügen: Der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag in der Festgelegten Währung, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als der angemessene Marktwert einer Schuldverschreibung am in der Kündigungsmitteilung genannten Tag bzw. im in der Kündigungsmitteilung genannten Zeitraum festgelegt wird [, angepasst um den <i>pro rata</i> Anteil je Schuldverschreibung etwaiger angemessener Aufwendungen und Kosten, um bei der Auflösung von mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehenden Absicherungsvereinbarungen vollauf Rechnung zu tragen]. #1-Ende]</p> <p>#2-Alternativ für den Fall, dass der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag entspricht, einfügen: Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen</p> <p>(i) falls im Zeitpunkt der Kündigung kein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Nennbetrag je Schuldverschreibung und</p> <p>(ii) falls im Zeitpunkt der Kündigung ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Barausgleichsbetrag am Barausgleichstag je Schuldverschreibung zurück. #2-Ende]</p>
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	Der Vorzeitige Rückzahlungstag wird im Rahmen der Kündigung – unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist – von der Emittentin festgelegt und bekanntgegeben.

#2-Ende]

]

- (d) **#1-Falls die Emittentin kein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen aufgrund einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzuzahlen, einfügen:**
 (Absichtlich freigelassen)
#1-Ende]
#2-Falls die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen aufgrund einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzuzahlen, einfügen:
Sonderkündigungsrecht - Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung (einschließlich Steuerrechtsänderung).

Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin jederzeit vor dem Fälligkeitstag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag am Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie jeweils nachstehend definiert), zurückgezahlt werden, falls es zu einer Rechtsänderung (wie nachstehend definiert) kommt.

Für die Zwecke dieses Unterabsatzes gilt:

Rechtsänderung:	<p>Bedeutet, dass am oder nach dem [Tag der Begebung][Handelstag][Anfänglichen Bewertungstag] [anderer definierter Tag] [der Schuldverschreibungen]</p> <p>(A) aufgrund des Inkrafttretens oder der Änderung eines anwendbaren Gesetzes oder einer Vorschrift (insbesondere eines Steuergesetzes), oder</p> <p>(B) aufgrund der Verkündung oder Änderung der Auslegung eines anwendbaren Gesetzes oder einer Vorschrift durch ein zuständiges Gericht oder eine Aufsichtsbehörde (insbesondere von Maßnahmen der Steuerbehörden)</p> <p>die Emittentin nach billigem Ermessen zu der Auffassung gelangt, dass</p> <p>(1) der Erwerb, das Halten oder die Veräußerung [der Schuldverschreibung][oder] eines für die Absicherung der Verpflichtung der Emittentin aus den Schuldverschreibungen verwendeten Finanzinstruments (Absicherungsgeschäfte) unzulässig geworden ist,</p> <p>(2) die Emittentin im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesen Schuldverschreibungen erheblich erhöhten Kosten unterliegt (insbesondere aufgrund eines Anstiegs steuerlicher Verpflichtungen, einer Verminderung von Steuervorteilen oder einer anderen nachteiligen Auswirkung auf ihre steuerliche Position)[.][.]</p> <p>[(3)die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen anderweitig unmöglich wird.]</p>
Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	<p>[#1-Falls der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Marktwert der Schuldverschreibung entspricht, einfügen:</p> <p>Der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag in der festgelegten Währung, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als der angemessene Marktwert einer Schuldverschreibung am in der Kündigungsmittelung genannten Tag bzw. im in der Kündigungsmittelung genannten Zeitraum festgelegt wird [, angepasst um den <i>pro rata</i> Anteil je Schuldverschreibung etwaiger angemessener Aufwendungen und Kosten, um bei der Auflösung von mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehenden Absicherungsvereinbarungen vollauf Rechnung zu tragen].</p> <p>#1-Ende]</p> <p>[#2-Alternativ für den Fall, dass der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag entspricht, einfügen:</p> <p>Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen</p> <p>(i) falls im Zeitpunkt der Kündigung kein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Nennbetrag je Schuldverschreibung und</p> <p>(ii) falls im Zeitpunkt der Kündigung ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Barausgleichsbetrag am Barausgleichstag je Schuldverschreibung zurück.</p> <p>#2-Ende]</p>
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	<p>Der Vorzeitige Rückzahlungstag wird im Rahmen der Kündigung von der Emittentin festgelegt und bekanntgegeben.</p>

#2-Ende]

]

(e) **[#1-Falls bei Schuldverschreibungen keine vorzeitige Rückzahlung bei Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf den Referenzschuldner möglich sein soll, einfügen:**

(Absichtlich freigelassen)

#1-Ende]

[#2-Falls bei Schuldverschreibungen die vorzeitige Rückzahlung bei Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf die Referenzschuldner möglich sein soll, einfügen: Sonderkündigungsrecht - Rückzahlung nach Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf einen Referenzschuldner.

Falls im Relevanten Zeitraum ein Besonderer Beendigungsgrund eintritt, kann die Emittentin die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist vorzeitig kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag am Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie jeweils nachstehend definiert), zurückzahlen.

Es gelten für die Zwecke dieses Unterabsatzes die folgenden Definitionen:

Relevanter Zeitraum:	Ist der Zeitraum vom Anfangstag [(einschließlich)][(ausschließlich)] bis zum Endtag [(einschließlich)][(ausschließlich)].				
	<table border="1"> <tr> <td data-bbox="608 629 927 725">Anfangstag:</td> <td data-bbox="927 629 1487 725">[Ist] [der Handelstag][der Tag der Begebung] [anderen relevanten Anfangstag des Zeitraums einfügen].</td> </tr> <tr> <td data-bbox="608 725 927 846">Endtag:</td> <td data-bbox="927 725 1487 846">[Ist der] [Maßgeblicher Endtag] [Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag] [anderen relevanten Endtag des Zeitraums einfügen]</td> </tr> </table>	Anfangstag:	[Ist] [der Handelstag][der Tag der Begebung] [anderen relevanten Anfangstag des Zeitraums einfügen].	Endtag:	[Ist der] [Maßgeblicher Endtag] [Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag] [anderen relevanten Endtag des Zeitraums einfügen]
Anfangstag:	[Ist] [der Handelstag][der Tag der Begebung] [anderen relevanten Anfangstag des Zeitraums einfügen].				
Endtag:	[Ist der] [Maßgeblicher Endtag] [Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag] [anderen relevanten Endtag des Zeitraums einfügen]				
Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	<p>[#1-Falls der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Marktwert der Schuldverschreibung entspricht, einfügen: Der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag in der Festgelegten Währung, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als der angemessene Marktwert einer Schuldverschreibung am in der Kündigungsmitteilung genannten Tag bzw. im in der Kündigungsmitteilung genannten Zeitraum festgelegt wird [], angepasst um den <i>pro rata</i> Anteil je Schuldverschreibung etwaiger angemessener Aufwendungen und Kosten, um bei der Auflösung von mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehenden Absicherungsvereinbarungen vollauf Rechnung zu tragen]. #1-Ende]</p> <p>[#2-Alternativ für den Fall, dass der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag entspricht, einfügen: Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen</p> <ul style="list-style-type: none"> (i) falls im Zeitpunkt der Kündigung kein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Nennbetrag je Schuldverschreibung und (ii) falls im Zeitpunkt der Kündigung ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Barausgleichsbetrag am Barausgleichstag je Schuldverschreibung zurück. <p>#2-Ende]</p>				
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	Der Vorzeitige Rückzahlungstag wird im Rahmen der Kündigung von der Emittentin festgelegt und bekanntgegeben.				
Besonderer Beendigungsgrund:	Bedeutet, dass [(i) ein gemäß § 5b bestimmter Nachfolger nicht dem Transaktionstyp des ursprünglichen Referenzschuldners entspricht, weil er (anders als der ursprüngliche Referenzschuldner) [keine Gesellschaft mit satzungsmäßigem Sitz in []] [kein Finanzinstitut mit satzungsmäßigem Sitz in []] [kein Staat in []] ist, oder (ii)] es mehr als eine juristische Person oder mehr als einen Rechtsträger als Nachfolger für den ursprünglichen Referenzschuldner gemäß § 5b gibt.				

#2-Ende]

]

(3) Vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach Wahl des Gläubigers (Einlösungsrecht).

Dem Gläubiger steht - vorbehaltlich der Bestimmungen in § 14 - kein Recht zu, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen.

(4) Rückzahlung bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages

(a) Zahlung des Barausgleichsbetrags.

Sofern ein Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) eintritt wird die Emittentin von ihrer Pflicht gemäß Absatz (1)(a), die Schuldverschreibungen am Vorgesehenen Fälligkeitstag bzw. im Falle einer Verschiebung der Rückzahlung nach Absatz (1)(c) am Vershobenen Fälligkeitstag zum Rückzahlungsbetrag zurückzuzahlen, befreit.

Stattdessen wird die Emittentin die Schuldverschreibungen am Barausgleichstag, der auch nach dem Vorgesehenen Fälligkeitstag bzw. Vershobenen Fälligkeitstag liegen kann, zum Barausgleichsbetrag zurückzahlen.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Barausgleichsberechnungstag:	Bezeichnet den [zweiten][andere Anzahl einfügen] Bankgeschäftstag nach (a) falls eine Auktion (wie in Unterabsatz (c) definiert) durchgeführt wird, dem Auktions-Endkurs-Feststellungstag (wie in Unterabsatz (c) definiert); (b) falls keine Auktion durchgeführt wird, dem Tag, an dem der Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit (wie in Unterabsatz (b) definiert) bestimmt worden ist.
Barausgleichsbetrag:	Entspricht einem Betrag in der Festgelegten Währung, der je Festgelegte Stückelung von der Berechnungsstelle am Barausgleichsberechnungstag wie folgt bestimmt wird: (a) falls eine Auktion (wie in Unterabsatz (c) definiert) durchgeführt wird und ein Auktions-Endkurs-Feststellungstag (wie in Unterabsatz (c) definiert) eintritt, ist der Barausgleichsbetrag das Produkt aus (i) dem Nennbetrag je Schuldverschreibung und (ii) dem Auktions-Endkurs (wie in Unterabsatz (c) definiert); oder (b) falls keine Auktion durchgeführt wird, ist der Barausgleichsbetrag das Produkt aus (i) dem Nennbetrag je Schuldverschreibung und (ii) dem Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit (wie in Unterabsatz (b) definiert).
Barausgleichstag:	Bezeichnet den [fünften] [gegebenenfalls andere Zahl einfügen] Bankgeschäftstag nach dem Benachrichtigungstag.
Benachrichtigungstag:	Bezeichnet den Tag, an dem die Berechnungsstelle der Emittentin und den Gläubigern gemäß § 12 die Höhe des Barausgleichsbetrags mitteilt. Der Benachrichtigungstag ist spätestens der [fünften] [gegebenenfalls andere Zahl einfügen] Bankgeschäftstag nach dem Barausgleichsberechnungstag.
Endkurs:	Bezeichnet, ausgedrückt als Prozentsatz, (a) für den Fall, dass der Barausgleichsbetrag wie in Abschnitt (a) der Definition „Barausgleichsbetrag“ ermittelt wird, den Auktions-Endkurs. (b) für den Fall, dass der Barausgleichsbetrag wie in Abschnitt (b) der Definition „Barausgleichsbetrag“ ermittelt wird, den Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.

(b) Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.

Der „**Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit**“ entspricht in Bezug auf die Bewertungsverbindlichkeit und den Quotierungstag dem folgenden Wert (ausgedrückt als Prozentsatz des ausstehenden Nennbetrags der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit):

- (i) werden mehr als drei Vollquotierungen eingeholt, dem arithmetischen Mittel dieser Vollquotierungen, wobei die höchsten und niedrigsten Werte zu streichen sind (sollten mehrere Vollquotierungen den gleichen höchsten und niedrigsten Wert haben, wird je eine dieser höchsten und niedrigsten Vollquotierungen gestrichen);
- (ii) werden exakt drei Vollquotierungen eingeholt, die nach Streichung der höchsten und niedrigsten Vollquotierung verbleibende Vollquotierung (sollten mehr als eine Vollquotierung denselben höchsten oder niedrigsten Wert haben, wird eine dieser höchsten oder niedrigsten Werte gestrichen);
- (iii) werden exakt zwei Vollquotierungen eingeholt, dem arithmetischen Mittel dieser beiden Vollquotierungen;
- (iv) werden weniger als zwei Vollquotierungen und eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt, gilt diese Gewichtete Durchschnittsquotierung;
- (v) werden nicht mindestens zwei Vollquotierungen und auch keine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen ISDA-Geschäftstag eingeholt, so gilt ein Betrag, den die Berechnungsstelle am nächstfolgenden ISDA-Geschäftstag bestimmt, an dem mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt werden können; und
- (vi) andernfalls wird der Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Marktpraxis und der von der Emittentin in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen abgeschlossenen Absicherungsgeschäften bestimmt.

[Falls der Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist oder für den Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind, einfügen:] Die Emittentin ist berechtigt nach ihrer Wahl den Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit anstatt auf der Grundlage der Bewertungsverbindlichkeit auf der Grundlage des Vermögenswertpakets, welches an die Stelle einer Bewertungsverbindlichkeit tritt, gemäß den vorstehenden Bewertungsregeln zu bestimmen.]

Es gelten die folgenden Definitionen:

Bewertungsverbindlichkeit:	Bezeichnet eine Maßgebliche Verbindlichkeit des Referenzschuldners die die nachfolgenden Kriterien am Quotierungstag erfüllt: (i) eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die in einer der gesetzlichen Währungen [Kanadas, Japans, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie in Euro] [] oder in deren Nachfolgewährungen zahlbar ist; [(ii) eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die [anwendbares zusätzliches Merkmale einfügen];] [(iii)][eine Maßgebliche Verbindlichkeit, deren verbleibende Laufzeit vom Quotierungstag an 30 Jahre nicht übersteigt;] sowie [(iv)]eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die nicht nachrangig ist. Erfüllen mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten die vorstehenden Kriterien, so ist diejenige Maßgebliche Verbindlichkeit auszuwählen, die den niedrigsten Kurs (<i>cheapest to deliver</i>) hat. [Die Emittentin wird, sofern dies zeitlich möglich ist, die Bewertungsverbindlichkeit den Gläubigern bis zu dem Quotierungstag (einschließlich) in einer Mitteilung nach § 12 mitteilen.]
Gewichtete Durchschnittsquotierung:	Bezeichnet den gewichteten Durchschnitt der verbindlichen Quotierungen, die von Händlern um ca. 11:00 Uhr am Haupthandelsmarkt der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit am Quotierungstag (soweit vernünftigerweise praktikabel) eingeholt werden, und zwar jeweils für den ausstehenden Nennbetrag bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der Bewertungsverbindlichkeit (wie von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Marktpraxis bestimmt) der jeweils so hoch wie möglich, aber geringer als der Quotierungsbetrag ist (aber mindestens dem Mindestquotierungsbetrag entspricht) und die in ihrer Summe etwa dem Quotierungsbetrag entsprechen.
Händler:	Bezeichnet einen Händler (der nicht der Berechnungsstelle oder einem verbundenen Unternehmen der Berechnungsstelle angehört), der die jeweilige Bewertungsverbindlichkeit, für die Quotierungen eingeholt werden, handelt.
Mindestquotierungsbetrag:	Bezeichnet entweder (i) [USD 1.000.000] [anderen Mindestquotierungsbetrag einfügen] (oder den Gegenwert in der Währung der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit) oder (ii) den Quotierungsbetrag, je nachdem welcher Betrag niedriger ist.

<p>Quotierung:</p>	<p>Bezeichnet jede – wie nachfolgend beschrieben – eingeholte und als Prozentsatz in Bezug auf den Quotierungstag und den ausstehenden Nennbetrag bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der Bewertungsverbindlichkeit ausgedrückte Vollquotierung und Gewichtete Durchschnittsquotierung:</p> <p>Die Berechnungsstelle wird versuchen, von mindestens [fünf][] Händlern auf den Quotierungstag bezogene Vollquotierungen einzuholen.</p> <p>Wenn für einen [ISDA-]Geschäftstag, innerhalb eines Zeitraums von [drei][] [ISDA-]Geschäftstagen nach dem Quotierungstag, mindestens [zwei][] solcher Vollquotierungen nicht einholbar sind, wird die Berechnungsstelle am nächstfolgenden [ISDA-]Geschäftstag (und, wenn notwendig, an jedem darauf folgenden [ISDA-]Geschäftstag bis zum [zehnten][] [ISDA-]Geschäftstag nach dem Quotierungstag) versuchen, Vollquotierungen von mindestens [fünf][] Händlern einzuholen, und, wenn auch dann zwei Vollquotierungen nicht einholbar sind, eine Gewichtete Durchschnittsquotierung.</p> <p>Die Quotierungen sollen aufgelaufene, nicht ausbezahlte Zinsbeträge nicht enthalten. Sollten Quotierungen in Bezug auf die jeweilige Bewertungsverbindlichkeit ohne Einbeziehung aufgelaufener, nicht ausbezahlter Zinsen nicht erhältlich sein, so wird die Berechnungsstelle solche Quotierungen um den Anteil der aufgelaufenen, nicht ausbezahlten Zinsen bereinigen.</p>
<p>Quotierungsbetrag:</p>	<p>Entspricht einem von der Berechnungsstelle unter Berücksichtigung der Marktpraxis nach billigem Ermessen bestimmten Betrag in Bezug auf den Referenzschuldner.</p>
<p>Quotierungstag:</p>	<p>Ist</p> <p>(i) der [zehnte][] [ISDA-]Geschäftstag, nach Vorliegen des Ereignis-Feststellungstages („Standard-Quotierungstag“), oder</p> <p>(ii) falls ISDA bis zum Standard-Quotierungstag zwar eine Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses veröffentlicht hat, jedoch auf der Internetseite [●] [http://dc.isda.org/credit-default-swaps-management/] (oder eine diese ersetzende Seite)] mitteilt, im Hinblick auf das in der Kreditereignis-Mitteilung genannte Kreditereignis keine Auktion durchzuführen, der [zehnte][] [ISDA-]Geschäftstag, nach dem Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion (wie in Unterabsatz (c) definiert), oder</p> <p>(iii) falls ISDA bis zum Standard-Quotierungstag zwar eine Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses veröffentlicht hat und ISDA auf der Internetseite [] [http://dc.isda.org/credit-default-swaps-management/] (oder eine diese ersetzende Seite)] ankündigt, im Hinblick auf das in der Kreditereignis-Mitteilung genannte Kreditereignis eine Auktion durchzuführen, dann jedoch auf dieser Seite veröffentlicht, dass diese Auktion abgesagt wird, der [zehnte][] [ISDA-]Geschäftstag, nach dem Auktions-Absagetermin (wie in Unterabsatz (c) definiert).</p>
<p>[Falls der Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist oder für den Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind, einfügen:, einfügen: Vermögenswertpaket:</p>	<p>Bezeichnet in Bezug auf ein Kreditereignis Restrukturierung [+ #-Falls Kreditereignis Staatlicher Eingriff anwendbar ist, einfügen: in Bezug auf eine Verbindlichkeit, die bis zum Zeitpunkt unmittelbar vor dem Eintritt des Kreditereignisses auf der Internetseite [] [http://www.isda.org/credit] (oder eine diese ersetzende Seite)] oder einer auf dieser Seite angegebenen Internetseite eines Dritten als sog. Standard-Referenzverbindlichkeit (<i>Standard Reference Obligation</i>) veröffentlicht wurde, oder einen Staatlichen Eingriff + #-Ende] diejenigen Eigenmittel, Geldbeträge, Sicherheiten, Vergütungen (u. a. Vergütungen für eine frühzeitige oder sonstige Zustimmung), Rechte und/oder sonstigen Vermögenswerte in Höhe des Anteils, die ein relevanter Gläubiger einer Bewertungsverbindlichkeit (ggf. einschließlich dieser Bewertungsverbindlichkeit) im Zusammenhang mit diesem Kreditereignis im Wege eines Umtauschs oder einer Umwandlung erhält. Wird dem relevanten Gläubiger eine Auswahl an Vermögenswerten oder eine Auswahl an Kombinationen von Vermögenswerten angeboten, so wird das im Hinblick auf den Kapitalbetrag, oder sofern ein solcher nicht festgestellt werden kann, im Hinblick auf den realisierbaren Wert größte Vermögenswertpaket herangezogen. Wird dem relevanten Gläubiger nichts angeboten und erhält er nichts und behält nichts ein, so gilt der Wert des Vermögenswertpakets als Null.]</p>
<p>Vollquotierung:</p>	<p>Bezeichnet jede verbindliche Quotierung, die um ca. 11:00 Uhr am Quotierungstag am Haupthandelsmarkt der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit (soweit vernünftigerweise praktikabel) von einem Händler für den ausstehenden Nennbetrag bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit in der Höhe des Quotierungsbetrags eingeholt wird.</p>

(c) Auktion.

Die folgenden Definitionen gelten im Falle einer Berechnung des Barausgleichsbetrags bei Durchführung einer Auktion:

Auktion:	Bezeichnet ein von ISDA organisiertes Auktionsverfahren zur Bewertung von Verbindlichkeiten des Referenzschuldners, für das ISDA Auktions-Abwicklungsbedingungen für die Ermittlung des Auktions-Endkurses veröffentlicht hat.
Auktions-Abwicklungsbedingungen:	Sind die von ISDA in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner gemäß dem Regelwerk (wie in § 1(6)(b) definiert) veröffentlichten Auktions-Abwicklungsbedingungen.
Auktions-Absagetermin:	Ist der von ISDA auf ihrer Website veröffentlichte Tag, an dem die Auktion gemäß den Auktions-Abwicklungsbedingungen als abgesagt gilt.
Auktions-Endkurs:	<p>Ist in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner der etwaige Kurs, der gemäß einer Auktion und den Auktions-Abwicklungsbedingungen als Auktions-Endkurs festgestellt wird (ausgedrückt als Prozentsatz bezogen auf den ausstehenden (und nicht den festgelegten) Nennbetrag der in den Auktions-Abwicklungsbedingungen bestimmten lieferbaren Verbindlichkeiten bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der Bewertungsverbindlichkeit (eingeteilt in Teilbeträge nach Maßgabe der in den Auktions-Abwicklungsbedingungen festgelegten Preisbildungsschritte) (die „Lieferbaren Verbindlichkeiten“).</p> <p>[+/-Einfügen, wenn Restrukturierung als Kreditereignis Anwendung findet: Führt ISDA mehrere Auktionen im Falle eines Kreditereignisses Restrukturierung (wie in § 5a(2) definiert) durch, ist der maßgebliche Auktions-Endkurs für die Schuldverschreibungen der von der Berechnungsstelle bestimmte niedrigste Auktions-Endkurs, der im Rahmen dieser Auktionen erzielt wird. Findet nur eine einzige Auktion statt, dann ist der Auktions-Endkurs der im Rahmen dieser Auktion erzielte Kurs.</p> <p>+/-Ende]</p>
Auktions-Endkurs-Feststellungstag:	Ist der etwaige Tag, an dem der Auktions-Endkurs festgestellt wird.
Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion:	<p>Bezeichnet in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner und ein Kreditereignis den Tag, an dem der EK-Sekretär erstmals öffentlich bekannt gibt, dass</p> <p>(a) für den jeweiligen Referenzschuldner und das betreffende Kreditereignis keine Auktions-Abwicklungsbedingungen veröffentlicht werden oder</p> <p>(b) das maßgebliche Komitee (wie in § 1 (6)(b) definiert) entschieden hat, dass keine Auktion stattfinden wird, nachdem der EK-Sekretär zuvor das Gegenteil öffentlich bekannt gegeben hat.</p> <p>[+/-Einfügen, wenn Restrukturierung als Kreditereignis Anwendung findet: Führt ISDA mehrere Auktionen im Falle eines Kreditereignisses durch, liegt ein Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion nur dann vor, wenn keine dieser Auktionen stattfindet.</p> <p>+/-Ende]</p>

(5) Bekanntmachungen.

Die Berechnungsstelle wird – soweit nicht bereits in diesen Emissionsbedingungen festgelegt oder bezeichnet – veranlassen, dass alle Beträge, die entsprechend diesem § 5 zur Zahlung an die Gläubiger fällig werden, umgehend der Emittentin, den Gläubigern, der Zahlstelle und allen Börsen, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen mitgeteilt werden. Die Mitteilung an die Gläubiger erfolgt gemäß § 12.

(6) Verbindlichkeit der Festsetzungen.

Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 5 gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt) für die Emittentin, die Emissionsstelle, die Zahlstellen und die Gläubiger bindend.

§ 5a
FESTSTELLUNG EINES KREDITEREIGNISSES,
KREDITEREIGNISSE

(1) Feststellung eines Kreditereignisses.

Tritt während des Kreditereigniszeitraums ein Kreditereignis gemäß Absatz (2) in Bezug auf den Referenzschuldner ein, ist die Emittentin berechtigt, innerhalb des Feststellungszeitraums eine Kreditereignis-Mitteilung an die Gläubiger zusammen mit der Öffentlichen Information nach § 12 zu veröffentlichen (zusammen die „**Voraussetzungen für den Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages**“).

Als „**Ereignis-Feststellungstag**“ gilt bei Vorliegen der Voraussetzungen für den Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages entweder:

(a) der Tag, an dem die Kreditereignis-Mitteilung zusammen mit der Öffentlichen Information nach § 12 innerhalb des Feststellungszeitraums veröffentlicht wird, oder

(b) der Tag, an dem nach den Bedingungen der Absicherungsgeschäfte, die die Emittentin im Hinblick auf die Schuldverschreibungen abgeschlossen hat, das Kreditereignis, das Gegenstand der Kreditereignis-Mitteilung ist, als festgestellt gilt; dieser kann auch vor dem Tag gemäß vorstehend (a) liegen. Die Emittentin wird den Tag in der Kreditereignis-Mitteilung benennen.

Die Emittentin ist weder verpflichtet, Nachforschungen darüber anzustellen, ob das in einer Öffentlichen Information bezeichnete Kreditereignis tatsächlich eingetreten ist, noch darüber, ob das Kreditereignis im Zeitpunkt der vorgenannten Bestimmung noch andauert. Für den Fall, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen, ändert dies nichts an der Feststellung eines Kreditereignisses im Sinne der Emissionsbedingungen.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Feststellungszeitraum:	Ist der Zeitraum vom [Tag der Begebung] [Handelstag] (einschließlich) bis zum Vorgesehenen Fälligkeitstag (einschließlich). Im Fall einer Verschiebung der Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach § 5(1)(c) verlängert sich der Feststellungszeitraum bis zum Maßgeblichen Endtag (einschließlich). Der Eintritt eines Kreditereignisses kann somit auch noch nach dem Vorgesehenen Fälligkeitstag festgestellt werden.
Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses:	Bezeichnet eine öffentliche Bekanntgabe von ISDA, dass das maßgebliche Komitee entschieden hat, dass (a) in Bezug auf den Referenzschuldner (oder eine seiner Verbindlichkeiten) ein Ereignis eingetreten ist, das ein Kreditereignis begründet, und (b) das betreffende Ereignis am oder nach dem [Tag der Begebung][Handelstag] eingetreten ist. Eine Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf den Referenzschuldner gilt nur dann als getroffen, wenn (1) der Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Kreditereignis in Bezug auf das betreffende Kreditereignis an oder vor dem 14. Kalendertag nach dem Maßgeblichen Endtag liegt und (2) der Tag der Begebung an oder vor dem Auktions-Endkurs-Feststellungstag bzw. dem Auktions-Absagetermin bzw. dem Tag, der 21 Kalendertage auf einen etwaigen Bekanntgabetag des Nichtstattfindens einer Auktion folgt, erfolgt.
Negative Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses:	Bezeichnet in Bezug auf eine EK-Kreditereignisanfrage die vom EK-Sekretär bekannt gegebene Entscheidung, dass das maßgebliche Komitee entschieden hat, dass in Bezug auf den Referenzschuldner (oder eine seiner Verbindlichkeiten) kein Ereignis eingetreten ist, das ein Kreditereignis begründet.
Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Kreditereignis:	Bezeichnet in Bezug auf eine EK-Kreditereignisanfrage den vom EK-Sekretär bekannten Zeitpunkt, hinsichtlich dessen das maßgebliche Komitee entscheidet, dass dies der Zeitpunkt ist, an dem die EK-Kreditereignisanfrage wirksam wird und an dem sich gemäß dem Regelwerk die Öffentliche Information in Bezug auf die EK-Kreditereignisanfrage im Besitz des Komitees befand.
Kreditereignis-Mitteilung:	Liegt im Sinne dieser Emissionsbedingungen vor bei einer unwiderruflichen Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger, in der ein Kreditereignis bezüglich des Referenzschuldners beschrieben wird, welches innerhalb des Kreditereigniszeitraums (bestimmt unter Bezug auf Mittlere Greenwich-Zeit (MGZ)) eingetreten ist. Eine Kreditereignis-Mitteilung erfolgt gemäß § 12.

Kreditereigniszeitraum:	Ist der Zeitraum vom [Tag der Begebung][Handelstag] (einschließlich) bis zum Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag (ausschließlich) [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder bei Eintritt einer Potenziellen Nichtanerkennung-/Moratorium bis zum Tag, der ein Jahr nach dem Tag der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung-/Moratorium liegt].
Maßgeblicher Endtag:	Bezeichnet [[a)] den Tag, der ein Jahr nach dem Tag des Eintritts eines Potenziellen Kreditereignisses liegt[.]; oder] [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: [[b)] der Tag, der ein Jahr nach dem Tag der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung-/Moratorium liegt.]
Öffentliche Information:	Ist eine Information, welche die für die Feststellung des Vorliegens des Kreditereignisses [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder der Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium] in Bezug auf den Referenzschuldner gemäß § 5a(1) relevanten Tatsachen bestätigt und
	<ul style="list-style-type: none"> - die als Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses von ISDA entsprechend veröffentlicht wurde; oder - die mindestens in zwei der nachfolgend genannten Öffentlichen Informationsquellen oder anerkannten international veröffentlichten Informationsquellen oder Bildschirminformationsquellen veröffentlicht wurde, unabhängig davon, ob der Bezug dieser Information kostenpflichtig ist; oder [Falls der Referenzschuldner kein Staat (Sovereign) ist, einfügen: <ul style="list-style-type: none"> - die von dem Referenzschuldner oder von einem Treuhänder, einer Emissionsstelle, einem Verwalter, einer Clearingstelle, Zahlstelle, Abwicklungsstelle oder Agent-Bank für die Maßgebliche Verbindlichkeit stammt; oder] [Falls der Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: <ul style="list-style-type: none"> - die von dem Referenzschuldner (oder von einer anderen Stelle der öffentlichen Hand, einem Ministerium, einem Amt oder sonstigen staatlichen Stelle) oder von einem Treuhänder, einer Emissionsstelle, einem Verwalter, einer Clearingstelle, Zahlstelle, Abwicklungsstelle oder Agent-Bank für die Maßgebliche Verbindlichkeit stammt; oder] - die in einer gerichtlichen, schiedsgerichtlichen oder behördlichen Anordnung, Verfügung, Anweisung oder Mitteilung oder in einem Urteil enthalten ist. Die Öffentliche Information muss keine Aussage darüber enthalten, ob der in § 5a(2) genannte Zahlungsschwellenbetrag bzw. der in § 5a(2) genannte Schwellenbetrag erreicht oder überschritten wird, anwendbare Verlängerungsfristen überschritten werden oder die subjektiven Kriterien des maßgeblichen Kreditereignisses erfüllt sind.
Öffentliche Informationsquellen:	Sind Börsen-Zeitung, Handelsblatt, Bloomberg, Reuters, Dow Jones Newswires, The Wall Street Journal, The New York Times, Nihon Keizai Shimbun, Asahi Shimbun, Yomiuri Shimbun, La Tribune, Les Echos, Debtwire, The Australian Financial Review und Financial Times (und Nachfolgepublikationen) sowie die Hauptnachrichtenquelle für Finanznachrichten in dem Land, in dem der Referenzschuldner seinen Sitz hat.
Mitteilungstag:	Bezeichnet den Tag, an dem die Kreditereignis-Mitteilung zusammen mit der Öffentlichen Information nach § 12 veröffentlicht wird.
Zusätzlicher Zeitraum nach Ablehnung einer EK-Kreditereignisanfrage:	Bezeichnet den Zeitraum ab dem Tag der Ablehnung einer EK-Kreditereignisanfrage (einschließlich) bis zu dem Tag, der 14 Kalendertage später liegt (einschließlich) (sofern der maßgebliche Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Kreditereignis am oder vor dem 14. Kalendertag nach dem Maßgeblichen Endtag lag).
Ablehnung einer EK-Kreditereignisanfrage:	Bezeichnet in Bezug auf den Referenzschuldner eine öffentliche Bekanntgabe des EK-Sekretärs, dass das maßgebliche Kreditderivate-Entscheidungskomitee Beschlossen hat, über die in der EK-Kreditereignisanfrage enthaltenen Sachverhalte nicht zu bestimmen.
EK-Kreditereignisanfrage:	Bezeichnet eine Mitteilung an den EK-Sekretär, mit der Bitte um Einberufung eines Kreditderivate-Entscheidungskomitees, um einen Beschluss darüber zu fassen, ob ein Ereignis eingetreten ist, das für die Zwecke des Kreditderivates ein Kreditereignis darstellt.

(2) Kreditereignis.

Ein „**Kreditereignis**“ in Bezug auf den Referenzschuldner tritt jeweils im Falle eines der nachfolgenden Ereignisse ein:

- Nichtzahlung,

[+#-Falls das Kreditereignis Insolvenz anwendbar ist, einfügen:

- Insolvenz[,] [oder]

+#-Ende]

[+#-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:

- Nichtanerkennung/Moratorium[,] [oder]

+#-Ende]

[+#-Falls das Kreditereignis Restrukturierung anwendbar ist, einfügen:

- Restrukturierung[,] [oder]

+#-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Staatlicher Eingriff anwendbar ist, einfügen:

- Staatlicher Eingriff [.] [oder]

+#-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten anwendbar ist, einfügen:

- Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten.

+#-Ende]

Sofern die übrigen Voraussetzungen für den Eintritt eines Kreditereignisses vorliegen, ist der Eintritt eines Kreditereignisses unabhängig davon, ob ein Kreditereignis direkt oder indirekt als Folge eines der nachfolgenden Umstände entsteht oder einer der nachfolgenden Einwendung ausgesetzt ist

- (a) einem Mangel oder behaupteten Mangel an der Befugnis oder der Fähigkeit des Referenzschuldners, eine Verbindlichkeit einzugehen oder eines Primärschuldners, eine Primärverbindlichkeit einzugehen; und/oder
- (b) einer tatsächlichen oder behaupteten Nichtdurchsetzbarkeit, Ungesetzlichkeit, Unmöglichkeit oder Unwirksamkeit einer Verbindlichkeit oder, sofern maßgeblich, einer Primärverbindlichkeit; und/oder
- (c) der Anwendung oder Interpretation eines Gesetzes, einer Anordnung oder einer Regelung durch ein Gericht, ein Tribunal, eine Aufsichtsbehörde oder ein vergleichbares Verwaltungs- oder Gerichtsorgan, dessen Zuständigkeit aufgrund eines Gesetzes, einer Anordnung, eines Erlasses, einer Regelung oder einer Bekanntmachung gegeben ist oder zu sein scheint; und/oder
- (d) der Verhängung oder Änderung von Devisenkontrollbestimmungen, Kapitalbeschränkungen oder gleichartigen Beschränkungen, die von einer Währungs- oder sonstigen Behörde vorgenommen werden.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Primärschuldner:	Bezeichnet in Bezug auf eine Primärverbindlichkeit den Emittenten (im Falle einer Anleihe), den Kreditnehmer (im Falle eines Kredits) oder den Hauptschuldner (im Falle einer sonstigen Primärverbindlichkeit).
Primärverbindlichkeit:	Bezeichnet in Bezug auf eine Qualifizierte Garantie die Verbindlichkeit, die Gegenstand dieser Qualifizierten Garantie ist.

[+#Falls das Kreditereignis Insolvenz für den Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Insolvenz:	<p>Liegt vor, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) der Referenzschuldner aufgelöst wird, es sei denn dies beruht auf einer Vermögensübertragung auf einen anderen Rechtsträger im Zusammenhang mit einer Konsolidierung, Verschmelzung oder einem vergleichbaren Vorgang; (b) der Referenzschuldner zahlungsunfähig oder überschuldet ist oder die allgemeine Zahlungsunfähigkeit in einem gerichtlichen, aufsichtsbehördlichen oder sonstigen administrativen Verfahren schriftlich eingesteht; (c) der Referenzschuldner eine Übertragung seines gesamten Vermögens oder eine sonstige Vereinbarung, Übereinkunft (<i>Scheme</i>) oder einen Vergleich in Bezug auf sein gesamtes Vermögen mit seinen oder zugunsten seiner Gläubiger vereinbart bzw. trifft oder eine solche Übertragung, Vereinbarung, Übereinkunft oder Vergleich wirksam wird; (d) gegen den Referenzschuldner ein Verfahren zur Insolvenz- oder Konkursfeststellung oder ein vergleichbares Verfahren bezüglich eines sonstigen, die Rechte der Gläubiger betreffenden Rechts eingeleitet wird, oder bezüglich des Referenzschuldners ein Antrag auf Abwicklung oder Liquidation gestellt wird und dies in beiden vorgenannten Fällen entweder <ul style="list-style-type: none"> (i) zu einer Insolvenz- oder Konkursfeststellung, dem Erlass einer Rechtsschutzanordnung oder der Anordnung der Abwicklung oder der Liquidation führt, oder (ii) das Verfahren oder der Antrag nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eröffnung oder Antragstellung (es sei denn mangels Masse) abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird; (e) der Referenzschuldner einen Beschluss gefasst hat zum Zwecke seiner Abwicklung, Liquidation oder seiner Unterstellung unter einen Treuhänder, Insolvenzverwalter oder Sachwalter, es sei denn, dies beruht auf einer Vermögensübertragung auf einen anderen Rechtsträger im Zusammenhang mit einer Konsolidierung, Verschmelzung oder einem vergleichbaren Vorgang; (f) der Referenzschuldner die Bestellung eines Verwalters, vorläufigen Liquidators, Konservators, Zwangsverwalters, Treuhänders, Verwahrers oder einer anderen Person mit gleichartiger Funktion für sich oder seine gesamten oder wesentlichen Teile seiner Vermögensgegenstände beantragt oder einer solchen unterstellt wird; (g) eine besicherte Partei alle oder einen wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände des Referenzschuldners in Besitz nimmt oder hinsichtlich aller oder einem wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände des Referenzschuldners eine Beschlagnahme, Pfändung, Sequestration oder ein anderes rechtliches Verfahren eingeleitet, durchgeführt oder vollstreckt wird und nicht innerhalb von 30 Kalendertagen danach der Besicherte den Besitz verliert oder ein solches Verfahren abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird; oder (h) ein auf den Referenzschuldner bezogenes Ereignis eintritt, welches nach den anwendbaren Rechtsvorschriften jedweder Rechtsordnung eine den vorstehenden Absätzen (a) bis (g) genannten Fällen vergleichbare Wirkung hat.
-------------------	---

[+#-Ende]

Maßgebliche Verbindlichkeit:	<p>Bedeutet im Sinne dieser Emissionsbedingungen [+#-Falls der Referenzschuldner der Staat Ungarn ist, einfügen: jede Verbindlichkeit der Zentralbank Ungarns sowie [+#-Ende] jede Verbindlichkeit des Referenzschuldners, die der nachfolgend beschriebenen Verbindlichkeitskategorie entspricht, und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem das Ereignis eintritt, welches das Kreditereignis begründet, das entweder der Kreditereignis-Mitteilung oder der Mitteilung an ISDA, die den Eintritt des Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis zur Folge hat, zu Grunde liegt.</p> <p>Hierbei gilt:</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;">Verbindlichkeitskategorie:</td> <td> <p>Ist</p> <p>[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder anwendbar ist, einfügen: Aufgenommene Gelder #1-Ende]</p> <p>[#2-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe oder Kredite anwendbar ist, einfügen: Anleihe oder Kredite #2-Ende]</p> <p>[#3-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe anwendbar ist, einfügen: Anleihe #3-Ende]</p> </td> </tr> <tr> <td>[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie „Aufgenommene Gelder“</td> <td>Bezeichnet jede Verbindlichkeit, sei es direkt oder aus einer Relevanten Garantie (wie in § 5b(3) definiert), zur Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus</td> </tr> </table>	Verbindlichkeitskategorie:	<p>Ist</p> <p>[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder anwendbar ist, einfügen: Aufgenommene Gelder #1-Ende]</p> <p>[#2-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe oder Kredite anwendbar ist, einfügen: Anleihe oder Kredite #2-Ende]</p> <p>[#3-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe anwendbar ist, einfügen: Anleihe #3-Ende]</p>	[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie „Aufgenommene Gelder“	Bezeichnet jede Verbindlichkeit, sei es direkt oder aus einer Relevanten Garantie (wie in § 5b(3) definiert), zur Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus
Verbindlichkeitskategorie:	<p>Ist</p> <p>[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder anwendbar ist, einfügen: Aufgenommene Gelder #1-Ende]</p> <p>[#2-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe oder Kredite anwendbar ist, einfügen: Anleihe oder Kredite #2-Ende]</p> <p>[#3-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe anwendbar ist, einfügen: Anleihe #3-Ende]</p>				
[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie „Aufgenommene Gelder“	Bezeichnet jede Verbindlichkeit, sei es direkt oder aus einer Relevanten Garantie (wie in § 5b(3) definiert), zur Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus				

anwendbar ist, einfügen: Aufgenommene Gelder:	aufgenommenen Geldern (einschließlich Einlagen und Erstattungsverpflichtungen aus den Ziehungen eines Akkreditivs (<i>Letter of Credit</i>), ausschließlich nicht in Anspruch genommener Gelder unter revolvingenden Krediten). #1-Ende]
[#2-Falls Verbindlichkeitskategorie „Anleihe oder Kredite“ anwendbar ist, einfügen: Anleihe oder Kredite:	Bezeichnet eine Anleihe oder ein Kredit. #2-Ende]
Anleihe:	Bezeichnet jede Verbindlichkeit der Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder, die in der Form einer Schuldverschreibung (mit Ausnahme von Anleihen, die im Zusammenhang mit Krediten geliefert werden), eines verbrieften Schuldtitels oder eines sonstigen Schuldtitels begeben oder hierdurch repräsentiert ist, ausschließlich aller anderen Arten Aufgenommener Gelder.
Kredite:	Bezeichnet jede Verpflichtung der Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder, die in der Form eines Kredites über eine feste Laufzeit, eines revolvingenden Kredites oder eines vergleichbaren Kredites dokumentiert ist, ausschließlich aller anderen Arten Aufgenommene Gelder.
[+/-Falls der Referenzschuldner der Staat Ungarn ist, einfügen: Verbindlichkeit der Zentralbank Ungarns:	Bezeichnet jede Verbindlichkeit der Zentralbank des Staates Ungarn (<i>Magyar Nemzeti Bank</i>) sowie jede ihrer Nachfolger, sei es direkt oder aus einer Relevanten Garantie (wie in § 5b(3) definiert). +/-Ende]
Nachrangigkeit:	Bezeichnet, bezogen auf das Verhältnis einer Verbindlichkeit (die „ Nachrangige Verbindlichkeit “) zu einer anderen Verbindlichkeit des Referenzschuldners (die „ Vorrangige Verbindlichkeit “), eine vertragliche, treuhänderische oder ähnliche Vereinbarung, die vorsieht, dass (a) infolge der Liquidation, Auflösung, Reorganisation oder Abwicklung des Referenzschuldners Forderungen der Gläubiger der Vorrangigen Verbindlichkeit vor den Forderungen der Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit erfüllt werden, oder (b) die Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit nicht berechtigt sind, Zahlungen in Bezug auf ihre Forderungen zu erhalten oder einzubehalten, solange der Referenzschuldner unter der Vorrangigen Verbindlichkeit in Zahlungsrückstand oder sonstigem Verzug ist. Für die Nachrangigkeit sind [#1-Im Fall, dass der Referenzschuldner kein Staat (Sovereign) ist, einfügen: Rangfolgen, die sich kraft Gesetzes oder aus Sicherheiten oder Kreditunterstützungen oder anderen Kreditverbesserungsmaßnahmen ergeben, nicht maßgeblich. #1-Ende] [#2-Im Fall, dass der Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: Rangfolgen, die sich kraft Gesetz ergeben, zu berücksichtigen. #2-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für den Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Nichtanerkennung/Moratorium:	Eine „ Nichtanerkennung “ bzw. ein „ Moratorium “ liegt vor, wenn (a) ein Vertreter des Referenzschuldners oder einer Regierungsbehörde (i) die Zahlungsverpflichtungen aus der Maßgeblichen Verbindlichkeit oder sonstige Verbindlichkeiten gänzlich oder zum Teil nicht anerkennt, ablehnt oder bestreitet oder Zahlungsverbindlichkeiten in Höhe eines Betrags von mindestens dem Schwellenbetrag anfecht/bestreitet, oder (ii) in Bezug auf die Zahlungsverpflichtungen aus der Maßgeblichen Verbindlichkeit ein Moratorium, einen Zahlungsstillstand oder Zahlungsaufschub erklärt oder verfügt, wobei sich dies mindestens auf den Schwellenbetrag erstreckt, und (b) eine Nichtzahlung, die ungeachtet des Zahlungsschwellenbetrags festgelegt wird, oder eine Restrukturierung, die ungeachtet des Schwellenbetrags festgelegt wird, treten im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten an oder vor einem Nichtanerkennung-/Moratorium- Bewertungstag ein.
Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium:	Liegt im Sinne dieser Emissionsbedingungen bei einer unwiderruflichen Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger, in der der Eintritt einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium bezüglich des Referenzschuldners beschrieben wird, welche am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag (bestimmt unter Bezug auf Mittlere Greenwich-Zeit (MGZ)) eingetreten ist, vor. Eine Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium erfolgt gemäß § 12.
Potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium:	Bezeichnet den Eintritt eines unter Ziffer (a) der Definition von „ Nichtanerkennung/Moratorium “ beschriebenen Ereignisses.

[+#-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Nichtzahlung für den einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Nichtzahlung:	Liegt vor, wenn der Referenzschuldner die aus einer Maßgeblichen Verbindlichkeit resultierenden Zahlungsverpflichtungen, deren Gesamtbetrag mindestens dem Zahlungsschwellenbetrag entspricht, an dem für diese Zahlungsverpflichtungen maßgeblichen Fälligkeitstag nicht entsprechend den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit erfüllt und die Zahlungsverpflichtungen auch nicht bis zum Ablauf der dafür maßgeblichen Nachfrist (nach Eintritt etwaiger aufschiebender Bedingungen für den Beginn einer solchen Nachfrist) erfüllt worden sind. „ Nachfrist “ ist dabei in Bezug auf diese Maßgebliche Verbindlichkeit (a) die Nachfrist, die nach den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit auf Zahlungen Anwendung findet, und (b) sofern keine Nachfrist in den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit in Bezug auf Zahlungen vereinbart ist oder dort nur eine Nachfrist in Bezug auf Zahlungen vereinbart ist, die kürzer als drei Bankarbeitstage ist, eine Nachfrist von drei Nachfrist-Bankarbeitstagen. „ Nachfrist-Bankarbeitstag “ im Sinne dieses Abschnitts ist jeder Tag, an dem die Banken an dem oder den in den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit genannten Finanzplatz oder Finanzplätzen für Zahlungen einschließlich des Handels in Fremdwährungen und der Entgegennahme von Fremdwährungseinlagen geöffnet sind. Sofern sich in den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit keine Regelung findet, gilt der Finanzplatz derjenigen Währung, auf die diese Maßgebliche Verbindlichkeit lautet, als maßgeblich bzw. im Falle von Euro als Währung der Maßgeblichen Verbindlichkeit, ist dies derjenige Tag, an dem das TARGET-System (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer) Zahlungen in Euro abwickelt.
	Wenn bei einem eingetretenen Ereignis, dass ansonsten eine Nichtzahlung darstellen würde, (a) dieses Ereignis infolge einer Währungsumstellung eintritt, die infolge einer Maßnahme erfolgt, die von einer Regierungsbehörde ergriffen wird und in der Rechtsordnung dieser Regierungsbehörde allgemein gilt, und (b) ein frei verfügbarer marktüblicher Umtauschkurs zum Zeitpunkt der Währungsumstellung vorlag, gilt dieses eingetretene Ereignis nicht als Nichtzahlung, es sei denn, die Währungsumstellung selbst hat zum Zeitpunkt dieser Währungsumstellung zu einer Verringerung des (unter Anwendung dieses frei verfügbaren marktüblichen Umtauschkurses ermittelten) zahlbaren Zinssatzes oder -betrags bzw. Kapital- oder Aufschlagsbetrags geführt.

[+#-Ende]

Regierungsbehörde:	Sind unabhängig von der Zuständigkeit im Einzelfall alle de facto oder de jure bestehenden Regierungen (einschließlich jede ihrer Behörden, Organe, Ministerien oder Dienststellen), Gerichte, Gerichtshöfe, Verwaltungs- oder andere Regierungsbehörden sowie sonstige privat-rechtliche oder öffentlich-rechtliche juristische Personen, die mit der Aufsicht über die Finanzmärkte des Referenzschuldners oder der Rechtsordnung, in der der jeweilige Referenzschuldner gegründet wurde, betraut sind (einschließlich der Zentralbank des jeweiligen Referenzschuldners).
---------------------------	---

[+#Falls das Kreditereignis Restrukturierung für den Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Restrukturierung:	<p>Bedeutet, dass in Bezug auf eine oder mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten und in Bezug auf den Schwellenbetrag,</p> <p>(a) eines oder mehrere der nachstehend beschriebenen Ereignisse in einer Form eintritt, die alle Gläubiger einer solchen Maßgeblichen Verbindlichkeit bindet, oder</p> <p>(b) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Vereinbarung zwischen dem Referenzschuldner oder einer Regierungsbehörde und einer hinreichenden Anzahl von Gläubigern einer solchen Maßgeblichen Verbindlichkeit, um alle Gläubiger dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit zu binden, getroffen wird, oder</p> <p>(c) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Ankündigung oder eine anderweitige, alle Gläubiger einer solchen Maßgeblichen Verbindlichkeit bindende Anordnung durch den Referenzschuldner selbst oder durch eine Regierungsbehörde erfolgt (einschließlich im Falle von Schuldverschreibungen als Maßgebliche Verbindlichkeit durch einen Austausch),</p> <p>und ein solches Ereignis im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der Maßgeblichen Verbindlichkeit für diese Maßgebliche Verbindlichkeit geltenden Bedingungen bereits geregelt ist:</p> <p>(i) eine Reduzierung des vereinbarten Zinssatzes oder zu zahlenden Zinsbetrags, oder der vertraglich vorgesehenen aufgelaufenen Zinsen (einschließlich durch eine Währungsumstellung),</p> <p>(ii) eine Reduzierung des bei Fälligkeit zu zahlenden Kapitalbetrags oder Aufschlages (einschließlich durch eine Währungsumstellung),</p> <p>(iii) ein Hinausschieben eines oder mehrerer Termine für die Zahlung oder Entstehung von Zinsen oder die Zahlung von Kapitalbeträgen oder Aufschlägen,</p> <p>(iv) eine Veränderung in der Rangfolge einer Maßgeblichen Verbindlichkeit, die zur Nachrangigkeit dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit gegenüber einer anderen Maßgeblichen Verbindlichkeit führt, oder</p> <p>(v) eine Umstellung der Währung von Kapital-, Zins- und/oder Aufschlagszahlungen auf eine Währung, die nicht das gesetzliche Zahlungsmittel von Kanada, Japan, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs oder der Vereinigten Staaten von Amerika ist, bzw. auf eine andere Währung als den Euro bzw. als eine Nachfolgewährung der oben genannten Währungen (wobei dieser Begriff im Falle des Euro die Nachfolgewährung bezeichnet, die den Euro insgesamt ersetzt).</p> <p>Nicht als Restrukturierung gelten:</p> <p>(1) eine Zahlung von Kapital und/oder Zinsen in Euro im Hinblick auf eine Verbindlichkeit, die in einer Euro-Vorgänger-Währung denominiert ist; und/oder</p> <p>(2) die Währungsumstellung von Euro auf eine andere Währung, wenn (A) die Währungsumstellung infolge einer Maßnahme erfolgt, die von einer Regierungsbehörde eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ergriffen wird und in der Rechtsordnung dieser Regierungsbehörde allgemein gilt und (B) ein frei verfügbarer Marktkurs für den Umtausch von Euro in diese andere Währung zum Zeitpunkt der Währungsumstellung vorlag und sich der unter Anwendung dieses frei verfügbaren marktüblichen Umtauschkurses ermittelte zahlbare Zinssatz oder -betrag bzw. Kapital- oder Aufschlagsbetrag nicht verringert hat;</p> <p>(3) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in den vorstehenden Abschnitten (a) bis (c) dieser Definition genannten Ereignisse, sofern es auf administrativen, buchhalterischen, steuerlichen oder sonstigen Anpassungen, die im Rahmen der üblichen Geschäftspraxis vorgenommen werden, beruht; und/oder</p> <p>(4) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in den vorstehenden Abschnitten (a) bis (c) dieser Definition genannten Ereignisse, sofern es auf Umständen beruht, die weder direkt noch indirekt mit einer Verschlechterung der Bonität oder finanziellen Situation des Referenzschuldners zusammenhängt, mit der Maßgabe, dass in Bezug auf (v) keine derartige Verschlechterung der Bonität oder finanziellen Situation des Referenzschuldners erforderlich ist, wenn die Währungsumstellung von Euro auf eine andere Währung und infolge einer Maßnahme erfolgt, die von einer Regierungsbehörde eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ergriffen wird und in der Rechtsordnung dieser Regierungsbehörde allgemein gilt[.]; und/oder]</p>
--------------------------	--

[Falls Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern anwendbar ist, einfügen:

(5) wenn die Verbindlichkeit, auf die sich eines der in den Abschnitten (a) bis (c) dieser Definition genannten Ereignisse bezieht, keine Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern ist.]

+#-Ende]

Schwellenbetrag:

Bezeichnet [U.S. Dollar 10.000.000] **[anderen Schwellenbetrag einfügen]** oder den betreffenden Gegenwert in der jeweiligen Währung der Maßgeblichen Verbindlichkeit.

[+#Falls das Kreditereignis Restrukturierung und Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern für den Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern:

Bezeichnet eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die

- (a) an dem Tag, an dem eine Kreditereignis-Mitteilung veröffentlicht wird, von mehr als drei Gläubigern, die nicht verbundene Unternehmen sind, gehalten wird und
- (b) hinsichtlich derer mindestens ein prozentualer Anteil von $66 \frac{2}{3}$ der Gläubiger zustimmen muss, damit das Kreditereignis Restrukturierung eintreten kann.

+#-Ende]

Vorrangige Verbindlichkeit:

Hat die diesem Begriff in der Definition von Nachrangigkeit zugewiesene Bedeutung.

Zahlungsschwellenbetrag:

Bezeichnet [U.S. Dollar 1.000.000] **[anderen Zahlungsschwellenbetrag einfügen]** oder den betreffenden Gegenwert in der jeweiligen Währung der Maßgeblichen Verbindlichkeit.

[+#Falls das Kreditereignis Staatlicher Eingriff für den Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Staatlicher Eingriff:

Bedeutet, dass in Bezug auf eine oder mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten und in Bezug auf einen Gesamtbetrag, der mindestens dem Schwellenbetrag entspricht, eines oder mehrere der folgenden Ereignisse infolge einer Maßnahme oder Bekanntmachung einer Regierungsbehörde eintritt, die gemäß bzw. mittels eines Restrukturierungs- und Abwicklungsgesetzes bzw. einer Restrukturierungs- und Abwicklungsverordnung (bzw. eines ähnlichen Gesetzes oder einer ähnlichen Rechtsverordnung) erfolgt und jeweils für den Referenzschuldner in verbindlicher Form gilt, ungeachtet dessen, ob das betreffende Ereignis in den Bedingungen der jeweiligen Maßgeblichen Verbindlichkeit ausdrücklich vorgesehen ist:

- (i) ein Ereignis, das sich auf die Rechte des Gläubigers dergestalt auswirken würde, dass:
 - (A) eine Reduzierung des zu zahlenden Zinssatzes oder Zinsbetrags, oder des Betrags der vorgesehenen aufgelaufenen Zinsen (einschließlich im Rahmen einer Währungsumstellung) eintritt;
 - (B) eine Reduzierung des bei Rückzahlung zu zahlenden Kapitalbetrags oder Aufschlages (einschließlich im Rahmen einer Währungsumstellung) eintritt;
 - (C) ein Hinausschieben bzw. eine sonstige Verzögerung eines oder mehrerer Termine für (i) die Zahlung oder Entstehung von Zinsen oder (ii) die Zahlung von Kapitalbeträgen oder Aufschlägen eintritt; oder
 - (D) eine Veränderung in der Zahlungsrangfolge einer der Maßgeblichen Verbindlichkeiten, die zur Nachrangigkeit dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit gegenüber einer anderen Maßgeblichen Verbindlichkeit führt, eintritt;
- (ii) eine Enteignung, Übertragung oder ein sonstiges Ereignis, die bzw. das zwingend zu einem Wechsel des wirtschaftlichen Eigentümers dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit führt;
- (iii) eine obligatorische Einziehung oder Wandlung bzw. ein obligatorischer Umtausch; oder
- (iv) ein Ereignis, das analoge Auswirkungen zu den in (i) bis (iii) beschriebenen Ereignissen hat.

Der Begriff Maßgebliche Verbindlichkeit umfasst für Zwecke des „Staatlichen Eingriffs“ auch Primärverbindlichkeiten, in Bezug auf die der Referenzschuldner als Garantiegeber handelt.

+#-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten für den Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten:

Liegt vor, wenn eine oder mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten, deren Gesamtbetrag mindestens dem Schwellenbetrag entspricht, durch oder aufgrund des Eintritts einer Vertragsverletzung, eines Kündigungsgrunds oder eines ähnlichen Umstandes oder Ereignisses vorzeitig fällig werden; der Zahlungsverzug [eines][des] Referenzschuldners unter einer oder mehrerer seiner Maßgeblichen Verbindlichkeiten fällt nicht hierunter.

+#-Ende]

(1) Festlegung eines Nachfolgers für den Referenzschuldner.

Die Berechnungsstelle kann einen oder mehrere Rechtsnachfolger bestimmen, die an die Stelle des Referenzschuldners treten („Nachfolger“). Nach Zustellung einer Nachfolgemitteilung (wie in Absatz (2) definiert), wird die Berechnungsstelle in angemessener Zeit und mit Wirkung ab dem Nachfolgetag einen oder mehrere Nachfolger gemäß der Absätze (i)(a) bis (g) bestimmen. Ein Nachfolger tritt mit Wirkung ab dem Nachfolgetag an die Stelle des Referenzschuldners und gilt fortan als Referenzschuldner im Sinne dieser Emissionsbedingungen.

- (i) Vorbehaltlich der danach aufgeführten Regelungen der Absätze (ii) und (iii), wird ein Nachfolger wie folgt bestimmt:
- (a) Übernimmt (wie nachstehend definiert) ein Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie (wie in Absatz (2) definiert) 75 % oder mehr der Relevanten Verbindlichkeiten (wie in Absatz (2) definiert) des Referenzschuldners, ist dieser Rechtsnachfolger alleiniger Nachfolger.
 - (b) Übernimmt ein Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie mehr als 25 %, aber weniger als 75 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem Referenzschuldner, ist der Rechtsnachfolger, der mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernimmt, alleiniger Nachfolger.
 - (c) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem Referenzschuldner, so sind diese Rechtsnachfolger, die mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernehmen, Nachfolger.
 - (d) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und verbleiben gleichwohl mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem Referenzschuldner, so sind diese Rechtsnachfolger sowie der Referenzschuldner Nachfolger.
 - (e) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie Teile von Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und der Referenzschuldner besteht weiter, so gibt es keinen Nachfolger.
 - (f) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie einen Teil der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und der Referenzschuldner hört auf zu existieren, so ist alleiniger Nachfolger entweder derjenige Rechtsnachfolger, der Schuldner des größten prozentualen Anteils der übernommenen Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners geworden ist (mit der Maßgabe, dass, wenn auf mehrere Rechtsnachfolger der gleiche prozentuale Anteil an Relevanten Verbindlichkeiten entfällt, jeder dieser Rechtsnachfolger Nachfolger wird).
 - (g) **[+#1-Bei einem Referenzschuldner, der kein Staat (Sovereign) ist, einfügen:** Übernimmt ein Rechtsnachfolger alle Verbindlichkeiten des Referenzschuldners (von denen mindestens eine Verbindlichkeit eine Relevante Verbindlichkeit sein muss) und zum Zeitpunkt der Bestimmung hat der Referenzschuldner aufgehört zu existieren oder ist im Inbegriff aufgelöst zu werden und der Referenzschuldner ist seit der Übernahme seiner Verbindlichkeiten keine Verbindlichkeiten in Bezug auf Aufgenommene Gelder eingegangen, so ist dieser Rechtsnachfolger („Gesamtrechtsnachfolger“) alleiniger Nachfolger.
+#1-Ende]
 - [+#2-Bei einem Referenzschuldner, der ein Staat (Sovereign) ist:** (absichtlich freigelassen)
+#2-Ende]
- (ii) Ein Rechtsnachfolger kann nur dann ein Nachfolger sein, wenn:
- (a) der relevante Nachfolgetag (wie in Absatz (2) definiert) am oder nach dem [Tag der Begebung][Handelstag] liegt; [und]
 - (b) der Referenzschuldner vor dem Nachfolgetag mindestens eine ausstehende Relevante Verbindlichkeit hat und der Rechtsnachfolger in Bezug auf mindestens eine Relevante Verbindlichkeit des Referenzschuldners insgesamt oder Teile davon die Rechtsnachfolge übernimmt und
 - (c) **[+#1-Bei einem Referenzschuldner, der ein Staat (Sovereign) ist, einfügen:** (absichtlich freigelassen)
+#1-Ende]
[+#2- Bei einem Referenzschuldner, der kein Staat (Sovereign) ist, einfügen: der Rechtsnachfolger, der die Rechtsnachfolge in Bezug auf die Relevante Verbindlichkeit im Zusammenhang mit einem Staatsnachfolgeereignis (wie in Absatz (2) definiert) übernommen hat.
+#2-Ende]

- (iii) Übernehmen zwei oder mehr Rechtsnachfolger (jeweils ein „**Gemeinsamer Potenzieller Nachfolger**“) direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie gemeinsam eine Relevante Verbindlichkeit (die „**Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit**“), so gilt Folgendes:
- (a) wenn es sich bei der Gemeinsamen Relevanten Verbindlichkeit um eine direkte Verbindlichkeit des Referenzschuldners handelt, so gilt diese als von demjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger (bzw. von denjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolgern zu gleichen Teilen) als Rechtsnachfolger übernommen, der diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als direkter Schuldner übernommen hat (bzw. die diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als direkte Schuldner übernommen haben) und
- (b) wenn es sich bei der Gemeinsamen Relevanten Verbindlichkeit um eine Relevante Garantie handelt, so gilt diese als von demjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger (bzw. von denjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolgern zu gleichen Teilen) als Rechtsnachfolger übernommen, der diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als Garantiegeber übernommen hat (bzw. die diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als Garantiegeber übernommen haben) oder, falls sie von keinem Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger als Garantiegeber übernommen wurde, als von jedem Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger zu gleichen Teilen übernommen. Die Berechnungsstelle wird in diesem Fall die Emissionsbedingungen nach billigem Ermessen anpassen.
- (iv) Die Berechnungsstelle nimmt die Bestimmung eines Nachfolgers jedoch nicht vor, wenn zum Zeitpunkt der Bestimmung der EK-Sekretär (wie in Absatz (2) definiert) öffentlich bekannt gegeben hat, dass das maßgebliche Komitee entschieden hat, dass es keinen Nachfolger auf Grundlage der maßgeblichen Nachfolge der Relevanten Verbindlichkeiten gibt.
- (v) Die Berechnungsstelle wird die Berechnungen und Bestimmungen gemäß dieses § 5b auf der Grundlage von Zulässigen Informationen (wie in Absatz (2) definiert) durchführen und die Emittentin und den Gläubiger von solchen Berechnungen oder Bestimmungen in angemessener Zeit durch Mitteilung gemäß § 12 in Kenntnis setzen.
- (vi) Für den Fall, dass es einen Stufenplan (wie in Absatz (2) definiert) gibt, wird die Berechnungsstelle im Rahmen der Berechnung der Prozentsätze zur Bestimmung, ob ein Rechtsnachfolger gemäß der Absätze (i)(a) bis (g) als Nachfolger gilt, alle maßgeblichen Nachfolgen in Bezug auf einen solchen Stufenplan einbeziehen, als ob diese Teil einer Einzelnachfolge wären.
- (vii) Wird von der Berechnungsstelle mehr als ein Nachfolger hinsichtlich des Referenzschuldners identifiziert, gilt Folgendes:
- (a) jeder dieser Nachfolger ist ab dem relevanten Zeitpunkt ein Referenzschuldner für die Zwecke dieser Schuldverschreibungen mit einem Gewichtungsbetrag, der dem Nennbetrag geteilt durch die Anzahl der Nachfolger entspricht, (der „**Gewichtungsbetrag**“);
- (b) in Bezug auf jeden dieser Referenzschuldner kann ein Kreditereignis eintreten und die Emissionsbedingungen sind in dieser Hinsicht anzuwenden und auszulegen. Insbesondere gelten dabei die folgenden Grundsätze:
- (1) Die Verzinsung und Rückzahlung nach § 3(a)(i) und § 5(1) finden auf die Summe der Gewichtungsbeträge der Referenzschuldner, die zum betreffenden Zeitpunkt nicht von einem Ereignis-Feststellungstag betroffen sind, Anwendung;
 - (2) § 3(a)(ii) und § 5(4) gelten jeweils für einen von einem Ereignis-Feststellungstag betroffenen Referenzschuldner und seinen Gewichtungsbetrag und kann entsprechend mehrfach für jeden der Referenzschuldner zur Anwendung kommen;
 - (3) eine Verschiebung nach § 3(e) oder § 5(c) erfolgt jeweils nur für den von einem Potenziellen Kreditereignis betroffenen Referenzschuldner und seinen Gewichtungsbetrag; und
 - (4) jeder dieser Referenzschuldner kann erneut durch einen Nachfolger ersetzt werden. Sein Gewichtungsbetrag wird in diesem Fall auf die Anzahl der Nachfolger aufgeteilt.

(2) Es gelten die folgenden Definitionen:

Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Nachfolger:	Bezeichnet in Bezug auf eine Mitteilung an den EK-Sekretär, in der die Einberufung eines Kreditderivate-Entscheidungskomitees beantragt wird, um über einen oder mehrere Nachfolger für den Referenzschuldner zu beschließen, den vom EK-Sekretär öffentlich bekannt gemachten Tag, der nach Beschluss des maßgeblichen Kreditderivate-Entscheidungskomitees der Tag des Inkrafttretens dieser Mitteilung ist.
Beschließen:	Hat die diesem Begriff im EK-Regelwerk zugewiesene Bedeutung und „ Beschlossen “, „ Beschließt “ und „ Beschluss “ sind entsprechend auszulegen.
EK-Beschluss:	hat die diesem Begriff im EK-Regelwerk zugewiesene Bedeutung.
EK-Regelwerk:	Ist das Regelwerk des Kreditderivate-Entscheidungskomitees (<i>Credit Derivatives Determinations Committee Rules</i>), wie von der ISDA auf ihrer Webseite unter www.isda.org (oder einer Nachfolge-Webseite) regelmäßig veröffentlicht und in der gemäß den Bedingungen des EK-Regelwerks jeweils gültigen Fassung.
EK-Sekretär:	Hat die diesem Begriff im EK-Regelwerk zugewiesene Bedeutung.
Kreditderivate-Entscheidungskomitee:	Bezeichnet jedes gemäß dem EK-Regelwerk zur Fassung bestimmter EK-Beschlüsse in Zusammenhang mit Kreditderivaten gebildete Komitee.

<p>Nachfolgemitteilung:</p>	<p>Bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung einer Partei eines Kreditderivats an die jeweils andere Partei und die Berechnungsstelle, in der eine Nachfolge [Bei einem Referenzschuldner, der ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: (ein Staatsnachfolgeereignis)] beschrieben wird, in Bezug auf welche (bzw. welches) ein Nachfolgetag eingetreten ist, und dem ein oder mehrere Nachfolger des Referenzschuldners entnommen werden können.</p> <p>Die Nachfolgemitteilung muss eine hinreichend detaillierte Beschreibung der Tatsachen enthalten, die für die Bestimmung gemäß der Absätze 2 (a)-(g) erforderlich sind.</p>				
<p>Nachfolgetag:</p>	<p>Bezeichnet den Tag des rechtmäßigen Inkrafttretens eines Ereignisses, bei dem ein oder mehrere Rechtsträger die Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners ganz oder teilweise als Rechtsnachfolger übernehmen; dabei gilt, dass, wenn zu diesem Zeitpunkt ein Stufenplan besteht, der Nachfolgetag dem Tag des rechtmäßigen Inkrafttretens der letzten Nachfolge dieses Stufenplans entspricht bzw., falls dieser Zeitpunkt früher eintritt,</p> <p>(i) dem Tag, an dem eine Bestimmung gemäß der Absätze 2 (a)-(g) nicht von weiteren Nachfolgen im Rahmen dieses Stufenplans betroffen wäre, oder</p> <p>(ii) dem Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags in Bezug auf den Referenzschuldner oder einen Rechtsträger, der einen Nachfolger darstellen würde.</p>				
<p>Relevante Garantie:</p>	<p>[Falls Qualifizierte Tochtergarantie anwendbar ist, einfügen:] Bezeichnet eine Qualifizierte Tochtergarantie.</p> <p>Es gelten die folgenden Definitionen:</p> <table border="1" data-bbox="595 745 1487 875"> <tr> <td data-bbox="595 745 853 875"> <p>Qualifizierte Tochtergarantie:</p> </td> <td data-bbox="858 745 1487 875"> <p>Bezeichnet eine von dem Referenzschuldner gewährte Qualifizierte Garantie hinsichtlich einer Primärverbindlichkeit eines Tochterunternehmens dieses Referenzschuldners.</p> </td> </tr> </table> <p>]</p> <p>[Falls Qualifizierte Garantie anwendbar ist, einfügen:] Bezeichnet eine Qualifizierte Garantie.</p> <p>Es gelten die folgenden Definitionen:</p> <p>]</p> <p>[Falls Qualifizierte Garantie und/oder Qualifizierte Tochtergarantie anwendbar sind, einfügen:]</p> <table border="1" data-bbox="595 1122 1487 2072"> <tr> <td data-bbox="595 1122 853 2072"> <p>Qualifizierte Garantie:</p> </td> <td data-bbox="858 1122 1487 2072"> <p>Bezeichnet eine schriftlich (auch gesetzlich oder durch sonstige Vorschriften) verbrieftete Garantie, gemäß der der Referenzschuldner sich im Rahmen einer Zahlungsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) und nicht im Rahmen einer Forderungseinzugsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) unwiderruflich verpflichtet, sämtliche Kapitalbeträge und Zinsen (mit Ausnahme von aufgrund eines Festen Höchstbetrags nicht abgedeckten Beträgen) zu zahlen, die im Rahmen einer Primärverbindlichkeit, deren Schuldner der Primärschuldner ist, fällig sind.</p> <p>Die folgenden Garantien sind keine Qualifizierten Garantien:</p> <p>(a) Garantiescheine, Finanzversicherungs-Policen oder Akkreditive (oder von der Form her vergleichbare Vereinbarungen); oder</p> <p>(b) Garantien, deren Bedingungen zufolge die Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners infolge des Eintritts oder Nichteintritts eines Ereignisses oder eines Umstandes erfüllt, erlassen, reduziert, abgetreten oder anderweitig geändert werden können, und zwar jeweils in einer anderen Form als</p> <p>(i) durch Zahlung;</p> <p>(ii) im Wege der Zulässigen Abtretung;</p> <p>(iii) kraft Gesetzes[:] [oder]</p> <p>(iv) aufgrund des Bestehens eines Festen Höchstbetrags[:].] [oder]</p> <p>[Falls für den Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind,</p> </td> </tr> </table>	<p>Qualifizierte Tochtergarantie:</p>	<p>Bezeichnet eine von dem Referenzschuldner gewährte Qualifizierte Garantie hinsichtlich einer Primärverbindlichkeit eines Tochterunternehmens dieses Referenzschuldners.</p>	<p>Qualifizierte Garantie:</p>	<p>Bezeichnet eine schriftlich (auch gesetzlich oder durch sonstige Vorschriften) verbrieftete Garantie, gemäß der der Referenzschuldner sich im Rahmen einer Zahlungsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) und nicht im Rahmen einer Forderungseinzugsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) unwiderruflich verpflichtet, sämtliche Kapitalbeträge und Zinsen (mit Ausnahme von aufgrund eines Festen Höchstbetrags nicht abgedeckten Beträgen) zu zahlen, die im Rahmen einer Primärverbindlichkeit, deren Schuldner der Primärschuldner ist, fällig sind.</p> <p>Die folgenden Garantien sind keine Qualifizierten Garantien:</p> <p>(a) Garantiescheine, Finanzversicherungs-Policen oder Akkreditive (oder von der Form her vergleichbare Vereinbarungen); oder</p> <p>(b) Garantien, deren Bedingungen zufolge die Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners infolge des Eintritts oder Nichteintritts eines Ereignisses oder eines Umstandes erfüllt, erlassen, reduziert, abgetreten oder anderweitig geändert werden können, und zwar jeweils in einer anderen Form als</p> <p>(i) durch Zahlung;</p> <p>(ii) im Wege der Zulässigen Abtretung;</p> <p>(iii) kraft Gesetzes[:] [oder]</p> <p>(iv) aufgrund des Bestehens eines Festen Höchstbetrags[:].] [oder]</p> <p>[Falls für den Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind,</p>
<p>Qualifizierte Tochtergarantie:</p>	<p>Bezeichnet eine von dem Referenzschuldner gewährte Qualifizierte Garantie hinsichtlich einer Primärverbindlichkeit eines Tochterunternehmens dieses Referenzschuldners.</p>				
<p>Qualifizierte Garantie:</p>	<p>Bezeichnet eine schriftlich (auch gesetzlich oder durch sonstige Vorschriften) verbrieftete Garantie, gemäß der der Referenzschuldner sich im Rahmen einer Zahlungsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) und nicht im Rahmen einer Forderungseinzugsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) unwiderruflich verpflichtet, sämtliche Kapitalbeträge und Zinsen (mit Ausnahme von aufgrund eines Festen Höchstbetrags nicht abgedeckten Beträgen) zu zahlen, die im Rahmen einer Primärverbindlichkeit, deren Schuldner der Primärschuldner ist, fällig sind.</p> <p>Die folgenden Garantien sind keine Qualifizierten Garantien:</p> <p>(a) Garantiescheine, Finanzversicherungs-Policen oder Akkreditive (oder von der Form her vergleichbare Vereinbarungen); oder</p> <p>(b) Garantien, deren Bedingungen zufolge die Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners infolge des Eintritts oder Nichteintritts eines Ereignisses oder eines Umstandes erfüllt, erlassen, reduziert, abgetreten oder anderweitig geändert werden können, und zwar jeweils in einer anderen Form als</p> <p>(i) durch Zahlung;</p> <p>(ii) im Wege der Zulässigen Abtretung;</p> <p>(iii) kraft Gesetzes[:] [oder]</p> <p>(iv) aufgrund des Bestehens eines Festen Höchstbetrags[:].] [oder]</p> <p>[Falls für den Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind,</p>				

		<p>einfügen: (v) aufgrund von Bestimmungen, die einen Staatlichen Eingriff zulassen oder antizipieren.]</p> <p>Sieht die Garantie oder Primärverbindlichkeit Bestimmungen bezüglich Erfüllung, Erlass, Reduzierung, Abtretung oder sonstiger Änderung der Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners vor und sind diese Bestimmungen zum Zeitpunkt der maßgeblichen Feststellung gemäß den Bedingungen dieser Garantie bzw. Primärverbindlichkeit aufgrund oder infolge des Eintritts (I) einer Nichtzahlung in Bezug auf die Garantie oder die Primärverbindlichkeit oder (II) eines Ereignisses der in der Definition „Insolvenz“ beschriebenen Art in Bezug auf den Referenzschuldner oder den Primärschuldner außer Kraft getreten oder ausgesetzt worden, so gelten diese Bestimmungen unbeschadet der Bedingungen der Garantie oder der Primärverbindlichkeit für diese Zwecke als endgültig außer Kraft oder endgültig ausgesetzt.</p> <p>Um eine Qualifizierte Garantie darzustellen,</p> <p>(x) muss der Nutzen dieser Garantie zusammen mit der Primärverbindlichkeit übertragen werden können und</p> <p>(y) müssen im Falle eines Festen Höchstbetrags der Garantie alle Ansprüche in Bezug auf Beträge, die diesem Festen Höchstbetrag unterliegen, zusammen mit dieser Garantie übertragen werden können.</p>
	Fester Höchstbetrag:	<p>Bezeichnet in Bezug auf eine Garantie ein festgelegtes numerisches Limit bzw. eine festgelegte numerische Obergrenze für die Haftung des Referenzschuldners in Bezug auf einige oder alle der auf die Primärverbindlichkeit fälligen Zahlungen, mit der Maßgabe, dass der Begriff Fester Höchstbetrag kein Limit bzw. keine Obergrenze umfasst, das bzw. die mittels einer Formel mit einer oder mehreren Variablen berechnet wird (und für diese Zwecke gelten die auf die Primärverbindlichkeit ausstehenden fälligen Kapitalbeträge oder sonstigen Beträge nicht als Variablen).</p>
	Zulässige Abtretung:	<p>Bezeichnet in Bezug auf eine Qualifizierte Garantie die Abtretung dieser Qualifizierten Garantie und deren Übernahme durch einen einzelnen Abtretungsempfänger (einschließlich im Wege einer Einziehung der Garantie und Gewährung einer neuen Garantie) zu denselben oder im Wesentlichen selben Bedingungen in Fällen, in denen auch eine Abtretung des gesamten (oder im Wesentlichen gesamten) Vermögens des Referenzschuldners an denselben einzelnen Abtretungsempfänger erfolgt.</p>

Relevante Verbindlichkeiten:	<p>Bezeichnen die ausstehenden Anleihen und Kredite des Referenzschuldners unmittelbar vor dem Nachfolgetag (bzw., wenn ein Stufenplan besteht, unmittelbar vor dem Tag der rechtlichen Wirksamkeit der ersten Rechtsnachfolge), mit der Maßgabe, dass</p> <p>(i) ausstehende Anleihen oder Kredite, die zwischen dem Referenzschuldner und einem seiner Verbundenen Unternehmen bestehen bzw. vom Referenzschuldner gehalten werden, ausgeschlossen sind;</p> <p>(ii) wenn ein Stufenplan besteht, die Berechnungsstelle die geeigneten Anpassungen für die Bestimmung gemäß der Absätze (a) bis (g) vornimmt, die zur Berücksichtigung von Anleihen und Kredite des Referenzschuldners erforderlich sind, soweit diese Anleihen und Krediten ab dem Tag der rechtlichen Wirksamkeit der ersten Rechtsnachfolge (einschließlich) bis zum Nachfolgetag (einschließlich) ausgegeben werden, entstehen, zurückgenommen werden, zurückgekauft werden oder eingezogen werden.</p>
-------------------------------------	---

[+/-Falls der Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen:

Staat:	Bezeichnet einen Staat oder eine politische Untereinheit oder Regierung dieses Staates oder jede Vertretung oder Institution, jedes Ministerium, jede Abteilung oder jede andere Behörde (einschließlich der Zentralbank) dieses Staates, die bzw. das staatliche Funktionen ausübt.
Staatsnachfolgeereignis:	Bezeichnet in Bezug auf einen Referenzschuldner, bei dem es sich um einen Staat handelt, eine Annektierung, Vereinigung, Abspaltung, Teilung, Auflösung, Zusammenlegung, erneute Gründung oder ein ähnliches Ereignis.

[+/-Ende]

Stufenplan:	Bezeichnet einen durch Zulässige Informationen nachgewiesenen Plan, nach dem eine Reihe von Nachfolgen eintreten wird, bei denen ein oder mehrere Rechtsträger die Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners ganz oder teilweise als Rechtsnachfolger übernehmen.
Übernehmen/Übernimmt:	<p>Bezeichnet jeweils hinsichtlich des Referenzschuldners und dessen Relevanten Verbindlichkeiten, dass ein anderer als der Referenzschuldner</p> <p>(i) diese Relevanten Verbindlichkeiten kraft Gesetzes oder durch einen Vertrag [Falls der Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: (einschließlich eines Protokolls, eines Staatsvertrags, einer Konvention, eines Übereinkommens, eines Bündnisses, eines Paktes oder eines sonstigen Abkommens)] übernimmt oder für diese haftet, oder</p> <p>(ii) Anleihen oder Kredite begibt, die gegen Relevante Verbindlichkeiten umgetauscht werden und der Referenzschuldner in beiden Fällen kein direkter Schuldner oder Garantiegeber einer Relevanten Garantie hinsichtlich dieser Relevanten Verbindlichkeiten oder Anleihen oder Kredite mehr ist. Die hinsichtlich der Definition von Nachfolger erforderlichen Bestimmungen erfolgen im Falle eines Umtauschangebots auf der Grundlage des ausstehenden Kapitalbetrags der bei dem Umtausch angebotenen und angenommenen Relevanten Verbindlichkeiten und nicht auf Grundlage des ausstehenden Kapitalbetrags der Anleihen bzw. des ausstehenden Nominalbetrags der Kredite, für die die Relevanten Verbindlichkeiten umgetauscht wurden.</p>
Zulässige Informationen:	Bezeichnet öffentlich zugängliche Informationen oder Informationen, die veröffentlicht werden können, ohne dadurch gegen gesetzliche oder vertraglich vereinbarte Geheimhaltungspflichten oder sonstige diesbezügliche Beschränkungen zu verstoßen.

§ 6
DIE EMISSIONSSTELLE , DIE ZAHLSTELLE
UND DIE BERECHNUNGSSTELLE

(1) Bestellung; bezeichnete Geschäftsstelle.

Die anfänglich bestellte Emissionsstelle, die Zahlstelle und die Berechnungsstelle und deren jeweils anfänglich bezeichnete Geschäftsstelle lauten wie folgt:

Emissionsstelle:	[DekaBank Deutsche Girozentrale Mainzer Landstraße 16 60325 Frankfurt am Main [Telefax: []] [Email: []] [andere Emissionsstelle und bezeichnete Geschäftsstelle am gegebenenfalls vorgeschriebenen Ort einfügen]
Zahlstelle:	[Im Fall von mehr als einer Zahlstelle einfügen: Bezeichnet jeweils:] [DekaBank Deutsche Girozentrale Mainzer Landstraße 16 60325 Frankfurt am Main [Telefax: []] [Email: []] [andere Zahlstellen und bezeichnete Geschäftsstellen einfügen]
Berechnungsstelle:	[Im Fall, dass keine Berechnungsstelle bestellt ist, einfügen:] Es ist keine Berechnungsstelle bestellt, alle Bezugnahmen auf die Berechnungsstelle gelten als Bezugnahmen auf die [Emittentin] [Emissionsstelle].] [DekaBank Deutsche Girozentrale Mainzer Landstraße 16 60325 Frankfurt am Main] [andere Berechnungsstelle und bezeichnete Geschäftsstellen am gegebenenfalls vorgeschriebenen Ort einfügen]

Die Emissionsstelle, die Zahlstelle und die etwaige Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit die bezeichnete Geschäftsstelle durch eine andere Geschäftsstelle zu ersetzen **[Im Fall, dass die Bestellung an Voraussetzungen gebunden ist einfügen:]** die Geschäftsstelle muss [in derselben Stadt] [in demselben Land] **[andere Voraussetzung einfügen]** sein].

(2) Änderung der Bestellung oder Abberufung.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Emissionsstelle, einer Zahlstelle oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere Emissionsstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder eine bzw. eine andere Berechnungsstelle zu bestellen. Die Emittentin wird jederzeit

- (i) eine Emissionsstelle, eine Zahlstelle und Berechnungsstelle (sofern gemäß Absatz (1) bestellt) entsprechend der jeweils anwendbaren Bestimmungen unterhalten und
- (ii) sofern und solange die Schuldverschreibungen an einer oder mehreren Börsen notiert sind, eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann) mit bezeichneter Geschäftsstelle – sofern aufgrund der anwendbaren rechtlichen Bestimmungen erforderlich – im Sitzland der jeweiligen Börse und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen.

[Im Fall, dass zusätzliche Anforderungen an die Zahlstelle und/oder Berechnungsstelle gestellt werden einfügen:]
Darüber hinaus:

[[iii][]] eine Zahlstelle mit bezeichneter Geschäftsstelle außerhalb der Europäischen Union unterhalten[:] [und] [.]

[[iv][]] eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann) mit bezeichneter Geschäftsstelle in einer kontinentaleuropäischen Stadt unterhalten[:] [und] [.]

[im Fall von Zahlungen in US-Dollar einfügen:]

[[v][]] falls Zahlungen bei den oder durch die Geschäftsstellen aller Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika (wie in § 1 (6) definiert) aufgrund der Einführung von Devisenbeschränkungen oder ähnlichen Beschränkungen hinsichtlich der vollständigen Zahlung oder des Empfangs der entsprechenden Beträge in US-Dollar widerrechtlich oder tatsächlich ausgeschlossen werden, eine Zahlstelle mit bezeichneter Geschäftsstelle in New York City unterhalten.]

Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Fall eines Wechsels wegen Insolvenz der Emissionsstelle, Zahlstelle oder Berechnungsstelle, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß § 12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.

(3) Beauftragte der Emittentin.

Die Emissionsstelle, die Zahlstelle(n) und die etwaige Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern; es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge sind frei von und ohne Einbehalt oder Abzug von an der Quelle einzubehaltenden bestehenden oder zukünftigen Steuern oder sonstiger Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder im Namen der Bundesrepublik Deutschland oder Gebietskörperschaften oder sonstiger Behörden, die berechtigt sind, Steuern zu erheben, auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben.

[Falls Gross-up Ausnahmen nicht anwendbar sind, einfügen:

In letzterem Fall besteht keinerlei Verpflichtung der Emittentin zur Zahlung zusätzlicher Beträge, um die Gläubiger so zu stellen, als sei kein solcher Einbehalt oder Abzug vorgenommen worden.
]

[Falls vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist und Gross-up Ausnahmen anwendbar sind, einfügen:

In letzterem Fall wird die Emittentin – soweit sie die Schuldverschreibungen nicht gemäß § 5(2)(c) vorzeitig zurückzahlt – diejenigen zusätzlichen Beträge (die „**Zusätzlichen Beträge**“) zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach einem solchen Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen entsprechen, die ohne einen solchen Einbehalt oder Abzug von den Gläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher Zusätzlichen Beträge besteht jedoch nicht für solche Steuern und Abgaben, die:

- (a) auf Basis der Vorschriften zur deutschen Kapitalertragsteuer (§§ 20, 43 ff. EStG) einschließlich etwaigen Zuschlagsteuern (z.B. Solidaritätszuschlag oder Kirchensteuer) einbehalten oder abgezogen werden. Dies gilt auch, wenn der Abzug oder Einbehalt durch die Emittentin, ihren Stellvertretern oder die auszahlende Stelle vorzunehmen ist und ebenso für jede andere Steuer, welche die oben genannten Steuern ersetzen sollte; oder
- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren privaten oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zur Bundesrepublik Deutschland zu zahlen sind; dies gilt nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in der Bundesrepublik Deutschland stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund oder infolge
 - (i) eines internationalen Vertrages, dessen Partei die Bundesrepublik Deutschland ist, oder
 - (ii) einer Verordnung oder Richtlinie aufgrund oder infolge eines solchen Vertrages auferlegt oder erhoben werden; oder
- (d) deswegen zu zahlen sind, weil die Schuldverschreibungen von einem oder für einen Gläubiger gehalten werden, der einen solchen Einbehalt oder Abzug durch Erfüllung gesetzlicher Anforderungen oder eine Nichtansässigkeitsbescheinigung oder einen ähnlichen Anspruch auf Befreiung gegenüber der relevanten Steuerbehörde hätte vermeiden können; oder
- (e) wegen einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung oder, falls dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß § 12 wirksam wird; oder
- (f) Unbeschadet sonstiger Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen, ist die Emittentin zum Einbehalt oder Abzug der Beträge berechtigt, die gemäß §§ 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code (einschließlich dessen Änderungen oder Nachfolgevorschriften), gemäß zwischenstaatlicher Abkommen, gemäß den in einer anderen Rechtsordnung in Zusammenhang mit diesen Bestimmungen erlassenen Durchführungsvorschriften oder gemäß mit dem Internal Revenue Service geschlossenen Verträgen („**FATCA Quellensteuer**“) (einschließlich dessen Änderungen, Nachfolgevorschriften oder dazu erlassener Richtlinien oder Verordnungen) erforderlich sind. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zusätzliche Beträge zu zahlen oder Gläubiger in Bezug auf FATCA Quellensteuer schadlos zu halten, die von der Emittentin, einer Zahlstelle oder von einem anderen Beteiligten als Folge davon, dass eine andere Person als die Emittentin oder deren Zahlstelle nicht zum Empfang von Zahlungen ohne FATCA Quellensteuer berechtigt ist, abgezogen oder einbehalten wurden.

]

§ 8
MARKTSTÖRUNGEN, ANPASSUNGEN

Vorbehaltlich anderer in diesen Emissionsbedingungen enthaltenen Bestimmungen unterliegen die Festlegungen und Berechnungen der Berechnungsstelle unter diesen Emissionsbedingungen keinen weiteren Regelungen bezüglich von Marktstörungen und/oder Anpassungen.

§ 9
GESETZLICHE AUSSERORDENTLICHE KÜNDIGUNG

Den Gläubigern stehen die gesetzlichen außerordentlichen Kündigungsrechte aus wichtigem Grund zu.

§ 10
ERSETZUNG

(1) Ersetzung.

Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder etwaige Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger an ihrer Stelle eine andere Gesellschaft (deren stimmberechtigtes Kapital mehrheitlich unmittelbar oder mittelbar von der Emittentin gehalten wird, vorausgesetzt, dass nach ihrer vernünftigen Einschätzung,

- (i) es der Emittentin gestattet ist, eine solche Gesellschaft zu errichten und fortzuführen und
- (ii) sie mit der Erteilung der hierfür erforderlichen Genehmigungen rechnen kann;

andernfalls kann diese Gesellschaft eine nicht mit der Emittentin verbundene Gesellschaft sein) als Hauptschuldnerin (die „**Nachfolgeschuldnerin**“) für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit dieser Emission einzusetzen, vorausgesetzt, dass:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin in Bezug auf die Schuldverschreibungen übernimmt und, sofern eine Zustellung an die Nachfolgeschuldnerin außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erfolgen müsste, einen Zustellungsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland bestellt;
- (b) die Emittentin und die Nachfolgeschuldnerin alle gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen erhalten haben und berechtigt sind, an die Emissionsstelle die zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge in der hierin Festgelegten Währung zu zahlen, ohne verpflichtet zu sein, jeweils in dem Land, in dem die Emittentin oder die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat, erhobene Steuern oder andere Abgaben jeder Art abzuziehen oder einzubehalten;
- (c) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet hat, jeden Gläubiger hinsichtlich solcher Steuern, Abgaben oder behördlichen Lasten freizustellen, die einem Gläubiger bezüglich der Ersetzung auferlegt werden;
- (d) die ursprüngliche Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge zu Bedingungen garantiert, die sicherstellen, dass jeder Gläubiger wirtschaftlich mindestens so gestellt wird, wie er ohne eine Ersetzung stehen würde.

(2) Bekanntmachung.

Jede Ersetzung ist gemäß § 12 bekannt zu geben.

(3) Änderung von Bezugnahmen.

Im Falle einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

Des Weiteren gilt im Falle einer Ersetzung in § 7

[Falls vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen: und § 5(2)(c)] eine alternative Bezugnahme auf die Bundesrepublik Deutschland als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat).

§ 11
BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN,
ANKAUF UND ENTWERTUNG

(1) Begebung weiterer Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des etwaigen Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) Ankauf.

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können jederzeit nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft, getilgt oder bei der Emissionsstelle zwecks Entwertung eingereicht werden. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.

(3) Entwertung.

Sämtliche vollständig zurückgezahlte Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12
MITTEILUNGEN

(1) Bekanntmachung.

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind entweder im Bundesanzeiger oder einem Nachfolgemedium oder in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung (die „**Zeitungsveröffentlichung**“) in den Relevanten Ländern oder auf der Relevanten Internetseite zu veröffentlichen.

Jede derartige Mitteilung ist mit dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Relevantes Land:	voraussichtliche Tageszeitung für die Zeitungsveröffentlichung:	Relevante Internetseite:
[Deutschland]	[Börsen Zeitung] [andere führende Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung (Börsenpflichtblatt) einfügen]	[www.dekabank.de] [andere relevante Internetseite einfügen]
[Luxemburg]	[Luxemburger Wort] [Tageblatt] []	
[anderes relevantes Land]	[voraussichtliche Tageszeitung einfügen]	

(2) Mitteilung an das Clearing-System.

Die Emittentin ist berechtigt, eine Bekanntmachung nach Absatz (1) durch eine Mitteilung an das Clearing-System zur Weiterleitung an die Gläubiger zu ersetzen, vorausgesetzt, dass in Fällen, in denen die Schuldverschreibungen an einer Börse notiert sind, die Regeln dieser Börse dies zulassen. Jede derartige Mitteilung gilt am fünften Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearing-System als den Gläubigern mitgeteilt.

§ 13
ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT,
GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG, VORLEGUNGSFRIST, AUSLEGUNG

(1) Anwendbares Recht.

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.

(2) Erfüllungsort.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland.

(3) Gerichtsstand.

Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren (die „**Rechtsstreitigkeiten**“) ist das Landgericht Frankfurt am Main. Die deutschen Gerichte sind ausschließlich zuständig für die Kraftloserklärung abhanden gekommener oder vernichteter Schuldverschreibungen.

(4) Gerichtliche Geltendmachung.

Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage geltend zu machen:

- (a) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche
 - (i) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält,
 - (ii) die Anzahl der Schuldverschreibungen bezeichnet bzw. alle vorhandenen Daten enthält, welche die Anzahl eindeutig bestimmen lässt, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und
 - (iii) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Clearing-System eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (i) und (ii) bezeichneten Informationen enthält; und
- (b) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing-System oder des Verwahrers des Clearing-Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre oder
- (c) auf jede andere Weise, die im Lande der Geltendmachung prozessual zulässig ist.

Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet „**Depotbank**“ jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing-Systems.

(5) Vorlegungsfrist.

Die in § 801 (1) Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre abgekürzt.

(6) Auslegung.

Die Emissionsbedingungen - insbesondere die Bestimmungen in §§ 1(6), 5 bis 5b - beruhen auch auf Standard-Bedingungen für kreditereignisabhängige Finanzinstrumente, die von ISDA veröffentlicht werden.

Diese auf den ISDA-Bedingungen (wie in §1(6)(b) definiert) beruhenden Emissionsbedingungen, sind in Übereinstimmung mit dem Verständnis führender Marktteilnehmer des Marktes für Kreditderivate hinsichtlich des Inhalts dieser ISDA-Bedingungen und im Einklang mit etwaigen ISDA-Verlautbarungen (wie in § 1(6)(b) definiert) auszulegen.

Die Berechnungsstelle und Emittentin werden bei der Anwendung dieser Emissionsbedingungen und der Ausübung ihrer Ermessensspielräume etwaige einschlägige Komiteeentscheidungen (wie in § 1(6)(b) definiert), insbesondere auch solche, die sich auf die von der Emittentin oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen abgeschlossenen Absicherungsgeschäfte beziehen, berücksichtigen.

Dabei gilt, dass die Berechnungsstelle oder Emittentin immer dann in wirtschaftlich angemessener Weise handeln, wenn sie bei der Anwendung der Emissionsbedingungen Komiteeentscheidungen Folge leistet, sofern diese nach Einschätzung der Berechnungsstelle oder Emittentin nicht gegen Treu und Glauben verstoßen und/oder zu einem unbilligen Ergebnis führen.

§ 14
AUSÜBUNG VON ERMESSEN, ANFECHTUNG UND BERICHTIGUNGEN

(1) Ausübung von Ermessen.

Festlegungen durch die Emittentin erfolgen, soweit in diesen Emissionsbedingungen nicht anders angegeben, nach billigem Ermessen. Soweit diese Emissionsbedingungen vorsehen, dass die Emittentin oder die Berechnungsstelle Entscheidungen nach „billigem Ermessen“ treffen, erfolgt die Ausübung des billigen Ermessens durch die Emittentin nach § 315 BGB und die Ausübung des billigen Ermessens durch die Berechnungsstelle nach § 317 BGB.

Die Emittentin oder die Berechnungsstelle werden bei Entscheidungen, die sie nach billigem Ermessen zu treffen haben, den jeweils einschlägigen ISDA-Verlautbarungen oder Entscheidungen des Komitees folgen. Führt dies zu einem Ergebnis, welches – aufgrund von Abweichungen der Definitionen in diesen Emissionsbedingungen oder aus anderen Gründen – dem wirtschaftlichen Gehalt der Schuldverschreibungen nicht gerecht wird, so tritt an die Stelle des Inhalts solcher ISDA-Verlautbarungen oder Entscheidungen eine dem wirtschaftlichen Gehalt der Schuldverschreibungen gerecht werdendes Entscheidungsergebnis. Was dem wirtschaftlichen Gehalt der Schuldverschreibungen gerecht wird, bestimmt die Emittentin oder die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen.

(2) Anfechtung durch die Emittentin.

Offensichtliche Schreib- oder Berechnungsfehler oder ähnliche offensichtliche Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen, einschließlich solcher, bei denen Angaben erkennbar nicht mit dem Ausgabepreis der Schuldverschreibung oder dessen wertbestimmenden Faktoren zu vereinbaren sind, berechtigen die Emittentin zur Anfechtung. Die Anfechtung ist unverzüglich nach Erlangung der Kenntnis von einem solchen Anfechtungsgrund gemäß § 12 zu erklären.

Die Emittentin kann mit der Anfechtungserklärung ein Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibung zu den berichtigten Emissionsbedingungen verknüpfen. Das Angebot gilt als angenommen, wenn der Gläubiger nicht innerhalb von 6 Wochen nach Mitteilung des Angebots gemäß § 12 widerspricht. Die Emittentin ist verpflichtet, bei Abgabe des Angebots den Gläubiger auf die Frist und die automatische Annahme des Angebots durch den Gläubiger bei Fristablauf (Fiktion der Annahme) hinzuweisen.

Die Ablehnung des Angebots auf Fortführung der Schuldverschreibung hat der Gläubiger innerhalb der 6-Wochen-Frist bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle gemäß § 6 (1) nach seiner Wahl in Textform oder Schriftform einzureichen. Ein unverbindliches Muster für die Ablehnungserklärung ist bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle erhältlich.

Hat die Emittentin wirksam angefochten und kommt keine Einigung über die Fortführung der Schuldverschreibung zustande, zahlt am Anfechtungs-Auszahlungstag die Emittentin an den Gläubiger den Anfechtungs-Auszahlungsbetrag.

Anfechtungs-Auszahlungsbetrag:	Bezeichnet den von dem Gläubiger nachweislich für den Erwerb der Schuldverschreibungen aufgewendeten Betrag abzüglich von der Emittentin bereits geleisteter Zins- und Kapitalzahlungen. [Der Anfechtungs-Auszahlungsbetrag entspricht jedoch mindestens dem Nennbetrag.]
Anfechtungs-Rückzahlungstag:	Ist der [fünfte] [andere Zahl einfügen] [Geschäftstag] [Bankgeschäftstag] nach dem Tag der Bekanntgabe der Anfechtung bzw. – bei einem Angebot der Fortführung – nach dem Tag des Ablaufs der 6-Wochen-Frist.

§ 122 BGB gilt für Fälle der Anfechtung gemäß diesem Absatz (2) analog.

Das Anfechtungsrecht der Emittentin nach §§ 119 ff BGB bleibt unberührt.

(3) Widersprüchliche, unvollständige oder lückenhafte Angaben

Widersprüchliche, unvollständige bzw. lückenhafte Bestimmungen in den Emissionsbedingungen kann die Emittentin nach billigem Ermessen berichtigen bzw. ergänzen. Dabei sind nur solche Berichtigungen oder Ergänzungen zulässig, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Gläubiger zumutbar sind und insbesondere die rechtliche und finanzielle Situation der Gläubiger nicht wesentlich verschlechtern. Solche Berichtigungen oder Ergänzungen werden den Gläubigern gemäß § 12 mitgeteilt.

(4) Kenntnis der Fehlerhaftigkeit

Waren dem Gläubiger Schreib- oder Berechnungsfehler oder ähnliche Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen beim Erwerb der Schuldverschreibungen bekannt, so gilt anstelle des fehlerhaften der richtige Inhalt der Emissionsbedingungen.

§ 15
ERHALTUNGSKLAUSEL

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise nichtig oder rechtsunwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

§ 16
SPRACHE

Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst.

OPTION II

SATZ DER EMISSIONSBEDINGUNGEN FÜR
BONITÄTSABHÄNGIGE SCHULDVERSCHREIBUNGEN MIT MEHREREN REFRENZSCHULDNERN

[Bezeichnung der betreffenden Serie der auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen]
Serie [Nr. einfügen]
(die „Serie der Schuldverschreibungen“)

§ 1
WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM,
DEFINITIONEN

(1) Gesamtemissionsvolumen, Nennbetrag, Währung, Stückelung.

Diese Serie der Schuldverschreibungen der Emittentin wird in der Festgelegten Währung (auch „Emissionswährung“) im nachfolgend genannten Gesamtemissionsvolumen, eingeteilt in die definierte Anzahl Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, begeben.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Schuldverschreibungen:	Diese Serie von Schuldverschreibungen.
Emittentin:	DekaBank Deutsche Girozentrale
Festgelegte Währung:	In Bezug auf die Emission (auch „Emissionswährung“): [Euro (auch „EUR“)] [andere Festgelegte Währung einschließlich Währungskürzel einfügen]
Gesamtemissionsvolumen:	[Im Fall von Aufstockungen je Tranche einfügen: Gesamtemissionsvolumen der Tranche (Nummer einfügen): [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Tranche einfügen] [Stück][EUR][andere Währungskürzel einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl der Tranche (Nummer einfügen)“] [der „Gesamtnennbetrag der Tranche (Nummer einfügen)“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Tranche in Worten einfügen][Stück][Euro][andere Währung einfügen])] [Im Fall von Aufstockungen für alle enthaltenen Tranchen zusammenfassend einfügen: Gesamtemissionsvolumen der Serie einschließlich der Tranche[n] Nr. (Nummer(n) einfügen):] [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen der Serie einfügen][Stück][EUR][anderes Währungskürzel einfügen] (auch [die „Gesamtstückzahl“] [der „Gesamtnennbetrag der Serie“]) (in Worten: [Bis zu] [Gesamtemissionsvolumen in Worten einfügen] [Stück][Euro][andere Währung einfügen])
Festgelegte Stückelung:	[Eine Schuldverschreibung] [im definierten Nennbetrag]
Nennbetrag:	[10.000,00 EUR] [Anderen Nennbetrag der Festgelegten Stückelung größer gleich 10.000,00 EUR oder entsprechenden Gegenwert in einer anderen Währung einfügen] je Festgelegte Stückelung
Anzahl der in der Festgelegten Stückelung ausgegebenen Schuldverschreibungen:	[Im Fall von Aufstockungen einfügen: [je Tranche, die in diesen Emissionsbedingungen zusammengefasst sind, einfügen: Für die Tranche[n] (Nummer[n] einfügen): [Bis zu] [Anzahl Schuldverschreibungen in Bezug auf die Tranche einfügen] [Ist die Gesamtstückzahl der Tranchen (Nummer[n] einfügen).]] Für die Serie einschließlich der Tranche[n] Nr. (Nummer(n) einfügen):] [Bis zu] [Anzahl Schuldverschreibungen einfügen] [Ist die Gesamtstückzahl [der Serie].]

[Kleinste handelbare und übertragbare Einheit:	[+#Sofern unterschiedlich zu definieren, Gliederung jeweils voranstellen: [Für die Kleinste handelbare Einheit gilt:][Für die Kleinste übertragbare Einheit gilt:] +#-Ende] [Anzahl einfügen] [Schuldverschreibungen] [Betrag in Festgelegter Währung einfügen] [Ist [die]][das [Ganze Zahl größer gleich 1 einfügen]-fache der] Festgelegte[n] Stückelung[] [oder ein ganzzahliges Vielfaches davon]].
---	--

[+# Im Fall von Aufstockungen zusätzlich einfügen, sofern nicht bereits auf der Urkunde vermerkt:

Tranche[n]:	[Nummer(n) der Tranche[n] einfügen]
--------------------	--

Diese **[Nummer(n) der Tranche(n) einfügen]**. Tranche [bildet][bilden] zusammen mit [den][der] nachfolgend angegebenen Tranche[n] dieser Serie eine einheitliche Serie:

Erste Tranche begeben am **[Tag(e) der Begebung der ersten Tranche dieser Serie einfügen]**[.][und][.]

[Für jede weitere Tranche dieser Serie von auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen entsprechende Informationen einfügen:

[Nr. der Tranche einfügen]. Tranche begeben am **[Tag(e) der Begebung dieser Tranche einfügen]**[.][und][.]]

+#-Ende]

(2) Form.

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.

[#1-Bei Schuldverschreibungen, die ausschließlich durch eine Dauerglobalurkunde verbrieft sind, einfügen:

(3) Dauerglobalurkunde.

Die Schuldverschreibungen sind durch eine oder mehrere Dauerglobalurkunde(n) (die „**Dauerglobalurkunde**“ oder „**Globalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin [und ist von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen]

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist:

und wird von der Gesellschaft, die von der Emittentin als gemeinsame Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) bestellt ist, unterzeichnet

].

Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

#1-Ende]

[#2-Bei Schuldverschreibungen, die anfänglich durch eine Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind (D Bestimmungen), einfügen:

(3) Vorläufige Globalurkunde – Austausch.

(a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die „**Vorläufige Globalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft. Die Vorläufige Globalurkunde wird gegen Schuldverschreibungen in der Festgelegten Stückelung, die durch eine Dauerglobalurkunde (die „**Dauerglobalurkunde**“) ohne Zinsscheine verbrieft sind, ausgetauscht. Die Vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde (jeweils eine „**Globalurkunde**“) tragen jeweils die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin

[und sind jeweils von der Emissionsstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen]

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

und werden von der Gesellschaft, die von der Emittentin als gemeinsame Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) bestellt ist (wie nachstehend definiert), unterzeichnet

].

Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

(b) Die Vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der „**Austauschtag**“) gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht, der nicht weniger als 40 Tage und nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegt. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der oder die wirtschaftlichen Eigentümer der durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine U.S.-Personen sind (ausgenommen bestimmte Finanzinstitute oder bestimmte Personen, die Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist hinsichtlich einer jeden solchen Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt werden, diese Vorläufige Globalurkunde gemäß Absatz (3)(b) dieses § 1 auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die Vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika (wie in § 1(6) definiert) zu liefern.

#2-Ende]

(4) Clearing-System.

Jede Globalurkunde wird (falls sie nicht ausgetauscht wird) solange von einem oder im Namen eines Clearing-Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind.

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

Die Schuldverschreibungen werden in Form einer neuen Globalurkunde (New Global Note „NGN“) ausgegeben und von einer gemeinsamen Sicherheitsverwahrstelle (*Common Safekeeper*) im Namen beider ICSDs verwahrt und können gemäß anwendbarem Recht und gemäß den anwendbaren Bestimmungen und Regeln des Clearing Systems übertragen werden.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Clearing-System:	[bei mehr als einem Clearing-System einfügen: Jeweils] [Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main („CBF“)] [Adresse einfügen] [,] [Clearstream Banking, société anonyme, Luxemburg („CBL“)] [Adresse einfügen] [und] [Euroclear Bank SA/NV, als Betreiberin des Euroclear Systems („Euroclear“)] [Adresse einfügen] [(CBL und Euroclear jeweils ein „ICSD“ und zusammen die „ICSDs“) [,] [und] [anderes Clearing-System angeben] oder deren Funktionsnachfolger.
-------------------------	--

[Falls die Globalurkunde eine CGN ist, einfügen:

(5) Gläubiger von Schuldverschreibungen.

Gläubiger:	Bezeichnet jeden Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen Rechts an den Schuldverschreibungen, das gemäß anwendbarem Recht und gemäß den anwendbaren Bestimmungen und Regeln des Clearing-Systems übertragen werden kann.
-------------------	---

] [Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:

(5) Register der ICSDs.

Der Gesamtnennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht dem jeweils in den Registern beider ICSDs eingetragenen Gesamtbetrag. Die Register der ICSDs (unter denen man die Register versteht, die jeder ICSD für seine Kunden über den Betrag ihres Anteils an den Schuldverschreibungen führt) sind schlüssiger Nachweis über den Gesamtnennbetrag der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen, und eine zu diesen Zwecken von einem ICSD zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgestellte Bestätigung mit dem Gesamtnennbetrag der so verbrieften Schuldverschreibungen ist ein schlüssiger Nachweis über den Inhalt des Registers des jeweiligen ICSD zu diesem Zeitpunkt.

Bei Rückzahlung oder Zahlung einer Rate oder einer Zinszahlung bezüglich der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen bzw. bei Kauf und Entwertung der durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen stellt die Emittentin sicher, dass die Einzelheiten über Rückzahlung und Zahlung bzw. Kauf und Löschung bezüglich der Globalurkunde pro rata in die Unterlagen der ICSDs eingetragen werden, und dass, nach dieser Eintragung, vom Gesamtnennbetrag der in die Register der ICSDs aufgenommenen und durch die Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen der Gesamtbetrag der zurückgekauften bzw. gekauften und entwerteten Schuldverschreibungen bzw. der Gesamtbetrag der so gezahlten Raten abgezogen wird.

[+/-Im Falle einer vorläufigen Globalurkunde, einfügen:

Bei Austausch eines Anteils von ausschließlich durch eine vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen wird die Emittentin sicherstellen, dass die Einzelheiten dieses Austauschs pro rata in die Aufzeichnungen der ICSDs aufgenommen werden.

+/-Ende]

]

(6) Weitere Definitionen.

(a) Allgemeine Definitionen.

[Bankgeschäftstag:	[Ist ein] [Ein] Tag, an dem die Banken in [Frankfurt am Main] [und] [andere(n) relevante(n) Ort(e) einfügen] für den allgemeinen Geschäftsverkehr geöffnet sind.]
[Clearing-System-Geschäftstag:	Jeder Tag, an dem alle gewählten Clearing-Systeme für die Annahme und Ausführung von Abwicklungsanweisungen geöffnet sind (oder wären, wenn nicht eine Clearing-System-Abwicklungsstörung eingetreten wäre).]
Tag der Begebung:	[#1-Falls ein Datum definiert ist: [Datum einfügen] #1--Ende] [#2- Falls eine Abhängigkeit von einem anderen Tag oder Termin besteht, einfügen: [Ist der][Der] [[dritte]][andere Zahl einfügen] Bankgeschäftstag nach dem Handelstag [anderen Bezug einfügen] , voraussichtlich der [Datum einfügen] . #2-Ende]
Fälligkeitstag:	Ist der Vorgesehene Fälligkeitstag ([vorgesehener Fälligkeitstag einfügen]) [oder der Verschobene Fälligkeitstag] (wie in § 5(1) definiert).
Geschäftstag:	[Ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing-System Zahlungen abwickelt [#1-Falls die Festgelegte Währung Euro ist oder wenn Zahlungen über TARGET abgewickelt werden einfügen: und der ein TARGET-Geschäftstag ist. #1-Ende] [#2-Falls die Festgelegte Währung nicht Euro ist, einfügen: [, der ein TARGET-Geschäftstag ist] und an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [sämtliche relevante Finanzzentren einfügen] Zahlungen abwickeln. #2-Ende]]
ISDA-Geschäftstag:	[Ist] jeder Tag, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [sämtliche relevanten Finanzzentren abhängig vom Transaktionstyp einfügen] [+##Falls dieser Ort nicht für alle Referenzschuldner ausschließlich anwendbar ist, einfügen: und im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] [zusätzliches relevantes Finanzzentrum abhängig vom Transaktionstyp einfügen] [+##Ende] Zahlungen abwickeln und/oder der ein TARGET-Geschäftstag ist.] [Ist jeder Bankgeschäftstag.] [Ist jeder Geschäftstag.]
[Handelstag:	[Datum einfügen]
Rundungsregeln:	Soweit nachfolgend in diesen Emissionsbedingungen nicht etwas anderes bestimmt ist, gelten für sämtliche Berechnungen, Ermittlungen und Festsetzungen, die unter diesen Schuldverschreibungen getroffen werden, folgende Rundungsregeln: a) Beträge in der Festgelegten Währung werden auf die kleinste Einheit der Festgelegten Währung auf- oder abgerundet, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden. b) Zinssätze in Prozent per annum werden grundsätzlich auf die [Relevante Nachkommastelle angeben] Stelle nach dem Komma auf- oder abgerundet, wobei ab [Relevante Zahl in folgendem Format einfügen 0,xx5] aufgerundet wird.
TARGET:	Das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) oder ein Nachfolgesystem davon.
TARGET-Geschäftstag:	Bedeutet einen Tag, an dem TARGET betriebsbereit ist.
[Vereinigte Staaten von Amerika:	Bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des „District of Columbia“) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und Northern Mariana Islands).]
BGB:	Bezeichnet das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch.

(b) **Spezielle Definitionen.**

ISDA:	<p>International Swaps and Derivatives Association, Inc.</p> <p>ISDA ist eine private Handelsorganisation, die ihre Mitglieder, sowohl große Institutionen weltweit, die mit derivativen, auf bestimmte Basiswerte bezogenen Finanzprodukte handeln, als auch viele private und staatliche Unternehmen, am Derivatemarkt vertritt und in Absprache mit Marktteilnehmern Standard-Bedingungen und Dokumentationsmaterialien für den Derivatemarkt entwickelt und veröffentlicht (die „ISDA-Bedingungen“). ISDA-Bedingungen sind in englischer Sprache verfasst und unterliegen englischem Recht oder dem Recht des Staates New York.</p> <p>Die einheitliche Anwendung von ISDA-Bedingungen wird seitens ISDA unterstützt durch Verlautbarungen, Protokolle und Auslegungsdirektiven, die zwischen ISDA und den Marktteilnehmern vereinbart werden (die „ISDA-Verlautbarungen“) und/oder durch Entscheidungen eines von ISDA gebildeten und mit Händlern und Käufern von kreditabhängigen Finanzinstrumenten besetzten Entscheidungskomitees (das „Komitee“), das dem Zweck dient, im Zusammenhang mit den ISDA-Bedingungen, bestimmte Fragen und Sachverhalte zu entscheiden, (die „Komiteeentscheidungen“). Die Zusammensetzung des Komitees, die Zuständigkeit des Komitees für bestimmte Fragen und Sachverhalte und die Verfahren für die Durchführung von Komiteeentscheidungen unterliegen besonderen Regeln in den ISDA-Bedingungen (in der von ISDA jeweils geänderten und auf ihrer Website www.isda.org (oder einer etwaigen Nachfolge-Website) veröffentlichten Fassung, das „Regelwerk“).</p>
Referenzschuldner:	Sind die nachfolgend bezeichneten Referenzschuldner [Nr. [RS] bis Nr. [RS]], jeweils ein „Referenzschuldner“.

[Die folgenden Angaben sind für jeden Referenzschuldner der Serie nachfolgend einzufügen:

Referenzschuldner [NR. [RS]]:	[Referenzschuldner einfügen] und der oder die jeweils gemäß § 5b(2) bestimmte(n) Nachfolger.
[Im Fall von einem Referenzschuldner ohne offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur einfügen: Eigenes Credit-Research:	Da kein offizielles Rating einer anerkannten Ratingagentur für den Referenzschuldner vorliegt, hat die Emittentin durch ein eigenes Credit-Research (unter Einhaltung vergleichbarer Maßstäbe) geprüft, ob der Referenzschuldner über eine hinreichende Bonität verfügt.]
[Transaktionstyp:	[]

1

Gewichtungsprozentsatz:	<p>Bezeichnet</p> <p>[Im Fall eines einheitlichen Gewichtungsprozentsatzes für alle Referenzschuldner einfügen: in Bezug auf jeden Referenzschuldner [] %.]</p> <p>[Im Fall von unterschiedlichen Gewichtungsprozentsätzen für alle Referenzschuldner den Gewichtungsprozentsatz einfügen: in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner den folgenden Gewichtungsprozentsatz:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Referenzschuldner (lfd. Nr.)</th> <th style="text-align: center;">Gewichtungsprozentsatz (in %)</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">[lfd. RS-Nr. einfügen]</td> <td style="text-align: center;">[Gewichtungsprozentsatz für diese RS-Nr. einfügen]]</td> </tr> </tbody> </table>	Referenzschuldner (lfd. Nr.)	Gewichtungsprozentsatz (in %)	[lfd. RS-Nr. einfügen]	[Gewichtungsprozentsatz für diese RS-Nr. einfügen]]
Referenzschuldner (lfd. Nr.)	Gewichtungsprozentsatz (in %)				
[lfd. RS-Nr. einfügen]	[Gewichtungsprozentsatz für diese RS-Nr. einfügen]]				

Kreditereignis- Beobachtungs-Endtag	[Datum einfügen]
--	-------------------------

**§ 2
STATUS**

Die Schuldverschreibungen begründen direkte, nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen gegenwärtigen und zukünftigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.

(1) Zinszahlungen, Zinszahlungstage und Zinsperioden.

(a) Zinszahlungen.

(i) Zinszahlungen bei Nichteintritt eines Kreditereignisses:

Die Schuldverschreibungen werden – vorbehaltlich einer vorzeitigen Rückzahlung und vorbehaltlich des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstages gemäß § 5a(1) – in Höhe ihres Nennbetrags mit dem in Absatz (2) für die jeweilige Zinsperiode definierten Zinssatz verzinst.

Die Zinsen auf die Schuldverschreibungen werden jeweils nachträglich – vorbehaltlich einer Verschiebung nach Absatz (e) – am Zinszahlungstag in der Festgelegten Währung zahlbar.

Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des in Absatz (7) beschriebenen Zinstagequotienten.

(ii) Zinszahlungen nach Eintritt eines Kreditereignisses:

[+#1-Im Fall, dass die Verzinsung für die gesamte Zinsperiode, in der das Kreditereignis eintritt, entfällt, einfügen:

Ist ein Ereignis-Feststellungstag gemäß § 5a(1) eingetreten, werden die Schuldverschreibungen für die gesamte Zinsperiode, in welche der jeweilige Ereignis-Feststellungstag fällt, sowie für zukünftige Zinsperioden nur noch bezogen auf ihren Reduzierten Nennbetrag je Schuldverschreibung (wie in § 5(4) (a) definiert) mit dem in Absatz (2) für die jeweilige Zinsperiode definierten Zinssatz verzinst. Ist ein Ereignis-Feststellungstag in Bezug auf sämtliche Referenzschuldner eingetreten, erlischt die Verpflichtung der Emittentin zur Verzinsung der Schuldverschreibungen für die gesamte Zinsperiode, in welche der Ereignis-Feststellungstag fällt sowie für zukünftige Zinsperioden.

+#1-ENDE]

[+#2-Im Fall, dass die Verzinsung erst ab dem Tag nach dem Ereignis-Feststellungstag entfällt, einfügen:

Ist ein Ereignis-Feststellungstag gemäß § 5a(1) eingetreten, werden die Schuldverschreibungen ab dem Ereignis-Feststellungstag (ausschließlich) sowie für zukünftige Zinsperioden nur noch bezogen auf ihren Reduzierten Nennbetrag je Schuldverschreibung (wie in § 5(4)(a) definiert) mit dem in Absatz (2) für die jeweilige Zinsperiode definierten Zinssatz verzinst. Ist ein Ereignis-Feststellungstag in Bezug auf sämtliche Referenzschuldner eingetreten, erlischt die Verpflichtung der Emittentin zur Verzinsung der Schuldverschreibungen ab dem Ereignis-Feststellungstag (ausschließlich) sowie für zukünftige Zinsperioden.

+#2-ENDE]

Der Zinsbetrag kann auch den Wert Null betragen; es erfolgt dann keine Zinszahlung.

(b) Zinszahlungstage.

Zinszahlungstag:	Ist [vorbehaltlich der Geschäftstage-Konvention (wie nachstehend beschrieben)] [der] [jeweilige] Festzinstermin.
-------------------------	--

Es gelten die folgenden Definitionen:

[+#-Falls die Zinszahlungstage der Geschäftstage-Konvention unterliegen, zusätzlich einfügen:

Geschäftstage-Konvention:	Fällt ein Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, so wird der Zinszahlungstag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.
Festzinstermin:	[Ist][jeweils][Sind] [Festzinstermin[e] einfügen].
Erster Zinszahlungstag:	Ist [voraussichtlich] der [Ersten Zinszahlungstag einfügen].

+#-Ende]

(c) Zinsperioden.

Zinsperiode:	<p> [#1-Bei einer Zinsperiode einfügen: Ist der Zeitraum vom [Verzinsungsbeginn] [anderen definierten Tag einfügen] (einschließlich) bis zum Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag (ausschließlich)]</p> <p> [#2-Bei mehreren Zinsperioden einfügen: Ist jeweils der Zeitraum vom [Verzinsungsbeginn] [anderen definierten Tag einfügen] (einschließlich) bis zum [ersten][Ersten] Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag (ausschließlich) (Zinsperiode mit der laufenden Nummer (i=[1][Nr. einfügen])) bzw. von jedem Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag (einschließlich) bis zum jeweils darauf folgenden Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag [, letztmals bis zum [Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag] [Verschobenen Fälligkeitstag] [Vorgesehenen Fälligkeitstag] [anderen definierten Tag einfügen]] (ausschließlich) (Zinsperioden mit der laufenden Nummer (i=[2][Nr. einfügen]) und die Folgenden)]</p> <p>(nicht angepasst).</p>
---------------------	---

[+#Im Fall von kurzen bzw. langen ersten bzw. letzten oder einzigen Zinsperiode zusätzlich einfügen:

[Im Fall von abweichenden (ersten) Zinsperiode(n) einfügen:

Es gibt [eine] [andere Anzahl einfügen] [kurze] [lange] [erste] Zinsperiode.]

[Im Fall einer abweichenden letzten Zinsperiode einfügen:

Es gibt eine [kurze] [lange] letzte Zinsperiode.]

[Im Fall unterschiedlich langer Zinsperioden einfügen:

Die Zinsperioden sind in ihrer Länge variabel.]

+#-Ende]

Es [gilt][gelten] die folgende[n] Definition[en]:

Verzinsungsbeginn:	[Ist der Tag der Begebung.] [anderen Verzinsungsbeginn einfügen]
Maßgeblicher Zinsperioden-Endtag:	Ist der [jeweilige] [Festzinstermine] [Festgelegte Zinstermine] [anderen maßgeblichen Zinsperioden-Endtag der jeweiligen Zinsperiode einfügen].
[Erster Maßgeblicher Zinsperioden-Endtag:	[Ersten Maßgeblichen Zinsperioden-Endtag einfügen]]

(d) (Absichtlich freigelassen)

(e) Verschiebung der Zinszahlung.

Wenn die Zinsverschiebungsvoraussetzungen in Bezug auf einen oder mehrere Referenzschuldner vorliegen, kann die Emittentin die an einem Zinszahlungstag fällige Zinszahlung teilweise in Bezug auf den Betroffenen Gewichtungsbetrag durch Veröffentlichung einer Mitteilung gemäß § 12 verschieben, muss diese jedoch spätestens an dem Vershobenen Zinszahlungstag zahlen. Die Emittentin ist aufgrund einer Verschiebung der Zahlung nicht verpflichtet, zusätzlich Zinsen zu zahlen. Die Emittentin teilt den Gläubigern den Tag für die verschobene Zinszahlung gemäß § 12 spätestens an dem Vershobenen Zinszahlungstag mit.

Die Zinszahlung betreffend die übrigen Gewichtungsbeträge erfolgt am betreffenden Zinszahlungstag.

[+#1-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium nicht anwendbar ist, einfügen:

Betroffener Gewichtungsbetrag	Bezeichnet den Gewichtungsbetrag des Referenzschuldners in Bezug auf den die Zinsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen.
Vershobener Zinszahlungstag:	Ist in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis (wie in § 5(1)(c) definiert) liegt.
Zinsverschiebungsvoraussetzungen:	Bedeutet in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner, dass [am oder vor dem [letzten] [anderen Bezug einfügen] [Bankgeschäftstag] [anderen relevanten Tag einfügen] einer Zinsperiode bzw. im Fall der letzten Zinsperiode] am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Die Verschiebung der Zinszahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis zulässig.

+#1-Ende]

[+#2-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:

Betroffener Gewichtungsbetrag	Bezeichnet den Gewichtungsbetrag des Referenzschuldners in Bezug auf den die Zinsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen.
Versobener Zinszahlungstag:	Ist in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner der spätere der beiden folgenden Tage: (a) der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis (wie in § 5(1)(c) definiert) liegt oder[,] (b) [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens ein Referenzschuldner und nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen: sofern das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium auf den betreffenden Referenzschuldner Anwendung findet,] der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach der betreffenden Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium (wie in § 5a(2) definiert) liegt.
Zinsverschiebungsvoraussetzungen:	Bedeutet in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner, dass (a) [am oder vor dem [letzten] [anderen Bezug einfügen] [Bankgeschäftstag] [anderen relevanten Tag einfügen] einer Zinsperiode bzw. im Fall der letzten Zinsperiode] am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist oder (b) [am oder vor dem [letzten] [anderen Bezug einfügen] [Bankgeschäftstag] [anderen relevanten Tag einfügen] einer Zinsperiode bzw. im Fall der letzten Zinsperiode] am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag eine Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium veröffentlicht wurde [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens ein Referenzschuldner und nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen: sofern das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium auf den betreffenden Referenzschuldner Anwendung findet]. Die Verschiebung der Zinszahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis bzw. der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium zulässig.

+#2-Ende]

(2) Zinssatz.

[#1-Falls ein einheitlicher Festzinssatz für die gesamte Laufzeit gilt, einfügen:

[Für die Schuldverschreibungen ist ein Zinssatz festgelegt.]

[Für die Schuldverschreibungen wird am Anfänglichen Bewertungstag von der Emittentin ein Zinssatz festgelegt.]

[Es gilt die folgende Definition:]

[Zinssatz:]	[[Festzinssatz einfügen] % [p.a.][per annum.]] [Der von der Emittentin am Anfänglichen Bewertungstag festgelegte Prozentsatz per annum, der mindestens [Zahl einfügen] % und maximal [Zahl einfügen] % betragen wird.]
--------------------	--

#1-Ende]

[#2-Falls unterschiedliche Festzinssätze (Step up) zur Anwendung kommen sollen, einfügen:

[Für die Schuldverschreibungen ist ein Zinssatz festgelegt.]

[Für die Schuldverschreibungen wird am Anfänglichen Bewertungstag von der Emittentin ein Zinssatz festgelegt.]

[Es gilt die folgende Definition:

[Zinssatz:]	[Ist für die einzelnen Zinsperioden jeweils der folgende Zinssatz:] [Ist der von der Emittentin am Anfänglichen Bewertungstag für die einzelnen Zinsperioden jeweils im Rahmen der angegebenen Spanne festgelegte Prozentsatz per annum:]	
	[Zinsperiode [(lfd. Nr.)]]	[Zinssatz [in % [p.a.][per annum]]] [Spanne für die Festlegung des Zinssatzes [in % [p.a.][per annum]]*]
	[Zinsperiode einfügen] [(lfd. Nr.)]	[Festzinssatz einfügen] [Spanne einfügen]
[*	Der jeweilige Wert wird von der Emittentin am [Anfänglichen [Bewertungstag]] [anderen relevanten Tag einfügen] festgelegt.]	

] #2-Ende]

(3) Zinsbetrag.

Der „Zinsbetrag“ wird von der Berechnungsstelle für die jeweilige Zinsperiode ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie nachstehend definiert) direkt auf den Nennbetrag angewendet werden, wobei der sich ergebende Betrag in Festgelegter Währung entsprechend der Rundungsregeln gerundet wird.

(4) Bekanntmachungen.

Die Berechnungsstelle wird – soweit nicht bereits in diesen Emissionsbedingungen festgelegt oder bezeichnet – veranlassen, dass alle Festlegungen gemäß diesem § 3 in Bezug auf den etwaigen Zinssatz, den Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der relevante Zinszahlungstag der Emittentin, den Gläubigern, der Zahlstelle und allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung verlangen, mitgeteilt werden.

Im Falle einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind, sowie den Gläubigern mitgeteilt.

Die Mitteilung an die Gläubiger erfolgt jeweils gemäß § 12.

(5) Verbindlichkeit der Festsetzungen.

Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 3 gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt) für die Emittentin, die Emissionsstelle, die Zahlstellen und die Gläubiger bindend.

(6) Auflaufende Zinsen.

Falls die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlöst, erfolgt die Verzinsung der Schuldverschreibungen vom Tag der Fälligkeit bis zum Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen (ausschließlich) in Höhe des gesetzlich festgelegten Satzes für Verzugszinsen. Der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte über dem jeweils von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Absatz 1, 247 Absatz 1 BGB.

(7) Zinstagequotient.

Zinstagequotient [(nachstehende Kurzbezeichnung einfügen)]:	Bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrags [auf eine Schuldverschreibung] [anderen Bezug einfügen] für einen beliebigen Zeitraum (der „Zinsberechnungszeitraum“):
[#1-Im Fall von festverzinslichen Schuldverschreibungen und Actual/Actual (ICMA) einfügen:]	
(Actual/Actual (ICMA))	<ol style="list-style-type: none">falls der Zinsberechnungszeitraum kürzer ist als die Feststellungsperiode, in die er fällt oder ihr entspricht, die Anzahl der Tage in diesem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch das Produkt<ol style="list-style-type: none">der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode undder Anzahl der Feststellungsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden; undfalls der Zinsberechnungszeitraum länger ist als eine Feststellungsperiode, die Summe aus<ol style="list-style-type: none">der Anzahl der Tage in diesem Zinsberechnungszeitraum, die in die Feststellungsperiode fallen, in welcher dieser Zinsberechnungszeitraum beginnt, geteilt durch das Produkt<ol style="list-style-type: none">der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode undder Anzahl der Feststellungsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden; undder Anzahl der Tage in diesem Zinsberechnungszeitraum, die in die nächste Feststellungsperiode fallen, geteilt durch das Produkt<ol style="list-style-type: none">der Anzahl der Tage in dieser Feststellungsperiode undder Anzahl der Feststellungsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden. <p>Es gelten die folgenden Definitionen:</p>
Feststellungsperiode:	Bezeichnet den Zeitraum ab einem Feststellungstermin (einschließlich), der in ein beliebiges Jahr fällt, bis zum nächsten Feststellungstermin (ausschließlich).
Feststellungstermin:	[Tag und Monat einfügen, im Fall von Festzinstermine z.B. ausschließlich den Tag und den Monat des Festzinstermine ohne Jahresangabe]

]

[#3-Im Fall von Actual/Actual (Actual/365) einfügen:

(Actual/Actual (Actual/365))	die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum dividiert durch 365 (oder falls ein Teil des Zinsberechnungszeitraumes in ein Schaltjahr fällt, die Summe von (a) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 366 und (b) die tatsächliche Anzahl von Tagen in dem Teil des Zinsberechnungszeitraums, die nicht in ein Schaltjahr fallen, dividiert durch 365).
-------------------------------------	---

]

[#4-Im Fall von Actual/365 (Fixed) einfügen:

(Actual/365 (Fixed))	die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 365.
-----------------------------	---

]

**§ 4
ZAHLUNGEN**

(1) Allgemeine Bestimmungen.

Alle Zahlungen durch die Emittentin unter den Schuldverschreibungen unterliegen in jeder Hinsicht den am Zahlungsort geltenden Gesetzen, Vorschriften und Verfahren. Weder die Emittentin, noch die Zahlstelle übernimmt eine Haftung für den Fall, dass die Emittentin oder die Zahlstelle aufgrund dieser Gesetze, Vorschriften und Verfahren nicht in der Lage sein sollte, die geschuldeten Zahlungen unter den Schuldverschreibungen vorzunehmen.

(2) Zahlungen von Kapital und etwaigen Zinsen.

Zahlungen von Kapital und etwaigen Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe der nachstehenden Absätze an das Clearing-System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing-Systems in der für die jeweilige Zahlung anwendbaren festgelegten Währung.

[Bei Zahlungen auf eine Vorläufige Globalurkunde einfügen:

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nur nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1(3)(b).

]

(3) Zahlungsweise.

Vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften erfolgen zu leistende Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in der festgelegten Währung.

(4) Erfüllung.

Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing-System oder dessen Order von ihrer Zahlungspflicht befreit.

(5) Zahltag.

Sofern in diesen Emissionsbedingungen für Zahlungen nichts Abweichendes festgelegt ist, gilt Folgendes:

Fällt der Tag, an dem eine Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung fällig wird, auf einen Tag, der kein Zahltag ist, dann hat der Gläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahltag.

Der Gläubiger ist nicht berechtigt weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

Für diese Zwecke gilt:

Zahltag:	Ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing-System Zahlungen abwickelt [#1-Falls die Festgelegte Währung Euro ist oder wenn Zahlungen über TARGET, einfügen: und der ein TARGET-Geschäftstag ist. #1-Ende] [#2-Falls die Festgelegte Währung nicht Euro ist und es ein oder mehrere Finanzzentren gibt, einfügen: [, der ein TARGET-Geschäftstag ist] und an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in [Relevantes Haupt-Finanzzentrum oder sämtliche relevante Finanzzentren einfügen] Zahlungen abwickeln. #2-Ende]
-----------------	---

(6) Bezugnahmen auf Kapital [Falls bei Schuldverschreibungen die vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen: und Zinsen].

Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, die folgenden Beträge ein:

den Rückzahlungsbetrag gemäß § 5(1),

[Falls die Emittentin ein Sonderkündigungsrecht hat, einfügen:

den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag gemäß § 5(2),

]

den Barausgleichsbetrag gemäß § 5(4)(a),

den Reduzierten Nennbetrag gemäß § 5(4)(a),

den Anfechtungs-Auszahlungsbetrag gemäß § 14,

sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge.

[Falls vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen:

Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf Zinsen auf Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, sämtliche gemäß § 7 zahlbaren zusätzlichen Beträge ein.

]

(7) Hinterlegung von Kapital und etwaigen Zinsen.

Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Kapitalbeträge und etwaige Zinsbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Gläubiger gegen die Emittentin.

(1) Rückzahlung bei Fälligkeit.

(a) Allgemeine Bestimmungen.

Soweit die Schuldverschreibungen nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder angekauft und entwertet sind und soweit kein Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) eingetreten ist, werden die Schuldverschreibungen – vorbehaltlich einer Verschiebung nach Absatz (c) – am Vorgesehenen Fälligkeitstag durch Zahlung des nachfolgend definierten Rückzahlungsbetrags zurückgezahlt.

Die mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte gelten als am Tag der Fälligkeit automatisch ausgeübt, ohne dass es der Abgabe einer Ausübungserklärung oder der Erfüllung sonstiger Voraussetzungen bedarf (Automatische Ausübung).

Hierbei gilt:

Vorgesehener Fälligkeitstag:	[]
-------------------------------------	-----

(b) Rückzahlungsbetrag.

Der „Rückzahlungsbetrag“ (auch „RB“) in Festgelegter Währung beträgt:

RB = 100 % des Nennbetrags je Schuldverschreibung.

Im Fall des Eintritts eines Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) in Bezug auf einen oder mehrere Referenzschuldner erfolgt die Rückzahlung zum Reduzierten Nennbetrag nach § 5(4)(a). Der Reduzierte Nennbetrag kann Null betragen, wenn in Bezug auf sämtliche Referenzschuldner ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist. Der Gläubiger erhält in diesem Fall nur die Barausgleichsbeträge nach § 5(4)(a), welche auch den Wert Null betragen können; d.h. ein Gläubiger kann sein gesamtes eingesetztes Kapital verlieren.

(c) Verschiebung der Rückzahlung.

Wenn die Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen, kann die Emittentin die an dem Vorgesehenen Fälligkeitstag fällige Rückzahlung teilweise in Bezug auf den Betroffenen Gewichtungsbetrag durch Veröffentlichung einer Mitteilung gemäß § 12 verschieben, muss diese jedoch spätestens an dem Vershobenen Fälligkeitstag zahlen. Die Emittentin ist aufgrund einer Verschiebung der Rückzahlung nicht verpflichtet, zusätzlich Zinsen zu zahlen. Die Emittentin teilt den Gläubigern den Tag für die verschobene Rückzahlung gemäß § 12 spätestens an dem Vershobenen Fälligkeitstag mit.

Die Rückzahlung betreffend die übrigen Gewichtungsbeträge erfolgt am Vorgesehenen Fälligkeitstag.

[+#1-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium nicht anwendbar ist, einfügen:

Potenzielles Kreditereignis:	Bezeichnet bezogen auf einen Referenzschuldner den Eintritt eines Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis.
Betroffener Gewichtungsbetrag	Bezeichnet den Gewichtungsbetrag des Referenzschuldners in Bezug auf den die Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen.
Vershobener Fälligkeitstag:	Ist in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis liegt.
Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen:	Bedeutet in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner, dass am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist. Die Verschiebung der Rückzahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis zulässig.

+#1-Ende]

[+#2-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:

Potenzielles Kreditereignis:	Bezeichnet bezogen auf einen Referenzschuldner den Eintritt eines Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis.
Betroffener Gewichtungsbetrag	Bezeichnet den Gewichtungsbetrag des Referenzschuldners in Bezug auf den die Rückzahlungsverschiebungsvoraussetzungen vorliegen.
Vershobener Fälligkeitstag:	Ist in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner der spätere der beiden folgenden Tage: (a) der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach dem betreffenden Potenziellen Kreditereignis liegt oder[,] (b) Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens ein Referenzschuldner und nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen: sofern das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium auf den betreffenden Referenzschuldner Anwendung findet,] der Tag, der ein Jahr und fünf Geschäftstage nach der betreffenden Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium (wie in § 5a(2) definiert) liegt.

Rückzahlungsverschiebungs- voraussetzungen:	<p>Bedeutet in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner, dass</p> <p>(a) am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag ein Potenzielles Kreditereignis eingetreten ist oder</p> <p>(b) am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag eine Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium veröffentlicht wurde [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens ein Referenzschuldner und nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:], sofern das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium auf den betreffenden Referenzschuldner Anwendung findet].</p> <p>Die Verschiebung der Rückzahlung ist für einen Zeitraum von bis zu einem Jahr ab dem Potenziellen Kreditereignis bzw. der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium zulässig.</p>
--	---

+#2-Ende]

(2) Vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen im Ermessen der Emittentin (Ordentliches Kündigungsrecht und Sonderkündigungsrechte).

(a) Allgemeine Bestimmungen.

Die Schuldverschreibungen können im billigen Ermessen der Emittentin gemäß den nachfolgenden Bestimmungen dieses Unterabsatzes (a) durch Ausübung der jeweils anwendbaren Sonderkündigungsrechte gemäß den nachfolgenden Unterabsätzen vor dem Fälligkeitstag am Vorzeitigen Rückzahlungstag und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie jeweils nachfolgend definiert zurückgezahlt werden.

Die Ausübung des jeweiligen Kündigungsrechts (der „Zeitpunkt der Kündigung“) erfolgt **[Zusätzlich einfügen, sofern Kündigungsrechte mit einer Kündigungsfrist bestehen:**
– unter Einhaltung einer etwaigen Kündigungsfrist –]
entsprechend der nachfolgenden Bestimmungen durch Mitteilung (die „Kündigungsmittellung“) gemäß § 12.

Die Kündigung ist unwiderruflich. Die Bekanntmachung wird die folgenden Angaben enthalten:

- (1) die Bezeichnung der zurückzuzahlenden Serie von Schuldverschreibungen;
- (2) eine Erklärung, ob diese Serie ganz oder teilweise zurückgezahlt wird und im letzteren Fall die Anzahl der zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen;
- (3) den Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie nachstehend definiert);
- (4) den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag (wie nachstehend definiert) bzw. Angaben zu seiner Ermittlung/Berechnung, zu dem die Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden;
- (5) eine zusammenfassende Erklärung bzw. einen Verweis auf die Emissionsbedingungen, welche die das vorzeitige Rückzahlungsrecht der Emittentin begründenden Umstände darlegt bzw. bezeichnet.

[Im Fall, dass ein anwendbares Kündigungsrecht die teilweise vorzeitige Rückzahlung gewährt, zusätzlich einfügen:

Wenn die Schuldverschreibungen nur teilweise zurückgezahlt werden, werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen nach den Regeln des betreffenden Clearing-Systems ausgewählt

[Falls die Globalurkunde eine NGN ist, einfügen:
(was in den Unterlagen des Clearing Systems nach dessen Ermessen entweder durch einen Pool-Faktor oder durch eine Verringerung des Nennbetrags widerzuspiegeln ist)].

]

Mit der Zahlung des Vorzeitigen Rückzahlungsbetrags erlöschen alle Rechte aus den eingelösten Schuldverschreibungen.

Hierfür und für die Zwecke der nachfolgenden Bestimmungen in Unterabsatz (c) [und] [bis] [(d)][(e)] gelten die folgenden Definitionen:

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	Ist der im jeweils anwendbaren, nachfolgenden Unterabsatz definierte Vorzeitige Rückzahlungsbetrag.
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	Ist der im jeweils anwendbaren, nachfolgenden Unterabsatz definierte Vorzeitige Rückzahlungstag.

(b) Ordentliches Kündigungsrecht - Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.

Die Emittentin ist nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen ohne Angabe von besonderen Gründen vorzeitig zu kündigen und zurückzuzahlen.

[(c) [#1-Falls eine Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen nicht anwendbar ist, einfügen:

(Absichtlich freigelassen)

#1-Ende]

[#2-Falls eine Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen:

Sonderkündigungsrecht - Vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen bei Zusätzlichen Beträgen gemäß § 7.

Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin unter Einhaltung der Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt werden, falls die Emittentin als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Steuer- oder Abgabengesetze und -vorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder deren politischen Untereinheiten oder Steuerbehörden oder als Folge einer Änderung oder Ergänzung der Anwendung oder der offiziellen Auslegung dieser Gesetze und Vorschriften (vorausgesetzt diese Änderung oder Ergänzung wird am oder nach dem Tag, an dem die letzte Tranche dieser Serie von Schuldverschreibungen begeben wird, wirksam) am nächstfolgenden Zinszahlungstag (wie in § 3(1) definiert) zur Zahlung von Zusätzlichen Beträgen (wie in § 7 dieser Emissionsbedingungen definiert) verpflichtet sein wird.

Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag am Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie jeweils nachstehend definiert) zurück.

Für die Zwecke dieses Unterabsatzes gelten die folgenden Definitionen:

Kündigungsfrist:	mindestens [fünf] [andere Mindestanzahl einfügen] [Bankgeschäftstag[e]][Clearing-System-Geschäftstag[e]] [ISDA-Geschäftstag[e]] [vor dem Vorzeitigen Rückzahlungstag] [und] höchstens [Höchstzahl einfügen] [Bankgeschäftstag[e]][Clearing-System-Geschäftstag[e]] [ISDA-Geschäftstag[e]] [vor dem Vorzeitigen Rückzahlungstag].]
Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	<p>[#1- Falls der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Marktwert der Schuldverschreibung entspricht, einfügen: Der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag in der Festgelegten Währung, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als der angemessene Marktwert einer Schuldverschreibung am in der Kündigungsmitteilung genannten Tag bzw. im in der Kündigungsmitteilung genannten Zeitraum festgelegt wird [, angepasst um den <i>pro rata</i> Anteil je Schuldverschreibung etwaiger angemessener Aufwendungen und Kosten, um bei der Auflösung von mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehenden Absicherungsvereinbarungen vollauf Rechnung zu tragen]. #1-Ende]</p> <p>[#2-Alternativ für den Fall, dass der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag entspricht, einfügen: Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen</p> <p>(i) falls im Zeitpunkt der Kündigung kein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Nennbetrag je Schuldverschreibung und</p> <p>(ii) falls im Zeitpunkt der Kündigung ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Reduzierten Nennbetrag je Schuldverschreibung</p> <p>[+#-Im Fall der Verzinsung des Reduzierten Nennbetrags (gemäß Auswahl in § 5(4)) einfügen: zuzüglich bis zum Vorzeitigen Rückzahlungstag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen auf den Nennbetrag bzw. Reduzierten Nennbetrag +#-Ende] zurück.</p> <p>[+#-Falls zusätzlich zum reduzierten Nennbetrag etwaige Barausgleichsbeträge zurückgezahlt werden, einfügen: Zusätzlich zahlt die Emittentin etwaige Barausgleichsbeträge an den etwaigen Barausgleichstagen, die die Berechnungsstelle jeweils in Bezug auf einen bis zum Zeitpunkt der Kündigung (einschließlich) eingetretenen Ereignis-Feststellungstag festgestellt hat +#-Ende]</p> <p>[+#Im Fall der Verzinsung des Barausgleichsbetrags gemäß § 5(4)(a) einfügen: , zusätzlich etwaiger aufgelaufener Zinsen auf den jeweiligen Barausgleichsbetrag+#-Ende].</p> <p>#2-Ende]</p>
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	Der Vorzeitige Rückzahlungstag wird im Rahmen der Kündigung – unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist – von der Emittentin festgelegt und bekanntgegeben.

#2-Ende]

]

[(d) #1-Falls die Emittentin kein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen aufgrund einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzahlen, einfügen: (Absichtlich freigelassen)

#1-Ende]

[#2-Falls die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen aufgrund einer Rechtsänderung vorzeitig zurückzahlen, einfügen:

Sonderkündigungsrecht - Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung (einschließlich Steuerrechtsänderung).

Die Schuldverschreibungen können insgesamt, jedoch nicht teilweise, nach Wahl der Emittentin jederzeit vor dem Fälligkeitstag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist vorzeitig gekündigt und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag am Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie jeweils nachstehend definiert), zurückgezahlt werden, falls es zu einer Rechtsänderung (wie nachstehend definiert) kommt.

Für die Zwecke dieses Unterabsatzes gilt:

<p>Rechtsänderung:</p>	<p>Bedeutet, dass am oder nach dem [Tag der Begebung][Handelstag][Anfänglichen Bewertungstag] [anderer definierter Tag] [der Schuldverschreibungen]</p> <p>(A) aufgrund des Inkrafttretens oder der Änderung eines anwendbaren Gesetzes oder einer Vorschrift (insbesondere eines Steuergesetzes), oder</p> <p>(B) aufgrund der Verkündung oder Änderung der Auslegung eines anwendbaren Gesetzes oder einer Vorschrift durch ein zuständiges Gericht oder eine Aufsichtsbehörde (insbesondere von Maßnahmen der Steuerbehörden)</p> <p>die Emittentin nach billigem Ermessen zu der Auffassung gelangt, dass</p> <p>(1) der Erwerb, das Halten oder die Veräußerung [der Schuldverschreibung][oder] eines für die Absicherung der Verpflichtung der Emittentin aus den Schuldverschreibungen verwendeten Finanzinstruments (Absicherungsgeschäfte) unzulässig geworden ist,</p> <p>(2) die Emittentin im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesen Schuldverschreibungen erheblich erhöhten Kosten unterliegt (insbesondere aufgrund eines Anstiegs steuerlicher Verpflichtungen, einer Verminderung von Steuervorteilen oder einer anderen nachteiligen Auswirkung auf ihre steuerliche Position)[.][.],</p> <p>[(3) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen anderweitig unmöglich wird.]</p>
<p>Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:</p>	<p>[#1-Falls der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Marktwert der Schuldverschreibung entspricht, einfügen:</p> <p>Der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag in der Festgelegten Währung, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als der angemessene Marktwert einer Schuldverschreibung am in der Kündigungsmitteilung genannten Tag bzw. im in der Kündigungsmitteilung genannten Zeitraum festgelegt wird [, angepasst um den <i>pro rata</i> Anteil je Schuldverschreibung etwaiger angemessener Aufwendungen und Kosten, um bei der Auflösung von mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehenden Absicherungsvereinbarungen vollauf Rechnung zu tragen].</p> <p>#1-Ende]</p> <p>[#2-Alternativ für den Fall, dass der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag entspricht, einfügen:</p> <p>Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen</p> <p>(i) falls im Zeitpunkt der Kündigung kein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Nennbetrag je Schuldverschreibung und</p> <p>(ii) falls im Zeitpunkt der Kündigung ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Reduzierten Nennbetrag je Schuldverschreibung</p> <p>[+ #-Im Fall der Verzinsung des Reduzierten Nennbetrags (gemäß Auswahl in § 5(4)) einfügen:</p> <p>zuzüglich bis zum Vorzeitigen Rückzahlungstag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen auf den Nennbetrag bzw. Reduzierten Nennbetrag + #-Ende] zurück.</p> <p>[+ #-Falls zuzüglich zum reduzierten Nennbetrag etwaige Barausgleichsbeträge zurückgezahlt werden, einfügen:</p> <p>Zusätzlich zahlt die Emittentin etwaige Barausgleichsbeträge an den etwaigen Barausgleichstagen, die die Berechnungsstelle jeweils in Bezug auf einen bis zum Zeitpunkt der Kündigung (einschließlich) eingetretenen Ereignis-Feststellungstag festgestellt hat + #-Ende]</p> <p>[+ #-Im Fall der Verzinsung des Barausgleichsbetrags gemäß § 5(4)(a) einfügen:</p> <p>, zuzüglich etwaiger Aufgelaufener Zinsen auf den jeweiligen Barausgleichsbetrag + #-Ende].</p> <p>#2-Ende]</p>
<p>Vorzeitiger Rückzahlungstag:</p>	<p>Der Vorzeitige Rückzahlungstag wird im Rahmen der Kündigung von der Emittentin festgelegt und bekanntgegeben.</p>

#2-Ende]]

(e) [#1-Falls bei Schuldverschreibungen keine vorzeitige Rückzahlung bei Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf die Referenzschuldner möglich sein soll, einfügen: (Absichtlich freigelassen)

#1-Ende]

[#2-Falls bei Schuldverschreibungen die vorzeitige Rückzahlung bei Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf die Referenzschuldner möglich sein soll, einfügen:

Sonderkündigungsrecht - Rückzahlung nach Eintritt eines Besonderen Beendigungsgrundes im Hinblick auf einen Referenzschuldner.

Falls im Relevanten Zeitraum ein Besonderer Beendigungsgrund eintritt, kann die Emittentin die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist vorzeitig kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag am Vorzeitigen Rückzahlungstag (wie jeweils nachstehend definiert), zurückzahlen.

Es gelten für die Zwecke dieses Unterabsatzes die folgenden Definitionen:

Relevanter Zeitraum:	Ist der Zeitraum vom Anfangstag [(einschließlich)](ausschließlich) bis zum Endtag [(einschließlich)](ausschließlich).
Anfangstag:	[Ist] [der Handelstag][der Tag der Begebung] [anderen relevanten Anfangstag des Zeitraums einfügen].
Endtag:	[Ist der] [Maßgeblicher Endtag] [Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag] [anderen relevanten Endtag des Zeitraums einfügen]
Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag:	<p>[#1-Falls der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Marktwert der Schuldverschreibung entspricht, einfügen: Der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag in der Festgelegten Währung, der von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen als der angemessene Marktwert einer Schuldverschreibung am in der Kündigungsmitteilung genannten Tag bzw. im in der Kündigungsmitteilung genannten Zeitraum festgelegt wird [, angepasst um den <i>pro rata</i> Anteil je Schuldverschreibung etwaiger angemessener Aufwendungen und Kosten, um bei der Auflösung von mit den Schuldverschreibungen in Zusammenhang stehenden Absicherungsvereinbarungen vollauf Rechnung zu tragen].</p> <p>#1-Ende]</p> <p>[#2-Alternativ für den Fall, dass der Vorzeitige Rückzahlungsbetrag dem Nennbetrag entspricht, einfügen: Bei einer solchen vorzeitigen Kündigung zahlt die Emittentin den Gläubigern die Schuldverschreibungen</p> <p>(i) falls im Zeitpunkt der Kündigung kein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Nennbetrag je Schuldverschreibung und</p> <p>(ii) falls im Zeitpunkt der Kündigung ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, zum Reduzierten Nennbetrag je Schuldverschreibung</p> <p>[+ #-Im Fall der Verzinsung des Reduzierten Nennbetrags (gemäß Auswahl in § 5(4)) einfügen: zuzüglich bis zum Vorzeitigen Rückzahlungstag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen auf den Nennbetrag bzw. Reduzierten Nennbetrag [+ #-Ende] zurück.</p> <p>[+ #-Falls zuzüglich zum reduzierten Nennbetrag etwaige Barausgleichsbeträge zurückgezahlt werden, einfügen: Zusätzlich zahlt die Emittentin etwaige Barausgleichsbeträge an den etwaigen Barausgleichstagen, die die Berechnungsstelle jeweils in Bezug auf einen bis zum Zeitpunkt der Kündigung (einschließlich) eingetretenen Ereignis-Feststellungstag festgestellt hat [+ #-Ende]</p> <p>[+ #-Im Fall der Verzinsung des Barausgleichsbetrags gemäß § 5(4)(a) einfügen: , zuzüglich etwaiger Aufgelaufener Zinsen auf den jeweiligen Barausgleichsbetrag [+ #-Ende].</p> <p>#2-Ende]</p>
Vorzeitiger Rückzahlungstag:	Der Vorzeitige Rückzahlungstag wird im Rahmen der Kündigung von der Emittentin festgelegt und bekanntgegeben.
Besonderer Beendigungsgrund:	Bedeutet, dass ein gemäß § 5b bestimmter Nachfolger nicht dem Transaktionstyp des ursprünglichen Referenzschuldners entspricht, weil er (anders als der ursprüngliche Referenzschuldner) [keine Gesellschaft mit satzungsmäßigem Sitz in []] [bzw.] [kein Finanzinstitut mit satzungsmäßigem Sitz in []] [bzw.] [kein Staat in []] ist.

#2-Ende]

]

(3) Vorzeitige Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach Wahl des Gläubigers (Einlösungsrecht).

Dem Gläubiger steht - vorbehaltlich der Bestimmungen in § 14 - kein Recht zu, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen.

(4) Rückzahlung bei Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages

(a) Zahlung des Reduzierten Nennbetrags und des Barausgleichsbetrags.

- (i) Sofern ein Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) eintritt wird die Emittentin von ihrer Pflicht gemäß Absatz (1)(a), die Schuldverschreibungen am Vorgesehenen Fälligkeitstag bzw. im Falle einer Verschiebung der Rückzahlung nach Absatz (1)(c) am Vershobenen Fälligkeitstag zum Rückzahlungsbetrag zurückzuzahlen, befreit.

Stattdessen wird die Emittentin die Schuldverschreibungen in Höhe des Reduzierten Nennbetrags je Schuldverschreibung – vorbehaltlich einer einer Verschiebung der Rückzahlung nach Absatz (1)(c) – am Vorgesehenen Fälligkeitstag zurückzahlen. Ist in Bezug auf sämtliche Referenzschuldner ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten, beträgt der Reduzierte Nennbetrag je Schuldverschreibung Null.

- (ii) Die Emittentin zahlt auf jede Schuldverschreibung den von der Berechnungsstelle für jeden Ereignis-Feststellungstag jeweils festgelegten Barausgleichsbetrag am Barausgleichstag.

- (iii) Es gelten die folgenden Definitionen:

Barausgleichsberechnungstag:	Bezeichnet in Bezug auf einen Referenzschuldner und einen Ereignis-Feststellungstag den [zweiten][andere Anzahl einfügen] Bankgeschäftstag nach (a) falls eine Auktion (wie in Unterabsatz (c) definiert) durchgeführt wird, dem Auktions-Endkurs-Feststellungstag (wie in Unterabsatz (c) definiert); (b) falls keine Auktion durchgeführt wird, dem Tag, an dem der Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit (wie in Unterabsatz (b) definiert) bestimmt worden ist.
Barausgleichsbetrag:	Entspricht in Bezug auf einen Referenzschuldner und einen Ereignis-Feststellungstag einem Betrag in der Festgelegten Währung, der je Festgelegte Stückelung von der Berechnungsstelle am jeweiligen Barausgleichsberechnungstag wie folgt bestimmt wird: (a) falls eine Auktion (wie in Unterabsatz (c) definiert) durchgeführt wird und ein Auktions-Endkurs-Feststellungstag (wie in Unterabsatz (c) definiert) eintritt, ist der Barausgleichsbetrag das Produkt aus (i) dem jeweiligen Gewichtungsbetrag je Referenzschuldner und (ii) dem jeweiligen Auktions-Endkurs (wie in Unterabsatz (c) definiert); oder (b) falls keine Auktion durchgeführt wird, ist der Barausgleichsbetrag das Produkt aus (i) dem jeweiligen Gewichtungsbetrag je Referenzschuldner und (ii) dem jeweiligen Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit (wie in Unterabsatz (b) definiert).
Barausgleichstag:	Bezeichnet in Bezug auf einen Referenzschuldner und einen Ereignis-Feststellungstag den [fünften] [gegebenenfalls andere Zahl einfügen] Bankgeschäftstag nach dem jeweiligen Benachrichtigungstag.
Benachrichtigungstag:	Bezeichnet den Tag, an dem die Berechnungsstelle der Emittentin und den Gläubigern gemäß § 12 die Höhe des Barausgleichsbetrags mitteilt. Der Benachrichtigungstag ist spätestens der [fünften] [gegebenenfalls andere Zahl einfügen] Bankgeschäftstag nach dem Barausgleichsberechnungstag.
Endkurs:	Bezeichnet, ausgedrückt als Prozentsatz (a) für den Fall, dass der Barausgleichsbetrag wie in Abschnitt (a) der Definition „Barausgleichsbetrag“ ermittelt wird, den Auktions-Endkurs. (b) für den Fall, dass der Barausgleichsbetrag wie in Abschnitt (b) der Definition „Barausgleichsbetrag“ ermittelt wird, den Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.
Gesamtreduzierungsbetrag je Schuldverschreibung:	Bezeichnet zum Zeitpunkt der Berechnung des Reduzierten Nennbetrags je Schuldverschreibung, die Summe der Gewichtungsbeträge je Referenzschuldner in Bezug auf sämtliche Referenzschuldner, bezüglich derer ein Ereignis-Feststellungstag bis zu diesem Zeitpunkt (einschließlich) jeweils eingetreten ist.
Gewichtungsbetrag je Referenzschuldner	Bezeichnet vorbehaltlich § 5(b)(vii) in Bezug auf einen Referenzschuldner den jeweiligen Gewichtungsprozentsatz multipliziert mit dem Nennbetrag je Schuldverschreibung.
Reduzierter Nennbetrag je Schuldverschreibung:	Bezeichnet einen von der Berechnungsstelle berechneten Betrag in Höhe des Nennbetrags je Schuldverschreibung abzüglich des Gesamtreduzierungsbetrags je Schuldverschreibung. Die Reduzierung des Nennbetrags wird, sofern ein Ereignis-Feststellungstag (wie in § 5a(1) definiert) eingetreten ist, am jeweiligen Ereignis-Feststellungstag wirksam. Ist in Bezug auf sämtliche Referenzschuldner ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten, beträgt der Reduzierte Nennbetrag je Schuldverschreibung Null.

#2-Ende]

(b) Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit.

Der „**Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit**“ entspricht in Bezug auf die Bewertungsverbindlichkeit und den Quotierungstag dem folgenden Wert (ausgedrückt als Prozentsatz des ausstehenden Nennbetrags der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit):

- (i) werden mehr als drei Vollquotierungen eingeholt, dem arithmetischen Mittel dieser Vollquotierungen, wobei die höchsten und niedrigsten Werte zu streichen sind (sollten mehrere Vollquotierungen den gleichen höchsten und niedrigsten Wert haben, wird je eine dieser höchsten und niedrigsten Vollquotierungen gestrichen);
- (ii) werden exakt drei Vollquotierungen eingeholt, die nach Streichung der höchsten und niedrigsten Vollquotierung verbleibende Vollquotierung (sollten mehr als eine Vollquotierung denselben höchsten oder niedrigsten Wert haben, wird eine dieser höchsten oder niedrigsten Werte gestrichen);
- (iii) werden exakt zwei Vollquotierungen eingeholt, dem arithmetischen Mittel dieser beiden Vollquotierungen;
- (iv) werden weniger als zwei Vollquotierungen und eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt, gilt diese Gewichtete Durchschnittsquotierung;
- (v) werden nicht mindestens zwei Vollquotierungen und auch keine Gewichtete Durchschnittsquotierung für einen ISDA-Geschäftstag eingeholt, so gilt ein Betrag, den die Berechnungsstelle am nächstfolgenden ISDA-Geschäftstag bestimmt, an dem mindestens zwei Vollquotierungen oder eine Gewichtete Durchschnittsquotierung eingeholt werden können; und
- (vi) andernfalls wird der Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Marktpraxis und der von der Emittentin in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen abgeschlossenen Absicherungsgeschäften bestimmt.

[Falls ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist oder für einen Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind, einfügen:

[+/-Sofern mindestens ein Referenzschuldner und nicht alle Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) oder ein europäisches Finanzinstitut sind, einfügen: Im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] gilt zudem das Folgende: **+#Ende**] Die Emittentin ist berechtigt nach ihrer Wahl den Marktwert der Bewertungsverbindlichkeit anstatt auf der Grundlage der Bewertungsverbindlichkeit auf der Grundlage des Vermögenswertpakets, welches an die Stelle einer Bewertungsverbindlichkeit tritt, gemäß den vorstehenden Bewertungsregeln zu bestimmen.]

Es gelten die folgenden Definitionen:

Bewertungsverbindlichkeit:	<p>Bezeichnet eine Maßgebliche Verbindlichkeit des Referenzschuldners, in Bezug auf den ein Ereignis-Feststellungstag eingetreten ist, die die nachfolgenden Kriterien am Quotierungstag erfüllt:</p> <ul style="list-style-type: none">(i) [+/-Sofern dieses Kriterium bei mindestens einem Referenzschuldner nicht anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]: +#Ende] eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die in einer der gesetzlichen Währungen [Kanadas, Japans, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie in Euro] [●] oder in deren Nachfolgewährungen zahlbar ist;[(ii) [+/-Sofern dieses Kriterium bei mindestens einem Referenzschuldner Nicht anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]: +#Ende] eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die [anwendbares zusätzliches Merkmale einfügen];][(iii) [+/-Sofern dieses Kriterium bei mindestens einem Referenzschuldner Nicht anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]: +#Ende] eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die [anwendbares zusätzliches Merkmale einfügen];][(iv) [+/-Sofern dieses Kriterium bei mindestens einem Referenzschuldner Nicht anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]: +#Ende] eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die [anwendbares zusätzliches Merkmale einfügen];][(v) [+/-Sofern dieses Kriterium bei mindestens einem Referenzschuldner Nicht anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]: +#Ende] eine Maßgebliche Verbindlichkeit, deren verbleibende Laufzeit vom Quotierungstag an 30 Jahre nicht übersteigt;] sowie[(vi) [+/-Sofern dieses Kriterium bei mindestens einem Referenzschuldner Nicht anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]: +#Ende] Maßgebliche Verbindlichkeit, die nicht nachrangig ist. <p>Erfüllen mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten die vorstehenden Kriterien, so ist diejenige Maßgebliche Verbindlichkeit auszuwählen, die den niedrigsten Kurs</p>
-----------------------------------	--

	<p>(<i>cheapest to deliver</i>) hat.</p> <p>[Die Emittentin wird, sofern dies zeitlich möglich ist, die Bewertungsverbindlichkeit den Gläubigern bis zu dem Quotierungstag (einschließlich) in einer Mitteilung nach § 12 mitteilen.]</p>
Gewichtete Durchschnittsquotierung:	<p>Bezeichnet den gewichteten Durchschnitt der verbindlichen Quotierungen, die von Händlern um ca. 11:00 Uhr am Haupthandelsmarkt der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit am Quotierungstag (soweit vernünftigerweise praktikabel) eingeholt werden, und zwar jeweils für den ausstehenden Nennbetrag bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der Bewertungsverbindlichkeit (wie von der Berechnungsstelle nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der Marktpraxis bestimmt) der jeweils so hoch wie möglich, aber geringer als der Quotierungsbetrag ist (aber mindestens dem Mindestquotierungsbetrag entspricht) und die in ihrer Summe etwa dem Quotierungsbetrag entsprechen.</p>
Händler:	<p>Bezeichnet einen Händler (der nicht der Berechnungsstelle oder einem verbundenen Unternehmen der Berechnungsstelle angehört), der die jeweilige Bewertungsverbindlichkeit, für die Quotierungen eingeholt werden, handelt.</p>
Mindestquotierungsbetrag:	<p>Bezeichnet entweder</p> <p>(i) [USD 1.000.000] [anderen Mindestquotierungsbetrag einfügen] (oder den Gegenwert in der Währung der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit) oder</p> <p>(ii) den Quotierungsbetrag,</p> <p>je nachdem welcher Betrag niedriger ist.</p>
Quotierung:	<p>Bezeichnet jede – wie nachfolgend beschrieben – eingeholte und als Prozentsatz in Bezug auf den Quotierungstag und den ausstehenden Nennbetrag bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der Bewertungsverbindlichkeit ausgedrückte Vollquotierung und Gewichtete Durchschnittsquotierung:</p> <p>Die Berechnungsstelle wird versuchen, von mindestens [fünf][] Händlern auf den Quotierungstag bezogene Vollquotierungen einzuholen.</p> <p>Wenn für einen [ISDA-]Geschäftstag, innerhalb eines Zeitraums von [drei][] [ISDA-]Geschäftstagen nach dem Quotierungstag, mindestens [zwei][] solcher Vollquotierungen nicht einholbar sind, wird die Berechnungsstelle am nächstfolgenden [ISDA-]Geschäftstag (und, wenn notwendig, an jedem darauf folgenden [ISDA-]Geschäftstag bis zum [zehnten][] [ISDA-]Geschäftstag nach dem Quotierungstag) versuchen, Vollquotierungen von mindestens [fünf][] Händlern einzuholen, und, wenn auch dann zwei Vollquotierungen nicht einholbar sind, eine Gewichtete Durchschnittsquotierung.</p> <p>Die Quotierungen sollen aufgelaufene, nicht ausbezahlte Zinsbeträge nicht enthalten. Sollten Quotierungen in Bezug auf die jeweilige Bewertungsverbindlichkeit ohne Einbeziehung aufgelaufener, nicht ausbezahlter Zinsen nicht erhältlich sein, so wird die Berechnungsstelle solche Quotierungen um den Anteil der aufgelaufenen, nicht ausbezahlten Zinsen bereinigen.</p>
Quotierungsbetrag:	<p>Entspricht einem von der Berechnungsstelle unter Berücksichtigung der Marktpraxis nach billigem Ermessen bestimmten Betrag in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner, der mit dem Gewichtungssatz dieses Referenzschuldners multipliziert wird.</p>
Quotierungstag:	<p>Ist</p> <p>(i) der [zehnte][] [ISDA-]Geschäftstag, nach Vorliegen des Ereignis-Feststellungstages („Standard-Quotierungstag“), oder</p> <p>(ii) falls ISDA bis zum Standard-Quotierungstag zwar eine Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses veröffentlicht hat, jedoch auf der Internetseite [●] [http://dc.isda.org/credit-default-swaps-management/] (oder eine diese ersetzende Seite) mitteilt, im Hinblick auf das in der Kreditereignis-Mitteilung genannte Kreditereignis keine Auktion durchzuführen, der [zehnte][] [ISDA-]Geschäftstag, nach dem Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion (wie in Unterabsatz (c) definiert), oder</p> <p>(iii) falls ISDA bis zum Standard-Quotierungstag zwar eine Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses veröffentlicht hat und ISDA auf der Internetseite [] [http://dc.isda.org/credit-default-swaps-management/] (oder eine diese ersetzende Seite) ankündigt, im Hinblick auf das in der Kreditereignis-Mitteilung genannte Kreditereignis eine Auktion durchzuführen, dann jedoch auf dieser Seite veröffentlicht, dass diese Auktion abgesagt wird, der [zehnte][] [ISDA-]Geschäftstag, nach dem Auktions-Absagetermin (wie in Unterabsatz (c) definiert).</p>

<p>[Falls ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist oder für einen Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (Financial Reference Entity Terms) anwendbar sind, einfügen: Vermögenswertpaket:</p>	<p>Bezeichnet in Bezug auf ein Kreditereignis Restrukturierung [+##-Falls Kreditereignis Staatlicher Eingriff anwendbar ist, einfügen: [+##-Sofern das Kreditereignis Staatlicher Eingriff nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] +##Ende] eine Verbindlichkeit, die bis zum Zeitpunkt unmittelbar vor dem Eintritt des Kreditereignisses auf der Internetseite [] [http://www.isda.org/credit] (oder eine diese ersetzende Seite)] oder einer auf dieser Seite angegebenen Internetseite eines Dritten als sog. Standard-Referenzverbindlichkeit (Standard <i>Reference Obligation</i>) veröffentlicht wurde, oder einen Staatlichen Eingriff und +##Ende] diejenigen Eigenmittel, Geldbeträge, Sicherheiten, Vergütungen (u. a. Vergütungen für eine frühzeitige oder sonstige Zustimmung), Rechte und/oder sonstigen Vermögenswerte in Höhe des Anteils, die ein relevanter Gläubiger einer Bewertungsverbindlichkeit (ggf. einschließlich dieser Bewertungsverbindlichkeit) im Zusammenhang mit diesem Kreditereignis im Wege eines Umtauschs oder einer Umwandlung erhält. Wird dem relevanten Gläubiger eine Auswahl an Vermögenswerten oder eine Auswahl an Kombinationen von Vermögenswerten angeboten, so wird das im Hinblick auf den Kapitalbetrag, oder sofern ein solcher nicht festgestellt werden kann, im Hinblick auf den realisierbaren Wert größte Vermögenswertpaket herangezogen. Wird dem relevanten Gläubiger nichts angeboten und erhält er nichts und behält nichts ein, so gilt der Wert des Vermögenswertpakets als Null.]</p>
<p>Vollquotierung:</p>	<p>Bezeichnet jede verbindliche Quotierung, die um ca. 11:00 Uhr am Quotierungstag am Haupthandelsmarkt der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit (soweit vernünftigerweise praktikabel) von einem Händler für den ausstehenden Nennbetrag bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der jeweiligen Bewertungsverbindlichkeit in der Höhe des Quotierungsbetrags eingeholt wird.</p>

(c) **Auktion.**

Die folgenden Definitionen gelten im Falle einer Berechnung des Barausgleichsbetrags bei Durchführung einer Auktion:

Auktion:	Bezeichnet ein von ISDA organisiertes Auktionsverfahren zur Bewertung von Verbindlichkeiten des Referenzschuldners, für das ISDA Auktions-Abwicklungsbedingungen für die Ermittlung des Auktions-Endkurses veröffentlicht hat.
Auktions-Abwicklungsbedingungen:	Sind die von ISDA in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner gemäß dem Regelwerk (wie in § 1(6)(b) definiert) veröffentlichten Auktions-Abwicklungsbedingungen.
Auktions-Absagetermin:	Ist der von ISDA auf ihrer Website veröffentlichte Tag, an dem die Auktion gemäß den Auktions-Abwicklungsbedingungen als abgesagt gilt.
Auktions-Endkurs:	<p>Ist in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner der etwaige Kurs, der gemäß einer Auktion und den Auktions-Abwicklungsbedingungen als Auktions-Endkurs festgestellt wird (ausgedrückt als Prozentsatz bezogen auf den ausstehenden (und nicht den festgelegten) Nennbetrag der in den Auktions-Abwicklungsbedingungen bestimmten lieferbaren Verbindlichkeiten bzw. den fälligen Zahlungsbetrag der Bewertungsverbindlichkeit (eingeteilt in Teilbeträge nach Maßgabe der in den Auktions-Abwicklungsbedingungen festgelegten Preisbildungsschritte) (die „Lieferbaren Verbindlichkeiten“)).</p> <p>[+/-Einfügen, wenn Restrukturierung als Kreditereignis Anwendung findet: [+##-Im Fall, dass nicht für alle Referenzschuldner das Kreditereignis Restrukturierung anwendbar ist, einfügen: Für die Referenzschuldner, für die das Kreditereignis Restrukturierung anwendbar ist, gilt +##-Ende]</p> <p>Führt ISDA mehrere Auktionen im Falle eines Kreditereignisses Restrukturierung (wie in § 5a(2) definiert) durch, ist der maßgebliche Auktions-Endkurs für die Schuldverschreibungen der von der Berechnungsstelle bestimmte niedrigste Auktions-Endkurs, der im Rahmen dieser Auktionen erzielt wird. Findet nur eine einzige Auktion statt, dann ist der Auktions-Endkurs der im Rahmen dieser Auktion erzielte Kurs. +/-Ende]</p>
Auktions-Endkurs-Feststellungstag:	Ist der etwaige Tag, an dem der Auktions-Endkurs festgestellt wird.
Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion:	<p>Bezeichnet in Bezug auf den jeweiligen Referenzschuldner und ein Kreditereignis den Tag, an dem der EK-Sekretär erstmals öffentlich bekannt gibt, dass</p> <p>(a) für den jeweiligen Referenzschuldner und das betreffende Kreditereignis keine Auktions-Abwicklungsbedingungen veröffentlicht werden oder</p> <p>(b) das maßgebliche Komitee (wie in § 1 (6)(b) definiert) entschieden hat, dass keine Auktion stattfinden wird, nachdem der EK-Sekretär zuvor das Gegenteil öffentlich bekannt gegeben hat.</p> <p>[+/-Einfügen, wenn Restrukturierung als Kreditereignis Anwendung findet: [+##-Im Fall, dass nicht für alle Referenzschuldner das Kreditereignis Restrukturierung anwendbar ist, einfügen: Für die Referenzschuldner, für die das Kreditereignis Restrukturierung anwendbar ist, gilt +##-Ende]</p> <p>Führt ISDA mehrere Auktionen im Falle eines Kreditereignisses durch, liegt ein Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion nur dann vor, wenn keine dieser Auktionen stattfindet. +/-Ende]</p>

(5) **Bekanntmachungen.**

Die Berechnungsstelle wird – soweit nicht bereits in diesen Emissionsbedingungen festgelegt oder bezeichnet – veranlassen, dass alle Beträge, die entsprechend diesem § 5 zur Zahlung an die Gläubiger fällig werden, umgehend der Emittentin, den Gläubigern, der Zahlstelle und allen Börsen, an der die betreffenden Schuldverschreibungen zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen mitgeteilt werden. Die Mitteilung an die Gläubiger erfolgt gemäß § 12.

(6) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.**

Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 5 gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Fehler vorliegt) für die Emittentin, die Emissionsstelle, die Zahlstellen und die Gläubiger bindend.

§ 5a
**FESTSTELLUNG EINES KREDITEREIGNISSES,
 KREDITEREIGNISSE**

(1) Feststellung eines Kreditereignisses.

Tritt während des Kreditereigniszeitraums ein Kreditereignis gemäß Absatz (2) in Bezug auf einen oder mehrere der Referenzschuldner ein, ist die Emittentin berechtigt, innerhalb des Feststellungszeitraums eine Kreditereignis-Mitteilung an die Gläubiger zusammen mit der Öffentlichen Information nach § 12 zu veröffentlichen (zusammen die „**Voraussetzungen für den Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages**“).

Als „**Ereignis-Feststellungstag**“ gilt bei Vorliegen der Voraussetzungen für den Eintritt eines Ereignis-Feststellungstages entweder:

(a) der Tag, an dem die Kreditereignis-Mitteilung zusammen mit der Öffentlichen Information nach § 12 innerhalb des Feststellungszeitraums veröffentlicht wird, oder

(b) der Tag, an dem nach den Bedingungen der Absicherungsgeschäfte, die die Emittentin im Hinblick auf die Schuldverschreibungen abgeschlossen hat, das Kreditereignis, das Gegenstand der Kreditereignis-Mitteilung ist, als festgestellt gilt; dieser kann auch vor dem Tag gemäß vorstehend (a) liegen. Die Emittentin wird den Tag in der Kreditereignis-Mitteilung benennen.

Die Emittentin ist weder verpflichtet, Nachforschungen darüber anzustellen, ob das in einer Öffentlichen Information bezeichnete Kreditereignis tatsächlich eingetreten ist, noch darüber, ob das Kreditereignis im Zeitpunkt der vorgenannten Bestimmung noch andauert. Für den Fall, dass die Umstände, die ein Kreditereignis ausgelöst haben, nachträglich behoben werden oder wegfallen, ändert dies nichts an der Feststellung eines Kreditereignisses im Sinne der Emissionsbedingungen.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Feststellungszeitraum:	Ist der Zeitraum vom [Tag der Begebung] [Handelstag] (einschließlich) bis zum Vorgesehenen Fälligkeitstag (einschließlich). Im Fall einer Verschiebung der Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach § 5(1)(c) verlängert sich der Feststellungszeitraum für den betroffenen Referenzschuldner bis zum Maßgeblichen Endtag (einschließlich). Der Eintritt eines Kreditereignisses kann somit auch noch nach dem Vorgesehenen Fälligkeitstag festgestellt werden.
Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses:	Bezeichnet eine öffentliche Bekanntgabe von ISDA, dass das maßgebliche Komitee entschieden hat, dass (a) in Bezug auf den Referenzschuldner (oder eine seiner Verbindlichkeiten) ein Ereignis eingetreten ist, das ein Kreditereignis begründet, und (b) das betreffende Ereignis am oder nach dem [Tag der Begebung][Handelstag] eingetreten ist. Eine Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses in Bezug auf den Referenzschuldner gilt nur dann als getroffen, wenn (1) der Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Kreditereignis in Bezug auf das betreffende Kreditereignis an oder vor dem 14. Kalendertag nach dem Maßgeblichen Endtag liegt und (2) der Tag der Begebung an oder vor dem Auktions-Endkurs-Feststellungstag bzw. dem Auktions-Absagetermin bzw. dem Tag, der 21 Kalendertage auf einen etwaigen Bekanntgabetermin des Nichtstattfindens einer Auktion folgt, erfolgt.
Negative Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses:	Bezeichnet in Bezug auf eine EK-Kreditereignisanfrage die vom EK-Sekretär bekannt gegebene Entscheidung, dass das maßgebliche Komitee entschieden hat, dass in Bezug auf den Referenzschuldner (oder eine seiner Verbindlichkeiten) kein Ereignis eingetreten ist, das ein Kreditereignis begründet.
Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Kreditereignis:	Bezeichnet in Bezug auf eine EK-Kreditereignisanfrage den vom EK-Sekretär bekannt gegebenen Zeitpunkt, hinsichtlich dessen das maßgebliche Komitee entscheidet, dass dies der Zeitpunkt ist, an dem die EK-Kreditereignisanfrage wirksam wird und an dem sich gemäß dem Regelwerk die Öffentliche Information in Bezug auf die EK-Kreditereignisanfrage im Besitz des Komitees befand.
Kreditereignis-Mitteilung:	Liegt im Sinne dieser Emissionsbedingungen vor bei einer unwiderruflichen Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger, in der ein Kreditereignis bezüglich des Referenzschuldners beschrieben wird, welches innerhalb des Kreditereigniszeitraums (bestimmt unter Bezug auf Mittlere Greenwich-Zeit (MGZ)) eingetreten ist. Eine Kreditereignis-Mitteilung erfolgt gemäß § 12.

Kreditereigniszeitraum:	Ist der Zeitraum vom [Tag der Begebung][Handelstag] (einschließlich) bis zum Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag (ausschließlich) [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder [+ #-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens ein Referenzschuldner und nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:] , sofern das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium auf den betreffenden Referenzschuldner Anwendung findet, +#Ende] bei Eintritt einer Potenziellen Nichtanerkennung-/Moratorium bis zum Tag, der ein Jahr nach dem Tag der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung-/Moratorium liegt].
Maßgeblicher Endtag:	Bezeichnet [(a) den Tag, der ein Jahr nach dem Tag des Eintritts eines Potenziellen Kreditereignisses liegt[.]; oder] [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: [(b) der Tag, der ein Jahr nach dem Tag der Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung-/Moratorium liegt.]
Öffentliche Information:	Ist eine Information, welche die für die Feststellung des Vorliegens des Kreditereignisses [Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen: oder [+ #-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens ein Referenzschuldner und nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:] , sofern das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium auf den betreffenden Referenzschuldner Anwendung findet, +#Ende] der Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium] in Bezug auf den Referenzschuldner gemäß § 5a(1) relevanten Tatsachen bestätigt und
	<ul style="list-style-type: none"> - die als Komiteeentscheidung über den Eintritt eines Kreditereignisses von ISDA entsprechend veröffentlicht wurde; oder - die mindestens in zwei der nachfolgend genannten Öffentlichen Informationsquellen oder anerkannten international veröffentlichten Informationsquellen oder Bildschirminformationsquellen veröffentlicht wurde, unabhängig davon, ob der Bezug dieser Information kostenpflichtig ist; oder <p>[Falls mindestens ein Referenzschuldner kein Staat (Sovereign) ist, einfügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - [+ #-Sofern mindestens ein Referenzschuldner kein Staat (Sovereign) ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]][der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] +#Ende] die von dem Referenzschuldner oder von einem Treuhänder, einer Emissionsstelle, einem Verwalter, einer Clearingstelle, Zahlstelle, Abwicklungsstelle oder Agent-Bank für die Maßgebliche Verbindlichkeit stammt; oder] <p>[Falls mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - [+ #-Sofern mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]][der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] +#Ende] die von dem Referenzschuldner (oder von einer anderen Stelle der öffentlichen Hand, einem Ministerium, einem Amt oder sonstigen staatlichen Stelle) oder von einem Treuhänder, einer Emissionsstelle, einem Verwalter, einer Clearingstelle, Zahlstelle, Abwicklungsstelle oder Agent-Bank für die Maßgebliche Verbindlichkeit stammt; oder] - die in einer gerichtlichen, schiedsgerichtlichen oder behördlichen Anordnung, Verfügung, Anweisung oder Mitteilung oder in einem Urteil enthalten ist. <p>Die Öffentliche Information muss keine Aussage darüber enthalten, ob der in § 5a(2) genannte Zahlungsschwellenbetrag bzw. der in § 5a(2) genannte Schwellenbetrag erreicht oder überschritten wird, anwendbare Verlängerungsfristen überschritten werden oder die subjektiven Kriterien des maßgeblichen Kreditereignisses erfüllt sind.</p>
Öffentliche Informationsquellen:	Sind Börsen-Zeitung, Handelsblatt, Bloomberg, Reuters, Dow Jones Newswires, The Wall Street Journal, The New York Times, Nihon Keizai Shimbun, Asahi Shimbun, Yomiuri Shimbun, La Tribune, Les Echos, Debtwire, The Australian Financial Review und Financial Times (und Nachfolgepublikationen) sowie die Hauptnachrichtenquelle für Finanznachrichten in dem Land, in dem der Referenzschuldner seinen Sitz hat.
Mitteilungstag:	Bezeichnet den Tag, an dem die Kreditereignis-Mitteilung zusammen mit der Öffentlichen Information nach § 12 veröffentlicht wird.
Zusätzlicher Zeitraum nach Ablehnung einer EK-Kreditereignisanfrage:	Bezeichnet den Zeitraum ab dem Tag der Ablehnung einer EK-Kreditereignisanfrage (einschließlich) bis zu dem Tag, der 14 Kalendertage später liegt (einschließlich) (sofern der maßgebliche Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Kreditereignis am oder vor dem 14. Kalendertag nach dem Maßgeblichen Endtag lag).

Ablehnung einer EK-Kreditereignisanfrage:	Bezeichnet in Bezug auf den Referenzschuldner eine öffentliche Bekanntgabe des EK-Sekretärs, dass das maßgebliche Kreditderivate-Entscheidungskomitee Beschlossen hat, über die in der EK-Kreditereignisanfrage enthaltenen Sachverhalte nicht zu bestimmen.
EK-Kreditereignisanfrage:	Bezeichnet eine Mitteilung an den EK-Sekretär, mit der Bitte um Einberufung eines Kreditderivate-Entscheidungskomitees, um einen Beschluss darüber zu fassen, ob ein Ereignis eingetreten ist, das für die Zwecke des Kreditderivates ein Kreditereignis darstellt.

(2) Kreditereignis.

Ein „Kreditereignis“ in Bezug auf den Referenzschuldner tritt jeweils im Falle eines der nachfolgenden Ereignisse ein:

+#-Für jeden Referenzschuldner sind die anwendbaren Kreditereignisse getrennt anzugeben, sofern unterschiedlich. Die Zuordnung erfolgt entsprechend der definierten Nummer in § 1(6)(b):

Für Referenzschuldner [Nr. [Nummer einfügen][bis Nr. [Nummer einfügen]]] gilt:

+#-ENDE]

- Nichtzahlung,

+#-Falls das Kreditereignis Insolvenz anwendbar ist, einfügen:

- Insolvenz[,] [oder]

+#-Ende]

+#-Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium anwendbar ist, einfügen:

- Nichtanerkennung/Moratorium[,] [oder]

+#-Ende]

+#-Falls das Kreditereignis Restrukturierung anwendbar ist, einfügen:

- Restrukturierung[,][.] [oder]

+#-Ende]

+#Falls das Kreditereignis Staatlicher Eingriff anwendbar ist, einfügen:

- Staatlicher Eingriff[.] [oder]

+#-Ende]

+#Falls das Kreditereignis Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten anwendbar ist, einfügen:

- Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten.

+#-Ende]

]

Sofern die übrigen Voraussetzungen für den Eintritt eines Kreditereignisses vorliegen, ist der Eintritt eines Kreditereignisses unabhängig davon, ob ein Kreditereignis direkt oder indirekt als Folge eines der nachfolgenden Umstände entsteht oder einer der nachfolgenden Einwendung ausgesetzt ist

- (a) einem Mangel oder behaupteten Mangel an der Befugnis oder der Fähigkeit des Referenzschuldners, eine Verbindlichkeit einzugehen oder eines Primärschuldners, eine Primärverbindlichkeit einzugehen; und/oder
- (b) einer tatsächlichen oder behaupteten Nichtdurchsetzbarkeit, Ungesetzlichkeit, Unmöglichkeit oder Unwirksamkeit einer Verbindlichkeit oder, sofern maßgeblich, einer Primärverbindlichkeit; und/oder
- (c) der Anwendung oder Interpretation eines Gesetzes, einer Anordnung oder einer Regelung durch ein Gericht, ein Tribunal, eine Aufsichtsbehörde oder ein vergleichbares Verwaltungs- oder Gerichtsorgan, dessen Zuständigkeit aufgrund eines Gesetzes, einer Anordnung, eines Erlasses, einer Regelung oder einer Bekanntmachung gegeben ist oder zu sein scheint; und/oder
- (d) der Verhängung oder Änderung von Devisenkontrollbestimmungen, Kapitalbeschränkungen oder gleichartigen Beschränkungen, die von einer Währungs- oder sonstigen Behörde vorgenommen werden.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Primärschuldner:	Bezeichnet in Bezug auf eine Primärverbindlichkeit den Emittenten (im Falle einer Anleihe), den Kreditnehmer (im Falle eines Kredits) oder den Hauptschuldner (im Falle einer sonstigen Primärverbindlichkeit).
Primärverbindlichkeit:	Bezeichnet in Bezug auf eine Qualifizierte Garantie die Verbindlichkeit, die Gegenstand dieser Qualifizierten Garantie ist.

[+#Falls das Kreditereignis Insolvenz für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Insolvenz:	<p>Liegt vor, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) der Referenzschuldner aufgelöst wird, es sei denn dies beruht auf einer Vermögensübertragung auf einen anderen Rechtsträger im Zusammenhang mit einer Konsolidierung, Verschmelzung oder einem vergleichbaren Vorgang; (b) der Referenzschuldner zahlungsunfähig oder überschuldet ist oder die allgemeine Zahlungsunfähigkeit in einem gerichtlichen, aufsichtsbehördlichen oder sonstigen administrativen Verfahren schriftlich eingesteht; (c) der Referenzschuldner eine Übertragung seines gesamten Vermögens oder eine sonstige Vereinbarung, Übereinkunft (<i>Scheme</i>) oder einen Vergleich in Bezug auf sein gesamtes Vermögen mit seinen oder zugunsten seiner Gläubiger vereinbart bzw. trifft oder eine solche Übertragung, Vereinbarung, Übereinkunft oder Vergleich wirksam wird; (d) gegen den Referenzschuldner ein Verfahren zur Insolvenz- oder Konkursfeststellung oder ein vergleichbares Verfahren bezüglich eines sonstigen, die Rechte der Gläubiger betreffenden Rechts eingeleitet wird, oder bezüglich des Referenzschuldners ein Antrag auf Abwicklung oder Liquidation gestellt wird und dies in beiden vorgenannten Fällen entweder <ul style="list-style-type: none"> (i) zu einer Insolvenz- oder Konkursfeststellung, dem Erlass einer Rechtsschutzanordnung oder der Anordnung der Abwicklung oder der Liquidation führt, oder (ii) das Verfahren oder der Antrag nicht innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eröffnung oder Antragstellung (es sei denn mangels Masse) abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird; (e) der Referenzschuldner einen Beschluss gefasst hat zum Zwecke seiner Abwicklung, Liquidation oder seiner Unterstellung unter einen Treuhänder, Insolvenzverwalter oder Sachwalter, es sei denn, dies beruht auf einer Vermögensübertragung auf einen anderen Rechtsträger im Zusammenhang mit einer Konsolidierung, Verschmelzung oder einem vergleichbaren Vorgang; (f) der Referenzschuldner die Bestellung eines Verwalters, vorläufigen Liquidators, Konservators, Zwangsverwalters, Treuhänders, Verwahrers oder einer anderen Person mit gleichartiger Funktion für sich oder seine gesamten oder wesentlichen Teile seiner Vermögensgegenstände beantragt oder einer solchen unterstellt wird; (g) eine besicherte Partei alle oder einen wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände des Referenzschuldners in Besitz nimmt oder hinsichtlich aller oder einem wesentlichen Teil aller Vermögensgegenstände des Referenzschuldners eine Beschlagnahme, Pfändung, Sequestration oder ein anderes rechtliches Verfahren eingeleitet, durchgeführt oder vollstreckt wird und nicht innerhalb von 30 Kalendertagen danach der Besicherte den Besitz verliert oder ein solches Verfahren abgewiesen, aufgegeben, zurückgenommen oder ausgesetzt wird; oder (h) ein auf den Referenzschuldner bezogenes Ereignis eintritt, welches nach den anwendbaren Rechtsvorschriften jedweder Rechtsordnung eine den vorstehenden Absätzen (a) bis (g) genannten Fällen vergleichbare Wirkung hat.
-------------------	---

+#-Ende]

Maßgebliche Verbindlichkeit:	<p>Bedeutet im Sinne dieser Emissionsbedingungen jede Verbindlichkeit der jeweiligen Referenzschuldner, die der nachfolgend beschriebenen und dem jeweiligen Referenzschuldner zugeordneten Verbindlichkeitskategorie entspricht, und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem das Ereignis eintritt, welches das Kreditereignis begründet, das entweder der Kreditereignis-Mitteilung oder der Mitteilung an ISDA, die den Eintritt des Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis zur Folge hat, zu Grunde liegt.</p> <p>[+#-Falls ein Referenzschuldner der Staat Ungarn sind, einfügen:</p> <p>Für den Referenzschuldner Nr. [Nummer des Referenzschuldners „Staat Ungarn“ einfügen] gilt zusätzlich jede Verbindlichkeit der Zentralbank Ungarns als Maßgebliche Verbindlichkeit im Sinne dieser Emissionsbedingungen, die der nachfolgend beschriebenen und dem Referenzschuldner zugeordneten Verbindlichkeitskategorie entspricht, und zwar zu dem Zeitpunkt, an dem das Ereignis eintritt, welches das Kreditereignis begründet, das entweder der Kreditereignis-Mitteilung oder der Mitteilung an ISDA, die den Eintritt des Antragszeitpunkts auf Entscheidung über Kreditereignis zur Folge hat, zu Grunde liegt.</p> <p>+#-Ende]</p> <p>Hierbei gilt:</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Verbindlichkeitskategorie:</td> <td style="padding: 5px;"> <p>Ist</p> <p>[+#-Für jeden Referenzschuldner in Abhängigkeit von der Nummer gemäß § 1(6)(b) angegeben, sofern unterschiedlich definiert:</p> <p>Für Referenzschuldner [Nr. [Nummer einfügen] [bis Nr. [Nummer einfügen]]] gilt:</p> </td> </tr> </table>	Verbindlichkeitskategorie:	<p>Ist</p> <p>[+#-Für jeden Referenzschuldner in Abhängigkeit von der Nummer gemäß § 1(6)(b) angegeben, sofern unterschiedlich definiert:</p> <p>Für Referenzschuldner [Nr. [Nummer einfügen] [bis Nr. [Nummer einfügen]]] gilt:</p>
Verbindlichkeitskategorie:	<p>Ist</p> <p>[+#-Für jeden Referenzschuldner in Abhängigkeit von der Nummer gemäß § 1(6)(b) angegeben, sofern unterschiedlich definiert:</p> <p>Für Referenzschuldner [Nr. [Nummer einfügen] [bis Nr. [Nummer einfügen]]] gilt:</p>		

	<p>+#-Ende]</p> <p>[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder anwendbar ist, einfügen: Aufgenommene Gelder #1-Ende]</p> <p>[#2-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe oder Kredite anwendbar ist, einfügen: Anleihe oder Kredite #2-Ende]</p> <p>[#3-Falls Verbindlichkeitskategorie Anleihe anwendbar ist, einfügen: Anleihe #3-Ende]</p>
<p>[#1-Falls Verbindlichkeitskategorie „Aufgenommene Gelder“ anwendbar ist, einfügen: Aufgenommene Gelder:</p>	<p>Bezeichnet jede Verbindlichkeit, sei es direkt oder aus einer Relevanten Garantie (wie in § 5b(3) definiert), zur Zahlung oder Rückzahlung von Geldbeträgen aus aufgenommenen Geldern (einschließlich Einlagen und Erstattungsverpflichtungen aus den Ziehungen eines Akkreditivs (<i>Letter of Credit</i>), ausschließlich nicht in Anspruch genommener Gelder unter revolvingenden Krediten).</p> <p>#1-Ende]</p>
<p>[#2-Falls Verbindlichkeitskategorie „Anleihe oder Kredite“ anwendbar ist, einfügen: Anleihe oder Kredite:</p>	<p>Bezeichnet eine Anleihe oder ein Kredit.</p> <p>#2-Ende]</p>
<p>Anleihe:</p>	<p>Bezeichnet jede Verbindlichkeit der Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder, die in der Form einer Schuldverschreibung (mit Ausnahme von Anleihen, die im Zusammenhang mit Krediten geliefert werden), eines verbrieften Schuldtitels oder eines sonstigen Schuldtitels begeben oder hierdurch repräsentiert ist, ausschließlich aller anderen Arten Aufgenommener Gelder.</p>
<p>Kredite:</p>	<p>Bezeichnet jede Verpflichtung der Verbindlichkeitskategorie Aufgenommene Gelder, die in der Form eines Kredites über eine feste Laufzeit, eines revolvingenden Kredites oder eines vergleichbaren Kredites dokumentiert ist, ausschließlich aller anderen Arten Aufgenommene Gelder.</p>
<p>[+#-Falls mindestens ein Referenzschuldner der Verbindlichkeit der Zentralbank Ungarns:</p>	<p>Bezeichnet jede Verbindlichkeit der Zentralbank des Staates Ungarn (<i>Magyar Nemzeti Bank</i>) sowie jede ihrer Nachfolger, sei es direkt oder aus einer Relevanten Garantie (wie in § 5b(3) definiert).</p> <p>+#-Ende]</p>
<p>Nachrangigkeit:</p>	<p>Bezeichnet, bezogen auf das Verhältnis einer Verbindlichkeit (die „Nachrangige Verbindlichkeit“) zu einer anderen Verbindlichkeit des Referenzschuldners (die „Vorrangige Verbindlichkeit“), eine vertragliche, treuhänderische oder ähnliche Vereinbarung, die vorsieht, dass</p> <p>(a) infolge der Liquidation, Auflösung, Reorganisation oder Abwicklung des Referenzschuldners Forderungen der Gläubiger der Vorrangigen Verbindlichkeit vor den Forderungen der Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit erfüllt werden, oder</p> <p>(b) die Gläubiger der Nachrangigen Verbindlichkeit nicht berechtigt sind, Zahlungen in Bezug auf ihre Forderungen zu erhalten oder einzubehalten, solange der Referenzschuldner unter der Vorrangigen Verbindlichkeit in Zahlungsrückstand oder sonstigem Verzug ist.</p> <p>Für die Nachrangigkeit sind</p> <p>[#1-Im Fall, dass kein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: Rangfolgen, die sich kraft Gesetzes oder aus Sicherheiten oder Kreditunterstützungen oder anderen Kreditverbesserungsmaßnahmen ergeben, nicht maßgeblich. #1-Ende]</p> <p>[#2-Im Fall, dass mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: [Für Referenzschuldner, die kein Staat (Sovereign) sind, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]][der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] Rangfolgen, die sich kraft Gesetzes oder aus Sicherheiten oder Kreditunterstützungen oder anderen Kreditverbesserungsmaßnahmen ergeben, nicht maßgeblich und] [Für Referenzschuldner, die Staaten (Sovereign) sind, einfügen:</p>

	<p>im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]][der Referenzschuldner Nr. (Nummern einfügen)] Rangfolgen, die sich kraft Gesetz ergeben, zu berücksichtigen.] #2-Ende] [#3-Im Fall, dass ausschließlich Staaten (Sovereign) Referenzschuldner sind, einfügen: Rangfolgen, die sich kraft Gesetz ergeben, zu berücksichtigen. #3-Ende]</p>
--	--

[+#Falls das Kreditereignis Nichtanerkennung/Moratorium für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Nichtanerkennung/Moratorium:	<p>Eine „Nichtanerkennung“ bzw. ein „Moratorium“ liegt vor, wenn</p> <p>(a) ein Vertreter des Referenzschuldners oder einer Regierungsbehörde</p> <p>(i) die Zahlungsverpflichtungen aus der Maßgeblichen Verbindlichkeit oder sonstige Verbindlichkeiten gänzlich oder zum Teil nicht anerkennt, ablehnt oder bestreitet oder Zahlungsverbindlichkeiten in Höhe eines Betrags von mindestens dem Schwellenbetrag anfecht/bestreitet, oder</p> <p>(ii) in Bezug auf die Zahlungsverpflichtungen aus der Maßgeblichen Verbindlichkeit ein Moratorium, einen Zahlungsstillstand oder Zahlungsaufschub erklärt oder verfügt, wobei sich dies mindestens auf den Schwellenbetrag erstreckt, und</p> <p>(b) eine Nichtzahlung, die ungeachtet des Zahlungsschwellenbetrags festgelegt wird, oder eine Restrukturierung, die ungeachtet des Schwellenbetrags festgelegt wird, treten im Zusammenhang mit Verbindlichkeiten an oder vor einem Nichtanerkennung-/Moratorium- Bewertungstag ein.</p>
Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium:	<p>Liegt im Sinne dieser Emissionsbedingungen bei einer unwiderruflichen Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger, in der der Eintritt einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium bezüglich eines Referenzschuldners beschrieben wird, welche am oder vor dem Kreditereignis-Beobachtungs-Endtag (bestimmt unter Bezug auf Mittlere Greenwich-Zeit (MGZ)) eingetreten ist, vor. Eine Mitteilung einer Potenziellen Nichtanerkennung/Moratorium erfolgt gemäß § 12.</p>
Potenzielle Nichtanerkennung/Moratorium:	<p>Bezeichnet den Eintritt eines unter Ziffer (a) der Definition von „Nichtanerkennung/Moratorium“ beschriebenen Ereignisses.</p>

+ #-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Nichtzahlung für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Nichtzahlung:	<p>Liegt vor, wenn der Referenzschuldner die aus einer Maßgeblichen Verbindlichkeit resultierenden Zahlungsverpflichtungen, deren Gesamtbetrag mindestens dem Zahlungsschwellenbetrag entspricht, an dem für diese Zahlungsverpflichtungen maßgeblichen Fälligkeitstag nicht entsprechend den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit erfüllt und die Zahlungsverpflichtungen auch nicht bis zum Ablauf der dafür maßgeblichen Nachfrist (nach Eintritt etwaiger aufschiebender Bedingungen für den Beginn einer solchen Nachfrist) erfüllt worden sind.</p> <p>„Nachfrist“ ist dabei in Bezug auf diese Maßgebliche Verbindlichkeit</p> <p>(a) die Nachfrist, die nach den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit auf Zahlungen Anwendung findet, und</p> <p>(b) sofern keine Nachfrist in den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit in Bezug auf Zahlungen vereinbart ist oder dort nur eine Nachfrist in Bezug auf Zahlungen vereinbart ist, die kürzer als drei Bankarbeitstage ist, eine Nachfrist von drei Nachfrist-Bankarbeitstagen.</p> <p>„Nachfrist-Bankarbeitstag“ im Sinne dieses Abschnitts ist jeder Tag, an dem die Banken an dem oder den in den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit genannten Finanzplatz oder Finanzplätzen für Zahlungen einschließlich des Handels in Fremdwährungen und der Entgegennahme von Fremdwährungseinlagen geöffnet sind. Sofern sich in den Bedingungen dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit keine Regelung findet, gilt der Finanzplatz derjenigen Währung, auf die diese Maßgebliche Verbindlichkeit lautet, als maßgeblich bzw. im Falle von Euro als Währung der Maßgeblichen Verbindlichkeit, ist dies derjenige Tag, an dem das TARGET-System (Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer) Zahlungen in Euro abwickelt.</p>
	<p>Wenn bei einem eingetretenen Ereignis, dass ansonsten eine Nichtzahlung darstellen würde, (a) dieses Ereignis infolge einer Währungsumstellung eintritt, die infolge einer Maßnahme erfolgt, die von einer Regierungsbehörde ergriffen wird und in der Rechtsordnung dieser Regierungsbehörde allgemein gilt, und (b) ein frei verfügbarer marktüblicher Umtauschkurs zum Zeitpunkt der Währungsumstellung vorlag, gilt dieses eingetretene Ereignis nicht als Nichtzahlung, es sei denn, die Währungsumstellung selbst hat zum Zeitpunkt dieser Währungsumstellung zu einer Verringerung des (unter Anwendung dieses frei verfügbaren</p>

marktüblichen Umtauschkurses ermittelten) zahlbaren Zinssatzes oder -betrags bzw. Kapital- oder Aufschlagsbetrags geführt.

+#-Ende]

Regierungsbehörde:	Sind unabhängig von der Zuständigkeit im Einzelfall alle de facto oder de jure bestehenden Regierungen (einschließlich jede ihrer Behörden, Organe, Ministerien oder Dienststellen), Gerichte, Gerichtshöfe, Verwaltungs- oder andere Regierungsbehörden sowie sonstige privat-rechtliche oder öffentlich-rechtliche juristische Personen, die mit der Aufsicht über die Finanzmärkte des Referenzschuldners oder der Rechtsordnung, in der der jeweilige Referenzschuldner gegründet wurde, betraut sind (einschließlich der Zentralbank des jeweiligen Referenzschuldners).
---------------------------	---

[+#Falls das Kreditereignis Restrukturierung für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Restrukturierung:	<p>Bedeutet, dass in Bezug auf eine oder mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten und in Bezug auf den Schwellenbetrag,</p> <ul style="list-style-type: none">(a) eines oder mehrere der nachstehend beschriebenen Ereignisse in einer Form eintritt, die alle Gläubiger einer solchen Maßgeblichen Verbindlichkeit bindet, oder(b) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Vereinbarung zwischen dem Referenzschuldner oder einer Regierungsbehörde und einer hinreichenden Anzahl von Gläubigern einer solchen Maßgeblichen Verbindlichkeit, um alle Gläubiger dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit zu binden, getroffen wird, oder(c) bezüglich eines oder mehrerer der nachstehend beschriebenen Ereignisse eine Ankündigung oder eine anderweitige, alle Gläubiger einer solchen Maßgeblichen Verbindlichkeit bindende Anordnung durch den Referenzschuldner selbst oder durch eine Regierungsbehörde erfolgt (einschließlich im Falle von Schuldverschreibungen als Maßgebliche Verbindlichkeit durch einen Austausch), <p>und ein solches Ereignis im Zeitpunkt der Begebung bzw. Entstehung der Maßgeblichen Verbindlichkeit für diese Maßgebliche Verbindlichkeit geltenden Bedingungen bereits geregelt ist:</p> <ul style="list-style-type: none">(i) eine Reduzierung des vereinbarten Zinssatzes oder zu zahlenden Zinsbetrags, oder der vertraglich vorgesehenen aufgelaufenen Zinsen (einschließlich durch eine Währungsumstellung),(ii) eine Reduzierung des bei Fälligkeit zu zahlenden Kapitalbetrags oder Aufschlages (einschließlich durch eine Währungsumstellung),(iii) ein Hinausschieben eines oder mehrerer Termine für die Zahlung oder Entstehung von Zinsen oder die Zahlung von Kapitalbeträgen oder Aufschlägen,(iv) eine Veränderung in der Rangfolge einer Maßgeblichen Verbindlichkeit, die zur Nachrangigkeit dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit gegenüber einer anderen Maßgeblichen Verbindlichkeit führt, oder(v) eine Umstellung der Währung von Kapital-, Zins- und/oder Aufschlagszahlungen auf eine Währung, die nicht das gesetzliche Zahlungsmittel von Kanada, Japan, der Schweiz, des Vereinigten Königreichs oder der Vereinigten Staaten von Amerika ist, bzw. auf eine andere Währung als den Euro bzw. als eine Nachfolgewährung der oben genannten Währungen (wobei dieser Begriff im Falle des Euro die Nachfolgewährung bezeichnet, die den Euro insgesamt ersetzt). <p>Nicht als Restrukturierung gelten:</p> <ul style="list-style-type: none">(1) eine Zahlung von Kapital und/oder Zinsen in Euro im Hinblick auf eine Verbindlichkeit, die in einer Euro-Vorgänger-Währung denominated ist; und/oder(2) die Währungsumstellung von Euro auf eine andere Währung, wenn (A) die Währungsumstellung infolge einer Maßnahme erfolgt, die von einer Regierungsbehörde eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ergriffen wird und in der Rechtsordnung dieser Regierungsbehörde allgemein gilt und (B) ein frei verfügbarer Marktkurs für den Umtausch von Euro in diese andere Währung zum Zeitpunkt der Währungsumstellung vorlag und sich der unter Anwendung dieses frei verfügbaren marktüblichen Umtauschkurses ermittelte zahlbare Zinssatz oder -betrag bzw. Kapital- oder Aufschlagsbetrag nicht verringert hat;(3) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in den vorstehenden Abschnitten (a) bis (c) dieser Definition genannten Ereignisse, sofern es auf administrativen, buchhalterischen, steuerlichen oder sonstigen Anpassungen, die im Rahmen der üblichen Geschäftspraxis vorgenommen werden, beruht; und/oder(4) der Eintritt, die Vereinbarung oder die Verkündung eines der in den vorstehenden Abschnitten (a) bis (c) dieser Definition genannten Ereignisse, sofern es auf Umständen beruht, die weder direkt noch indirekt mit einer Verschlechterung der Bonität oder finanziellen Situation des Referenzschuldners zusammenhängt, mit der Maßgabe, dass in Bezug auf (v) keine derartige Verschlechterung der Bonität oder finanziellen
--------------------------	---

	<p>Situation des Referenzschuldners erforderlich ist, wenn die Währungsumstellung von Euro auf eine andere Währung und infolge einer Maßnahme erfolgt, die von einer Regierungsbehörde eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ergriffen wird und in der Rechtsordnung dieser Regierungsbehörde allgemein gilt[.]; und/oder]</p> <p>[Falls Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern anwendbar ist, einfügen:</p> <p>(5) [+/-Sofern Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern nicht für alle Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]] +#Ende] wenn die Verbindlichkeit, auf die sich eines der in den Abschnitten (a) bis (c) dieser Definition genannten Ereignisse bezieht, keine Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern ist.]</p>
--	---

+#-Ende]

Schwellenbetrag:	Bezeichnet [U.S. Dollar 10.000.000] [anderen Schwellenbetrag einfügen] oder den betreffenden Gegenwert in der jeweiligen Währung der Maßgeblichen Verbindlichkeit.
-------------------------	---

[+/-Falls das Kreditereignis Restrukturierung und Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Verbindlichkeit Gegenüber Mehreren Gläubigern:	<p>Bezeichnet eine Maßgebliche Verbindlichkeit, die</p> <p>(a) an dem Tag, an dem eine Kreditereignis-Mitteilung veröffentlicht wird, von mehr als drei Gläubigern, die nicht verbundene Unternehmen sind, gehalten wird und</p> <p>(b) hinsichtlich derer mindestens ein prozentualer Anteil von 66 2/3 der Gläubiger zustimmen muss, damit das Kreditereignis Restrukturierung eintreten kann.</p>
---	--

+#-Ende]

Vorrangige Verbindlichkeit:	Hat die diesem Begriff in der Definition von Nachrangigkeit zugewiesene Bedeutung.
Zahlungsschwellenbetrag:	Bezeichnet [U.S. Dollar 1.000.000] [anderen Zahlungsschwellenbetrag einfügen] oder den betreffenden Gegenwert in der jeweiligen Währung der Maßgeblichen Verbindlichkeit.

[+/-Falls das Kreditereignis Staatlicher Eingriff für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Staatlicher Eingriff:	<p>Bedeutet, dass in Bezug auf eine oder mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten und in Bezug auf einen Gesamtbetrag, der mindestens dem Schwellenbetrag entspricht, eines oder mehrere der folgenden Ereignisse infolge einer Maßnahme oder Bekanntmachung einer Regierungsbehörde eintritt, die gemäß bzw. mittels eines Restrukturierungs- und Abwicklungsgesetzes bzw. einer Restrukturierungs- und Abwicklungsverordnung (bzw. eines ähnlichen Gesetzes oder einer ähnlichen Rechtsverordnung) erfolgt und jeweils für den Referenzschuldner in verbindlicher Form gilt, ungeachtet dessen, ob das betreffende Ereignis in den Bedingungen der jeweiligen Maßgeblichen Verbindlichkeit ausdrücklich vorgesehen ist:</p> <p>(i) ein Ereignis, das sich auf die Rechte des Gläubigers dergestalt auswirken würde, dass:</p> <p>(A) eine Reduzierung des zu zahlenden Zinssatzes oder Zinsbetrags, oder des Betrags der vorgesehenen aufgelaufenen Zinsen (einschließlich im Rahmen einer Währungsumstellung) eintritt;</p> <p>(B) eine Reduzierung des bei Rückzahlung zu zahlenden Kapitalbetrags oder Aufschlages (einschließlich im Rahmen einer Währungsumstellung) eintritt;</p> <p>(C) ein Hinausschieben bzw. eine sonstige Verzögerung eines oder mehrerer Termine für (i) die Zahlung oder Entstehung von Zinsen oder (ii) die Zahlung von Kapitalbeträgen oder Aufschlägen eintritt; oder</p> <p>(D) eine Veränderung in der Zahlungsrangfolge einer der Maßgeblichen Verbindlichkeiten, die zur Nachrangigkeit dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit gegenüber einer anderen Maßgeblichen Verbindlichkeit führt, eintritt;</p> <p>(ii) eine Enteignung, Übertragung oder ein sonstiges Ereignis, die bzw. das zwingend zu einem Wechsel des wirtschaftlichen Eigentümers dieser Maßgeblichen Verbindlichkeit führt;</p> <p>(iii) eine obligatorische Einziehung oder Wandlung bzw. ein obligatorischer Umtausch; oder</p> <p>(iv) ein Ereignis, das analoge Auswirkungen zu den in (i) bis (iii) beschriebenen Ereignissen hat.</p> <p>Der Begriff Maßgebliche Verbindlichkeit umfasst für Zwecke des „Staatlichen Eingriffs“ auch Primärverbindlichkeiten, in Bezug auf die der Referenzschuldner als Garantgeber handelt.</p>
------------------------------	---

+#-Ende]

[+#Falls das Kreditereignis Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten für mindestens einen Referenzschuldner anwendbar ist, einfügen:

Vorzeitige Fälligkeit von Verbindlichkeiten:

Liegt vor, wenn eine oder mehrere Maßgebliche Verbindlichkeiten, deren Gesamtbetrag mindestens dem Schwellenbetrag entspricht, durch oder aufgrund des Eintritts einer Vertragsverletzung, eines Kündigungsgrunds oder eines ähnlichen Umstandes oder Ereignisses vorzeitig fällig werden; der Zahlungsverzug [eines][des] Referenzschuldners unter einer oder mehrerer seiner Maßgeblichen Verbindlichkeiten fällt nicht hierunter.

[+#-Ende]

(1) Festlegung eines Nachfolgers für den Referenzschuldner.

Die Berechnungsstelle kann einen oder mehrere Rechtsnachfolger bestimmen, die an die Stelle eines Referenzschuldners treten („Nachfolger“). Nach Zustellung einer Nachfolgemitteilung (wie in Absatz (2) definiert), wird die Berechnungsstelle in angemessener Zeit und mit Wirkung ab dem Nachfolgetag einen oder mehrere Nachfolger gemäß der Absätze (i)(a) bis (g) bestimmen. Ein Nachfolger tritt mit Wirkung ab dem Nachfolgetag an die Stelle des betreffenden Referenzschuldners und gilt fortan als Referenzschuldner im Sinne dieser Emissionsbedingungen.

- (i) Vorbehaltlich der danach aufgeführten Regelungen der Absätze (ii) und (iii), wird ein Nachfolger wie folgt bestimmt:
- (a) Übernimmt (wie nachstehend definiert) ein Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie (wie in Absatz (2) definiert) 75 % oder mehr der Relevanten Verbindlichkeiten (wie in Absatz (2) definiert) des Referenzschuldners, ist dieser Rechtsnachfolger alleiniger Nachfolger.
 - (b) Übernimmt ein Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie mehr als 25 %, aber weniger als 75 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem Referenzschuldner, ist der Rechtsnachfolger, der mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernimmt, alleiniger Nachfolger.
 - (c) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und verbleiben nicht mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem Referenzschuldner, so sind diese Rechtsnachfolger, die mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten übernehmen, Nachfolger.
 - (d) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und verbleiben gleichwohl mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten bei dem Referenzschuldner, so sind diese Rechtsnachfolger sowie der Referenzschuldner Nachfolger.
 - (e) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie Teile von Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und der Referenzschuldner besteht weiter, so gibt es keinen Nachfolger.
 - (f) Übernehmen ein oder mehrere Rechtsnachfolger direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie einen Teil der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners, aber keiner dieser Rechtsnachfolger übernimmt mehr als 25 % der Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners und der Referenzschuldner hört auf zu existieren, so ist alleiniger Nachfolger entweder derjenige Rechtsnachfolger, der Schuldner des größten prozentualen Anteils der übernommenen Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners geworden ist (mit der Maßgabe, dass, wenn auf mehrere Rechtsnachfolger der gleiche prozentuale Anteil an Relevanten Verbindlichkeiten entfällt, jeder dieser Rechtsnachfolger Nachfolger wird).
- (g) **[+#1-Bei Referenzschuldnern, die kein Staat (Sovereign) sind, einfügen:**
 Übernimmt
[+##-Für Referenzschuldner, die kein Staat (Sovereign) sind, einfügen:
 in Bezug auf [den Referenzschuldner Nr. [Nummer einfügen]][die Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]],
+##-Ende]
 ein Rechtsnachfolger alle Verbindlichkeiten des Referenzschuldners (von denen mindestens eine Verbindlichkeit eine Relevante Verbindlichkeit sein muss) und zum Zeitpunkt der Bestimmung hat der Referenzschuldner aufgehört zu existieren oder ist im Inbegriff aufgelöst zu werden und der Referenzschuldner ist seit der Übernahme seiner Verbindlichkeiten keine Verbindlichkeiten in Bezug auf Aufgenommene Gelder eingegangen, so ist dieser Rechtsnachfolger („Gesamtrechtsnachfolger“) alleiniger Nachfolger.
+#1-Ende]
[+#2-Falls ausschließlich Staaten (Sovereign) Referenzschuldner sind, einfügen:
 (absichtlich freigelassen)
+#2-Ende]
- (ii) Ein Rechtsnachfolger kann nur dann ein Nachfolger sein, wenn:
- (a) der relevante Nachfolgetag (wie in Absatz (2) definiert) am oder nach dem [Tag der Begebung][Handelstag] liegt; [und]
 - (b) der Referenzschuldner vor dem Nachfolgetag mindestens eine ausstehende Relevante Verbindlichkeit hat und der Rechtsnachfolger in Bezug auf mindestens eine Relevante Verbindlichkeit des Referenzschuldners insgesamt oder Teile davon die Rechtsnachfolge übernimmt und
- (c) **[+#1-Falls ausschließlich Referenzschuldner, die keine Staaten (Sovereign) sind, anwendbar sind, einfügen:**
 (absichtlich freigelassen)
+#1-Ende]
[+#2-Falls mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen:
[+##-Für Referenzschuldner, die Staaten (Sovereign) sind, einfügen:
 im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]][der Referenzschuldner Nr. (Nummern einfügen)],
+##-Ende]
 der Rechtsnachfolger, der die Rechtsnachfolge in Bezug auf die Relevante Verbindlichkeit im Zusammenhang mit einem Staatsnachfolgeereignis (wie in Absatz (2) definiert) übernommen hat.
+#2-Ende]

- (iii) Übernehmen zwei oder mehr Rechtsnachfolger (jeweils ein „**Gemeinsamer Potenzieller Nachfolger**“) direkt oder als Garantiegeber einer Relevanten Garantie gemeinsam eine Relevante Verbindlichkeit (die „**Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit**“), so gilt Folgendes:
- (a) wenn es sich bei der Gemeinsamen Relevanten Verbindlichkeit um eine direkte Verbindlichkeit des Referenzschuldners handelt, so gilt diese als von demjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger (bzw. von denjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolgern zu gleichen Teilen) als Rechtsnachfolger übernommen, der diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als direkter Schuldner übernommen hat (bzw. die diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als direkte Schuldner übernommen haben) und
- (b) wenn es sich bei der Gemeinsamen Relevanten Verbindlichkeit um eine Relevante Garantie handelt, so gilt diese als von demjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger (bzw. von denjenigen Gemeinsamen Potenziellen Nachfolgern zu gleichen Teilen) als Rechtsnachfolger übernommen, der diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als Garantiegeber übernommen hat (bzw. die diese Gemeinsame Relevante Verbindlichkeit als Garantiegeber übernommen haben) oder, falls sie von keinem Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger als Garantiegeber übernommen wurde, als von jedem Gemeinsamen Potenziellen Nachfolger zu gleichen Teilen übernommen. Die Berechnungsstelle wird in diesem Fall die Emissionsbedingungen nach billigem Ermessen anpassen.
- (iv) Die Berechnungsstelle nimmt die Bestimmung eines Nachfolgers jedoch nicht vor, wenn zum Zeitpunkt der Bestimmung der EK-Sekretär (wie in Absatz (2) definiert) öffentlich bekannt gegeben hat, dass das maßgebliche Komitee entschieden hat, dass es keinen Nachfolger auf Grundlage der maßgeblichen Nachfolge der Relevanten Verbindlichkeiten gibt.
- (v) Die Berechnungsstelle wird die Berechnungen und Bestimmungen gemäß dieses § 5b auf der Grundlage von Zulässigen Informationen (wie in Absatz (2) definiert) durchführen und die Emittentin und den Gläubiger von solchen Berechnungen oder Bestimmungen in angemessener Zeit durch Mitteilung gemäß § 12 in Kenntnis setzen.
- (vi) Für den Fall, dass es einen Stufenplan (wie in Absatz (2) definiert) gibt, wird die Berechnungsstelle im Rahmen der Berechnung der Prozentsätze zur Bestimmung, ob ein Rechtsnachfolger gemäß der Absätze (i)(a) bis (g) als Nachfolger gilt, alle maßgeblichen Nachfolgen in Bezug auf einen solchen Stufenplan einbeziehen, als ob diese Teil einer Einzelnachfolge wären.
- (vii) Wird von der Berechnungsstelle mehr als ein Nachfolger hinsichtlich des Referenzschuldners identifiziert, entspricht der Gewichtungsbetrag jedes Nachfolgers dem Gewichtungsbetrag des ersetzten Referenzschuldners geteilt durch die Anzahl der Nachfolger.
- (viii) Wird ein Referenzschuldner, in Bezug auf den bereits ein Ereignis-Feststellungstag gemäß § 5a(1) eingetreten ist, Nachfolger, bleibt dieses frühere Kreditereignis insoweit außer Betracht, als dass in Bezug auf den Nachfolger die Feststellung eines weiteren Kreditereignisses möglich ist.

(2) Es gelten die folgenden Definitionen:

Antragszeitpunkt auf Entscheidung über Nachfolger:	Bezeichnet in Bezug auf eine Mitteilung an den EK-Sekretär, in der die Einberufung eines Kreditderivate-Entscheidungskomitees beantragt wird, um über einen oder mehrere Nachfolger für den Referenzschuldner zu beschließen, den vom EK-Sekretär öffentlich bekannt gemachten Tag, der nach Beschluss des maßgeblichen Kreditderivate-Entscheidungskomitees der Tag des Inkrafttretens dieser Mitteilung ist.
Beschließen:	Hat die diesem Begriff im EK-Regelwerk zugewiesene Bedeutung und „ Beschlossen “, „ Beschließt “ und „ Beschluss “ sind entsprechend auszulegen.
EK-Beschluss:	hat die diesem Begriff im EK-Regelwerk zugewiesene Bedeutung.
EK-Regelwerk:	Ist das Regelwerk des Kreditderivate-Entscheidungskomitees (<i>Credit Derivatives Determinations Committee Rules</i>), wie von der ISDA auf ihrer Webseite unter www.isda.org (oder einer Nachfolge-Webseite) regelmäßig veröffentlicht und in der gemäß den Bedingungen des EK-Regelwerks jeweils gültigen Fassung.
EK-Sekretär:	Hat die diesem Begriff im EK-Regelwerk zugewiesene Bedeutung.
Kreditderivate-Entscheidungskomitee:	Bezeichnet jedes gemäß dem EK-Regelwerk zur Fassung bestimmter EK-Beschlüsse in Zusammenhang mit Kreditderivaten gebildete Komitee.

<p>Nachfolgemitteilung:</p>	<p>Bezeichnet eine unwiderrufliche Mitteilung einer Partei eines Kreditderivats an die jeweils andere Partei und die Berechnungsstelle, in der eine Nachfolge</p> <p>[Falls mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: [###-Für Referenzschuldner, die Staaten (Sovereigns) sind, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]](der Referenzschuldner Nr. (Nummern einfügen)], +###-Ende] (ein Staatsnachfolgeereignis)] beschrieben wird, in Bezug auf welche (bzw. welches) ein Nachfolgetag eingetreten ist, und dem ein oder mehrere Nachfolger des Referenzschuldners entnommen werden können.</p> <p>Die Nachfolgemitteilung muss eine hinreichend detaillierte Beschreibung der Tatsachen enthalten, die für die Bestimmung gemäß der Absätze 2 (a)-(g) erforderlich sind.</p>				
<p>Nachfolgetag:</p>	<p>Bezeichnet den Tag des rechtmäßigen Inkrafttretens eines Ereignisses, bei dem ein oder mehrere Rechtsträger die Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners ganz oder teilweise als Rechtsnachfolger übernehmen; dabei gilt, dass, wenn zu diesem Zeitpunkt ein Stufenplan besteht, der Nachfolgetag dem Tag des rechtmäßigen Inkrafttretens der letzten Nachfolge dieses Stufenplans entspricht bzw., falls dieser Zeitpunkt früher eintritt,</p> <p>(i) dem Tag, an dem eine Bestimmung gemäß der Absätze 2 (a)-(g) nicht von weiteren Nachfolgen im Rahmen dieses Stufenplans betroffen wäre, oder</p> <p>(ii) dem Eintritt eines Ereignis-Feststellungstags in Bezug auf den Referenzschuldner oder einen Rechtsträger, der einen Nachfolger darstellen würde.</p>				
<p>Relevante Garantie:</p>	<p>[Für mehrere Referenzschuldner in Abhängigkeit von der Nummer des Referenzschuldners, wie in § 1(6)(b) angegeben, einfügen und entsprechend wiederholen:</p> <p>Für Referenzschuldner [Nr. [Nummer einfügen]] [bis Nr. [Nummer einfügen]] gilt:</p> <p>]</p> <p>[Falls Qualifizierte Tochtergarantie anwendbar ist, einfügen:</p> <p>Bezeichnet eine Qualifizierte Tochtergarantie.</p> <p>Es gelten die folgenden Definitionen:</p> <table border="1" data-bbox="595 947 1487 1081"> <tr> <td data-bbox="595 947 853 1081"> <p>Qualifizierte Tochtergarantie:</p> </td> <td data-bbox="858 947 1487 1081"> <p>Bezeichnet eine von dem Referenzschuldner gewährte Qualifizierte Garantie hinsichtlich einer Primärverbindlichkeit eines Tochterunternehmens dieses Referenzschuldners.</p> </td> </tr> </table> <p>]</p> <p>[Falls Qualifizierte Garantie anwendbar ist, einfügen:</p> <p>Bezeichnet eine Qualifizierte Garantie.</p> <p>Es gelten die folgenden Definitionen:</p> <p>]</p> <p>[Falls Qualifizierte Garantie und/oder Qualifizierte Tochtergarantie anwendbar sind, einfügen:</p> <table border="1" data-bbox="595 1328 1487 2083"> <tr> <td data-bbox="595 1328 853 2083"> <p>Qualifizierte Garantie:</p> </td> <td data-bbox="858 1328 1487 2083"> <p>Bezeichnet eine schriftlich (auch gesetzlich oder durch sonstige Vorschriften) verbrieft Garantie, gemäß der der Referenzschuldner sich im Rahmen einer Zahlungsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) und nicht im Rahmen einer Forderungseinzugsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) unwiderruflich verpflichtet, sämtliche Kapitalbeträge und Zinsen (mit Ausnahme von aufgrund eines Festen Höchstbetrags nicht abgedeckten Beträgen) zu zahlen, die im Rahmen einer Primärverbindlichkeit, deren Schuldner der Primärschuldner ist, fällig sind.</p> <p>Die folgenden Garantien sind keine Qualifizierten Garantien:</p> <p>(a) Garantiescheine, Finanzversicherungs-Policen oder Akkreditive (oder von der Form her vergleichbare Vereinbarungen); oder</p> <p>(b) Garantien, deren Bedingungen zufolge die Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners infolge des Eintritts oder Nichteintritts eines Ereignisses oder eines Umstandes erfüllt, erlassen, reduziert, abgetreten oder anderweitig geändert werden können, und zwar jeweils in einer anderen Form als</p> <p>(i) durch Zahlung;</p> <p>(ii) im Wege der Zulässigen Abtretung;</p> </td> </tr> </table>	<p>Qualifizierte Tochtergarantie:</p>	<p>Bezeichnet eine von dem Referenzschuldner gewährte Qualifizierte Garantie hinsichtlich einer Primärverbindlichkeit eines Tochterunternehmens dieses Referenzschuldners.</p>	<p>Qualifizierte Garantie:</p>	<p>Bezeichnet eine schriftlich (auch gesetzlich oder durch sonstige Vorschriften) verbrieft Garantie, gemäß der der Referenzschuldner sich im Rahmen einer Zahlungsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) und nicht im Rahmen einer Forderungseinzugsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) unwiderruflich verpflichtet, sämtliche Kapitalbeträge und Zinsen (mit Ausnahme von aufgrund eines Festen Höchstbetrags nicht abgedeckten Beträgen) zu zahlen, die im Rahmen einer Primärverbindlichkeit, deren Schuldner der Primärschuldner ist, fällig sind.</p> <p>Die folgenden Garantien sind keine Qualifizierten Garantien:</p> <p>(a) Garantiescheine, Finanzversicherungs-Policen oder Akkreditive (oder von der Form her vergleichbare Vereinbarungen); oder</p> <p>(b) Garantien, deren Bedingungen zufolge die Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners infolge des Eintritts oder Nichteintritts eines Ereignisses oder eines Umstandes erfüllt, erlassen, reduziert, abgetreten oder anderweitig geändert werden können, und zwar jeweils in einer anderen Form als</p> <p>(i) durch Zahlung;</p> <p>(ii) im Wege der Zulässigen Abtretung;</p>
<p>Qualifizierte Tochtergarantie:</p>	<p>Bezeichnet eine von dem Referenzschuldner gewährte Qualifizierte Garantie hinsichtlich einer Primärverbindlichkeit eines Tochterunternehmens dieses Referenzschuldners.</p>				
<p>Qualifizierte Garantie:</p>	<p>Bezeichnet eine schriftlich (auch gesetzlich oder durch sonstige Vorschriften) verbrieft Garantie, gemäß der der Referenzschuldner sich im Rahmen einer Zahlungsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) und nicht im Rahmen einer Forderungseinzugsgarantie (oder einer von der Form her vergleichbaren Vereinbarung gemäß dem jeweils anwendbaren Recht) unwiderruflich verpflichtet, sämtliche Kapitalbeträge und Zinsen (mit Ausnahme von aufgrund eines Festen Höchstbetrags nicht abgedeckten Beträgen) zu zahlen, die im Rahmen einer Primärverbindlichkeit, deren Schuldner der Primärschuldner ist, fällig sind.</p> <p>Die folgenden Garantien sind keine Qualifizierten Garantien:</p> <p>(a) Garantiescheine, Finanzversicherungs-Policen oder Akkreditive (oder von der Form her vergleichbare Vereinbarungen); oder</p> <p>(b) Garantien, deren Bedingungen zufolge die Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners infolge des Eintritts oder Nichteintritts eines Ereignisses oder eines Umstandes erfüllt, erlassen, reduziert, abgetreten oder anderweitig geändert werden können, und zwar jeweils in einer anderen Form als</p> <p>(i) durch Zahlung;</p> <p>(ii) im Wege der Zulässigen Abtretung;</p>				

		<p>(iii) kraft Gesetzes[;] [oder]</p> <p>(iv) aufgrund des Bestehens eines Festen Höchstbetrags[;].] [oder]</p> <p>[Falls für mindestens einen Referenzschuldner die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (<i>Financial Reference Entity Terms</i>) anwendbar sind, einfügen:]</p> <p>(v)</p> <p>[Für Referenzschuldner für die die besonderen Bestimmungen für finanzielle Referenzschuldner (<i>Financial Reference Entity Terms</i>) anwendbar sind, einfügen:]</p> <p>im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]] [der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen]]</p> <p>] aufgrund von Bestimmungen, die einen Staatlichen Eingriff zulassen oder antizipieren.</p> <p>]</p> <p>Sieht die Garantie oder Primärverbindlichkeit Bestimmungen bezüglich Erfüllung, Erlass, Reduzierung, Abtretung oder sonstiger Änderung der Kapitalzahlungsverpflichtungen des Referenzschuldners vor und sind diese Bestimmungen zum Zeitpunkt der maßgeblichen Feststellung gemäß den Bedingungen dieser Garantie bzw. Primärverbindlichkeit aufgrund oder infolge des Eintritts (I) einer Nichtzahlung in Bezug auf die Garantie oder die Primärverbindlichkeit oder (II) eines Ereignisses der in der Definition „Insolvenz“ beschriebenen Art in Bezug auf den Referenzschuldner oder den Primärschuldner außer Kraft getreten oder ausgesetzt worden, so gelten diese Bestimmungen unbeschadet der Bedingungen der Garantie oder der Primärverbindlichkeit für diese Zwecke als endgültig außer Kraft oder endgültig ausgesetzt.</p> <p>Um eine Qualifizierte Garantie darzustellen,</p> <p>(x) muss der Nutzen dieser Garantie zusammen mit der Primärverbindlichkeit übertragen werden können und</p> <p>(y) müssen im Falle eines Festen Höchstbetrags der Garantie alle Ansprüche in Bezug auf Beträge, die diesem Festen Höchstbetrag unterliegen, zusammen mit dieser Garantie übertragen werden können.</p>
	Fester Höchstbetrag:	Bezeichnet in Bezug auf eine Garantie ein festgelegtes numerisches Limit bzw. eine festgelegte numerische Obergrenze für die Haftung des Referenzschuldners in Bezug auf einige oder alle der auf die Primärverbindlichkeit fälligen Zahlungen, mit der Maßgabe, dass der Begriff Fester Höchstbetrag kein Limit bzw. keine Obergrenze umfasst, das bzw. die mittels einer Formel mit einer oder mehreren Variablen berechnet wird (und für diese Zwecke gelten die auf die Primärverbindlichkeit ausstehenden fälligen Kapitalbeträge oder sonstigen Beträge nicht als Variablen).
	Zulässige Abtretung:	Bezeichnet in Bezug auf eine Qualifizierte Garantie die Abtretung dieser Qualifizierten Garantie und deren Übernahme durch einen einzelnen Abtretungsempfänger (einschließlich im Wege einer Einziehung der Garantie und Gewährung einer neuen Garantie) zu denselben oder im Wesentlichen selben Bedingungen in Fällen, in denen auch eine Abtretung des gesamten (oder im Wesentlichen gesamten) Vermögens des Referenzschuldners an denselben einzelnen Abtretungsempfänger erfolgt.

I

Relevante Verbindlichkeiten:	<p>Bezeichnen die ausstehenden Anleihen und Kredite des Referenzschuldners unmittelbar vor dem Nachfolgetag (bzw., wenn ein Stufenplan besteht, unmittelbar vor dem Tag der rechtlichen Wirksamkeit der ersten Rechtsnachfolge), mit der Maßgabe, dass</p> <p>(i) ausstehende Anleihen oder Kredite, die zwischen dem Referenzschuldner und einem seiner Verbundenen Unternehmen bestehen bzw. vom Referenzschuldner gehalten werden, ausgeschlossen sind;</p> <p>(ii) wenn ein Stufenplan besteht, die Berechnungsstelle die geeigneten Anpassungen für die Bestimmung gemäß der Absätze (a) bis (g) vornimmt, die zur Berücksichtigung von Anleihen und Kredite des Referenzschuldners erforderlich sind, soweit diese Anleihen und Krediten ab dem Tag der rechtlichen Wirksamkeit der ersten Rechtsnachfolge (einschließlich) bis zum Nachfolgetag (einschließlich) ausgegeben werden, entstehen, zurückgenommen werden, zurückgekauft werden oder eingezogen werden.</p>
-------------------------------------	---

[+/-Falls mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen:

Staat:	Bezeichnet einen Staat oder eine politische Untereinheit oder Regierung dieses Staates oder jede Vertretung oder Institution, jedes Ministerium, jede Abteilung oder jede andere Behörde (einschließlich der Zentralbank) dieses Staates, die bzw. das staatliche Funktionen ausübt.
Staatsnachfolgeereignis:	Bezeichnet in Bezug auf einen Referenzschuldner, bei dem es sich um einen Staat handelt, eine Annektierung, Vereinigung, Abspaltung, Teilung, Auflösung, Zusammenlegung, erneute Gründung oder ein ähnliches Ereignis.

[+/-Ende]

Stufenplan:	Bezeichnet einen durch Zulässige Informationen nachgewiesenen Plan, nach dem eine Reihe von Nachfolgen eintreten wird, bei denen ein oder mehrere Rechtsträger die Relevanten Verbindlichkeiten des Referenzschuldners ganz oder teilweise als Rechtsnachfolger übernehmen.
Übernehmen/Übernimmt:	<p>Bezeichnet jeweils hinsichtlich des Referenzschuldners und dessen Relevanten Verbindlichkeiten, dass ein anderer als der Referenzschuldner</p> <p>(i) diese Relevanten Verbindlichkeiten kraft Gesetzes oder durch einen Vertrag [Falls der oder mindestens ein Referenzschuldner ein Staat (Sovereign) ist, einfügen: ([+/-Für Referenzschuldner, die Staaten (Sovereign) sind, einfügen: im Fall [des Referenzschuldners Nr. [Nummer einfügen]][der Referenzschuldner Nr. [Nummern einfügen] +/-Ende] einschließlich eines Protokolls, eines Staatsvertrags, einer Konvention, eines Übereinkommens, eines Bündnisses, eines Paktes oder eines sonstigen Abkommens)] übernimmt oder für diese haftet, oder</p> <p>(ii) Anleihen oder Kredite begibt, die gegen Relevante Verbindlichkeiten umgetauscht werden und der Referenzschuldner in beiden Fällen kein direkter Schuldner oder Garantiegeber einer Relevanten Garantie hinsichtlich dieser Relevanten Verbindlichkeiten oder Anleihen oder Kredite mehr ist. Die hinsichtlich der Definition von Nachfolger erforderlichen Bestimmungen erfolgen im Falle eines Umtauschangebots auf der Grundlage des ausstehenden Kapitalbetrags der bei dem Umtausch angebotenen und angenommenen Relevanten Verbindlichkeiten und nicht auf Grundlage des ausstehenden Kapitalbetrags der Anleihen bzw. des ausstehenden Nominalbetrags der Kredite, für die die Relevanten Verbindlichkeiten umgetauscht wurden.</p>
Zulässige Informationen:	Bezeichnet öffentlich zugängliche Informationen oder Informationen, die veröffentlicht werden können, ohne dadurch gegen gesetzliche oder vertraglich vereinbarte Geheimhaltungspflichten oder sonstige diesbezügliche Beschränkungen zu verstoßen.

§ 6
DIE EMISSIONSSTELLE , DIE ZAHLSTELLE
UND DIE BERECHNUNGSSTELLE

(1) Bestellung; bezeichnete Geschäftsstelle.

Die anfänglich bestellte Emissionsstelle, die Zahlstelle und die Berechnungsstelle und deren jeweils anfänglich bezeichnete Geschäftsstelle lauten wie folgt:

Emissionsstelle:	[DekaBank Deutsche Girozentrale Mainzer Landstraße 16 60325 Frankfurt am Main [Telefax: []] [Email: []] [andere Emissionsstelle und bezeichnete Geschäftsstelle am gegebenenfalls vorgeschriebenen Ort einfügen]
Zahlstelle:	[Im Fall von mehr als einer Zahlstelle einfügen: Bezeichnet jeweils:] [DekaBank Deutsche Girozentrale Mainzer Landstraße 16 60325 Frankfurt am Main [Telefax: []] [Email: []] [andere Zahlstellen und bezeichnete Geschäftsstellen einfügen]
Berechnungsstelle:	[Im Fall, dass keine Berechnungsstelle bestellt ist, einfügen: Es ist keine Berechnungsstelle bestellt, alle Bezugnahmen auf die Berechnungsstelle gelten als Bezugnahmen auf die [Emittentin] [Emissionsstelle].] [DekaBank Deutsche Girozentrale Mainzer Landstraße 16 60325 Frankfurt am Main] [andere Berechnungsstelle und bezeichnete Geschäftsstellen am gegebenenfalls vorgeschriebenen Ort einfügen]

Die Emissionsstelle, die Zahlstelle und die etwaige Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit die bezeichnete Geschäftsstelle durch eine andere Geschäftsstelle zu ersetzen **[Im Fall, dass die Bestellung an Voraussetzungen gebunden ist einfügen:]** die Geschäftsstelle muss [in derselben Stadt] [in demselben Land] **[andere Voraussetzung einfügen]** sein].

(2) Änderung der Bestellung oder Abberufung.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung der Emissionsstelle, einer Zahlstelle oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und eine andere Emissionsstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder eine bzw. eine andere Berechnungsstelle zu bestellen. Die Emittentin wird jederzeit

- (i) eine Emissionsstelle, eine Zahlstelle und Berechnungsstelle (sofern gemäß Absatz (1) bestellt) entsprechend der jeweils anwendbaren Bestimmungen unterhalten und
- (ii) sofern und solange die Schuldverschreibungen an einer oder mehreren Börsen notiert sind, eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann) mit bezeichneter Geschäftsstelle – sofern aufgrund der anwendbaren rechtlichen Bestimmungen erforderlich – im Sitzland der jeweiligen Börse und/oder an solchen anderen Orten unterhalten, die die Regeln dieser Börse verlangen.

[Im Fall, dass zusätzliche Anforderungen an die Zahlstelle und/oder Berechnungsstelle gestellt werden einfügen:]
Darüber hinaus:

[[iii][]] eine Zahlstelle mit bezeichneter Geschäftsstelle außerhalb der Europäischen Union unterhalten[;] [und] [.]

[[iv][]] eine Zahlstelle (die die Emissionsstelle sein kann) mit bezeichneter Geschäftsstelle in einer kontinentaleuropäischen Stadt unterhalten[;] [und] [.]

[im Fall von Zahlungen in US-Dollar einfügen:]

[[v][]] falls Zahlungen bei den oder durch die Geschäftsstellen aller Zahlstellen außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika (wie in § 1 (6) definiert) aufgrund der Einführung von Devisenbeschränkungen oder ähnlichen Beschränkungen hinsichtlich der vollständigen Zahlung oder des Empfangs der entsprechenden Beträge in US-Dollar widerrechtlich oder tatsächlich ausgeschlossen werden, eine Zahlstelle mit bezeichneter Geschäftsstelle in New York City unterhalten.]

Eine Änderung, Abberufung, Bestellung oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Fall eines Wechsels wegen Insolvenz der Emissionsstelle, Zahlstelle oder Berechnungsstelle, in dem eine solche Änderung sofort wirksam wird), sofern die Gläubiger hierüber gemäß § 12 vorab unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und nicht mehr als 45 Tagen informiert wurden.

(3) Beauftragte der Emittentin.

Die Emissionsstelle, die Zahlstelle(n) und die etwaige Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern; es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Gläubigern begründet.

Sämtliche auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge sind frei von und ohne Einbehalt oder Abzug von an der Quelle einzubehaltenden bestehenden oder zukünftigen Steuern oder sonstiger Abgaben gleich welcher Art zu leisten, die von oder im Namen der Bundesrepublik Deutschland oder Gebietskörperschaften oder sonstiger Behörden, die berechtigt sind, Steuern zu erheben, auferlegt oder erhoben werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist gesetzlich vorgeschrieben.

[Falls Gross-up Ausnahmen nicht anwendbar sind, einfügen:

In letzterem Fall besteht keinerlei Verpflichtung der Emittentin zur Zahlung zusätzlicher Beträge, um die Gläubiger so zu stellen, als sei kein solcher Einbehalt oder Abzug vorgenommen worden.
]

[Falls vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist und Gross-up Ausnahmen anwendbar sind, einfügen:

In letzterem Fall wird die Emittentin – soweit sie die Schuldverschreibungen nicht gemäß § 5(2)(c) vorzeitig zurückzahlt – diejenigen zusätzlichen Beträge (die „**Zusätzlichen Beträge**“) zahlen, die erforderlich sind, damit die den Gläubigern zufließenden Nettobeträge nach einem solchen Einbehalt oder Abzug jeweils den Beträgen entsprechen, die ohne einen solchen Einbehalt oder Abzug von den Gläubigern empfangen worden wären; die Verpflichtung zur Zahlung solcher **Zusätzlichen Beträge** besteht jedoch nicht für solche Steuern und Abgaben, die:

- (a) auf Basis der Vorschriften zur deutschen Kapitalertragsteuer (§§ 20, 43 ff. EStG) einschließlich etwaigen Zuschlagsteuern (z.B. Solidaritätszuschlag oder Kirchensteuer) einbehalten oder abgezogen werden. Dies gilt auch, wenn der Abzug oder Einbehalt durch die Emittentin, ihren Stellvertreter oder die auszahlende Stelle vorzunehmen ist und ebenso für jede andere Steuer, welche die oben genannten Steuern ersetzen sollte; oder
- (b) wegen einer gegenwärtigen oder früheren privaten oder geschäftlichen Beziehung des Gläubigers zur Bundesrepublik Deutschland zu zahlen sind; dies gilt nicht allein deshalb, weil Zahlungen auf die Schuldverschreibungen aus Quellen in der Bundesrepublik Deutschland stammen (oder für Zwecke der Besteuerung so behandelt werden) oder dort besichert sind; oder
- (c) aufgrund oder infolge
 - (i) eines internationalen Vertrages, dessen Partei die Bundesrepublik Deutschland ist, oder
 - (ii) einer Verordnung oder Richtlinie aufgrund oder infolge eines solchen Vertrages auferlegt oder erhoben werden; oder
- (d) deswegen zu zahlen sind, weil die Schuldverschreibungen von einem oder für einen Gläubiger gehalten werden, der einen solchen Einbehalt oder Abzug durch Erfüllung gesetzlicher Anforderungen oder eine Nichtansässigkeitsbescheinigung oder einen ähnlichen Anspruch auf Befreiung gegenüber der relevanten Steuerbehörde hätte vermeiden können; oder
- (e) wegen einer Rechtsänderung zu zahlen sind, welche später als 30 Tage nach Fälligkeit der betreffenden Zahlung oder, falls dies später erfolgt, ordnungsgemäßer Bereitstellung aller fälligen Beträge und einer diesbezüglichen Bekanntmachung gemäß § 12 wirksam wird; oder
- (f) Unbeschadet sonstiger Bestimmungen dieser Emissionsbedingungen, ist die Emittentin zum Einbehalt oder Abzug der Beträge berechtigt, die gemäß §§ 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code (einschließlich dessen Änderungen oder Nachfolgevorschriften), gemäß zwischenstaatlicher Abkommen, gemäß den in einer anderen Rechtsordnung in Zusammenhang mit diesen Bestimmungen erlassenen Durchführungsvorschriften oder gemäß mit dem Internal Revenue Service geschlossenen Verträgen („**FATCA Quellensteuer**“) (einschließlich dessen Änderungen, Nachfolgevorschriften oder dazu erlassener Richtlinien oder Verordnungen) erforderlich sind. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, zusätzliche Beträge zu zahlen oder Gläubiger in Bezug auf FATCA Quellensteuer schadlos zu halten, die von der Emittentin, einer Zahlstelle oder von einem anderen Beteiligten als Folge davon, dass eine andere Person als die Emittentin oder deren Zahlstelle nicht zum Empfang von Zahlungen ohne FATCA Quellensteuer berechtigt ist, abgezogen oder einbehalten wurden.

]

§ 8
MARKTSTÖRUNGEN, ANPASSUNGEN

Vorbehaltlich anderer in diesen Emissionsbedingungen enthaltenen Bestimmungen unterliegen die Festlegungen und Berechnungen der Berechnungsstelle unter diesen Emissionsbedingungen keinen weiteren Regelungen bezüglich von Marktstörungen und/oder Anpassungen.

§ 9
GESETZLICHE AUSSERORDENTLICHE KÜNDIGUNG

Den Gläubigern stehen die gesetzlichen außerordentlichen Kündigungsrechte aus wichtigem Grund zu.

§ 10
ERSETZUNG

(1) Ersetzung.

Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder etwaige Zinsen auf die Schuldverschreibungen in Verzug befindet, ohne Zustimmung der Gläubiger an ihrer Stelle eine andere Gesellschaft (deren stimmberechtigtes Kapital mehrheitlich unmittelbar oder mittelbar von der Emittentin gehalten wird, vorausgesetzt, dass nach ihrer vernünftigen Einschätzung,

- (i) es der Emittentin gestattet ist, eine solche Gesellschaft zu errichten und fortzuführen und
- (ii) sie mit der Erteilung der hierfür erforderlichen Genehmigungen rechnen kann;

andernfalls kann diese Gesellschaft eine nicht mit der Emittentin verbundene Gesellschaft sein) als Hauptschuldnerin (die „**Nachfolgeschuldnerin**“) für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit dieser Emission einzusetzen, vorausgesetzt, dass:

- (a) die Nachfolgeschuldnerin alle Verpflichtungen der Emittentin in Bezug auf die Schuldverschreibungen übernimmt und, sofern eine Zustellung an die Nachfolgeschuldnerin außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erfolgen müsste, einen Zustellungsbevollmächtigten in der Bundesrepublik Deutschland bestellt;
- (b) die Emittentin und die Nachfolgeschuldnerin alle gegebenenfalls erforderlichen Genehmigungen erhalten haben und berechtigt sind, an die Emissionsstelle die zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge in der hierin Festgelegten Währung zu zahlen, ohne verpflichtet zu sein, jeweils in dem Land, in dem die Emittentin oder die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat, erhobene Steuern oder andere Abgaben jeder Art abzuziehen oder einzubehalten;
- (c) die Nachfolgeschuldnerin sich verpflichtet hat, jeden Gläubiger hinsichtlich solcher Steuern, Abgaben oder behördlichen Lasten freizustellen, die einem Gläubiger bezüglich der Ersetzung auferlegt werden;
- (d) die ursprüngliche Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge zu Bedingungen garantiert, die sicherstellen, dass jeder Gläubiger wirtschaftlich mindestens so gestellt wird, wie er ohne eine Ersetzung stehen würde.

(2) Bekanntmachung.

Jede Ersetzung ist gemäß § 12 bekannt zu geben.

(3) Änderung von Bezugnahmen.

Im Falle einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Emissionsbedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf das Land, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

Des Weiteren gilt im Falle einer Ersetzung in § 7

[Falls vorzeitige Rückzahlung aus steuerlichen Gründen anwendbar ist, einfügen: und § 5(2)(c)] eine alternative Bezugnahme auf die Bundesrepublik Deutschland als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf das Land, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat).

§ 11
BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN,
ANKAUF UND ENTWERTUNG

(1) Begebung weiterer Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (gegebenenfalls mit Ausnahme des Tags der Begebung, des etwaigen Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.

(2) Ankauf.

Die Emittentin ist berechtigt, Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können jederzeit nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft, getilgt oder bei der Emissionsstelle zwecks Entwertung eingereicht werden. Sofern diese Käufe durch öffentliches Angebot erfolgen, muss dieses Angebot allen Gläubigern gemacht werden.

(3) Entwertung.

Sämtliche vollständig zurückgezahlte Schuldverschreibungen sind unverzüglich zu entwerten und können nicht wiederbegeben oder wiederverkauft werden.

§ 12
MITTEILUNGEN

(1) Bekanntmachung.

Alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen sind entweder im Bundesanzeiger oder einem Nachfolgemedium oder in einer führenden Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung (die „**Zeitungsveröffentlichung**“) in den Relevanten Ländern oder auf der Relevanten Internetseite zu veröffentlichen.

Jede derartige Mitteilung ist mit dem Tag der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen mit dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

Es gelten die folgenden Definitionen:

Relevantes Land:	voraussichtliche Tageszeitung für die Zeitungsveröffentlichung:	Relevante Internetseite:
[Deutschland]	[Börsen Zeitung] [andere führende Tageszeitung mit allgemeiner Verbreitung (Börsenpflichtblatt) einfügen]	[www.dekabank.de] [andere relevante Internetseite einfügen]
[Luxemburg]	[Luxemburger Wort] [Tageblatt] []	
[anderes relevantes Land]	[voraussichtliche Tageszeitung einfügen]	

(2) Mitteilung an das Clearing-System.

Die Emittentin ist berechtigt, eine Bekanntmachung nach Absatz (1) durch eine Mitteilung an das Clearing-System zur Weiterleitung an die Gläubiger zu ersetzen, vorausgesetzt, dass in Fällen, in denen die Schuldverschreibungen an einer Börse notiert sind, die Regeln dieser Börse dies zulassen. Jede derartige Mitteilung gilt am fünften Tag nach dem Tag der Mitteilung an das Clearing-System als den Gläubigern mitgeteilt.

§ 13
ANWENDBARES RECHT, ERFÜLLUNGORT,
GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG, VORLEGUNGSFRIST, AUSLEGUNG

(1) Anwendbares Recht.

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.

(2) Erfüllungsort.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland.

(3) Gerichtsstand.

Nicht ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen entstehenden Klagen oder sonstige Verfahren (die „**Rechtsstreitigkeiten**“) ist das Landgericht Frankfurt am Main. Die deutschen Gerichte sind ausschließlich zuständig für die Kraftloserklärung abhanden gekommener oder vernichteter Schuldverschreibungen.

(4) Gerichtliche Geltendmachung.

Jeder Gläubiger von Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage geltend zu machen:

- (a) er bringt eine Bescheinigung der Depotbank bei, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche
 - (i) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers enthält,
 - (ii) die Anzahl der Schuldverschreibungen bezeichnet bzw. alle vorhandenen Daten enthält, welche die Anzahl eindeutig bestimmen lässt, die unter dem Datum der Bestätigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind und
 - (iii) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem Clearing-System eine schriftliche Erklärung abgegeben hat, die die vorstehend unter (i) und (ii) bezeichneten Informationen enthält; und
- (b) er legt eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde vor, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing-System oder des Verwahrers des Clearing-Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre oder
- (c) auf jede andere Weise, die im Lande der Geltendmachung prozessual zulässig ist.

Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet „**Depotbank**“ jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing-Systems.

(5) Vorlegungsfrist.

Die in § 801 (1) Satz 1 BGB bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre abgekürzt.

(6) Auslegung.

Die Emissionsbedingungen - insbesondere die Bestimmungen in §§ 1(6), 5 bis 5b - beruhen auch auf Standard-Bedingungen für kreditereignisabhängige Finanzinstrumente, die von ISDA veröffentlicht werden.

Diese auf den ISDA-Bedingungen (wie in §1(6)(b) definiert) beruhenden Emissionsbedingungen, sind in Übereinstimmung mit dem Verständnis führender Marktteilnehmer des Marktes für Kreditderivate hinsichtlich des Inhalts dieser ISDA-Bedingungen und im Einklang mit etwaigen ISDA-Verlautbarungen (wie in § 1(6)(b) definiert) auszulegen.

Die Berechnungsstelle und Emittentin werden bei der Anwendung dieser Emissionsbedingungen und der Ausübung ihrer Ermessensspielräume etwaige einschlägige Komiteeentscheidungen (wie in § 1(6)(b) definiert), insbesondere auch solche, die sich auf die von der Emittentin oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen abgeschlossenen Absicherungsgeschäfte beziehen, berücksichtigen.

Dabei gilt, dass die Berechnungsstelle oder Emittentin immer dann in wirtschaftlich angemessener Weise handeln, wenn sie bei der Anwendung der Emissionsbedingungen Komiteeentscheidungen Folge leistet, sofern diese nach Einschätzung der Berechnungsstelle oder Emittentin nicht gegen Treu und Glauben verstoßen und/oder zu einem unbilligen Ergebnis führen.

§ 14
AUSÜBUNG VON ERMESSEN, ANFECHTUNG UND BERICHTIGUNGEN

(1) Ausübung von Ermessen.

Festlegungen durch die Emittentin erfolgen, soweit in diesen Emissionsbedingungen nicht anders angegeben, nach billigem Ermessen. Soweit diese Emissionsbedingungen vorsehen, dass die Emittentin oder die Berechnungsstelle Entscheidungen nach „billigem Ermessen“ treffen, erfolgt die Ausübung des billigen Ermessens durch die Emittentin nach § 315 BGB und die Ausübung des billigen Ermessens durch die Berechnungsstelle nach § 317 BGB.

Die Emittentin oder die Berechnungsstelle werden bei Entscheidungen, die sie nach billigem Ermessen zu treffen haben, den jeweils einschlägigen ISDA-Verlautbarungen oder Entscheidungen des Komitees folgen. Führt dies zu einem Ergebnis, welches – aufgrund von Abweichungen der Definitionen in diesen Emissionsbedingungen oder aus anderen Gründen – dem wirtschaftlichen Gehalt der Schuldverschreibungen nicht gerecht wird, so tritt an die Stelle des Inhalts solcher ISDA-Verlautbarungen oder Entscheidungen eine dem wirtschaftlichen Gehalt der Schuldverschreibungen gerecht werdendes Entscheidungsergebnis. Was dem wirtschaftlichen Gehalt der Schuldverschreibungen gerecht wird, bestimmt die Emittentin oder die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen.

(2) Anfechtung durch die Emittentin.

Offensichtliche Schreib- oder Berechnungsfehler oder ähnliche offensichtliche Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen, einschließlich solcher, bei denen Angaben erkennbar nicht mit dem Ausgabepreis der Schuldverschreibung oder dessen wertbestimmenden Faktoren zu vereinbaren sind, berechtigen die Emittentin zur Anfechtung. Die Anfechtung ist unverzüglich nach Erlangung der Kenntnis von einem solchen Anfechtungsgrund gemäß § 12 zu erklären.

Die Emittentin kann mit der Anfechtungserklärung ein Angebot auf Fortführung der Schuldverschreibung zu den berichtigten Emissionsbedingungen verknüpfen. Das Angebot gilt als angenommen, wenn der Gläubiger nicht innerhalb von 6 Wochen nach Mitteilung des Angebots gemäß § 12 widerspricht. Die Emittentin ist verpflichtet, bei Abgabe des Angebots den Gläubiger auf die Frist und die automatische Annahme des Angebots durch den Gläubiger bei Fristablauf (Fiktion der Annahme) hinzuweisen.

Die Ablehnung des Angebots auf Fortführung der Schuldverschreibung hat der Gläubiger innerhalb der 6-Wochen-Frist bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle gemäß § 6 (1) nach seiner Wahl in Textform oder Schriftform einzureichen. Ein unverbindliches Muster für die Ablehnungserklärung ist bei der bezeichneten Geschäftsstelle der Emissionsstelle erhältlich.

Hat die Emittentin wirksam angefochten und kommt keine Einigung über die Fortführung der Schuldverschreibung zustande, zahlt am Anfechtungs-Auszahlungstag die Emittentin an den Gläubiger den Anfechtungs-Auszahlungsbetrag.

Anfechtungs-Auszahlungsbetrag:	Bezeichnet den von dem Gläubiger nachweislich für den Erwerb der Schuldverschreibungen aufgewendeten Betrag abzüglich von der Emittentin bereits geleisteter Zins- und Kapitalzahlungen. [Der Anfechtungs-Auszahlungsbetrag entspricht jedoch mindestens dem Nennbetrag.]
Anfechtungs-Rückzahlungstag:	Ist der [fünfte] [andere Zahl einfügen] [Geschäftstag] [Bankgeschäftstag] nach dem Tag der Bekanntgabe der Anfechtung bzw. – bei einem Angebot der Fortführung – nach dem Tag des Ablaufs der 6-Wochen-Frist.

§ 122 BGB gilt für Fälle der Anfechtung gemäß diesem Absatz (2) analog.

Das Anfechtungsrecht der Emittentin nach §§ 119 ff BGB bleibt unberührt.

(3) Widersprüchliche, unvollständige oder lückenhafte Angaben

Widersprüchliche, unvollständige bzw. lückenhafte Bestimmungen in den Emissionsbedingungen kann die Emittentin nach billigem Ermessen berichtigen bzw. ergänzen. Dabei sind nur solche Berichtigungen oder Ergänzungen zulässig, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Gläubiger zumutbar sind und insbesondere die rechtliche und finanzielle Situation der Gläubiger nicht wesentlich verschlechtern. Solche Berichtigungen oder Ergänzungen werden den Gläubigern gemäß § 12 mitgeteilt.

(4) Kenntnis der Fehlerhaftigkeit

Waren dem Gläubiger Schreib- oder Berechnungsfehler oder ähnliche Unrichtigkeiten in den Emissionsbedingungen beim Erwerb der Schuldverschreibungen bekannt, so gilt anstelle des fehlerhaften der richtige Inhalt der Emissionsbedingungen.

§ 15
ERHALTUNGSKLAUSEL

Sollte eine Bestimmung dieser Emissionsbedingungen ganz oder teilweise nichtig oder rechtsunwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

§ 16
SPRACHE

Diese Emissionsbedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

STEUERN

Im Folgenden werden bestimmte steuerliche Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung der Schuldverschreibungen aus deutscher und luxemburgischer steuerlicher Sicht dargestellt. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende Beschreibung aller steuerlichen Gesichtspunkte, die für den Erwerb der Schuldverschreibungen eine Rolle spielen können. Insbesondere spezifische Tatsachen oder Umstände, die den jeweiligen Erwerber betreffen, bleiben außer Betracht. Diese Zusammenfassung basiert auf der zum Datum dieses Prospekts in Deutschland und Luxemburg geltenden und angewandten Gesetzeslage, die jedoch – möglicherweise rückwirkenden – Änderungen unterliegen kann.

Da jede Tranche der Schuldverschreibungen aufgrund der besonderen Bedingungen der jeweiligen Tranche, die in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen angegeben sind, einer anderen steuerlichen Behandlung unterliegen kann, enthält der folgende Abschnitt nur sehr allgemeine Angaben zur möglichen steuerlichen Behandlung.

Potenziellen Erwerbern der Schuldverschreibungen wird empfohlen, sich bezüglich der steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Schuldverschreibungen auf Bundes-, Landes- bzw. kommunaler Ebene inklusive Folgen etwaiger Kirchensteuern nach deutschem und luxemburgischem Recht bzw. dem Recht des Landes, in dem sie ansässig sind, an ihren Steuerberater oder eine steuerfachkundige Person zu wenden.

Deutschland

1. Steuerinländer

Personen (natürliche und juristische), die in Deutschland steuerlich ansässig sind (insbesondere Personen, die Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung in Deutschland haben), unterliegen in Deutschland mit ihrem weltweiten Einkommen, unabhängig von dessen Quelle der unbeschränkten Steuerpflicht (Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer, jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag sowie gegebenenfalls Kirchensteuer und Gewerbesteuer).

1.1. Im Privatvermögen gehaltene Schuldverschreibungen

Im Fall von natürlichen Personen, die in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig sind und die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gilt das Folgende:

1.1.1. Einkommen

Die Schuldverschreibungen sollten als sonstige Kapitalforderungen i.S.d. § 20 Abs. 1 Nr. 7 Einkommensteuergesetz (das „EStG“) qualifizieren.

Entsprechend sollten Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen als Einkünfte aus Kapitalvermögen i.S.d. § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG qualifizieren.

Veräußerungsgewinne/-verluste aus einer Veräußerung der Schuldverschreibungen, ermittelt als die Differenz zwischen den Veräußerungserlösen nach Abzug der Aufwendungen, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Veräußerungsgeschäft stehen und den Anschaffungskosten, sollten ebenfalls als positive oder negative Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 EStG qualifizieren. Bei nicht in Euro getätigten Geschäften sind die Einnahmen im Zeitpunkt der Veräußerung und die Anschaffungskosten im Zeitpunkt der Anschaffung in Euro umzurechnen. Werden die Schuldverschreibungen eingelöst, zurückgezahlt, abgetreten oder verdeckt in eine Kapitalgesellschaft eingelegt statt veräußert, so wird ein solcher Vorgang wie eine Veräußerung behandelt. Verluste können nur mit anderen Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden und, soweit keine anderen positiven Einkünfte aus Kapitalvermögen vorhanden sind, in nachfolgende Veranlagungszeiträume vorgetragen werden.

Gemäß dem BMF-Schreiben vom 18. Januar 2016 zu Einzelfragen der Abgeltungsteuer soll keine Veräußerung vorliegen, wenn der Veräußerungspreis die tatsächlichen Transaktionskosten nicht übersteigt, so dass Verluste aus einer solchen Transaktion nicht abzugsfähig sein sollen. Entsprechend sollte ein Forderungsausfall, im Falle einer etwaigen Insolvenz der Emittentin und ein Forderungsverzicht aus Sicht der Finanzverwaltung keine Veräußerung darstellen. Das hat zur Folge, dass Verluste aufgrund eines Forderungsausfalls bzw. eines Forderungsverzichts steuerlich nicht abzugsfähig sind. Nach Auffassung der Emittentin sollten jedoch Verluste aus anderen Gründen (z.B. weil den Schuldverschreibungen ein Basiswert zugrunde liegt und dieser Basiswert an Wert verliert) grundsätzlich abzugsfähig sein, vorbehaltlich der vorstehenden Verlustverrechnungsbeschränkungen und vorbehaltlich des nachfolgenden Absatzes. Anleger werden jedoch darauf hingewiesen, dass diese Auffassung der Emittentin nicht als Garantie verstanden werden darf, dass die Finanzverwaltung und/oder Gerichte dieser Auffassung folgen werden.

Des Weiteren sind gemäß dem genannten BMF-Schreiben, soweit bei einem Vollrisikozertifikat mehrere Zahlungszeitpunkte bis zur Endfälligkeit vorliegen, die Erträge zu diesen Zeitpunkten Einkünfte i.S.d. § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG, es sei denn, die Emissionsbedingungen sehen von vornherein eindeutige Angaben zur Tilgung oder zur Teiltilgung während der Laufzeit vor und die Vertragspartner verfahren entsprechend. Erfolgt bei diesen Zertifikaten zum Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung mehr, soll zum Zeitpunkt der Endfälligkeit kein veräußerungsgleicher Vorgang i.S.d. § 20 Abs. 2 EStG vorliegen, was zur Folge hat, dass etwaige verbleibende Anschaffungskosten steuerlich unberücksichtigt bleiben. Nach dem genannten BMF-Schreiben soll gleichfalls kein veräußerungsgleicher Tatbestand i.S.d. § 20 Abs. 2 EStG vorliegen und die Anschaffungskosten somit ebenfalls unberücksichtigt bleiben, wenn bei einem Zertifikat im Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlungen vorgesehen sind. Dies aus dem Grund, dass der Basiswert eine nach den Emissionsbedingungen vorgesehene Bandbreite verlassen hat oder es durch das Verlassen der Bandbreite zu einer – vorzeitigen – Beendigung des Zertifikats (z. B. bei einem Zertifikat mit „Knock-out“-Struktur) ohne weitere Kapitalrückzahlungen kommt. Zwar bezieht sich das BMF-Schreiben lediglich auf Vollrisikozertifikate mit mehreren Zahlungszeitpunkten, es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die vorstehenden Grundsätze von der Finanzverwaltung und/oder von Gerichten auch auf andere Wertpapiere angewendet werden.

Wenn die Emittentin ihr Ersetzungsrecht ausübt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Ersetzung für steuerliche Zwecke als Tausch der Schuldverschreibungen gegen neue Schuldverschreibungen eines anderen Schuldners behandelt wird. Eine solche Ersetzung könnte zu einem steuerlich relevanten Gewinn oder Verlust des jeweiligen Anlegers führen.

1.1.2. Kapitalertragsteuer/Quellensteuer

Kapitalerträge (z.B. Zinsen und Veräußerungsgewinne) unterliegen bei Auszahlung der Kapitalertragsteuer, wenn eine inländische Niederlassung eines deutschen oder ausländischen Kreditinstituts oder Finanzdienstleistungsinstituts oder ein inländisches Wertpapierhandelsunternehmen oder eine inländische Wertpapierhandelsbank (jeweils eine „**Auszahlende Stelle**“) die Schuldverschreibungen verwahrt oder verwaltet und die Kapitalerträge auszahlt oder gutschreibt.

Die Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer entspricht dabei grundsätzlich den Brutto-Einkünften aus Kapitalvermögen wie vorstehend beschrieben (d.h. vor Abzug der Kapitalertragsteuer). Sind jedoch bei Veräußerungsgeschäften der Auszahlenden Stelle die Anschaffungskosten nicht bekannt weil die Schuldverschreibungen z.B. aus einem ausländischen Depot übertragen wurden und werden die Anschaffungskosten vom Steuerpflichtigen nicht in der gesetzlich geforderten Form nachgewiesen, bemisst sich der Steuerabzug nach 30 % der Einnahmen aus der Veräußerung oder Einlösung der Schuldverschreibungen (§ 43a Abs. 2 EStG). Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage hat die Auszahlende Stelle grundsätzlich bisher unberücksichtigte negative Kapitalerträge (z.B. Veräußerungsverluste) und gezahlte Stückzinsen des gleichen Kalenderjahres und aus Vorjahren bis zur Höhe der positiven Kapitalerträge auszugleichen.

Kapitalertragsteuer wird durch die Auszahlende Stelle in Höhe von 26,375 % (einschließlich Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls zuzüglich Kirchensteuer) einbehalten.

Kirchensteuer wird von der Auszahlenden Stelle einbehalten, sofern der Anleger dem Abruf von Daten zur Religionszugehörigkeit beim Bundeszentralamt für Steuern nicht widersprochen hat (Sperrvermerk) und Kirchensteuerpflicht besteht. Wenn der Anleger kirchensteuerpflichtig ist und beim Bundeszentralamt für Steuern einen Sperrvermerk hat eintragen lassen, ist der Anleger verpflichtet, seine Einkünfte aus Kapitalvermögen für Zwecke der Kirchensteuer in seiner Steuererklärung anzugeben.

Kapitalertragsteuer wird nicht einbehalten, wenn der Steuerpflichtige der Auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag erteilt, aber nur soweit die Kapitalerträge den Freistellungsbetrag im Freistellungsauftrag nicht überschreiten. Derzeit beträgt der maximale Freistellungsbetrag 801,- EUR (1.602,- EUR im Fall von Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern, die zusammen veranlagt werden). Entsprechend wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten, wenn der Steuerpflichtige der Auszahlenden Stelle eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung des für den Steuerpflichtigen zuständigen Wohnsitzfinanzamtes vorgelegt hat.

Die Emittentin selbst ist grundsätzlich nicht verpflichtet, deutsche Kapitalertragsteuer im Hinblick auf Zahlungen auf die Schuldverschreibungen einzubehalten und abzuführen. Wenn allerdings die Schuldverschreibungen als hybride Instrumente qualifizieren (z.B. Beteiligung als stiller Gesellschafter, partiarisches Darlehen, Genussrechte), ist Kapitalertragsteuer von der Emittentin einzubehalten, unabhängig davon wo die Schuldverschreibungen verwahrt werden.

1.1.3. Veranlagungsverfahren

Die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen soll grundsätzlich durch den Einbehalt von Kapitalertragsteuer erfolgen (siehe oben). Falls und soweit Kapitalertragsteuer einbehalten wird, soll die Steuer mit dem Einbehalt grundsätzlich abgegolten (Abgeltungsteuer) sein. Falls keine oder nicht ausreichend Kapitalertragsteuer einbehalten wird und dies nicht lediglich auf einen Freistellungsauftrag zurückzuführen ist sowie in bestimmten anderen Fällen (z.B. bei Kirchensteuerpflicht und eingetragenen Sperrvermerk), ist der Steuerpflichtige weiterhin verpflichtet diese steuerpflichtigen Einkünfte aus den Schuldverschreibungen in seiner jährlichen Einkommensteuererklärung anzugeben. Die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen erfolgt sodann im Rahmen des Veranlagungsverfahrens.

Der gesonderte Steuertarif für Einkünfte aus Kapitalvermögen (26,375 % einschließlich Solidaritätszuschlag, gegebenenfalls zuzüglich Kirchensteuer) gilt jedoch grundsätzlich auch im Veranlagungsverfahren. In bestimmten Fällen kann der Anleger beantragen, mit seinem persönlichen Steuersatz besteuert zu werden, wenn dies für ihn günstiger ist. Ein solcher Antrag kann nur einheitlich für alle Einkünfte aus Kapitalvermögen innerhalb eines Veranlagungszeitraums gestellt werden. Im Fall von zusammenveranlagten Eheleuten/eingetragenen Lebenspartnern kann der Antrag nur gemeinsam gestellt werden.

Bei der Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen ist als Werbungskosten der Sparer-Pauschbetrag in Höhe von 801,- EUR abzuziehen (1.602,- EUR im Fall von Ehegatten/eingetragene Lebenspartner, die zusammen veranlagt werden). Der Abzug der tatsächlichen Werbungskosten, falls es solche gibt, ist ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn der Anleger beantragt hat, mit seinem persönlichen Steuersatz besteuert zu werden.

1.2. Im Betriebsvermögen gehaltene Schuldverschreibungen

Im Fall von in Deutschland unbeschränkt steuerpflichtigen juristischen oder natürlichen Personen, die die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen halten, unterliegen Zinsen und Veräußerungsgewinne der Körperschaftsteuer mit 15 % oder der Einkommensteuer mit bis zu 45 % (jeweils zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag darauf). Zusätzlich wird gegebenenfalls Gewerbesteuer erhoben, deren Höhe von der Gemeinde abhängt, in der sich der Gewerbebetrieb befindet. Im Fall von natürlichen Personen kann außerdem Kirchensteuer erhoben werden. Veräußerungsverluste sind gegebenenfalls nicht oder nur beschränkt steuerlich abzugsfähig.

Die Vorschriften zur Kapitalertragsteuer, wie sie vorstehend dargestellt sind, finden grundsätzlich entsprechende Anwendung. Allerdings können Steuerpflichtige, bei denen die Kapitalerträge zu den gewerblichen Einkünften bzw. Einkünften aus selbständiger Tätigkeit gehören, keinen Freistellungsauftrag stellen. Bei Veräußerungsgewinnen erfolgt kein Einbehalt von Kapitalertragsteuer, wenn z.B. (a) die Voraussetzungen von § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 EStG erfüllt (z.B. GmbH, AG) sind oder (b) die Kapitalerträge Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs (z.B. oHG, KG) sind und dies gegenüber der Auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt wird (§ 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 EStG).

Einbehaltene Kapitalertragsteuer gilt als Vorauszahlung der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und wird im Veranlagungsverfahren angerechnet oder erstattet.

1.3. Investmentsteuergesetz

Das Investmentsteuergesetz sollte auf die Schuldverschreibungen keine Anwendung finden. Die Emittentin ist in der Verwendung der Anlagegelder frei und stellt deshalb kein Investmentvermögen i.S.v. § 1 Abs. 1 KAGB dar. Die Schuldverschreibungen sind damit auch nicht, wie von § 1 InvStG vorausgesetzt, als Anteile an OGAW oder AIF i.S.v. § 1 Abs. 2 bzw. Abs. 3 KAGB anzusehen. Sollten die Bestimmungen des InvStG entgegen der Auffassung der Emittentin auf die Schuldverschreibungen anzuwenden sein, können sich für den Anleger von den vorstehenden Ausführungen abweichende Steuerfolgen ergeben.

2. Steuerausländer

Personen, die nicht in Deutschland steuerlich ansässig sind, sind mit Einkünften aus den Schuldverschreibungen grundsätzlich nicht in Deutschland steuerpflichtig, es sei denn

- (i) die Schuldverschreibungen gehören zu einer inländischen Betriebsstätte oder einem inländischen ständigen Vertreter des Anlegers oder
- (ii) die Einkünfte aus den Schuldverschreibungen gehören aus sonstigen Gründen zu den inländischen Einkünften i.S.d. § 49 EStG. Wenn ein Anleger mit den Einkünften aus den Schuldverschreibungen in Deutschland beschränkt steuerpflichtig ist, gelten grundsätzlich die gleichen Ausführungen wie für in Deutschland ansässigen Personen (siehe oben).

Wenn die Einkünfte aus den Schuldverschreibungen als inländische Einkünfte qualifizieren, finden auch die Vorschriften zur Kapitalertragsteuer grundsätzlich entsprechende Anwendung.

3. Sonstige Steuern

In Zusammenhang mit der Emission, Lieferung oder Ausfertigung der Schuldverschreibungen fällt in Deutschland keine Stempel-, Emissions-, Registrierungs- oder ähnliche Steuer oder Abgabe an. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben. Es ist geplant, eine Finanztransaktionsteuer im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit (verschiedene europäische Länder, darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien) einzuführen. Es ist derzeit noch nicht klar, ob und in welcher Form diese tatsächlich eingeführt wird (siehe unten).

Luxemburg

Die folgende Zusammenfassung zur Besteuerung der Gläubiger von Schuldverschreibungen ist allgemeiner Natur und dient lediglich der Information. Sie beruht auf dem derzeit in Luxemburg geltenden Recht, stellt jedoch weder eine rechtliche noch eine steuerliche Beratung dar und ist auch nicht als solche auszulegen. Potenzielle Erwerber der Schuldverschreibungen sollten daher hinsichtlich der Auswirkungen nationaler, örtlicher oder ausländischer gesetzlicher Vorschriften einschließlich der Bestimmungen des luxemburgischen Steuerrechts, die gegebenenfalls auf sie Anwendung finden, den Rat eigener professioneller Berater einholen.

Die Informationen, die in diesem Abschnitt enthalten sind, sind auf Quellensteueraspekte beschränkt und zukünftige Käufer von Schuldverschreibungen sollten die untenstehenden Informationen nicht auf andere Bereiche, insbesondere nicht auf die Frage der Rechtmäßigkeit von Transaktionen, die die Schuldverschreibungen zum Gegenstand haben, übertragen.

1. Nicht in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen

Nach den derzeit geltenden allgemeinen Vorschriften des luxemburgischen Steuerrechts fällt grundsätzlich keine Quellensteuer auf Kapitalbeträge, Prämien oder Zinsen an, die an nicht in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen gezahlt werden. Es wird ebenfalls keine Quellensteuer auf aufgelaufene, aber nicht gezahlte Zinsen auf die Schuldverschreibungen erhoben. Zudem ist auch bei Rückzahlung oder Rückkauf von Schuldverschreibungen, deren Inhaber nicht in Luxemburg ansässig sind, in Luxemburg grundsätzlich keine Quellensteuer zu zahlen.

2. In Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen

Nach den derzeit geltenden allgemeinen Vorschriften des luxemburgischen Steuerrechts fällt grundsätzlich keine Quellensteuer auf Kapitalbeträge, Prämien und Zinsen an, die an in Luxemburg ansässige Inhaber von Schuldverschreibungen gezahlt werden. Es wird ebenfalls keine Quellensteuer auf aufgelaufene, aber nicht gezahlte Zinsen auf die Schuldverschreibungen erhoben. Zudem ist auch bei Rückzahlung oder Rückkauf von Schuldverschreibungen, deren Inhaber in Luxemburg ansässig sind, in Luxemburg grundsätzlich keine Quellensteuer zu zahlen. Davon ausgenommen sind die im nachstehenden Absatz näher erläuterten Fälle, die gemäß dem Gesetz vom 23. Dezember 2005, in seiner derzeit gültigen Fassung (das „Gesetz“) der Quellensteuer in Luxemburg unterliegen.

Gemäß dem Gesetz unterliegen Zahlungen von Zinsen oder ähnlichen Erträgen (wie durch das Gesetz definiert), die eine Zahlstelle (wie durch das Gesetz definiert) mit Sitz in Luxemburg an einen in Luxemburg ansässigen wirtschaftlichen Eigentümer, bei dem es sich um eine natürliche Person handelt, oder zu dessen Gunsten leistet oder diesem zurechnet, einer Quellensteuer von 20 %. Die Quellensteuer, welche ursprünglich 10% betrug, wurde durch das Gesetz, welches die luxemburgische Steuerreform 2017 umsetzte, auf 20% erhöht. Mit dieser Quellensteuer ist die gesamte Einkommensteuerschuld des wirtschaftlichen Eigentümers abgegolten, sofern dieser im Rahmen der Verwaltung seines Privatvermögens handelt. Verantwortlich für die Vornahme des Steuereinhalts ist die Luxemburger Zahlstelle. Zahlungen von Zinsen auf die Wertpapiere, die den Bestimmungen des Gesetzes unterfallen, unterliegen danach derzeit einer Quellensteuer von 20 %.

Gemäß dem Gesetz, haben in Luxemburg ansässige Personen die Möglichkeit, aufgrund einer Eigenerklärung eine Steuer in Höhe von 20 % (die „Erhebung“) auf Zinszahlungen zu zahlen, die durch Zahlstellen außerhalb Luxemburgs erbracht werden, die entweder in der EU oder im Europäischen Wirtschaftsraum ansässig sind.

Eine solche Erhebung ist in voller Höhe von der Einkommenssteuer abzugsfähig, wenn der wirtschaftlich Begünstigte eine in Luxemburg ansässige Person ist, die im Zusammenhang mit der Verwaltung ihres privaten Vermögens handelt.

Zwischenstaatlicher Informationsaustausch

Basierend auf dem sog. „OECD Common Reporting Standard“ tauschen Staaten, die sich zu dessen Anwendung verpflichtet haben (die „**Teilnehmenden Staaten**“), erstmals in 2017 für das Jahr 2016 potenziell steuererhebliche Informationen über Finanzkonten aus. Dies betrifft Personen, die in einem anderen Teilnehmenden Staat als deren Ansässigkeitsstaat Finanzkonten unterhalten. Gleiches gilt seit dem 1. Januar 2016 bzw. 1. Januar 2017 für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Aufgrund einer Erweiterung der EU-Amtshilferichtlinie (Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**Amtshilferichtlinie**“) tauschen die Mitgliedstaaten grundsätzlich erstmals in 2017 für das Jahr 2016 ebenfalls Finanzinformationen über meldepflichtige Konten von Personen aus, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig sind. Österreich wird ab 2018 beginnend mit dem Jahr 2017 die Informationen austauschen.

In Deutschland erfolgte die Umsetzung der erweiterten Amtshilferichtlinie und des OECD Common Reporting Standards durch das sog. „**Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz**“, das am 31. Dezember 2015 in Kraft trat.

Finanztransaktionssteuer

1. Vorschlag für eine EU Finanztransaktionssteuer („FTS“)

Am 14. Februar 2013 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag („**Kommissionsvorschlag**“) für eine Richtlinie für eine gemeinsame FTS in bestimmten Mitgliedstaaten der EU. Zuletzt nahmen Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei an den Verhandlungen teil („**Teilnehmende Mitgliedstaaten**“). Der Kommissionsvorschlag wird derzeit überprüft.

Der Anwendungsbereich des Kommissionsvorschlags ist sehr breit gefasst und der Vorschlag könnte, soweit er eingeführt wird, unter gewissen Umständen auf bestimmte Transaktionen im Hinblick auf die Schuldverschreibungen (insbesondere Sekundärmarkttransaktionen) Anwendung finden. Die Emission und Zeichnung von Schuldverschreibungen sollte jedoch von der Steuer befreit sein.

Der FTS-Vorschlag bleibt Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Teilnehmenden Mitgliedstaaten und der Anwendungsbereich einer solchen Steuer ist ungewiss. Er kann daher noch vor der Umsetzung, deren Zeitpunkt unklar ist, geändert werden. Weitere EU Mitgliedstaaten können sich für eine Beteiligung aussprechen.

2. Nationale Finanztransaktionssteuern

Neben der geplanten FTS gibt es bereits in bestimmten Ländern (z.B. Italien und Frankreich) eine nationale Finanztransaktionssteuer, die unter gewissen Umständen auf bestimmte Transaktionen im Hinblick auf die Schuldverschreibungen Anwendung finden kann. Andere Ländern könnten sich entscheiden, ebenfalls nationale Finanztransaktionssteuern einzuführen.

Künftigen Inhabern von Schuldverschreibungen wird empfohlen, sich hinsichtlich der FTS und hinsichtlich der nationalen Finanztransaktionssteuern fachmännisch beraten zu lassen.

FATCA

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben unter den *Sections 1471 bis 1474* des U.S. Internal Revenue Code von 1986, in seiner jeweils gültigen Fassung (der „**Code**“) Vorschriften erlassen, die üblicherweise als „**FATCA**“ bezeichnet werden, und die generell ein Melderegime und eine Quellensteuer in Höhe von 30 % in Bezug auf bestimmte Zahlungen einführen. Das Quellensteuerregime findet Anwendung auf bestimmte Zahlungen an

- (i) jedes Nicht-US-Finanzinstitut (ein „**ausländisches Finanzinstitut**“ oder „**FFI**“), das keine Vereinbarung (eine „**FFI-Vereinbarung**“) mit dem Internal Revenue Service („**IRS**“) abschließt um dem IRS bestimmte Angaben über seine Kontoinhaber und Anleger zu übermitteln oder das nicht anderweitig von der Anwendung des FATCA befreit ist oder als im Einklang mit dessen Vorschriften stehend gilt, und
- (ii) Anleger (sofern nicht anderweitig von der Anwendung des FATCA befreit), die nicht den Informationsanfragen der Emittentin oder anderer Zahler entsprechen.

Dieses Quellensteuersystem findet derzeit auf bestimmte Zahlungen aus Quellen innerhalb der Vereinigten Staaten Anwendung und gilt frühestens ab 1. Januar 2019 für „ausländische durchgeleitete Zahlungen (*foreign passthru payments*)“ (ein bislang nicht definierter Begriff). Diese Quellensteuer gilt potenziell für Zahlungen in Bezug auf

- (i) Schuldverschreibungen, die für US-Steuerzwecke als Fremdkapitalbeteiligung (*debt*) eingestuft werden (bzw. nicht anderweitig als Eigenkapitalbeteiligung (*equity*) eingestuft werden und eine feste Laufzeit haben), und die nach dem Bestandsschutztermin („*grandfathering date*“) begeben wurden, also sechs Monate nach dem Tag, an dem endgültige US-Steuer Richtlinien mit einer Definition des Begriffs „ausländische durchgeleitete Zahlungen“ beim Federal Register, dem Mitteilungsblatt der US-Behörden für amtliche Bekanntmachungen, eingereicht werden oder nach dem Bestandsschutztermin wesentlich geändert werden, und
- (ii) Schuldverschreibungen, die für US-Steuerzwecke als Eigenkapitalbeteiligung eingestuft werden oder keine feste Laufzeit haben, unabhängig vom Tag ihrer Begebung. Werden Schuldverschreibungen am oder vor dem Bestandsschutztermin begeben und zusätzliche Schuldverschreibungen derselben Serie nach diesem Termin begeben, so greift für die zusätzlichen Schuldverschreibungen unter Umständen kein Bestandsschutz, was sich auf die bestehenden Wertpapiere nachteilig auswirken kann, unter anderem im Hinblick auf ihren Marktpreis.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben mit der Bundesrepublik Deutschland eine zwischenstaatliche Vereinbarung in Bezug auf die Umsetzung von FATCA abgeschlossen (die „**Deutsche Umsetzungsvereinbarung**“). Nach der Deutschen Umsetzungsvereinbarung in der derzeitigen Fassung unterliegt ein Finanzinstitut, welches als in Deutschland ansässig behandelt wird und welches die Anforderungen der Deutschen Umsetzungsvereinbarung erfüllt, nicht dem Einbehalt von FATCA-Quellensteuer auf Zahlungen, die es erhält. Es ist nicht zum Einbehalt von Quellensteuer auf Zahlungen verpflichtet, die nicht aus U.S.-Quellen stammen. Infolgedessen geht die Emittentin nicht davon aus, dass Zahlungen unter den Schuldverschreibungen oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen Gegenstand eines Einhalts von Quellensteuer unter FATCA sein werden. Kontoinhaber und Anleger sind jedoch verpflichtet, bestimmte Angaben gegenüber der Emittentin zu machen und die Emittentin ist verpflichtet, diese Angaben in Bezug auf ihre Kontoinhaber und Anleger an die Behörden des Heimatlandes zur Weiterleitung an den IRS zu melden. Allerdings verbleiben in Bezug auf die Frage, wann und in welcher Form FATCA Anwendung finden wird, wesentliche Aspekte unklar, und es können keinerlei Zusicherungen gemacht werden, dass ein Einbehalt von Quellensteuer unter FATCA in Zukunft nicht für Zahlungen unter den Schuldverschreibungen oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen relevant wird. Potenzielle Anleger sollten hinsichtlich der möglichen Auswirkungen von FATCA deshalb ihre Steuerberater konsultieren.

INFORMATIONEN ZUR EMITTENTIN

Allgemeine Angaben und historische Entwicklung

1. Gründung, Firma und kommerzieller Name

Die Rechtsvorgängerin der DekaBank wurde 1918 als unselbständige Einrichtung des damaligen Deutschen Zentral-Giroverbandes unter dem Namen "Deutsche Girozentrale" in Berlin, Deutschland, gegründet und firmierte 1921 in "Deutsche Girozentrale –Deutsche Kommunalbank–" um. Mit Inkrafttreten der "Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931, 5. Teil, Kapitel 1" (die „**Dritte Reichsverordnung**“) wurden ihr am 7. Oktober 1931 die Rechte einer selbständigen Anstalt des öffentlichen Rechts verliehen.

Nach Kriegsende wurde die Deutsche Girozentrale –Deutsche Kommunalbank– 1947 gemäß § 3 Abs. 3 der 35. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz (35. DVO/UG) als verlagertes Geldinstitut anerkannt.

Der Sitz für die Geschäftstätigkeit im Währungsgebiet war 1954 zunächst Düsseldorf, wo die Deutsche Girozentrale –Deutsche Kommunalbank– seit 1949 eine Niederlassung betrieben hatte, und wurde 1965 nach Frankfurt am Main verlegt.

Die Deutsche Girozentrale –Deutsche Kommunalbank– wurde am 23. Dezember 1965, zusätzlich zur Eintragung im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg, in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main eingetragen.

Zum Jahresanfang 1999 schloss sich die Deutsche Girozentrale –Deutsche Kommunalbank– mit der "DekaBank GmbH" auf der Grundlage von Beschlüssen aus dem Jahre 1998 zusammen und änderte nachfolgend mit Wirkung zum 1. Februar 1999 die Firma, der aus der Zusammenführung entstandenen Gesellschaft, in "DGZ·DekaBank Deutsche Kommunalbank".

Die DekaBank GmbH führt ihren Ursprung auf die am 16. August 1956 in Düsseldorf, Deutschland, gegründete "Deka Deutsche Kapitalanlagegesellschaft mbH" zurück, die 1996 in „DekaBank GmbH“ umfirmierte. Die Deka Deutsche Kapitalanlagegesellschaft mbH hatte ihren Sitz zunächst in Düsseldorf, dieser wurde 1965 nach Frankfurt am Main verlegt.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2002 änderte die DGZ·DekaBank Deutsche Kommunalbank ihre Firma in DekaBank Deutsche Girozentrale. Ihr kommerzieller Name ist „**DekaBank**“.

2. Rechtsform, Rechtsordnung, Dauer, Sitz und Register

Die DekaBank Deutsche Girozentrale ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und unterliegt deutschem Recht. Ihre Dauer ist nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt. Gesetzliche Grundlage der DekaBank ist die Dritte Reichsverordnung.

Sitz der DekaBank ist Frankfurt am Main und Berlin. Die DekaBank ist im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg unter HRA 492 sowie in das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRA 16068 eingetragen.

Adresse und Telefon-Nr. in Frankfurt am Main:

DekaBank Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main
Telefon-Nr.: +49(0)69 / 7147 – 0

3. Satzungsgemäße Aufgaben und Geschäfte der DekaBank

Die DekaBank dient satzungsgemäß den Zwecken der deutschen Sparkassenorganisation und der ihr nahestehenden Kreditinstitute und Einrichtungen. Sie betreibt insbesondere als Zentralbank der deutschen Sparkassenorganisation über Tochtergesellschaften das Privatkunden-Investmentfondsgeschäft der deutschen Sparkassenorganisation.

Die DekaBank hat ihre Aufgaben unter Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte und des Gemeinwohls nach kaufmännischen Grundsätzen zu erfüllen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Sie betreibt im Rahmen ihrer Aufgaben Bankgeschäfte aller Art und sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen. Sie ist berechtigt, Beteiligungen zu erwerben.

4. Geschäftsjahr und Bekanntmachungen

Das Geschäftsjahr der DekaBank ist das Kalenderjahr.

Bekanntmachungen der DekaBank werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

5. Organe und Aufsicht

Die satzungsgemäßen Organe der DekaBank sind die Hauptversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand.

5.1. Hauptversammlung

Zuständigkeit und Verfahren der Hauptversammlung bestimmen sich nach der Satzung. Die Hauptversammlung wird mindestens einmal im Geschäftsjahr einberufen. Sie kann auch an einem anderen Ort als dem Sitz der Bank tagen.

5.2. Verwaltungsrat

Die nachfolgende Tabelle „Mitglieder des Verwaltungsrats“ zeigt die Zusammensetzung des Verwaltungsrats zum Datum dieses Prospekts. Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Verwaltungsrats ist die Geschäftsadresse der DekaBank (siehe F.1.2.).

Die DekaBank ist Teil der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der außerdem Sparkassen – die auch Anteilseigner der DekaBank sind (wie unter „Informationen zur Emittentin – Anteilseignerstruktur“ ausgeführt) – und Landesbanken gehören. Diese bieten ebenfalls Bank- und Finanzdienstleistungen sowie Wertpapieremissionen an. Es kann daher vorkommen, dass Emissionen und Dienstleistungen, die ähnlich oder vergleichbar mit denen der DekaBank sind, auch von solchen Instituten emittiert, angeboten oder vertrieben werden, die Miteigentümer der DekaBank sind und/oder deren Verwaltungsorgane zugleich Aufsichtsorgane der DekaBank sein können.

In diesem Zusammenhang sind der DekaBank keine potenziellen Interessenkonflikte zwischen den Organverpflichtungen oder sonstigen Verpflichtungen und der Privatinteressen der Verwaltungsratsmitglieder bekannt, die für die DekaBank von Bedeutung sein könnten.

Mitglieder des Verwaltungsrats

Georg Fahrenschon, Berlin – <i>Vorsitzender</i> –	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands ö.K., Berlin Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V., Berlin
Helmut Schleweis, Heidelberg – <i>Erster Stellvertreter des Vorsitzenden</i> –	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Heidelberg, Heidelberg und Bundesobmann der Sparkassen
Thomas Mang, Hannover – <i>Zweiter Stellvertreter des Vorsitzenden</i> –	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen, Hannover

Weitere von der Hauptversammlung gewählte Vertreter:

Michael Bräuer, Zittau	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, Zittau
Michael Breuer, Staatsminister a.D., Düsseldorf	Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf
Prof. Dr. Liane Buchholz, Münster	Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe, Münster
Dr. Michael Ermrich, Berlin	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, Berlin
Dr. Johannes Evers, Berlin	Präsident des Sparkassenverbands Berlin und Vorsitzender des Vorstands der Berliner Sparkasse, Berlin
Gerhard Grandke, Frankfurt am Main	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen- Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt
Andreas Fohrmann, Neumünster	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Südholstein, Neumünster
Dr. Christoph Krämer, Iserlohn	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Iserlohn, Iserlohn
Beate Läsch-Weber, Budenheim	Präsidentin des Sparkassenverbands Rheinland-Pfalz, Budenheim
Ludwig Momann, Meppen	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Emsland, Meppen
Dr. Ulrich Netzer, München	Präsident des Sparkassenverbands Bayern, München
Frank Saar, Saarbrücken	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Saarbrücken, Saarbrücken
Peter Schneider, MdL, Stuttgart	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart
Walter Strohmaier, Straubing	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Niederbayern-Mitte, Straubing
Dr. jur. Harald Vogelsang, Hamburg	Präsident des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbands, Hamburg, und Sprecher des Vorstands der Hamburger Sparkasse, Hamburg
Burkhard Wittmacher, Esslingen	Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen, Esslingen
Alexander Wüerst, Köln	Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Köln, Köln

Vom Personalrat bestellte Vertreter der Arbeitnehmer:

Michael Dörr, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Personalrats der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main
Erika Ringel, Frankfurt am Main	Mitglied des Personalrats der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Vertreter der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (mit beratender Stimme):

Helmut Dedy, Berlin	Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Berlin
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin	Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags, Berlin
Roland Schäfer, Bergkamen	Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Bergkamen, und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Berlin

5.3. Vorstand

Die Geschäftsadresse der Mitglieder des Vorstands ist der Sitz der DekaBank in Frankfurt am Main.

Im Dezember 2016 wurde ein neuer Geschäftsverteilungsplan für die Deka-Gruppe verabschiedet, welcher seit 1. Januar 2017 gilt. Kernelement der Neuordnung ist die noch klarere Trennung der Führung des Bankgeschäfts und Asset Managements. Mit der neuen Geschäftsverteilung ist auch eine Weiterentwicklung der Geschäftsfeldstruktur verbunden (siehe auch „F.2. Geschäftstätigkeit“).

Die nachfolgende Tabelle „Mitglieder des Vorstands“ zeigt die Zusammensetzung des Vorstands (einschließlich ihrer Zuständigkeiten und deren Änderungen durch die Neuordnung zum 1. Januar 2017) zum Datum dieses Prospekts:

Mitglieder des Vorstands und Zuständigkeiten*		
	bis 31.12.2016	ab 01.01.2017
Michael Rüdiger, Utting am Ammersee <i>Vorsitzender des Vorstands seit 1. November 2012</i>	Strategie, Kommunikation, Revision, Institutionelle Kunden, Wertpapieranlagen & Kapitalmarkt Geschäftsfelder: Wertpapiere und Kapitalmarkt Zentralbereiche: Vorstandsstab & Kommunikation, Revision, Strategie & Beteiligungen	Vorsitzender (CEO) & Asset Management Wertpapiere Geschäftsfeld: Asset Management Wertpapiere Vertrieb institutionelle Kunden Zentralbereiche: Vorstandsstab & Kommunikation, Revision, Strategie & Beteiligungen, Geschäftsservices
Dr. Georg Stocker, Alzenau <i>Mitglied des Vorstands vom 1. August 2012 bis 30. September 2015 Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands seit 1. Oktober 2015</i>	Sparkassenvertrieb & Marketing	Sparkassenvertrieb & Marketing
Manuela Better, München <i>Mitglied des Vorstands seit 1. Juni 2015</i>	Risikocontrolling, Kreditüberwachung, Recht & Compliance Zentralbereiche: Risikocontrolling, Marktfolge Kredit, Wertpapierfonds-Risikocontrolling, Recht, Compliance	Risiko (CRO) Zentralbereiche: Risikocontrolling, Marktfolge Kredit, Wertpapierfonds-Risikocontrolling, Recht, Compliance
Dr. Matthias Danne, Heusenstamm <i>Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2006</i>	Immobilien, Kredit, Finanzen & Treasury Geschäftsfelder: Immobilien und Finanzierungen Zentralbereiche: Finanzen, Treasury	Finanzen (CFO), Treasury und Asset Management Immobilien Geschäftsfeld: Asset Management Immobilien Zentralbereiche: Finanzen, Treasury
Martin K. Müller, Berlin <i>Mitglied des Vorstands seit 1. Mai 2013</i>	Geschäftsbetrieb, Depotservice, IT & Personal Zentralbereiche: Geschäftsabwicklung & Depotbank, IT, Personal & Organisation, Depotservice	Bankgeschäftsfelder, IT & Personal Geschäftsfelder: Kapitalmarkt, Finanzierungen und Asset Management Services Zentralbereiche: IT, Personal & Organisation

* Etwaige Änderungen der Anzahl der Vorstandsmitglieder bzw. der strategischen Ausrichtung und Weiterentwicklung können jederzeit zu einer Anpassung der vorgenannten Zuständigkeiten für die Geschäftsfelder und Zentralbereiche führen; solche Anpassungen werden unter Berücksichtigung der nach Mindestanforderungen an das Risikomanagement („MaRisk“) gebotenen Funktionstrennung vorgenommen.

Der DekaBank sind keine potenziellen Interessenkonflikte zwischen den Organverpflichtungen oder sonstigen Verpflichtungen und den Privatinteressen der Vorstandsmitglieder bekannt, die für die DekaBank von Bedeutung sein könnten.

Die nachfolgende Aufstellung „Wichtige Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder außerhalb der DekaBank“ zeigt die wichtigsten Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder zum Datum dieses Prospekts, die sie außerhalb der DekaBank ausüben und die für die DekaBank von Bedeutung sind. Insbesondere im Zusammenhang mit einer Neubestellung eines Vorstandsmitglieds, der Zuständigkeitsveränderung der Vorstandsmitglieder oder ihrem Ausscheiden werden Mandate in Aufsichtsgremien, die an das Amt bzw. die Zuständigkeit gekoppelt sind, grundsätzlich von einem anderen bzw. einem neuen Mitglied des Vorstands übernommen. Vor diesem Hintergrund kann es zu Veränderungen kommen.

Wichtige Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder außerhalb der DekaBank	
Michael Rüdiger	
Vorsitzender des Aufsichtsrats:	Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats:	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH i.L., Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats:	Evonik Industries AG, Essen Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main
Dr. Georg Stocker	
Vorsitzender des Aufsichtsrats:	S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden S Broker Management AG, Wiesbaden
Manuela Better	
Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats:	Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden
Mitglied des Verwaltungsrats:	DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats:	S Broker Management AG, Wiesbaden Deutsche EuroShop AG, Hamburg
Dr. Matthias Danne	
Vorsitzender des Aufsichtsrats:	Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main Sparkassen Pensionsfonds AG, Köln
Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats:	S-PensionsManagement GmbH, Köln Sparkassen Pensionskasse AG, Köln
Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats:	DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg
Geschäftsführer:	Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Martin K. Müller	
Vorsitzender des Verwaltungsrats:	DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats:	Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden
Mitglied des Gesellschafterausschusses:	Dealis Fund Operations GmbH i.L., Frankfurt am Main
Geschäftsführer:	Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

5.4. Aufsicht

Allgemeine Staatsaufsicht

Aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Berlin vom 9./19. März 1955 wird die allgemeine Staatsaufsicht über die DekaBank vom Bundesminister für Wirtschaft ausgeübt.

Gemäß Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 15. Dezember 1972 obliegt die Staatsaufsicht dem Bundesminister der Finanzen.

Allgemeine Bankaufsicht

Die DekaBank unterliegt wie auch andere Kreditinstitute in Deutschland behördlicher Aufsicht und Regulierung nach dem Gesetz über das Kreditwesen („**KWG**“) vom 10. Juli 1961 (in der aktuellen Fassung). Diese Aufsicht wurde bis zum 3. November 2014 ausschließlich von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („**BaFin**“) - einer unabhängigen Behörde mit Überwachungskompetenzen - unterstützt durch die Deutsche Bundesbank ausgeübt.

Zum 4. November 2014 wurden der Europäischen Zentralbank („**EZB**“) durch Artikel 4 Absatz 1 der EU-SSM-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 1024/2013, in ihrer jeweils gültigen Fassung, „**SSM-Verordnung**“) weitreichende Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute übertragen. Danach ist die EZB unter anderem ausschließlich zuständig für die Gewährleistung der Einhaltung von Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute in Bezug auf Eigenmittelanforderungen, Beschränkungen für Großkredite, Liquidität, Verschuldungsgrad, Unternehmensführung, Risikomanagementverfahren, interner Kontrollmechanismen, Vergütungspolitiken und -praktiken sowie wirksamer Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals. Darüber hinaus ist die EZB ab dem 4. November 2014 unter anderem für die Durchführung von Stresstests zuständig. Die BaFin ist ab dem 4. November 2014 nur noch für solche Aufgaben zuständig, die nicht ausdrücklich der EZB zugewiesen sind. Dieser Wechsel in den Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden ist Teil der Umsetzung des sogenannten einheitlichen Aufsichtsmechanismus („**SSM**“), der Bestandteil der Schaffung einer europäischen Bankenunion ist.

Mit Beschluss der EZB vom 31. Juli 2014 (EZB/2014/17) in Einklang mit Artikel 6 Absatz 4 der SSM-Verordnung sowie Teil IV und Artikel 147 der EU-SSM-Rahmenverordnung (Verordnung (EU) Nr. 468/2014) wurde die DekaBank als bedeutendes Institut eingestuft und unterliegt seit 4. November 2014 der direkten Aufsicht der EZB. Mit Bescheid vom 14. Februar 2017 hat die BaFin die DekaBank weiterhin als anderweitig systemrelevantes Institut im Sinne des § 10g Abs. 2 KWG eingestuft.

Geschäftstätigkeit

Die DekaBank ist das Wertpapierhaus der Sparkassen. Gemeinsam mit ihren Tochtergesellschaften bildet sie die Deka-Gruppe. Sie ist Dienstleister für die Anlage, Verwaltung und Bewirtschaftung von Vermögen und unterstützt die Sparkassen und deren Kunden entlang des gesamten Investment- und Beratungsprozesses im Wertpapiergeschäft. Darüber hinaus bietet sie den Sparkassen und institutionellen Kunden außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe ein umfassendes Beratungs- und Lösungsspektrum die für Anlage, die Liquiditäts- und die Risikosteuerung sowie Refinanzierung an.

Die DekaBank befindet sich im vollständigen Eigentum der deutschen Sparkassen und richtet sich deshalb auf die Bedürfnisse der Sparkassen sowie deren Kunden im Wertpapiergeschäft aus.

Das Geschäftsmodell der Deka-Gruppe ist durch das Zusammenwirken von Asset Management und Bankgeschäft geprägt. Als Asset-Management-Produkte stellt die Deka-Gruppe Wertpapier-, Immobilien- und Kreditfonds sowie Zertifikate bereit, einschließlich der darauf aufbauenden Dienstleistungen der Vermögensverwaltung für private und institutionelle Investoren. Dabei werden die Sondervermögen im Asset Management und die institutionellen Kunden bei ihrer Vermögensbewirtschaftung sowie der Kapital-, Liquiditäts- und Risikosteuerung unterstützt. In diesem Zusammenhang agiert die Deka-Gruppe als Finanzierer, Emittent, Strukturierer, Treuhänder, Asset-Servicing-Anbieter und Depotbank.

Das Angebot der Deka-Gruppe ist zum einen auf die Bedürfnisse der Sparkassen und deren Kunden ausgerichtet. Dabei bilden insbesondere Individualkunden und gehobene Privatkunden sowie – damit zusammenhängend – Gewerbe- und Firmenkunden der Sparkassen eine wichtige Zielgruppe. Zum anderen unterstützt die Deka-Gruppe institutionelle Kunden, wozu neben den Sparkassen unter anderem Versicherungen, Pensionskassen, Versorgungswerke, Stiftungen, Unternehmen unterschiedlicher Branchen sowie die inländische öffentliche Hand gehören.

Zusätzlich zur Vermögensverwaltung im engeren Sinne stellt die Deka-Gruppe auch die Abwicklung von Wertpapiergeschäften, das Depotangebot sowie Asset Servicing und Verwahrstellendienstleistungen zur Verfügung. Die Dienst- und Beratungsleistungen im Rahmen der Vermögensbewirtschaftung, welche Sparkassen und weitere institutionelle Kunden nutzen können, umfassen die Funktion der Bank als Liquiditäts- und Sicherheitendreh Scheibe, das Angebot der Wertpapierleihe sowie die Unterstützung bei der Beschaffung und Abwicklung von Wertpapieren und Finanzderivaten oder bei regulatorischen Fragestellungen. Begleitende Dienstleistungen erbringt die Deka-Gruppe unter anderem durch die Bereitstellung von Marktanalysen, Infrastrukturdienstleistungen sowie Marktgleichheitsprüfungen.

Im Geschäft mit Wertpapier- und Immobilienfonds erwirtschaftet die Deka-Gruppe im Wesentlichen Provisionserträge aus Verwaltungs- und Transaktionsgebühren. Ein Teil hiervon wird als Verbundleistung unter Berücksichtigung der regulatorischen Anforderungen an die Sparkassen als Vertriebspartner weitergegeben. Zusätzliche Provisionserträge resultieren aus Bankgeschäften einschließlich der Kapitalmarktaktivitäten. Die Zinserträge kommen schwerpunktmäßig aus der Immobilien-, Transport- und Infrastrukturfinanzierung sowie der Sparkassenrefinanzierung, dem Geschäftsfeld Kapitalmarkt und dem Treasury.

1. Geschäftstätigkeit nach Geschäftsfeldern und im Treasury

In 2016 waren die Aktivitäten der Deka-Gruppe in vier Geschäftsfeldern geordnet. Die Geschäftsfelder **Wertpapiere** und **Immobilien** decken dabei die Aktivitäten im Asset Management ab, wobei das Geschäftsfeld Immobilien auch die Immobilienfinanzierung enthielt. Die Geschäftsfelder **Kapitalmarkt** und **Finanzierungen** betreffen das Bankgeschäft der Deka-Gruppe. Die Geschäftsfelder arbeiten untereinander sowie mit den Vertrieben und den Zentralbereichen intensiv zusammen. Die Zentralbereiche übernehmen dabei wesentliche administrative, kontrollierende und unterstützende Aufgaben.

Zum Jahresbeginn 2017 wurden die Aktivitäten der Deka-Gruppe auf fünf Geschäftsfelder verteilt. Kernelement der Neuordnung ist die noch klarere Trennung der Führung des Bankgeschäfts und Asset Managements. Das neue Geschäftsfeld Asset Management Services ist Teil des Bankgeschäfts.

Die nachfolgende Beschreibung der Geschäftsfelder orientiert sich an der Aufteilung in 2016 und folgt der Darstellung im Finanzteil in Bezug auf den Konzernabschluss 2016, die Änderungen der Geschäftsfeldstruktur ab 01. Januar 2017 werden aufgezeigt.

Das Geschäftsfeld **Wertpapiere** konzentriert sich auf das aktive Management von Wertpapierfonds – fundamental wie quantitativ – sowie Vermögensanlagelösungen und -dienstleistungen für private Anleger und institutionelle Adressen. Ergänzend werden auch passive Anlagelösungen angeboten.

Das Produktspektrum umfasst aktiv fundamental und quantitativ gemanagte Wertpapier-Publikumsfonds in allen wesentlichen Assetklassen (Aktien-, Renten-, Geldmarkt-, Mischfonds, Wertgesicherte Fonds und deren Kombinationen), Produkte des Fondsbasierten Vermögensmanagements, Vermögensverwaltende Fonds (Dachfonds) sowie fondsgebundene Altersvorsorgeprodukte, Spezialfonds für klassische und alternative Investments, Advisory- / Management-Mandate lösungsorientierte Asset-Servicing-Angebote mit dem Schwerpunkt Master-KVG-Angebote für institutionelle Kunden und passiv gemanagte sowie börsengehandelte Indexfonds (Exchange-Traded Funds – ETFs). Die Produkte und Lösungen werden über die Vertriebsmarken Deka Investments (Retailprodukte), Private Banking und Deka Institutionell (institutionelle Produkte) vermarktet. Die Produkte der ab 2014 einbezogenen LBB-INVEST ergänzen das Spektrum der Publikums- und Spezialfonds der Deka-Gruppe. Die LBB-INVEST wird künftig strategisch umgebaut und konzentriert sich auf die Auflegung und den Vertrieb fremdgemanagter und fremdberatener Publikumsfonds. Das Produktangebot im Geschäftsfeld Wertpapiere wird ergänzt durch individuelle und standardisierte wertpapierbezogene Dienstleistungen wie Makro-/Einzeltitel-/Fondsresearch, Fondsreporting und -berichtswesen sowie das Overlay- und Transition-Management.

Die Fondsbuchhaltung und Teile der Fondsadministration waren bis 30. Juni 2016 in der Dealis Fund Operations GmbH gebündelt, einem Gemeinschaftsunternehmen mit Allianz Global Investors (Anteil 50 Prozent); diese Dienstleistungen wurden mit Wirkung zum 1. Juli 2016 im Rahmen des Verkaufs der Geschäftsaktivitäten des Gemeinschaftsunternehmens auf die Investment-Servicing-Gesellschaft State Street Bank GmbH übertragen.

Ab Januar 2017 wurde das Verwahrstellen- und Depotgeschäft (inklusive S Broker) dem Geschäftsfeld Asset Management Services zugeordnet.

Das Geschäftsfeld **Immobilien** bietet Immobilienanlageprodukte für private und institutionelle Investoren sowie Kreditfonds an. Bis Ende 2016 war auch die Finanzierung von Gewerbeimmobilien Bestandteil dieses Geschäftsfelds. Der Fokus des Geschäftsfelds liegt auf den Segmenten Büro, Shopping, Hotel und Logistik. Das Leistungsspektrum im immobilienbezogenen Asset Management umfasst den An- und Verkauf sowie die wertorientierte Entwicklung von marktgängigen Gewerbeimmobilien in liquiden Märkten. Zum Produktspektrum gehören Offene Immobilien-Publikumsfonds, Spezialfonds mit offener und geschlossener Anlegerstruktur, individuelle Immobilienfonds Kreditfonds. Die Erweiterung der institutionellen Produktpalette um einen weiteren Immobilien-Dachfonds und Club Deals in Form offener oder über Investment-KGs aufgelegter Immobilienfonds befindet sich in der Umsetzung.

Die Tochtergesellschaft Deka Immobilien GmbH ist für den weltweiten An- und Verkauf von Immobilien, deren Management und alle weiteren Immobilienfondsdienstleistungen für sämtliche Immobilien-Sondervermögen zuständig.

Die beiden Kapitalverwaltungsgesellschaften, Deka Immobilien Investment GmbH und WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, konzentrieren sich auf das aktive Portfolio- und Risikomanagement.

Für die Auflage und das Management der Kreditfonds, die in Immobilien-, Infrastruktur- oder Transportmittelfinanzierungen investieren, ist die durch die Deka Immobilien Investment fremdverwaltete Deka Investors Spezialinvestmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital und Teilgesellschaftsvermögen verantwortlich.

Die Aktivitäten in der gewerblichen Immobilienfinanzierung, die im Geschäftsjahr 2016 noch im Geschäftsfeld Immobilien angesiedelt waren, konzentrieren sich auf dieselben Märkte, Geschäftspartner und Objektarten, die auch für das Fondsgeschäft relevant sind. Durch den breiten Markt- und Investorenzugang stärkt die Immobilienfinanzierung die Aktivitäten im Asset Management.

Das Geschäftsfeld **Kapitalmarkt** ist der zentrale Produkt-, Lösungs- und Infrastrukturanbieter sowie Dienstleister und Innovationstreiber im auf kundeninduzierten Kapitalmarktgeschäft der Deka-Gruppe. In dieser Funktion übernimmt das Geschäftsfeld die Brückenfunktion zwischen Kunden und Kapitalmärkten. Das Geschäftsfeld-Portfolio wird vor dem Hintergrund der regulatorischen Anforderungen unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse fortlaufend optimiert. Mit seinem maßgeschneiderten Dienstleistungsangebot rund um Wertpapierpensions-, Wertpapierleihe- und Devisengeschäfte stellt das Kapitalmarktgeschäft Wertpapier- und Sicherheiten-Plattform im Verbund dar. Über seine Handelsplattformen offeriert das Geschäftsfeld den Kunden die Ausführung von Geschäften in allen Assetklassen. Das Geschäftsfeld ist Kompetenzzentrum für den Handel und die Strukturierung von Kapitalmarktprodukten sowie für das Emissionsgeschäft der DekaBank. Ebenfalls bietet es institutionellen Kunden Dienstleistungen im Clearing an und hilft diesen damit, regulatorische Anforderungen effizient zu erfüllen.

Die Aktivitäten des Geschäftsfelds Kapitalmarkt sind in drei Abteilungen zusammengefasst:

- In der Einheit Sicherheitenhandel & Devisen sind alle Leiheprodukte und Wertpapierpensionsgeschäfte sowie das kundenorientierte Devisengeschäft gebündelt.
- Die Einheit Handel & Strukturierung ist Kompetenzzentrum der Deka-Gruppe für den Handel und die Strukturierung von Kapitalmarktprodukten, für Derivate aller Assetklassen, für das Emissionsgeschäft von Schuldverschreibungen und Zertifikate sowie für die strategischen Anlagen.
- Der Kommissionshandel führt Handelsgeschäfte in börsengehandelten Wertpapieren und Derivaten auf Rechnung interner und externer Kunden durch.

Das Geschäftsfeld **Finanzierungen** konzentriert sich auf die Refinanzierung von Sparkassen sowie Infrastruktur-, Transportmittel- und Export Credit Agencies (ECA)-gedeckte Exportfinanzierungen. Außerhalb der Sparkassenrefinanzierung liegt der Geschäftsfokus auf Asset-Management-fähigen Krediten, die in der Regel in Teilen an Banken, Sparkassen, andere institutionelle Investoren oder gruppeneigene Fonds weitergegeben werden. In der Sparkassenfinanzierung werden Kredite über allen Laufzeitbändern an Sparkassen vergeben. Die Infrastrukturfinanzierung konzentriert sich auf die Finanzierung von Energie-, Netz-, Versorgungs-, Verkehrs- und Sozialinfrastruktur im In- und Ausland. Der Schwerpunkt der Transportfinanzierungen liegt auf der Finanzierung von Flugzeugen und Schiffen. Ab 2017 sind im Geschäftsfeld auch die Immobilienfinanzierungen angesiedelt.

Im Geschäftsfeld Finanzierungen wird das Core-Portfolio künftig vom nichtstrategiekonformen Geschäft (Legacy-Portfolio) separiert. Das Legacy-Portfolio besteht aus Finanzierungen, die vor Änderung der Kreditrisikostategie 2010 abgeschlossen wurden. Das Core-Portfolio soll selektiv ausgebaut werden, während im Legacy-Bereich ein vermögenswahrender Abbau erfolgt.

Der **Zentralbereich Treasury** ist für das Aktiv-Passiv-Management verantwortlich und damit der Ressourcenmanager der Deka-Gruppe. Er managt die gruppenweiten Liquiditätsreserven, die Garantierisiken aus dem Asset Management und steuert die Marktpreis- und Adressenrisiken im Anlagebuch ebenso wie die Refinanzierung der Deka-Gruppe. Durch das gruppenweite Setzen von Transferpreisen steuert Treasury die Bilanzstruktur im Rahmen der geltenden Geschäftsplanung. Treasury leitet das Managementkomitee Aktiv-Passiv (MKAP), das sich regelmäßig mit Fragen und Entscheidungen zum Bilanzstrukturmanagement befasst. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2016 wurden die Wertpapieranlagen, die nicht als Liquiditätsreserve, sondern als strategische Anlage dienen, vom Zentralbereich Treasury an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt übertragen. Im Rahmen dieser Anpassung übernahm Treasury die Verantwortung für die gruppenweite Liquiditätssteuerung über alle Laufzeitbänder.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde das bis dato im **Nicht-Kerngeschäft** geführte Kreditgeschäft auf das Geschäftsfeld Finanzierungen übertragen. Das Portfolio setzt sich damit im Wesentlichen aus Altgeschäften mit verbrieften und strukturierten Produkten zusammen und weist nur noch ein geringes Volumen auf. Die verbleibenden Volumina werden regelmäßig unter verschiedenen Szenarien hinsichtlich des Wertaufholungspotenzials, des Ausfallrisikos und des zu erwartenden Zinsergebnisses analysiert. Unter Abwägung dieser Kriterien wird die Entscheidung über den Verkauf, das Halten der Positionen oder eine weiter gehende Absicherung getroffen.

Die Deko-Gruppe hat – wie vorstehend beschrieben – zum 1. Januar 2017 ihre Geschäftsfeldstruktur neu geordnet.

Die Aktivitäten sind nunmehr in fünf Geschäftsfeldern geordnet:

- Asset Management Wertpapiere (früher Geschäftsfeld Wertpapiere)
- Asset Management Immobilien (früher Geschäftsfeld Immobilien)
- Asset Management Services (neu seit 1. Januar 2017)
- Kapitalmarkt
- Finanzierungen

Das neue **Geschäftsfeld Asset Management Services** fokussiert sich auf die Bereitstellung von Bankdienstleistungen für das Asset Management. Die Dienstleistungen reichen von der Führung von Fondsdepots für Kunden bis zum Angebot der Verwahrstelle für Sondervermögen. Darüber hinaus erfolgt insbesondere durch die Bereitstellung von Multikanal-Lösungen eine Unterstützung der Vertriebe.

Der Halbjahreskonzernabschluss 2017 wurde nach der neuen Geschäftsfeldstruktur erstellt. Auf Ebene der Geschäftsfelder wurden die Vergleichszahlen in der Segmentberichterstattung für das erste Halbjahr 2016 angepasst und entsprechen insofern nicht den im Vorjahr veröffentlichten Werten.

2. Vertrieb

Sparkassenvertrieb & Marketing

Der Bereich **Sparkassenvertrieb & Marketing** fokussiert sich auf die ganzheitliche Unterstützung der Sparkassen für deren direkte Ansprache von privaten und gewerblichen Kunden sowie deren Kundenberatung und -betreuung. Damit ist er ein wichtiges Bindeglied sowohl zwischen der Deko-Gruppe und den Kundenberatern der Sparkassen als auch gruppenintern zwischen Produktion und Kunden. Im Sinne einer flächendeckenden Betreuung, ist der Vertrieb in sechs Vertriebsregionen in Deutschland unterteilt. Vertriebsdirektoren stellen den laufenden markt- und kundenorientierten Dialog zu den Sparkassen und -verbänden sicher. Zusätzlich stehen Deko-Vertriebsbetreuer und weitere Mitarbeiter den Sparkassen vor Ort bei Marketing- und Vertriebsaktivitäten sowie bei der Qualifikation der Kundenberater zur Seite. Um eine aktive Nachfrage der Endkunden bei ihrer Sparkasse zu erzeugen und die Sparkassen bei der Kundengewinnung und -bindung für das Wertpapiergeschäft zu unterstützen, richten sich die Marketing- und Kommunikationsaktivitäten der Deko-Gruppe in Abstimmung mit den Sparkassen auch direkt an die Endkunden.

- Die Einheit Vertriebsmanagement, Marketing und Private Banking analysiert systematisch den Bedarf von Kunden und Sparkassen sowie Wettbewerbs- und Marktentwicklungen und leitet daraus zukunftsgerichtete Vertriebs- und Marketingunterstützungsmaßnahmen für die Sparkassen ab.
- Die Einheit Produkt- und Marktmanagement verantwortet alle Themenbereiche bezüglich der angebotenen Fonds, Zertifikate und Vermögenslösungen sowie bei Produkten der privaten und betrieblichen Altersvorsorge entlang des gesamten Produktlebenszyklus.
- Die Einheit Digitales Multikanalmanagement unterstützt die Sparkassen aktiv beim Ausbau des Online-Wertpapiergeschäftes. Sie entwickelt Online-Dienste entlang der gesamten Wertschöpfungskette und verknüpft diese mit medialen Vertriebskanälen und dem Kundenservice.

Vertrieb Institutionelle Kunden

Die Einheit **Vertrieb Institutionelle Kunden** betreut zum einen das Geschäft mit Sparkassen, zum anderen mit institutionellen Kunden außerhalb des Sparkassensektors. Die Kundenbetreuer verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz, der die Gesamtheit der Produkte und Dienstleistungen der Deko-Gruppe entlang der Geschäftsfelder berücksichtigt. Ein Instrument der Kundenbindung ist dabei das Asset Servicing, in welchem die Deko-Gruppe zu den bedeutenden Anbietern in Deutschland zählt. Im Sparkassensektor steht der Vertrieb Institutionelle Kunden den einzelnen Sparkassen als Steuerungspartner zur Seite und entwickelt direkt umsetzbare Lösungen für das Eigengeschäft (Depot A) und die Gesamtbanksteuerung. Diese bauen auf umfassenden Analysen der Ertrags- und Risikosituation auf und werden durch Beratung und Betreuung ergänzt.

- In der Einheit Institutionelle Kunden – Sparkassen & Finanzinstitute sind die gesamten Eigengeschäfts-Vertriebsaktivitäten an Sparkassen und Banken gebündelt. Das integrierte Team Strategische Eigengeschäftssteuerung & Asset Liability Management entwickelt Methoden und Anwendungen für die Zinsbuchsteuerung und Asset-Allokation der institutionellen Kunden. Daneben umfasst der ganzheitliche Beratungsansatz auch das Kapitalmarktgeschäft für alle Kundengruppen.

- Das Geschäft mit Versicherungen, Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen, Non-Profit-Organisationen und ausländischen Investoren wird in der Einheit Institutionelle Investoren gesteuert. Ebenso ist hier die Betreuung der Consultants angesiedelt.
- Die Einheit Vertriebsmanagement Institutionelle Kunden unterstützt in Querschnittsfunktion den gesamten Bereich Vertrieb Institutionelle Kunden.

3. Zentralbereiche

Neben dem Treasury unterstützten bis 31. Dezember 2016 13 weitere **Zentralbereiche** die Vertriebe und die Geschäftsfelder. Bei den Zentralbereichen handelte es sich um Vorstandsstab & Kommunikation, Revision, Recht, Compliance, Strategie & Beteiligungen, Personal & Organisation, Wertpapierfonds-Risikocontrolling, Depotservice, Risikocontrolling, Finanzen, IT, Marktfolge Kredit sowie Geschäftsabwicklung & Depotbank.

Im Zusammenhang mit der zum 1. Januar 2017 erfolgten klareren Trennung zwischen Bankgeschäft und Asset Management (vergleiche hierzu auch die Informationen unter „1.5.3. Vorstand“) unterstützen ab diesem Zeitpunkt neben dem Treasury die folgenden 12 weiteren **Zentralbereiche** die Vertriebe und die Geschäftsfelder: Vorstandsstab & Kommunikation, Revision, Recht, Compliance, Strategie & Beteiligungen, Personal & Organisation, Wertpapierfonds-Risikocontrolling, Risikocontrolling, Finanzen, IT, Marktfolge Kredit sowie Geschäftsservices.

4. Wichtige Märkte und Standorte

Das Geschäft der Deka-Gruppe wird aus der Zentrale in Frankfurt am Main gesteuert. Hier sind auch die wichtigsten inländischen Tochtergesellschaften angesiedelt, darunter die Kapitalverwaltungsgesellschaften Deka Investment GmbH mit Zuständigkeit für das Wertpapierfondsgeschäft und die Deka Immobilien Investment GmbH, die zusammen mit der WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH in Düsseldorf für das immobilienbezogene Asset Management zuständig ist. Seit 1. Januar 2014 ist die Deka-Gruppe mit ihrer Tochtergesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH am Standort Berlin vertreten.

Die Deka-Gruppe erzielt den größten Teil ihrer Erträge aus den Asset-Management-Aktivitäten und Dienstleistungen der Geschäftsfelder im Inland. Bei Krediten und Finanzierungen für in- und ausländische Kunden liegt der Fokus auf Ländern der Europäischen Union.

Wesentlicher Auslandsstandort der Deka-Gruppe ist Luxemburg. Hier ist sie über die Tochtergesellschaft DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A. sowie eine Niederlassung der DekaBank vertreten (vgl. hierzu auch F.3.). Die Repräsentanz der DekaBank in London wird voraussichtlich mit Wirkung zum 1. Dezember 2017 in eine Niederlassung umgewandelt. Darüber hinaus unterhält die Deka-Gruppe Gesellschaften und Repräsentanzen in Mailand, New York, Paris, Singapur und Tokio. Neben den Standorten der DekaBank betreibt die Deka Immobilien GmbH als Servicegesellschaft für die Kapitalverwaltungsgesellschaften aus dem Real Estate Management heraus Regionalbüros in Amsterdam, Brüssel, Paris, Warschau und Wien.

5. Kunden

Die Deka-Gruppe konzentriert sich auf ihre Primärkunden – die deutschen Sparkassen und deren Kunden. Dementsprechend erfolgt ein institutionalisierter Austausch mit den Sparkassen zur Sicherstellung bedarfsgerechter Produkte und Lösungen. Ein Vertrieb der von Primärkunden nachgefragten Produkte erfolgt auch an andere institutionelle Kunden als Komplementärkunden. Dies sind insbesondere Versicherungen (innerhalb und außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe), Pensionskassen, Versorgungswerke oder Stiftungen, aber auch die inländische öffentliche Hand. Der Vertrieb an institutionelle Kunden generiert zusätzliche Vorteile für die Primärkunden, wie z.B. niedrigere Produktionskosten durch Auslastung von Plattformen, günstigere Konditionen durch engere Quotierungen, Verbreiterung von Marktverständnis und -zugang. Durch die enge Einbindung in den Sparkassensektor und den Fokus auf inländische institutionelle Kunden konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf den deutschen Markt.

6. Corporate-Governance-Konzept

Das Corporate-Governance-Konzept zur Unternehmensführung und -überwachung gewährleistet klare und überschneidungsfreie Verantwortlichkeiten der Organe und ermöglicht effiziente Entscheidungsprozesse. Als Teil der Sparkassen-Finanzgruppe ist die DekaBank den Prinzipien der Subsidiarität und Gemeinwohlorientierung verpflichtet. Der Vorstand leitet die DekaBank gesamtverantwortlich (siehe hierzu auch F.1.5.3.). Er steuert und führt die Deka-Gruppe ganzheitlich unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und Risiken. Hierzu ist das Führungsmodell divisional am Grundsatz der Ressortgeschäftsführung ausgerichtet. Es stellt dadurch eine klare Rollen- und Aufgabenverteilung im Vorstand sicher, die eine nach Kernkompetenzen ausgerichtete Organisationsstruktur gewährleistet. Der Vorstand hat zu seiner Unterstützung bei der Wahrnehmung seiner Leitungsaufgaben entscheidungsvorbereitende Managementkomitees eingerichtet, die ihn durch Empfehlungen beraten.

Über drei Fachbeiräte, die den Vorstand beraten, und sechs regionale Vertriebsbeiräte bindet die DekaBank die Marktnähe und Expertise ihrer Vertriebspartner und Anteilseigner aktiv in die Weiterentwicklung des Geschäfts ein. Der Verwaltungsrat (s. auch unter F.1.5.2.) überwacht den Vorstand und übt damit eine Kontrollfunktion aus. Die Arbeit des Verwaltungsrats findet sowohl im Plenum als auch in Ausschüssen statt. Hierzu hat der Verwaltungsrat aus seiner Mitte den Präsidial- und Nominierungsausschuss, den Prüfungsausschuss, den Vergütungskontrollausschuss und den Risiko- und Kreditausschuss gebildet.

Das Konzept kommt auch bei den Gremien der Tochtergesellschaften zum Ausdruck. Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der jeweiligen Tochtergesellschaft eigenständig. Die Aufsichtsräte der Deka Investment GmbH und der Landesbank Berlin Investment GmbH haben jeweils sechs Mitglieder, darunter zwei unabhängige Aufsichtsratsmitglieder. Die S Broker AG & Co. KG hat fünf Aufsichtsratsmitglieder. Die Aufsichtsräte der übrigen Tochtergesellschaften haben entsprechend der gesetzlich erforderlichen Mindestanzahl drei Mitglieder. Neben zwei Vertretern der DekaBank gehört den Aufsichtsorganen der Kapitalverwaltungsgesellschaften Deka Immobilien Investment GmbH und WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH jeweils ein unabhängiges Aufsichtsratsmitglied an. Je nach Ausgestaltung rechtlicher Vorgaben gehören den Aufsichtsgremien der ausländischen Gesellschaften der Deka-Gruppe ggf. ebenfalls externe Mitglieder an. In der Regel handelt es sich bei den Vertretern der DekaBank in den Aufsichtsgremien der Tochtergesellschaften um die verantwortlichen Vorstandsmitglieder, d.h. das geschäftsfeldverantwortliche Vorstandsmitglied übernimmt den Vorsitz im Aufsichtsrat der ihm funktional zugeordneten Tochtergesellschaften. (siehe hierzu auch Mandate der Vorstandsmitglieder unter F.1.5.3.). Dieses Vorgehen stellt klare und überschneidungsfreie Verantwortlichkeiten in Bezug auf die rechtlichen Einheiten als auch auf das jeweilige Geschäftsfeld sicher.

Organisationsstruktur

Die DekaBank ist die Muttergesellschaft des DekaBank-Konzerns. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Gruppenstruktur per 30. September 2017 gegliedert nach Geschäftsfeldern; sie gibt nicht den Konsolidierungskreis des DekaBank-Konzerns wieder. Angaben zum Konsolidierungskreis des DekaBank-Konzerns per 31. Dezember 2016 sind den Notes im Konzernabschluss für das am 31. Dezember 2016 beendete Geschäftsjahr und zum Konsolidierungskreis per 30. Juni 2017 dem Halbjahresfinanzbericht 2017 zu entnehmen (siehe FINANZTEIL).

Gruppenstruktur nach Geschäftsfeldern: Töchter und Beteiligungen der DekaBank* (Stand:30. September 2017)	
Geschäftsfeld Asset Management Wertpapiere (früher: Geschäftsfeld Wertpapiere) & Geschäftsfeld Asset Management Services (neu seit 1. Januar 2017)	
Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg	100,0 %
Deka International S.A., Luxemburg	100,0 %
International Fund Management S.A., Luxemburg	100,0 %
DekaTreuhand GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Privates Institut für quantitative Kapitalmarktforschung der DekaBank GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin	100,0 %
bevestor GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden	100,0 %
S Broker Management AG, Wiesbaden	100,0 %
S-PensionsManagement GmbH, Köln	50,0 %
Sparkassen Pensionsfonds AG, Köln	50,0 %
Sparkassen Pensionskasse AG, Köln	50,0 %
Deka Neuburger Institut für wirtschaftsmathematische Beratung GmbH, Frankfurt am Main	50,0 %
Dealys Fund Operations GmbH i.L., Frankfurt am Main	50,0 %
Heubeck AG, Köln	30,0 %
DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main	20,0 %
Dealys Fund Operations S.A., Luxemburg	5,0 %
Erste-Sparinvest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wien	2,9 %
Geschäftsfeld Asset Management Immobilien (früher: Geschäftsfeld Immobilien)	
Deka Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Deka Immobilien Luxembourg S.A., Luxemburg	100,0 %
Deka Real Estate Lending K.K., Tokio	100,0 %
Deka Vermögensverwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Deka Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Deka Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,0 %
Deka Investors Spezialinvestmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital und Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0 %
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf	99,7 %
WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG, Frankfurt am Main	94,9 %
Deka-S-PropertyFund No.1 Beteiligungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	11,6 %
Geschäftsfeld Kapitalmarkt	
True Sale International GmbH, Frankfurt am Main	7,7 %

Geschäftsfeld Finanzierungen	
Global Format GmbH & Co. KG, München	18,8 %
HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach	8,3 %
RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München	6,5 %
Zentralbereich Strategie und Beteiligungen	
Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,0 %
SIZ GmbH, Bonn	5,0 %
Liquiditäts-Konsortialbank GmbH i.L., Frankfurt am Main	2,1 %

* Direkt oder indirekt. Es existieren weitere Beteiligungen, die jedoch von untergeordneter Bedeutung sind.

Teil F Informationen zur Emittentin

F.4. Eigenmittelausstattung, Anteilseignerstruktur, Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und Sicherungseinrichtungen

Eigenmittelausstattung, Anteilseignerstruktur, Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und Sicherungseinrichtungen

1. Eigenmittelausstattung

Die DekaBank hat als übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe seit dem 31. Dezember 2013 sowie im Jahr 2015 von der Ausnahmeregelung (*Parent Waiver*) nach Art. 7 Abs. 3 CRR i.V.m. § 2a Abs. 5 KWG Gebrauch gemacht und davon abgesehen, die in den Teilen 2 bis 5 (Eigenmittel, Eigenmittelanforderungen, Großkredite, Risikopositionen aus übertragenen Kreditrisiken) und Teil 8 (Offenlegung) der CRR festgelegten Anforderungen auf Einzelbasis zu erfüllen. Aus diesem Grund wird die Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals auf Einzelinstitutsebene nicht gesondert dargestellt.

Die Angemessenheit der Eigenmittel wird nach der CRR sowie dem CRD IV-Umsetzungsgesetz ermittelt. Die Kapitalquoten werden sowohl unter Anwendung der Übergangsvorschriften als auch ohne Übergangsvorschriften ausgewiesen. Neben dem Adressrisiko, dem Marktrisiko und dem operationellen Risiko wird das CVA-Risiko* berücksichtigt. Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im gesamten Jahresverlauf 2016 und 2017 jederzeit eingehalten. Aus sämtlichen Zahlen lassen sich keine Vorhersagen für die zukünftige Entwicklung der Eigenmittelausstattung der Deka-Gruppe treffen.

Die unter Berücksichtigung der CRR/CRD-IV-Anforderungen ohne Übergangsregeln berechnete harte Kernkapitalquote (*fully loaded*) stand zum 30. Juni 2017 bei 18,0 Prozent (Jahresende 2016: 16,7 Prozent). Das harte Kernkapital (*fully loaded*) erhöhte sich – vorwiegend durch die Thesaurierung aus dem Jahresergebnis 2016. Die Risikogewichteten Aktiva reduzierten sich. Dies ist insbesondere auf ein leicht verringertes Adressrisiko zurückzuführen. Die Gesamtkapitalquote (*fully loaded*) belief sich auf 23,6 Prozent (Jahresende 2016: 22,2 Prozent).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die aufsichtsrechtliche Eigenmittelausstattung der Deka-Gruppe zum Ende des Geschäftsjahres 2016 und 2015 (jeweils 31. Dezember) sowie zum 30. Juni 2017 (Halbjahresfinanzbericht). Detailliertere Angaben sind den Notes des Konzernabschlusses 2016 sowie den Notes des Konzernzwischenabschlusses 2017 (mit Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht) im Finanzteil zu entnehmen.

* Credit Valuation Adjustment (CVA). Das CVA-Risiko ist eine im Rahmen der Capital Requirements Regulation (CRR) neu eingeführte Risikoart, die für alle OTC-Derivate (außerbörslich gehandelte Derivate), die nicht über einen qualifizierten Zentralen Kontrahenten (CCP) abgewickelt werden, zusätzlich zu berechnen und mit Eigenkapital zu unterlegen ist. Es werden die Risiken der Wertminderung von derivativen Kontrakten abgebildet, die aus der Bonitätsverschlechterung des Kontrahenten resultieren (= Migrationsrisiko).

**Aufsichtsrechtliche Eigenmittelausstattung der Deka-Gruppe
in Mio. Euro**

	30.06.2017 (ungeprüft)		31.12.2016		31.12.2015	
	CRR/CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR/CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR/CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR/CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR/CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR/CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
Hartes Kernkapital	4.198	4.293	3.978	4.216	3.866	4.213
Zusätzliches Kernkapital	474	436	474	348	474	292
Kernkapital	4.672	4.728	4.451	4.564	4.339	4.505
Ergänzungskapital	830	824	838	801	855	814
Eigenmittel	5.502	5.553	5.289	5.366	5.194	5.319
Adressrisiko	14.553	14.553	15.038	15.038	15.391	15.391
Marktrisiko	4.577	4.577	4.478	4.478	11.884	11.884
Operationelles Risiko	2.834	2.834	2.887	2.887	2.185	2.185
CVA-Risiko	1.314	1.314	1.411	1.411	1.727	1.727
Risikogewichtete Aktiva (Gesamtrisikobetrag)	23.278	23.278	23.813	23.813	31.188	31.188
	in %	in %	in %	in %	in %	in %
Harte Kernkapitalquote	18,0	18,4	16,7	17,7	12,4	13,5
Kernkapitalquote	20,1	20,3	18,7	19,2	13,9	14,4
Gesamtkapitalquote	23,6	23,9	22,2	22,5	16,7	17,1

2. Anteilseignerstruktur*

Im Rahmen der Neustrukturierung der Anteilseignerstruktur der DekaBank im Jahr 2011 haben die Sparkassen über ihre Verbände gemeinsam mit der DekaBank den fünfzigprozentigen Anteil, den bisher die Landesbanken mittelbar über die gemeinsame Beteiligungsgesellschaft GLB GmbH & Co. OHG und die NIEBA GmbH (Tochter der NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale) an der DekaBank hielten, erworben. Die DekaBank selbst hat sich im Rahmen dieser Transaktion durch den Erwerb eigener Anteile in Höhe von 1 Mrd. Euro über die Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der DekaBank, beteiligt.

Die Sparkassen werden seit der Anteilsübertragung über ihre Verbände wie alleinige Eigentümer der DekaBank behandelt. Neuer Anteilseigner ist seitdem die Deka Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG (die „**Sparkassen-Erwerbsgesellschaft**“^{*)}, in der die Sparkassen über die regionalen Sparkassen- und Giroverbände ihre Anteile gebündelt haben. Unter Berücksichtigung der Beteiligung des DSGVO öK[†] an der DekaBank, befindet sich die DekaBank damit vollständig im Besitz der Sparkassen. Sämtliche Rechte der von der Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH erworbenen Anteile ruhen, insbesondere Stimm- und Gewinnbezugsrechte sowie das Recht auf Liquidationserlös.

Die nachfolgenden Abbildungen zeigen die aktuelle Anteilseignerstruktur a) in Bezug auf das Kapital (in Form direkter und atypisch stiller Beteiligungen) und b) in Bezug auf den Stimmrechtsanteil der einzelnen Sparkassenverbände.

Anteilseigner der DekaBank - in Bezug auf das Kapital* in %	
	Kapitalanteil*
DSGV ö.K.	39,4%
Deka Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG	39,4%
Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH	21,2%
	100,00%

* in Form direkter bzw. atypisch stiller Beteiligungen.

Anteilseigner der DekaBank - in Bezug auf den Stimmrechtsanteil ^{*)}		
	Stimmrechtsanteil DSGV ö.K.	Stimmrechtsanteil Deka Erwerbsgesellschaft mbH & Co KG
	50% – darunter –	50% – darunter –
Sparkassenverband Baden-Württemberg	7,71 %	8,14 %
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	6,56 %	7,66 %
Sparkassenverband Niedersachsen	6,46 %	2,04 %
Sparkassenverband Bayern	6,32 %	8,40 %
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	6,18 %	3,69 %
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	5,81 %	5,47 %
Sparkassenverband Rheinland-Pfalz	3,21 %	1,87 %
Sparkassenverband Berlin / Landesbank Berlin	1,90 %	1,57 %
Ostdeutscher Sparkassenverband	1,83 %	8,00 %
Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein	1,78 %	1,48 %
Sparkassenverband Saar	1,37 %	0,43 %
Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband	0,91 %	1,27 %

*) vorbehaltlich Rundungsdifferenzen

* Die Sparkassen-Erwerbsgesellschaft ist die vom DSGVO ö.K. gemeinsam mit den regionalen Sparkassen- und Giroverbänden bzw. den regionalen Beteiligungsgesellschaften der Sparkassen zum Zwecke des Anteilserwerbs gegründete Gesellschaft.

† Träger der DekaBank

3. Gewährträgerhaftung und Anstaltslast

Im Zuge der Verständigung zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Landesregierungen mit der EU-Kommission vom 17. Juli 2001 („**Brüsseler Verständigung**“) hatte sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Gewährträgerhaftung zugunsten von Sparkassen und Landesbanken in den jeweiligen Rechtsgrundlagen bis zum 31. Dezember 2002 unter Berücksichtigung einer Übergangszeit abzuschaffen und die Anstaltslast durch ein System zu ersetzen, in dem sich die finanzielle Haftungsbeziehung zwischen dem Träger und dem öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut nicht von einer „normalen“, privatwirtschaftlich ausgestalteten Beziehung unterscheidet.

Die aufgrund der Brüsseler Verständigung erforderlichen Änderungen im Errichtungsgesetz der DekaBank (Dritte Reichsverordnung) wurden durch Artikel 14a, 23 des Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland (Viertes Finanzmarktförderungsgesetz) umgesetzt. Die Satzung der DekaBank wurde in gleicher Weise angepasst. Die Änderungen sind jeweils am 19. Juli 2005 in Kraft getreten.

Entsprechend der Brüsseler Verständigung sind Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, bis zum Ende ihrer Laufzeit von der Gewährträgerhaftung gedeckt. Die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten sind ebenfalls von der Gewährträgerhaftung erfasst, sofern ihre Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht.

Vor diesem Hintergrund ist ein Großteil der von der Gewährträgerhaftung noch erfassten Verbindlichkeiten bis Ende 2015 ausgelaufen. Die entsprechend der vorgenannten Regelungen noch von der Gewährträgerhaftung erfassten Verbindlichkeiten bestehen in geringer Höhe.

Für diese noch von der Gewährträgerhaftung erfassten Verbindlichkeiten haften die satzungsgemäßen Gewährträger (vergleiche hierzu auch nachstehende Abbildung „Gewährträger der DekaBank“), soweit das Vermögen der DekaBank zur Erfüllung der Verbindlichkeiten nicht ausreicht. Satzungsgemäße Gewährträger der Bank sind die Träger der DekaBank, die in der Satzung vom 18. Juli 2005 bezeichnet sind.

Gewährträger der DekaBank (unter Berücksichtigung der seit 18. Juli 2005 eingetretenen gesellschaftsrechtlichen Veränderungen)
DSGV ö.K.*
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg - Girozentrale -*
HSH Nordbank AG*
NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale*
Landesbank Saar*
Landesbank Baden-Württemberg*
Erste Abwicklungsanstalt (diesbezügliche Rechtsnachfolgerin der WestLB AG)*
Landesbank Berlin AG**

* Träger der DekaBank (bis einschließlich 18. Juli 2005 satzungsgemäße Gewährträger).

** unter Berücksichtigung der zum 1. Dezember 2002 eingetretenen Änderung.

Die 2011 erfolgte Neustrukturierung der Anteilseignerstruktur hat auf diese Regelung keinen Einfluss. Die Landesbank Berlin AG ist am 30. November 2002 aus dem Kreis der Gewährträger der Bank ausgeschieden. Sie haftet für später vereinbarte Verbindlichkeiten der Bank nicht. Zur Begründung der Zahlungsverpflichtung der Gewährträger der DekaBank genügt die schlüssige Darlegung eines Gläubigers der DekaBank, dass die DekaBank eine fällige Verbindlichkeit auf erstes Verlangen nicht erfüllt hat. Die Erfüllung sonstiger Voraussetzungen, insbesondere eine Vorausklage gegen die DekaBank oder deren Liquidation, ist nicht Vorbedingung für eine Zahlungsverpflichtung der Gewährträger. Die Gewährträger haben deshalb die Verbindlichkeiten der DekaBank unverzüglich zu erfüllen, soweit ein Gläubiger nicht aus dem Vermögen der DekaBank befriedigt wird. Der Gläubiger hat insoweit einen eigenen unmittelbaren Anspruch gegen die Gewährträger auf Zahlung.

In Folge der Brüsseler Verständigung haben der DSGV ö.K. und die in § 2 Abs. 1 der Satzung in der bis zum 18. Juli 2005 geltenden Fassung genannten Landesbanken (siehe vorstehende Abbildung „Gewährträger der DekaBank“) ihre Gewährträgerstellung für die DekaBank ab dem 19. Juli 2005 gemäß der dargestellten Übergangsregelung aufgegeben. Ab diesem Zeitpunkt ist die Haftung der Träger und anderer nach der Satzung Beteiligter auf das satzungsgemäß von diesen zu leistende Kapital beschränkt. Die Träger der Bank unterstützen diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Bank gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger auf Zurverfügungstellung von Mitteln nicht besteht. Mit dem Vertrag zur Neustrukturierung der Anteilseignerstruktur im Jahr 2011 sind die Landesbanken als Träger der DekaBank, nicht jedoch als Gewährträger für die von der Gewährträgerhaftung erfassten Verbindlichkeiten, ausgeschieden.

4. Sicherungseinrichtungen

Am 3. Juli 2015 trat in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz („**EinSiG**“) in Kraft. Das Gesetz setzt die Einlagensicherungsrichtlinie um. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr institutsbezogenes Sicherungssystem („**Sicherungssystem**“) an diesen gesetzlichen Vorgaben ausgerichtet.

Freiwillige Institutssicherung

Die DekaBank gehört diesem Sicherungssystem an. Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden.

Gesetzliche Einlagensicherung

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem EinSiG amtlich anerkannt und gewährleistet die Entschädigung der Einleger nach Maßgabe des EinSiG. Inhaberschuldverschreibungen sind keine entschädigungsfähigen Einlagen nach § 6 EinSiG.

Wesentliche Verträge sowie Gerichts- und Schiedsverfahren

1. Wesentliche Verträge

Es liegen zum Datum dieses Prospekts keine wesentlichen Verträge vor.

2. Gerichts- und Schiedsverfahren

Mit Ausnahme der im Abschnitt „Teil B Risikofaktoren“ unter „B.1. Risiken in Bezug auf die Emittentin – Wesentliche Rechtsrisiken“ beschriebenen Verfahren sind keine Gerichts-, Schieds-, Verwaltungs- oder sonstige Verfahren anhängig, an denen die DekaBank (als Beklagte oder auf andere Weise) beteiligt ist und die im Falle eines negativen Ausgangs einen erheblichen Einfluss auf ihre in diesem Prospekt dargestellte wirtschaftliche Lage oder Rentabilität haben könnten, noch waren in den letzten zwölf Monaten solche Verfahren anhängig oder sind nach Kenntnis der DekaBank solche Verfahren angedroht oder anderweitig absehbar.

Geschäftsgang und Aussichten

1. Wesentliche Veränderungen

Es haben sich seit dem Datum des letzten veröffentlichten, geprüften Jahresabschlusses (per 31. Dezember 2016) keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin ergeben.

Darüber hinaus sind seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Abschlusses (per 30. Juni 2017) keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Deko-Gruppe eingetreten.

2. Geschäftsgang

Bis zum Datum dieses Prospekts sind nach der Veröffentlichung des letzten geprüften Jahresabschlusses keine Ereignisse eingetreten, welche für den Geschäftsgang und die Zahlungsfähigkeit der Emittentin im laufenden Geschäftsjahr in hohem Maße relevant sind.

3. Aussichten

Nach dem ersten Halbjahr 2017 rechnet die DekoBank für das Jahr 2017 mit einer Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums weltweit. Während die positive Entwicklung in den Industrienationen vor allem von einer höheren Wachstumsrate in den USA getrieben ist, profitieren die Schwellenländer von der wirtschaftlichen Erholung in Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika. In der Eurozone rechnet die DekoBank mit einer höheren Wachstumsrate. In Summe erwartet die Deko-Gruppe aber gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 keine maßgebliche Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die durch die EZB-Politik verursachte Überschussliquidität am Geldmarkt und das auch künftig niedrige Zins- und Renditeniveau stellen weiterhin vergleichsweise schwierige Rahmenbedingungen für die Deko-Gruppe dar.

Die Deko-Gruppe wird die laufenden strategischen Initiativen zur Weiterentwicklung des Wertpapierhauses im Jahr 2017 fortführen. Damit verbunden sind die Umsetzung der Multikanalstrategie sowie die Verstärkung des institutionellen Geschäfts auch außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Insgesamt erwartet die Deko-Gruppe eine stabile Entwicklung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage. Die Liquiditätssituation wird auf einem ausreichenden Niveau erwartet. Die Funktion als Liquiditäts-, Risiko- und Sicherheitenplattform für die Sparkassen und weitere institutionelle Kunden kann uneingeschränkt erfüllt werden. Regulatorische Verschärfungen und marktseitige Turbulenzen können dies aber beeinträchtigen.

Das Geschäftsfeld Asset Management Wertpapiere strebt für 2017 ein gutes Geschäft mit Retailkunden sowie die Verstärkung des institutionellen Geschäfts auch außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe an. Positiv soll sich zudem die kontinuierliche Weiterentwicklung des Produktangebots auswirken, die den unterschiedlichen Kundenbedürfnissen Rechnung trägt. Marktseitige Risiken für das Geschäftsfeld Wertpapiere bestehen einerseits in einem fortgesetzt niedrigen Zinsniveau. Zwar steigert dies grundsätzlich die Attraktivität von Sachwerte-Investments gegenüber Einlagenprodukten, doch könnte es hierdurch mittelfristig zu Wachstumseinbußen, sinkenden Unternehmensgewinnen und entsprechend sinkenden Kursen kommen. Ein markanter Zinsanstieg aufgrund einer womöglich expansiveren Fiskalpolitik könnte andererseits das Bewertungsniveau in den Fonds spürbar beeinflussen. Überdies können regulatorische Änderungen Anleger verunsichern und die Geldvermögensbildung über Fonds negativ beeinflussen.

Das Geschäftsfeld Asset Management Immobilien steuert den Absatz der Offenen Immobilien-Publikumsfonds für Retailkunden weiterhin über Vertriebskontingente, die sich an der Entwicklung auf den Transaktionsmärkten und einer vorausschauenden Liquiditätssteuerung der Fonds orientieren. Das institutionelle Geschäft soll über die neue Club- Deal-Reihe und einen weiteren Immobilien-Dachfonds belebt werden. Die Internationalisierung des Geschäfts wird weiter vorangetrieben, unter anderem durch den Ausbau des Geschäfts in Nordamerika. Die Immobilienfinanzierung agiert unverändert als enger strategischer Partner des immobilienbezogenen Asset Managements. Im Immobilienfinanzierungsgeschäft sind eine weitere Verschlechterung der Kreditvergabekriterien und / oder der Kreditmargen als zentrale Ergebnisrisiken anzusehen. Risiken für die künftige Entwicklung resultieren aus regulatorischen Eingriffen, welche die Attraktivität von Fondsinvestments dauerhaft beeinträchtigen können. Das erreichte hohe Preisniveau bei Core-Immobilien erhöht vor allem auch vor dem Hintergrund politischer Unsicherheiten die Abwertungsrisiken.

Das neue Geschäftsfeld Asset Management Services fokussiert sich in 2017 auf den Auf- und Ausbau des Digitalen Multikanalmanagements, die Führung von Fondsdepots und die Verwahrstellenfunktion sowie die Anbindung des S Brokers in das Gesamtangebot.

Das Geschäftsfeld Kapitalmarkt wird sein Produkt- und Lösungsangebot auch im Jahr 2017 fortentwickeln. Der Fokus liegt unter anderem auf strukturierten Produkten, Rentenpapieren und dem Emissionsgeschäft sowie einer Ausweitung der Infrastrukturanbindung von Sparkassen und institutionellen Kunden. Etwaige regulatorische Eingriffe könnten das Kundengeschäft auch im Jahr 2017 beeinflussen. Marktseitige Risiken bestehen insbesondere in der künftigen Entwicklung der Marktzinsen und des Wettbewerbsumfelds im provisionsgetriebenen Geschäft.

Das Geschäftsfeld Finanzierungen beabsichtigt, das Geschäft in den Segmenten außerhalb der Sparkassenfinanzierung auszuweiten und das Volumen des arrangierten Neugeschäfts bei entsprechender Rentabilität zu steigern. Zugleich soll der vermögenswahrende Abbau des Legacy-Portfolios fortgesetzt werden. Risiken könnten in einer weiteren Verschlechterung des wettbewerbsintensiven Marktumfelds oder einer erneuten Verschlechterung der Schiffscharterraten bestehen.

Finanzinformationen der Emittentin

Die DekaBank erstellt Jahresabschlüsse nach dem Handelsgesetzbuch („**HGB**“). Die Konzernabschlüsse der Deka-Gruppe werden seit dem Konzernabschluss für das am 31. Dezember 2005 beendete Geschäftsjahr gemäß den International Financial Reporting Standards („**IFRS**“), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Für Zwecke dieses Prospekts werden die IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, als IFRS bezeichnet.

Die Deka-Gruppe ist seit dem 20. Januar 2007 gemäß § 37w Wertpapierhandelsgesetz („**WpHG**“) verpflichtet, Zwischenabschlüsse zu veröffentlichen. Die Regelungen sind auf Jahres- und Konzernabschlüsse für Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2006 beginnen. Der erstmalig von der DekaBank entsprechend dieser Regeln zu veröffentlichende Abschluss war der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2007. Seit dem Datum der letzten geprüften historischen Finanzinformationen hat die Emittentin den folgenden Zwischenabschlüsse entsprechend der Vorschriften des WpHG veröffentlicht:

- Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2017

Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzdaten zu den Geschäftsjahren 2016 und 2015 wurden den vom Abschlussprüfer geprüften historischen Finanzinformationen der Deka-Gruppe entnommen, es sei denn, es ist an entsprechender Stelle eine andere Quelle angegeben und/oder der Hinweis „ungeprüft“ vermerkt. Die in diesem Prospekt enthaltenen Finanzdaten zum 30. Juni 2017 sind dem vom Abschlussprüfer mit prüferischer Durchsicht versehenen Zwischenabschluss der Deka-Gruppe entnommen.

1. Abschlussprüfer

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, The Squaire - Am Flughafen, 60549 Frankfurt am Main ist der gesetzliche Abschlussprüfer der Deka-Gruppe (der „**Abschlussprüfer**“). Der Abschlussprüfer hat für das am 31. Dezember 2016 und für das am 31. Dezember 2015 beendete Geschäftsjahr den jeweiligen Jahresabschluss und den Lagebericht der DekaBank sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht der Deka-Gruppe geprüft. Die genannten Jahres- und Konzernabschlüsse wurden vom Abschlussprüfer jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Abschlussprüfer hat den Halbjahresfinanzbericht der Deka-Gruppe einer prüferischen Durchsicht unterzogen und mit einer entsprechenden Bescheinigung versehen, eine Abschlussprüfung erfolgte nicht.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer (WPK).

2. Historische Finanzinformationen

Die historischen Finanzinformationen der Deka-Gruppe für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 30. Juni 2017 sind im folgenden FINANZTEIL auf den Seiten F_{HJ17}-0 bis F_{HJ17}-46 abgedruckt.

Die historischen Finanzinformationen der Deka-Gruppe für das am 31. Dezember 2016 beendete Geschäftsjahr sind im folgenden FINANZTEIL auf den Seiten F₁₆-0 bis F₁₆-86 abgedruckt.

Die historischen Finanzinformationen der Deka-Gruppe für das am 31. Dezember 2015 beendete Geschäftsjahr sind im folgenden FINANZTEIL auf den Seiten F₁₅-0 bis F₁₅-84 abgedruckt.

Aufgrund von Rundungen können sich in den historischen Finanzinformationen bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Darüber hinaus nachfolgend zusammengefasst einzelne Risiko- und Ergebniskennzahlen (einschließlich nicht finanzieller und finanzieller Leistungsindikatoren) der Deka-Gruppe aus dem Konzernlagebericht (zum 31. Dezember 2016 und zum 30. Juni 2017), die zur Risiko- und Ergebnissteuerung der Deka-Gruppe herangezogen werden, sowie die Anzahl der Mitarbeiter und die Depotanzahl. Diese nachfolgenden Kennzahlen sind im Zusammenhang mit den Informationen im FINANZTEIL zu lesen und sollen nicht von der Darstellung der Kennzahlen, welche direkt den Konzernabschlüssen entnommen werden können, ablenken.

		30.06.2017* (ungeprüft)	30.06.2016* (ungeprüft)	31.12.2016**	31.12.2015**
Kennzahlen zum Fondsgeschäft					
Total Assets	Mio €	270.438	245.391	256.805	240.045
Depotanzahl	Tsd	4.374	4.099	4.289	4.054
		01.01.-30.06.2017 (ungeprüft)	01.01.-30.06.2016 (ungeprüft)	01.01.-31.12.2016	01.01.-31.12.2015
Nettovertriebsleistung	Mio €	12.611	9.018	16.914	19.505
Ergebniskennzahlen					
Wirtschaftliches Ergebnis	Mio €	241,3	229,8	415,1	610,6
Ergebnis vor Steuern	Mio €	289,6	317,9	489,5	601,0
Relative Kennzahlen					
Eigenkapitalrentabilität ¹⁾	%	10,7	10,7	9,4	14,8
Aufwands-Ertrags-Verhältnis ²⁾	%	68,4	61,4	60,7	57,7
		30.06.2017 (ungeprüft)	30.06.2017 (ungeprüft)	30.06.2016 (ungeprüft)	31.12.2016
Aufsichtsrechtliche Kennzahlen³⁾					
Eigenmittel	Mio €	5.502	5.309	5.289	5.194
Harte Kernkapitalquote	%	18,0	12,8	16,7	12,4
Kernkapitalquote	%		14,3	18,7	13,9
Gesamtkapitalquote	%	23,6	17,0	22,2	16,7
Risikokennzahlen					
Gesamtrisikotragfähigkeit (Risikokapazität)	Mio €	5.881	5.723	5.785	5.868
Gesamtrisiko (Value-at-Risk) ⁴⁾	Mio €	1.980	2.502	2.039	2.440
Auslastung der Gesamtrisikotragfähigkeit (Auslastung der Risikokapazität)	%	33,7	43,7	35,2	41,6
Mitarbeiter		4.634	4.507	4.556	4.277

* Zahlenangaben auf Basis der Geschäftsfeldstruktur per 01.01.2017. In der Segmentberichterstattung wurden die Vorjahreszahlen (30.06.2016) auf Geschäftsfeldebene angepasst.

** Zahlenangaben auf Basis Geschäftsfeldstruktur bis 31.12.2016

- 1) Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) wurde zum 30.06.2017 umgestellt. Der Vergleichswert für das erste Halbjahr 2016 wurde angepasst. Die dargestellte Eigenkapitalrentabilität vor Steuern entspricht ab dem 30.06.2016 dem annualisierten Wirtschaftlichen Ergebnis bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital inklusive atypisch stiller Einlagen, ohne zusätzliches Kernkapital (AT1) und bereinigt um immaterielle Vermögenswerte. Die Berechnung der Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) orientiert sich nunmehr an der Berechnungsmethodik der European Banking Authority (EBA). Per 31.12.2016 bzw. 31.12.2015 entspricht die Eigenkapitalrentabilität (vor Steuern) dem Wirtschaftlichen Ergebnis bezogen auf das Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres inklusive atypisch stiller Einlagen. Die Eigenkapitalrentabilität spiegelt die Verzinsung des von den Anteilseignern zur Verfügung gestellten Kapitals wider.
- 2) Aufwands-Ertrags-Verhältnis entspricht dem Quotienten der Summe der Aufwendungen (ohne Restrukturierungsaufwendungen) zu der Summe der Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft). Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis ist eine Produktivitätskennzahl und gibt Aufschluss darüber, welcher Betrag aufgewendet werden muss, um 1 Euro Ertrag zu erwirtschaften.
- 3) ohne Übergangsregelungen – fully loaded
- 4) Konfidenzniveau: 99,9%, Haltedauer: 1 Jahr.

Die Risiko- und Ergebnissteuerung der Deka-Gruppe erfolgt über nicht-finanzielle und finanzielle Leistungsindikatoren. Ein umfassendes Reporting zur Steuerung der Deka-Gruppe gibt frühzeitig darüber Auskunft, ob die strategischen und operativen Maßnahmen greifen und ob sich die Deka-Gruppe hinsichtlich des angestrebten Rendite- / Risikoverhältnisses im Zielkorridor bewegt. Die Beschreibung der Leistungsindikatoren erfolgt konsistent zu der Darstellung im Finanzteil.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Ergebnis-, Eigenkapital- und Risikosteuerung der Deka-Gruppe wird im Wesentlichen über drei zentrale Steuerungsgrößen abgebildet.

Die zentrale interne Steuerungs- und Erfolgsgröße im Sinne der IFRS 8 Vorgaben ist das **Wirtschaftliche Ergebnis**, dessen Ausgangsbasis die Zahlen nach IFRS-Rechnungslegungsstandards bilden. Das Wirtschaftliche Ergebnis enthält neben dem Ergebnis vor Steuern ergänzend die Veränderung der Neubewertungsrücklage vor Steuern sowie das zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnis aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft. Ebenso geht der direkt im Eigenkapital erfasste Zinsaufwand der AT1-Anleihe (Additional Tier 1 Capital) in das Wirtschaftliche Ergebnis ein. Des Weiteren werden im Wirtschaftlichen Ergebnis potenzielle künftige Belastungen berücksichtigt, deren Eintritt in der Zukunft als möglich eingeschätzt wird, die aber in der IFRS-Rechnungslegung mangels hinreichender Konkretisierung noch nicht erfasst werden dürfen. Ziel der Anpassungen gegenüber dem Ergebnis vor Steuern (nach IFRS) ist es, den tatsächlichen Erfolg der betrachteten Periode abzubilden. Bereits seit 2007 findet das Wirtschaftliche Ergebnis Verwendung in der externen Berichterstattung auf Gruppen und

Geschäftsfeldebene. Zur Überleitung des Wirtschaftlichen Ergebnisses auf das IFRS-Ergebnis vor Steuern wird auf die Segmentberichterstattung in Note [2] (siehe FINANZTEIL) verwiesen. Die Bewertungs- und Ausweisunterschiede sind dort in der Überleitungsspalte ausgewiesen. Insofern ist eine Überleitung zum Ergebnis vor Steuern sichergestellt.

Die harte **Kernkapitalquote** (siehe hierzu auch F.4.1. Eigenmittelausstattung) ist eine zentrale Steuerungsgröße für die Angemessenheit der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung. Die harte Kernkapitalquote ist definiert als Quotient aus hartem Kernkapital und Risikogewichteten Aktiva (RWA) aller relevanten Adress-, Markt- und operationellen Risikopositionen sowie dem CVA-Risiko (Credit Valuation Adjustment). Die Steuerung der RWA erfolgt unter Berücksichtigung der Gruppenstrategie, der angestrebten Bilanzstruktur und Kapitalmarktumfeld. Gemäß den Anforderungen der CRR sowie des deutschen Gesetzes zur Umsetzung der CRD IV werden die Kapitalquoten unter Anwendung der Übergangsregeln (phase in) (vergleiche F.4.1.) sowie ohne Übergangsvorschriften (fully loaded) (siehe oben) ausgewiesen.

Zentrale Risikosteuerungsgröße ist die Auslastung des in Form des Risikoappetits allozierten Risikokapitals im vorrangig betrachteten Liquidationsansatz. Im Rahmen der monatlichen Risikotragfähigkeitsanalyse wird das für die Überwachung der Kapitalallokation reservierte Risikokapital der Deko-Gruppe, das zur Abdeckung von Verlusten herangezogen werden kann, dem über alle erfolgswirksamen Risikoarten hinweg erhobenen Gesamtrisiko gegenübergestellt. Hierdurch lässt sich feststellen, ob die Gesamtrisikolimits auf Gruppen- und Geschäftsfeldebene eingehalten werden.

Ergänzende Erläuterungen zu Risikotragfähigkeit und Kapitalallokation

Die Deko-Gruppe verfolgt zur Sicherung der Risikotragfähigkeit primär einen an der Liquidationsperspektive ausgerichteten Ansatz (Liquidationsansatz), bei dem vor allem der jederzeitige Schutz der Gläubiger im fiktiven Liquidationsfall im Vordergrund steht. Dies erfordert die Einbeziehung auch äußerst seltener Risikosituationen in die Analyse.

Das Gesamtrisiko der Deko-Gruppe im Rahmen des Liquidationsansatzes umfasst mindestens alle maßgeblichen erfolgswirksamen Risikoarten und wird daraus additiv ermittelt. Diversifikationseffekte zwischen einzelnen Risikoarten bleiben dabei unberücksichtigt. Gemessen wird das Gesamtrisiko der Deko-Gruppe als ökonomischer Kapitalbetrag, der mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ausreicht, um Verluste aus allen wesentlichen risikobehafteten Positionen innerhalb eines Jahres jederzeit abzudecken. Um die Einzelrisiken einheitlich quantifizieren und zu einer Kennzahl für das Gesamtrisiko aggregieren zu können, greift die DekoBank auf den Value-at-Risk-Ansatz (VaR) zurück. Die Berechnung des VaR mit einjähriger Haltedauer erfolgt für die interne Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent, das sich aus dem Geschäftsmodell mit Bezug zu einem S&P-Rating auf dem Niveau des „stand-alone credit profile“ von „a-“ ableitet.

Dem aus den einzelnen Risikoarten ermittelten Gesamtrisiko der Deko-Gruppe steht das Risikodeckungspotenzial gegenüber, das zur Abdeckung von Verlusten herangezogen werden kann. Im Sinne des Liquidationsansatzes können dabei alle Kapitalkomponenten zum Ansatz kommen, die im hypothetischen Liquidationsfall zur Verfügung stehen und die Gläubiger nicht belasten. Das insgesamt zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial, die sogenannte Risikokapazität, setzt sich im Liquidationsansatz hauptsächlich aus Eigenkapital nach IFRS und Ergebniskomponenten sowie Positionen mit Hybridkapitalcharakter (Nachrangkapital), bereinigt um Korrekturbeträge für bestimmte Kapitalkomponenten, beispielsweise für immaterielle Vermögenswerte oder Risiken aus Pensionsverpflichtungen, zusammen und steht – im Sinne eines formalen Gesamtrisikolimits – zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit zur Verfügung.

Um extreme Marktentwicklungen und -verwerfungen im Rahmen der Risikotragfähigkeit abzubilden und diese jederzeit sicherzustellen, wird – ausgehend von der Risikokapazität – explizit ein Kapitalpuffer für Stressbelastungsfälle reserviert. Dieser entspricht in der Höhe mindestens den nachrangigen Kapitalbestandteilen einschließlich des AT1-Kapitals. Der maximale Risikoappetit, welcher sich aus der Risikokapazität abzüglich des Kapitalpuffers für Stressbelastungsfälle ergibt, stellt die primäre Steuerungsgröße für die Allokation des Risikokapitals dar.

Unter Berücksichtigung weiterer Abzugsposten (beispielsweise einem Puffer für Modellunsicherheiten für die im Einsatz befindlichen Risikomodelle) sowie einer Allokationsreserve ergibt sich das vom Vorstand in Form des Risikoappetits auf die Geschäftsfelder (einschließlich dem Zentralbereich Treasury und dem Nicht-Kerngeschäft) und auf die Risikoarten (einschließlich Immobilienrisiko, Immobilienfondsrisiko und Beteiligungsrisiko) allozierte Risikokapital.

Die Auslastungskennziffern für die Risikokapazität, den maximalen Risikoappetit und das allozierte Risikokapital in Form des Risikoappetits dürfen jeweils 100 Prozent nicht übersteigen. Für die Auslastung des maximalen Risikoappetits ist im Rahmen der Berichterstattung eine Vorwarngrenze in Höhe von 90 Prozent etabliert.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren beziehen sich auf die unterschiedlichen Dimensionen des operativen Geschäfts. Sie zeigen an, wie erfolgreich die Geschäftsbereiche mit ihren Produkten und Dienstleistungen am Markt agieren und wie effizient die Geschäftsabläufe sind.

Zentraler Leistungsindikator für den Absatzerfolg im Asset Management und für den Zertifikateabsatz ist die **Nettovertriebsleistung**. Sie ergibt sich im Wesentlichen als Summe aus dem Direktabsatz der Publikums- und Spezialfonds der Deka-Gruppe, des Fondsbasierten Vermögensmanagements, der Fonds der Kooperationspartner, der Masterfonds- und Advisory- / Management-Mandate, der ETF und der Zertifikate. Dabei entspricht die Nettovertriebsleistung im Fondsgeschäft der Bruttovertriebsleistung abzüglich der Rückflüsse. Durch Eigenanlagen generierter Absatz wird nicht mitgerechnet. Bei Zertifikaten werden Rückgaben und Fälligkeiten nicht berücksichtigt, da die Ertragswirkung maßgeblich zum Zeitpunkt der Emission erfolgt.

Die Steuerungsgröße **Total Assets** enthält das ertragsrelevante Volumen der Publikums- und Spezialfondsprodukte (inklusive ETF) der Geschäftsfelder Wertpapiere und Immobilien, Direktanlagen in Kooperationspartnerfonds, den Kooperationspartner-, Drittfonds- und Liquiditätsanteil des Fondsbasierten Vermögensmanagements sowie die Advisory- / Management-Mandate. Ebenfalls enthalten ist das Volumen, das auf Zertifikate und fremdgemanagte Masterfonds entfällt. Die Total Assets beeinflussen entscheidend die Höhe des Provisionsergebnisses.

Die Nettovertriebsleistung und die Total Assets werden auf Ebene der Deka-Gruppe nach dem Kundensegment (Retailkunden und institutionelle Kunden) und der Produktkategorie differenziert aufgegliedert. Dabei wird zwischen Publikumsfonds und Fondsbasiertem Vermögensmanagement, Spezialfonds und Mandaten, Zertifikaten und ETF unterschieden.

PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Informationen aus den nachstehenden Dokumenten sind per Verweis in den Prospekt einbezogen und sind Bestandteil des Prospekts. Sie sind während gewöhnlicher Geschäftszeiten am Sitz der Emittentin (s. „Adressen-Liste“) erhältlich und auf der Internetseite der Luxemburger Wertpapierbörse (www.bourse.lu) abrufbar. Sämtliche in einem der nachstehend als Quelldokumente genannten Dokumente enthaltenen Informationen, die nicht per Verweis in diesen Prospekt einbezogen sind, sind entweder nicht für den Anleger relevant oder an anderer Stelle in diesem Prospekt enthalten.

Dokument	Seiten Referenz
Basisprospekt der DekaBank Deutsche Girozentrale, datierend vom 17. Februar 2017, für das Emissionsprogramm für Inhaberschuldverschreibungen I, für Nichtdividendenwerte gemäß Artikel 22 Absatz 6 Nr. 4 der Prospektverordnung.	
Per Verweis einbezogen werden aus diesem:	
D.1. Allgemeine Informationen zu Funktionsweisen und zu optionalen Ausstattungsmerkmalen der Schuldverschreibungen	W-57- – W-139-
D.2. Muster der Endgültigen Bedingungen (mit Ausnahme des Abschnitts WICHTIGER HINWEIS und der beiden einleitenden Absätze unter I. ALLGEMEINE INFORMATIONEN UND EMISSIONSBEDINGUNGEN)	W-141- – W-161-
D.3. Emissionsbedingungen	
A. Grundbedingungen	
A.2. Option II	W-225- – W-284-
B. Technischer Annex für Option I und II („Annex A“)	W-285- – W-470-
D.4. Allgemeine Informationen zu kreditereignisabhängigen Schuldverschreibungen	W-471- – W-473-

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

FORTSETZUNG DES ÖFFENTLICHEN ANGEBOTS

1. Beschreibung der Fortsetzung des öffentlichen Angebots

Die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen der unter den nachstehend in Ziffer 2 bezeichneten Relevanten Ursprungsprospekten der DekaBank Deutsche Girozentrale (jeweils ein „**Ursprungsprospekt**“) öffentlich angebotenen Schuldverschreibungen können vorsehen, dass das öffentliche Angebot der betreffenden Schuldverschreibungen (die „**Betreffenden Schuldverschreibungen**“) nach Ablauf der Gültigkeit des Ursprungsprospekts fortgesetzt werden kann, wenn ein aktueller Nachfolgeprospekt vor dessen Ablauf bzw. vor dem Ablauf eines etwaigen vorangehenden Nachfolgeprospekts veröffentlicht wird.

Dieser Prospekt (der Basisprospekt vom 7. November 2017 für das Emissionsprogramm für Inhaberschuldverschreibungen II) dient als aktueller Nachfolgeprospekt für die nachfolgend in Ziffer 3 genannten Betreffenden Schuldverschreibungen.

Zum Zwecke der Fortsetzung des öffentlichen Angebots für die Betreffenden Schuldverschreibungen sind die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen der Betreffenden Schuldverschreibungen einschließlich der etwaigen Zusammenfassung dieser Emission – mit Ausnahme der wertpapierspezifischen Bedingungen der jeweiligen Emission (die sich weiterhin ausschließlich nach dem Ursprungsprospekt bestimmen) – in Verbindung mit dem Nachfolgeprospekt zu lesen, d.h. jede Bezugnahme auf den Prospekt in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen gilt dann als Bezugnahme auf den Nachfolgeprospekt.

Wertpapierspezifische Bedingungen bedeutet in diesem Zusammenhang insbesondere die Emissionsbedingungen sowie die mit diesen in Verbindung stehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen, wie die Funktionsbeschreibung der Schuldverschreibungen und die produktspezifischen Teile der Risikofaktoren. Die relevanten wertpapierspezifischen Bedingungen für die Betreffenden Schuldverschreibungen sind im Rahmen der per Verweis in diesen Prospekt einbezogenen Dokumente mit berücksichtigt (siehe Teil G "Per Verweis einbezogenen Dokumente").

2. Relevante Ursprungsprospekte

Relevanter Ursprungsprospekt, für den dieser Prospekt in Bezug auf Schuldverschreibungen, die bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen sind der aktuelle Nachfolgeprospekt ist, ist der Folgende:

- Basisprospekt vom 17. Februar 2017
für das Emissionsprogramm für Inhaberschuldverschreibungen I

3. Betreffende Schuldverschreibungen

Zum Datum des Prospekts sind Betreffende Schuldverschreibungen, die in der nachfolgenden Tabelle mit ihrer jeweiligen ISIN genannten Schuldverschreibungen. Sollte nach der Billigung dieses Prospekts und vor Ablauf der Gültigkeit des vorgenannten Ursprungsprospekts für Schuldverschreibungen entschieden werden, dass das Öffentliche Angebot auf der Basis dieses Prospekts fortgesetzt werden soll, wird die Emittentin die ISIN-Liste mittels eines Nachtrags gemäß § 16 der Prospektrichtlinie im Zusammenhang mit Artikel 13 des Luxemburger Prospektgesetz vor Ablauf der Gültigkeit des Ursprungsprospekts ersetzen bzw. ergänzen.

ISIN

- keine –

Die Endgültigen Bedingungen der Betreffenden Schuldverschreibungen sowie der jeweils Relevante Ursprungsprospekt stehen auf der Internetseite der DekaBank www.dekabank.de oder auf Anfrage zur Verfügung soweit und solange das öffentliche Angebot unter einem Nachfolgeprospekt fortgesetzt wird.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

FINANZTEIL (Inhaltsverzeichnis)

	Seite
i. Historische Finanzinformationen der Deka-Gruppe für den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 30. Juni 2017:	F_{HJ17}-0 – F_{HJ17}-46
„DekaBank Deutsche Girozentrale Berlin/Frankfurt am Main Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2017, Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht“	
Zwischenabschluss	
Gesamtergebnisrechnung	F _{HJ17} -2
Bilanz	F _{HJ17} -3
Verkürzte Eigenkapitalveränderungsrechnung	F _{HJ17} -4 – F _{HJ17} -5
Verkürzte Kapitalflussrechnung	F _{HJ17} -6
Notes	F _{HJ17} -7 – F _{HJ17} -44
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	F _{HJ17} -45
ii. Historische Finanzinformationen der Deka-Gruppe für das am 31. Dezember 2016 beendete Geschäftsjahr	F₁₆-0 – F₁₆-86
„DekaBank Deutsche Girozentrale Berlin/Frankfurt am Main Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016, Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers“	
Konzernabschluss	
Gesamtergebnisrechnung	F ₁₆ -2
Bilanz	F ₁₆ -3
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F ₁₆ -4 – F ₁₆ -5
Kapitalflussrechnung	F ₁₆ -6 – F ₁₆ -7
Notes	F ₁₆ -8 – F ₁₆ -85
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers*	F ₁₆ - 86
iii. Historische Finanzinformationen der Deka-Gruppe für das am 31. Dezember 2015 beendete Geschäftsjahr	F₁₅-0 – F₁₅-84
„DekaBank Deutsche Girozentrale Berlin/Frankfurt am Main Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015, Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers“	
Konzernabschluss	
Gesamtergebnisrechnung	F ₁₅ -2
Bilanz	F ₁₅ -3
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F ₁₅ -4 – F ₁₅ -5
Kapitalflussrechnung	F ₁₅ -6 – F ₁₅ -7
Notes	F ₁₅ -8 – F ₁₅ -82
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers*	F ₁₅ - 83

* Der in Übereinstimmung mit § 322 HGB erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den vollständigen Konzernabschluss, bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Notes (Konzernanhang), sowie den Konzernlagebericht der DekaBank Deutsche Girozentrale AöR, Berlin/Frankfurt, für das Geschäftsjahr. Der Konzernlagebericht ist nicht im Prospekt abgedruckt.

[Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.]

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Berlin/Frankfurt am Main

Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2017
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

Inhalt

Zwischenabschluss	F_{HJ17}-2
Gesamtergebnisrechnung	F_{HJ17}-2
Bilanz	F_{HJ17}-3
Verkürzte Eigenkapitalveränderungsrechnung	F_{HJ17}-4 – F_{HJ17}-5
Verkürzte Kapitalflussrechnung	F_{HJ17}-6
Notes	F_{HJ17}-7 – F_{HJ17}-44
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht	F_{HJ17}-45

Zwischenabschluss

Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2017

Mio. €	Notes	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung	
Zinserträge		430,2	445,8	-15,6	-3,5 %
Zinsaufwendungen		357,9	370,9	-13,0	-3,5 %
Zinsergebnis	[6]	72,3	74,9	-2,6	-3,5 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[7]	0,8	-74,1	74,9	101,1 %
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		73,1	0,8	72,3	(> 300 %)
Provisionserträge		1.138,8	1.022,3	116,5	11,4 %
Provisionsaufwendungen		566,0	515,7	50,3	9,8 %
Provisionsergebnis	[8]	572,8	506,6	66,2	13,1 %
Handelsergebnis	[9]	186,2	164,7	21,5	13,1 %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	[10]	-36,4	110,5	-146,9	-132,9 %
Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39		0,5	-1,6	2,1	131,3 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	[11]	19,8	-12,8	32,6	254,7 %
Verwaltungsaufwand	[12]	519,1	482,9	36,2	7,5 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[13]	-7,3	32,6	-39,9	-122,4 %
Jahresergebnis vor Steuern		289,6	317,9	-28,3	-8,9 %
Ertragsteuern	[14]	97,5	103,6	-6,1	-5,9 %
Zinsaufwendungen atypisch stille Einlagen		27,9	21,8	6,1	28,0 %
Konzernüberschuss		164,2	192,5	-28,3	-14,7 %
Davon:					
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbar		0,0	0,0	0,0	o.A.
Den Anteilseignern der DekoBank zurechenbar		164,2	192,5	-28,3	-14,7 %
Erfolgsneutrale Veränderungen					
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden					
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale		0,0	0,0	0,0	o.A.
Rücklage aus der Bewertung von Cashflow Hedges		16,6	11,6	5,0	43,1 %
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-0,2	-14,0	13,8	98,6 %
Latente Steuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		-5,3	-3,7	-1,6	-43,2 %
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden					
Neubewertungsgewinne/-verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen		33,7	-114,8	148,5	129,4 %
Neubewertungsrücklage at-equity bewertete Unternehmen		0,1	-1,0	1,1	110,0 %
Latente Steuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		-10,8	37,0	-47,8	-129,2 %
Erfolgsneutrales Ergebnis		34,1	-84,9	119,0	140,2 %
Ergebnis der Periode nach IFRS		198,3	107,6	90,7	84,3 %
Davon:					
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbar		0,0	0,0	0,0	o.A.
Den Anteilseignern der DekoBank zurechenbar		198,3	107,6	90,7	84,3 %

Bilanz zum 30. Juni 2017

Mio. €	Notes	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung	
Aktiva					
Barreserve	[15]	11.868,4	3.687,6	8.180,8	221,8 %
Forderungen an Kreditinstitute	[16]	24.294,8	20.653,9	3.640,9	17,6 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[18]	(0,3)	(0,2)	0,1	50,0 %
Forderungen an Kunden	[17]	23.434,4	22.840,9	593,5	2,6 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[18]	(153,7)	(333,1)	-179,4	-53,9 %
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	[19]	31.855,7	34.903,2	-3.047,5	-8,7 %
(davon als Sicherheit hinterlegt)		(5.376,8)	(5.200,0)	176,8	3,4 %
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten		23,5	28,6	-5,1	-17,8 %
Finanzanlagen	[20]	3.848,5	2.968,9	879,6	29,6 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)		(42,0)	(53,8)	-11,8	-21,9 %
(davon als Sicherheit hinterlegt)		(1.775,2)	(774,4)	1.000,8	129,2 %
Immaterielle Vermögenswerte	[21]	193,7	198,1	-4,4	-2,2 %
Sachanlagen	[22]	21,9	17,1	4,8	28,1 %
Laufende Ertragsteueransprüche		172,8	193,6	-20,8	-10,7 %
Latente Ertragsteueransprüche		137,1	156,1	-19,0	-12,2 %
Sonstige Aktiva	[23]	333,0	306,7	26,3	8,6 %
Summe der Aktiva		96.183,8	85.954,7	10.229,1	11,9 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[24]	19.987,0	17.362,4	2.624,6	15,1 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[25]	28.988,3	23.419,1	5.569,2	23,8 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	[26]	13.361,2	11.076,1	2.285,1	20,6 %
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	[27]	26.610,8	26.519,5	91,3	0,3 %
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten		17,8	34,4	-16,6	-48,3 %
Rückstellungen	[28]	281,1	358,0	-76,9	-21,5 %
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen		31,6	58,9	-27,3	-46,3 %
Latente Ertragsteuerverpflichtungen		125,2	123,3	1,9	1,5 %
Sonstige Passiva		610,9	745,7	-134,8	-18,1 %
Nachrangkapital	[29]	927,4	1.118,5	-191,1	-17,1 %
Atypisch stille Einlagen		52,4	52,4	0,0	0,0 %
Eigenkapital	[30]	5.190,1	5.086,4	103,7	2,0 %
a) Gezeichnetes Kapital		191,7	191,7	0,0	0,0 %
b) Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		473,6	473,6	0,0	0,0 %
c) Kapitalrücklage		190,3	190,3	0,0	0,0 %
d) Gewinnrücklagen		4.269,1	4.293,0	-23,9	-0,6 %
e) Neubewertungsrücklage		-100,4	-134,7	34,3	25,5 %
f) Rücklage aus der Währungsumrechnung		1,6	1,8	-0,2	-11,1 %
g) Bilanzgewinn/-verlust (Konzerngewinn)		164,2	70,7	93,5	132,2 %
h) Anteile im Fremdbesitz		0,0	0,0	0,0	o.A.
Summe der Passiva		96.183,8	85.954,7	10.229,1	11,9 %

Verkürzte Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2017

	Gezeichnetes Kapital	Zusätzliche Eigenkapital- bestandteile	Kapitalrücklagen	Gewinn- rücklagen	Konzerngewinn / -verlust
Mio. €					
Bestand zum 01.01.2016	191,7	473,6	190,3	4.119,1	67,9
Konzernüberschuss					192,5
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	-	-	-	-	192,5
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und Sonstige Veränderungen				-23,9	
Ausschüttung					-67,9
Bestand zum 30.06.2016	191,7	473,6	190,3	4.095,2	192,5
Konzernüberschuss					71,5
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	-	-	-	-	71,5
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und Sonstige Veränderungen				4,5	
Einstellung in die Gewinnrücklagen				193,3	-193,3
Bestand zum 31.12.2016	191,7	473,6	190,3	4.293,0	70,7
Konzernüberschuss					164,2
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	-	-	-	-	164,2
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und Sonstige Veränderungen				-23,9	
Ausschüttung					-70,7
Bestand zum 30.06.2017	191,7	473,6	190,3	4.269,1	164,2

¹⁾ beinhaltet die Zinszahlungen (nach Steuern) von Tier-1-Anleihen, die unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind

²⁾ Neubewertungsgewinne/-verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen

Neubewertungsrücklage					Rücklage aus der Währungs-umrechnung	Gesamt vor Fremdanteilen	Anteile im Fremdbesitz	Eigenkapital
Pensions-rückstellungen ²⁾	Cashflow Hedges	Finanzinstrumente Available-for-Sale	at-equity bewertete Unternehmen	Latente Steuern				
-154,4	-39,5	-	-3,3	61,5	16,2	4.923,1	-	4.923,1
						192,5		192,5
-114,8	11,6	0,0	-1,0	33,3	-14,0	-84,9		-84,9
-114,8	11,6	0,0	-1,0	33,3	-14,0	107,6	-	107,6
						-23,9	-	-23,9
						-67,9		-67,9
-269,2	-27,9	0,0	-4,3	94,8	2,2	4.938,9	-	4.938,9
						71,5		71,5
99,7	-1,2	5,1	-0,2	-31,5	-0,4	71,5		71,5
99,7	-1,2	5,1	-0,2	-31,5	-0,4	143,0	-	143,0
						4,5	-	4,5
						-		-
-169,5	-29,1	5,1	-4,5	63,3	1,8	5.086,4	-	5.086,4
						164,2		164,2
33,7	16,6	0,0	0,1	-16,1	-0,2	34,1		34,1
33,7	16,6	0,0	0,1	-16,1	-0,2	198,3	-	198,3
						-23,9	-	-23,9
						-70,7		-70,7
-135,8	-12,5	5,1	-4,4	47,2	1,6	5.190,1	-	5.190,1

Verkürzte Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2017

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.687,6	3.608,1
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	9.303,8	4.288,8
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 747,2	114,9
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 375,8	- 158,5
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.868,4	7.853,3

Die Definition der einzelnen Cashflow-Komponenten entspricht der im Konzernabschluss 2016.

Notes

Segmentberichterstattung

1 Segmentierung nach Geschäftsfeldern

Allgemeine Angaben

2 Grundlagen der Rechnungslegung
3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
4 Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften
5 Veränderungen im Konsolidierungskreis

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

6 Zinsergebnis
7 Risikovorsorge im Kreditgeschäft
8 Provisionsergebnis
9 Handelsergebnis
10 Ergebnis aus Finanzinstrumenten der
Kategorie Designated at Fair Value
11 Ergebnis aus Finanzanlagen
12 Verwaltungsaufwand
13 Sonstiges betriebliches Ergebnis
14 Ertragsteuern

Erläuterungen zur Bilanz

15 Barreserve
16 Forderungen an Kreditinstitute
17 Forderungen an Kunden
18 Risikovorsorge im Kreditgeschäft
19 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva
20 Finanzanlagen
21 Immaterielle Vermögenswerte
22 Sachanlagen
23 Sonstige Aktiva
24 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
25 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
26 Verbriefte Verbindlichkeiten
27 Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva
28 Rückstellungen
29 Nachrangkapital
30 Eigenkapital

Sonstige Angaben

31 Fair-Value-Angaben zu den Finanzinstrumenten
32 Angaben zur Qualität von finanziellen Vermögenswerten
33 Kreditengagement in einzelnen europäischen Staaten
34 Derivative Geschäfte
35 Bankaufsichtliche Eigenmittel
36 Eventual- und andere Verpflichtungen
37 Anteilsbesitzliste
38 Angaben über Geschäftsbeziehungen zu
nahestehenden Unternehmen und Personen
39 Übrige Sonstige Angaben

Versicherung des Vorstands

Segmentberichterstattung

1 Segmentierung nach Geschäftsfeldern

Die Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 basiert auf dem sogenannten Managementansatz. Analog zur internen Berichterstattung werden die Segmentinformationen so dargestellt, wie sie dem sogenannten Chief Operating Decision Maker regelmäßig zur Entscheidungsfindung, Ressourcenallokation und Performancebeurteilung vorgelegt werden. Die Managementberichterstattung der Deka-Gruppe wird auf der Grundlage der IFRS-Rechnungslegung erstellt.

Da sich das Ergebnis vor Steuern nur bedingt für die interne Steuerung der Geschäftsfelder eignet, wurde als zentrale Steuerungsgröße das Wirtschaftliche Ergebnis definiert. Aufgrund der Anforderungen des IFRS 8 wird das Wirtschaftliche Ergebnis auch als wesentliche Segmentinformation extern berichtet.

Das Wirtschaftliche Ergebnis enthält neben dem Ergebnis vor Steuern die Veränderung der Neubewertungsrücklage vor Steuern sowie das zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnis aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Other Liabilities, die im Konzernabschluss zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und für die in der internen Berichterstattung zusätzlich das Bewertungsergebnis erfasst wird. Somit können die bestehenden ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die die Anforderungen des IAS 39 zum Hedge Accounting nicht erfüllen, zur internen Steuerung vollständig abgebildet werden. Des Weiteren werden im Wirtschaftlichen Ergebnis der direkt im Eigenkapital erfasste Zinsaufwand der AT1-Anleihe sowie steuerrelevante Effekte berücksichtigt. Dabei handelt es sich um eine Vorsorge für potenzielle Belastungen, deren Eintritt in der Zukunft als möglich eingeschätzt wird, die aber in der IFRS-Rechnungslegung mangels hinreichender Konkretisierung noch nicht erfasst werden dürfen. Die Bewertungs- und Ausweisunterschiede zum IFRS-Konzernabschluss sind in der Überleitung auf das Konzernergebnis vor Steuern in der Spalte „Überleitung“ ausgewiesen.

Neben dem Wirtschaftlichen Ergebnis stellen die Total Assets eine weitere wichtige Kennzahl der operativen Segmente dar. Die Total Assets setzen sich primär aus dem ertragsrelevanten Fondsvermögen der verwalteten Publikums- und Spezialfonds (inklusive ETF) der Geschäftsfelder Wertpapiere und Immobilien sowie den von der Deka-Gruppe emittierten Zertifikaten zusammen. Weitere Bestandteile sind dabei die Volumina der Direktanlagen in Kooperationspartnerfonds, der Kooperationspartner-, Drittfonds- und Liquiditätsanteile im fondsbasierten Vermögensmanagement sowie die Advisory-/Management-Mandate und Masterfonds. In den Total Assets sind auch Eigenbestände in Höhe von 1,2 Mrd. Euro (31.12.2016: 1,3 Mrd. Euro) enthalten. Dabei handelt es sich überwiegend um Anschubfinanzierungen für neu aufgelegte Investmentfonds.

Aufbauend auf der Definition des § 19 Abs. 1 KWG beinhaltet das Brutto-Kreditvolumen zusätzliche Risikopositionen wie unter anderem Underlying-Risiken aus Aktienderivategeschäften und Geschäfte zur Abbildung der Garantieleistungen von Garantiefonds sowie darüber hinaus das Volumen außerbilanzieller Adressenrisiken.

Die folgenden Segmente basieren grundsätzlich auf der Geschäftsfeldstruktur der Deka-Gruppe, wie sie auch in der internen Berichterstattung dargestellt werden. Die Segmente sind nach den unterschiedlichen Produkten und Leistungen der Deka-Gruppe gegliedert. Zur Stärkung der Governance und für eine noch klarere Trennung der Führung des Bankgeschäfts und des Asset Managements wurden die Aktivitäten zum 1. Januar 2017 in nunmehr fünf Geschäftsfeldern neu geordnet.

Asset Management Wertpapiere

Im Segment Wertpapiere sind sämtliche Aktivitäten der Deka-Gruppe zusammengefasst, die im Zusammenhang mit der kapitalmarktorientierten Vermögensverwaltung für private und institutionelle Kunden stehen. Die Produktpalette umfasst neben Investmentfonds und strukturierten Anlagekonzepten auch Angebote von ausgesuchten internationalen Kooperationspartnern. Die Investmentfonds der Deka-Gruppe decken sämtliche wichtigen Assetklassen ab, die zum Teil mit Garantie-, Discount- und Bonusstrukturen kombiniert sind. Zur privaten Altersvorsorge werden fondsbasierte Riester- und Rürup-Produkte angeboten. Das Segment beinhaltet zudem Advisory-, Management- und Vermögensverwaltungsmandate institutioneller Kunden. Des Weiteren sind in diesem Segment auch die Aktivitäten mit börsennotierten ETF integriert. Zudem sind die Asset Servicing-/Master-KVG-Aktivitäten, über die institutionelle Kunden ihr verwaltetes Vermögen bei einer Investmentgesellschaft bündeln können, diesem Segment zugeordnet.

Asset Management Immobilien

Im Segment Immobilien liegt der Schwerpunkt auf der Bereitstellung von Immobilienanlageprodukten für private und institutionelle Investoren. Zum Produktspektrum gehören Offene Immobilien-Publikumsfonds, Immobilien-Spezialfonds, sowie Kreditfonds, die in Immobilien, Infrastruktur oder Transportmittelfinanzierung investieren sowie die Beratung institutioneller Anleger rund um das Thema Immobilie. Neben dem Fondsmanagement, dem Fondsrisikomanagement und der Entwicklung immobilien(finanzierungs)basierter Produkte umfasst das Segment den An- und Verkauf von Immobilien sowie das Management inklusive aller weiteren Immobiliendienstleistungen (Immobilienverwaltung) für diese Vermögenswerte.

Asset Management Services

Das Segment Asset Management Services fokussiert sich auf die Bereitstellung von Bankdienstleistungen für das Asset Management. Die Dienstleistungen reichen von der Führung von Fondsdepots für Kunden bis zum Angebot der Verwahrstelle für Sondervermögen. Darüber hinaus erfolgt insbesondere durch die Bereitstellung von Multikanal-Lösungen eine Unterstützung der Vertriebe. Durch die Leistungen des Geschäftsfelds Asset Management Services wird das Dienstleistungsangebot der Asset-Management-Geschäftsfelder in der Vermögensverwaltung ergänzt. Die Leistungen des Geschäftsfelds wurden im Rahmen der Neuordnung der Geschäftsfelder zum 1. Januar 2017 aus den beiden Asset-Management-Geschäftsfeldern verlagert. Dadurch wurde eine deutliche Stärkung der Governance und eine klare Trennung zwischen Geschäftsfeldern der Kapitalverwaltungsgesellschaften der Deka-Gruppe und der DekaBank erreicht.

Kapitalmarkt

Das Segment Kapitalmarkt ist der zentrale Produkt-, Lösungs- und Infrastrukturanbieter sowie Dienstleister im auf Kunden ausgerichteten Kapitalmarktgeschäft der Deka-Gruppe. Ebenso trägt die Wertpapier- und Risikodrehfunktion zum Erfolg bei. Das Segment fokussiert sich auf die Generierung von kundeninduzierten Geschäften im Dreieck Sparkassen, Deka-Gruppe sowie ausgewählten Kontrahenten und Geschäftspartnern – zu denen unter anderem externe Asset Manager, Banken, Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen gehören. In diesem Umfeld bietet das Segment Kapitalmarkt eine sorgfältig abgestimmte, wettbewerbsfähige Palette an Kapitalmarkt- und Kreditprodukten an. Wertpapieranlagen der Deka-Gruppe, die nicht als Liquiditätsreserve dienen, werden ebenfalls vom Geschäftsfeld Kapitalmarkt gesteuert.

Finanzierungen

Das Segment Finanzierungen bündelt neben der Refinanzierung von Sparkassen, das Spezial- sowie das Immobilienfinanzierungsgeschäft. Die Deka-Gruppe verfolgt im Finanzierungsgeschäft einen Asset Management Ansatz, das heißt, dass Teile der Finanzierungen an Sparkassen und andere institutionelle Investoren weitergereicht werden. Die verbleibenden Teile werden im Sinne einer buy-and-hold-Strategie auf der Bilanz der DekaBank gehalten und bilden einen wesentlichen Teil der langen Aktiv-Seite der Deka-Gruppe. Das Spezialfinanzierungsgeschäft wird in ausgewählten Segmenten konzentriert. Dies sind Infrastrukturfinanzierungen, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sowie ECA-gedeckte Exportfinanzierungen. Die Immobilienfinanzierung wurde im Rahmen der Neuordnung der Geschäftsfelder zum 1. Januar 2017 aus dem Geschäftsfeld Immobilien in das Geschäftsfeld Finanzierungen verlagert. Bestände in der Spezialfinanzierung, die vor Änderungen der Kreditrisikostategie 2010 abgeschlossen wurden, sind in einem Legacy Portfolio gebündelt.

Sonstiges

Unter Sonstiges sind vor allem Erträge und Aufwendungen dargestellt, die nicht den operativen Segmenten zuordenbar sind. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Overhead-Kosten, versicherungsmathematische Gewinne und Verluste im Rahmen der Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen sowie die pauschale Vorsorge für potenzielle Verluste, die keinem operativen Segment direkt zurechenbar sind. Seit 2016 werden die Erträge und Aufwendungen der Treasury-Funktion verursachungsgerecht auf die anderen Segmente verteilt und finden somit Berücksichtigung in der Darstellung des Wirtschaftlichen Ergebnisses der jeweiligen Segmente.

Nicht-Kerngeschäft

Geschäftsaktivitäten, die nicht weiterverfolgt werden sollen, sind seit 2009 im Nicht-Kerngeschäft gebündelt. Das Portfolio umfasst im Wesentlichen Securitised Products (Altgeschäfte) sowie die ehemaligen Public Finance-Bestände. Alle Portfolios werden vermögenswährend abgebaut. Die Vorjahreszahlen in der Segmentberichterstattung wurden an die neue Geschäftsfeldstruktur angepasst und entsprechen insofern nicht den im Vorjahr veröffentlichten Werten.

Überleitung der Segmentergebnisse auf das IFRS-Ergebnis

Die Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich verursachungsgerecht dem jeweiligen Segment zugeordnet. Die Segmentaufwendungen beinhalten originäre sowie auf Basis der Kosten- und Leistungsverrechnung zugeordnete Aufwendungen.

Bei den steuerrelevanten Effekten handelt es sich um eine Vorsorge für potenzielle Belastungen, die aufgrund der Steuerungsfunktion des Wirtschaftlichen Ergebnisses in der Unternehmenssteuerung berücksichtigt werden, aber in der IFRS-Rechnungslegung mangels hinreichender Konkretisierung zum aktuellen Zeitpunkt nicht erfasst werden können.

Zur Abdeckung potenzieller Risiken, die in den kommenden Monaten wirksam werden könnten, wurde erstmals im Jahr 2012 ein pauschaler Vorsorgebetrag gebildet. Zum Bilanzstichtag 30. Juni 2017 belief sich der Vorsorgebestand für diese steuerrelevanten Effekte auf –210,0 Mio. Euro (31. Dezember 2016: –110,0 Mio. Euro). Der Ergebniseffekt auf das Wirtschaftliche Ergebnis in Höhe von –100,0 Mio. Euro im Berichtszeitraum (im ersten Halbjahr 2016: 35,0 Mio. Euro) wurde unter Sonstiges ausgewiesen.

	Asset Management Wertpapiere		Asset Management Immobilien		Asset Management Services		Kapitalmarkt		Finanzierungen	
	Wirtschaftliches Ergebnis									
Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016
Zinsergebnis	9,2	7,1	2,0	1,9	1,5	–	17,9	21,2	57,6	60,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–	–	–	–	–	–	0,1	0,7	–74,0
Provisionsergebnis	353,7	288,8	91,1	96,3	81,0	70,7	32,5	37,5	15,4	14,3
Finanzergebnis ¹⁾	2,7	–6,7	–0,7	–0,3	0,5	2,6	187,2	189,8	–5,9	–4,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	–4,7	–4,5	0,3	1,0	1,6	37,0	1,0	9,7	0,2	0,3
Summe Erträge ohne Ergebnisbeitrag aus Treasury-Funktion	360,8	284,7	92,7	98,9	84,6	110,4	238,6	258,4	68,0	–3,5
Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen)	187,7	185,2	63,9	61,6	73,2	49,9	79,6	82,3	27,2	25,4
Restrukturierungsaufwendungen ²⁾	–0,6	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Summe Aufwendungen vor Verrechnung Treasury-Funktion	187,1	185,2	63,9	61,6	73,2	49,9	79,6	82,3	27,2	25,4
(Wirtschaftliches) Ergebnis vor Steuern ohne Treasury-Funktion	173,7	99,6	28,9	37,3	11,4	60,5	159,0	176,0	40,8	–28,9
Treasury-Funktion	–4,9	–3,4	–1,4	–1,2	–0,7	–0,7	–14,3	–9,8	–8,0	–10,0
(Wirtschaftliches) Ergebnis vor Steuern	168,8	96,1	27,4	36,1	10,6	59,8	144,6	166,2	32,8	–38,9
Aufwands-Ertrags-Verhältnis ³⁾	0,52	0,65	0,69	0,62	0,87	0,45	0,33	0,32	0,40	0,36
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Gesamtrisiko (Value-at-Risk) ⁴⁾	436	487	79	110	103	115	727	652	392	398
Total Assets	220.036	209.242	33.687	32.484	–	–	16.714	15.079	–	–
Brutto-Kreditvolumen	6.240	6.368	114	222	777	764	85.271	76.078	20.083	21.700

¹⁾ Darin sind das Ergebnis aus zu Handelszwecken gehaltenen Vermögenswerten (Handelsbuch-Bestände), das Ergebnis aus nicht zu Handelszwecken gehaltenen Vermögenswerten (Bankbuch-Bestände), das Ergebnis aus übrigen Finanzanlagen sowie das Ergebnis aus dem Rückwerb eigener Emissionen enthalten. Zudem ist hierin die Risikovorsorge für Wertpapiere der Kategorien LaR und HtM in Höhe von +11,8 Mio. Euro (1. Hj. 2016: –15,5 Mio. Euro) enthalten.

²⁾ Die Restrukturierungsaufwendungen sind im Konzernabschluss im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

³⁾ Berechnung des Aufwands-Ertrags-Verhältnisses ohne Berücksichtigung der Restrukturierungsaufwendungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Darüber hinaus ist der gesamte Zinsaufwand (inklusive Zinsabgrenzung) in Höhe von – 14,1 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: – 14,1 Mio. Euro) für die im Bestand befindliche AT1-Anleihe im Wirtschaftlichen Ergebnis enthalten. Die erfolgten Ausschüttungen wurden gemäß IAS 32 direkt im Eigenkapital erfasst.

Die Ausweis- und Bewertungsunterschiede des IFRS-Ergebnisses vor Steuern zur internen Berichterstattung betragen im Berichtszeitraum –48,3 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: –88,1 Mio. Euro).

Das nicht erfolgswirksame Bewertungsergebnis betrug im Berichtszeitraum –84,4 Mio. Euro (Vorjahr: 33,7 Mio. Euro). Davon entfielen 39,5 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: 10,4 Mio. Euro) auf zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnisse aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft, –23,9 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: –11,7 Mio. Euro) auf Wertpapiere der Kategorie Held to Maturity, denen im IFRS-Ergebnis vor Steuern Bewertungsergebnisse aus entsprechenden Zinsswaps gegenüberstehen und –100,0 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: 35,0 Mio. Euro) auf die Berücksichtigung von steuerungsrelevanten Effekten. Darüber hinaus wurde im nicht erfolgswirksamen Ergebnis der Zinsaufwand aus der AT1-Anleihe in Höhe von –14,1 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: –14,1 Mio. Euro) berücksichtigt.

Sonstiges ⁵⁾		Kerngeschäft insgesamt		Nicht-Kerngeschäft		Deka-Gruppe		Überleitung		Deka-Gruppe			
Wirtschaftliches Ergebnis												IFRS-Ergebnis vor Steuern	
1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016
–11,5	–18,3	76,6	72,4	2,3	2,7	78,9	75,1	–6,6	–0,2	72,3	74,9		
0,1	–0,2	0,8	–74,1	–	–	0,8	–74,1	–	–	0,8	–74,1		
–0,5	–0,7	573,2	506,9	–	–	573,2	506,9	–0,4	–0,3	572,8	506,6		
–110,0 ⁶⁾	93,8 ⁶⁾	73,9	274,6	4,8	7,7	78,7	282,3	91,4	–21,5	170,1	260,8		
29,8	–121,0	28,2	–77,5	–	–	28,2	–77,5	–36,1	110,1	–7,9	32,6		
–92,1	–46,5	752,7	702,3	7,1	10,4	759,8	712,7	48,3	88,1	808,1	800,8		
87,1	78,0	518,8	482,4	0,3	0,5	519,1	482,9	–	–	519,1	482,9		
–	–	–0,6	–	–	–	–0,6	–	–	–	–0,6	–		
87,1	78,0	518,2	482,4	0,3	0,5	518,5	482,9	–	–	518,5	482,9		
–179,2	–124,6	234,5	219,9	6,8	9,9	241,3	229,8	48,3	88,1	289,6	317,9		
29,4	25,0			–	–								
–149,8	–99,6	234,5	219,9	6,8	9,9	241,3	229,8	48,3	88,1	289,6	317,9		
–	–	0,69	0,62	0,04	0,05	0,68	0,61						
30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016						
258	314	1.948	2.013	56	55	1.980	2.039						
–	–	270.438	256.805	–	–	270.438	256.805						
25.117	18.427	137.602	123.560	643	777	138.245	124.336						

⁴⁾ Value-at-Risk im Liquidationsansatz mit 99,9 Prozent Konfidenzniveau und einem Jahr Haltedauer. Aufgrund der zwischen den Segmenten (inklusive Sonstiges und Nicht-Kerngeschäft) innerhalb des Marktpreisrisikos berücksichtigten Diversifikation ergibt sich das Risiko des Kerngeschäfts und das Risiko der Deka-Gruppe nicht additiv.

⁵⁾ Für das Segment Sonstiges erfolgt mangels wirtschaftlicher Aussagekraft keine Angabe zum Aufwands-Ertrags-Verhältnis.

⁶⁾ Darin enthalten ist die pauschale Vorsorge für potenzielle Verluste aus steuerungsrelevanten Effekten von per Saldo –100,0 Mio. Euro (1. Hj. 2016: +35,0 Mio. Euro). Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Zusatzinformation, die nicht Bestandteil des Anhangs nach IFRS ist.

Die Bank sichert zudem zukünftige Kreditmargen von fest- und variabel verzinslichen Fremdwährungskrediten (Originärposition) gegen Währungsschwankungen ab. Für die ökonomisch bestehenden Sicherungsbeziehungen werden die Bilanzierungs- und Bewertungsregeln für Cashflow Hedges angewendet. Das Bewertungsergebnis der Sicherungsinstrumente in Höhe von 16,6 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: 11,6 Mio. Euro) wird entsprechend erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage und damit als Bestandteil des Wirtschaftlichen Ergebnisses ausgewiesen. Ebenfalls im Wirtschaftlichen Ergebnis werden die Veränderung der Neubewertungsrücklage aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten in Höhe von 33,7 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: – 114,8 Mio. Euro) erfasst. Im ersten Halbjahr schlug darüber hinaus die Eigenkapital-Fortschreibung der at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: – 1,0 Mio. Euro) zu Buche.

Bei den weiteren in der Überleitungs-Spalte aufgeführten Beträgen handelt es sich um Ausweisunterschiede zwischen der internen Berichterstattung und dem Konzernabschluss. Davon betreffen 21,3 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: 14,6 Mio. Euro) interne Geschäfte, die im Wirtschaftlichen Ergebnis im Wesentlichen im Zinsergebnis und die entsprechenden gegenläufigen Ergebniseffekte im Finanzergebnis ausgewiesen werden. Ferner bestehen Ausweisunterschiede im Finanzergebnis und im Sonstigen betrieblichen Ergebnis durch die unterschiedliche Zuordnung der Ergebniseffekte aus dem Rückerwerb eigener Emissionen in Höhe von 2,2 Mio. Euro (im ersten Halbjahr 2016: 19,5 Mio. Euro) sowie der erfolgswirksamen Vereinnahmung der Rücklage aus der Währungsumrechnung aus der Entkonsolidierung aufgrund der Liquidation des Tochterunternehmens ExFin AG i.L., Zürich, im ersten Halbjahr 2016 (14,8 Mio. Euro).

Allgemeine Angaben

2 Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss wurde gemäß § 37w Abs. 1 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) in Verbindung mit § 37y Nr. 2 WpHG nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Maßgeblich sind diejenigen Standards und die damit verbundenen Auslegungen (SIC/IFRIC-Interpretationen), die zum Zeitpunkt der Berichterstellung vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und von der Europäischen Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden. Hierbei wurden insbesondere die Anforderungen des IAS 34 (Zwischenberichterstattung) berücksichtigt.

Der in der Währung Euro aufgestellte Konzernzwischenabschluss umfasst die Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung, die verkürzte Eigenkapitalveränderungsrechnung, die verkürzte Kapitalflussrechnung und die ausgewählten erläuternden Notes. Alle Betragsangaben wurden kaufmännisch gerundet. Bei der Bildung von Summen in Tabellen können sich geringfügige Abweichungen ergeben.

Der vorliegende Zwischenbericht wurde durch unseren Abschlussprüfer einer prüferischen Durchsicht unterzogen und sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss 2016 gelesen werden. Angaben zum Risiko von Finanzinstrumenten sind im Wesentlichen aus dem Risikobericht im Zwischenlagebericht ersichtlich.

3 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Zwischenbericht basiert auf den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzernabschlusses 2016. Entsprechend den Vorgaben des IAS 34 erfolgt die bilanzielle Beurteilung eines Sachverhalts gemäß dem eigenständigen Ansatz zum aktuellen Bilanzstichtag und nicht in Vorwegnahme des Konzernabschlusses.

Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich in der Periode erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Gleichmäßig periodisierbare Posten werden zeitanteilig abgegrenzt.

Im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendige Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard bestmöglich (Best Estimate), werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf Erfahrungswerten und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich unter anderem im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten im Folgenden ausführlich dargelegt.

4 Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Außer den im Folgenden aufgeführten neuen Standards und Interpretationen, die einen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben können, wurden eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, die jedoch erwartungsgemäß keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden.

Vom IASB beziehungsweise vom IFRIC veröffentlichte neue Standards und Interpretationen sowie Änderungen zu Standards und Interpretationen, die von der EU in europäisches Recht übernommen wurden und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Die für die Deka-Gruppe relevanten Änderungen sind im Folgenden dargestellt.

Noch nicht in europäisches Recht übernommene Standards und Interpretationen

Annual Improvements

Im Dezember 2016 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual Improvements Project 2014-2016 Änderungen an drei Standards. Die Änderungen an IFRS 12 sind ab dem 1. Januar 2017, die Änderungen an IFRS 1 und IAS 28 ab dem 1. Januar 2018 anzuwenden. Zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung lag noch keine Übernahme in europäisches Recht durch die Europäische Union (EU) vor. Bei den Änderungen handelt es sich lediglich um Klarstellungen. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe.

IAS 7

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB im Rahmen der Angabeninitiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen Änderungen an IAS 7 „Kapitalflussrechnung“. Die neuen Regelungen enthalten insbesondere zusätzliche Angabepflichten in Bezug auf Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit. Der geänderte Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen, anzuwenden. Zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung lag noch keine Übernahme in europäisches Recht durch die Europäische Union (EU) vor. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IAS 12

Ebenfalls im Januar 2016 veröffentlichte das IASB Änderungen an IAS 12 „Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste“. Die Änderungen betreffen ausschließlich Klarstellungen bezüglich der Voraussetzungen für den Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste, der Bilanzierung von latenten Steueransprüchen aus zum Fair Value bilanzierten Vermögenswerten sowie weiterer Aspekte bei der Bilanzierung latenter Steuern. Der geänderte Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen, anzuwenden. Zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung lag noch keine Übernahme in europäisches Recht durch die EU vor. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe.

IFRS 16

Im Januar 2016 wurde der neue Standard IFRS 16 zur Bilanzierung von Leasingverhältnissen veröffentlicht. IFRS 16 wird IAS 17 „Leasingverhältnisse“ sowie die dazugehörigen Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27 ablösen. Der neue Standard ist frühestens für die Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig, jedoch nur in Verbindung mit IFRS 15. Eine vorzeitige Anwendung ist nicht beabsichtigt.

Für Leasingnehmer verfolgt der neue Standard einen vollkommen neuen Ansatz für die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen. Nach IAS 17 ist für die bilanzielle Erfassung eines Leasingverhältnisses beim Leasingnehmer die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken am Leasingobjekt entscheidend. Zukünftig ist jedes Leasingverhältnis beim Leasingnehmer in Form einer Leasingverpflichtung und eines Nutzungsrechts als Finanzierungsvorgang in der Bilanz abzubilden. Der Ansatz hat dabei in Höhe des Barwerts der künftigen Leasingzahlungen zu erfolgen, wobei beim Nutzungsrecht weitere Faktoren wie beispielsweise direkt zurechenbare Kosten zu berücksichtigen sind. Während der Laufzeit wird die Leasingverbindlichkeit finanzmathematisch fortgeschrieben, während das Nutzungsrecht planmäßig erfolgswirksam abgeschrieben wird. Für bestimmte Fälle wie kurzfristige Leasingverhältnisse oder Leasinggegenstände mit geringem Wert sieht der Standard Erleichterungen vor. Für Leasinggeber sind die Bilanzierungsvorschriften, insbesondere im Hinblick auf die hier weiterhin erforderliche Klassifizierung von Leasingverhältnissen, weitgehend unverändert geblieben.

IFRS 16 enthält darüber hinaus eine Reihe von zusätzlichen Vorschriften zu Anhangangaben und zum Ausweis. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft. Es werden insbesondere Auswirkungen bei der Abbildung von gemieteten Gewerbeimmobilien erwartet, wobei der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich unerheblich sein wird. Es ist mit einer geringfügigen Erhöhung der Bilanzsumme zu rechnen, darüber hinaus wird es zu Verschiebungen zwischen Posten der Ergebnisrechnung kommen.

In europäisches Recht übernommene aber noch nicht angewendete Standards

IFRS 9

Am 24. Juli 2014 veröffentlichte das IASB die endgültigen Vorschriften zum IFRS 9 „Finanzinstrumente“. IFRS 9 enthält neue Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zu Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte und zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. IFRS 9 wurde im November 2016 durch die EU-Kommission in europäisches Recht übernommen. Damit ist der IFRS 9 für die Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Die wesentlichen Auswirkungen resultieren aus der Umstellung der Ermittlung der Risikovorsorge auf das Modell erwarteter Verluste (Expected-Loss-Modell), das ab 2018 das Modell eingetretener Verluste (Incurred Loss-Modell) gemäß IAS 39 ersetzen wird. Zur Ermittlung der Risikovorsorge sind die in den Anwendungsbereich fallenden Vermögenswerte in Abhängigkeit von der Kreditqualität einer von drei Stufen zuzuordnen. Die Zuordnung zu einer bestimmten Stufe hat Einfluss auf die Höhe der zu bildenden Risikovorsorge des jeweiligen Vermögenswerts. Bei Zugang wird eine Risikovorsorge in Höhe des erwarteten Verlusts der nächsten zwölf Monate erfolgswirksam erfasst und der Vermögenswert der Stufe 1 zugeordnet. Erhöht sich das Risiko seit Zugang des Finanzinstruments signifikant oder liegen Indikatoren für eine beeinträchtigte Bonität vor, so ist der erwartete Verlust über die Restlaufzeit des Finanzinstruments erfolgswirksam zu erfassen (Lifetime-ECL) und in die Stufe 2 zu transferieren. Die Eingangsparameter Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default) und Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default) für den 12-Monats- und Lifetime-Zeithorizont aus der Stichtagsicht (Point in Time) sowie die auf der Lifetime-Basis ermittelte Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default) spielen dabei eine wesentliche Rolle. Soweit objektive Hinweise dafür vorliegen, dass ein Verlustereignis bereits eingetreten ist, ist das Finanzinstrument der Stufe 3 zuzuordnen. Eine Ausnahme hiervon bilden Finanzinstrumente, die mit Wertminderungen erworben oder ausgereicht wurden (POCI). Für solche Finanzinstrumente wird keine Risikovorsorge im Zugangszeitpunkt gebildet und in Folgeperioden in Höhe des Lifetime-ECL erfasst.

Darüber hinaus ergeben sich die Auswirkungen aus der notwendigen Neuklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Erfassung der Fair-Value-Änderungen aus eigenem Kreditrisiko für Verbindlichkeiten.

Die neuen Klassifizierungsregeln des IFRS 9 sehen im Vergleich zum IAS 39 ein Klassifizierungsmodell für Vermögenswerte vor, das sich aus dem zugrunde liegenden Geschäftsmodell und vertraglichen Zahlungsströmen ergibt. Das Geschäftsmodell spiegelt wider, wie das Unternehmen seine finanziellen Vermögenswerte verwaltet, um Zahlungsströme zu erwirtschaften. Im Sinne des IFRS 9 gibt es daher folgende Geschäftsmodelle: „Halten“, „Halten und Verkaufen“ und „Residual“. Für finanzielle Vermögenswerte, die dem Geschäftsmodell „Halten“ oder „Halten und Verkaufen“ zugeordnet sind, ist die Prüfung des Zahlungsstromkriteriums erforderlich. Alle Zahlungsströme des Vermögenswerts dürfen nur aus den folgenden Komponenten bestehen: Rückzahlung und Verzinsung des Nominalbetrags, wobei Zinsen im Wesentlichen die Vergütung für den Zeitwert des Geldes und das Kreditrisiko darstellen.

Die Umsetzung des Hedge Accounting ist bis auf Weiteres nicht verpflichtend und deshalb in der DekaBank nicht geplant. Die DekaBank wird weiterhin das Hedge Accounting gemäß IAS 39 anwenden.

Die neuen Rechnungslegungsvorschriften gemäß IFRS 9 erfordern nicht nur Änderungen in den fachlichen Abläufen des Rechnungswesens beziehungsweise Erweiterungen des bestehenden Datenhaushalts zur Klassifizierung von Finanzinstrumenten und zur Ermittlung der Risikovorsorge, sondern führen zur Implementierung neuer übergreifender Prozesse in der Deka-Gruppe. Darüber hinaus sind Anpassungen in den Systemen der DekaBank und die Einführung neuer systemtechnischer Lösungen erforderlich.

In der DekaBank wurde die IFRS-9-Vorstudie im Zeitraum von September 2015 bis Ende April 2016 durchgeführt. Daran anschließend wurde die 1. Umsetzungsphase mit der fachlichen Detailkonzeption gestartet, die Ende 2016 abgeschlossen wurde. Basierend darauf wird in 2017 die Umsetzungsphase 2 durchgeführt, die im Wesentlichen die Erstellung der IT-nahen Konzeption und der DV-Konzeption sowie die technische Implementierung umfasst. Parallel dazu werden die konzernübergreifenden Prozesse implementiert.

Im Rahmen der Umsetzung des IFRS 9 werden die Erstanwendungseffekte zum 1. Januar 2018 ermittelt. Die Erstanwendungseffekte resultieren aus den neuen Klassifizierungsvorschriften und den Vorschriften zur Ermittlung der Risikovorsorge. Die Klassifizierungsvorschriften des IFRS 9 haben im Wesentlichen Auswirkungen auf die Bewertung von Beteiligungen und Krediten. Eine genaue Quantifizierung der Erstanwendungseffekte wird im 2. Halbjahr 2017 durchgeführt.

IFRS 15

Im Mai 2014 wurde der neue Standard IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“ veröffentlicht, der die bisherigen Vorschriften zur Erlösrealisierung (IAS 18 „Umsatzerlöse“, IAS 11 „Fertigungsaufträge“ sowie die zugehörigen Interpretationen) ersetzt. Der neue Standard sieht ein fünfstufiges Modell vor, nach dem Höhe und Zeitpunkt der Umsatzrealisierung zu bestimmen sind. IFRS 15 ist grundsätzlich auf alle Kundenvereinbarungen über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen anzuwenden, ausgenommen sind jedoch unter anderem Finanzinstrumente, deren Ertragsvereinnahmung im IFRS 9/IAS 39 geregelt ist.

Im April 2016 wurden zudem Klarstellungen zum IFRS 15 („Clarifications to IFRS 15“) veröffentlicht. Die Klarstellungen beinhalten keine Änderungen der grundlegenden Prinzipien des neuen Standards. Es handelt sich lediglich um Klarstellungen und zusätzliche Übergangserleichterungen, die jedoch noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden.

Der neue Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, anzuwenden. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig.

Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft. Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung erwartet. Änderungen im Bilanzausweis können sich durch eine separate Darstellung von Forderungen, Vertragsvermögenswerten und Vertragsverbindlichkeiten ergeben. Der IFRS 15 enthält erweiterte Anhangangaben zu der Art, der Höhe, dem Zeitpunkt und der Unsicherheit von Erlösen und resultierenden Zahlungsströmen aus Verträgen mit Kunden. Hieraus ergeben sich prozessuale Änderungen sowie erhöhte Anforderungen an die Dokumentation.

5 Veränderungen im Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss sind – neben der DekaBank als Mutterunternehmen – insgesamt 10 (31.12.2016: 10) inländische und 7 (31.12.2016: 7) ausländische Gesellschaften einbezogen, an denen die DekaBank direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält. Darüber hinaus umfasst der Konsolidierungskreis 7 strukturierte Unternehmen (31.12.2016: 9).

Die Änderungen im ersten Halbjahr 2017 ergeben sich durch eine Verschmelzung und eine Liquidation von strukturierten Unternehmen.

Auf die Einbeziehung von 15 verbundenen Unternehmen (31.12.2016: 15), die von der Deka-Gruppe beherrscht werden, wurde verzichtet, da diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile an diesen Tochtergesellschaften werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen. Strukturierte Unternehmen werden bei untergeordneter Bedeutung für den Konzernabschluss ebenfalls nicht konsolidiert. Die Anteile von nicht konsolidierten Investmentfonds werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Der Ausweis erfolgt im Bilanzposten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen (verbundene und strukturierte Unternehmen), Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen sind aus der Anteilsbesitzliste (Note [37]) ersichtlich.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

6 Zinsergebnis

Der Posten enthält neben den Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Zinsergebnisse aus Positionen des Handelsbuchs sowie damit im Zusammenhang stehende Refinanzierungsaufwände sind hiervon ausgenommen, da sie im Handelsergebnis ausgewiesen werden. Aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Zinserträge aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	208,8	244,1	-35,3
Zinsderivaten (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	72,7	74,4	-1,7
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	73,3	68,9	4,4
Sicherungsderivaten (Hedge Accounting)	29,9	30,9	-1,0
Negative Zinsen aus Verbindlichkeiten	33,7	17,9	15,8
Laufende Erträge aus			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	9,6	7,3	2,3
Beteiligungen	2,2	2,3	-0,1
Zinserträge insgesamt	430,2	445,8	-15,6
Zinsaufwendungen für			
Zinsderivate (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	132,2	138,8	-6,6
Verbindlichkeiten	128,3	141,2	-12,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	34,1	36,6	-2,5
Sicherungsderivate (Hedge Accounting)	14,9	13,4	1,5
Nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital	18,1	18,3	-0,2
Typisch stille Einlagen	2,4	4,0	-1,6
Negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften und festverzinslichen Wertpapieren	27,9	18,6	9,3
Zinsaufwendungen insgesamt	357,9	370,9	-13,0
Zinsergebnis	72,3	74,9	-2,6

7 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt sich in der Gesamtergebnisrechnung wie folgt dar:

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Zuführungen zur Risikovorsorge	-34,0	-93,8	59,8
Auflösung der Risikovorsorge	34,4	18,6	15,8
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	0,4	1,1	-0,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0,8	-74,1	74,9

Die Risikovorsorge für Wertpapiere der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity wird im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen (Note [11]) ausgewiesen.

8 Provisionsergebnis

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Provisionserträge aus			
Fondsgeschäft	1.025,1	924,9	100,2
Wertpapiergeschäft	77,9	62,5	15,4
Kreditgeschäft	24,1	21,8	2,3
Sonstige	11,7	13,1	-1,4
Provisionserträge insgesamt	1.138,8	1.022,3	116,5
Provisionsaufwendungen für			
Fondsgeschäft	536,8	497,6	39,2
Wertpapiergeschäft	18,5	8,9	9,6
Kreditgeschäft	8,7	8,1	0,6
Sonstige	2,0	1,1	0,9
Provisionsaufwendungen insgesamt	566,0	515,7	50,3
Provisionsergebnis	572,8	506,6	66,2

Die Provisionserträge aus dem Fondsgeschäft setzen sich im Wesentlichen aus Verwaltungsgebühren, Ausgabeaufschlägen und Vertriebsprovisionen zusammen. Darüber hinaus werden hier auch erfolgsbezogene Vergütungen sowie Erträge aus Kostenpauschalen ausgewiesen. Die Provisionsaufwendungen für das Fondsgeschäft entfallen im Wesentlichen auf Leistungen an Vertriebspartner. Der überwiegende Teil des Provisionsergebnisses resultiert aus bestandsbezogenen – mithin nachhaltigen – Provisionen. Das Provisionsergebnis aus dem Fondsgeschäft enthält somit überwiegend Entgelte gemäß IFRS 7.20c (ii).

9 Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse sowie Provisionen aus Finanzinstrumenten, die der Subkategorie Held for Trading zugeordnet sind. Zinsergebnisse aus derivativen und nicht-derivativen Finanzinstrumenten der Handelsbuchpositionen werden einschließlich der hiermit in Zusammenhang stehenden Refinanzierungsaufwendungen ebenfalls hier ausgewiesen.

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis	73,1	129,1	-56,0
Zinsergebnis und laufende Erträge aus Handelsgeschäften	123,5	45,5	78,0
Provisionen für Handelsgeschäfte	-10,4	-9,9	-0,5
Handelsergebnis	186,2	164,7	21,5

10 Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value

Der Posten enthält die Ergebnisse der Finanzinstrumente, die der Subkategorie Designated at Fair Value zugeordnet sind, sowie das Ergebnis der Bankbuchderivate. Zins- und Dividendenerträge werden ebenso wie Refinanzierungsaufwendungen und Wiederanlageerfolge im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis	-31,8	112,8	-144,6
Devisenergebnis	-4,5	-2,3	-2,2
Provisionen	-0,1	-	-0,1
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	-36,4	110,5	-146,9

Im Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value wurde im Berichtsjahr per saldo ein Aufwand in Höhe von 4,0 Mio. Euro erfasst, der auf bonitätsinduzierte Wertänderungen zurückzuführen ist.

11 Ergebnis aus Finanzanlagen

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis aus Anteilsbesitz	-1,0	-0,6	-0,4
Nettoauflösung/-zuführung zur Risikovorsorge für Wertpapiere	11,8	-15,5	27,3
Zuschreibungen aufgrund Wertaufholung bei at-equity bewerteten Unternehmen	-	2,6	-2,6
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	9,0	0,7	8,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	19,8	-12,8	32,6

12 Verwaltungsaufwand

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Personalaufwand	261,4	241,7	19,7
Sachaufwand	248,9	232,1	16,8
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	8,8	9,1	-0,3
Verwaltungsaufwand	519,1	482,9	36,2

In der Position Sachaufwand ist der Beitrag für den Einheitlichen Bankenabwicklungsfonds (Single Resolution Fund) der Europäischen Union in Höhe von 35,3 Mio. Euro (30.06.2016 beziehungsweise Gesamtjahresbeitrag 2016: 34,4 Mio. Euro) enthalten.

13 Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das Sonstige betriebliche Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	Veränderung
Ergebnis aus zurückerworbenen eigenen Emissionen	-2,3	-19,6	17,3
Sonstige betriebliche Erträge	6,8	66,1	-59,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11,8	13,9	-2,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-7,3	32,6	-39,9

14 Ertragsteuern

Auf der Basis der für das Jahr 2017 gültigen Körperschaft- und Gewerbesteuersätze ergibt sich für die Gesellschaften im Organkreis der DekaBank ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter kombinierter Steuersatz in Höhe von 31,9 Prozent. Nach dem Gesellschaftsvertrag ist die DekaBank verpflichtet, den aufgrund der steuerlichen Behandlung der DekaBank als atypisch stille Gesellschaft von den Gesellschaftern zu tragenden Teil des Körperschaftsteueraufwands (7,21 Prozent von 15,825 Prozent inklusive Solidaritätszuschlag) diesen zu erstatten. Wie im Vorjahr wird dieser Teil als Bestandteil des Ertragsteueraufwands abgebildet.

Erläuterungen zur Bilanz

15 Barreserve

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Kassenbestand	4,6	4,9	-0,3
Guthaben bei Zentralnotenbanken	11.863,8	3.682,7	8.181,1
Gesamt	11.868,4	3.687,6	8.180,8

16 Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Inländische Kreditinstitute	16.852,0	14.049,0	2.803,0
Ausländische Kreditinstitute	7.443,1	6.605,1	838,0
Forderungen an Kreditinstitute vor Risikovorsorge	24.295,1	20.654,1	3.641,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-0,3	-0,2	-0,1
Gesamt	24.294,8	20.653,9	3.640,9

17 Forderungen an Kunden

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Inländische Kreditnehmer	4.231,5	5.230,5	-999,0
Ausländische Kreditnehmer	19.356,6	17.943,5	1.413,1
Forderungen an Kunden vor Risikovorsorge	23.588,1	23.174,0	414,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-153,7	-333,1	179,4
Gesamt	23.434,4	22.840,9	593,5

18 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Ausfallrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen beziehungsweise durch die Bildung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen Rechnung getragen. In den Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken spiegeln sich die Annahmen über zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht bekannte Wertminderungen im Kreditportfolio wider. Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken wird dem Transferrisiko Rechnung getragen.

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute			
Einzelwertberichtigungen	-	-	-
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	0,3	0,2	0,1
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden			
Einzelwertberichtigungen	134,5	310,6	-176,1
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	19,2	17,5	1,7
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	-	5,0	-5,0
Gesamt	154,0	333,3	-179,3

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist in den folgenden Tabellen dargestellt:

Mio. €	Anfangsbestand 01.01.2017	Zugänge	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Abgänge	Umgliederungen	Währungseffekte	Endbestand 30.06.2017
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute									
Einzelwertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	0,2	-	0,1	-	-	-	-	-	0,3
Summe	0,2	-	0,1	-	-	-	-	-	0,3
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden									
Einzelwertberichtigungen	310,6	-	29,8	166,4	27,5	-	-	-12,0	134,5
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	17,5	-	3,7	-	2,0	-	-	-	19,2
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	5,0	-	-	-	4,9	-	-	-0,1	-
Summe	333,1	-	33,5	166,4	34,4	-	-	-12,1	153,7
Rückstellungen für Kreditrisiken									
Einzelrisiken	0,3	-	-	-	-	-	-	-	0,3
Portfoliorisiken	0,7	-	0,4	-	-	-	-	-	1,1
Summe	1,0	-	0,4	-	-	-	-	-	1,4
Gesamt	334,3	-	34,0	166,4	34,4	-	-	-12,1	155,4

Mio. €	Anfangsbestand 01.01.2016	Zugänge	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Abgänge	Umgliederungen	Währungseffekte	Endbestand 30.06.2016
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute									
Einzelwertberichtigungen	2,1	-	-	1,4	0,6	-	-	-0,1	0,0
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	0,3	-	-	-	0,1	-	-	-	0,2
Summe	2,4	-	-	1,4	0,7	-	-	-0,1	0,2
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden									
Einzelwertberichtigungen	185,2	0,3	218,4	95,8	5,9	-	-1,1	9,5	310,6
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	32,9	-	2,0	-	17,4	-	-	-	17,5
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	3,9	-	1,7	-	0,7	-	-	0,1	5,0
Summe	222,0	0,3	222,1	95,8	24,0	-	-1,1	9,6	333,1
Rückstellungen für Kreditrisiken									
Einzelrisiken	0,4	-	-	0,1	1,0	-	1,1	-0,1	0,3
Portfoliorisiken	1,4	-	-	-	0,7	-	-	-	0,7
Summe	1,8	-	-	0,1	1,7	-	1,1	-0,1	1,0
Gesamt	226,2	0,3	222,1	97,3	26,4	-	-	9,4	334,3

Kennziffern zur Risikovorsorge:

%	30.06.2017	31.12.2016
Auflösungs- / Zuführungsquote zum Stichtag¹⁾ (Quotient aus Nettozuführung und Kreditvolumen)	0,00	-0,76
Ausfallquote zum Stichtag (Quotient aus Kreditausfällen und Kreditvolumen)	0,68	0,37
Durchschnittliche Ausfallquote (Quotient aus Kreditausfällen im 5-Jahres-Durchschnitt und Kreditvolumen)	0,57	0,51
Bestandsquote zum Stichtag (Quotient aus Risikovorsorgebestand und Kreditvolumen)	0,64	1,30

¹⁾ Auflösungsquote ohne Vorzeichen

Den Berechnungen der obigen Kennziffern liegt ein bilanzielles Kreditvolumen von 24,5 Mrd. Euro zugrunde (31.12.2016: 25,7 Mrd. Euro).

Risikovorsorge nach Risikosegmenten:

Mio. €	Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft		Verbräuche inklusive Eingänge auf abgeschriebene Forderungen ¹⁾		Nettozuführungen ²⁾ / -auflösungen zu den / von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft	
	30.06.2017	31.12.2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016	1. Hj. 2017	1. Hj. 2016
Kunden						
Transport- und Exportfinanzierungen	139,2	281,7	134,1	1,0	-3,5	-67,6
Verkehrs- und Sozialinfrastruktur	2,0	40,9	32,1	24,1	2,9	-0,8
Immobilienrisiken	1,2	1,6	-0,2	-	0,4	0,9
Energie- und Versorgungsinfrastruktur	10,2	8,6	-	-	1,9	-7,5
Unternehmen	1,3	-	-	-	-1,3	-0,1
Sonstige	1,2	1,3	-	-	0,1	-0,1
Kunden insgesamt	155,1	334,1	166,0	25,1	0,5	-75,2
Kreditinstitute	0,3	0,2	-	-	-0,1	-
Gesamt	155,4	334,3	166,0	25,1	0,4	-75,2

¹⁾ Eingänge auf abgeschriebene Forderungen – in der Spalte negativ

²⁾ in der Spalte negativ

19 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva

Die zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva enthalten neben Wertpapieren und Forderungen der Kategorien Held for Trading und Designated at Fair Value die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs und derivative Finanzinstrumente aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.922,2	5.309,9	-387,7
Anleihen und Schuldverschreibungen	4.868,4	5.214,8	-346,4
Geldmarktpapiere	53,8	95,1	-41,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.231,8	1.107,2	124,6
Aktien	792,5	643,1	149,4
Investmentanteile	439,3	464,1	-24,8
Schuldscheindarlehen	821,4	1.026,1	-204,7
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Handel)	5.689,9	7.194,8	-1.504,9
Summe Handel (Held for Trading)	12.665,3	14.638,0	-1.972,7
Designated at Fair Value			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.890,5	18.695,4	-804,9
Anleihen und Schuldverschreibungen	17.890,5	18.695,4	-804,9
Geldmarktpapiere	-	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	951,5	1.016,4	-64,9
Aktien	12,8	15,9	-3,1
Investmentanteile	928,5	980,7	-52,2
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10,2	19,8	-9,6
Schuldscheindarlehen	0,3	297,4	-297,1
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	348,1	256,0	92,1
Summe Designated at Fair Value	19.190,4	20.265,2	-1.074,8
Gesamt	31.855,7	34.903,2	-3.047,5

20 Finanzanlagen

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Loans and Receivables			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	793,1	674,3	118,8
Held to Maturity			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.055,0	2.309,4	745,6
Available for Sale			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
Anteilsbesitz			
Beteiligungen	25,2	30,8	-5,6
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	15,9	6,9	9,0
Anteile an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	1,1	1,1	-
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,2	0,2	-
Finanzanlagen vor Risikovorsorge	3.890,5	3.022,7	867,8
Risikovorsorge	-42,0	-53,8	11,8
Gesamt	3.848,5	2.968,9	879,6

21 Immaterielle Vermögenswerte

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill)	148,1	148,1	–
Software			
Erworben	27,3	29,6	–2,3
Selbst erstellt	2,8	3,5	–0,7
Software insgesamt	30,1	33,1	–3,0
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	15,5	16,9	–1,4
Gesamt	193,7	198,1	–4,4

Der Posten Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte enthält unverändert 95,0 Mio. Euro Goodwill aus dem Erwerb der Landesbank Berlin Investment GmbH und 53,1 Mio. Euro Goodwill aus dem Erwerb der WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH.

22 Sachanlagen

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Betriebs- und Geschäftsausstattung	18,3	14,7	3,6
Technische Anlagen und Maschinen	3,6	2,4	1,2
Gesamt	21,9	17,1	4,8

23 Sonstige Aktiva

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Forderungen gegenüber Sondervermögen	146,9	125,7	21,2
Forderungen aus Nichtbankengeschäft	14,0	22,3	–8,3
Forderungen beziehungsweise Erstattungen aus sonstigen Steuern	0,6	0,7	–0,1
Sonstige Vermögenswerte	135,9	129,1	6,8
Rechnungsabgrenzungsposten	35,6	28,9	6,7
Gesamt	333,0	306,7	26,3

24 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Inländische Kreditinstitute	13.461,7	13.150,2	311,5
Ausländische Kreditinstitute	6.525,3	4.212,2	2.313,1
Gesamt	19.987,0	17.362,4	2.624,6
Davon:			
Besicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	200,9	199,1	1,8
Unbesicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	2.757,8	2.797,7	–39,9

25 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Inländische Kunden	17.464,6	16.523,3	941,3
Ausländische Kunden	11.523,7	6.895,8	4.627,9
Gesamt	28.988,3	23.419,1	5.569,2
Davon:			
Besicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1.542,2	1.633,3	–91,1
Unbesicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1.258,1	1.262,8	–4,7

26 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die verbrieften Verbindlichkeiten umfassen Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 0,1 Mrd. Euro (31.12.2016: 0,2 Mrd. Euro) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt.

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Nicht gedeckte begebene Schuldverschreibungen	7.676,3	8.100,6	-424,3
Gedeckte begebene Schuldverschreibungen	230,4	224,8	5,6
Begebene Geldmarktpapiere	5.454,5	2.750,7	2.703,8
Gesamt	13.361,2	11.076,1	2.285,1

27 Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva

Die zum Fair Value bewerteten Finanzpassiva enthalten neben Handelsemissionen und den Verbindlichkeiten der Kategorie Designated at Fair Value die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs sowie aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Handelsemissionen	16.699,7	15.063,5	1.636,2
Wertpapier-Shortbestände	904,8	772,8	132,0
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Handel)	6.499,6	7.409,5	-909,9
Summe Handel (Held for Trading)	24.104,1	23.245,8	858,3
Designated at Fair Value			
Emissionen	1.817,4	2.116,7	-299,3
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	689,3	1.157,0	-467,7
Summe Designated at Fair Value	2.506,7	3.273,7	-767,0
Gesamt	26.610,8	26.519,5	91,3

Die Emissionen gliedern sich nach Produktarten wie folgt:

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Nicht gedeckte Handelsemissionen			
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	13.228,6	11.601,0	1.627,6
Begebene Namensschuldverschreibungen	1.113,8	1.094,3	19,5
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	2.357,3	2.368,3	-11,0
Gesamt	16.699,7	15.063,5	1.636,2
Designated at Fair Value			
Nicht gedeckte Emissionen			
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	328,1	364,7	-36,6
Begebene Namensschuldverschreibungen	308,1	342,1	-34,0
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	259,0	329,0	-70,0
Gedeckte Emissionen	922,2	1.080,9	-158,7
Gesamt	1.817,4	2.116,7	-299,3

Der Fair Value der Emissionen der Kategorie Designated at Fair Value enthält kumulierte bonitätsinduzierte Wertänderungen in Höhe von 12,2 Mio. Euro (31.12.2016: 8,9 Mio. Euro).

28 Rückstellungen

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	165,8	235,9	- 70,1
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	23,6	27,2	- 3,6
Rückstellungen für Rechtsrisiken	7,4	7,4	-
Rückstellungen für operationelle Risiken	0,9	0,6	0,3
Rückstellungen für Kreditrisiken	1,4	1,0	0,4
Rückstellungen im Personalbereich	0,4	0,5	- 0,1
Rückstellungen im Fondsgeschäft	69,8	72,6	- 2,8
Übrige sonstige Rückstellungen	11,8	12,8	- 1,0
Gesamt	281,1	358,0	- 76,9

Der bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen zugrunde gelegte Rechnungszinssatz belief sich zum 30. Juni 2017 auf 2,20 Prozent und lag um 0,25 Prozentpunkte über dem Rechnungszinssatz zum 31. Dezember 2016. Anhand von versicherungsmathematischen Gutachten wurde im erfolgsneutralen Ergebnis ein Neubewertungsgewinn in Höhe von 33,7 Mio. Euro (31.12.2016: Neubewertungsverlust in Höhe von 15,1 Mio. Euro) berücksichtigt.

Darüber hinaus werden Rückstellungen für die nachfolgend beschriebenen Fonds mit formalen Garantien sowie mit Renditezielpfad gebildet.

Die Produktpalette der Deka-Gruppe enthält unter anderem Investmentfonds mit Garantien unterschiedlicher Ausprägung. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft garantiert am Ende der Laufzeit des Fonds beziehungsweise des Investitionszeitraums das eingezahlte Kapital abzüglich Gebühren oder den Anteilswert am Anfang eines jeden Investitionszeitraums. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem prognostizierten Fehlbetrag zum Garantiezeitpunkt, der eine Differenz aus dem erwarteten und garantierten Anteilswert darstellt. Zum Bilanzstichtag waren aufgrund der Entwicklung der jeweiligen Fondsvermögen 2,2 Mio. Euro (31.12.2016: 2,4 Mio. Euro) zurückgestellt. Durch die Garantien wurde zum Bilanzstichtag ein maximales Volumen von insgesamt 3,6 Mrd. Euro (31.12.2016: 3,9 Mrd. Euro) zu den jeweiligen Garantiezeitpunkten abgedeckt. Der Marktwert des korrespondierenden Fondsvermögens belief sich auf 3,9 Mrd. Euro (31.12.2016: 4,1 Mrd. Euro). Darin sind ebenfalls nachfolgend beschriebene Fonds mit einer prognostizierten Renditeentwicklung mit einem Volumen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro (31.12.2016: 2,4 Mrd. Euro) enthalten.

Investmentfonds, deren Rendite auf Basis aktueller vom Konzern festgelegter Geldmarktsätze prognostiziert und veröffentlicht wird, existieren in zwei Fondsausprägungen mit und ohne Kapitalgarantie. Die Rückstellungshöhe wird durch mögliche Verlustszenarien unter Berücksichtigung von Liquiditäts-, Zins- sowie Spreadrisiken ermittelt. Zum Bilanzstichtag waren 40,8 Mio. Euro (31.12.2016: 40,1 Mio. Euro) zurückgestellt. Das zugrunde liegende Gesamtvolumen der Fonds betrug 6,4 Mrd. Euro (31.12.2016: 6,5 Mrd. Euro), davon entfallen 1,8 Mrd. Euro (31.12.2016: 2,4 Mrd. Euro) auf Fonds mit Kapitalgarantie und 4,6 Mrd. Euro (31.12.2016: 4,1 Mrd. Euro) auf Fonds ohne Kapitalgarantie.

Die Übrigen sonstigen Rückstellungen werden für Verpflichtungen gebildet, die aus unterschiedlichen Sachverhalten entstehen.

29 Nachrangkapital

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Nachrangige Verbindlichkeiten	900,5	906,6	-6,1
Einlagen typisch stiller Gesellschafter	26,9	211,9	-185,0
Gesamt	927,4	1.118,5	-191,1

Gekündigte stille Einlagen wurden im Berichtsjahr in Höhe von 177,5 Mio. Euro zurückgezahlt.

30 Eigenkapital

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	286,3	286,3	-
Abzüglich Eigene Anteile	94,6	94,6	-
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile (AT1-Anteile)	473,6	473,6	-
Kapitalrücklage	190,3	190,3	-
Gewinnrücklagen	4.269,1	4.293,0	-23,9
Neubewertungsrücklage			
Für Pensionsrückstellungen	-135,8	-169,5	33,7
Für Cashflow Hedges	-12,5	-29,1	16,6
Für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale	5,1	5,1	-
Für at-equity bewertete Unternehmen	-4,4	-4,5	0,1
Darauf entfallende latente Steuern	47,2	63,3	-16,1
Neubewertungsrücklage insgesamt	-100,4	-134,7	34,3
Rücklage aus der Währungsumrechnung	1,6	1,8	-0,2
Konzerngewinn /-verlust	164,2	70,7	93,5
Gesamt	5.190,1	5.086,4	103,7

Sonstige Angaben

31 Fair-Value-Angaben zu den Finanzinstrumenten

Als Fair Value wird der Betrag angesehen, den man in einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten oder bei der Übertragung einer Schuld zahlen würde.

Die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten erfolgt auf der Basis von Marktkursen beziehungsweise beobachtbaren Marktdaten des Stichtags und anerkannten Bewertungsmodellen.

In Fällen, in denen kein Preis von einem aktiven Markt verfügbar ist, wird auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen, die für die jeweiligen Finanzinstrumente als angemessen erachtet werden. Sofern verfügbar, werden als Grundlage stets beobachtbare Marktdaten herangezogen. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Börsenkursen, validen Preisen oder Marktdaten variiert jedoch je nach Finanzinstrument und kann sich im Zeitablauf ändern. Darüber hinaus werden die Bewertungsmodelle bei Bedarf periodisch neu ausgerichtet und validiert. Je nach Finanzinstrument und Marktsituation kann es erforderlich sein, dass Annahmen und Einschätzungen der Bank in die Bewertung mit einfließen. Auch die Auswahl passender Modellierungstechniken, geeigneter Parameter und Annahmen unterliegt der Entscheidung der Bank. Sofern keine Preise von aktiven Märkten vorliegen, ist der Fair Value daher als stichtagsbezogener Modellwert zu verstehen, der eine realistische Schätzung widerspiegelt, wie der Markt das Finanzinstrument voraussichtlich bewerten könnte.

Sofern für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Geld- und Briefkurse existieren, ist nach den Vorschriften des IFRS 13 der Preis für die Fair-Value-Ermittlung zu verwenden, der innerhalb der Geld-Brief-Spanne den Fair Value am besten widerspiegelt, wobei die Bewertung zu Mittelkursen eine zulässige Konvention darstellt. Die Deka-Bank bewertet Finanzinstrumente grundsätzlich zu Mittelkursen. Für illiquide Finanzinstrumente, die in der Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet sind, wird eine Bewertungsanpassung für die Geld-Brief-Spanne (Bid-Ask-Adjustments) berücksichtigt.

Zudem berücksichtigt die Bank bei der Bewertung von OTC-Derivaten Credit Value Adjustments (CVA) beziehungsweise Debit Value Adjustments (DVA), um dem Kreditrisiko des Kontrahenten beziehungsweise dem eigenen Kreditrisiko Rechnung zu tragen, wenn diese nicht bereits an anderer Stelle in das Bewertungsmodell einbezogen wurden. Soweit für Kontrahenten ein Netting-Agreement vorliegt, erfolgt die Berechnung auf Ebene des Kontrahenten auf Basis der Nettosition, in den übrigen Fällen erfolgt die Berechnung auf Basis der Einzelpositionen. Die Deka-Gruppe berücksichtigt ein Funding Valuation Adjustment (FVA), welches die marktimplizierten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen darstellt. Die Fristigkeit der Finanzierung wird dabei als wichtiger Bestandteil des beizulegenden Zeitwerts für nicht besicherte Derivate angesehen.

Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7 erfolgt in der Deka-Gruppe nach Bilanzposten beziehungsweise nach IFRS-Kategorien. In der nachfolgenden Tabelle sind die Fair Values von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten nach Bilanzposten beziehungsweise nach IFRS-Kategorie den jeweiligen Buchwerten gegenübergestellt:

Mio. €	30.06.2017		31.12.2016	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktivposten				
Barreserve	11.868,4	11.868,4	3.687,6	3.687,6
Forderungen an Kreditinstitute	24.434,5	24.294,8	20.835,2	20.653,9
Forderungen an Kunden	23.674,4	23.434,4	23.122,1	22.840,9
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	31.855,7	31.855,7	34.903,2	34.903,2
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	23,5	23,5	28,6	28,6
Finanzanlagen	3.876,4	3.848,5	2.983,3	2.968,9
Loans and Receivables	761,9	791,7	632,9	672,4
Held to Maturity	3.072,2	3.014,5	2.311,4	2.257,5
Available for Sale	42,3	42,3	39,0	39,0
Sonstige Aktiva	200,0	200,0	183,9	183,9
Summe Aktivposten	95.932,9	95.525,3	85.743,9	85.267,0
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.113,4	19.987,0	17.521,7	17.362,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.228,5	28.988,3	23.691,8	23.419,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.428,4	13.361,2	11.164,2	11.076,1
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	26.610,8	26.610,8	26.519,5	26.519,5
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	17,8	17,8	34,4	34,4
Nachrangkapital	1.012,6	927,4	1.217,8	1.118,5
Sonstige Passiva	194,8	194,8	230,7	230,7
Summe Passivposten	90.606,3	90.087,3	80.380,1	79.760,7

Bei täglich fälligen beziehungsweise kurzfristigen Finanzinstrumenten entspricht der Fair Value dem jeweils am Bilanzstichtag zahlbaren Betrag. Der Buchwert stellt demnach einen angemessenen Näherungswert für den Fair Value dar. Hierzu gehören unter anderem die Barreserve, Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie im Posten Sonstige Aktiva beziehungsweise Passiva enthaltene Finanzinstrumente. In der nachfolgenden Darstellung der Fair-Value-Hierarchie sind finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 12.880,8 Mio. Euro (31.12.2016: 4.565,5 Mio. Euro) und finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von 10.759,3 Mio. Euro (31.12.2016: 10.729,3 Mio. Euro) keinem Level der Fair Value-Hierarchie zugeordnet.

Die in den Finanzanlagen enthaltenen Anteile an nicht börsennotierten verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen in Höhe von 42,3 Mio. Euro (31.12.2016: 39,0 Mio. Euro), die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind und für die weder Preise von aktiven Märkten noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind, werden in Übereinstimmung mit IAS 39.46c mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Eine Veräußerung dieser Vermögenswerte ist derzeit nicht beabsichtigt. Diese Finanzinstrumente sind in nachfolgender Darstellung keinem Level der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Fair-Value-Hierarchie

Die in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente sowie Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, deren Fair Value jedoch anzugeben ist, sind in Abhängigkeit von den in ihre Bewertung einfließenden Inputfaktoren den nachfolgenden drei Fair-Value-Hierarchie-Stufen des IFRS 13 zuzuordnen:

Level 1 (Notierte Preise auf aktiven Märkten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann.

Level 2 (Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value entweder aus gleichartigen, an aktiven und liquiden Märkten gehandelten Finanzinstrumenten, aus gleichartigen oder identischen, an weniger liquiden Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder auf Basis von Bewertungsverfahren, deren Inputfaktoren direkt oder indirekt beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 (Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value auf Basis von Bewertungsmodellen – unter anderem unter Verwendung von am Markt nicht beobachtbaren Inputfaktoren – ermittelt wird, soweit diese für die Bewertung von Bedeutung sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Fair Values der in der Bilanz sowohl zum beizulegenden Zeitwert als auch nicht zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente, zugeordnet zu der jeweiligen Fair-Value-Hierarchie-Stufe.

Mio. €	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level 1)		Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (Level 2)		Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten (Level 3)	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	14.858,3	12.942,4	6.686,3	9.884,3	2.089,8	2.502,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.089,3	1.996,3	94,0	127,2	–	–
Derivative Finanzinstrumente						
Zinsbezogene Derivate	0,1	0,1	4.647,4	5.705,2	27,1	15,8
Währungsbezogene Derivate	–	–	198,1	225,9	–	–
Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	156,2	329,7	1.005,3	1.170,6	3,8	3,5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	23,5	28,6	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte						
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	19.173,5	14.338,6	4.909,9	6.150,4
Forderungen an Kunden	–	–	9.045,2	7.770,4	14.167,9	15.003,9
Finanzanlagen	2.007,1	1.254,9	931,2	656,6	895,8	1.032,8
Gesamt	19.111,0	16.523,4	41.804,5	39.907,4	22.094,3	24.708,6
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Wertpapier-Shortbestände	823,4	647,1	81,4	125,7	–	–
Derivative Finanzinstrumente						
Zinsbezogene Derivate	0,1	0,9	4.890,4	5.923,5	44,6	139,9
Währungsbezogene Derivate	–	–	222,4	214,0	–	–
Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	497,9	665,8	1.532,7	1.621,0	0,8	1,4
Handelsemissionen/Emissionen	–	–	17.590,3	16.472,4	926,8	707,8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	17,8	34,4	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	19.653,6	14.008,4	82,0	2.565,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	18.504,0	12.701,4	537,9	1.439,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	13.428,4	11.164,2	–	–
Nachrangkapital	–	–	88,3	–	924,2	1.217,8
Gesamt	1.321,4	1.313,8	76.009,3	62.265,0	2.516,3	6.072,0

Umgliederungen

Bei am Bilanzstichtag im Bestand gehaltenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, fanden nachfolgende Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie statt:

Mio. €	Umgliederungen von Level 1 nach Level 2		Umgliederungen von Level 2 nach Level 1	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	145,9	3.487,9	2.189,2	925,6
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Wertpapier-Shortbestände	3,4	68,3	32,0	4,0

Im Berichtszeitraum wurden Finanzinstrumente aus Level 1 in Level 2 transferiert, da für diese kein aktiver Markt mehr nachgewiesen werden konnte. Zudem wurden Finanzinstrumente aus Level 2 in Level 1 transferiert, da diese Finanzinstrumente am Bilanzstichtag Preise an einem aktiven Markt verfügbar waren, welche unverändert für die Bewertung übernommen werden konnten.

Umgliederungen zwischen den einzelnen Stufen der Fair-Value-Hierarchie gelten in der Deka-Gruppe zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode als erfolgt.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 1

Sofern Wertpapiere und Derivate mit ausreichender Liquidität an aktiven Märkten gehandelt werden, demnach also Börsenkurse oder ausführbare Brokerquotierungen verfügbar sind, werden diese Kurse zur Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Für die Ermittlung des Fair Value von nicht konsolidierten Fonds wird grundsätzlich der von der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichte Rücknahmepreis verwendet.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 2

Fair Values von nicht hinreichend liquiden Inhaberschuldverschreibungen werden auf Basis abgezinster zukünftiger Cashflows ermittelt (sogenanntes Discounted-Cashflow-Modell). Zur Abzinsung werden dabei instrumenten- und emittentenspezifische Zinssätze verwendet. Die Zinssätze werden aus den Marktpreisen liquider Vergleichspapiere ermittelt, deren Auswahl sich dabei an den Kategorien Emittent, Sektor, Rating, Rang und Laufzeit orientiert.

Soweit für langfristige finanzielle Verbindlichkeiten kein Preis an einem aktiven Markt beobachtbar ist, wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem Zinssatz, zu dem Verbindlichkeiten mit vergleichbarer Ausgestaltung hätten emittiert werden können, ermittelt. Dabei wird eine vorhandene Besicherungsstruktur, wie zum Beispiel bei Pfandbriefen, berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente werden, soweit es sich nicht um börsengehandelte Produkte handelt, grundsätzlich mit anerkannten Bewertungsmodellen, wie dem Black-Scholes-Modell, dem Black76-Modell, dem SABR-Modell, dem Bachelier Modell, dem G1PP-Modell oder dem Local-Volatility-Modell bewertet. Die Modelle werden dabei immer an beobachtbare Marktdaten kalibriert.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen und unter restriktiven Bedingungen börsengehandelte Optionen ebenfalls über das Black-Scholes-Modell bewertet. Diese Einzelfall-Regelung gilt für spezielle EUREX-Optionen, deren öffentlicher Preis nicht auf Umsätzen beziehungsweise tatsächlichen Handelsvolumina basiert, sondern auf Basis eines theoretischen Modells der EUREX ermittelt wird.

Zins- und Zins-Währungs-Swapvereinbarungen sowie nicht notierte Zinstermingeschäfte werden auf Basis des Discounted-Cashflow-Modells unter Verwendung der für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente geltenden Marktzinssätze bewertet. Dabei werden die Tenorstrukturen der einzelnen Zinssätze durch separate Forward-Zinskurven berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgt jeweils mit der währungsspezifischen Zinskurve. Diese findet beim entsprechenden Bootstrapping der Forward-Zinskurven Eingang.

Fair Values von Devisenterminkontrakten werden auf Basis der Terminkurse, die wiederum durch FX-Swap-Stellen im Markt quotiert werden, zum Stichtag bestimmt.

Zur Ermittlung der Fair Values von Single Name und Index Credit Default Swaps wird ein marktübliches Hazard-Rate-Modell verwendet, das an die jeweiligen Par CDS-Spreads kalibriert wird. Für tranchierte Basket Credit Swaps wird ein Gauss-Copula-Modell angewandt, dessen Parameter auf Basis von iTraxx- und CDX Index Tranche-Spreads ermittelt werden.

Der Fair Value von Geldanlagen und Geldaufnahmen wird durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung von Diskontsatz, die für vergleichbare Geldgeschäfte mit ähnlichen Konditionen an liquiden oder weniger liquiden Märkten üblich sind, ermittelt.

Der Fair Value von Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften wird durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden, um das Kreditrisiko angepassten Diskontierungssatzes ermittelt. Der hierbei verwendete Diskontierungssatz berücksichtigt die beim Abschluss des echten Wertpapiergeschäfts vereinbarten Sicherheitenkriterien.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 3

Die Ermittlung der Fair Values für Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Forderungen an Kunden aus dem Kreditgeschäft erfolgt anhand der Barwertmethode. Die zukünftigen Cashflows der Forderungen werden mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert, der sich an den Kategorien Kreditnehmer, Sektor, Rating, Rang und Laufzeit orientiert.

Bei den Anleihen und Schuldverschreibungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, handelt es sich um Anleihen und Verbriefungspositionen, für die der DekaBank zum Stichtag keine aktuellen Marktpreisinformationen vorlagen. Die Bewertung der Anleihen erfolgt entweder auf Basis indikativer Quotierungen oder über das Discounted-Cashflow-Modell unter Verwendung von risikoadjustierten Marktzinssätzen. Der unterschiedlichen Bonität der Emittenten wird durch eine angemessene Adjustierung der Diskontsätze Rechnung getragen.

Bei den im Posten Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie Designated at Fair Value handelt es sich um Plain-Vanilla-Anleihen und um nicht-synthetische Verbriefungen. Letztere unterliegen bei der Bank seit Anfang 2009 einem vermögenswahren Abbau. Für die Fair-Value-Ermittlung der Plain-Vanilla-Anleihen werden nicht am Markt beobachtbare Credit Spreads herangezogen. Unter Annahme einer durchschnittlichen Spreadunsicherheit von fünf Basispunkten hätte der Fair Value der Plain-Vanilla-Anleihen um 0,69 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Die Fair-Value-Ermittlung der im Bestand befindlichen nicht-synthetischen Verbriefungspositionen erfolgt auf Basis indikativer Quotierungen oder über Spreads, die aus indikativen Quotierungen von vergleichbaren Bonds abgeleitet werden. Diese Quotierungen werden sowohl von diversen Brokern als auch von Marktpreisversorgern wie zum Beispiel S&P bezogen. Aus den verfügbaren Preisindikationen wurde über die Geld-Brief-Spannen für die einzelnen Verbriefungspositionen eine vorsichtige Geld-Brief-Spanne ermittelt, die als Schätzwert für die Preissensitivität herangezogen wurde. Unter Verwendung dieser Geld-Brief-Spanne ergibt sich eine über das Portfolio gemittelte Schwankungsbreite von 0,46 Prozentpunkten. Damit hätte der Marktwert der betroffenen Verbriefungspositionen um 0,55 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Bei den im Posten Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie Held for Trading handelt es sich um Plain-Vanilla-Anleihen, für deren Bewertung nicht am Markt beobachtbare Credit Spreads herangezogen werden. Unter Annahme einer durchschnittlichen Spreadunsicherheit von fünf Basispunkten hätte der Marktwert der betroffenen Positionen um 2,6 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Daneben ordnet die Bank in geringem Umfang Aktien- und Zinsderivate beziehungsweise Emissionen mit eingebetteten Aktien- und Zinsderivaten Level 3 zu, wenn unter anderem nicht beobachtbare Bewertungsparameter verwendet werden, die für deren Bewertung von Bedeutung sind. Für Aktien- und Zinsderivate, die in der Bewertung Korrelationen benötigen, verwendet die Bank typischerweise historische Korrelationen der jeweiligen Aktienkurse oder Zinsfestschreibungen beziehungsweise deren Änderungen. Die Sensitivität der betroffenen Aktienoptionspositionen beträgt zum 30. Juni 2017 circa –4,6 Mio. Euro. Für Zinsderivate, die auf einem Index Spread beruhen, wird die Sensitivität bezüglich der Korrelation zwischen den beteiligten Referenzindizes über Shifts der Modellparameter abgebildet. Die sich daraus ergebende Änderung in der Korrelation beträgt circa +7,0 Prozent und führt zu einem Bewertungsunterschied von +0,1 Mio. Euro. Des Weiteren gibt es Aktien-derivate, welche eine Laufzeit aufweisen, die länger ist, als die der analogen (bezogen auf das Underlying) börsengehandelten Aktien(index)optionen. Die Extrapolationsunsicherheit in Zeitrichtung beträgt 1,25 Aktien-Vega und somit ergibt sich ein Wert von circa 2,4 Mio. Euro zum 30. Juni 2017. Für Credit-Default-Swaps (CDS) und Credit Linked Notes mit einer längeren Laufzeit als am Markt quotierte CDS-Spreads wird die Extrapolationsunsicherheit in Zeitrichtung mit fünf Basispunkten angenommen. Zum Stichtag 30. Juni 2017 ergibt sich dafür ein Wert von 0,6 Mio. Euro.

Unter den nachrangigen Verbindlichkeiten weist die DekaBank im Wesentlichen Positionen mit Hybridkapitalcharakter aus, die aufgrund fehlender Indikationen zu am Markt handelbaren Spreads Level 3 zugeordnet werden. Die Bewertung erfolgt über das Discounted-Cashflow-Modell auf Basis eines Zinssatzes, der zu den jeweiligen Stichtagen überprüft wird.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3, für die per 30. Juni 2017 ein externes Rating verfügbar war, wiesen 99,8 Prozent ein Rating im Investmentgrade-Bereich auf.

Die Ermittlung der Fair Values für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus dem Emissionsgeschäft erfolgt anhand der Barwertmethode. Die zukünftigen Cashflows der Verbindlichkeiten werden mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert, der sich am Bonitätsrisiko der DekaBank orientiert. Darüber hinaus wird für die Bewertung von besicherten Emissionen die Sicherheitenstruktur berücksichtigt. Entsprechend der Kategorie und dem Anteil der Besicherung wird der Zinssatz für eine vergleichbare unbesicherte Emission dabei adjustiert.

Entwicklung der Finanzinstrumente in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Die Veränderung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente in Level 3 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Basis sind die Fair Values (exklusive Zinsabgrenzungsposten).

Mio. €	Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva				Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva			
	Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Zinsbezogene Derivate	Aktien- und sonstige preisbezogene Derivate	Wertpapier Shortbestände	Zinsbezogene Derivate	Aktien- und sonstige preisbezogene Derivate	Handels-emissionen/ Emissionen
Stand 1. Januar 2016	2.395,1	-	15,7	7,6	-	32,9	8,2	528,2
Zugänge durch Käufe	1.084,5	0,1	16,3	0,5		2,2	0,8	23,8
Abgänge durch Verkäufe	620,5	0,1				-	0,1	
Zugänge durch Emissionen								346,7
Fälligkeiten/Tilgungen	548,6	-		6,2			7,1	184,5
Transfers								
In Stufe 3	332,0		0,8	1,9		64,1	-	52,7
Aus Stufe 3	195,6	-	15,7	1,4	-	14,0	0,5	72,2
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung								
Erfolgswirksam	48,6	-		1,0		-38,3	-	-10,7
Erfolgsneutral								
Stand 31. Dezember 2016	2.495,5	-	17,1	3,4	-	123,5	1,3	705,3
Zugänge durch Käufe	495,4		9,3	0,2		-	0,1	
Abgänge durch Verkäufe	237,0						0,7	
Zugänge durch Emissionen								386,2
Fälligkeiten/Tilgungen	375,4			0,3		56,4		154,9
Transfers								
In Stufe 3	362,7		2,8	0,1		2,8	-	31,8
Aus Stufe 3	650,5		0,8	-	-	10,1	-	48,6
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung								
Erfolgswirksam	-6,1		1,5	0,4		16,0	-0,1	-4,8
Erfolgsneutral	-					-	-	
Stand 30. Juni 2017	2.084,6	-	29,9	3,8	-	43,8	0,8	924,6

Im ersten Halbjahr wurden positive Marktwerte aus Schuldverschreibungen, anderen festverzinslichen Wertpapieren und Kreditforderungen in Höhe von 650,5 Mio. Euro und negative Marktwerte aus Handelsemissionen/ Emissionen in Höhe von 48,6 Mio. Euro aus Level 3 transferiert. Weiterhin wurden negative Marktwerte aus Schuldverschreibungen, anderen festverzinslichen Wertpapieren und Kreditforderungen in Höhe von 362,7 Mio. Euro und negative Marktwerte aus Handelsemissionen/ Emissionen in Höhe von 31,8 Mio. Euro nach Level 3 transferiert. Grund hierfür war eine detailliertere Analyse der für die Bewertung verwendeten Marktdaten.

Umgliederungen zwischen den einzelnen Stufen der Fair-Value-Hierarchie gelten in der Deko-Gruppe zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode als stattgefunden.

Ergebnis aus zum Halbjahresbilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Mio. €	Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva					
	Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen		Zinsbezogene Derivate		Aktien- und sonstige preisbezogene Derivate	
	30.06.2017	30.06.2016	30.06.2017	30.06.2016	30.06.2017	30.06.2016
Alle im Gesamtergebnis der Periode erfassten realisierten Gewinne und Verluste:						
Gewinn- und Verlustrechnung						
Zinsergebnis	0,5	0,3	-	-	-	-
Handelsergebnis	2,6	-0,6	-	-	-	-
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	0,8	5,7	-	-	-	-
Alle im Gesamtergebnis der Periode erfassten unrealisierten Gewinne und Verluste:						
Zinsergebnis	0,5	1,0	-	-	-	-
Handelsergebnis	-14,9	92,5	1,5	-	0,4	-0,1
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	4,3	-4,5	-	-	-	-

Bewertungsprozesse der Finanzinstrumente in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Die DekaBank führt grundsätzlich für alle Geschäfte des Handelsbuchs und des Bankbuchs eine tägliche handelsunabhängige Bewertung durch, die die Grundlage für die Ergebnisermittlung bildet. Die Verantwortung für den Bewertungsprozess liegt im Risikocontrolling, in dem verschiedene Spezialistenteams mit den unterschiedlichen Aufgaben im Rahmen des Bewertungsprozesses betraut sind. Der Nutzung im Bewertungsprozess vorangestellt ist eine Validierung und initiale Abnahme der Modelle für die theoretische Bewertung von Geschäften. Im laufenden Betrieb erfolgt eine regelmäßige Adäquanzprüfung. Die wesentlichen Prozessschritte sind die Bereitstellung handelsunabhängiger Marktdaten sowie die Parametrisierung, Durchführung und Qualitätssicherung der Bewertung. Diese oben genannten Schritte und Prozesse werden durch jeweils ein Team gestaltet und durchgeführt.

Auffällige Bewegungen der handelsunabhängigen Bewertung werden durch Finanzen und Risikocontrolling analysiert und kommentiert. Die auf Basis der handelsunabhängigen Bewertung ermittelten ökonomischen Gewinne und Verluste werden für das Handelsbuch auf täglicher und für das Bankbuch mindestens auf wöchentlicher Basis den Handelseinheiten zur Verfügung gestellt. Prozessbegleitend wurde im Risikocontrolling ein Gremium etabliert, das die mittel- bis langfristige Weiterentwicklung des Bewertungsprozesses plant und koordiniert.

Bewertungsmodelle kommen immer dann zum Einsatz, wenn keine verlässlichen externen Preise vorliegen. Externe Preisquotierungen werden von gängigen Anbietern bezogen, wie beispielsweise von Börsen und Brokern. Jeder Preis unterliegt einem Überwachungsprozess, der die Qualität festlegt und damit die Verwendbarkeit im Rahmen des Bewertungsprozesses definiert. Sofern die Qualitätsstufe als nicht ausreichend beurteilt wird, wird eine theoretische Bewertung durchgeführt.

Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva						
	Zinsbezogene Derivate		Aktien- und sonstige preisbezogene Derivate		Handelsemissionen/Emissionen	
	30.06.2017	30.06.2016	30.06.2017	30.06.2016	30.06.2017	30.06.2016
	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	0,9	3,7
	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	-	-
	16,0	-90,0	-0,1	0,7	-5,8	41,0
	-	-	-	-	-	-

Bei Finanzinstrumenten, deren Barwert mithilfe eines Bewertungsmodells ermittelt wird, werden die benötigten Kurse und Preise für die Kalibrierung des Modells entweder direkt handelsunabhängig ermittelt oder durch einen handelsunabhängigen Preisverifizierungsprozess (Independent Price Verification beziehungsweise IPV) auf ihre Marktgerechtigkeit hin überprüft und gegebenenfalls korrigiert. Die verwendeten Bewertungsmodelle werden entweder durch das Risikocontrolling validiert oder im Risikocontrolling handelsunabhängig implementiert. Die Angemessenheit der Modelle wird regelmäßig mindestens jährlich durch das Risikocontrolling überprüft. Die Ergebnisse der Überprüfung bilden die Grundlage für eine zwischen Risikocontrolling, Finanzen und den Handelseinheiten konsolidierte Empfehlung zur Weiterverwendung oder Fortentwicklung der Bewertungsmodelle.

Bei der Einführung neuer Finanzinstrumente werden die bestehenden Bewertungsprozesse auf ihre Anwendbarkeit für das neue Instrument hin überprüft und bei Bedarf modifiziert oder erweitert. Mögliche Erweiterungen sind die Anbindung neuer Preisquellen oder die Implementierung neuer Bewertungsmodelle. Sofern neue Modelle eingeführt werden, wird im Rahmen der Implementierung und Validierung durch das Risikocontrolling überprüft, ob gegebenenfalls ein Modellrisiko besteht. Sofern Modellrisiken bestehen, wird eine entsprechende Modellreserve berücksichtigt.

32 Angaben zur Qualität von finanziellen Vermögenswerten

Wertberichtigtes Exposure und bilanzielle Risikovorsorge nach Risikosegmenten

Mio. €	Finanz- institu- tionen	Trans- port- und Export- finanzie- rungen	Energie- und Ver- sorgungs- infra- struktur	Immo- bilien- risiken	Verkehrs- und Sozial- infra- struktur	Unter- nehmen	Sonstige	Gesamt 30.06.2017	Gesamt 31.12.2016
Wertberichtigtes									
Brutto-Kreditvolumen ¹⁾	–	276,8	34,8	–	–	45,5	1,3	358,4	720,4
Sicherheiten ²⁾	–	69,3	0,0	–	–	–	–	69,3	163,6
Wertberichtigtes									
Netto-Kreditvolumen ¹⁾	–	207,5	34,8	–	–	45,5	1,3	289,1	556,8
Risikovorsorge	4,0	139,2	11,4	1,3	2,0	38,6	1,0	197,5	388,1
Einzelwertberichtigungen	–	127,5	6,7	–	–	36,7	0,2	171,1	347,2
Rückstellungen	–	0,1	–	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	–	–	–	–	–	–	–	–	5,0
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	4,0	11,6	4,7	1,3	2,0	1,9	0,6	26,1	35,6

¹⁾ Einzel- und länderwertberichtigtes Brutto- und Netto-Kreditvolumen. Angegeben ist der Bruttobuchwert der zum jeweiligen Berichtsstichtag wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen

In der Risikovorsorge ist neben der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 155,4 Mio. Euro (31.12.2016: 334,3 Mio. Euro) auch die Risikovorsorge für Finanzanlagen in Höhe von 42,1 Mio. Euro (31.12.2016: 53,8 Mio. Euro) enthalten.

Non-Performing Exposures

Mio. €	Transport- und Exportfinan- zierungen	Energie- und Versorgungs- infrastruktur	Immobilien- risiken	Verkehrs- und Sozial- infrastruktur	Unter- nehmen	Sonstige	Gesamt 30.06.2017	Gesamt 31.12.2016
Non-Performing Exposures ¹⁾	383,2	63,9	–	–	71,4	1,2	519,7	807,3
Sicherheiten ²⁾	125,8	–	–	–	25,3	–	151,1	213,1
Risikovorsorge	131,6	8,7	–	–	36,7	0,4	177,4	355,0

¹⁾ Angegeben ist der Bruttobuchwert der jeweils als Non-Performing klassifizierten kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen

Exposures mit Forbearance-Maßnahmen

Die Aufgliederung der Forborne Exposures nach Risikosegmenten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden. Der überwiegende Teil der Forborne Exposures ist bereits als Non-Performing Exposure klassifiziert und entsprechend auch in der Tabelle „Non-Performing-Exposures nach Risikosegmenten“ enthalten.

Mio. €	Transport- und Exportfinanzierungen	Energie- und Versorgungsinfrastruktur	Immobilienrisiken	Verkehrs- und Sozialinfrastruktur	Unternehmen	Sonstige	Gesamt 30.06.2017	Gesamt 31.12.2016
	Forborne Exposures ¹⁾	368,9	77,0	–	–	–	–	445,9
Davon Performing	3,7	20,1	–	–	–	–	23,8	94,7
Davon Non-Performing	365,2	56,9	–	–	–	–	422,1	704,1
Sicherheiten ²⁾	115,4	–	–	–	–	–	115,4	196,8
Risikovorsorge	131,0	5,2	–	–	–	–	136,2	309,6

¹⁾ Angegeben ist der Bruttobuchwert der als Forborne klassifizierten kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen

Kennziffern zu Non-Performing und Forborne Exposures:

%	30.06.2017	31.12.2016
NPE-Quote zum Stichtag (Quotient aus Non-Performing Exposures und maximalem Kreditrisiko)	0,55	0,96
NPE-Coverage Ratio inklusive Sicherheiten zum Stichtag (Quotient aus Risikovorsorgebestand inklusive Sicherheiten und Non-Performing Exposures)	63,21	70,37
Forborne-Exposures-Quote zum Stichtag (Quotient aus Forborne Exposures und maximalem Kreditrisiko)	0,47	0,95

Das maximale Kreditrisiko, das der Non-Performing- und der Forborne-Exposure-Quote zugrunde liegt, ermittelt sich in Anlehnung an IFRS 7.36a aus den kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerten sowie entsprechenden außerbilanziellen Verpflichtungen. Es beträgt zum Bilanzstichtag 94,7 Mrd. Euro (31.12.2016: 84,1 Mrd. Euro).

33 Kreditengagement in einzelnen europäischen Staaten

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Engagement gegenüber ausgewählten europäischen Staaten aus bilanzieller Sicht. Neben Forderungen und Wertpapieren beinhaltet dies auf diese Staaten referenzierende, von der Bank emittierte Credit Linked Notes sowie Sicherungsnehmer- und Sicherungsgeber Credit Default Swaps:

Mio. €	30.06.2017			31.12.2016		
	Nominal ¹⁾	Buchwert	Fair Value	Nominal ¹⁾	Buchwert	Fair Value
Irland						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held to Maturity)	4,0	4,5	4,5	4,0	4,6	4,5
Schuldverschreibungen (Kategorie Designated at Fair Value)	2,7	3,3	3,3	–	–	–
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	28,0	1,1	1,1	15,0	0,4	0,4
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–28,0	–1,1	–1,1	–16,0	–0,4	–0,4
Italien						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held to Maturity)	10,0	11,2	10,9	10,0	11,3	11,2
Schuldverschreibungen (Kategorie Designated at Fair Value)	59,9	60,4	60,4	88,7	89,1	89,1
Wertpapier-Termingeschäfte	–50,0	0,5	0,5	–	–	–
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	208,2	0,5	0,5	162,1	–0,5	–0,5
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–87,0	0,2	0,2	–91,5	0,9	0,9
Credit Linked Notes ²⁾ (Kategorie Held for Trading)	–10,4	–10,5	–10,5	–10,0	–10,1	–10,1
Portugal						
Schuldverschreibungen (Kategorie Designated at Fair Value)	0,3	0,4	0,4	–	–	–
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	17,0	–1,4	–1,4	17,0	–2,3	–2,3
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–17,0	1,4	1,4	–17,0	2,3	2,3
Spanien						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held to Maturity)	5,0	5,8	5,8	5,0	6,0	6,0
Schuldverschreibungen (Kategorie Designated at Fair Value)	12,9	13,8	13,8	39,2	39,8	39,8
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	190,0	233,7	233,7	190,0	239,3	239,3
Wertpapier-Termingeschäfte	–35,0	–4,7	–4,7	–35,0	–4,9	–4,9
Total Return Swap Sicherungsnehmer	–155,0	1,2	1,2	–155,0	–4,0	–4,0
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	42,1	0,3	0,3	42,8	0,3	0,3
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–16,0	–0,4	–0,4	–16,0	–0,3	–0,3
Credit Linked Notes ²⁾ (Kategorie Held for Trading)	–9,8	–10,0	–10,0	–7,8	–8,1	–8,1
Gesamt	171,9	310,2	309,9	225,5	363,4	363,2

¹⁾ Die Nominalwerte der Sicherungsnehmergeschäfte sind mit negativem Vorzeichen dargestellt.

²⁾ Es wird der Fair Value der von der Bank emittierten Credit Linked Notes, die auf eine Verbindlichkeit des jeweiligen Staates referenzieren, ausgewiesen.

Neben dem Engagement gegenüber dem Staat Spanien bestehen noch Engagements gegenüber spanischen Banken. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anleihen mit einem Nominalwert von 375,1 Mio. Euro (31.12.2016: 301,2 Mio. Euro), darunter Anleihen der Kategorien Held to Maturity und Loans and Receivables mit einem Nominalwert von 135,0 Mio. Euro (31.12.2016: 55,0 Mio. Euro), die übrigen Anleihen werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Darüber hinaus bestehen Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 1.500,9 Mio. Euro (31.12.2016: 1.151,5 Mio. Euro), denen Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 253,9 Mio. Euro (31.12.2016: 83,2 Mio. Euro) gegenüberstehen. Die Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten wurden den Kategorien Loans and Receivables beziehungsweise Other Liabilities zugeordnet.

Das Exposure der DekaBank gegenüber italienischen Banken resultiert im Wesentlichen aus Anleihen mit einem Nominalwert von 174,3 Mio. Euro (31.12.2016: 222,5 Mio. Euro). Darin sind Anleihen der Kategorie Held to Maturity mit einem Nominalwert in Höhe von 54,0 Mio. Euro (31.12.2016: 53,6 Mio. Euro) enthalten, die übrigen Anleihen werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Darüber hinaus bestehen Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 77,7 Mio. Euro (31.12.2016: 107,8 Mio. Euro), denen Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 147,4 Mio. Euro (31.12.2016: 134,1 Mio. Euro) gegenüber stehen. Die Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten wurden den Kategorien Loans and Receivables beziehungsweise Other Liabilities zugeordnet. Neben dem direkten Exposure bestehen zudem indirekte Exposures durch auf diese Adressen referenzierende Credit Default Swaps. Dabei stehen den Sicherungsgeberpositionen in Höhe von nominal 48,1 Mio. Euro (31.12.2016: 48,6 Mio. Euro) Sicherungsnehmerpositionen in Höhe von nominal 163,2 Mio. Euro (31.12.2016: 107,6 Mio. Euro) gegenüber.

Darüber hinaus hält die DekaBank gegenüber Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz des Staates Russland sind, Darlehensforderungen in Höhe von 200,8 Mio. Euro (31.12.2016: 212,8 Mio. Euro), die der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet sind. Ein Engagement gegenüber der Ukraine besteht nicht. Auch gegenüber Kreditnehmern, die dem Risikoland Griechenland zugeordnet werden, besteht zum Berichtsstichtag, wie auch zum Vorjahresultimo kein Exposure.

34 Derivative Geschäfte

Die in der Deka-Gruppe eingesetzten derivativen Finanzinstrumente lassen sich nach Art des abgesicherten Risikos wie folgt gliedern:

Mio. €	Nominalwerte		Positive Fair Values ¹⁾		Negative Fair Values ¹⁾	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Zinsrisiken	520.271,8	502.082,5	10.598,8	12.408,1	9.974,0	11.691,1
Währungsrisiken	24.879,9	25.033,9	628,4	590,5	1.003,9	1.540,8
Aktien- und sonstige Preisrisiken	45.871,3	42.220,8	1.217,6	1.516,1	2.142,1	2.344,7
Gesamt	591.023,0	569.337,2	12.444,8	14.514,7	13.120,0	15.576,6
Nettoausweis in der Bilanz			6.061,5	7.479,4	7.206,7	8.600,9

¹⁾ Darstellung der Fair Values vor Verrechnung mit der gezahlten beziehungsweise erhaltenen Variation Margin

35 Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel

Zum 30. Juni 2017 erfolgte die Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals sowie der Kapitalquoten auf Basis der seit dem 1. Januar 2014 geltenden Eigenkapitalanforderungen gemäß der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) und der Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Capital Requirement Directive IV – CRD IV), die bestimmten Übergangsregelungen unterliegen.

Die nachfolgenden Darstellungen erfolgen sowohl unter Berücksichtigung der in der CRR/CRD IV vorgesehenen Übergangsregelungen als auch auf Basis einer vollständigen Anwendung des neuen Regelwerks. Die Eigenmittel wurden auf Grundlage der Werte des IFRS-Konzernabschlusses ermittelt.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel ist in folgender Tabelle dargestellt:

Mio. €	30.06.2017		31.12.2016	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Hartes Kernkapital	4.198	4.293	3.978	4.216
Zusätzliches Kernkapital	474	436	474	348
Kernkapital	4.672	4.728	4.451	4.564
Ergänzungskapital	830	824	838	801
Eigenmittel	5.502	5.553	5.289	5.366

Die Erhöhung des Kernkapitals ist im Wesentlichen auf die Gewinnthesaurierung aus dem Geschäftsjahr 2016 zurückzuführen.

Die anrechnungspflichtigen Positionen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Mio. €	30.06.2017		31.12.2016	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Adressrisiko	14.553	14.553	15.038	15.038
Marktrisiko	4.577	4.577	4.478	4.478
Operationelles Risiko	2.834	2.834	2.887	2.887
CVA-Risiko	1.314	1.314	1.411	1.411
Gesamtrisikobetrag	23.278	23.278	23.813	23.813

Zum Berichtsstichtag ergaben sich für die Deka-Gruppe folgende Kennziffern:

%	30.06.2017		31.12.2016	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Harte Kernkapitalquote	18,0	18,4	16,7	17,7
Kernkapitalquote	20,1	20,3	18,7	19,2
Gesamtkapitalquote	23,6	23,9	22,2	22,5

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Die Quoten der Deka-Gruppe liegen deutlich über den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwerten.

36 Eventual- und andere Verpflichtungen

Mio. €	30.06.2017	31.12.2016	Veränderung
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.310,9	702,3	608,6
Sonstige Verpflichtungen	102,7	102,7	–
Gesamt	1.413,6	805,0	608,6

Bei den durch die DekaBank abgegebenen Bürgschaften handelt es sich nach IFRS um Finanzgarantien, die in Übereinstimmung mit IAS 39 netto bilanziert werden. Der Nominalbetrag der zum Bilanzstichtag bestehenden Bürgschaften beträgt unverändert 0,1 Mrd. Euro.

Mit Schreiben vom 17. Juli 2017 hat das BMF Grundsätze zur steuerlichen Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“ aufgestellt und dabei unter anderem festgehalten, dass bestimmte „Cum/Cum-Gestaltungen“ als Gestaltungsmissbrauch nach § 42 AO anzusehen sind. Es kann auf Basis einer vorläufigen Analyse nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte von der DekaBank in den betroffenen Jahren getätigte „Cum/Cum-Transaktionen“ im Lichte des vorgenannten BMF-Schreibens von den Finanzbehörden als rechtsmissbräuchlich eingestuft werden. Die DekaBank sieht jedoch keine überzeugenden Gründe dafür, dass die durchgeführten Aktiengeschäfte als Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne der Steuergesetze qualifiziert werden können und sieht letztendlich eine Inanspruchnahme als nicht wahrscheinlich an. Infolgedessen wird keine Notwendigkeit für die Bildung von Rückstellungen für potenzielle finanzielle Belastungen aus der möglichen Versagung der Anrechnung von Kapitalertragsteuern seitens der Finanzbehörden gesehen. Aufgrund der bestehenden Restunsicherheit hinsichtlich der finalen steuerrechtlichen Einwertung der betroffenen Aktiengeschäfte durch die Finanzbehörden und Finanzgerichte, kann das Entstehen einer finanziellen Belastung – deren Höhe zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht hinreichend konkret bestimmt werden kann – in diesem Zusammenhang nicht vollständig ausgeschlossen werden.

37 Anteilsbesitzliste

Bei den Angaben zum Anteilsbesitz handelt es sich um eine Zusatzangabe nach § 315a HGB. Auf die Angabe der Vorjahreswerte wird daher verzichtet.

Das Mutterunternehmen DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Berlin, ist im Handelsregister A des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRA 16068 eingetragen.

In den Konsolidierungskreis einbezogene Tochterunternehmen (verbundene Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
bevestor GmbH, Frankfurt am Main (ehemals: Deka Vermögensmanagement GmbH)	100,00
Deka Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Far East Pte. Ltd., Singapur	100,00
Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien Luxembourg S.A., Luxemburg	100,00
Deka International S.A., Luxemburg	100,00
Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Real Estate Lending k.k., Tokio	100,00
Deka Real Estate Services USA Inc., New York	100,00
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg	100,00
International Fund Management S.A., Luxemburg	100,00
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin	100,00
S Broker Management AG, Wiesbaden	100,00
S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden	100,00
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf	99,74 ¹⁾
WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG, Frankfurt am Main	94,90

¹⁾ 5,1 Prozent werden von der WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG gehalten

In den Konsolidierungskreis einbezogene Tochterunternehmen (strukturierte Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Fondsvermögen in %
A-DGZ 2-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-DGZ 5-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-Treasury 2000-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-Treasury 93-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
DDDD-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
S Broker 1 Fonds, Frankfurt am Main	100,00
Masterfonds S Broker, Frankfurt am Main	100,00

At-equity einbezogene Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen:

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Gemeinschaftsunternehmen	
S PensionsManagement GmbH, Köln	50,00
Dealis Fund Operations GmbH i.L., Frankfurt am Main	50,00

Nicht at-equity einbezogene Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen:

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Gemeinschaftsunternehmen	
Deka-Neuburger Institut für wirtschaftsmathematische Beratung GmbH, Frankfurt am Main	50,00
Assoziierte Unternehmen	
DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main	20,00

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen (verbundene Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Datogon S.A., Luxemburg	100,00
Deka Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Investors Spezial InvAG m.v.K. und TGV, Frankfurt am Main	
Teilgesellschaftsvermögen Deka Investors Unternehmensaktien	100,00
Deka Treuhand GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vermögensverwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vorratsgesellschaft 03 mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vorratsgesellschaft 04 mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vorratsgesellschaft 05 mbH, Frankfurt am Main	100,00
Europäisches Kommunalinstitut S.à.r.l., Luxemburg	100,00
LBG Leasing Beteiligungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Perfeus S.A., Luxemburg	100,00
Privates Institut für quantitative Kapitalmarktforschung der DekaBank GmbH, Frankfurt am Main	100,00
WIV Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	94,90

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene strukturierte Unternehmen:

Name, Sitz	Fondsvermögen in Mio. €	Anteil am Kapital/ Fondsvermögen in %
Deka-BR 45, Frankfurt am Main	6,4	100,00
Deka-Relax 30, Frankfurt am Main	0,5	99,54
Teilgesellschaftsvermögen Deka Darlehen, Frankfurt am Main	78,8	99,13
Deka-Relax 50, Frankfurt am Main	0,5	97,14
Deka-Immobilien PremiumPlus-Private Banking, Luxemburg	9,8	87,70
Deka-Relax 70, Frankfurt am Main	0,6	81,71
Deka Deutsche Boerse EUROGOV® Germany 10+ UCITS ETF, Frankfurt am Main	51,2	73,89
Deka Eurozone Rendite Plus 1-10 UCITS ETF, Frankfurt am Main	25,3	73,47
Deka-BasisStrategie Aktien, Frankfurt am Main	18,2	67,81
Deka PB ManagerMandat, Frankfurt am Main	58,4	66,05
Deka MSCI Europe ex EMU UCITS ETF, Frankfurt am Main	50,4	60,64
Deka-Globale Renten High Income, Frankfurt am Main	49,4	58,98
Deka-Multi Asset Ertrag, Luxemburg	36,6	57,67
Deka-EuroFlex Plus, Luxemburg	103,8	53,10
Deka MSCI Japan UCITS ETF, Frankfurt am Main	40,1	49,51
Deka EURO iSTOXX ex Fin Dividend+ UCITS ETF, Frankfurt am Main	215,6	24,49
Deka Oekom Euro Nachhaltigkeit UCITS ETF, Frankfurt am Main	20,2	22,99
Comtesse DTD Ltd., London	–	9,99 ¹⁾

¹⁾ abweichende Stimmrechte 25,1 Prozent

38 Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Deka-Gruppe unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören die Anteilseigner der DekaBank, aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen sowie Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesen Personen beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen ausschließlich die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der DekaBank. Nicht konsolidierte eigene Publikums- und Spezialfonds, bei denen am Bilanzstichtag die Anteilsquote der Deka-Gruppe 10,0 Prozent übersteigt, werden entsprechend ihrer Anteilsquote als Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen beziehungsweise sonstige nahestehende Unternehmen ausgewiesen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Deka-Gruppe werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Es handelt sich dabei unter anderem um Kredite, Tages- und Termingelder und Derivate. Die Verbindlichkeiten der Deka-Gruppe gegenüber den Publikums- und Spezialfonds sind im Wesentlichen Bankguthaben aus der vorübergehenden Anlage liquider Mittel. Der Umfang der Transaktionen ist aus den folgenden Aufstellungen ersichtlich.

Geschäftsbeziehungen zu Anteilseignern der DekaBank und nicht konsolidierten Tochtergesellschaften:

Mio. €	Anteilseigner		Tochtergesellschaften	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	45,0	45,0	5,5	5,5
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	–	–	8,6	28,0
Sonstige Aktiva	–	–	0,3	0,5
Summe Aktivposten	45,0	45,0	14,4	34,0
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	126,0	39,7	23,6	49,3
Summe Passivposten	126,0	39,7	23,6	49,3

Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und sonstigen nahestehenden Gesellschaften:

Mio. €	Gemeinschaftsunternehmen / Assoziierte Unternehmen		Sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.06.2017	31.12.2016	30.06.2017	31.12.2016
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	–	0,3	–	–
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	–	–	2,1	2,9
Sonstige Aktiva	0,4	0,2	0,2	0,3
Summe Aktivposten	0,4	0,5	2,3	3,2
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	322,2	115,6	21,6	399,7
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	32,7	33,3	–	0,2
Summe Passivposten	354,9	148,9	21,6	399,9

39 Übrige Sonstige Angaben

Wesentliche Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nach dem Stichtag 30. Juni 2017 nicht eingetreten.

Der Zwischenabschluss wird am 9. August 2017 durch den Vorstand der DekaBank zur Veröffentlichung freigegeben.

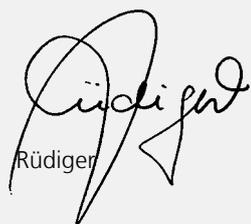
Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Halbjahresberichterstattung der Konzernhalbjahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 9. August 2017

DekaBank
Deutsche Girozentrale

Der Vorstand



Rüdiger



Dr. Stocker



Better



Dr. Danne



Müller

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die DekaBank Deutsche Girozentrale AöR, Berlin/Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss zum 30. Juni 2017 – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, verkürzter Eigenkapitalveränderungsrechnung, verkürzter Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der DekaBank Deutsche Girozentrale AöR, Berlin/Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2017, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach dem International Accounting Standard IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

Frankfurt am Main, den 10. August 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski	Fox
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.

„Deka

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt
Postfach 1105 23
60040 Frankfurt

Telefon: (069) 71 47-0
Telefax: (069) 71 47-13 76
www.dekabank.de

 **Finanzgruppe**

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Berlin/Frankfurt am Main

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Inhalt

Konzernabschluss	F ₁₆ -2
Gesamtergebnisrechnung	F ₁₆ -2
Bilanz	F ₁₆ -3
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F ₁₆ -4 – F ₁₆ -5
Kapitalflussrechnung	F ₁₆ -6 – F ₁₆ -7
Notes	F ₁₆ -8 – F ₁₆ -85
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F ₁₆ -86

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Mio. €	Notes	2016	2015	Veränderung	
Zinserträge		891,7	1.038,9	-147,2	-14,2 %
Zinsaufwendungen		755,5	847,4	-91,9	-10,8 %
Zinsergebnis	[30]	136,2	191,5	-55,3	-28,9 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[15], [31], [43]	-194,6	-65,1	-129,5	-198,9 %
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		-58,4	126,4	-184,8	-146,2 %
Provisionserträge		2.025,3	2.083,5	-58,2	-2,8 %
Provisionsaufwendungen		918,1	973,4	-55,3	-5,7 %
Provisionsergebnis	[32]	1.107,2	1.110,1	-2,9	-0,3 %
Handelsergebnis	[33]	252,7	236,3	16,4	6,9 %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	[34]	145,0	33,8	111,2	(> 300 %)
Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	[35]	2,4	-4,1	6,5	158,5 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	[36]	-13,5	-18,7	5,2	27,8 %
Verwaltungsaufwand	[37]	970,1	917,4	52,7	5,7 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[38]	24,2	34,6	-10,4	-30,1 %
Jahresergebnis vor Steuern		489,5	601,0	-111,5	-18,6 %
Ertragsteuern	[39]	164,3	214,2	-49,9	-23,3 %
Zinsaufwendungen atypisch stille Einlagen	[28], [61]	61,2	56,9	4,3	7,6 %
Konzernüberschuss		264,0	329,9	-65,9	-20,0 %
Davon:					
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbar		0,0	0,0	0,0	o. A.
Den Anteilseignern der DekoBank zurechenbar		264,0	329,9	-65,9	-20,0 %
Erfolgsneutrale Veränderungen					
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden					
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale		5,1	0,0	5,1	o. A.
Rücklage aus der Bewertung von Cashflow Hedges	[62]	10,4	-13,0	23,4	180,0 %
Rücklage aus der Währungsumrechnung	[11], [62]	-14,4	3,7	-18,1	(< -300 %)
Latente Steuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden	[49]	-3,4	4,2	-7,6	-181,0 %
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden					
Neubewertungsgewinne/-verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	[56], [62]	-15,1	55,4	-70,5	-127,3 %
Neubewertungsrücklage at-equity bewertete Unternehmen		-1,2	-3,3	2,1	63,6 %
Latente Steuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden	[49]	5,2	-13,7	18,9	138,0 %
Erfolgsneutrales Ergebnis		-13,4	33,3	-46,7	-140,2 %
Ergebnis der Periode nach IFRS		250,6	363,2	-112,6	-31,0 %
Davon:					
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbar		0,0	0,0	0,0	o. A.
Den Anteilseignern der DekoBank zurechenbar		250,6	363,2	-112,6	-31,0 %

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Mio. €	Notes	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung	
Aktiva					
Barreserve	[40]	3.687,6	3.608,1	79,5	2,2 %
Forderungen an Kreditinstitute	[14], [41]	20.653,9	27.094,0	-6.440,1	-23,8 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[15], [43]	(0,2)	(2,4)	-2,2	-91,7 %
Forderungen an Kunden	[14], [42]	22.840,9	22.508,0	332,9	1,5 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[15], [43]	(333,1)	(222,0)	111,1	50,0 %
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	[16], [44]	34.903,2	50.907,8	-16.004,6	-31,4 %
(davon als Sicherheit hinterlegt)	[74]	(5.200,0)	(10.642,9)	-5.442,9	-51,1 %
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	[9], [17], [45]	28,6	109,0	-80,4	-73,8 %
Finanzanlagen	[18], [46]	2.968,9	2.944,4	24,5	0,8 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[18]	(53,8)	(38,4)	-15,4	40,1 %
(davon als Sicherheit hinterlegt)	[74]	(774,4)	(785,7)	-11,3	-1,4 %
Immaterielle Vermögenswerte	[19], [47]	198,1	191,2	6,9	3,6 %
Sachanlagen	[20], [48]	17,1	16,3	0,8	4,9 %
Laufende Ertragsteueransprüche	[22], [49]	193,6	164,0	29,6	18,0 %
Latente Ertragsteueransprüche	[22], [49]	156,1	57,5	98,6	171,5 %
Sonstige Aktiva	[21], [50]	306,7	380,5	-73,8	-19,4 %
Summe der Aktiva		85.954,7	107.980,8	-22.026,1	-20,4 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[23], [51]	17.362,4	24.084,1	-6.721,7	-27,9 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[23], [52]	23.419,1	29.462,0	-6.042,9	-20,5 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	[23], [53]	11.076,1	19.921,8	-8.845,7	-44,4 %
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	[16], [54]	26.519,5	27.114,8	-595,3	-2,2 %
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	[9], [17], [55]	34,4	36,0	-1,6	-4,4 %
Rückstellungen	[15], [24], [25], [43], [56], [57]	358,0	453,9	-95,9	-21,1 %
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	[22], [58]	58,9	79,7	-20,8	-26,1 %
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	[22], [58]	123,3	28,1	95,2	(> 300 %)
Sonstige Passiva	[26], [59]	745,7	675,2	70,5	10,4 %
Nachrangkapital	[27], [60]	1.118,5	1.149,7	-31,2	-2,7 %
Atypisch stille Einlagen	[28], [61]	52,4	52,4	0,0	0,0 %
Eigenkapital	[29], [62]	5.086,4	4.923,1	163,3	3,3 %
a) Gezeichnetes Kapital		191,7	191,7	0,0	0,0 %
b) Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		473,6	473,6	0,0	0,0 %
c) Kapitalrücklage		190,3	190,3	0,0	0,0 %
d) Gewinnrücklagen		4.293,0	4.119,1	173,9	4,2 %
e) Neubewertungsrücklage	[7], [9], [17], [18], [22], [46]	-134,7	-135,7	1,0	0,7 %
f) Rücklage aus der Währungsumrechnung	[11]	1,8	16,2	-14,4	-88,9 %
g) Bilanzgewinn/-verlust (Konzerngewinn)		70,7	67,9	2,8	4,1 %
h) Anteile im Fremdbesitz		0,0	0,0	0,0	o. A.
Summe der Passiva		85.954,7	107.980,8	-22.026,1	-20,4 %

Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Gezeichnetes Kapital	Zusätzliche Eigenkapital- bestandteile	Kapitalrücklagen	Gewinn- rücklagen	Konzerngewinn/ -verlust
Mio. €					
Bestand zum 01.01.2015	191,7	473,6	190,3	3.855,3	65,6
Konzernüberschuss					329,9
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	-	-	-	-	329,9
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und sonstige Veränderungen				1,8	
Einstellung in die Gewinnrücklagen				262,0	-262,0
Ausschüttung					-65,6
Bestand zum 31.12.2015	191,7	473,6	190,3	4.119,1	67,9
Konzernüberschuss					264,0
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	-	-	-	-	264,0
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und sonstige Veränderungen				-19,4	
Einstellung in die Gewinnrücklagen				193,3	-193,3
Ausschüttung					-67,9
Bestand zum 31.12.2016	191,7	473,6	190,3	4.293,0	70,7

¹⁾ Beinhaltet die Ausgabe und Zinszahlungen (nach Steuern) von Tier-1-Anleihen, die unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

²⁾ Neubewertungsgewinne/-verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen

Neubewertungsrücklage					Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Gesamt vor Fremdanteilen	Anteile im Fremdbesitz	Eigenkapital
Pensions- rückstellungen ²⁾	Cashflow Hedges	Finanzinstrumente Available-for-Sale	At-equity bewertete Unternehmen	Latente Steuern				
-209,8	-26,5	-	-	71,0	12,5	4.623,7	-	4.623,7
						329,9		329,9
55,4	-13,0	0,0	-3,3	-9,5	3,7	33,3		33,3
55,4	-13,0	0,0	-3,3	-9,5	3,7	363,2	-	363,2
						1,8	-	1,8
						-		-
						-65,6		-65,6
-154,4	-39,5	-	-3,3	61,5	16,2	4.923,1	-	4.923,1
						264,0		264,0
-15,1	10,4	5,1	-1,2	1,8	-14,4	-13,4		-13,4
-15,1	10,4	5,1	-1,2	1,8	-14,4	250,6	-	250,6
						-19,4	-	-19,4
						-		-
						-67,9		-67,9
-169,5	-29,1	5,1	-4,5	63,3	1,8	5.086,4	-	5.086,4

Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Jahresüberschuss	264,0	329,9
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen und Zuschreibungen		
auf Forderungen und Finanzanlagen	207,5	92,1
auf Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	18,1	20,2
+/- Zuführung/Auflösung Rückstellungen	27,3	90,7
+/- Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	-2,4	4,1
+/- Andere zahlungsunwirksame Posten	-26,6	171,7
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen und Sachanlagen	2,2	-47,6
+/- Sonstige Anpassungen	138,4	-406,2
= Zwischensumme	628,5	254,9
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
+/- Forderungen an Kreditinstitute	6.520,6	-2.500,9
+/- Forderungen an Kunden	-555,6	807,2
+/- Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	17.262,5	5.547,2
+/- Finanzanlagen	-154,4	-55,9
+/- Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	7,2	346,8
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-6.749,1	-2.624,1
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-6.660,9	1.895,7
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-8.850,1	-4.192,0
+/- Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	-1.718,3	2.898,9
+/- Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	29,4	-486,5
+ Erhaltene Zinsen	1.076,2	1.674,5
+ Erhaltene Dividenden	19,0	33,7
- Gezahlte Zinsen	-754,8	-1.088,1
- Ertragsteuerzahlungen	-214,9	-189,5
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-114,7	2.321,9
+ Einzahlungen aus der Veräußerung oder Tilgung von		
Finanzinstrumenten der Kategorie Held to Maturity	373,8	540,5
Beteiligungen	4,1	8,7
Sachanlagen	0,0	54,9
Immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,0
- Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzinstrumenten der Kategorie Held to Maturity	0,0	0,0
Immateriellen Vermögenswerten	-19,2	-5,4
Sachanlagen	-2,7	-1,4
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilen an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	0,0	0,0
- Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	-0,4	-3,6
+ Erhaltene Dividenden	0,0	0,3
+/- Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Veränderungen	-4,3	0,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	351,3	594,0
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	0,0
- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-48,1	-20,6
- Gezahlte Dividenden	-67,9	-65,6
+ Mittelzufluss aus Nachrangkapital	0,0	0,0
- Mittelabfluss aus Nachrangkapital	-40,9	-9,0
+/- Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Veränderungen	0,0	9,0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-156,9	-86,2
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	79,7	2.829,7
+/- Andere Effekte	0,0	0,0
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.608,1	778,4
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.687,8	3.608,1

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestands in der Deko-Gruppe innerhalb des Geschäftsjahres dargestellt. Der Finanzmittelfonds entspricht der Bilanzposition Barreserve (vgl. dazu Note [40]).

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode ermittelt. Das heißt, der Konzern-Jahresüberschuss wird zunächst um nicht zahlungswirksame Posten, insbesondere Bewertungsergebnisse und Rückstellungszuführungen, bereinigt. Die Position sonstige Anpassungen enthält im Wesentlichen die Umgliederung der zahlungswirksam vereinnahmten Zinsen und Dividenden sowie Zins- und Ertragsteuerzahlungen im Geschäftsjahr, die gemäß IAS 7 separat ausgewiesen werden müssen.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck grundsätzlich in einer langfristigen Investition beziehungsweise Nutzung besteht.

Unter Finanzierungstätigkeit fallen neben dem Eigenkapital auch die Cashflows aus den Atypisch stillen Einlagen und dem Nachrangkapital.

Die Aussagekraft der Kapitalflussrechnung ist bei Kreditinstituten als gering einzuschätzen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Hinsichtlich des Liquiditätsrisikomanagements der Deko-Gruppe verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht.

Notes

Grundlagen der Rechnungslegung	9
Segmentberichterstattung	11
1 Erläuterung zur Segmentberichterstattung	11
2 Segmentierung nach Geschäftsfeldern	13
3 Segmentierung nach geografischen Merkmalen	14
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	14
4 Allgemeine Angaben	14
5 Konsolidierungsgrundsätze	15
6 Konsolidierungskreis	17
7 Finanzinstrumente	18
8 Fair-Value-Bewertung der Finanzinstrumente	19
9 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	20
10 Strukturierte Produkte	21
11 Währungsumrechnung	21
12 Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte	21
13 Bilanzierung von Leasingverhältnissen	22
14 Forderungen	22
15 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	22
16 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise Finanzpassiva	23
17 Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	24
18 Finanzanlagen	24
19 Immaterielle Vermögenswerte	25
20 Sachanlagen	25
21 Sonstige Aktiva	26
22 Ertragsteuern	26
23 Verbindlichkeiten	26
24 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	26
25 Sonstige Rückstellungen	27
26 Sonstige Passiva	27
27 Nachrangkapital	27
28 Atypisch stille Einlagen	28
29 Eigenkapital	28
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	29
30 Zinsergebnis	29
31 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	29
32 Provisionsergebnis	30
33 Handelsergebnis	30
34 Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	30
35 Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	31
36 Ergebnis aus Finanzanlagen	31
37 Verwaltungsaufwand	32
38 Sonstiges betriebliches Ergebnis	33
39 Ertragsteuern	33
Erläuterungen zur Bilanz	35
40 Barreserve	35
41 Forderungen an Kreditinstitute	35

42 Forderungen an Kunden	35
43 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	35
44 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	38
45 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	39
46 Finanzanlagen	39
47 Immaterielle Vermögenswerte	40
48 Sachanlagen	42
49 Ertragsteueransprüche	42
50 Sonstige Aktiva	44
51 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44
52 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	44
53 Verbriefte Verbindlichkeiten	44
54 Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	45
55 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	46
56 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	46
57 Sonstige Rückstellungen	49
58 Ertragsteuerpflichtungen	50
59 Sonstige Passiva	51
60 Nachrangkapital	52
61 Atypisch stille Einlagen	53
62 Eigenkapital	53
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	54
63 Buchwerte nach Bewertungskategorien	54
64 Ergebnis nach Bewertungskategorien	54
65 Fair-Value-Angaben	55
66 Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	62
67 Angaben zur Qualität von finanziellen Vermögenswerten	63
68 Kreditengagement in einzelnen europäischen Staaten	66
69 Derivative Geschäfte	68
70 Restlaufzeitengliederung	70
Sonstige Angaben	72
71 Eigenkapitalmanagement	72
72 Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel	72
73 Eventual- und andere Verpflichtungen	74
74 Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte	75
75 Nicht ausgebuchte, übertragene Finanzinstrumente	75
76 Patronatserklärung	75
77 Angaben zu Anteilen an Tochterunternehmen	76
78 Angaben zu Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	77
79 Anteilsbesitzliste	80
80 Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	82
81 Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	84
82 Bezüge der Organe	84
83 Abschlussprüferhonorare	84
84 Übrige sonstige Angaben	85
Versicherung des Vorstands	85

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Konzernabschluss der DekaBank Deutsche Girozentrale wird nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Maßgeblich sind diejenigen IFRS, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und von der Europäischen Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden. Ferner werden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt. Der Lagebericht wurde gemäß § 315 HGB erstellt.

Der in der Währung Euro aufgestellte Konzernabschluss umfasst die Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und die Notes. Alle Betragsangaben wurden kaufmännisch gerundet. Bei der Bildung von Summen in Tabellen können sich geringfügige Abweichungen ergeben.

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Im Berichtsjahr wendet die Bank erstmals Änderungen an bestehenden Standards (IAS 1, IAS 16, IAS 27, IAS 38, IAS 41, IFRS 11 sowie die Änderungen aus dem jährlichen Verbesserungsprozess – Annual Improvements Project 2012 bis 2014) an, die ab dem 1. Januar 2016 in der EU verpflichtend anzuwenden waren. Außer den im Folgenden aufgeführten neuen Standards und Interpretationen, die einen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben können, wurde eine Reihe weiterer Standards und Interpretationen verabschiedet, die jedoch erwartungsgemäß keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben werden.

Zukünftig anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften

Vom IASB beziehungsweise vom IFRIC veröffentlichte neue Standards und Interpretationen sowie Änderungen zu Standards und Interpretationen, die von der EU in europäisches Recht übernommen wurden und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Die für die Deka-Gruppe relevanten Änderungen sind im Folgenden dargestellt.

Noch nicht in europäisches Recht übernommene Standards und Interpretationen

Annual Improvements

Im Dezember 2016 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual Improvements Project 2014–2016 Änderungen an drei Standards. Die Änderungen an IFRS 12 sind ab dem 1. Januar 2017, die Änderungen an IFRS 1 und IAS 28 ab dem 1. Januar 2018 anzuwenden. Bei den Änderungen handelt es sich lediglich um Klarstellungen. Eine freiwillige vorzeitige Anwendung ist möglich. Die Änderungen werden derzeit analysiert.

IAS 7

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB im Rahmen der Angabeninitiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen Änderungen an IAS 7 „Kapitalflussrechnung“. Die neuen Regelungen enthalten insbesondere zusätzliche Angabepflichten in Bezug auf Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit. Der geänderte Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen, anzuwenden. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen werden derzeit analysiert.

IAS 12

Ebenfalls im Januar 2016 veröffentlichte das IASB Änderungen an IAS 12 „Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste“. Die Änderungen betreffen ausschließlich Klarstellungen bezüglich der Voraussetzungen für den Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste, der Bilanzierung von latenten Steueransprüchen aus zum Fair Value bilanzierten Vermögenswerten sowie weiterer Aspekte bei der Bilanzierung latenter Steuern. Der geänderte Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen, anzuwenden. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe.

IFRS 16

Im Januar 2016 wurde der neue Standard IFRS 16 zur Bilanzierung von Leasingverhältnissen veröffentlicht. IFRS 16 wird IAS 17 „Leasingverhältnisse“ sowie die dazugehörigen Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27 ablösen. Der neue Standard ist frühestens für die Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig, jedoch nur in Verbindung mit IFRS 15. Eine vorzeitige Anwendung ist nicht beabsichtigt.

Für Leasingnehmer verfolgt der neue Standard einen vollkommen neuen Ansatz für die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen. Nach IAS 17 ist für die bilanzielle Erfassung eines Leasingverhältnisses beim Leasingnehmer die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken am Leasingobjekt entscheidend. Zukünftig ist jedes Leasingverhältnis beim Leasingnehmer in Form

einer Leasingverpflichtung und eines Nutzungsrechts als Finanzierungsvorgang in der Bilanz abzubilden. Der Ansatz hat dabei in Höhe des Barwerts der künftigen Leasingzahlungen zu erfolgen, wobei beim Nutzungsrecht weitere Faktoren wie beispielsweise direkt zurechenbare Kosten zu berücksichtigen sind. Während der Laufzeit wird die Leasingverbindlichkeit finanzmathematisch fortgeschrieben, während das Nutzungsrecht planmäßig erfolgswirksam abgeschrieben wird. Für bestimmte Fälle wie kurzfristige Leasingverhältnisse oder Leasinggegenstände mit geringem Wert sieht der Standard Erleichterungen vor. Für Leasinggeber sind die Bilanzierungsvorschriften, insbesondere im Hinblick auf die hier weiterhin erforderliche Klassifizierung von Leasingverhältnissen, weitgehend unverändert geblieben.

IFRS 16 enthält darüber hinaus eine Reihe von zusätzlichen Vorschriften zu Anhangangaben und zum Ausweis. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft. Es werden insbesondere Auswirkungen bei der Abbildung von gemieteten Gewerbeimmobilien erwartet, wobei der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage voraussichtlich unerheblich sein wird. Es ist mit einer geringfügigen Erhöhung der Bilanzsumme zu rechnen, darüber hinaus wird es zu Verschiebungen zwischen Posten der Ergebnisrechnung kommen.

In europäisches Recht übernommene, aber noch nicht angewendete Standards

IFRS 9

Am 24. Juli 2014 veröffentlichte das IASB die endgültigen Vorschriften zum IFRS 9 „Finanzinstrumente“. IFRS 9 enthält neue Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zu Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte und zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. IFRS 9 wurde im November 2016 durch die EU-Kommission in europäisches Recht übernommen. Damit ist der IFRS 9 für die Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen.

Die wesentlichen Auswirkungen resultieren aus der Umstellung der Ermittlung der Risikovorsorge auf das Modell erwarteter Verluste (Expected Loss Model), das ab 2018 das Modell eingetretener Verluste (Incurred Loss Model) gemäß IAS 39 ersetzen wird. Zur Ermittlung der Risikovorsorge sind die in den Anwendungsbereich fallenden Vermögenswerte in Abhängigkeit von der Kreditqualität einer von drei Stufen zuzuordnen. Die Zuordnung zu einer bestimmten Stufe hat Einfluss auf die Höhe der zu bildenden Risikovorsorge des jeweiligen Vermögenswerts. Bei Zugang wird eine Risikovorsorge in Höhe des erwarteten Verlusts der nächsten zwölf Monate erfolgswirksam erfasst und der Vermögenswert der Stufe 1 zugeordnet. Erhöht sich das Risiko seit Zugang des Finanzinstruments signifikant oder liegen Indikatoren für eine beeinträchtigte Bonität vor, so ist der erwartete Verlust über die Restlaufzeit des Finanzinstruments erfolgswirksam zu erfassen (Lifetime-ECL) und in die Stufe 2 zu transferieren. Die Eingangsparameter Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default) und Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default) für den 12-Monats- und Lifetime-Zeithorizont aus der Stichtagssicht (Point in Time) sowie auf der Lifetime-Basis ermittelte Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default) spielen dabei eine wesentliche Rolle. Soweit objektive Hinweise dafür vorliegen, dass ein Verlustereignis bereits eingetreten ist, ist das Finanzinstrument der Stufe 3 zuzuordnen. Eine Ausnahme hiervon bilden Finanzinstrumente, die mit Wertminderungen erworben oder ausgereicht wurden (POCI). Für solche Finanzinstrumente wird keine Risikovorsorge im Zugangszeitpunkt gebildet und in Folgeperioden in Höhe des Lifetime-ECL erfasst.

Darüber hinaus ergeben sich die Auswirkungen aus der notwendigen Neuklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Erfassung der Fair-Value-Änderungen aus eigenem Kreditrisiko für Verbindlichkeiten.

Die neuen Klassifizierungsregeln des IFRS 9 sehen im Vergleich zum IAS 39 ein Klassifizierungsmodell für Vermögenswerte vor, das sich aus dem zugrunde liegenden Geschäftsmodell und vertraglichen Zahlungsströmen ergibt. Das Geschäftsmodell spiegelt wider, wie das Unternehmen seine finanziellen Vermögenswerte verwaltet, um Zahlungsströme zu erwirtschaften. Im Sinne des IFRS 9 gibt es daher folgende Geschäftsmodelle: „Halten“, „Halten und Verkaufen“ und „Residual“. Für finanzielle Vermögenswerte, die dem Geschäftsmodell „Halten“ oder „Halten und Verkaufen“ zugeordnet sind, ist die Prüfung des Zahlungsstromkriteriums erforderlich. Alle Zahlungsströme des Vermögenswerts dürfen nur aus den folgenden Komponenten bestehen: Rückzahlung und Verzinsung des Nominalbetrags, wobei Zinsen im Wesentlichen die Vergütung für den Zeitwert des Geldes und das Kreditrisiko darstellen.

Die Umsetzung des Hedge Accounting ist bis auf Weiteres nicht verpflichtend und deshalb in der DekaBank nicht geplant.

Die neuen Rechnungslegungsvorschriften gemäß IFRS 9 erfordern nicht nur Änderungen in den fachlichen Abläufen des Rechnungswesens beziehungsweise Erweiterungen des bestehenden Datenhaushalts zur Klassifizierung von Finanzinstrumenten und zur Ermittlung der Risikovorsorge, sondern führen zur Implementierung neuer übergreifender Prozesse in der Deka-Gruppe. Darüber hinaus sind Anpassungen in den Systemen der DekaBank und die Einführung neuer systemtechnischer Lösungen erforderlich.

In der DekaBank wurde die IFRS-9-Vorstudie im Zeitraum von September 2015 bis Ende April 2016 durchgeführt. Daran anschließend wurde die 1. Umsetzungsphase mit der fachlichen Detailkonzeption gestartet, die Ende 2016 abgeschlossen wurde. Basierend darauf wird in 2017 die Umsetzungsphase 2 durchgeführt, die im Wesentlichen die Erstellung der IT-nahen Konzeption und der DV-Konzeption sowie die technische Implementierung umfasst. Parallel dazu werden die konzernübergreifenden Prozesse implementiert.

IFRS 15

Im Mai 2014 wurde der neue Standard IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“ veröffentlicht, der die bisherigen Vorschriften zur Erlösrealisierung (IAS 18 „Umsatzerlöse“, IAS 11 „Fertigungsaufträge“ sowie die zugehörigen Interpretationen) ersetzt. Der neue Standard sieht ein fünfstufiges Modell vor, nach dem Höhe und Zeitpunkt der Umsatzrealisierung zu bestimmen sind. IFRS 15 ist grundsätzlich auf alle Kundenvereinbarungen über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen anzuwenden, ausgenommen sind jedoch unter anderem Finanzinstrumente, deren Ertragsvereinnahmung im IFRS 9/IAS 39 geregelt ist.

Im April 2016 wurden zudem Klarstellungen zum IFRS 15 („Clarifications to IFRS 15“) veröffentlicht. Die Klarstellungen beinhalten keine Änderungen der grundlegenden Prinzipien des neuen Standards. Es handelt sich lediglich um Klarstellungen und zusätzliche Übergangserleichterungen.

Der neue Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen, anzuwenden. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig.

Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit geprüft. Es werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Ergebnisrechnung erwartet. Änderungen im Bilanzausweis können sich durch eine separate Darstellung von Forderungen, Vertragsvermögenswerten und Vertragsverbindlichkeiten ergeben. Der IFRS 15 enthält erweiterte Anhangangaben zu der Art, der Höhe, dem Zeitpunkt und der Unsicherheit von Erlösen und resultierenden Zahlungsströmen aus Verträgen mit Kunden. Hieraus ergeben sich prozessuale Änderungen sowie erhöhte Anforderungen an die Dokumentation.

Segmentberichterstattung

1 Erläuterung zur Segmentberichterstattung

Gemäß IFRS 8 basiert die Segmentberichterstattung auf dem „Management Approach“. Die Segmentinformationen werden entsprechend der internen Berichterstattung so dargestellt, wie sie dem sogenannten Chief Operating Decision Maker regelmäßig zur Entscheidungsfindung, Ressourcenallokation und Performancebeurteilung vorgelegt werden. Die Managementberichterstattung der Deka-Gruppe wird auf der Grundlage der IFRS-Rechnungslegung erstellt.

Da sich das Ergebnis vor Steuern allerdings nur bedingt für eine interne Steuerung der Geschäftsfelder eignet, wurde als zentrale Steuerungsgröße das Wirtschaftliche Ergebnis definiert. Aufgrund der Anforderungen des IFRS 8 wird das Wirtschaftliche Ergebnis auch als wesentliche Segmentinformation extern berichtet.

Das Wirtschaftliche Ergebnis enthält neben dem Ergebnis vor Steuern die Veränderung der Neubewertungsrücklage vor Steuern sowie das zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnis aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Other Liabilities, die im Konzernabschluss zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und für die in der internen Berichterstattung zusätzlich das Bewertungsergebnis erfasst wird. Somit können die bestehenden ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die die Anforderungen des IAS 39 zum Hedge Accounting nicht erfüllen, zur internen Steuerung vollständig abgebildet werden. Des Weiteren werden im Wirtschaftlichen Ergebnis der direkt im Eigenkapital erfasste Zinsaufwand der AT1-Anleihe sowie steuerrelevante Effekte berücksichtigt. Dabei handelt es sich um eine Vorsorge für potenzielle Belastungen, deren Eintritt in der Zukunft als möglich eingeschätzt wird, die aber in der IFRS-Rechnungslegung mangels hinreichender Konkretisierung noch nicht erfasst werden dürfen. Die Bewertungs- und Ausweisunterschiede zum IFRS-Konzernabschluss sind in der Überleitung auf das Konzernergebnis vor Steuern in der Spalte „Überleitung“ ausgewiesen.

Neben dem Wirtschaftlichen Ergebnis stellen die Total Assets eine weitere wichtige Kennzahl der operativen Segmente dar. Die Total Assets setzen sich primär aus dem ertragsrelevanten Fondsvermögen der verwalteten Publikums- und Spezialfonds (inklusive ETF) der Geschäftsfelder Wertpapiere und Immobilien sowie den von der Deka-Gruppe emittierten Zertifikaten zusammen. Weitere Bestandteile sind dabei die Volumina der Direktanlagen in Kooperationspartner- und Drittfonds, der Kooperationspartner-, Drittfonds- und Liquiditätsanteile im fondsbasierten Vermögensmanagement sowie die Advisory-/Management-Mandate und Masterfonds. In den Total Assets sind auch Eigenbestände in Höhe von 1,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,8 Mrd. Euro) enthalten. Dabei handelt es sich überwiegend um Anschubfinanzierungen für neu aufgelegte Investmentfonds.

Aufbauend auf der Definition des § 19 Abs. 1 KWG beinhaltet das Brutto-Kreditvolumen zusätzliche Risikopositionen wie unter anderem auch Underlying-Risiken aus Aktienderivategeschäften und Geschäfte zur Abbildung der Garantieleistungen von Garantiefonds sowie darüber hinaus auch das Volumen außerbilanzieller Adressenrisiken.

Die folgenden Segmente basieren auf der Geschäftsfeldstruktur der Deka-Gruppe, wie sie auch in der internen Berichterstattung dargestellt wird. Die Segmente sind nach den unterschiedlichen Produkten und Leistungen der Deka-Gruppe gegliedert.

Wertpapiere

Im Segment Wertpapiere sind sämtliche Aktivitäten der Deka-Gruppe zusammengefasst, die im Zusammenhang mit der kapitalmarktorientierten Vermögensverwaltung für private Anleger und institutionelle Kunden stehen. Die Produktpalette umfasst neben Investmentfonds und strukturierten Anlagekonzepten auch Angebote von ausgesuchten internationalen Kooperationspartnern. Die Investmentfonds der Deka-Gruppe decken sämtliche wesentliche Assetklassen ab, die zum Teil mit Garantie-, Discount- und Bonusstrukturen kombiniert sind. Zur privaten Altersvorsorge werden fondsbasierte Riester- und Rürup-Produkte angeboten. Das Segment beinhaltet zudem Advisory-, Management- und Vermögensverwaltungsmandate institutioneller Kunden sowie den Vertrieb Institutionelle Kunden. Des Weiteren sind in diesem Segment auch die Aktivitäten mit börsennotierten ETF integriert. Zudem sind die Master-KVG-Aktivitäten, über die institutionelle Kunden ihr verwaltetes Vermögen bei einer Investmentgesellschaft bündeln können, diesem Segment zugeordnet. Darüber hinaus werden wertpapierbezogene Dienstleistungen rund um die Fondsadministration im Segment Wertpapiere ausgewiesen.

Immobilien

Im Segment Immobilien sind sämtliche Immobilienaktivitäten der Deka-Gruppe gebündelt. Der Schwerpunkt liegt auf der Bereitstellung von Immobilienanlageprodukten für private und institutionelle Investoren. Zum Produktspektrum gehören Offene Immobilien-Publikumsfonds, Immobilien-Spezialfonds, Individuelle Immobilienfonds sowie Immobilienkredit- und Infrastrukturkreditfonds. Neben dem Fondsmanagement und der Entwicklung immobilien(finanzierungs)basierter Produkte umfasst das Segment den An- und Verkauf von Immobilien, das Management inklusive aller weiteren Immobiliendienstleistungen (Immobilienverwaltung) für diese Vermögenswerte sowie für von der Deka-Gruppe genutzte Immobilien. Der Bereich Immobilienfinanzierung dient als Kreditlieferant für das Asset Management und bietet drittverwendungsfähige Finanzierungslösungen für professionelle Immobilieninvestoren mit Fokus auf die für das Fondsgeschäft relevanten Märkte, Geschäftspartner und Nutzungsarten an.

Kapitalmarkt

Das Segment Kapitalmarkt ist der zentrale Produkt-, Lösungs- und Infrastrukturanbieter sowie Dienstleister und Innovationstreiber im kundeninduzierten Kapitalmarktgeschäft der Deka-Gruppe und stellt mit seinem maßgeschneiderten Dienstleistungsangebot die zentrale Wertpapier- und Sicherheitenplattform für den Sparkassenverbund bereit. Das Segment fokussiert sich auf die Generierung von kundeninduzierten Geschäften im Dreieck Sparkassen, Deka-Gruppe sowie ausgewählten Kontrahenten und Geschäftspartnern, zu denen unter anderem externe Asset Manager, Banken, Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen gehören. In diesem Umfeld bietet das Segment Kapitalmarkt eine sorgfältig abgestimmte, wettbewerbsfähige Palette an Kapitalmarkt- und Kreditprodukten an. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2016 wurden die Wertpapieranlagen, die nicht als Liquiditätsreserve dienen, vom Zentralbereich Treasury an das Geschäftsfeld Kapitalmarkt übertragen. Im Rahmen dieser Neuordnung übernahm Treasury die Verantwortung für die konzernweite Liquiditätssteuerung über alle Laufzeitbänder. Aufgrund der Strukturänderung wurden die Vorjahresergebnisse in der Segmentberichterstattung angepasst.

Finanzierungen

Das Segment Finanzierungen legt den Fokus neben der Refinanzierung von Sparkassen auf das Asset-Managementfähige Kreditgeschäft, das an andere Banken oder institutionelle Investoren weitergereicht werden kann. Das Asset-Managementfähige Kreditgeschäft wird in ausgewählten Segmenten konzentriert. Dies sind Infrastrukturfinanzierungen, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sowie ECA-gedeckte Exportfinanzierungen.

Sonstiges

Unter Sonstiges sind vor allem Erträge und Aufwendungen dargestellt, die nicht den operativen Segmenten zuordenbar sind. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Overhead-Kosten, versicherungsmathematische Gewinne und Verluste im Rahmen der Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen sowie die pauschale Vorsorge für potenzielle Verluste, die keinem operativen Segment direkt zurechenbar sind. Seit 2016 werden die Erträge und Aufwendungen der Treasury-Funktion verursachungsgerecht auf die anderen Segmente verteilt und finden somit Berücksichtigung in der Darstellung des Wirtschaftlichen Ergebnisses der jeweiligen Segmente.

Nicht-Kerngeschäft

Geschäftsaktivitäten, die nicht weiterverfolgt werden sollen, sind seit 2009 im Nicht-Kerngeschäft gebündelt. Das Portfolio umfasst im Wesentlichen Securitised Products (Altgeschäfte) sowie die ehemaligen Public-Finance-Bestände. Bis Anfang 2016 waren im Nicht-Kerngeschäft unter anderem bestimmte Unternehmensfinanzierungen, Leveraged Loans, Handelsfinanzierungen und nicht ECA-gedekte Exportfinanzierungen enthalten. Aufgrund des geringen Brutto-Kreditvolumens und aus organisatorischen Gründen wurden diese Geschäfte in das Kerngeschäft übertragen. Die übertragenen Engagements-/Geschäftssegmente sind auch künftig nicht Gegenstand der Geschäftsstrategie der Bank. Alle Portfolios werden weiterhin vermögenswährend abgebaut.

2 Segmentierung nach Geschäftsfeldern

Die Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich verursachungsgerecht dem jeweiligen Segment zugeordnet. Die Segmentaufwendungen beinhalten originäre sowie auf Basis der Kosten- und Leistungsverrechnung zugeordnete Aufwendungen.

Bei den steuerungsrelevanten Effekten handelt es sich um eine Vorsorge für potenzielle Belastungen, deren Eintritt in der Zukunft als möglich eingeschätzt wird und die aufgrund der Steuerungsfunktion des Wirtschaftlichen Ergebnisses in der Unternehmenssteuerung berücksichtigt werden, aber in der IFRS-Rechnungslegung mangels hinreichender Konkretisierung zum aktuellen Zeitpunkt nicht erfasst werden dürfen.

Zur Abdeckung potenzieller Risiken, die in den kommenden Monaten wirksam werden könnten, wurde erstmals im Jahr 2012 ein pauschaler Vorsorgebetrag gebildet. Zum Jahresultimo belief sich der Vorsorgebestand für diese steuerungsrelevanten Effekte auf –110,0 Mio. Euro (Vorjahr: –100,0 Mio. Euro). Der Ergebniseffekt auf das Wirtschaftliche Ergebnis beträgt damit –10,0 Mio. Euro im Berichtsjahr und wurde unter Sonstiges ausgewiesen. Im Vorjahr belief sich der Ergebniseffekt per saldo auf 12,6 Mio. Euro. Davon entfielen 17,6 Mio. Euro auf das Segment Kapitalmarkt und –5 Mio. Euro auf das Segment Sonstiges.

Darüber hinaus ist der gesamte Zinsaufwand (inklusive Zinsabgrenzung) in Höhe von –28,4 Mio. Euro (Vorjahr: –28,4 Mio. Euro) für die im Bestand befindlichen AT1-Anleihen im Wirtschaftlichen Ergebnis enthalten. Die erfolgten Ausschüttungen wurden gemäß IAS 32 direkt im Eigenkapital erfasst.

Überleitung der Segmentergebnisse auf das IFRS-Ergebnis

Die Ausweis- und Bewertungsunterschiede der internen Berichterstattung zum IFRS-Ergebnis vor Steuern betragen im Geschäftsjahr –74,4 Mio. Euro (Vorjahr: 9,6 Mio. Euro).

Das nicht erfolgswirksame Bewertungsergebnis belief sich im Geschäftsjahr auf –70,3 Mio. Euro (Vorjahr: –29,7 Mio. Euro). Davon entfielen 2,7 Mio. Euro (Vorjahr: 23,8 Mio. Euro) auf zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnisse aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft, –34,6 Mio. Euro (Vorjahr: –37,7 Mio. Euro) auf Wertpapiere der Kategorie Held to Maturity, denen im IFRS-Ergebnis vor Steuern Bewertungsergebnisse aus entsprechenden Zinsswaps gegenüberstehen, und –10,0 Mio. Euro (Vorjahr: 12,6 Mio. Euro) auf die Berücksichtigung von steuerungsrelevanten Effekten. Darüber hinaus wurde im nicht erfolgswirksamen Ergebnis der Zinsaufwand aus der AT1-Anleihe in Höhe von –28,4 Mio. Euro (Vorjahr: –28,4 Mio. Euro) berücksichtigt.

Die Bank sichert zudem zukünftige Kreditmargen von fest- und variabel verzinslichen Fremdwährungskrediten (Originärposition) gegen Währungsschwankungen ab. Für die ökonomisch bestehenden Sicherungsbeziehungen werden die Bilanzierungs- und Bewertungsregeln für Cashflow Hedges angewendet. Das Bewertungsergebnis der Sicherungsinstrumente in Höhe von 10,4 Mio. Euro (Vorjahr: –13,1 Mio. Euro) wird entsprechend erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage und damit als Bestandteil des Wirtschaftlichen Ergebnisses ausgewiesen. Ebenfalls im Wirtschaftlichen Ergebnis wird die Veränderung der Neubewertungsrücklage aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten in Höhe von –15,1 Mio. Euro (Vorjahr: 55,4 Mio. Euro) und die Eigenkapital-Fortschreibung der at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von –1,2 Mio. Euro (Vorjahr: –3,3 Mio. Euro) erfasst. Darüber hinaus schlug die Veränderung der Neubewertungsrücklage auf Available-for-Sale-Bestände in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) zu Buche.

Bei den weiteren in der Überleitungs-Spalte aufgeführten Beträgen handelt es sich um Ausweisunterschiede zwischen der Managementberichterstattung und dem Konzernabschluss. Davon betreffen 31,3 Mio. Euro (Vorjahr: 20,4 Mio. Euro) interne Geschäfte, die im Wirtschaftlichen Ergebnis im Wesentlichen im Zinsergebnis und die entsprechenden gegenläufigen Ergebniseffekte im Finanzergebnis ausgewiesen werden. Ferner bestehen Ausweisunterschiede im Finanzergebnis und im Sonstigen betrieblichen Ergebnis durch die unterschiedliche Zuordnung der Ergebniseffekte aus dem Rückwerb eigener Emissionen sowie der erfolgswirksamen Vereinnahmung der Rücklage aus der Entkonsolidierung aufgrund der abgeschlossenen Liquidation des Tochterunternehmens ExFin AG i.L., Zürich.

	Wertpapiere		Immobilien		Kapitalmarkt		Finanzierungen	
	Wirtschaftliches Ergebnis							
Mio. €	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Zinsergebnis	15,0	27,8	56,1	61,4	40,7	43,3	67,2	71,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	–	4,8	–3,7	0,1	0,1	–199,3	–63,1
Provisionsergebnis	801,4	781,6	228,7	220,9	66,9	100,5	11,9	9,6
Finanzergebnis ¹⁾	4,3	–31,6	–4,0	–4,6	262,3	273,7	–13,0	–11,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	51,5	–16,9	2,0	36,6	12,1	24,0	0,4	0,3
Summe Erträge ohne Ergebnisbeitrag aus Treasury-Funktion	872,2	760,9	287,6	310,6	382,1	441,6	–132,8	7,4
Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen)	507,6	458,9	156,2	146,7	163,9	166,5	30,4	26,5
Restrukturierungsaufwendungen ²⁾	18,5	–4,0	–	–0,1	–	–0,2	–	–
Summe Aufwendungen vor Verrechnung der Treasury-Funktion	526,1	454,9	156,2	146,6	163,9	166,3	30,4	26,5
(Wirtschaftliches) Ergebnis vor Steuern ohne Treasury-Funktion	346,1	306,0	131,4	164,0	218,2	275,3	–163,2	–19,1
Treasury-Funktion	–7,6	–	–2,9	–	–15,9	–	–9,3	–
(Wirtschaftliches) Ergebnis vor Steuern	338,5	306,0	128,5	164,0	202,3	275,3	–172,5	–19,1
Aufwands-Ertrags-Verhältnis ³⁾	0,58	0,60	0,55	0,47	0,43	0,38	0,46	0,38
Gesamtrisiko (Value-at-Risk) ⁴⁾	595	620	183	213	654	807	329	371
Total Assets	209.242	198.743	32.484	29.504	15.079	11.797	–	–
Brutto-Kreditvolumen	7.079	7.183	7.309	7.022	76.027	94.435	14.676	16.539

¹⁾ Darin sind die Ergebniskomponenten der Handelsbuch-Bestände, das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis der Bankbuch-Bestände und die Risikovorsorge für Wertpapiere der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity in Höhe von –15,2 Mio. Euro (Vorjahr: –14,3 Mio. Euro) enthalten.

²⁾ Die Restrukturierungsaufwendungen werden in der Segmentberichterstattung gesondert ausgewiesen.

³⁾ Berechnung des Aufwands-Ertrags-Verhältnisses erfolgt ohne Berücksichtigung der Restrukturierungsaufwendungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

⁴⁾ Value-at-Risk im Liquidationsansatz mit einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent und einem Jahr Haltedauer (jeweils per 31. Dezember). Aufgrund der zwischen den Segmenten (inklusive Sonstiges und Nicht-Kerngeschäft) innerhalb des Marktpreisrisikos berücksichtigten Diversifikation ergibt sich das Risiko des Kerngeschäfts und das Risiko der DeKa-Gruppe nicht additiv.

3 Segmentierung nach geografischen Merkmalen

Die nach geografischen Merkmalen gegliederten Ergebnisse der Unternehmensaktivitäten sind im Folgenden dargestellt. Die Segmentzuordnung erfolgt nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens.

Mio. €	Deutschland		Luxemburg		Übrige		Gruppe insgesamt	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Erträge	1.170,4	1.218,5	306,8	296,0	0,9	–	1.478,1	1.514,5
Ergebnis vor Steuern	359,5	474,4	130,6	124,6	–0,6	2,0	489,5	601,0
Langfristiges Segmentvermögen ¹⁾	211,8	204,9	3,2	2,4	0,2	0,2	215,2	207,5

¹⁾ langfristiges Segmentvermögen ohne Finanzinstrumente und latente Ertragsteueransprüche

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

4 Allgemeine Angaben

Die beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt und ebenso wie abgegrenzte Zinsen in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

Sonstiges ⁵⁾		Kerngeschäft insgesamt		Nicht-Kerngeschäft		Deka-Gruppe		Überleitung		Deka-Gruppe	
Wirtschaftliches Ergebnis										IFRS-Ergebnis vor Steuern	
2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
-45,3	-33,7	133,7	170,4	5,5	12,3	139,2	182,7	-3,0	8,8	136,2	191,5
-0,2	0,2	-194,6	-66,5	-	1,3	-194,6	-65,2	-	0,1	-194,6	-65,1
-1,5	-1,4	1.107,4	1.111,2	-	-0,2	1.107,4	1.111,0	-0,2	-0,9	1.107,2	1.110,1
53,5 ⁶⁾	-46,1 ⁶⁾	303,1	180,4	13,4	20,7	316,5	201,1	70,1	46,2	386,6	247,3
-30,8	50,5	35,2	94,5	-	-	35,2	94,5	7,5	-63,8	42,7	30,7
-24,3	-30,5	1.384,8	1.490,0	18,9	34,1	1.403,7	1.524,1	74,4	-9,6	1.478,1	1.514,5
111,3	116,0	969,4	914,6	0,7	2,8	970,1	917,4	-	-	970,1	917,4
-	0,4	18,5	-3,9	-	-	18,5	-3,9	-	-	18,5	-3,9
111,3	116,4	987,9	910,7	0,7	2,8	988,6	913,5	-	-	988,6	913,5
-135,6	-146,9	396,9	579,3	18,2	31,3	415,1	610,6	74,4	-9,6	489,5	601,0
35,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-99,9	-146,9	396,9	579,3	18,2	31,3	415,1	610,6	74,4	-9,6	489,5	601,0
-	-	0,61	0,59	0,04	0,09	0,61	0,58	-	-	-	-
314	393	2.013	2.383	55	97	2.039	2.440	-	-	-	-
-	-	256.805	240.045	-	-	256.805	240.045	-	-	-	-
18.468 ⁷⁾	16.056 ⁷⁾	123.559	141.235	777	1.109	124.336	142.344	-	-	-	-

⁵⁾ Für das Segment Sonstiges erfolgt mangels wirtschaftlicher Aussagekraft keine Angabe zum Aufwands-Ertrags-Verhältnis und Gesamtrisiko.

⁶⁾ Darin enthalten ist die Vorsorge für potenzielle Verluste aus steuerungsrelevanten Effekten von per saldo -10,0 Mio. Euro (Vorjahr: -5,0 Mio. Euro). Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Zusatzinformation, die nicht Bestandteil des Anhangs nach IFRS ist.

⁷⁾ Im Brutto-Kreditvolumen werden die Beteiligungen nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet, sondern separat unter Sonstiges dargestellt.

Die im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard bestmöglich (Best Estimate), werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf Erfahrungswerten und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich unter anderem im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, dem Werthaltigkeitstest für Geschäfts- oder Firmenwerte sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei den Erläuterungen der entsprechenden Posten im Folgenden ausführlich dargelegt.

Die Angaben gemäß IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ zu Art und Ausmaß von Risiken aus Finanzinstrumenten, die ebenfalls Bestandteil des Konzernanhangs sind, erfolgen mit Ausnahme der Restlaufzeitengliederung (siehe Note [70]) im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts.

5 Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen sind Gesellschaften, die von der DekaBank direkt oder indirekt beherrscht werden. Die Beurteilung, ob die DekaBank als Mutterunternehmen Beherrschung ausüben kann und somit eine Konsolidierungspflicht besteht, erfolgt durch die Überprüfung der folgenden drei Kriterien, die kumulativ erfüllt sein müssen:

- Die DekaBank besitzt die Verfügungsgewalt direkt oder indirekt durch Stimmrechte oder andere vertragliche Rechte und hat deshalb die gegenwärtige Fähigkeit zur Lenkung und Festlegung der maßgeblichen Tätigkeit der Unternehmen.
- Die DekaBank ist aus ihrer Beziehung zu dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt.
- Die DekaBank kann ihre Verfügungsgewalt gegenwärtig nutzen, um diese variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Sind Stimmrechte maßgeblich für die Beurteilung, dann wird Beherrschung angenommen, wenn die DekaBank direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der relevanten Stimmrechte hält, die ihr die gegenwärtige Fähigkeit zur Lenkung der maßgeblichen

Tätigkeit geben. Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

In bestimmten Fällen kann Beherrschung über ein anderes Unternehmen auch ohne den Besitz der Mehrheit der relevanten Stimmrechte ausgeübt werden, beispielsweise aufgrund einer oder mehrerer vertraglicher Vereinbarungen oder gesetzlicher Regelungen. Die Beurteilung, ob eine Konsolidierungspflicht vorliegt, erfolgt dabei unter Berücksichtigung sämtlicher vorliegenden Tatsachen und Umstände. Hierbei ist unter anderem auf den Geschäftszweck und die relevante Tätigkeit des zu betrachtenden Unternehmens abzustellen. Dies gilt insbesondere für Strukturierte Unternehmen, die so konzipiert wurden, dass Stimmrechte oder vergleichbare vertragliche Rechte nicht der dominierende Faktor sind, um festzulegen, wer das Unternehmen beherrscht. Die Deko-Gruppe bezieht deshalb in die Überprüfung der Konsolidierungspflicht auch Strukturierte Unternehmen (Investmentfonds, Kreditfinanzierungen und Verbriefungsgesellschaften) ein.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, ist zudem zu prüfen, ob gegebenenfalls eine Prinzipal-Agenten-Beziehung besteht. In diesem Fall lägen die Rechte zur Ausübung der Verfügungsgewalt bei einer weiteren Vertragspartei (Agent), die diese im Auftrag eines Prinzipals ausübt, der somit faktisch die Beherrschung ausübt.

Die Deko-Gruppe verfügt über die Rechte zur Ausübung der Verfügungsgewalt für von der Deko-Gruppe aufgelegte und verwaltete Investmentfonds, welche sie als Agent für alle Anleger in diesen Investmentfonds ausübt. Die Deko-Gruppe hält im Rahmen von Anschubfinanzierungen Anteile an konzerneigenen Investmentfonds, um diesen Liquidität zur Verfügung zu stellen. In diesen Fällen kann Beherrschung entstehen, wenn der DekoBank als Anleger im Investmentfonds ein maßgeblicher Anteil der variablen Rückflüsse zuzurechnen ist.

Die Konsolidierung erfolgt ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern Beherrschung durch die relevante Stimmrechtsmehrheit oder andere vertragliche Vereinbarungen erlangt, und endet zu dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit der Beherrschung mehr vorliegt. Auf die Einbeziehung von Tochterunternehmen wird verzichtet, wenn diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die DekoBank überprüft ihre Konsolidierungsentscheidungen anlassbezogen sowie mindestens an jedem Bilanzstichtag. Es erfolgt eine erneute Beurteilung, ob Konsolidierungspflicht vorliegt, falls sich Stimmrechtsanteile oder andere Entscheidungsrechte auf Basis von vertraglichen Vereinbarungen oder Änderungen der Finanzierungs-, Eigentums- oder Kapitalstrukturen ergeben.

Veränderungen des Eigentumsanteils an einem Tochterunternehmen, die zu keinem Beherrschungsverlust führen, sind als Transaktionen zwischen Anteilseignern anzusehen und entsprechend in den Gewinnrücklagen zu berücksichtigen.

Verliert die Deko-Gruppe die Beherrschung an einem Tochterunternehmen, so werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens und der Buchwert eventuell bestehender nicht beherrschender Anteile am Tochterunternehmen ausgebucht. Eine eventuell erhaltene Gegenleistung und die behaltene Anteile an dem Tochterunternehmen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Eine hieraus entstehende Differenz, die dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist, wird als Gewinn oder Verlust im Konzernergebnis berücksichtigt. Die in früheren Perioden in den sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten Beträge werden in das Konzernergebnis oder, falls von anderen IFRS gefordert, in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem die DekoBank über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn die DekoBank direkt oder indirekt zwischen 20,0 und 50,0 Prozent der Stimmrechtsanteile hält. Hierbei werden auch potenzielle Stimmrechte, die gegenwärtig ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt.

Bei einem Stimmrechtsbesitz von weniger als 20,0 Prozent sind bei der Beurteilung, ob ein maßgeblicher Einfluss besteht oder nicht, unter anderem weitere Faktoren wie beispielsweise die Möglichkeit der Deko-Gruppe, die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien des Beteiligungsunternehmens auszuüben, oder das Vorliegen wesentlicher Geschäftsvorfälle zwischen der Deko-Gruppe und dem Beteiligungsunternehmen zu berücksichtigen. Falls die genannten Rechte anderen Gesellschaftern zustehen, ist es möglich, dass ein maßgeblicher Einfluss nicht ausgeübt werden kann, obwohl der Stimmrechtsanteil mindestens 20,0 Prozent beträgt.

Gemeinsame Vereinbarungen im Sinne des IFRS 11 bestehen bei der Deko-Gruppe ausschließlich in Form von Gemeinschaftsunternehmen. Gemeinschaftsunternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass die Partnerunternehmen die gemeinschaftliche Führung über die paritätisch vorhandenen Stimmrechte ausüben. Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen

werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Sofern ein at-equity bewertetes Unternehmen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwendet, werden angemessene Anpassungen an die IFRS-Konzernvorgaben im Rahmen einer Nebenrechnung vorgenommen.

Die Konsolidierung der Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach werden alle Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt beziehungsweise zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) angesetzt. Ein sich aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender positiver Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) unter den Immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mindestens jährlich, sofern Anzeichen für eine mögliche Wertminderung bestehen, auch unterjährig, auf Werthaltigkeit überprüft (Impairment-Test). Wird eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts festgestellt, erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren Wert (siehe Note [47]). Sofern Anteile Konzernfremder am Eigenkapital beziehungsweise am Ergebnis der Tochtergesellschaften der Bank existieren, werden diese im Posten Anteile in Fremdbesitz gesondert im Eigenkapital beziehungsweise im Posten Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen. Die unwesentlichen Anteile Konzernfremder an Investmentfonds und an Personengesellschaften stellen, sofern diese ein jederzeitiges Rückgaberecht haben, aus Sicht der Gruppe Fremdkapital dar und werden entsprechend als Sonstige Passiva ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung eliminiert.

Der Konzernabschluss der DekaBank wurde nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen (verbundene und strukturierte Unternehmen) sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Tochterunternehmen (verbundene und strukturierte Unternehmen) sowie Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen sind aus der Anteilsbesitzliste (siehe Note [79]) ersichtlich.

6 Konsolidierungskreis

Die Änderungen im Berichtsjahr 2016 ergeben sich durch den Unternehmenserwerb S Broker, aufgrund dessen die Tochterunternehmen S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden, und S Broker Management AG, Wiesbaden, sowie die beiden strukturierten Unternehmen S Broker 1 Fonds und Masterfonds S Broker zum 30. Juni 2016 erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen wurden. Das Tochterunternehmen bevestor GmbH, Frankfurt am Main, wurde im Berichtsjahr 2016 operativ tätig und deshalb erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die Tochterunternehmen ExFin AG i.L., Zürich (Liquidation), Roturo S.A., Luxemburg (Verschmelzung), und DKC Deka Kommunal Consult GmbH, Düsseldorf (Verkauf), wurden entkonsolidiert. Das Vermögen des Tochterunternehmens Deka Grundstücksverwaltungsgesellschaft I (GbR), Frankfurt am Main, ist mit Wirkung zum 31. Dezember 2016 auf die Muttergesellschaft angewachsen.

Für detaillierte Informationen zur Zusammensetzung der Gruppe verweisen wir auf Note [77] beziehungsweise auf die Anteilsbesitzliste Note [79].

Unternehmenserwerb

Die DekaBank hat mit Wirkung zum 30. Juni 2016 durch den Erwerb sämtlicher von Dritten gehaltenen Anteile (69,4 Prozent) an der S Broker AG & Co. KG (S Broker) ihre Beteiligung auf 100 Prozent erhöht.

Der S Broker ist der zentrale Online-Broker innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und verfügt über eine Banklizenz gemäß § 1 Abs. 1 KWG. Ziel der Transaktion ist eine stärkere Bündelung und Integration der Online-Wertpapieraktivitäten der Sparkassen-Finanzgruppe unter dem Dach der DekaBank. Der Erwerb stärkt die Position der DekaBank als Wertpapierhaus der Sparkassen.

Zum Zeitpunkt des Unternehmenszusammenschlusses hat die DekaBank einen Kaufpreis von 16,0 Mio. Euro für 69,4 Prozent der Anteile an die bisherigen Kommanditisten geleistet. Im Rahmen einer Kaufpreisallokation wurde ein Nettovermögenswert in Höhe von 58,6 Mio. Euro ermittelt. Unter Berücksichtigung des Beteiligungsbuchwerts von 7,0 Mio. Euro für die bereits gehaltenen Anteile (30,6 Prozent) ergibt sich zum 30. Juni 2016 ein negativer Geschäfts- und Firmenwert aus dem Unternehmenserwerb in Höhe von 35,6 Mio. Euro, der erfolgswirksam vereinnahmt wurde. Dieser beruht im Wesentlichen auf dem identifizierten Nettovermögen, insbesondere den Marktwerten der Eigenanlagen, und auf der Nutzung und Weiterentwicklung der IT-Plattform.

Die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden sind in der nachfolgenden Aufstellung dargestellt:

in Mio. €	
Gesamtkaufpreis	23,0
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Schulden	
Forderungen an Kreditinstitute	125,4
Forderungen an Kunden	23,0
Festverzinsliche Wertpapiere und Investmentfondsanteile	530,8
Immaterielle Vermögenswerte	3,6
Sonstige Aktiva	6,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	602,9
Rückstellungen	2,6
Sonstige Passiva	15,5
Identifiziertes Nettovermögen insgesamt	58,6
Negativer Geschäfts- und Firmenwert	-35,6

Seit dem 1. Juli 2016 hat der S Broker Erträge in Höhe von 25,4 Mio. Euro (Zins-, Provisions- und Sonstige betriebliche Erträge) und ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,4 Mio. Euro erwirtschaftet, welches entsprechend in der Gesamtergebnisrechnung berücksichtigt wurde.

7 Finanzinstrumente

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Der Ansatz erfolgt bei Kassakäufen und -verkäufen (Regular Way Contracts) zum Erfüllungstag. Bewertungseffekte aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, deren Erfüllungstag nach dem Bilanzstichtag liegt, werden erfolgswirksam erfasst und in den Sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden.

Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als Held for Trading zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als at Fair Value through Profit or Loss designiert werden (Designated at Fair Value). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als Held for Trading werden zum einen die Finanzinstrumente klassifiziert, die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Zum anderen gehören Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente sind, in diese Subkategorie.

Die Subkategorie Designated at Fair Value ergibt sich aus der Anwendung der Fair-Value-Option des IAS 39. In diese Subkategorie werden jene finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen designiert, die als Einheit im Rahmen der dokumentierten Risikomanagementstrategie der Bank auf Fair-Value-Basis gesteuert werden. Sowohl das Risiko als auch die Ergebnisse hieraus werden auf Basis von Fair Values ermittelt und an den Vorstand berichtet. Die Ausübung der Fair-Value-Option führt hier zu einer Harmonisierung von wirtschaftlicher Steuerung und Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Darüber hinaus wird die Fair-Value-Option für Finanzinstrumente zur Vermeidung der potenziellen Trennungspflicht eingebetteter Derivate sowie zur Beseitigung oder wesentlichen Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) ausgeübt. Diese Finanzinstrumente werden ebenfalls zum Zeitpunkt ihres Erwerbs der Subkategorie Designated at Fair Value zugeordnet.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Als Loans and Receivables sind alle nicht-derivativen Finanzinstrumente zu klassifizieren, die mit festen oder bestimmten Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Voraussetzung ist, dass die entsprechenden Finanzinstrumente bei Zugang nicht den Kategorien Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss oder Available for Sale zugeordnet werden. Loans and Receivables sind mit fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) zu bewerten. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Loans and Receivables auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend werden gegebenenfalls Wertberichtigungen gebildet (siehe Note [15]). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese erfolgswirksam über die Ergebnisrechnung. Die Obergrenze der Zuschreibung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Abschreibungen ergeben hätten. Wertpapiere der Kategorie Loans and Receivables werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity)

Besitzen finanzielle Vermögenswerte feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit, können sie grundsätzlich der Kategorie Held to Maturity zugeordnet werden. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Finanzinstrumente mit der Absicht und der Fähigkeit erworben wurden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Held-to-Maturity-Vermögenswerte sind zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Finanzinstrumente, die der Kategorie Held to Maturity zugeordnet sind, auf Werthaltigkeit geprüft und gegebenenfalls Wertberichtigungen gebildet (siehe Note [18]). Wertaufholungen erfolgen erfolgswirksam über die Ergebnisrechnung. Die Obergrenze der Zuschreibung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Abschreibungen ergeben hätten. Wertpapiere der Kategorie Held to Maturity werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere und Forderungen (Available for Sale)

Die Kategorie Available for Sale beinhaltet alle nicht-derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Finanzinstrumente des Available-for-Sale-Bestands sind mit dem Fair Value zu bewerten. Das Bewertungsergebnis wird im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) in der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Bei bonitätsinduzierten Wertminderungen (Impairment) beziehungsweise bei Realisierung von Bewertungsergebnissen wird das zuvor im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) erfasste kumulierte Ergebnis vom Eigenkapital in den Gewinn oder Verlust umgegliedert. Erfasste Wertminderungen werden bei anschließender Wertaufholung von Schuldtiteln erfolgswirksam und im Falle von Eigenkapitalinstrumenten im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) erfasst. Wertpapiere der Kategorie Available for Sale werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities)

Die Kategorie Other Liabilities beinhaltet die finanziellen Verbindlichkeiten einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten, soweit sie nicht in die Kategorie at Fair Value through Profit or Loss designiert werden. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) bilanziert.

Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind beziehungsweise für die die Fair-Value-Option ausgeübt werden soll, werden nach IAS 39 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle anderen Kreditzusagen werden entsprechend den Vorschriften des IAS 37 außerbilanziell erfasst. Ist aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen davon auszugehen, dass ein Ausfall des Kreditnehmers wahrscheinlich ist, werden Kreditrückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet.

Finanzgarantien werden sowohl beim erstmaligen Ansatz als auch in der Folgebewertung in Übereinstimmung mit IAS 39.47c nach der Nettomethode bilanziert. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Finanzgarantie zum Fair Value bilanziert, der sich aus dem Barwert der erwarteten übernommenen Leistungsverpflichtungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Entgelte zusammensetzt. Dieser ist bei marktgerechter Konditionengestaltung in der Regel null.

8 Fair-Value-Bewertung der Finanzinstrumente

Als Fair Value wird der Betrag angesehen, den man in einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten oder bei der Übertragung einer Schuld zahlen würde.

Die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten erfolgt auf der Basis von Marktkursen beziehungsweise beobachtbaren Marktdaten des Stichtags und anerkannten Bewertungsmodellen.

In Fällen, in denen kein Preis von einem aktiven Markt verfügbar ist, wird auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen, die für die jeweiligen Finanzinstrumente als angemessen erachtet werden. Sofern verfügbar, werden als Grundlage stets beobachtbare Marktdaten herangezogen. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Börsenkursen, validen Preisen oder Marktdaten variiert jedoch je nach Finanzinstrument und kann sich im Zeitablauf ändern. Darüber hinaus werden die Bewertungsmodelle bei Bedarf periodisch neu ausgerichtet und validiert. Je nach Finanzinstrument und Marktsituation kann es erforderlich sein, dass Annahmen und Einschätzungen der Bank in die Bewertung mit einfließen. Auch die Auswahl passender Modellierungstechniken,

geeigneter Parameter und Annahmen unterliegt der Entscheidung der Bank. Die Fair-Value-Ermittlung auf Basis finanzmathematischer Bewertungsmodelle kann erheblich durch die zugrunde gelegten Annahmen beeinflusst werden. Sofern keine Preise von aktiven Märkten vorliegen, ist der Fair Value daher als stichtagsbezogener Modellwert zu verstehen, der eine realistische Schätzung widerspiegelt, wie der Markt das Finanzinstrument voraussichtlich bewerten könnte.

Sofern für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Geld- und Briefkurse existieren, ist nach den Vorschriften des IFRS 13 der Preis für die Fair-Value-Ermittlung zu verwenden, der innerhalb der Geld-Brief-Spanne den Fair Value am besten widerspiegelt, wobei die Bewertung zu Mittelkursen eine zulässige Konvention darstellt. Die DekaBank bewertet Finanzinstrumente grundsätzlich zu Mittelkursen. Für illiquide Finanzinstrumente, die in der Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet sind, wird eine Bewertungsanpassung für die Geld-Brief-Spanne (Bid-ask Adjustments) berücksichtigt.

Zudem berücksichtigt die Bank bei der Bewertung von OTC-Derivaten Credit Value Adjustments (CVA) beziehungsweise Debit Value Adjustments (DVA), um dem Kreditrisiko des Kontrahenten beziehungsweise dem eigenen Kreditrisiko Rechnung zu tragen, wenn diese nicht bereits an anderer Stelle in das Bewertungsmodell einbezogen wurden. Soweit für Kontrahenten ein Netting-Agreement vorliegt, erfolgt die Berechnung auf Ebene des Kontrahenten auf Basis der Nettosition, in den übrigen Fällen erfolgt die Berechnung anhand der Einzelpositionen. Die Deka-Gruppe berücksichtigt ein Funding Valuation Adjustment (FVA), welches die marktimplizierten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen darstellt. Die Fristigkeit der Finanzierung wird dabei als wichtiger Bestandteil des beizulegenden Zeitwerts für nicht besicherte Derivate angesehen.

9 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

Nach den Vorschriften des IAS 39 werden Derivate grundsätzlich als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Das Bewertungs- und Zinsergebnis wird im Handelsergebnis ausgewiesen. Die Deka-Gruppe schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Zu Sicherungszwecken abgeschlossene Derivate können unter bestimmten Voraussetzungen als Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 (Hedge Accounting) bilanziert werden. Derivative Finanzinstrumente, die im Rahmen der ökonomischen Absicherung eingesetzt werden und die Anforderungen des IAS 39 (Hedge Accounting) nicht erfüllen, werden analog zu den zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten unter dem Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise -passiva ausgewiesen. Das Zinsergebnis der ökonomischen Sicherungsgeschäfte wird analog zu den Zinsen der Sicherungsderivate im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) im Posten Zinsergebnis ausgewiesen. Bewertungsergebnisse aus ökonomischen Sicherungsderivaten werden im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value berücksichtigt.

Um Hedge Accounting anwenden zu können, müssen die Sicherungsbeziehungen im Zeitpunkt ihrer Begründung einzeln dokumentiert werden. Diese Dokumentation beinhaltet vor allem die Identifikation von Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos. Darüber hinaus verlangt IAS 39 den Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs. Die Effektivität der Sicherungsbeziehung muss für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit ermittelt werden.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements setzt die DekaBank Fair Value Hedges im Sinne des IAS 39 ein. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps designiert, die zur Besicherung des Kredit-, Wertpapier- und Emissionsgeschäfts gegen Zinsänderungsrisiken abgeschlossen wurden und den Anforderungen des Hedge Accounting genügen. Als Sicherungszusammenhänge werden ausschließlich Microhedges designiert, wobei die Sicherungsinstrumente einem oder mehreren gleichartigen Grundgeschäften gegenüberstehen können.

Bei Fair Value Hedges werden Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zusammen mit der gegenläufigen Fair-Value-Änderung des Sicherungsgeschäfts im Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39 erfasst. Die zur Absicherung eingesetzten Derivate werden in der Bilanz als Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen. Die Effektivität der Sicherungsbeziehungen von Fair Value Hedges wird grundsätzlich mittels Regressionsanalyse täglich überwacht. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn während der gesamten Dauer der Sicherungsbeziehung das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft zwischen 0,80 und 1,25 liegt. Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Die prospektive Effektivitätsmessung erfolgt anhand der Critical-Term-Match-Methode.

Daneben nutzt die DekaBank die Regelungen zum Cashflow Hedge Accounting. Gegenstand der Cashflow Hedges sind zukünftig ergebniswirksame Cashflows von Fremdwährungskrediten, die gegen Währungsrisiken abgesichert wurden. Als Sicherungsinstrumente werden Devisenkassageschäfte mit rollierenden Devisenswaps designiert.

Bei Cashflow Hedges wird der effektive Teil der Fair-Value-Änderung des Sicherungsderivats über das erfolgsneutrale Ergebnis (OCI) im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage für Cashflow Hedges) erfasst. In der Bilanz werden die Sicherungsinstrumente als Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Beträge werden in der Periode erfolgswirksam vereinnahmt, in der auch die abgesicherten

Cashflows ergebniswirksam werden. Die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Ergebniskomponenten werden erfolgswirksam erfasst.

Zur prospektiven Effektivitätsmessung dient ein tägliches Reporting, welches die erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Grundgeschäften den Cashflows der Sicherungsgeschäfte gegenüberstellt. Der Cashflow Hedge gilt als effektiv, wenn die zukünftig auftretenden Cashflows der abgesicherten Geschäfte mindestens die Cashflows der Sicherungsgeschäfte kompensieren. Ändern sich die zukünftigen Cashflows (zum Beispiel durch Sondertilgungen, Zinszahlungstermine der Kredite), erfolgt eine unmittelbare Anpassung des Hedge und damit die Sicherstellung einer taggleichen Effektivität. Für den retrospektiven Nachweis der Effektivität wird monatlich überprüft, ob die tatsächlich vereinnahmten Cashflows den erwarteten Cashflows aus der ursprünglichen Absicherung entsprechen.

10 Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Finanzinstrumente bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag (Host Contract) und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives) zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen integralen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden können. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet,
- die wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats weisen keine enge Verbindung mit den wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des Basisvertrags auf und
- die Vertragsnormen der eingebetteten Derivate würden, sofern es sich um ein eigenständiges Finanzinstrument handeln würde, die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

In der Deko-Gruppe werden trennungspflichtige finanzielle Vermögenswerte in der Kategorie Designated at Fair Value erfasst und in der Bilanz unter dem Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesen. Am Bilanzstichtag lagen keine trennungspflichtigen Bankbuch-Bestände vor. Strukturierte Handelsemissionen werden als Held for Trading kategorisiert.

11 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung in der Deko-Gruppe erfolgt gemäß IAS 21. Sämtliche monetären Fremdwährungsposten werden zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Nicht-monetäre Posten werden entsprechend ihrem jeweiligen Bewertungsmaßstab umgerechnet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzte nicht-monetäre Posten werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt (historischer Kurs) umgerechnet. Zum Fair Value angesetzte nicht-monetäre Posten werden analog zu den monetären Posten zum aktuellen Stichtagskurs umgerechnet. Das Ergebnis aus der Währungsumrechnung wird erfolgswirksam im Posten Handelsergebnis (für die Portfolios des Handelsbuchs) beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value (für die Portfolios des Bankbuchs) erfasst. Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich mit dem Kassamittelkurs des Tages umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

Die Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Abschlüsse ausländischer Tochterunternehmen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Sämtliche Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Die Posten der Gesamtergebnisrechnung werden mit dem arithmetischen Mittel der Monatsultimokurse des Berichtsjahres umgerechnet. Das Eigenkapital wird, mit Ausnahme der Neubewertungsrücklage (zum Stichtagskurs) und des Jahresergebnisses (aus der Gesamtergebnisrechnung), auf der Basis der historischen Wertverhältnisse zum Zeitpunkt des Zugangs aus Konzernsicht umgerechnet. Die sich ergebenden Umrechnungsdifferenzen werden im Eigenkapitalposten Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

12 Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte

In der Deko-Gruppe werden sowohl echte Wertpapierpensionsgeschäfte als auch Wertpapierleihegeschäfte getätigt.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere später gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen. Die Bilanzierung des übertragenen Wertpapiers erfolgt weiterhin beim Pensionsgeber in der bisherigen Bewertungskategorie, da die wesentlichen Eigentümerchancen und -risiken nicht übertragen wurden. In Höhe des erhaltenen beziehungsweise geleisteten Barbetrags wird eine Verbindlichkeit beim Pensionsgeber beziehungsweise eine Forderung beim Pensionsnehmer bilanziert. Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Pensionsgeschäften werden bei Erfüllung der Saldierungskriterien des IAS 32 miteinander verrechnet und auf Nettobasis in der Bilanz unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen.

Unter dem Begriff der Wertpapierleihe werden Geschäfte verstanden, bei denen vom Verleiher Wertpapiere an den Entleiher übereignet werden mit der Verpflichtung, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Die Bilanzierung der verliehenen Wertpapiere erfolgt analog zu den echten Pensionsgeschäften. Bei Wertpapierleihegeschäften sind regelmäßig Sicherheiten zu stellen. Barsicherheiten werden in der Bilanz des Verleihers als Verbindlichkeiten beziehungsweise in der Bilanz des Entleihers als Forderungen ausgewiesen. Vom Entleiher gestellte Wertpapiersicherheiten werden von diesem weiterhin bilanziert.

Leihe- und Pensionsgeschäfte werden zu marktüblichen Konditionen getätigt. Dabei unterliegen die Geschäfte entweder den Clearing-Bedingungen des jeweiligen zentralen Kontrahenten oder werden unter Verwendung der standardisierten deutschen beziehungsweise internationalen Rahmenverträge geschlossen. Übertragene Wertpapiere dürfen vom Empfänger grundsätzlich weiterveräußert oder weiterverpfändet werden, wenn keine anderweitigen vertraglichen Vereinbarungen beziehungsweise Regelungen vorliegen. Bei der Veräußerung von entliehenen Wertpapieren beziehungsweise von Sicherheiten wird die entstehende Short-Position unter dem Posten Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva ausgewiesen.

Soweit Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden Erträge und Aufwendungen aus Pensionsgeschäften und aus Wertpapierleihegeschäften im Handelsergebnis ausgewiesen. Bei Anwendung der Fair-Value-Option erfolgt der Ausweis im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value.

13 Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Entscheidend für die Klassifizierung und damit für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen ist nicht das rechtliche Eigentum am Leasingobjekt, sondern primär der wirtschaftliche Gehalt des Leasingvertrags: Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem rechtlichen Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, erfolgt eine Klassifizierung als Finanzierungsleasing. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Die Deka-Gruppe als Leasingnehmer

Bei den von der Deka-Gruppe als Leasingnehmer abgeschlossenen Miet- beziehungsweise Leasingverträgen handelt es sich um Operating-Leasingverhältnisse. Die Sachanlagen, die Gegenstand von Operating-Leasingverträgen sind, werden entsprechend nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die von der Deka-Gruppe zu leistenden Miet- beziehungsweise Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Für im Voraus geleistete Leasingraten wurden zur korrekten Periodenabgrenzung aktive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet und in den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

Die Deka-Gruppe als Leasinggeber

Zum Berichtsstichtag bestehen keine Leasingverhältnisse, bei denen Gesellschaften der Deka-Gruppe als Leasinggeber auftreten.

14 Forderungen

Unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, nicht börsenfähige Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, BaW-Gelder sowie Tages- und Termingelder bilanziert. Geleistete Barbeträge beziehungsweise Barsicherheiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften oder Wertpapierleihegeschäften werden ebenfalls als Forderungen ausgewiesen. Gemäß IAS 39 erfolgt eine Kategorisierung der Forderungen als Loans and Receivables (siehe Note [7]). Als Loans and Receivables klassifizierte Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der Risikovorsorge in der Bilanz ausgewiesen. Ergebnisse aus Zinszahlungen und dem Abgang von Forderungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen, abgesehen von Zinszahlungen für zu Handelszwecken bestehende Forderungen (für Portfolios des Handelsbuchs); hier erfolgt der Ausweis im Handelsergebnis. Für im Rahmen von Fair Value Hedges gesicherte Forderungen finden die unter Note [9] beschriebenen Bewertungsvorschriften Anwendung.

15 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wird aktivisch abgesetzt. Für Bürgschaften und Avale werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

Falls Zweifel an der Einbringbarkeit einer Forderung bestehen, wird diesem durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen. Sind weitere Zahlungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten, wird eine Forderung als uneinbringlich klassifiziert. Eine uneinbringliche, bereits wertberichtigte Forderung wird durch Verbrauch der Risikovorsorge ausgebucht. Besteht für eine solche Forderung keine Einzelwertberichtigung, wird sie direkt ergebniswirksam abgeschrieben. Direktabschreibungen werden auch dann vorgenommen, wenn die Bank auf Teile einer nicht wertberichtigten Forderung verzichtet beziehungsweise eine Forderung verkauft wird und der Kaufpreis unter dem Buchwert der Forderung liegt.

Kreditforderungen werden einzeln auf Werthaltigkeit überprüft (Impairment). Bei festgestellten Wertminderungen werden Einzelwertberichtigungen beziehungsweise Rückstellungen in entsprechender Höhe gebildet. Bei nicht einzelwertberichtigten

Forderungen wird dem Ausfallrisiko durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Die Bildung von pauschalierten Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Deko-Gruppe nicht.

Einzelwertberichtigungen werden zur Berücksichtigung akuter Adressenausfallrisiken gebildet, wenn es aufgrund der Erfüllung von Impairment-Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Potenzielle Wertminderungen werden unter anderem aufgrund der folgenden Tatsachen angenommen:

- Zahlungsverzug von länger als 90 Tagen,
- Stundung von Zahlungsansprüchen oder Verzicht auf Zahlungsansprüche,
- Einleitung von Zwangsmaßnahmen,
- drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung,
- Beantragung beziehungsweise Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Sanierungsmaßnahmen sind gescheitert.

Die Höhe der Wertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert einer Forderung und dem Barwert der geschätzten zukünftigen Zahlungsströme (erzielbarer Betrag), diskontiert mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz unter Berücksichtigung des Fair Value der Sicherheiten.

Da die Ermittlung der Einzelrisikovorsorge auf der Verbarwertung der geschätzten künftigen Zahlungsströme basiert, ergibt sich bei unveränderten Zahlungserwartungen ein Effekt aus der Barwertveränderung (Unwinding) zum folgenden Stichtag. Gemäß IAS 39 AG 93 ist die Barwertveränderung als Zinsertrag in der Gesamtergebnisrechnung zu erfassen.

Die Zinsen aus wertberichtigten Krediten werden weiterhin im Zinsergebnis ausgewiesen. Aufgrund der unwesentlichen Differenz zwischen der Barwertveränderung und den tatsächlich vereinnahmten Nominalzinsen wird auf die erfolgswirksame Erfassung von Zinserträgen aus Unwinding in der Gesamtergebnisrechnung verzichtet.

In den Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken spiegeln sich die Annahmen über zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht bekannte Wertminderungen im Kredit- und Wertpapierportfolio wider. Die Bemessungsgrundlage enthält Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity. Die Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen erfolgt unter Berücksichtigung von Kreditnehmerratings, historischen Kontrahenten-Ausfallerfahrungen sowie der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken wird dem Transferrisiko Rechnung getragen. Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken basieren unter anderem auf einem internen Ratingsystem, das aktuelle und historische wirtschaftliche, politische und weitere Daten mit einbezieht und Länder nach Risikoprofilen einstuft.

Wertminderungen werden ergebniswirksam durch Wertberichtigungen oder Direktabschreibungen erfasst, ebenso wie Auflösungen von Wertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen. Der Ausweis innerhalb der Gesamtergebnisrechnung erfolgt im Posten Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Bei der DekoBank wurden Verbriefungstitel überwiegend als Designated at Fair Value kategorisiert und werden entsprechend erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Verbriefungstitel, die der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet sind, werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung (Impairment) untersucht. Zum Bilanzstichtag liegen keine Hinweise auf eine Wertminderung vor.

16 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise Finanzpassiva

Handelsbestand (Held for Trading)

Unter dem Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise -passiva werden Finanzinstrumente der Subkategorie Held for Trading ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, die mit Handelsabsicht erworben beziehungsweise begeben wurden. Sämtliche Finanzinstrumente dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Bei Derivaten mit ausstehenden Prämienzahlungen wird der Barwert der Prämie mit dem Marktwert des Derivats saldiert. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden marktgängige Bewertungsverfahren (insbesondere Barwertmethode und Optionspreismodelle) zur Ermittlung des Bilanzwerts herangezogen. Nicht realisierte Bewertungsergebnisse sowie realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst. Ebenfalls im Handelsergebnis werden Zins- und Dividendenerträge, Refinanzierungsaufwendungen sowie Provisionen für Handelsgeschäfte ausgewiesen.

Zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bestimmt (Designated at Fair Value)

Unter dem Posten Zum Fair Value bilanzierte Finanzaktiva beziehungsweise -passiva werden ferner Finanzinstrumente ausgewiesen, die beim erstmaligen Ansatz in die Subkategorie Designated at Fair Value klassifiziert wurden. Derivative Finanzinstrumente aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting erfüllen, werden ebenfalls in dieser Subkategorie ausgewiesen. Effekte aus Fair-Value-Änderungen sowie Provisionen werden im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value erfasst. Zins- und Dividendenerträge werden ebenso wie Refinanzierungsaufwendungen und Wiederanlageerfolge im Zinsergebnis ausgewiesen.

17 Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Unter diesem Posten sind Sicherungsderivate im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) mit positiven Marktwerten auf der Aktivseite beziehungsweise negativen Marktwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertung der Sicherungsderivate erfolgt mittels anerkannter Bewertungsmodelle unter Ansatz beobachtbarer Bewertungsparameter zum Fair Value. Die im Rahmen des Hedge Accounting für Fair Value Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39 erfolgswirksam erfasst.

Bei Cashflow Hedges wird der effektive Teil der Fair-Value-Änderung des Sicherungsderivats im erfolgsneutralen Ergebnis (Neubewertungsrücklage für Cashflow Hedges) ausgewiesen. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Beträge werden in der Periode erfolgswirksam im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten vereinnahmt, in der auch die abgesicherten Cashflows ergebniswirksam werden.

18 Finanzanlagen

In den Finanzanlagen werden im Wesentlichen börsenfähige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Der Posten Finanzanlagen umfasst Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Available for Sale. Als Loans and Receivables oder Held to Maturity ausgewiesene Wertpapiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie Available for Sale werden mit ihrem Fair Value bilanziert. Die Anteile an nicht börsennotierten verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, für die weder Preise von aktiven Märkten noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind, werden in Übereinstimmung mit IAS 39.46c mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Die Erträge aus Schuldverschreibungen, einschließlich aufgelöster Agien und Disagien, sowie Dividendenerträge und laufende Erträge aus nicht konsolidierten Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Zinsergebnis berücksichtigt. Realisierte Gewinne und Verluste werden im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale werden nach Berücksichtigung latenter Steuern im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) ausgewiesen.

Finanzanlagen werden regelmäßig einem Impairment-Test unterzogen. Eine potenzielle Wertminderung bei handelbaren Wertpapieren der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Available for Sale liegt grundsätzlich vor, wenn aufgrund der Bonitätsverschlechterung des Emittenten der Marktwert eines Wertpapiers zum Stichtag signifikant unter seine Anschaffungskosten gesunken ist beziehungsweise wenn das Absinken des Marktwerts dauerhaft ist.

Liegt eine Wertminderung vor, ist eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung von erwarteten Zahlungsströmen aus werthaltigen Sicherheiten (Garantien, Credit Default Swaps und anderen) zu bilden. Wertminderungen werden erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Sind die Gründe für eine zuvor gebildete Wertberichtigung entfallen, ist bei Fremdkapitaltiteln eine Wertaufholung vorzunehmen und erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen zu berücksichtigen. Hingegen sind Wertaufholungen aus Available-for-Sale-Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Wird im Ergebnis eines Impairment-Tests festgestellt, dass die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich ist, sind die entsprechenden Finanzanlagen der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity in der Bemessungsgrundlage für die Portfoliowertberichtigungen zu berücksichtigen. Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken auf Finanzanlagen werden analog den Krediten nach der Expected-Loss-Methode ermittelt. Auf Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale werden keine Portfoliowertberichtigungen gebildet.

In den Finanzanlagen werden ebenfalls die Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen.

Die Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise an Gemeinschaftsunternehmen werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. In den Folgejahren wird der bilanzierte Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Unternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis der Beteiligung wird im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus Transaktionen mit at-equity bewerteten Unternehmen werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung entsprechend der Beteiligungsquote eliminiert. Bei Downstream-Lieferung, das heißt, wenn ein Vermögenswert den Vollkonsolidierungskreis verlässt, erfolgt die Wertkorrektur gegen den Equity-Ansatz der jeweiligen Beteiligung.

Bestehen Anzeichen für eine Wertminderung der Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen, werden diese überprüft (Impairment-Test) und gegebenenfalls Abschreibungen auf den Equity-Wert der Anteile vorgenommen. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine Abschreibung durch Zuschreibungen bis zur Höhe des erzielbaren Betrags, aber maximal bis zur Höhe des Buchwerts, der sich ohne außerplanmäßige Abschreibungen in den Vorperioden ergeben hätte. Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

19 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten werden im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte, erworbene und selbst erstellte Software sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill) entstehen, wenn beim Erwerb von Tochtergesellschaften die Anschaffungskosten den Konzernanteil am Nettovermögen des erworbenen Unternehmens übersteigen. Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Erwerbsdatum mit Anschaffungskosten angesetzt und unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Die Folgebewertung erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen. Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich, bei Anhaltspunkten auf mögliche Wertminderungen auch unterjährig, überprüft. Zum Zweck der Überprüfung auf eine Wertminderung wird ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugewiesen. Wird im Rahmen des Impairment-Tests eine Wertminderung festgestellt, werden außerplanmäßig Abschreibungen vorgenommen.

Die im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworbenen sonstigen immateriellen Vermögenswerte werden über die ermittelte Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Sofern Anzeichen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte sind mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien nach IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für Leistungen Dritter. Die erworbene oder selbst erstellte Software wird grundsätzlich über vier Jahre linear abgeschrieben. Sofern Anzeichen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte werden im Posten Verwaltungsaufwendungen in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

20 Sachanlagen

Im Posten Sachanlagen werden neben der Betriebs- und Geschäftsausstattung technische Anlagen und Maschinen ausgewiesen. Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, wenn von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

in Jahren	Nutzungsdauer
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 – 15
Technische Anlagen und Maschinen	2 – 10

Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) werden aus Wesentlichkeitsgründen entsprechend den steuerlichen Regelungen im Jahr des Zugangs abgeschrieben.

Über die fortgeführten Anschaffungskosten hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

21 Sonstige Aktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Forderungen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die positiven Bewertungseffekte aus zum Fair Value bewerteten Regular-Way-Finanzinstrumenten, deren Erfüllungstag (Settlement Date) nach dem Bilanzstichtag liegt, werden ebenfalls unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

22 Ertragsteuern

Aufgrund der steuerlichen Behandlung der DekaBank als atypisch stille Gesellschaft fällt Körperschaftsteueraufwand auf Ebene der DekaBank nur insoweit an, als die steuerlichen Ergebnisse nicht den atypisch still Beteiligten zugerechnet werden. Unter Berücksichtigung der bestehenden eigenen Anteile am gezeichneten Kapital (erworben in der ersten Jahreshälfte 2011) beläuft sich der Anteil der atypisch stillen Gesellschafter am steuerlichen Ergebnis auf 45,6 Prozent. Hieraus ergibt sich für die Gesellschaften des Organkreises der DekaBank ein kombinierter Steuersatz in Höhe von 24,68 Prozent. Allerdings steht den atypisch stillen Gesellschaftern im Gegenzug für die Zurechnung der steuerlichen Bemessungsgrundlage ein Anspruch gegen die DekaBank auf Entnahme des hierauf entfallenden Körperschaftsteueraufwands zu (45,6 Prozent von 15,0 Prozent Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, somit insgesamt 7,22 Prozent), sodass die DekaBank wirtschaftlich auch den auf Ebene der atypisch stillen Gesellschafter anfallenden Steueraufwand trägt. Aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit wird der auf die atypisch stillen Gesellschafter entfallende Teil des Körperschaftsteueraufwands gleichfalls als Steueraufwand ausgewiesen. Der anzuwendende kombinierte Steuersatz (Gewerbsteuer zuzüglich Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) beträgt somit 31,90 Prozent.

Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe Zahlungen an beziehungsweise Erstattungen von Steuerbehörden erwartet werden.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz gebildet. Sie werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie aktive und passive latente Steuern werden jeweils saldiert ausgewiesen und nicht abgezinst. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden ebenfalls erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren Nutzbarkeit wahrscheinlich ist. Verlustvorträge in Deutschland sind unbeschränkt vortragsfähig. Ausländische Verlustvorträge, die nicht unbeschränkt vortragsfähig sind, werden entsprechend ihrer Fristigkeit ausgewiesen. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

23 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden, soweit sie der Kategorie Other Liabilities zugeordnet sind, zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Verbindlichkeiten der Kategorie Liabilities at Fair Value through Profit or Loss werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Für Verbindlichkeiten, die im Rahmen des Hedge Accounting in Sicherungsbeziehungen designiert wurden, finden die unter Note [9] beschriebenen Bewertungsvorschriften Anwendung.

24 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

In der Deka-Gruppe werden den Mitarbeitern verschiedene Arten von Altersversorgungsleistungen angeboten. Diese umfassen sowohl beitragsorientierte Zusagen (Defined Contribution Plans) als auch leistungsorientierte Zusagen (Defined Benefit Plans).

Für die beitragsorientierten Zusagen wird ein festgelegter Beitrag an einen externen Versorgungsträger (unter anderem Sparkassen Pensionskasse, BVV und Direktversicherung) entrichtet. Für derartige Zusagen werden in der Deka-Gruppe gemäß IAS 19 keine Rückstellungen gebildet.

Für leistungsorientierte Zusagen wird der Verpflichtungsumfang durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter bewertet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt und dem Fair Value des Planvermögens gegenübergestellt. Resultiert aus der Berechnung ein potenzieller Vermögenswert, ist der erfasste Vermögenswert auf den Barwert eines wirtschaftlichen Nutzens begrenzt. Der in der laufenden Berichtsperiode erfolgswirksam zu erfassende Nettozinsaufwand (Ertrag) auf die Nettoverpflichtung (Nettovermögenswert) aus leistungsorientierten Zusagen wird mittels

Anwendung des Rechnungszinssatzes ermittelt, der für die Bewertung der leistungsorientierten Zusagen zu Beginn der Periode verwendet wurde. Erwartete unterjährige Veränderungen der Nettoverpflichtung (des Nettovermögenswerts) infolge von Beitrags- und Leistungszahlungen sind hierbei zu berücksichtigen. Neubewertungen der Nettoverpflichtung (des Nettovermögens) werden unmittelbar im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) erfasst. Die Neubewertung umfasst versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, den Ertrag aus Planvermögen (ohne Zinsen) und die Auswirkung der etwaigen Vermögensobergrenze (ohne Zinsen).

Unter den leistungsorientierten Zusagen in der Deka-Gruppe befinden sich neben Endgehaltsplänen und Gesamtversorgungssystemen auch fondsgebundene beitragsorientierte Leistungszusagen. Bei den Endgehaltsplänen und Gesamtversorgungssystemen handelt es sich zum einen um Einzelzusagen für Vorstände und leitende Angestellte sowie um kollektivrechtliche Zusagen an die allgemeine Belegschaft. Diese garantieren lebenslange Alters-, Hinterbliebenen- sowie Invaliditätsrenten. Im Rahmen der fondsgebundenen beitragsorientierten Versorgungszusagen werden die Versorgungsbeiträge sowohl durch den Arbeitgeber als auch durch den Arbeitnehmer erbracht und hauptsächlich in Investmentfonds der Deka-Gruppe investiert. Im Versorgungsfall hat der Versorgungsberechtigte Anspruch auf eine vertraglich zugesagte Mindestleistung beziehungsweise auf den höheren Kurswert der zugrunde liegenden Investmentfondsanteile.

Für die betriebliche Altersversorgung der Deka-Gruppe wurde durch ein Contractual Trust Arrangement (CTA) Planvermögen geschaffen. Dieses wird durch einen rechtlich unabhängigen Treuhänder – den Deka Trust e. V. – gehalten. Das Planvermögen besteht für die fondsgebundenen beitragsorientierten Versorgungszusagen im Wesentlichen aus dem jedem Mitarbeiter individuell zugeordneten Fondsvermögen sowie weiteren Vermögensmitteln zur Deckung der biometrischen Risiken aus vorzeitigen Versorgungsfällen und des Nachfinanzierungsrisikos. Darüber hinaus sind auch die Verpflichtungen aus Endgehaltsplänen und Gesamtversorgungssystemen durch die Schaffung von zweckgebundenem Planvermögen mittels CTA ausfinanziert. Dieser Teil des Planvermögens ist in einen Spezialfonds investiert, dessen Anlagestrategie auf einer integrierten Asset-Liability-Betrachtung basiert.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen Zusagen für Vorruhestand und Übergangszahlungen. Diese werden ebenfalls versicherungsmathematisch bewertet und in Höhe des Barwerts der Verpflichtung zurückgestellt. Im Rahmen der Bilanzierung der pensionsähnlichen Verpflichtungen entstehen grundsätzlich keine versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, sodass die ausgewiesene Rückstellung dem Barwert der Verpflichtung entspricht. Des Weiteren besteht für die Mitarbeiter der Deka-Gruppe zusätzlich die Möglichkeit, in Arbeitszeitkonten einzubezahlen. Diese Konten werden in Geld geführt und sind analog zu den leistungsorientierten Zusagen durch Planvermögen im Deka Trust e.V. gedeckt. Der Bilanzansatz ergibt sich aus der Differenz von Verpflichtungsumfang und Fair Value des Planvermögens.

25 Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Bei der Bestimmung werden Risiken und Unsicherheiten sowie alle relevanten Erkenntnisse in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt. Sofern der Zinseffekt eine wesentliche Auswirkung hat, werden langfristige Rückstellungen mit einem restlaufzeitadäquaten Marktzins abgezinst und zum Barwert der Verpflichtung angesetzt. Verwendet wird ein Abzinsungssatz vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Zuführungen beziehungsweise Auflösungen erfolgen über die Ergebnisgröße, die inhaltlich mit der Rückstellung korrespondiert. Rückstellungen für Bonitätsrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft werden zulasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet und zugunsten derselben aufgelöst.

26 Sonstige Passiva

Unter den Sonstigen Passiva sind Verbindlichkeiten sowie Abgrenzungen (Accruals) ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag.

27 Nachrangkapital

Im Bilanzposten Nachrangkapital werden nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsemissionen sowie typisch stille Einlagen ausgewiesen. Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Mittel dürfen im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der DekaBank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden und sind nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund des vertraglichen Kündigungsrechts – unabhängig von der Wahrscheinlichkeit für dessen Ausübung – als Fremdkapital zu bilanzieren. Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Nachrangverbindlichkeiten, die mittels eines Fair Value Hedges im Sinne des IAS 39 gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden, sind zusätzlich die auf Zinsrisiken entfallenden Fair-Value-Änderungen zu berücksichtigen.

28 Atypisch stille Einlagen

Bei den Atypisch stillen Einlagen handelt es sich um bilanzielles Eigenkapital nach deutschem Handelsrecht. Nach IAS 32 sind die Atypisch stillen Einlagen als Fremdkapital zu behandeln, da die atypisch stillen Gesellschafter über ein vertragliches Kündigungsrecht verfügen.

Die Bilanzierung der Atypisch stillen Einlagen erfolgt zum Nennbetrag. Bemessungsgrundlage für die Ausschüttung an atypisch stille Gesellschafter ist die Ausschüttung auf das gezeichnete Kapital. Zusätzlich besteht ein Anspruch auf Entnahme von Steuerbeträgen. Der Ausweis der Ausschüttung erfolgt in einem gesonderten Posten – Zinsaufwendungen für Atypisch stille Einlagen – nach dem Jahresergebnis vor Steuern. Der Ausweis der entnahmefähigen Steuern wird als Bestandteil des Steueraufwands ausgewiesen (siehe Note [22]).

29 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist das von den Gesellschaftern nach dem Gesellschaftsvertrag eingezahlte Kapital. Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrags.

Der Unterposten Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile beinhaltet von der Bank emittierte AT1-Anleihen (Additional Tier 1). Nach den Vorschriften des IAS 32 sind AT1-Anleihen im bilanziellen Eigenkapital auszuweisen, da diese über keine Endfälligkeit verfügen, die Zinszahlungen nach freiem Ermessen des Emittenten ganz oder teilweise entfallen können und der Gläubiger zur Kündigung nicht berechtigt ist.

Die Gewinnrücklagen werden in gesetzliche, satzungsmäßige und andere Gewinnrücklagen aufgegliedert. Die anderen Gewinnrücklagen beinhalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung ausgewiesen, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale.

In der Neubewertungsrücklage werden Neubewertungen der Nettoverpflichtung (des Nettovermögens) aus leistungsorientierten Zusagen unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern, ausgewiesen. Die Neubewertung umfasst im Wesentlichen versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den Ertrag aus Planvermögen (ohne Zinsen).

Die Neubewertungsrücklage enthält ebenfalls die ergebnisneutralen Fair-Value-Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale, nach Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund eines Impairment abgeschrieben wird.

In der Neubewertungsrücklage wird auch der effektive Teil der Fair-Value-Änderungen der Sicherungsinstrumente aus Cash-flow Hedges nach Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern ausgewiesen. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Beträge werden in der Periode erfolgswirksam vereinnahmt, in der auch die abgesicherten zukünftigen Cashflows ergebniswirksam werden. Die auf den ineffektiven Teil der Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente entfallenden Ergebniskomponenten werden erfolgswirksam erfasst.

In der Rücklage für Währungsumrechnung werden Differenzen aus der Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Abschlüsse ausländischer Tochterunternehmen ausgewiesen.

Anteile in Fremdbesitz (Minderheitenanteile) werden, sofern vorhanden, als gesonderter Unterposten im Eigenkapital ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

30 Zinsergebnis

Der Posten enthält neben den Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Zinsergebnisse aus Positionen des Handelsbuchs sowie damit im Zusammenhang stehende Refinanzierungsaufwände sind hiervon ausgenommen, da sie im Handelsergebnis ausgewiesen werden. Aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Zinserträge aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	458,0	542,9	-84,9
Zinsderivaten (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	153,4	211,9	-58,5
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	152,6	192,7	-40,1
Sicherungsderivaten (Hedge Accounting)	63,9	55,4	8,5
Negativen Zinsen aus Verbindlichkeiten	45,0	1,8	43,2
Laufende Erträge aus			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	16,7	32,3	-15,6
Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	2,1	1,9	0,2
Zinserträge insgesamt	891,7	1.038,9	-147,2
Zinsaufwendungen für			
Zinsderivate (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	278,6	283,2	-4,6
Verbindlichkeiten	284,5	394,7	-110,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	69,7	92,7	-23,0
Sicherungsderivate (Hedge Accounting)	31,0	32,4	-1,4
Nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital	36,3	34,1	2,2
Typisch stille Einlagen	8,0	8,0	-
Negative Zinsen aus Geldmarktgeschäften und festverzinslichen Wertpapieren	47,4	2,3	45,1
Zinsaufwendungen insgesamt	755,5	847,4	-91,9
Zinsergebnis	136,2	191,5	-55,3

Das Ergebnis aus dem Abgang von Forderungen in Höhe von 18,9 Mio. Euro (Vorjahr: 31,2 Mio. Euro) ist im Zinsertrag aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten.

Für einzelwertberichtigte Kredite und Wertpapiere wurden im Berichtsjahr Zinsen in Höhe von 16,1 Mio. Euro (Vorjahr: 10,5 Mio. Euro) vereinnahmt.

Insgesamt wurden für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die nicht zum Fair Value bewertet wurden, Zinserträge in Höhe von 532,3 Mio. Euro (Vorjahr: 570,5 Mio. Euro) und Zinsaufwendungen in Höhe von 363,8 Mio. Euro (Vorjahr: 417,8 Mio. Euro) erfasst.

31 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt sich in der Gesamtergebnisrechnung wie folgt dar:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Zuführungen zur Risikovorsorge	-222,1	-104,7	-117,4
Auflösung der Risikovorsorge	26,4	37,7	-11,3
Direkte Forderungsabschreibungen	0,0	-	0,0
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1,1	1,9	-0,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-194,6	-65,1	-129,5

Die Veränderung der Risikovorsorge für Wertpapiere der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity wird im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen (siehe Note [36]) ausgewiesen.

32 Provisionsergebnis

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Provisionserträge aus			
Fondsgeschäft	1.834,9	1.865,3	-30,4
Wertpapiergeschäft	122,0	137,7	-15,7
Kreditgeschäft	44,4	47,2	-2,8
Sonstige	24,0	33,3	-9,3
Provisionserträge insgesamt	2.025,3	2.083,5	-58,2
Provisionsaufwendungen für			
Fondsgeschäft	882,1	931,0	-48,9
Wertpapiergeschäft	17,6	20,2	-2,6
Kreditgeschäft	16,1	20,1	-4,0
Sonstige	2,3	2,1	0,2
Provisionsaufwendungen insgesamt	918,1	973,4	-55,3
Provisionsergebnis	1.107,2	1.110,1	-2,9

Provisionserträge werden mit dem Fair Value der erhaltenen oder zu beanspruchenden Gegenleistung bemessen. Gebühren aus Dienstleistungsgeschäften und leistungsabhängige Provisionen werden dann erfolgswirksam erfasst, wenn die Leistung erbracht ist oder signifikante Leistungskriterien erfüllt sind. Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden entsprechend der Periode der Leistungserbringung vereinnahmt.

Die Provisionserträge aus dem Fondsgeschäft setzen sich im Wesentlichen aus Verwaltungsgebühren, Ausgabeaufschlägen und Vertriebsprovisionen zusammen. Darüber hinaus werden hier auch erfolgsbezogene Vergütungen sowie Erträge aus Kostenpauschalen ausgewiesen. Die Provisionsaufwendungen für das Fondsgeschäft entfallen im Wesentlichen auf Leistungen an Vertriebspartner. Der überwiegende Teil des Provisionsergebnisses resultiert aus bestandsbezogenen – mithin nachhaltigen – Provisionen. Das Provisionsergebnis aus dem Fondsgeschäft enthält somit überwiegend Entgelte gemäß IFRS 7.20c (ii).

33 Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse sowie Provisionen aus Finanzinstrumenten, die der Subkategorie Held for Trading zugeordnet sind. Zinsergebnisse aus derivativen und nicht-derivativen Finanzinstrumenten der Handelsbuchpositionen werden einschließlich der hiermit im Zusammenhang stehenden Refinanzierungsaufwendungen ebenfalls hier ausgewiesen.

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis	249,0	-166,5	415,5
Zinsergebnis und laufende Erträge aus Handelsgeschäften	23,0	420,7	-397,7
Provisionen für Handelsgeschäfte	-19,3	-17,9	-1,4
Handelsergebnis	252,7	236,3	16,4

34 Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value

Der Posten enthält im Wesentlichen die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse der Finanzinstrumente, die der Subkategorie Designated at Fair Value zugeordnet sind, sowie der Bankbuch-Derivate. Hingegen werden das Zinsergebnis und Dividendenerträge ebenso wie Refinanzierungsaufwendungen und Wiederanlageerfolge aus Finanzinstrumenten dieser Subkategorie sowie das Zinsergebnis der Bankbuch-Derivate im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis	155,0	41,6	113,4
Devisenergebnis	-10,0	-7,7	-2,3
Provisionen	-0,1	-0,1	-
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	145,0	33,8	111,2

Im Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value wurde im Berichtsjahr per saldo ein Ertrag in Höhe von 6,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6,7 Mio. Euro) erfasst, der auf bonitätsinduzierte Wertänderungen eigener Emissionen zurückzuführen ist. Des Weiteren ist hier ein Aufwand in Höhe von 4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) enthalten, der aus bonitätsinduzierten Wertänderungen von Forderungen der Kategorie Designated at Fair Value stammt.

Die bonitätsinduzierte Wertänderung ermittelt die Bank als Unterschiedsbetrag zwischen dem Ergebnis aus einer Full-Fair-Value-Bewertung und dem Ergebnis aus einer Bewertung auf Basis von Swapsätzen der entsprechenden Emissionswährung zuzüglich des Spreads, der zum Zeitpunkt der Veräußerung der Emission am Markt für Verbindlichkeiten mit vergleichbarer Ausgestaltung galt. Das bonitätsinduzierte Bewertungsergebnis während der Berichtsperiode ermittelt sich aus der Veränderung dieses Unterschiedsbetrags bezogen auf das am Stichtag vorliegende Nominal.

35 Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39

Als Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39 werden Wertänderungen der Grundgeschäfte, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zusammen mit der Fair-Value-Änderung der Sicherungsgeschäfte erfasst. Das Ergebnis dieser Sicherungsbeziehungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-85,7	37,2	-122,9
Bewertungsergebnis aus Sicherungsderivaten	88,1	-41,3	129,4
Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	2,4	-4,1	6,5

36 Ergebnis aus Finanzanlagen

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis aus Wertpapieren	-1,6	-	-1,6
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis aus Anteilsbesitz	-0,6	7,8	-8,4
Nettoauflösung/-zuführung zur Risikovorsorge für Wertpapiere	-15,2	-14,3	-0,9
Abschreibungen aufgrund Wertminderung bei at-equity bewerteten Unternehmen	-	-18,8	18,8
Zuschreibungen aufgrund Werterholung bei at-equity bewerteten Unternehmen	2,6	4,4	-1,8
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	1,3	2,2	-0,9
Ergebnis aus Finanzanlagen	-13,5	-18,7	5,2

Im ersten Halbjahr 2016 wurde für die bestehenden Anteile an der S Broker AG & Co. KG eine Zuschreibung in Höhe von 2,6 Mio. Euro auf einen Beteiligungsbuchwert von 7,0 Mio. Euro vorgenommen.

37 Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen zusammen. Die jeweiligen Posten gliedern sich wie folgt:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	397,3	377,7	19,6
Soziale Abgaben	48,8	45,7	3,1
Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	38,9	42,6	-3,7
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	2,7	2,1	0,6
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,6	1,9	-1,3
Personalaufwand insgesamt	488,4	470,0	18,4
Andere Verwaltungsaufwendungen			
Beratungsaufwand	88,1	67,2	20,9
EDV und Maschinen	75,8	63,1	12,7
Mieten und Aufwendungen für Gebäude	56,6	54,5	2,1
Marketing- und Vertriebsaufwand	40,3	46,8	-6,5
EDV-Infodienste	39,2	37,9	1,3
Beiträge und Gebühren	38,3	37,1	1,2
Bankenabgabe	34,4	34,8	-0,4
Servicepauschale Fondsadministration	28,8	32,0	-3,2
Porto/Telefon/Büromaterial	12,7	10,5	2,2
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	49,4	43,3	6,1
Andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt	463,6	427,2	36,4
Planmäßige Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte	15,8	17,9	-2,1
Planmäßige Abschreibung auf Sachanlagen	2,3	2,3	-
Abschreibungen insgesamt	18,1	20,2	-2,1
Verwaltungsaufwand	970,1	917,4	52,7

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten sowie Reisekosten.

Der Verwaltungsaufwand enthält Zahlungen in Höhe von 49,1 Mio. Euro (Vorjahr: 48,6 Mio. Euro) aus Miet- und Leasingverhältnissen für Gebäude, Kraftfahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (Operating-Leasingverhältnisse), bei denen die DekaBank als Leasingnehmer fungiert. In den kommenden Jahren sind aus derartigen Verträgen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Bis zu 1 Jahr	51,4	47,1	4,3
Länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	160,8	137,6	23,2
Länger als 5 Jahre	89,7	85,1	4,6

38 Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das Sonstige betriebliche Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Ergebnis aus zurückerworbenen eigenen Emissionen	-22,7	-8,0	-14,7
Sonstige betriebliche Erträge			
Aus dem Abgang von Sachanlagen	-	42,1	-42,1
Auflösung von sonstigen Rückstellungen	24,9	3,1	21,8
Mieterträge	1,2	1,2	-
Sonstige Erträge	81,1	58,0	23,1
Sonstige betriebliche Erträge insgesamt	107,2	104,4	2,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Restrukturierungsaufwendungen	18,6	0,1	18,5
Umsatzsteuer aus konzerninternen Dienstleistungen	17,0	18,2	-1,2
Sonstige Steuern	1,3	1,1	0,2
Sonstige Aufwendungen	23,4	42,4	-19,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen insgesamt	60,3	61,8	-1,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	24,2	34,6	-10,4

Der Rückkauf eigener Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie aufgenommener Schuldscheindarlehen führt zu einer Herabsetzung der Verbindlichkeit (Nettoausweis). Mit dem Rückkauf der eigenen Emissionen ist eine Ergebnisrealisierung in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen Rückkauf- und Buchkurs verbunden.

Die sonstigen Erträge enthalten einen aus dem Unternehmenserwerb der S Broker AG & Co. KG resultierenden negativen Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von 35,6 Mio. Euro sowie einen Ertrag aus der erfolgswirksamen Vereinnahmung der Rücklage aus der Währungsumrechnung in Höhe von 14,9 Mio. Euro aus der Entkonsolidierung aufgrund der Liquidation des Tochterunternehmens ExFin AG i.L., Zürich. Darüber hinaus sind Administrationsgebühren für Abwicklungsleistungen bei betrieblichen Altersvorsorgeprodukten in Höhe von 483,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 647,9 Tsd. Euro) enthalten.

Die Restrukturierungsaufwendungen entfallen auf die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen für den strategischen Umbau der LBB-INVEST.

39 Ertragsteuern

Der Posten beinhaltet sämtliche auf der Grundlage des Jahresergebnisses ermittelten in- und ausländischen Steuern. Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
Laufender Steueraufwand Geschäftsjahr	179,8	162,8	17,0
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) Vorjahre	-6,3	15,0	-21,3
Laufender Steueraufwand	173,5	177,8	-4,3
Effekt aus der Entstehung und Auflösung temporärer Differenzen	-24,3	50,1	-74,4
Effekte aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	-1,4	-	-1,4
Effekt aus erstmaligem Ansatz latenter Steuern auf Verlustvorträge	-0,4	-	-0,4
Periodenfremder latenter Steuerertrag	16,9	-13,7	30,6
Latenter Steueraufwand	-9,2	36,4	-45,6
Ertragsteueraufwand insgesamt	164,3	214,2	-49,9

Der in Deutschland anzuwendende Steuersatz setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 15,0 Prozent, dem hierauf erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuerzuschlag zusammen. Aufgrund der steuerlichen Behandlung der DekaBank als atypisch stille Gesellschaft ergibt sich für die Gesellschaftern im Organkreis der DekaBank ein kombinierter Steuersatz von 24,68 Prozent (Vorjahr: 24,68 Prozent). Weiterhin steht den atypisch stillen Gesellschaftern ein Entnahmerecht hinsichtlich des auf sie entfallenden Teils des Körperschaftsteueraufwands

zu (7,22 Prozent). Für die Bewertung der latenten Steuern wird somit ein Steuersatz in Höhe von 31,90 Prozent (Vorjahr: 31,90 Prozent) angewandt (siehe Note [22]). Dieser Steuersatz wird in der nachfolgenden Überleitungsrechnung als erwarteter Steuersatz zugrunde gelegt. Die übrigen inländischen Gesellschaften ermitteln ihre latenten Steuern wie im Vorjahr mit einem Steuersatz von rund 32 Prozent.

Die ausländischen Gesellschaften verwenden für die Ermittlung der latenten Steuern den jeweiligen landesspezifischen Steuersatz. Im Organkreis der DekaBank Luxemburg beträgt dieser Steuersatz 27,08 Prozent (Vorjahr: 29,22 Prozent). Mit Wirkung zum 1. Januar 2017 wurde der Körperschaftsteuersatz in Luxemburg von 21,0 Prozent auf 19,0 Prozent gesenkt. Unter Berücksichtigung des Zuschlags für den Arbeitslosenfonds sowie die Gewerbesteuer ergibt sich ein neuer kombinierter Steuersatz in Höhe von 27,08 Prozent, welcher der Ermittlung der latenten Steuern zugrunde gelegt wurde. Es ergab sich eine rechnerische Steuerminderung in Höhe von 1,5 Mio. Euro.

Das Entstehen beziehungsweise die Auflösung temporärer Differenzen hat zu einem latenten Steueraufwand in Höhe von 24,3 Mio. Euro (Vorjahr: 50,1 Mio. Euro) geführt. Der laufende Steueraufwand für vergangene Jahre betrifft überwiegend die Luxemburger Gesellschaften (-8,0 Mio. Euro), eine Korrektur der Steuerumlagen für Vorjahre (-6,2 Mio. Euro) bei der DekaBank sowie gegenläufig (7,6 Mio. Euro) die Korrektur eines Steueranspruchs im Zusammenhang mit der Rechtsprechung zu § 40a KAGG ebenfalls bei der DekaBank. Der periodenfremde latente Steueraufwand entfällt überwiegend auf eine Korrektur der Aktiengewinne bei zwei Spezialfonds im Zusammenhang mit einer steuerlichen Betriebsprüfung.

Bei einer Tochtergesellschaft konnte aufgrund einer positiven Zukunftsprognose ein in Vorjahren nicht berücksichtigter steuerlicher Verlustvortrag bei der Ermittlung der latenten Steuern erstmalig berücksichtigt werden (rechnerische Steuerminderung 0,4 Mio. Euro).

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Jahresergebnis vor Ertragsteuern und dem Steueraufwand:

Mio. €	2016	2015	Veränderung
IFRS-Ergebnis vor Steuern	489,5	601,0	-111,5
x Ertragsteuersatz	31,90 %	31,90 %	-
= Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	156,2	191,7	-35,5
Erhöhung um Steuern auf nicht abzugsfähige Aufwendungen	15,6	16,3	-0,7
Verminderung um Steuern auf steuerfreie Erträge	16,1	4,8	11,3
Quellensteuer	0,3	0,3	-
Steuereffekt aus Spezialfonds	-0,1	0,1	-0,2
Effekte aus Steuersatzänderungen	-1,5	-	-1,5
Steuereffekt Equity-Bewertung	1,5	4,5	-3,0
Effekte aus abweichenden Effektivsteuersätzen	-2,8	-3,1	0,3
Steuereffekte aus vergangenen Perioden	10,6	1,1	9,5
Sonstiges	0,7	8,1	-7,4
Steueraufwand nach IFRS	164,3	214,2	-49,9

Die nicht abzugsfähigen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen den Effekt aus der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit der Bankenabgabe.

Der Steuereffekt aus steuerfreien Erträgen entfällt auf die Vereinnahmung des Badwills im Zusammenhang mit dem vollständigen Erwerb der Anteile an der S Broker AG & Co. KG (-11,4 Mio. Euro) sowie auf die erfolgswirksame Vereinnahmung der Rücklage aus der Währungsumrechnung aus der Entkonsolidierung aufgrund der Liquidation des Tochterunternehmens ExFin AG i.L., Zürich (steuerfreier Veräußerungsgewinn).

Die Bedienung der AT1-Anleihe wird im IFRS-Konzernabschluss als Vergütung auf Kapital behandelt und unmittelbar mit den Rücklagen verrechnet. Aus steuerlicher Sicht wird der Zinsaufwand abgegrenzt und ist steuerlich abzugsfähig. Um eine Übereinstimmung mit der Behandlung im IFRS Konzernabschluss herzustellen, wurde der rechnerische Steuerentlastungseffekt in Höhe von 9,1 Mio. Euro unmittelbar im Eigenkapital erfasst. Bei Berücksichtigung in der Gewinn- und Verlustrechnung wäre die Steuerquote 1,85 Prozent niedriger gewesen.

Erläuterungen zur Bilanz

40 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Kassenbestand	4,9	6,3	-1,4
Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.682,7	3.601,8	80,9
Gesamt	3.687,6	3.608,1	79,5

Das Mindestreservesoll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und betrug zum Jahresende 231,5 Mio. Euro (Vorjahr: 296,0 Mio. Euro).

41 Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Inländische Kreditinstitute	14.049,0	18.063,7	-4.014,7
Ausländische Kreditinstitute	6.605,1	9.032,7	-2.427,6
Forderungen an Kreditinstitute vor Risikovorsorge	20.654,1	27.096,4	-6.442,3
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-0,2	-2,4	2,2
Gesamt	20.653,9	27.094,0	-6.440,1

Für echte Pensionsgeschäfte und besicherte Wertpapierleihegeschäfte wurden durch die Dekabank als Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher 8,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 10,6 Mrd. Euro) geleistet.

42 Forderungen an Kunden

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Inländische Kreditnehmer	5.230,5	5.438,3	-207,8
Ausländische Kreditnehmer	17.943,5	17.291,7	651,8
Forderungen an Kunden vor Risikovorsorge	23.174,0	22.730,0	444,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-333,1	-222,0	-111,1
Gesamt	22.840,9	22.508,0	332,9

Für echte Pensionsgeschäfte und besicherte Wertpapierleihegeschäfte wurden durch die Dekabank als Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher 5,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,5 Mrd. Euro) geleistet.

43 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Ausfallrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen beziehungsweise durch die Bildung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen Rechnung getragen. In den Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken spiegeln sich die Annahmen über zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht bekannte Wertminderungen im Kreditportfolio wider. Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken wird dem Transferrisiko Rechnung getragen.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute			
Einzelwertberichtigungen	-	2,1	-2,1
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	0,2	0,3	-0,1
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden			
Einzelwertberichtigungen	310,6	185,2	125,4
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	17,5	32,9	-15,4
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	5,0	3,9	1,1
Gesamt	333,3	224,4	108,9

Die Entwicklung des Risikovorsorgebestands ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Mio. €	Anfangsbestand 01.01.2016	Zugänge	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Abgänge	Umgliederungen	Währungseffekte	Endbestand 31.12.2016
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute									
Einzelwertberichtigungen	2,1	–	–	1,4	0,6	–	–	–0,1	0,0
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	0,3	–	–	–	0,1	–	–	–	0,2
Summe	2,4	–	–	1,4	0,7	–	–	–0,1	0,2
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden									
Einzelwertberichtigungen	185,2	0,3	218,4	95,8	5,9	–	–1,1	9,5	310,6
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	32,9	–	2,0	–	17,4	–	–	–	17,5
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	3,9	–	1,7	–	0,7	–	–	0,1	5,0
Summe	222,0	0,3	222,1	95,8	24,0	–	–1,1	9,6	333,1
Rückstellungen für Kreditrisiken									
Einzelrisiken	0,4	–	–	0,1	1,0	–	1,1	–0,1	0,3
Portfoliorisiken	1,4	–	–	–	0,7	–	–	–	0,7
Summe	1,8	–	–	0,1	1,7	–	1,1	–0,1	1,0
Gesamt	226,2	0,3	222,1	97,3	26,4	–	–	9,4	334,3
Entwicklung des Risikovorsorgebestands für das Jahr 2015									
Mio. €	Anfangsbestand 01.01.2015	Zugänge	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Abgänge	Umgliederungen	Währungseffekte	Endbestand 31.12.2015
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute									
Einzelwertberichtigungen	–	–	2,1	–	–	–	–	–	2,1
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	2,5	–	–	–	2,2	–	–	–	0,3
Summe	2,5	–	2,1	–	2,2	–	–	–	2,4
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden									
Einzelwertberichtigungen	146,7	–	94,5	33,5	32,4	–	–0,2	10,1	185,2
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	27,2	–	8,1	–	2,2	–0,2	–	–	32,9
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	4,2	–	–	–	0,4	–	–	0,1	3,9
Summe	178,1	–	102,6	33,5	35,0	–0,2	–0,2	10,2	222,0
Rückstellungen für Kreditrisiken									
Einzelrisiken	0,4	–	–	0,1	0,1	–	0,2	–	0,4
Portfoliorisiken	1,8	–	–	–	0,4	–	–	–	1,4
Summe	2,2	–	–	0,1	0,5	–	0,2	–	1,8
Gesamt	182,8	–	104,7	33,6	37,7	–0,2	–	10,2	226,2

Kennziffern zur Risikovorsorge:

%	2016	2015
Auflösungs- / Zuführungsquote zum Stichtag¹⁾ (Quotient aus Nettozuführung und Kreditvolumen)	-0,76	-0,24
Ausfallquote zum Stichtag (Quotient aus Kreditausfällen und Kreditvolumen)	0,37	0,12
Durchschnittliche Ausfallquote (Quotient aus Kreditausfällen im 5-Jahres-Durchschnitt und Kreditvolumen)	0,51	0,46
Bestandsquote zum Stichtag (Quotient aus Risikovorsorgebestand und Kreditvolumen)	1,30	0,84

¹⁾ Zuführungsquote mit negativem Vorzeichen

Den Berechnungen der obigen Kennziffern liegt das folgende bilanzielle Kreditvolumen zugrunde:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	7.081,5	8.832,1
Forderungen an Kunden ¹⁾	15.389,0	14.915,1
Eventualverbindlichkeiten	2.565,6	2.150,9
Unwiderrufliche Kreditzusagen	702,3	1.185,6
Gesamt	25.738,4	27.083,7

¹⁾ ohne Geldgeschäfte

Risikovorsorge nach Risikosegmenten:

Mio. €	Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft		Kreditausfälle ¹⁾		Nettuzuführungen ²⁾ / -auflösungen zu den / von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft	
	31.12.2016	31.12.2015	2016	2015	2016	2015
Kunden						
Transport- und Exportfinanzierungen	281,7	118,9	36,1	32,6	-189,0	-33,2
Verkehrs- und Sozialinfrastruktur	40,9	39,5	-	-	-1,4	-13,1
Immobilienrisiken	1,6	32,2	25,7	-0,6	3,6	-4,5
Energie- und Versorgungsinfrastruktur	8,6	31,4	33,0	-	-10,0	-17,7
Unternehmen	-	0,5	-	-0,4	0,4	0,7
Sonstige	1,3	1,3	-	0,1	-	0,7
Kunden insgesamt	334,1	223,8	94,8	31,7	-196,4	-67,1
Kreditinstitute	0,2	2,4	1,4	-	0,7	0,1
Unternehmen	-	2,1	1,4	-	0,6	-2,1
Finanzinstitutionen	0,2	0,3	-	-	0,1	2,2
Gesamt	334,3	226,2	96,2	31,7	-195,7	-67,0

¹⁾ Eingänge auf abgeschriebene Forderungen – in der Spalte negativ

²⁾ in der Spalte negativ

44 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva

Die zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva enthalten neben Wertpapieren und Forderungen der Kategorien Held for Trading und Designated at Fair Value die positiven Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs und aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.309,9	19.894,0	-14.584,1
Anleihen und Schuldverschreibungen	5.214,8	19.516,6	-14.301,8
Geldmarktpapiere	95,1	377,4	-282,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.107,2	2.604,6	-1.497,4
Aktien	643,1	1.915,9	-1.272,8
Investmentanteile	464,1	688,7	-224,6
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
Sonstige	1.026,1	868,0	158,1
Schuldscheindarlehen	1.026,1	868,0	158,1
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Handel)	7.194,8	9.790,0	-2.595,2
Summe Handel (Held for Trading)	14.638,0	33.156,6	-18.518,6
Designated at Fair Value			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18.695,4	15.215,0	3.480,4
Anleihen und Schuldverschreibungen	18.695,4	15.196,0	3.499,4
Geldmarktpapiere	-	19,0	-19,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.016,4	1.363,2	-346,8
Aktien	15,9	-	15,9
Investmentanteile	980,7	1.363,2	-382,5
Genussscheine	-	-	-
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19,8	-	19,8
Schuldscheindarlehen	297,4	-	297,4
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	-	500,5	-500,5
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	256,0	672,5	-416,5
Summe Designated at Fair Value	20.265,2	17.751,2	2.514,0
Gesamt	34.903,2	50.907,8	-16.004,6

Der Fair Value der Forderungen der Kategorie Designated at Fair Value enthält kumulierte bonitätsinduzierte Wertänderungen in Höhe von -4,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren der Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva sind börsennotiert:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.048,1	33.683,6	-10.635,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.054,0	2.452,9	-1.398,9

45 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die positiven Marktwerte von Sicherungsgeschäften, die die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich nach den abgesicherten Grundgeschäften wie folgt:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Fair Value Hedges			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,1	–
Forderungen an Kunden	10,0	6,6	3,4
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	40,3	–40,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11,9	53,9	–42,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	6,6	7,1	–0,5
Nachrangkapital	–	0,5	–0,5
Summe Fair Value Hedges	28,6	108,5	–79,9
Cashflow Hedges			
Aktivposten	–	0,5	–0,5
Gesamt	28,6	109,0	–80,4

Als Sicherungsinstrumente wurden im Wesentlichen Zinsswaps (Fair Value Hedges) sowie Devisenkassageschäfte mit rollierenden Devisenswaps (Cashflow Hedges) designiert.

46 Finanzanlagen

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Loans and Receivables			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	674,3	531,4	142,9
Held to Maturity			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.309,4	2.406,4	–97,0
Available for Sale			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	0,0
Anteilsbesitz			
Beteiligungen	30,8	27,9	2,9
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	6,9	12,3	–5,4
Anteile an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	1,1	4,6	–3,5
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,2	0,2	–
Finanzanlagen vor Risikovorsorge	3.022,7	2.982,8	39,9
Risikovorsorge	–53,8	–38,4	–15,4
Gesamt	2.968,9	2.944,4	24,5

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden ebenso wie die Beteiligungen mit den Anschaffungskosten angesetzt. Eine Veräußerung dieser Vermögenswerte ist derzeit nicht beabsichtigt. Für die at-equity bewerteten Unternehmen in der Deko-Gruppe existieren keine öffentlich notierten Marktpreise.

Von den Finanzanlagen sind börsennotiert:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.753,9	2.857,1	–103,2

Die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen ist in der folgenden Aufstellung dargestellt:

Mio. €	Beteiligungen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand 1. Januar 2015	31,7	131,8	1,0	0,2	164,7
Zugänge	–	–	3,6	–	3,6
Abgänge	2,9	–	–	–	2,9
Stand 31. Dezember 2015	28,8	131,8	4,6	0,2	165,4
Zugänge	–	0,0	0,4	–	0,4
Abgänge	2,2	–	–	–	2,2
Veränderung Konsolidierungskreis	–	–55,6	–3,9	–	–59,5
Stand 31. Dezember 2016	26,6	76,2	1,1	0,2	104,1
Kumulierte Abschreibungen / Wertänderungen					
Stand 1. Januar 2015	0,9	103,7	–	–	104,6
Abschreibungen / Wertminderungen	–	18,8	–	–	18,8
Zuschreibungen	–	4,4	–	–	4,4
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	–	2,2	–	–	2,2
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	–	0,3	–	–	0,3
Veränderung Neubewertungsrücklage	–	–3,3	–	–	–3,3
Stand 31. Dezember 2015	0,9	119,5	–	–	120,4
Zuschreibungen	–	2,6	–	–	2,6
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	–	1,3	–	–	1,3
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	–	1,2	–	–	1,2
Veränderung Neubewertungsrücklage	5,1	–1,2	–	–	3,9
Veränderung Konsolidierungskreis	–	–48,7	–	–	–48,7
Stand 31. Dezember 2016	–4,2	69,3	–	–	65,1
Buchwert 31. Dezember 2015	27,9	12,3	4,6	0,2	45,0
Buchwert 31. Dezember 2016	30,8	6,9	1,1	0,2	39,0

47 Immaterielle Vermögenswerte

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill)	148,1	148,1	–
Software			
Erworben	29,6	20,1	9,5
Selbst erstellt	3,5	2,1	1,4
Software insgesamt	33,1	22,2	10,9
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	16,9	20,9	–4,0
Gesamt	198,1	191,2	6,9

Der Posten Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte enthält den Goodwill aus dem Erwerb der LBB-INVEST (95,0 Mio. Euro). Für Zwecke des Impairment-Tests zum 31. Dezember 2016 wurde dieser dem Geschäftsfeld Wertpapiere als der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet. Durch den strategischen Umbau der Tochtergesellschaft LBB-INVEST (Landesbank Berlin Investment GmbH) wird diese in die Planung und Steuerung im Geschäftsfeld Wertpapiere vollständig integriert. Ferner enthält der Posten den Goodwill aus dem Erwerb der WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH (WestInvest) (53,1 Mio. Euro). Der Werthaltigkeitstest erfolgte auf Ebene des Geschäftsfelds Immobilien turnusgemäß zum 31. Dezember 2016.

Der erzielbare Betrag beider zahlungsmittelgenerierender Einheiten wurde, jeweils getrennt, auf Basis des Nutzungswerts ermittelt. Die für das eingesetzte Ertragswertverfahren erforderlichen Kapitalisierungszinssätze wurden anhand der Methodik des Capital Asset Pricing Model (CAPM) hergeleitet. Die zu erwartenden Cashflows nach Steuern wurden für einen Fünfjahreszeitraum berechnet.

Für das Geschäftsfeld Wertpapiere als zahlungsmittelgenerierende Einheit wurde als wesentlicher Werttreiber die Entwicklung der im Geschäftsfeld verwalteten Fondsvermögen (Total Assets) identifiziert. Hierbei wurde die Prognose auf Basis volkswirtschaftlicher Daten sowie von Erfahrungswerten der Vergangenheit gestützt. Es wird eine stetige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung erwartet. Die Werte für die ewige Rente entsprechen der Prognose für das Jahr 2021. Die langfristige Wachstumsrate beträgt unverändert 1,0 Prozent. Der Kapitalisierungszinssatz betrug 8,86 Prozent (Vorjahr: 11,83 Prozent). Der so ermittelte Nutzungswert lag über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Eine außerplanmäßige Abschreibung war demnach nicht erforderlich.

Für das Geschäftsfeld Immobilien als zahlungsmittelgenerierende Einheit wurden interne Prognosen auf Basis volkswirtschaftlicher Daten sowie spezifische Markt- und Wettbewerbsanalysen verwendet. Erfahrungswerte der Vergangenheit, insbesondere im Hinblick auf die wesentlichen Werttreiber – die Entwicklung der Total Assets sowie das anteilige Brutto-Kreditvolumen –, wurden berücksichtigt. Im Fondsgeschäft wird auf Basis der geplanten Nettovertriebsleistung ein weiterer Anstieg der Total Assets sowie die Festigung der erfolgreichen Marktpositionierung in den nächsten drei Jahren erwartet. Voraussetzung dafür ist die Realisierung der geplanten Transaktionen in den weiterhin wettbewerbsintensiven Zielsegmenten. Für die Folgejahre 2020 und 2021 werden aufgrund des zyklischen Absatzverhaltens sowie erwarteter regulatorischer Eingriffe (zum Beispiel Investmentsteuerreform) geringere Nettomittelzuflüsse und korrespondierende Transaktionserträge erwartet. Im Immobilienfinanzierungsgeschäft ist bei grundsätzlichem Fortbestehen der bewährten Geschäftsstrategie in den ersten drei Jahren eine deutliche Volumenausweitung durch Neugeschäft bei reduzierter Ausplatzierung geplant. Erwartungsgemäß wird der anhaltende Preiswettbewerb die Margen im Neugeschäft weiterhin belasten. Darüber hinaus wurde eine ewige Rente entsprechend der Prognose für das Jahr 2021 berücksichtigt sowie eine langfristige Wachstumsrate von unverändert 1,0 Prozent angenommen. Der Kapitalisierungszinssatz betrug 7,46 Prozent (Vorjahr: 9,06 Prozent). Der so ermittelte Nutzungswert lag über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Eine außerplanmäßige Abschreibung war demnach nicht erforderlich.

Der Posten Sonstige immaterielle Vermögenswerte enthält überwiegend Vertriebspartnerschaften und Kundenbeziehungen aus dem Unternehmenserwerb der LBB-INVEST.

Die Bestandsentwicklung der Immateriellen Vermögenswerte ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Mio. €	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand 1. Januar 2015	240,4	145,8	73,3	51,7	511,2
Zugänge	–	4,7	0,7	–	5,4
Stand 31. Dezember 2015	240,4	150,5	74,0	51,7	516,6
Zugänge	–	18,9	0,3	–	19,2
Abgänge	–	3,5	0,4	1,1	5,0
Veränderung Konsolidierungskreis	–	12,1	2,6	–	14,7
Stand 31. Dezember 2016	240,4	178,0	76,5	50,6	545,5
Kumulierte Abschreibungen / Wertänderungen					
Stand 1. Januar 2015	92,3	118,3	70,2	26,7	307,5
Abschreibungen/Wertminderungen	–	12,1	1,7	4,1	17,9
Stand 31. Dezember 2015	92,3	130,4	71,9	30,8	325,4
Abschreibungen/Wertminderungen	–	10,3	1,5	4,1	15,9
Abgänge	–	3,5	0,4	1,2	5,1
Veränderung Konsolidierungskreis	–	11,2	–	–	11,2
Stand 31. Dezember 2016	92,3	148,4	73,0	33,7	347,4
Buchwert 31. Dezember 2015	148,1	20,1	2,1	20,9	191,2
Buchwert 31. Dezember 2016	148,1	29,6	3,5	16,9	198,1

48 Sachanlagen

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Grundstücke und Gebäude	–	–	–
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14,7	14,6	0,1
Technische Anlagen und Maschinen	2,4	1,7	0,7
Gesamt	17,1	16,3	0,8

Das Sachanlagevermögen in der Deka-Gruppe hat sich wie folgt entwickelt:

Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Technische Anlagen und Maschinen	Gesamt
Anschaffungskosten				
Stand 1. Januar 2015	28,0	44,0	59,2	131,2
Zugänge	–	0,6	0,7	1,3
Abgänge	28,0	0,1	0,2	28,3
Stand 31. Dezember 2015	–	44,5	59,7	104,2
Zugänge	–	1,2	1,6	2,8
Abgänge	–	0,1	3,7	3,8
Veränderung Konsolidierungskreis	–	0,6	2,5	3,1
Stand 31. Dezember 2016	–	46,2	60,1	106,3
Kumulierte Abschreibungen / Wertänderungen				
Stand 1. Januar 2015	15,2	28,8	57,2	101,2
Planmäßige Abschreibungen	0,2	1,1	1,0	2,3
Abgänge	15,4	–	0,2	15,6
Stand 31. Dezember 2015	–	29,9	58,0	87,9
Abschreibungen / Wertminderungen	–	1,1	1,2	2,3
Abgänge	–	0,1	3,7	3,8
Veränderung Konsolidierungskreis	–	0,6	2,2	2,8
Stand 31. Dezember 2016	–	31,5	57,7	89,2
Buchwert 31. Dezember 2015	–	14,6	1,7	16,3
Buchwert 31. Dezember 2016	–	14,7	2,4	17,1

49 Ertragsteueransprüche

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Laufende Ertragsteueransprüche	193,6	164,0	29,6
Latente Ertragsteueransprüche	156,1	57,5	98,6
Gesamt	349,7	221,5	128,2

Die latenten Ertragsteueransprüche bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Bilanzansätzen nach IFRS und den steuerrechtlichen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen ab.

Latente Steueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge bestanden im Berichtsjahr in Höhe von 3,8 Mio. Euro bei zwei Konzerngesellschaften (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Latente Steueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten gebildet:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	–
Forderungen an Kunden	0,6	0,3	0,3
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	0,6	15,6	– 15,0
Finanzanlagen	–	–	–
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	–	1,8	– 1,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	20,0	21,9	– 1,9
Sonstige Aktiva	0,4	0,7	– 0,3
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18,8	11,7	7,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	75,3	71,3	4,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,8	1,2	– 0,4
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	299,6	251,0	48,6
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	21,0	10,1	10,9
Rückstellungen	96,1	86,5	9,6
Sonstige Passiva	5,0	3,7	1,3
Nachrangkapital	3,5	0,4	3,1
Verlustvorträge	3,8	–	3,8
Zwischensumme	545,5	476,2	69,3
Saldierung	– 389,4	– 418,7	29,3
Gesamt	156,1	57,5	98,6

Von den ausgewiesenen aktiven latenten Steuern haben 156,0 Mio. Euro (Vorjahr: 57,5 Mio. Euro) mittel- oder langfristigen Charakter.

Zum Bilanzstichtag lagen bei keiner Konzerngesellschaft nicht berücksichtigte Verlustvorträge vor (Vorjahr: 18,5 Mio. Euro bei einer im Berichtsjahr liquidierten ausländischen Gesellschaft, nicht berücksichtigter Steuerbetrag: 3,9 Mio. Euro). Bei einer im Berichtsjahr veräußerten inländischen Gesellschaft wurde im Vorjahr kein latenter Steueranspruch auf steuerliche Verlustvorträge erfasst (Verlustvortrag: 0,5 Mio. Euro, nicht berücksichtigter Steueranspruch 0,2 Mio. Euro). Darüber hinaus bestanden keine temporären Differenzen, für die keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden (Betrag des nicht berücksichtigten Steueranspruchs im Vorjahr: 0,0 Mio. Euro).

Die Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern betrifft überwiegend kurzfristige latente Steuern aufgrund von temporären Differenzen im Zusammenhang mit Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva und -passiva.

Zum Bilanzstichtag bestanden wie im Vorjahr keine Outside Basis Differences, die zum Ansatz von aktiven latenten Steuern geführt hätten.

Im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen wurden latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 54,1 Mio. Euro (Vorjahr: 48,9 Mio. Euro) und im Zusammenhang mit Cashflow Hedges latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 9,3 Mio. Euro (Vorjahr: 12,6 Mio. Euro) mit dem Eigenkapital verrechnet.

50 Sonstige Aktiva

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Forderungen gegenüber Sondervermögen	125,7	140,0	- 14,3
Forderungen aus Nichtbankengeschäft	22,3	22,3	-
Forderungen beziehungsweise Erstattungen aus sonstigen Steuern	0,7	0,7	-
Sonstige Vermögenswerte	129,1	191,3	- 62,2
Rechnungsabgrenzungsposten	28,9	26,2	2,7
Gesamt	306,7	380,5	- 73,8

Abschreibungen beziehungsweise Zuschreibungen aufgrund der nach IFRS 5 im Klassifizierungszeitpunkt anzuwendenden Bewertungsregeln waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Von den Sonstigen Aktiva weisen 9,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

51 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Inländische Kreditinstitute	13.150,2	16.640,1	- 3.489,9
Ausländische Kreditinstitute	4.212,2	7.444,0	- 3.231,8
Gesamt	17.362,4	24.084,1	- 6.721,7
Davon:			
Besicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	199,1	204,8	- 5,7
Unbesicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	2.797,7	2.593,2	204,5

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Zahlungen aus echten Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 3,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 5,7 Mrd. Euro) enthalten.

52 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Inländische Kunden	16.523,3	18.970,8	- 2.447,5
Ausländische Kunden	6.895,8	10.491,2	- 3.595,4
Gesamt	23.419,1	29.462,0	- 6.042,9
Davon:			
Besicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1.633,3	1.907,0	- 273,7
Unbesicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1.262,8	1.123,0	139,8

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind erhaltene Zahlungen aus echten Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,8 Mrd. Euro) enthalten.

53 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die Verbrieften Verbindlichkeiten umfassen Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Gemäß IAS 39 wurden die in der Deka-Gruppe gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 0,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 0,2 Mrd. Euro) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Nicht gedeckte begebene Schuldverschreibungen	8.100,6	6.353,2	1.747,4
Gedeckte begebene Schuldverschreibungen	224,8	284,9	- 60,1
Begebene Geldmarktpapiere	2.750,7	13.283,7	- 10.533,0
Gesamt	11.076,1	19.921,8	- 8.845,7

54 Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva

Die zum Fair Value bewerteten Finanzpassiva enthalten neben Handelsemissionen und den Verbindlichkeiten der Kategorie Designated at Fair Value die negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs sowie aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen. Darüber hinaus werden in diesem Posten Wertpapier-Shortbestände ausgewiesen.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Handelsemissionen	15.063,5	11.796,0	3.267,5
Wertpapier-Shortbestände	772,8	1.217,2	-444,4
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Handel)	7.409,5	10.149,5	-2.740,0
Summe Handel (Held for Trading)	23.245,8	23.162,7	83,1
Designated at Fair Value			
Emissionen	2.116,7	2.525,8	-409,1
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	1.157,0	1.426,3	-269,3
Summe Designated at Fair Value	3.273,7	3.952,1	-678,4
Gesamt	26.519,5	27.114,8	-595,3

Die Emissionen gliedern sich nach Produktarten wie folgt:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Nicht gedeckte Handelsemissionen			
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	11.601,0	8.979,9	2.621,1
Begebene Namensschuldverschreibungen	1.094,3	714,0	380,3
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	2.368,3	2.102,1	266,2
Gesamt	15.063,5	11.796,0	3.267,5
Designated at Fair Value			
Nicht gedeckte Emissionen			
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	364,7	422,4	-57,7
Begebene Namensschuldverschreibungen	342,1	489,4	-147,3
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	329,0	482,9	-153,9
Gedeckte Emissionen	1.080,9	1.131,1	-50,2
Gesamt	2.116,7	2.525,8	-409,1

Der Fair Value der Emissionen der Kategorie Designated at Fair Value enthält kumulierte bonitätsinduzierte Wertänderungen in Höhe von 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 16,1 Mio. Euro).

Der Buchwert der Verbindlichkeiten, die der Kategorie Designated at Fair Value zugeordnet sind, liegt um 247,9 Mio. Euro (Vorjahr: 291,5 Mio. Euro) über dem Rückzahlungsbetrag.

55 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die negativen Marktwerte von Sicherungsgeschäften, die die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich nach den abgesicherten Grundgeschäften wie folgt:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Fair Value Hedges			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	–	9,9	–9,9
Forderungen an Kunden	31,0	26,6	4,4
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–0,3	0,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,1	–0,1	0,2
Nachrangkapital	0,1	–0,1	0,2
Summe Fair Value Hedges	31,2	36,0	–4,8
Cashflow Hedges			
Aktivposten	3,2	–	3,2
Gesamt	34,4	36,0	–1,6

Als Sicherungsinstrumente wurden im Wesentlichen Zinsswaps (Fair Value Hedges) sowie Devisenkassageschäfte mit rollierenden Devisenswaps (Cashflow-Hedges) designiert.

56 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Mio. €	Pensions- rückstellungen	Rückstellungen für pensions- ähnliche Verpflichtungen ¹⁾	Gesamt
Stand 1. Januar 2015	230,3	22,0	252,3
Zuführung	40,7	1,9	42,6
Inanspruchnahme	11,7	6,7	18,4
Umgliederungen	–	8,1	8,1
Veränderung Planvermögen	–15,2	–0,4	–15,6
Unternehmenszusammenschlüsse und Veränderung Konsolidierungskreis	–	–	–
Erfolgsneutrale Erfassung Neubewertungen	–55,4	–	–55,4
Stand 31. Dezember 2015	188,7	24,9	213,6
Zuführung	36,6	2,3	38,9
Inanspruchnahme	13,4	6,2	19,6
Umgliederungen	–	1,6	1,6
Veränderung Planvermögen	–13,0	–0,9	–13,9
Unternehmenszusammenschlüsse und Veränderung Konsolidierungskreis	0,2	–	0,2
Erfolgsneutrale Erfassung Neubewertungen	15,1	–	15,1
Stand 31. Dezember 2016	214,2	21,7	235,9

¹⁾ inklusive Rückstellungen für Arbeitszeitkonten

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen kann wie folgt auf die in der Bilanz ausgewiesene Rückstellung übergeleitet werden:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Barwert der ganz oder teilweise gedeckten leistungsorientierten Verpflichtungen	709,3	658,3	51,0
Fair Value des Planvermögens zum Stichtag	519,9	491,9	28,0
Finanzierungsstatus	189,4	166,4	23,0
Barwert der ungedeckten leistungsorientierten Verpflichtungen	46,5	47,2	-0,7
Pensionsrückstellungen	235,9	213,6	22,3

Die Entwicklung der Nettoverpflichtung aus leistungsorientierten Zusagen stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	Leistungsorientierte Verpflichtung		Fair Value des Planvermögens		Nettoverpflichtung / (Nettovermögenswert)	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand 1. Januar	705,5	706,0	491,9	453,7	213,6	252,3
Laufender Dienstzeitaufwand	33,2	36,9	-	-	33,2	36,9
Zinsaufwendungen oder -erträge	17,1	14,8	11,4	9,1	5,7	5,7
Netto-Zinsertrag / -aufwand (erfasst im Gewinn oder Verlust)	50,3	51,7	11,4	9,1	38,9	42,6
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus:						
Finanziellen Annahmen	24,9	-37,2	-	-	24,9	-37,2
Erfahrungsbedingter Anpassung	-8,1	-4,7	-	-	-8,1	-4,7
Ertrag aus Planvermögen ohne Zinserträge	-	-	1,7	13,5	-1,7	-13,5
Neubewertungsgewinne / -verluste (erfasst im erfolgsneutralen Ergebnis)	16,8	-41,9	1,7	13,5	15,1	-55,4
Übertragungen	1,6	8,1	-	-	1,6	8,1
Unternehmenszusammenschlüsse und Veränderung Konsolidierungskreis	1,2	-	1,0	-	0,2	-
Arbeitgeberbeiträge	-	-	6,2	6,3	-6,2	-6,3
Arbeitnehmerbeiträge	-	-	9,9	10,2	-9,9	-10,2
Versorgungsleistungen	-19,6	-18,4	-2,2	-0,9	-17,4	-17,5
Stand 31. Dezember	755,8	705,5	519,9	491,9	235,9	213,6
Davon entfallen auf:						
Endgehaltspläne und Gesamtversorgungssysteme	484,8	470,4	311,7	311,9	173,1	158,5
Fondsgebundene beitragsorientierte Pläne	243,8	205,6	202,5	175,4	41,3	30,2

Die Berechnung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgte unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G auf der Basis folgender versicherungsmathematischer Parameter:

%	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Rechnungszins	1,95	2,30	-0,35
Rententrend für Anpassungen nach § 16 Abs. 2 BetrAVG ¹⁾	1,75	2,00	-0,25
Rentenanpassung bei Gesamtrentenfortschreibung ¹⁾	2,25	2,50	-0,25
Gehaltstrend ¹⁾	2,50	2,50	-

¹⁾ für die Bewertung der fondsbasierten Zusagen nicht relevant, da diese nicht endgehaltsabhängig sind

Für die verfallbaren Anwartschaften werden bei der Berechnung zusätzlich die von der Heubeck-Richttafeln-GmbH veröffentlichten Fluktuationsprofile mit einem Niveauparameter von 1,5 berücksichtigt. Für pensionsähnliche Verpflichtungen wurde ein Abzinsungsfaktor von –0,25 Prozent (Vorjahr: 0,04 Prozent) verwendet. Dieser Zins berücksichtigt einerseits die geringere Fristigkeit im Vergleich zu den Pensionszusagen und andererseits die nicht gesondert angesetzte Anpassungsdynamik der Vorruhestands- beziehungsweise Übergangszahlungen.

Die im Folgenden dargestellte Sensitivitätsanalyse zeigt auf, wie sich eine Veränderung maßgeblicher versicherungsmathematischer Annahmen auf die leistungsorientierte Verpflichtung (DBO) auswirkt. Dabei wird jeweils die Änderung einer Annahme berücksichtigt, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt. Die Sensitivitätsanalyse ist nur auf den Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung (DBO) anwendbar und nicht auf die Nettoverpflichtung, da diese durch eine Anzahl von Faktoren bestimmt wird, welche neben den versicherungsmathematischen Annahmen auch das zum Fair Value bewertete Planvermögen beinhaltet.

Mio. €	Veränderung der versicherungsmathematischen Annahmen	Auswirkungen auf die leistungsorientierte Verpflichtung	
		31.12.2016	31.12.2015
Rechnungszins	Erhöhung um 1,0 Prozentpunkte	– 110,9	– 104,1
	Verringerung um 1,0 Prozentpunkte	144,7	136,5
Gehaltstrend	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	6,8	6,9
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	–6,4	–6,5
Rententrend	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	15,9	15,3
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	–15,2	–14,5
Lebenserwartung	Verlängerung um 1 Jahr	22,0	20,9

Am Bilanzstichtag setzte sich das Planvermögen wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktienfonds	191,8	164,8	27,0
Rentenfonds	1,7	2,3	–0,6
Mischfonds	8,0	7,2	0,8
Geldmarktnahe Fonds	5,6	4,7	0,9
Publikumsfonds	207,1	179,0	28,1
Spezialfonds	311,9	311,8	0,1
Versicherungsverträge	0,9	1,1	–0,2
Gesamt	519,9	491,9	28,0

Das Planvermögen besteht bis auf die Versicherungsverträge aus Vermögenswerten, für die eine Marktpreisnotierung an einem aktiven Markt besteht. Das Planvermögen umfasste per 31. Dezember 2016 eigene Investmentfonds der Deka-Gruppe in Höhe von 519,0 Mio. Euro (Vorjahr: 490,8 Mio. Euro). Von den Unternehmen der Deka-Gruppe genutzte Immobilien oder sonstige Vermögenswerte waren nicht enthalten.

Die Anteile an Publikumsfonds dienen der Ausfinanzierung der fondsbasierten Zusage und der Arbeitszeitkonten. Für die Verpflichtungen aus Endgehaltspänen und Gesamtversorgungssystemen wurde in einen Spezialfonds investiert, dessen Anlagestrategie auf einer integrierten Asset-Liability-Betrachtung basiert. Bei den Versicherungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um Risikolebensversicherungen. Die mit den leistungsorientierten Verpflichtungen verbundenen Risiken betreffen neben den üblichen versicherungsmathematischen Risiken – wie beispielsweise Langlebigkeitsrisiko und Zinsrisiko – vor allem Risiken im Zusammenhang mit dem Planvermögen. Das Planvermögen kann insbesondere Marktpreisrisiken enthalten.

Die Erträge des Planvermögens werden in Höhe des Rechnungszinssatzes angenommen, der auf Basis von Unternehmensanleihen bestimmt wird, deren Bonität mit mindestens AA bewertet ist. Sofern die tatsächlichen Erträge des Planvermögens den angewandten Rechnungszinssatz unterschreiten, erhöht sich die Nettoverpflichtung aus den leistungsorientierten Zusagen. Aufgrund der Zusammensetzung des Planvermögens wird allerdings davon ausgegangen, dass die tatsächliche Rendite mittel- bis langfristig über der Rendite von Unternehmensanleihen guter Bonität liegt.

Die Höhe der Nettoverpflichtung wird zudem insbesondere durch den Rechnungszinssatz beeinflusst, wobei das gegenwärtig sehr niedrige Zinsniveau zu einer vergleichsweise hohen Nettoverpflichtung führt. Ein weiterer Rückgang der Renditen von Unternehmensanleihen würde zu einem weiteren Anstieg der leistungsorientierten Verpflichtungen führen, der nur teilweise durch die positive Entwicklung des Planvermögens kompensiert werden kann.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen beträgt zum Berichtsstichtag 17,4 Jahre (Vorjahr: 17,2 Jahre).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen teilt sich wie folgt auf:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktive Anwärter	398,7	360,1	38,6
Ausgeschiedene Anwärter	166,8	157,5	9,3
Rentner und Hinterbliebene	190,3	187,9	2,4
Barwert der Leistungsverpflichtung	755,8	705,5	50,3

Für das Jahr 2017 wird erwartet, dass Beiträge in Höhe von 16,1 Mio. Euro (Vorjahr: 16,5 Mio. Euro) in die leistungsorientierten Pläne einzustellen sind.

57 Sonstige Rückstellungen

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	27,2	9,9	17,3
Rückstellungen für Rechtsrisiken	7,4	9,4	-2,0
Rückstellungen für operationelle Risiken	0,6	0,7	-0,1
Rückstellungen für Kreditrisiken	1,0	1,8	-0,8
Rückstellungen im Personalbereich	0,5	1,4	-0,9
Rückstellungen im Fondsgeschäft	72,6	112,0	-39,4
Übrige sonstige Rückstellungen	12,8	105,1	-92,3
Gesamt	122,1	240,3	-118,2

Restrukturierungsrückstellungen ergeben sich aus verschiedenen Restrukturierungsaktivitäten der Deko-Gruppe, unter anderem aus dem Transformationsprozess zum Wertpapierhaus der Sparkassen sowie dem strategischen Umbau der Tochtergesellschaft LBB-INVEST (Landesbank Berlin Investment GmbH) im Geschäftsfeld Wertpapiere. Rückstellungen für Rechtsrisiken und operationelle Risiken werden für mögliche Verluste gebildet, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Prozessen und Systemen, durch fehlerhaftes Verhalten von Menschen oder durch externe Ereignisse entstehen könnten. Operationelle Risiken können zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden oder zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Bei den Rückstellungen für Kreditrisiken handelt es sich um Rückstellungen, die im Zusammenhang mit festgestellten Wertminderungen bei Bürgschaften und Avalen gebildet wurden (siehe Note [43]).

Darüber hinaus werden Rückstellungen für die nachfolgend beschriebenen Fonds mit formalen Garantien sowie mit Renditezielpfad gebildet.

Die Produktpalette der Deko-Gruppe enthält unter anderem Investmentfonds mit Garantien unterschiedlicher Ausprägung. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft garantiert am Ende der Laufzeit des Fonds beziehungsweise des Investitionszeitraums das eingezahlte Kapital abzüglich Gebühren oder den Anteilswert am Anfang eines jeden Investitionszeitraums. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem prognostizierten Fehlbetrag zum Garantiezeitpunkt, der eine Differenz aus dem erwarteten und garantierten Anteilswert darstellt. Zum Bilanzstichtag waren aufgrund der Entwicklung der jeweiligen Fondsvermögen 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 7,9 Mio. Euro) zurückgestellt. Durch die Garantien wurde zum Bilanzstichtag ein maximales Volumen von insgesamt 3,9 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,8 Mrd. Euro) zu den jeweiligen Garantiezeitpunkten abgedeckt. Der Marktwert des korrespondierenden Fondsvermögens belief sich auf 4,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 5,0 Mrd. Euro). Darin sind ebenfalls nachfolgend beschriebene Fonds mit einer prognostizierten Renditeentwicklung und einem Volumen in Höhe von 2,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,7 Mrd. Euro) enthalten.

Investmentfonds, deren Rendite auf Basis aktueller vom Konzern festgelegter Geldmarktsätze prognostiziert und veröffentlicht wird, existieren in zwei Fondsausprägungen, mit und ohne Kapitalgarantie. Die Rückstellungshöhe wird durch mögliche Verlustszenarien unter Berücksichtigung von Liquiditäts-, Zins- sowie Spreadrisiken ermittelt. Zum Bilanzstichtag waren 40,1 Mio. Euro (Vorjahr: 78,7 Mio. Euro) zurückgestellt. Das zugrunde liegende Gesamtvolumen der Fonds betrug 6,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,1 Mrd. Euro), davon entfallen 2,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,7 Mrd. Euro) auf Fonds mit Kapitalgarantie und 4,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 3,4 Mrd. Euro) auf Fonds ohne Kapitalgarantie.

Die Übrigen sonstigen Rückstellungen werden für Verpflichtungen gebildet, die aus unterschiedlichen Sachverhalten entstehen.

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Mio. €	Anfangs- bestand 01.01.2016	Zuführung	Inanspruch- nahmen	Auflösung	Umglie- derungen	Auf- zinsung	Währungs- effekte	End- bestand 31.12.2016
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	9,9	18,6	–	–	–1,3	–	–	27,2
Rückstellungen für Rechtsrisiken	9,4	0,5	–	2,5	–	–	–	7,4
Rückstellungen für operationelle Risiken	0,7	0,1	–	0,2	–	–	–	0,6
Rückstellungen für Kreditrisiken	1,8	–	0,1	1,7	1,1	–	–0,1	1,0
Rückstellungen im Personalbereich	1,4	0,5	0,8	0,4	–0,3	–	–	0,5
Rückstellungen im Fondsgeschäft	112,0	7,1	1,3	45,1	–	–0,1	–	72,6
Übrige sonstige Rückstellungen	105,1	33,6	103,8	22,1	–	–	–	12,8
Sonstige Rückstellungen	240,3	60,4	106,0	72,0	–0,5	–0,1	–0,1	122,1

Entsprechend ihrem originären Charakter wird ein Teil der Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen jeweils im Folgejahr in Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umgegliedert.

Von den Sonstigen Rückstellungen weisen 45,0 Mio. Euro (Vorjahr: 100,9 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

58 Ertragsteuerverpflichtungen

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Rückstellungen für Ertragsteuern	16,8	21,3	–4,5
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	42,1	58,4	–16,3
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	123,3	28,1	95,2
Gesamt	182,2	107,8	74,4

Die Rückstellungen für Ertragsteuern betreffen Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Von den Rückstellungen für Ertragsteuern weisen 16,8 Mio. Euro (Vorjahr: 21,3 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Zahlungen für Ertragsteuern des Berichtsjahres und früherer Perioden. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz dar.

Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten gebildet:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	3,0	9,1	-6,1
Forderungen an Kunden	5,6	77,6	-72,0
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	317,3	270,8	46,5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	124,5	32,6	91,9
Finanzanlagen	50,6	44,9	5,7
Immaterielle Vermögenswerte	5,7	6,3	-0,6
Sachanlagen	-	-	-
Sonstige Aktiva	4,8	4,6	0,2
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	-
Rückstellungen	0,0	0,1	-0,1
Sonstige Passiva	1,2	0,8	0,4
Zwischensumme	512,7	446,8	65,9
Saldierung	-389,4	-418,7	29,3
Gesamt	123,3	28,1	95,2

Die ausgewiesenen passiven latenten Steuern weisen einen kurzfristigen Charakter (121,7 Mio. Euro; Vorjahr: 28,1 Mio. Euro) auf.

Die Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern betrifft überwiegend kurzfristige latente Steuern aufgrund von temporären Differenzen im Zusammenhang mit Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva und -passiva.

Am Bilanzstichtag bestehen temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Outside Basis Differences bei konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 475,5 Mio. Euro (Vorjahr: 471,1 Mio. Euro), welche zu rechnerischen passiven latenten Steuern in Höhe von 7,6 Mio. Euro (Vorjahr: 7,5 Mio. Euro) führen, die gemäß IAS 12.39 nicht passiviert wurden. Im Vorjahr wurde ein Betrag in Höhe von 0,2 Mio. Euro im Zusammenhang mit der im ersten Quartal 2016 beendeten Liquidation der Tochtergesellschaft ExFin AG i.L., Zürich passiviert.

Im Berichtsjahr waren latente Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Tsd. Euro) im Zusammenhang mit der Neubewertung einer nach dem Berichtsstichtag verkauften Beteiligung sowie von Schuldverschreibungen und anderen Wertpapieren des Available-for-Sale-Bestands mit dem Eigenkapital zu verrechnen.

59 Sonstige Passiva

Die Sonstigen Passiva setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Verbindlichkeiten			
Fremdkapital aus Minderheiten	0,8	0,8	-
Noch nicht ausgezahlte Bonifikationen an Vertriebsstellen	101,2	97,1	4,1
Verbindlichkeiten aus laufenden sonstigen Steuern	26,5	30,5	-4,0
Noch nicht abgerechnete Wertpapierkassageschäfte	2,2	0,1	2,1
Gewinnanteile atypisch stiller Gesellschafter	84,1	7,7	76,4
Sonstige	75,1	73,6	1,5
Accruals			
Vertriebserfolgsvergütung	290,6	301,9	-11,3
Personalkosten	106,5	107,3	-0,8
Abschluss- und sonstige Prüfungskosten	5,9	6,2	-0,3
Andere Accruals	48,6	45,3	3,3
Rechnungsabgrenzungsposten	4,2	4,7	-0,5
Gesamt	745,7	675,2	70,5

Der Posten Fremdkapital aus Minderheiten enthält im Wesentlichen den Anteil Konzernfremder an konsolidierten Investmentfonds. Diese werden als Sonstige Passiva ausgewiesen, da die Anteilscheinhaber ein jederzeitiges Rückgaberecht haben.

Die DekaBank verrechnet die Gewinnanteile der atypisch stillen Gesellschafter mit den bereits zugunsten der Gesellschafter abgeführten Steuern. Zum Berichtsstichtag lagen die Gewinnanteile um 84,1 Mio. Euro über den abgeführten Steuern.

Im Posten Sonstige sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 42,4 Mio. Euro (Vorjahr: 44,0 Mio. Euro) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Depotkunden im Umfang von 11,1 Mio. Euro (Vorjahr: 1,8 Mio. Euro) enthalten.

Von den Sonstigen Passiva weisen 3,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

60 Nachrangkapital

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen	187,8	188,3	-0,5
Nachrangige Schuldscheindarlehen	172,4	213,4	-41,0
Sonstige nachrangige Verbindlichkeiten	525,8	514,6	11,2
Anteilige Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	20,6	21,5	-0,9
Einlagen typisch stiller Gesellschafter	203,9	203,9	-
Anteilige Zinsen auf Einlagen typisch stiller Gesellschafter	8,0	8,0	-
Gesamt	1.118,5	1.149,7	-31,2

Im Einzelnen wurden folgende Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten begeben:

Emissionsjahr	Nominalbetrag in Mio. €	Zinssatz in % p.a.	Fälligkeit
2009	75,0	6,00	2019
2013	25,0	4,00	2023
2013	12,7	4,13	2024
2013	5,0	4,26	2025
2013	52,1	4,50	2028
2013	18,0	4,75	2033
2014	105,7	4,01	2024
2014	137,5	4,15	2025
2014	6,0	4,34	2027
2014	10,0	4,53	2028
2014	97,0	4,52	2029
2014	6,0	4,57	2030
2014	25,0	4,80	2034
2015	207,3	3,51	2025
2015	22,7	3,58	2026
2015	10,0	3,74	2027
2015	60,0	4,04	2030

Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht.

Der Zinsaufwand für die am Bilanzstichtag im Bestand befindlichen typisch stillen Einlagen betrug 8,0 Mio. Euro und wird im Zinsergebnis ausgewiesen (siehe Note [30]). Die stillen Einlagen in Höhe von 203,9 Mio. Euro sind vollständig gekündigt.

61 Atypisch stille Einlagen

Die Atypisch stillen Einlagen belaufen sich auf 52,4 Mio. Euro (Vorjahr: 52,4 Mio. Euro). Die Ausschüttung auf Atypisch stille Einlagen betrug für das Berichtsjahr 59,3 Mio. Euro (Vorjahr: 56,9 Mio. Euro).

62 Eigenkapital

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	286,3	286,3	–
Abzüglich Eigene Anteile	94,6	94,6	–
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile (AT1-Anleihe)	473,6	473,6	–
Kapitalrücklage	190,3	190,3	–
Gewinnrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	6,3	13,4	–7,1
Satzungsmäßige Rücklage	51,3	51,3	–
Andere Gewinnrücklagen	4.235,4	4.054,4	181,0
Gewinnrücklagen insgesamt	4.293,0	4.119,1	173,9
Neubewertungsrücklage			
Für Pensionsrückstellungen	–169,5	–154,4	–15,1
Für Cashflow Hedges	–29,1	–39,5	10,4
Für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale	5,1	–	5,1
Für at-equity bewertete Unternehmen	–4,5	–3,3	–1,2
Darauf entfallende latente Steuern	63,3	61,5	1,8
Neubewertungsrücklage insgesamt	–134,7	–135,7	1,0
Rücklage aus der Währungsumrechnung	1,8	16,2	–14,4
Konzerngewinn/-verlust	70,7	67,9	2,8
Gesamt	5.086,4	4.923,1	163,3

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein negatives Bewertungsergebnis aus bestehenden Cashflow Hedges in Höhe von –3,0 Mio. Euro (Vorjahr: –13,1 Mio. Euro) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Gleichzeitig wurde ein negatives Ergebnis aus ausgereiften Sicherungsgeschäften in Höhe von –13,4 Mio. Euro (Vorjahr: –24,9 Mio. Euro) aus der Neubewertungsrücklage in das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value umgegliedert. Aufgrund von Sondertilgungen und Syndizierungen werden in zukünftigen Perioden Margen-Cashflows aus Darlehen in Höhe von umgerechnet 42,4 Mio. Euro (Vorjahr: 74,6 Mio. Euro) nicht eingehen, die ursprünglich abgesichert wurden. Der Cashflow Hedge wurde entsprechend angepasst. Umgliederungen aufgrund von Ineffektivitäten haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Die abgesicherten Cashflows werden in den folgenden Berichtszeiträumen erwartet, in denen sie auch voraussichtlich ergebniswirksam werden:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Erwartete Cashflows aus Aktivposten			
Bis 3 Monate	34,4	25,1	9,3
3 Monate bis 1 Jahr	57,2	57,0	0,2
1 Jahr bis 5 Jahre	172,0	194,1	–22,1
Über 5 Jahre	48,7	53,3	–4,6
Summe erwartete Cashflows	312,3	329,5	–17,2

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

63 Buchwerte nach Bewertungskategorien

Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7 erfolgt in der Deko-Gruppe nach Bilanzposten beziehungsweise nach IFRS-Kategorien:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktivposten			
Loans and Receivables			
Forderungen an Kreditinstitute	20.653,9	27.094,0	-6.440,1
Forderungen an Kunden	22.840,9	22.508,0	332,9
Finanzanlagen	672,4	531,1	141,3
Held to Maturity			
Finanzanlagen	2.257,5	2.368,3	-110,8
Available for Sale			
Finanzanlagen	39,0	45,0	-6,0
Held for Trading			
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	14.638,0	33.156,6	-18.518,6
Designated at Fair Value			
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	20.265,1	17.751,2	2.513,9
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	28,6	109,0	-80,4
Summe Aktivposten	81.395,4	103.563,2	-22.167,8
Passivposten			
Other Liabilities			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.362,4	24.084,1	-6.721,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.419,1	29.462,0	-6.042,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.076,1	19.921,8	-8.845,7
Nachrangkapital	1.118,5	1.149,7	-31,2
Held for Trading			
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	23.245,8	23.162,7	83,1
Designated at Fair Value			
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	3.273,6	3.952,1	-678,5
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	34,4	36,0	-1,6
Summe Passivposten	79.529,9	101.768,4	-22.238,5

64 Ergebnis nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Loans and Receivables	289,8	462,6	-172,8
Held to Maturity	50,1	59,8	-9,7
Other Liabilities	-363,8	-417,8	54,0
Erfolgsneutrales Ergebnis	5,1	-	5,1
Erfolgswirksames Ergebnis	2,5	9,7	-7,2
Available for Sale	7,6	9,7	-2,1
Held for Trading	304,8	277,2	27,6
Designated at Fair Value	57,9	16,5	41,4
Bewertungsergebnis aus Hedge Accounting für Fair Value Hedges	2,4	-4,1	6,5
Erfolgsneutrales Ergebnis aus Hedge Accounting für Cashflow Hedges	10,4	-13,1	23,5

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt entsprechend der Zuordnung zu den Bewertungskategorien nach IAS 39. Dabei werden alle Ergebniskomponenten, das heißt sowohl Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse als auch Zinsen und laufende Erträge, mit einbezogen. Das Zinsergebnis von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs wird innerhalb der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Das Zinsergebnis aus ökonomischen Sicherungsderivaten (Bankbuch-Derivate), die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting erfüllen, wird innerhalb der Kategorie Designated at Fair Value ausgewiesen. In dieser Darstellung nicht enthalten sind Provisionen für Handelsbestände beziehungsweise Finanzinstrumente der Kategorie Designated at Fair Value. Ebenfalls nicht enthalten sind Ergebnisse aus at-equity bewerteten Unternehmen.

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine Umwidmungen vorgenommen.

65 Fair-Value-Angaben

Die Buchwerte und Fair Values finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten verteilen sich auf die in der nachfolgenden Tabelle angegebenen Klassen von Finanzinstrumenten.

Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktivposten				
Barreserve	3.687,6	3.687,6	3.608,1	3.608,1
Forderungen an Kreditinstitute	20.835,2	20.653,9	27.290,4	27.094,0
Forderungen an Kunden	23.122,1	22.840,9	22.623,2	22.508,0
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	34.903,2	34.903,2	50.907,8	50.907,8
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	28,6	28,6	109,0	109,0
Finanzanlagen	2.983,3	2.968,9	3.004,3	2.944,4
Loans and Receivables	632,9	672,4	485,3	531,1
Held to Maturity	2.311,4	2.257,5	2.474,0	2.368,3
Available for Sale	39,0	39,0	45,0	45,0
Sonstige Aktiva	183,9	183,9	164,5	164,5
Summe Aktivposten	85.743,9	85.267,0	107.707,3	107.335,8
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.521,7	17.362,4	24.290,6	24.084,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	23.691,8	23.419,1	29.806,6	29.462,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	11.164,2	11.076,1	20.025,5	19.921,8
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	26.519,5	26.519,5	27.114,8	27.114,8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	34,4	34,4	36,0	36,0
Nachrangkapital	1.217,8	1.118,5	1.249,4	1.149,7
Sonstige Passiva	230,7	230,7	149,7	149,7
Summe Passivposten	80.380,1	79.760,7	102.672,6	101.918,1

Bei täglich fälligen beziehungsweise kurzfristigen Finanzinstrumenten entspricht der Fair Value dem jeweils am Bilanzstichtag zahlbaren Betrag. Der Buchwert stellt demnach einen angemessenen Näherungswert für den Fair Value dar. Hierzu gehören unter anderem die Barreserve, Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie im Posten Sonstige Aktiva beziehungsweise Passiva enthaltene Finanzinstrumente. In der nachfolgenden Darstellung der Fair-Value-Hierarchie sind finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 4.565,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4.327,2 Mio. Euro) und finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von 10.729,3 Mio. Euro (Vorjahr: 10.527,7 Mio. Euro) keinem Level der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Die in den Finanzanlagen enthaltenen Anteile an nicht börsennotierten verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen in Höhe von 39,0 Mio. Euro (Vorjahr: 45,0 Mio. Euro), die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind und für die weder Preise von aktiven Märkten noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind, werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Eine Veräußerung dieser Vermögenswerte ist derzeit nicht beabsichtigt. Diese Finanzinstrumente sind in nachfolgender Darstellung ebenfalls keinem Level der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Bei Finanzinstrumenten der Kategorie Held to Maturity handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, für die bei Zugang ein aktiver Markt vorhanden war. Die Fair Values entsprechen hier den Marktpreisen beziehungsweise wurden auf der Grundlage beobachtbarer Marktparameter ermittelt.

Fair-Value-Hierarchie

Die in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente sowie Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, deren Fair Value jedoch anzugeben ist, sind in Abhängigkeit von den in ihre Bewertung einfließenden Inputfaktoren den nachfolgenden drei Fair-Value-Hierarchie-Stufen des IFRS 13 zuzuordnen:

- Level 1 (Notierte Preise auf aktiven Märkten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann.
- Level 2 (Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value entweder aus gleichartigen, an aktiven und liquiden Märkten gehandelten Finanzinstrumenten, aus gleichartigen oder identischen, an weniger liquiden Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder auf Basis von Bewertungsverfahren, deren Inputfaktoren direkt oder indirekt beobachtbar sind, ermittelt werden kann.
- Level 3 (Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value auf Basis von Bewertungsmodellen – unter anderem unter Verwendung von am Markt nicht beobachtbaren Inputfaktoren – ermittelt wird, soweit diese für die Bewertung von Bedeutung sind.

Die folgenden Tabellen zeigen die Fair Values der bilanzierten Finanzinstrumente, zugeordnet zu der jeweiligen Fair-Value-Hierarchie-Stufe.

Mio. €	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level 1)		Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (Level 2)		Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten (Level 3)	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	12.942,4	20.672,1	9.884,3	12.904,6	2.502,2	2.400,4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.996,3	3.672,1	127,2	295,7	–	–
Derivative Finanzinstrumente						
Zinsbezogene Derivate	0,1	0,1	5.705,2	6.677,1	15,8	15,3
Währungsbezogene Derivate	–	–	225,9	113,3	–	–
Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	329,7	335,0	1.170,6	3.313,7	3,5	7,9
Sonstige finanzielle Vermögenswerte (dafv)	–	–	–	500,5	–	–
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	28,6	109,0	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte						
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	14.338,6	18.944,4	6.150,4	7.927,4
Davon Forderungen aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	8.753,8	10.604,0	–	–
Forderungen an Kunden	–	–	7.770,4	7.767,6	15.003,9	14.719,6
Davon Forderungen aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	5.813,0	6.517,4	–	–
Finanzanlagen	1.254,9	1.130,2	656,6	504,7	1.032,8	1.324,4
Gesamt	16.523,4	25.809,5	39.907,4	51.130,6	24.708,6	26.395,0
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Wertpapier-Shortbestände	647,1	1.102,3	125,7	114,9	–	–
Derivative Finanzinstrumente						
Zinsbezogene Derivate	0,9	0,1	5.923,5	6.905,4	139,9	33,6
Währungsbezogene Derivate	–	–	214,0	127,7	–	–
Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	665,8	671,9	1.621,0	3.828,7	1,4	8,3
Emissionen	–	–	16.472,4	13.791,3	707,8	530,5
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	34,4	36,0	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	14.008,4	21.418,1	2.565,2	2.403,3
Davon Verbindlichkeiten aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	3.788,9	5.729,4	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	–	12.701,4	18.610,2	1.439,9	1.287,7
Davon Verbindlichkeiten aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	2.563,8	4.781,3	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	11.164,2	20.025,5	–	–
Nachrangkapital	–	–	–	–	1.217,8	1.249,4
Gesamt	1.313,8	1.774,3	62.265,0	84.857,8	6.072,0	5.512,8

Umgliederungen

Bei am Bilanzstichtag im Bestand gehaltenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, fanden nachfolgende Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie statt:

Mio. €	Umgliederungen von Level 1 nach Level 2		Umgliederungen von Level 2 nach Level 1	
	2016	2015	2016	2015
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	3.487,9	2.202,4	925,6	659,9
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	249,5	–	642,9
Derivative Finanzinstrumente				
Zinsbezogene Derivate	–	0,1	–	–
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Wertpapier-Shortbestände	68,3	3,5	4,0	88,5

Im Berichtsjahr wurden Finanzinstrumente aus Level 1 in Level 2 transferiert, da für diese kein aktiver Markt mehr nachgewiesen werden konnte. Zudem wurden Finanzinstrumente aus Level 2 in Level 1 transferiert, da für diese Finanzinstrumente am Bilanzstichtag Preise an einem aktiven Markt verfügbar waren, welche unverändert für die Bewertung übernommen werden konnten.

Umgliederungen zwischen den einzelnen Stufen der Fair-Value-Hierarchie gelten in der Deko-Gruppe zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode als erfolgt.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 1

Sofern Wertpapiere und Derivate mit ausreichender Liquidität an aktiven Märkten gehandelt werden, demnach also Börsenkurse oder ausführbare Brokerquotierungen verfügbar sind, werden diese Kurse zur Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Für die Ermittlung des Fair Value von nicht konsolidierten Investmentfonds wird grundsätzlich der von der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichte Rücknahmepreis verwendet.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 2

Fair Values von nicht hinreichend liquiden Inhaberschuldverschreibungen werden auf Basis abgezinster zukünftiger Cashflows ermittelt (sogenanntes Discounted-Cashflow-Modell). Zur Abzinsung werden dabei instrumenten- und emittenten-spezifische Zinssätze verwendet. Die Zinssätze werden aus den Marktpreisen liquider Vergleichspapiere ermittelt, deren Auswahl sich dabei an den Kategorien Emittent, Sektor, Rating, Rang und Laufzeit orientiert.

Soweit für langfristige finanzielle Verbindlichkeiten kein Preis an einem aktiven Markt beobachtbar ist, wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem Zinssatz, zu dem Verbindlichkeiten mit vergleichbarer Ausgestaltung hätten emittiert werden können, ermittelt. Dabei wird eine vorhandene Besicherungsstruktur, wie zum Beispiel bei Pfandbriefen, berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente werden, soweit es sich nicht um börsengehandelte Produkte handelt, grundsätzlich mit anerkannten Bewertungsmodellen wie dem Black-Scholes-Modell, dem SABR-Modell, dem Bachelier-Modell, dem G1PP-Modell oder dem Local-Volatility-Modell bewertet. Die Modelle werden dabei immer an beobachtbare Marktdaten kalibriert. Zur Ermittlung der Fair Values von Single Name und Index Credit Default Swaps wird ein marktübliches Hazard-Rate-Modell verwendet, das an die jeweiligen Par CDS Spreads kalibriert wird.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen und unter restriktiven Bedingungen börsengehandelte Optionen ebenfalls über das Black-Scholes-Modell bewertet. Diese Einzelfall-Regelung gilt für spezielle EUREX-Optionen, deren veröffentlichter Preis nicht auf Umsätzen beziehungsweise tatsächlichen Handelsvolumina basiert, sondern auf Basis eines theoretischen Modells der EUREX ermittelt wird.

Zins- und Zins-Währungs-Swapvereinbarungen sowie nicht notierte Zinstermingeschäfte werden auf Basis des Discounted-Cashflow-Modells unter Verwendung der für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente geltenden Marktzinssätze bewertet. Dabei werden die Tenorstrukturen der einzelnen Zinssätze durch separate Forward-Zinskurven berücksichtigt. Die Abzinsung

von Zinsswaps erfolgt jeweils mit der währungsspezifischen Zinskurve. Diese findet beim entsprechenden Bootstrapping der Forward-Zinskurven Eingang. Für Fremdwährungscashflows in Zins-Währungs-Swaps erfolgt die Diskontierung unter Berücksichtigung der Cross-Currency-Basis.

Fair Values von Devisenterminkontrakten werden auf Basis der Terminkurse, die wiederum durch FX-Swap-Stellen im Markt quotiert werden, zum Stichtag bestimmt.

Der Fair Value von Geldanlagen und Geldaufnahmen wird durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung von Diskontsatz, die für vergleichbare Geldgeschäfte mit ähnlichen Konditionen an liquiden oder weniger liquiden Märkten üblich sind, ermittelt.

Der Fair Value von Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften wird durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden, um das Kreditrisiko angepassten Diskontierungssatzes ermittelt. Der hierbei verwendete Diskontierungssatz berücksichtigt die beim Abschluss des echten Wertpapiergeschäfts vereinbarten Sicherheitskriterien.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 3

Die Ermittlung der Fair Values für Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Forderungen an Kunden aus dem Kreditgeschäft erfolgt anhand der Barwertmethode. Die zukünftigen Cashflows der Forderungen werden mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert, der sich an den Kategorien Kreditnehmer, Sektor, Rating, Rang und Laufzeit orientiert.

Bei den Anleihen und Schuldverschreibungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, handelt es sich um Anleihen und Verbriefungspositionen, für die der DekaBank zum Stichtag keine aktuellen Marktpreisinformationen vorlagen. Die Bewertung der Anleihen erfolgt entweder auf Basis indikativer Quotierungen oder über das Discounted-Cashflow-Modell unter Verwendung von risikoadjustierten Marktzinssätzen. Der unterschiedlichen Bonität der Emittenten wird durch eine angemessene Adjustierung der Diskontsätze Rechnung getragen.

Bei den im Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie Designated at Fair Value handelt es sich um Plain-Vanilla-Anleihen und um nicht-synthetische Verbriefungen. Letztere unterliegen bei der Bank seit Anfang 2009 einem vermögenswahrenden Abbau. Für die Fair-Value-Ermittlung der Plain-Vanilla-Anleihen werden nicht am Markt beobachtbare Credit Spreads herangezogen. Unter Annahme einer durchschnittlichen Spreadunsicherheit von fünf Basispunkten hätte der Fair Value der Plain-Vanilla-Anleihen um 1,8 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Die Fair-Value-Ermittlung der im Bestand befindlichen nicht-synthetischen Verbriefungspositionen erfolgt auf Basis indikativer Quotierungen oder über Spreads, die aus indikativen Quotierungen von vergleichbaren Bonds abgeleitet werden. Diese Quotierungen werden sowohl von diversen Brokern als auch von Marktpreisversorgern wie zum Beispiel S&P bezogen. Aus den verfügbaren Preisindikationen wurde über die Geld-Brief-Spannen für die einzelnen Verbriefungspositionen eine vorsichtige Geld-Brief-Spanne ermittelt, die als Schätzwert für die Preissensitivität herangezogen wurde. Unter Verwendung dieser Geld-Brief-Spanne ergibt sich eine über das Portfolio gemittelte Schwankungsbreite von 0,64 Prozentpunkten. Damit hätte der Marktwert der betroffenen Verbriefungspositionen um 1,0 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Bei den im Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie Held for Trading handelt es sich um Plain-Vanilla-Anleihen, für deren Bewertung nicht am Markt beobachtbare Credit Spreads herangezogen werden. Unter Annahme einer durchschnittlichen Spreadunsicherheit von fünf Basispunkten hätte der Marktwert der betroffenen Positionen um 4,8 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Daneben ordnet die Bank in geringem Umfang Aktien- und Zinsderivate beziehungsweise Emissionen mit eingebetteten Aktien- und Zinsderivaten Level 3 zu, wenn unter anderem nicht beobachtbare Bewertungsparameter verwendet werden, die für deren Bewertung von Bedeutung sind. Für Aktien- und Zinsderivate, die bei der Bewertung Korrelationen benötigen, verwendet die Bank typischerweise historische Korrelationen der jeweiligen Aktienkurse oder Zinsfestschreibungen beziehungsweise deren Änderungen. Die Sensitivität der betroffenen Aktienoptionspositionen – unter Anwendung eines 14,0-Prozent-Shifts in den Korrelationen – beträgt zum 31. Dezember 2016 circa –4,6 Mio. Euro. Die Shifhöhe wurde aus relevanten historischen Schwankungen der Korrelationen ermittelt. Für Zinsderivate, die auf einem Index Spread beruhen, wird die Sensitivität bezüglich der Korrelation zwischen den beteiligten Referenzindizes über Shifts der Modellparameter abgebildet. Die sich daraus ergebende Änderung in der Korrelation beträgt circa +7 Prozent und führt zu einem Bewertungsunterschied von –0,1 Mio. Euro. Des Weiteren gibt es Aktienderivate, welche eine Laufzeit aufweisen, die länger ist als die der analogen (bezogen auf das Underlying) börsengehandelten Aktien(index)optionen. Die Extrapolationsunsicherheit in Zeitrichtung beträgt 1,1 Aktien-Vega und somit ergibt sich ein Wert von circa 0,8 Mio. Euro zum 31. Dezember 2016. Für Credit-Default

Swaps (CDS) und Credit Linked Notes mit einer längeren Laufzeit als am Markt quotierte CDS-Spreads wird die Extrapolationsunsicherheit in Zeitrichtung mit fünf Basispunkten angenommen. Per 31. Dezember 2016 ergibt sich dafür ein Wert von 0,6 Mio. Euro.

Unter den nachrangigen Verbindlichkeiten weist die DekaBank im Wesentlichen Positionen mit Hybridkapitalcharakter aus, die aufgrund fehlender Indikationen zu am Markt handelbaren Spreads Level 3 zugeordnet werden. Die Bewertung erfolgt über das Discounted-Cashflow-Modell auf Basis eines Zinssatzes, der zu den jeweiligen Stichtagen überprüft wird.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3, für die per 31. Dezember 2016 ein externes Rating verfügbar war, wiesen 99,9 Prozent ein Rating im Investmentgrade-Bereich auf.

Die Ermittlung der Fair Values für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus dem Emissionsgeschäft erfolgt anhand der Barwertmethode. Die zukünftigen Cashflows der Verbindlichkeiten werden mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert, der sich am Bonitätsrisiko der DekaBank orientiert. Darüber hinaus wird für die Bewertung von besicherten Emissionen die Sicherheitenstruktur berücksichtigt. Entsprechend der Kategorie und dem Anteil der Besicherung wird der Zinssatz für eine vergleichbare unbesicherte Emission dabei adjustiert.

Entwicklung der Finanzinstrumente in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Die Veränderung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte in Level 3 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Basis sind die Fair Values ohne anteilige Zinsen:

Mio. €	Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Zinsbezogene Derivate	Aktien- und sonstige preisbezogene Derivate	Gesamt
Stand 1. Januar 2015	2.545,5	9,9	0,5	6,6	2.562,5
Zugänge durch Käufe	2.425,5	–	1,1	0,0	2.426,6
Abgänge durch Verkäufe	703,4	–	–	–	703,4
Fälligkeiten/Tilgungen	1.955,0	5,2	–	0,1	1.960,3
Transfers					
In Level 3	88,9	–	14,6	1,4	104,9
Aus Level 3	52,0	4,5	0,5	–	57,0
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	45,6	–0,2	–	–0,3	45,1
Erfolgsneutral	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember 2015	2.395,1	0,0	15,7	7,6	2.418,3
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Vermögenswerte²⁾	14,7	–	–	–0,3	14,4
Zugänge durch Käufe	1.084,5	0,1	16,3	0,5	1.101,4
Abgänge durch Verkäufe	620,5	0,1	–	0,0	620,6
Fälligkeiten/Tilgungen	548,6	–	–	6,2	554,8
Transfers					
In Level 3	332,0	–	0,8	1,9	334,7
Aus Level 3	195,6	–	15,7	1,4	212,7
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	48,6	–	–	1,0	49,6
Stand 31. Dezember 2016	2.495,5	0,0	17,1	3,4	2.516,0
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Vermögenswerte²⁾	39,0	–	–	1,0	40,0

¹⁾ Die Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung von Finanzinstrumenten der Stufe 3 sind im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

²⁾ Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Stufe 3 ist im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value enthalten.

Die Veränderung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Verbindlichkeiten in Level 3 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Basis sind die Fair Values ohne anteilige Zinsen.

Mio. €	Wertpapier- Shortbestände	Zinsbezogene Derivate	Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	Emissionen	Gesamt
Stand 1. Januar 2015	1,1	0,6	10,3	237,8	249,8
Zugänge durch Käufe	–	18,9	0,6	–	19,5
Abgänge durch Verkäufe	–	0,2	–	–	0,2
Zugänge durch Emissionen	–	–	–	384,2	384,2
Fälligkeiten/Tilgungen	–	–	3,0	172,5	175,5
Transfers					
In Level 3	–	14,0	0,6	149,1	163,7
Aus Level 3	1,1	0,4	–	43,8	45,3
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	–	–	0,3	26,6	26,9
Erfolgsneutral	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember 2015	–	32,9	8,2	528,2	569,3
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Verbindlichkeiten²⁾	–	–	0,3	26,6	26,9
Zugänge durch Käufe	–	2,2	0,8	23,8	26,9
Abgänge durch Verkäufe	–	–	0,1	–	0,1
Zugänge durch Emissionen	–	–	–	346,7	346,7
Fälligkeiten/Tilgungen	–	–	7,1	184,5	191,6
Transfers					
In Level 3	–	64,1	0,0	52,7	116,8
Aus Level 3	–	14,0	0,5	72,2	86,8
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	–	–38,3	–0,0	–10,7	–49,0
Erfolgsneutral	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember 2016	–	123,5	1,3	705,3	830,1
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Verbindlichkeiten²⁾	–	–38,3	–	–12,4	–50,7

¹⁾ Die Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung von Finanzinstrumenten der Stufe 3 sind im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

²⁾ Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Stufe 3 ist im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value enthalten.

Im Berichtszeitraum wurden positive Marktwerte aus Schuldverschreibungen, anderen festverzinslichen Wertpapieren und Kreditforderungen in Höhe von 195,6 Mio. Euro und negative Marktwerte aus Handelsemissionen/Emissionen in Höhe von 72,2 Mio. Euro von Level 3 in Level 2 transferiert. Weiterhin wurden positive Marktwerte aus Schuldverschreibungen, anderen festverzinslichen Wertpapieren und Kreditforderungen in Höhe von 332,0 Mio. Euro nach Level 3 migriert. Grund hierfür war eine detailliertere Analyse der für die Bewertung verwendeten Marktdaten.

Umgliederungen zwischen den einzelnen Stufen der Fair-Value-Hierarchie gelten in der Deko-Gruppe zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode als erfolgt.

Bewertungsprozesse der Finanzinstrumente in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Die DekoBank führt grundsätzlich für alle Geschäfte des Handelsbuchs und des Bankbuchs täglich eine handelsunabhängige Bewertung durch, die die Grundlage für die Ergebnisermittlung bildet. Die Verantwortung für den Bewertungsprozess liegt im Risikocontrolling, in dem verschiedene Spezialistenteams mit den unterschiedlichen Aufgaben im Rahmen des Bewertungsprozesses betraut sind. Der Nutzung im Bewertungsprozess vorangestellt ist eine Validierung und initiale Abnahme der Modelle für die theoretische Bewertung von Geschäften. Im laufenden Betrieb erfolgt eine regelmäßige Adäquanzprüfung. Die wesentlichen

Prozessschritte sind die Bereitstellung handelsunabhängiger Marktdaten sowie die Parametrisierung, Durchführung und Qualitätssicherung der Bewertung. Diese Schritte und Prozesse werden von jeweils einem Team gestaltet und durchgeführt.

Auffällige Bewegungen im Rahmen der handelsunabhängigen Bewertung werden durch Finanzen und Risikocontrolling analysiert und kommentiert. Die auf Basis der handelsunabhängigen Bewertung ermittelten ökonomischen Gewinne und Verluste werden für das Handelsbuch auf täglicher und für das Bankbuch mindestens auf wöchentlicher Basis den Handelseinheiten zur Verfügung gestellt. Prozessbegleitend wurde im Risikocontrolling ein Gremium etabliert, das die mittel- bis langfristige Weiterentwicklung des Bewertungsprozesses plant und koordiniert.

Bewertungsmodelle kommen immer dann zum Einsatz, wenn keine verlässlichen externen Preise vorliegen. Externe Preisquotierungen werden von gängigen Anbietern bezogen, beispielsweise von Börsen und Brokern. Jeder Preis unterliegt einem Überwachungsprozess, der die Qualität festlegt und damit die Verwendbarkeit im Rahmen des Bewertungsprozesses definiert. Sofern die Qualitätsstufe als nicht ausreichend beurteilt wird, wird eine theoretische Bewertung durchgeführt.

Bei Finanzinstrumenten, deren Barwert mithilfe eines Bewertungsmodells ermittelt wird, werden die benötigten Kurse und Preise für die Kalibrierung des Modells entweder direkt handelsunabhängig ermittelt oder durch einen handelsunabhängigen Preisverifizierungsprozess (Independent Price Verification beziehungsweise IPV) auf ihre Marktgerechtigkeit hin überprüft und gegebenenfalls korrigiert. Die verwendeten Bewertungsmodelle werden entweder durch das Risikocontrolling validiert oder im Risikocontrolling handelsunabhängig implementiert. Die Angemessenheit der Modelle wird regelmäßig mindestens einmal jährlich durch das Risikocontrolling überprüft. Die Ergebnisse der Überprüfung bilden die Grundlage für eine zwischen Risikocontrolling, Finanzen und den Handelseinheiten konsolidierte Empfehlung zur Weiterverwendung oder Weiterentwicklung der Bewertungsmodelle.

Bei der Einführung neuer Finanzinstrumente werden die bestehenden Bewertungsprozesse auf ihre Anwendbarkeit für das neue Instrument hin überprüft und bei Bedarf modifiziert oder erweitert. Mögliche Erweiterungen sind die Anbindung neuer Preisquellen oder die Implementierung neuer Bewertungsmodelle. Sofern neue Modelle eingeführt werden, wird im Rahmen der Implementierung und Validierung durch das Risikocontrolling überprüft, ob gegebenenfalls ein Modellrisiko besteht. Sofern Modellrisiken bestehen, wird eine entsprechende Modellreserve berücksichtigt.

66 Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle enthält Angaben zu den Saldierungseffekten in der Konzernbilanz der Deka-Gruppe. Saldierungen werden gegenwärtig ausschließlich für Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften sowie Derivategeschäften vorgenommen.

31.12.2016			Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden			
Mio. €	Finanzielle Vermögenswerte / Verbindlichkeiten (Brutto)	Saldierungseffekt	Bilanzausweis (Netto)	Wertpapiersicherheiten	Barsicherheiten	Nettobetrag
Aktiva						
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	5.650,7	3.248,6	2.402,1	2.402,1	–	–
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	11.551,1	–	11.551,1	11.551,1	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	6.960,9	6.960,9	–	–	–	–
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	7.539,2	–	7.539,2	184,3	1.209,2	6.145,7
Gesamt	31.701,9	10.209,5	21.492,4	14.137,5	1.209,2	6.145,7
Passiva						
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	4.734,7	3.248,6	1.486,1	1.486,1	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	3.907,1	–	3.907,1	3.907,1	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	6.841,5	6.841,5	–	–	–	–
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	8.673,7	–	8.673,7	125,9	3.011,5	5.536,3
Gesamt	24.157,0	10.090,1	14.066,9	5.519,1	3.011,5	5.536,3

31.12.2015				Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden		
Mio. €	Finanzielle Vermögens- werte / Ver- bindlichkeiten (Brutto)	Saldierungs- effekt	Bilanzausweis (Netto)	Wertpapier- sicherheiten	Barsicher- heiten	Netto- betrag
Aktiva						
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	6.201,2	3.043,8	3.157,4	3.157,4	–	–0,0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	14.231,3	–	14.231,3	14.231,3	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	4.648,4	4.605,2	43,2	–	–	43,2
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	10.528,3	–	10.528,3	268,1	1.173,8	9.086,4
Gesamt	35.609,2	7.649,0	27.960,2	17.656,8	1.173,8	9.129,6
Passiva						
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	6.514,2	3.043,8	3.470,4	3.470,4	–	–0,0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	6.457,9	–	6.457,9	6.457,9	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	4.820,0	4.771,0	49,0	49,0	–	–
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	11.562,8	–	11.562,8	149,1	2.580,1	8.833,6
Gesamt	29.354,9	7.814,8	21.540,1	10.126,4	2.580,1	8.833,6

Die Wertpapierpensions- und Derivategeschäfte des Saldierungsbereichs werden in der Deka-Gruppe grundsätzlich auf Basis von standardisierten Rahmenverträgen mit Zentralen Kontrahenten abgeschlossen. Saldierungen erfolgen, sofern die in den Verträgen enthaltenen Aufrechnungsvereinbarungen im Einklang mit den Saldierungskriterien des IAS 32.42 stehen.

Ein Bruttoausweis erfolgt für Geschäfte, welche den Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen, die die Saldierungskriterien des IAS 32.42 nicht erfüllen beziehungsweise deren Abwicklung im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf Brutto-Basis erfolgt. In diesen Fällen werden sämtliche Ansprüche und Verpflichtungen grundsätzlich nur dann verrechnet und auf Nettobasis abgewickelt, wenn der Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt (Liquidationsnetting).

67 Angaben zur Qualität von finanziellen Vermögenswerten

Wertberechtigtes Exposure und bilanzielle Risikovorsorge nach Risikosegmenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bruttobuchwerte von Forderungen und Wertpapieren der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise Länderwertberichtigungen wertgemindert sind. Außerbilanzielle Exposures, für die eine bilanzielle Risikovorsorge in Form von Rückstellungen für Einzelrisiken gebildet wurde, sind im wertberechtigten Brutto- beziehungsweise Nettoexposure ebenfalls enthalten.

Mio. €	Finanz- institu- tionen	Trans- port- und Export- finanzie- rungen	Energie- und Ver- sorgungs- infra- struktur	Immo- bilien- risiken	Verkehrs- und Sozial- infra- struktur	Unter- nehmen	Sonstige	Gesamt 31.12.2016	Gesamt 31.12.2015
Wertberechtigtes Brutto-Kreditvolumen ¹⁾	–	565,2	12,3	–	97,2	44,5	1,2	720,4	519,2
Sicherheiten ²⁾	–	163,6	0,0	–	–	–	–	163,6	130,6
Wertberechtigtes Netto-Kreditvolumen ¹⁾	–	401,6	12,3	–	97,2	44,5	1,2	556,8	388,6
Risikovorsorge	15,8	281,7	9,7	1,6	40,9	37,1	1,3	388,1	264,6
Einzelwertberichtigungen	–	266,6	3,6	–	40,1	36,7	0,2	347,2	202,9
Rückstellungen	–	0,1	–	–	–	–	0,2	0,3	0,4
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	–	4,0	1,0	–	–	–	–	5,0	3,9
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	15,8	11,0	5,1	1,6	0,8	0,4	0,9	35,6	57,4

¹⁾ Einzel- und länderwertberechtigtes Brutto- und Netto-Kreditvolumen. Angegeben ist der Bruttobuchwert der zum jeweiligen Berichtsstichtag wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen

In der Risikovorsorge ist neben der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 334,3 Mio. Euro (Vorjahr: 226,2 Mio. Euro) auch die Risikovorsorge für Finanzanlagen in Höhe von 53,8 Mio. Euro (Vorjahr: 38,4 Mio. Euro) enthalten.

Der Gesamtbetrag der sich in Verzug befindlichen, jedoch nicht wertberechtigten Kredite belief sich zum Bilanzstichtag auf 44,5 Mio. Euro (Vorjahr: 36,1 Mio. Euro).

Non-Performing Exposures

Nach der von der EBA eingeführten Definition zu Non-Performing Exposures für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung (FINREP) beträgt das Non-Performing Exposure 807,3 Mio. Euro (Vorjahr: 698,5 Mio. Euro). Dabei handelt es sich um Exposures, die mehr als 90 Tage überfällig sind oder bei denen die Bank erwartet, dass der Kreditnehmer seinen Kreditverpflichtungen nicht vollständig nachkommen wird. Zwingend als Non-Performing sind dabei Exposures zu klassifizieren, die nach den Regelungen der CRR (Artikel 178) als ausgefallen zu klassifizieren sind oder die einzelwertberichtigt sind. Exposures mit erfolgreichen Restrukturierungsmaßnahmen können zudem erst dann als Performing klassifiziert werden, wenn eine Gesundungsphase von mindestens einem Jahr abgelaufen ist.

Die Aufgliederung der Non-Performing Exposures nach Risikosegmenten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden.

Mio. €	Transport- und Exportfinan- zierungen	Energie- und Versorgungs- infrastruktur	Immobilien- risiken	Verkehrs- und Sozial- infrastruktur	Unter- nehmen	Sonstige	Gesamt 31.12.2016	Gesamt 31.12.2015
Non-Performing Exposures ¹⁾	599,0	37,5	–	97,2	72,4	1,2	807,3	698,5
Sicherheiten ²⁾	185,8	–	–	–	27,3	–	213,1	196,8
Risikovorsorge	272,2	5,6	–	40,1	36,7	0,4	355,0	215,5
Einzelwertberichtigungen	266,6	3,6	–	40,1	36,7	0,2	347,2	202,9
Rückstellungen	0,1	0,0	–	–	–	0,2	0,3	0,4
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	4,0	–	–	–	–	–	4,0	3,9
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	1,5	2,0	–	–	–	–	3,5	8,3

¹⁾ Angegeben ist der Bruttobuchwert der jeweils als Non-Performing klassifizierten kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen

Beim Wertansatz der angegebenen Sicherheiten handelt es sich um den Wert, den die Deka-Gruppe der Kreditsicherheit für interne Zwecke beimisst. Dieser wird in der Regel auf Basis des zugrunde liegenden Markt- oder Verkehrswerts unter Berücksichtigung entsprechender Abschläge für allgemeine Verwertungsrisiken und auf Basis von zukünftigen Markt- und

Verkehrswertschwankungen ermittelt. Der Wertansatz für Garantien und Bürgschaften orientiert sich vor allem an der Bonität des Sicherungsgebers. Der Markt- oder Verkehrswert der jeweils zuzurechnenden Sachsicherheiten beträgt zum Berichtsstichtag 297,7 Mio. Euro, die erhaltenen Bürgschaften und Garantien betragen 20,0 Mio. Euro.

Exposures mit Forbearance-Maßnahmen

In der Deka-Gruppe werden aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten der Kreditnehmer Stundungs- oder Restrukturierungsvereinbarungen getroffen, wenn Sanierungschancen bestehen. Die Verantwortung zur Überwachung und Steuerung entsprechend gestundeter oder restrukturierter Exposures liegt beim Monitoring-Ausschuss analog den allgemeinen Regelungen zur Ausfallüberwachung (vergleiche hierzu die Ausführungen im Risikobericht). Zudem stellen bonitätsbedingte Restrukturierungen oder Stundungsvereinbarungen objektive Hinweise auf eine Wertminderung dar. Entsprechende Exposures werden einzeln auf Werthaltigkeit geprüft, sofern erforderlich, werden Einzelwertberichtigungen gebildet (vergleiche dazu Note [15]). Restrukturierungen mit derart umfassenden Vertragsmodifikationen, dass aus bilanzieller Sicht ein neuer Vermögensgegenstand vorliegt, sind bilanziell als Abgang des ursprünglichen Vermögenswerts und Zugang des neuen Vermögenswerts darzustellen. Weicht der Buchwert des abgehenden Vermögenswerts vom Fair Value des zugehenden Vermögenswerts ab, ist der Differenzbetrag unmittelbar erfolgswirksam zu erfassen.

Exposures werden dann nicht mehr als Forborne klassifiziert, wenn die folgenden Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Das Exposure ist seit mehr als zwei Jahren (Bewährungsphase) nicht mehr als Non-Performing klassifiziert.
- Während der Bewährungsphase sind Zins- und Tilgungszahlungen ordnungsgemäß für einen wesentlichen Anteil der fälligen Zahlungen erbracht worden.
- Kein Exposure ist mehr als 30 Tage überfällig.

Zum Berichtsstichtag bestehen gestundete oder restrukturierte Exposures, die im Sinne der EBA-Definition als „Forborne Exposures“ zu klassifizieren sind, in Höhe von 798,8 Mio. Euro (Vorjahr: 803,7 Mio. Euro). Für diese Exposures besteht eine Risikovorsorge in Höhe von 309,6 Mio. Euro (Vorjahr: 181,2 Mio. Euro).

Die Aufgliederung der Forborne Exposures nach Risikosegmenten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden. Der überwiegende Teil der Forborne Exposures ist bereits als Non-Performing Exposure klassifiziert und entsprechend auch in der Tabelle „Non-Performing Exposures nach Risikosegmenten“ enthalten.

Mio. €	Transport- und Exportfinanzierungen	Energie- und Versorgungsinfrastruktur	Immobilienrisiken	Verkehrs- und Sozialinfrastruktur	Unternehmen	Sonstige	Gesamt 31.12.2016	Gesamt 31.12.2015
Forborne Exposures ¹⁾	630,4	71,2	–	97,2	–	–	798,8	803,7
Davon Performing	52,4	42,3	–	–	–	–	94,7	231,9
Davon Non-Performing	578,0	28,9	–	97,2	–	–	704,1	571,8
Sicherheiten ²⁾	188,2	8,6	–	–	–	–	196,8	251,2
Risikovorsorge	267,1	2,4	–	40,1	–	–	309,6	181,2
Einzelwertberichtigungen	265,0	–	–	40,1	–	–	305,1	166,8
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	2,1	2,4	–	–	–	–	4,5	14,4

¹⁾ Angegeben ist der Bruttobuchwert der als Forborne klassifizierten kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen. Der Markt- oder Verkehrswert der jeweils zuzurechnenden Sachsicherheiten beträgt zum Berichtsstichtag 295,1 Mio. Euro.

Kennziffern zu Non-Performing und Forborne Exposures

%	2016	2015
NPE-Quote zum Stichtag (Quotient aus Non-Performing Exposures und maximalem Kreditrisiko)	0,96	0,67
NPE-Coverage Ratio inklusive Sicherheiten zum Stichtag (Quotient aus Risikovorsorgebestand inklusive Sicherheiten und Non-Performing Exposures)	70,37	59,01
Forborne-Exposure-Quote zum Stichtag (Quotient aus Forborne Exposures und maximalem Kreditrisiko)	0,95	0,77

Das maximale Kreditrisiko, das der Non-Performing- und der Forborne-Exposure-Quote zugrunde liegt, ermittelt sich in Anlehnung an IFRS 7.36a aus den kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerten sowie entsprechenden außerbilanziellen Verpflichtungen. Dabei werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente mit ihrem Bruttobuchwert, kreditrisikotragende at Fair Value bewertete Finanzinstrumente mit ihrem Fair Value, unwiderrufliche Kreditzusagen mit dem jeweiligen Zusagebetrag und Bürgschaften und Gewährleistungen mit ihren Nominalwerten erfasst. Das entsprechend ermittelte maximale Kreditrisiko beträgt zum Bilanzstichtag 84,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 104,7 Mrd. Euro).

68 Kreditengagement in einzelnen europäischen Staaten

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Engagement gegenüber ausgewählten europäischen Staaten aus bilanzieller Sicht. Neben Forderungen und Wertpapieren beinhaltet dies auf diese Staaten referenzierende, von der Bank emittierte Credit Linked Notes sowie Sicherungsnehmer- und Sicherungsgeber-Credit-Default-Swaps:

Mio. €	31.12.2016			31.12.2015		
	Nominal ¹⁾	Buchwert	Fair Value	Nominal ¹⁾	Buchwert	Fair Value
Irland						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held to Maturity)	4,0	4,6	4,5	–	–	–
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	–	–	–	30,0	31,4	31,4
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	15,0	0,4	0,4	–	–	–
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–16,0	–0,4	–0,4	–	–	–
Italien						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held to Maturity)	10,0	11,3	11,2	–	–	–
Schuldverschreibungen (Kategorie Designated at Fair Value)	88,7	89,1	89,1	–	–	–
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	–	–	–	265,0	265,1	265,1
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	162,1	–0,5	–0,5	90,5	0,7	0,7
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–91,5	0,9	0,9	–60,5	–0,3	–0,3
Credit Linked Notes ²⁾ (Kategorie Held for Trading)	–10,0	–10,1	–10,1	–20,0	–19,9	–19,9
Portugal						
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	17,0	–2,3	–2,3	17,0	–1,5	–1,5
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–17,0	2,3	2,3	–17,0	1,5	1,5
Spanien						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held to Maturity)	5,0	6,0	6,0	–	–	–
Schuldverschreibungen (Kategorie Designated at Fair Value)	39,2	39,8	39,8	–	–	–
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	190,0	239,3	239,3	95,0	95,8	95,8
Wertpapier-Termingeschäfte	–35,0	–4,9	–4,9	–35,0	–1,9	–1,9
Total Return Swap Sicherungsnehmer	–155,0	–4,0	–4,0	–	–	–
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	42,8	0,3	0,3	35,1	0,1	0,1
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	–16,0	–0,3	–0,3	–3,0	–0,0	–0,0
Credit Linked Notes ²⁾ (Kategorie Held for Trading)	–7,8	–8,1	–8,1	–17,8	–18,1	–18,1
Gesamt	225,5	363,4	363,2	379,3	352,9	352,9

¹⁾ Die Nominalwerte der Sicherungsnehmergeschäfte sind mit negativem Vorzeichen dargestellt.

²⁾ Es wird der Fair Value der von der Bank emittierten Credit Linked Notes, die auf eine Verbindlichkeit des jeweiligen Staates referenzieren, ausgewiesen.

Neben dem Engagement gegenüber dem Staat Spanien bestehen noch Engagements gegenüber spanischen Banken. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anleihen mit einem Nominalwert von 301,2 Mio. Euro (Vorjahr: 490,7 Mio. Euro), darunter Anleihen der Kategorie Held to Maturity mit einem Nominalwert von 55,0 Mio. Euro (Vorjahr: 25,0 Mio. Euro), die übrigen Anleihen werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Darüber hinaus bestehen Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 1.151,5 Mio. Euro (Vorjahr: 505,2 Mio. Euro), denen Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 83,2 Mio. Euro (Vorjahr: 406,6 Mio. Euro) gegenüberstehen. Die Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten wurden den Kategorien Loans and Receivables beziehungsweise Other Liabilities zugeordnet.

Das Exposure der DekaBank gegenüber italienischen Banken resultiert im Wesentlichen aus Anleihen mit einem Nominalwert von 222,5 Mio. Euro (Vorjahr: 449,3 Mio. Euro). Darin sind Anleihen der Kategorie Held to Maturity mit einem Nominalwert in Höhe von 53,6 Mio. Euro (Vorjahr: 175,0 Mio. Euro) enthalten, die übrigen Anleihen werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Darüber hinaus bestehen Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 107,8 Mio. Euro (Vorjahr: 37,5 Mio. Euro), denen Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 134,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) gegenüberstehen. Die Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten wurden den Kategorien Loans and Receivables beziehungsweise Other Liabilities zugeordnet. Neben dem direkten Exposure bestehen zudem indirekte Exposures durch auf diese Adressen referenzierende Credit Default Swaps. Dabei stehen den Sicherungsgeberpositionen in Höhe von nominal 48,6 Mio. Euro (Vorjahr: 19,5 Mio. Euro) Sicherungsnehmerpositionen in Höhe von nominal 107,6 Mio. Euro (Vorjahr: 288,0 Mio. Euro) gegenüber.

Darüber hinaus hält die DekaBank gegenüber Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz des Staates Russland sind, Darlehensforderungen in Höhe von 212,8 Mio. Euro (Vorjahr: 235,3 Mio. Euro), die der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet sind. Ein Engagement gegenüber der Ukraine besteht nicht. Auch gegenüber Kreditnehmern, die dem Risikoland Griechenland zugeordnet werden, besteht zum Berichtsstichtag – wie auch zum Vorjahresresultimo – kein Exposure.

69 Derivative Geschäfte

In der Deka-Gruppe werden derivative Finanzinstrumente zu Handelszwecken und zur Absicherung von Zins-, Währungs- sowie Aktien- und sonstigen Preisrisiken eingesetzt. Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich, gegliedert nach Art des abgesicherten Risikos und nach Kontraktarten, wie folgt zusammen:

Mio. €	Nominalwerte		Positive Fair Values ¹⁾		Negative Fair Values ¹⁾	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	433.632,2	426.970,8	11.945,0	10.823,6	10.953,3	9.777,3
Forward Rate Agreements	24.291,0	38.198,0	1,4	1,7	1,3	1,7
Zinsoptionen						
Käufe	9.683,3	8.587,5	242,7	204,1	63,4	51,9
Verkäufe	12.805,2	10.602,7	148,1	116,3	441,6	342,6
Caps, Floors	8.633,9	3.050,8	45,5	19,8	27,7	8,9
Sonstige Zinskontrakte	2.268,5	2.715,0	23,0	7,0	198,8	143,8
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures/-optionen	10.768,4	15.426,7	2,4	2,6	5,0	2,3
Summe	502.082,5	505.551,5	12.408,1	11.175,1	11.691,1	10.328,5
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte	14.870,0	15.623,6	226,0	113,9	217,2	127,7
(Zins-)Währungsswaps	10.163,9	9.101,8	364,5	233,7	1.323,6	1.419,9
Summe	25.033,9	24.725,4	590,5	347,6	1.540,8	1.547,6
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	–	63,1	–	1,7	–	1,8
Aktienoptionen						
Käufe	948,0	2.720,6	336,5	2.120,0	–	–
Verkäufe	6.388,7	22.430,1	–	–	725,7	2.515,2
Kreditderivate	10.866,0	11.250,7	93,7	106,3	77,1	112,1
Sonstige Termingeschäfte	2.674,0	1.796,5	52,6	28,8	15,6	11,1
Börsengehandelte Produkte						
Aktienoptionen	18.530,7	23.741,4	1.021,1	1.399,8	1.469,9	1.867,3
Aktienfutures	2.813,4	283,7	12,2	15,9	56,4	7,1
Summe	42.220,8	62.286,1	1.516,1	3.672,5	2.344,7	4.514,6
Gesamt	569.337,2	592.563,0	14.514,7	15.195,2	15.576,6	16.390,7
Nettoausweis in der Bilanz			7.479,4	10.571,6	8.600,9	11.611,8

¹⁾ Darstellung der Fair Values vor Verrechnung mit der gezahlten beziehungsweise erhaltenen Variation Margin

Der im Vergleich zu den Fair Values niedrigere Bilanzansatz ergibt sich durch Berücksichtigung der Variation Margin aus dem Geschäft mit Zentralen Kontrahenten. Auf der Aktivseite reduziert die erhaltene Variation Margin die Fair Values um insgesamt rund 7 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,6 Mrd. Euro). Dagegen mindert die gezahlte Variation Margin die Fair Values auf der Passivseite um insgesamt rund 7,0 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,8 Mrd. Euro).

Aus der folgenden Aufstellung sind die Nominalwerte sowie die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte, gegliedert nach Kontrahenten, ersichtlich:

Mio. €	Nominalwerte		Positive Fair Values ¹⁾		Negative Fair Values ¹⁾	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Banken in der OECD	204.051,8	203.590,7	5.898,4	6.751,9	7.120,7	7.721,3
Öffentliche Stellen in der OECD	8.117,4	25.988,1	1.171,0	970,0	172,2	355,7
Sonstige Kontrahenten	357.168,0	362.984,2	7.445,3	7.473,3	8.283,7	8.313,7
Gesamt	569.337,2	592.563,0	14.514,7	15.195,2	15.576,6	16.390,7

¹⁾ Darstellung der Fair Values vor Verrechnung mit der gezahlten beziehungsweise erhaltenen Variation Margin

70 Restlaufzeitengliederung

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit beziehungsweise der Fälligkeit von deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit, Finanzinstrumente der Subkategorie Held for Trading aufgrund der Handelsabsicht jedoch mit einer maximalen Restlaufzeit von einem Jahr berücksichtigt. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband „täglich fällig und unbestimmt“ eingestellt. Finanzanlagen, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, jedoch keine vertraglich vereinbarte Fälligkeit aufweisen, sind in dieser Darstellung nicht enthalten.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute			
Täglich fällig und unbestimmt	3.534,5	5.137,8	-1.603,3
Bis 3 Monate	4.418,9	6.788,9	-2.370,0
3 Monate bis 1 Jahr	6.326,5	6.153,8	172,7
1 Jahr bis 5 Jahre	4.862,3	7.649,3	-2.787,0
Über 5 Jahre	1.511,7	1.364,2	147,5
Forderungen an Kunden			
Täglich fällig und unbestimmt	1.603,4	1.082,7	520,7
Bis 3 Monate	1.967,7	1.456,6	511,1
3 Monate bis 1 Jahr	4.287,9	4.793,0	-505,1
1 Jahr bis 5 Jahre	10.147,9	10.185,3	-37,4
Über 5 Jahre	4.834,0	4.990,4	-156,4
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva			
Davon nicht-derivative Vermögenswerte			
Täglich fällig und unbestimmt	2.103,7	3.967,8	-1.864,1
Bis 3 Monate	2.679,3	5.545,3	-2.866,0
3 Monate bis 1 Jahr	9.277,0	17.620,4	-8.343,4
1 Jahr bis 5 Jahre	12.245,0	10.205,1	2.039,9
Über 5 Jahre	1.147,4	3.108,4	-1.961,0
Davon derivative Vermögenswerte			
Bis 3 Monate	456,2	1.375,2	-919,0
3 Monate bis 1 Jahr	5.770,0	8.160,0	-2.390,0
1 Jahr bis 5 Jahre	330,0	244,6	85,4
Über 5 Jahre	894,6	681,0	213,6
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten			
Bis 3 Monate	0,2	1,8	-1,6
3 Monate bis 1 Jahr	0,3	0,2	0,1
1 Jahr bis 5 Jahre	6,0	20,3	-14,3
Über 5 Jahre	22,2	86,7	-64,5
Finanzanlagen			
Täglich fällig und unbestimmt	0,1	0,0	0,1
Bis 3 Monate	148,1	50,6	97,5
3 Monate bis 1 Jahr	479,8	394,4	85,4
1 Jahr bis 5 Jahre	1.720,5	2.068,4	-347,9
Über 5 Jahre	581,4	386,0	195,4

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
Täglich fällig und unbestimmt	2.487,9	3.564,0	-1.076,1
Bis 3 Monate	6.545,0	10.878,1	-4.333,1
3 Monate bis 1 Jahr	4.511,5	6.289,1	-1.777,6
1 Jahr bis 5 Jahre	2.605,6	1.893,0	712,6
Über 5 Jahre	1.212,4	1.459,9	-247,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Täglich fällig und unbestimmt	11.772,4	11.424,4	348,0
Bis 3 Monate	6.582,3	10.688,8	-4.106,5
3 Monate bis 1 Jahr	1.530,1	4.077,8	-2.547,7
1 Jahr bis 5 Jahre	1.990,7	1.622,8	367,9
Über 5 Jahre	1.543,7	1.648,2	-104,5
Verbriefte Verbindlichkeiten			
Bis 3 Monate	2.655,2	10.585,0	-7.929,8
3 Monate bis 1 Jahr	1.239,7	4.309,2	-3.069,5
1 Jahr bis 5 Jahre	6.039,8	3.981,6	2.058,2
Über 5 Jahre	1.141,4	1.046,0	95,4
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva			
Davon nicht-derivative finanzielle Verbindlichkeiten			
Täglich fällig und unbestimmt	289,3	792,1	-502,8
Bis 3 Monate	1.477,7	1.775,6	-297,9
3 Monate bis 1 Jahr	14.892,5	11.290,6	3.601,9
1 Jahr bis 5 Jahre	845,5	922,6	-77,1
Über 5 Jahre	448,0	758,1	-310,1
Davon derivative finanzielle Verbindlichkeiten			
Bis 3 Monate	563,5	1.505,3	-941,8
3 Monate bis 1 Jahr	6.399,2	8.450,7	-2.051,5
1 Jahr bis 5 Jahre	967,4	948,7	18,7
Über 5 Jahre	636,4	671,1	-34,7
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten			
Bis 3 Monate	3,9	0,9	3,0
3 Monate bis 1 Jahr	1,2	2,9	-1,7
1 Jahr bis 5 Jahre	19,9	27,8	-7,9
Über 5 Jahre	9,4	4,4	5,0
Nachrangkapital			
Bis 3 Monate	206,1	29,5	176,6
3 Monate bis 1 Jahr	26,4	40,0	-13,6
1 Jahr bis 5 Jahre	77,7	282,5	-204,8
Über 5 Jahre	808,3	797,7	10,6

Sonstige Angaben

71 Eigenkapitalmanagement

Ziele des Eigenkapitalmanagements sind die Sicherstellung einer adäquaten Kapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Geschäftsstrategie, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen (siehe Note [72]).

Die Risikotragfähigkeitsanalyse der DekaBank erfolgt dabei führend auf der Basis eines an der Liquidationsperspektive ausgerichteten Ansatzes. Das ökonomische Eigenkapital entspricht der in der Risikostrategie definierten Risikokapazität. Grundsätzlich ermittelt die DekaBank ihr Gesamtrisiko über alle wesentlichen erfolgswirksamen Risikoarten hinweg und bezieht dabei auch solche Risiken ein, die aus regulatorischer Sicht unberücksichtigt bleiben – zum Beispiel das Geschäftsrisiko. Gemessen wird das Gesamtrisiko als Kapitalbetrag, der mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ausreicht, um Verluste aus allen wesentlichen risikobehafteten Positionen innerhalb eines Jahres jederzeit abzudecken. Um die Einzelrisiken einheitlich quantifizieren und zu einer Kennzahl für das Gesamtrisiko aggregieren zu können, greift die DekaBank auf den Value-at-Risk-Ansatz (VaR) zurück.

Zur differenzierten Betrachtung der Risikotragfähigkeit unterscheidet die DekaBank zwischen der Risikokapazität, dem maximalen Risikoappetit und dem Risikoappetit. Die Risikokapazität setzt sich im Liquidationsansatz im Wesentlichen aus dem Eigenkapital nach IFRS und den Ergebniskomponenten sowie Positionen mit Hybridkapitalcharakter (Nachrangkapital) zusammen und steht im Sinne eines formalen Gesamtrisikolimits zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit insgesamt zur Verfügung. Davon ausgehend wird ein Kapitalpuffer für Stressbelastungsfälle reserviert, welcher in der Höhe mindestens den nachrangigen Kapitalbestandteilen entspricht. Die primäre Steuerungsgröße und damit die Grundlage des als Risikoappetit allozierten Risikokapitals bildet der sogenannte maximale Risikoappetit, welcher sich nach Abzug des Puffers für Stressbelastungsfälle von der Risikokapazität ergibt.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wird primär über die harte Kernkapitalquote gesteuert. Für die Auslastung der Risikogewichteten Aktiva (RWA) – wesentlicher Bestandteil dieser Kennziffer – werden im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses die Leitplanken der kommenden drei Jahre bezogen auf die Gruppe sowie die einzelnen Geschäftsfelder festgelegt. Die Geschäftsfelder sind im Rahmen der Gesamtdisposition gehalten, die Plan-RWA der Mittelfristplanung grundsätzlich nicht zu überschreiten. Sofern es zu Plan-Überschreitungen kommt, werden Maßnahmen zur Reduktion der RWAs geprüft. Zusätzlich werden zur Bewertung der Angemessenheit der Eigenmittelausstattung regelmäßig interne Kreditrisiko-Stresstests auf die RWA durchgeführt.

Bei der Steuerung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen liegt ein besonderes Augenmerk in der Einschätzung zukünftiger regulatorischer Entwicklungen. Dabei werden aktuelle Vorschläge der Aufsichtsgremien sowie Gesetzesvorhaben laufend analysiert und deren Auswirkungen auf die Eigenkapital- und RWA-Positionen beurteilt. Die Ergebnisse fließen in den jährlichen Planungsprozess ein.

72 Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel

Seit dem 1. Januar 2014 wird die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel sowie die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung auf Basis der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) und der Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) durchgeführt.

Die nachfolgenden Darstellungen erfolgen sowohl unter Berücksichtigung der in der CRR/CRD IV vorgesehenen Übergangsregelungen als auch auf Basis einer vollständigen Anwendung des neuen Regelwerks. Die Eigenmittel wurden auf Grundlage der Werte des IFRS-Konzernabschlusses ermittelt. Die Zusammensetzung der Eigenmittel ist in folgender Tabelle dargestellt:

Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Gezeichnetes Kapital	286	286	286	286
Abzüglich zurückerworbene eigene Anteile	95	57	95	38
Offene Rücklagen	4.310	4.310	4.095	4.095
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	131	89	160	–
Aufsichtliche Korrekturposten	4	1	76	78
Abzüge von den Posten des harten Kernkapitals	389	234	337	209
Hartes Kernkapital	3.978	4.216	3.866	4.213
Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals	474	474	474	474
Stille Einlagen	–	31	–	37
Abzüge von den Posten des zusätzlichen Kapitals	–	157	–	218
Zusätzliches Kernkapital	474	348	474	292
Kernkapital	4.451	4.564	4.339	4.505
Nachrangige Verbindlichkeiten	838	838	855	855
Abzüge von den Posten des Ergänzungskapitals	–	36	–	41
Ergänzungskapital	838	801	855	814
Eigenmittel	5.289	5.366	5.194	5.319

Das kumulierte sonstige Ergebnis wird für das Geschäftsjahr 2016 bei der Darstellung der Übergangswerte separat ausgewiesen. Für 2015 war das kumulierte sonstige Ergebnis bei den Übergangswerten in den Abzügen des harten Kernkapitals enthalten.

Die Erhöhung des Kernkapitals ist im Wesentlichen auf die Gewinnthesaurierung aus dem Geschäftsjahr 2015 zurückzuführen. Der Rückgang beim Ergänzungskapital geht auf die regulatorische Amortisation nach Artikel 64 CRR zurück.

Das Adressrisiko wird im Wesentlichen nach dem IRB-Ansatz auf Basis interner Ratings ermittelt. Die Eigenmittelunterlegung des spezifischen Marktrisikos sowie des CVA-Risikos erfolgt nach Standardmethoden. Das allgemeine Marktrisiko wird mittels eines internen Modells ermittelt. Das Operationelle Risiko wird nach dem Advanced Measurement Approach (AMA), dem fortgeschrittenen Messansatz, gemessen. Die benannten Risikofaktoren sind jeweils mit Eigenmitteln zu unterlegen. Die anrechnungspflichtigen Positionen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Mio. €	31.12.2016		31.12.2015	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Adressrisiko	15.038	15.038	15.391	15.391
Marktrisiko	4.478	4.478	11.884	11.884
Operationelles Risiko	2.887	2.887	2.185	2.185
CVA-Risiko	1.411	1.411	1.727	1.727
Gesamtrisikobetrag	23.813	23.813	31.188	31.188

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung ist anhand des Verhältnisses der Eigenmittel (= Gesamtkapitalquote), des Kernkapitals (= Kernkapitalquote) beziehungsweise des harten Kernkapitals (= harte Kernkapitalquote) zum Gesamtrisikobetrag zu ermitteln. Im Folgenden werden die Kennziffern für die Deko-Gruppe angegeben:

	31.12.2016		31.12.2015	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
%				
Harte Kernkapitalquote	16,7	17,7	12,4	13,5
Kernkapitalquote	18,7	19,2	13,9	14,4
Gesamtkapitalquote	22,2	22,5	16,7	17,1

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Die Quoten der Deko-Gruppe liegen deutlich über den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwerten.

73 Eventual- und andere Verpflichtungen

Bei den außerbilanziellen Verpflichtungen der Deko-Gruppe handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Unwiderrufliche Kreditzusagen	702,3	1.185,6	-483,3
Sonstige Verpflichtungen	102,7	104,8	-2,1
Gesamt	805,0	1.290,4	-485,4

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um eingeräumte, jedoch noch nicht in Anspruch genommene und terminlich begrenzte Kreditlinien. Die Betragsangaben spiegeln die möglichen Verpflichtungen bei der vollständigen Ausnutzung der eingeräumten Kreditlinien wider. Die in der Bilanz ausgewiesene Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde von den jeweiligen Beträgen abgezogen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten unverändert Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro sowie Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: 5,1 Mio. Euro), die gegenüber konzernfremden beziehungsweise nicht konsolidierten Gesellschaften bestanden. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen besteht eine Nachschusspflicht in Höhe von 97,6 Mio. Euro (Vorjahr: 99,4 Mio. Euro). Bis zum Jahr 2024 ist das Vermögen der Sicherungsreserve auf die gesetzliche Zielausstattung in Höhe von 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen der Mitglieder der Sicherungsreserve aufzustocken. Hierfür erhebt die Sicherungsreserve jährlich Beiträge von ihren Mitgliedern.

Bei den durch die DekoBank abgegebenen Bürgschaften handelt es sich nach IFRS um Finanzgarantien, die in Übereinstimmung mit IAS 39 netto bilanziert werden. Der Nominalbetrag der zum Bilanzstichtag bestehenden Bürgschaften beträgt 0,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 0,1 Mrd. Euro).

74 Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte

Die Übertragung von Vermögenswerten als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Buchwert der übertragenen Sicherheiten			
Gemäß Pfandbriefgesetz	4.160,8	4.449,8	-289,0
Zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank	1.062,4	2.975,8	-1.913,4
Aus Geschäften an in- und ausländischen Terminbörsen	-	100,2	-100,2
Aus Wertpapierpensionsgeschäften	989,3	1.805,0	-815,7
Aus Wertpapierleihegeschäften	4.103,7	6.610,1	-2.506,4
Aus Tri-Party-Geschäften	3.284,9	8.782,3	-5.497,4
Aus sonstigen Transaktionen	146,6	129,2	17,4
Kredit- und Wertpapiersicherheiten	13.747,7	24.852,4	-11.104,7
Barsicherheiten aus Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften	613,7	233,3	380,4
Barsicherheiten aus Derivategeschäften	3.138,5	2.780,4	358,1
Barsicherheiten	3.752,2	3.013,7	738,5
Gesamt	17.499,9	27.866,1	-10.366,2

Erhaltene Sicherheiten, die auch ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterverpfändet beziehungsweise weiterveräußert werden dürfen, liegen für Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte sowie sonstige Wertpapiertransaktionen in Höhe von 57,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 59,8 Mrd. Euro) vor. Hiervon wurden 36,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 35,6 Mrd. Euro) weiterveräußert beziehungsweise weiterverpfändet.

75 Nicht ausgebuchte, übertragene Finanzinstrumente

Die Deka-Gruppe überträgt finanzielle Vermögenswerte, wobei sie die wesentlichen Chancen und Risiken aus diesen Vermögenswerten zurückbehält. Die Übertragung erfolgt überwiegend im Rahmen echter Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte. Die Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Buchwert der nicht ausgebuchten Finanzinstrumente aus			
Echten Wertpapierpensionsgeschäften			
Held to Maturity	21,7	30,7	-9,0
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	968,2	1.771,4	-803,2
Wertpapierleihegeschäften			
Held to Maturity	27,0	-	27,0
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	1.569,9	652,8	917,1
Sonstigen Übertragungen ohne wirtschaftlichen Abgang			
Loans and Receivables	558,7	523,9	34,8
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	2,1	5,4	-3,3
Gesamt	3.147,6	2.984,2	163,4

Im Zusammenhang mit übertragenen, nicht ausgebuchten Finanzinstrumenten wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 1,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,3 Mrd. Euro) passiviert.

76 Patronatserklärung

Die DekaBank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass die DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A. ihre Verpflichtungen erfüllt. Die DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A. hat ihrerseits zugunsten der

- Deka International S.A., Luxemburg, und der
- International Fund Management S.A., Luxemburg,

Patronatserklärungen abgegeben.

77 Angaben zu Anteilen an Tochterunternehmen

Zusammensetzung der Deko-Gruppe

In den Konzernabschluss sind – neben der DekoBank als Mutterunternehmen – insgesamt 10 (Vorjahr: 9) inländische und 7 (Vorjahr: 9) ausländische verbundene Unternehmen einbezogen, an denen die DekoBank direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält. Darüber hinaus umfasst der Konsolidierungskreis 9 (Vorjahr: 9) strukturierte Unternehmen, die von der Deko-Gruppe beherrscht werden.

Auf die Einbeziehung von 15 (Vorjahr: 14) verbundenen Unternehmen, die von der Deko-Gruppe beherrscht werden, wurde verzichtet, da diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile an diesen Tochtergesellschaften werden unter den Finanzanlagen (siehe Note [46]) ausgewiesen. Strukturierte Unternehmen werden bei untergeordneter Bedeutung für den Konzernabschluss ebenfalls nicht konsolidiert (siehe Anteilsbesitzliste in Note [79]). Die Beurteilung der Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe erfolgt für Investmentfonds anhand von quantitativen und qualitativen Kriterien. Die Anteile von nicht konsolidierten Investmentfonds werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Der Ausweis erfolgt im Bilanzposten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva (Note [44]).

Die Deko-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2016 aus dem Verkauf der Gesellschaftsanteile an der DKC Deko Kommunal Consult GmbH, Düsseldorf, einen Verlust in Höhe von 0,5 Mio. Euro im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

Maßgebliche Beschränkungen

Maßgebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten beziehungsweise der Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe ergeben sich insbesondere aufgrund der für Institute geltenden vertraglichen, gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen (siehe Note [72] „Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel“ sowie Note [74] zu Verfügungsbeschränkungen im Zusammenhang mit der Stellung von Bar-, Kredit- oder Wertpapiersicherheiten zur Besicherung von eigenen Verpflichtungen, zum Beispiel aus echten Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften sowie außerbörslichen Derivategeschäften).

Kreditinstitute sind zudem verpflichtet, auf Girokonten bei den nationalen Zentralbanken Pflichteinlagen (Mindestreservesoll) zu unterhalten. Die Höhe der verpflichtenden Mindestreserve wird hierbei von den Zentralbanken bestimmt (siehe Note [40]).

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Die DekoBank hält Anteile an drei gemeinschaftlich geführten und einem assoziierten Unternehmen. Die Beteiligungen an der S-PensionsManagement GmbH und der Dealis Fund Operations GmbH i.L. (Gemeinschaftsunternehmen) werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Auf die Einbeziehung von zwei Beteiligungsunternehmen, auf welche die DekoBank einen maßgeblichen Einfluss ausübt, wurde verzichtet, da diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe von untergeordneter Bedeutung sind.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind aus der Anteilsbesitzliste (siehe Note [79]) ersichtlich.

Nachfolgende Tabelle enthält eine aggregierte Übersicht der Finanzinformationen sämtlicher einzeln betrachtet als unwesentlich eingestufte assoziierter Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden. Die Werte beziehen sich hierbei auf die von der Gruppe gehaltenen Anteile an diesen Unternehmen. Die Anwendung der Equity-Methode erfolgt grundsätzlich auf Basis des letzten verfügbaren Abschlusses des Unternehmens, sofern dieser nicht älter als drei Monate ist.

Mio. €	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen ¹⁾	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Beteiligungsbuchwerte	–	4,4	6,9	7,9
Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	–	–	1,3	2,2
Gewinn oder Verlust nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	–	–	–	–
Sonstiges Ergebnis	–	–	–1,2	–3,3
Gesamtergebnis²⁾	–	–	0,1	–1,1

¹⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung des DekaBank-Konzernabschlusses lag für die S-PensionsManagement GmbH noch kein aktueller Konzernabschluss für das Berichtsjahr 2016 vor. Aus diesem Grund wurde für die at-equity-Bewertung eine Planungsrechnung herangezogen, welche die Auswirkungen bedeutender Geschäftsvorfälle und sonstiger Ereignisse berücksichtigt, die seit dem letzten Bilanzstichtag der S-PensionsManagement GmbH eingetreten sind beziehungsweise erwartet werden.

²⁾ Hierin nicht enthalten sind die im Zinsergebnis ausgewiesenen Ausschüttungen.

78 Angaben zu Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Ein Unternehmen ist nach IFRS 12 als strukturiert einzustufen, wenn es so konzipiert ist, dass die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor sind, wenn es darum geht, festzulegen, wer das Unternehmen beherrscht.

Im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterhält die Deka-Gruppe Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen. Strukturierte Unternehmen zeichnen sich oftmals durch die Ausübung einer beschränkten Tätigkeit sowie einen eng gefassten und genau definierten Geschäftszweck aus. Zudem ist das Nichtvorhandensein von ausreichendem Eigenkapital zur Finanzierung seiner Tätigkeit ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung ein mögliches Identifikationsmerkmal für ein strukturiertes Unternehmen.

Ein Anteil an einem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen liegt dann vor, wenn Unternehmen der Deka-Gruppe aufgrund vertraglicher und nicht vertraglicher Einbeziehung schwankenden Renditen aus der Tätigkeit eines strukturierten Unternehmens ausgesetzt sind, das jeweilige Unternehmen jedoch nicht gemäß den Vorschriften des IFRS 10 zu konsolidieren ist. Ein Anteil kann hierbei Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätslinien, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, mit denen die Bank Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert, umfassen. Kein Anteil an einem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen im Sinne des IFRS 12 liegt regelmäßig dann vor, wenn zwischen Unternehmen der Deka-Gruppe und einem strukturierten Unternehmen eine reine Liefer- und Leistungsbeziehung besteht.

Innerhalb der Deka-Gruppe existieren Beziehungen zu Unternehmen, die auf Basis der Definition des IFRS 12 und von unternehmensintern festgelegten Kriterien als nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen klassifiziert wurden. Hierbei wurden nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen mit nachfolgenden Geschäftsaktivitäten identifiziert:

Investmentfonds

Das Kerngeschäft der Deka-Gruppe umfasst unter anderem die Bereitstellung von Wertpapier- und Immobilienanlagen für private und institutionelle Investoren. Unternehmen der Deka-Gruppe sind demnach im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit direkt oder indirekt beim Aufsetzen von Fondsstrukturen beteiligt und haben an der Zielsetzung und dem Design dieser Strukturen mitgewirkt. Darüber hinaus deckt die Gruppe sämtliche Funktionen entlang der für das Fondsgeschäft üblichen Wertschöpfungskette ab und erhält hierfür entsprechende Provisionen, beispielsweise in Form von Verwaltungsgebühren und Verwahrstellenvergütungen. Des Weiteren investiert die Gruppe auch im Rahmen von Anschubfinanzierungen in Anteile konzerneigener Investmentfonds und stellt diesen somit Liquidität zur Verfügung. Daher sind Investmentfonds als strukturierte Unternehmen im Sinne des IFRS 12 zu betrachten. Fonds finanzieren sich hauptsächlich durch die Ausgabe von Anteilscheinen (Eigenkapital). In begrenztem Umfang können Fonds auch Darlehen aufnehmen. Die Fremdfinanzierung ist in der Regel durch die im Fonds gehaltenen Vermögenswerte besichert. Das Fondsvermögen an konzerneigenen und konzernfremden Investmentfonds beträgt 248,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 234,4 Mrd. Euro). Hierbei wurde das gesamte Fondsvermögen der Fonds sowie die Fondsvermögen von Fremdfonds, an denen die Deka-Gruppe einen Anteil im Sinne des IFRS 12 hält, unabhängig von der Anteilsquote der Deka-Gruppe angegeben. Das ausschließlich für Zwecke der IFRS-12-Anhangangaben ermittelte Fondsvermögen entspricht hierbei nicht der steuerungsrelevanten Kennzahl Total Assets.

Verbriefungsgesellschaften (Strukturierte Kreditkapitalmarktprodukte)

Die Gruppe hält Anteile an diversen Verbriefungsgesellschaften. Hierunter fallen von der Bank erworbene nicht strategische Verbriefungstitel des ehemaligen Liquid-Credit-Bestands, die seit 2009 dem Nicht-Kerngeschäft zugeordnet sind und vermögenswährend abgebaut werden. Die emittierenden Gesellschaften refinanzieren sich in der Regel durch die Ausgabe von handelbaren Wertpapieren, deren Wertentwicklung von der Performance der Vermögenswerte der Vehikel abhängig ist

beziehungsweise die durch die Vermögenswerte der Vehikel besichert sind. Bei sämtlichen von der DekaBank gehaltenen Verbriefungen ist eine fristenkongruente Refinanzierung der von der Verbriefungsgesellschaft gehaltenen Vermögenswerte gegeben. Verbriefungstitel werden bei der Deka-Gruppe überwiegend als Designated at Fair Value kategorisiert und im Bilanzposten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesen; damit werden Ergebnisentwicklungen für diese Verbriefungen vollständig erfolgswirksam im Abschluss der Gruppe gezeigt.

Nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht des maximalen Verlustrisikos, dem die Deka-Gruppe aus den von ihr gehaltenen Verbriefungspositionen ausgesetzt ist, nach Art der Verbriefungstransaktion und Seniorität der gehaltenen Tranche. Zudem beinhaltet die Tabelle die von anderen Gläubigern vorrangig vor der Deka-Gruppe zu absorbierenden potenziellen Verluste. Das Gesamtvolumen der ausgegebenen Wertpapiere der als strukturiert klassifizierten Verbriefungsgesellschaften beläuft sich auf 3,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 5,1 Mrd. Euro).

Mio. €	Subordinated interest		Mezzanine interest		Senior interest		Most Senior interest	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
ABS								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	2,2	2,5	–	–	0,5	0,7
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	–	–	19,8	19,8	–	–	–	–
CLO								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	114,2	131,2	23,3	50,0	9,1	16,7
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	–	–	261,8	340,6	–	–	–	–
CMBS								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	24,2	25,7	4,5	8,3	2,3	5,4
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	–	–	228,4	255,6	–	–	–	–
RMBS								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	89,6	100,9	9,0	9,4	23,2	34,2
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	21,2	22,5	122,3	128,3	23,5	23,5	–	–

¹⁾ Nominalwerte

Kreditgeschäft

Definitionsgemäß liegt bei der DekaBank ein strukturiertes Unternehmen dann vor, wenn speziell zur Finanzierung oder zum Betrieb des jeweiligen Finanzierungsobjekts eine eigens hierfür bestimmte Gesellschaft gegründet wird, die so konzipiert ist, dass diese nicht über Stimmrechte oder ähnliche Rechte beherrscht wird. Ein Anteil an einem strukturierten Unternehmen kann auch dann vorliegen, wenn sich im Rahmen des Kreditvertrags vereinbarte Rechte (zum Beispiel Schutzrechte) bei Bonitätsverschlechterungen zu Mitbestimmungsrechten wandeln. Ein operativ tätiges Unternehmen kann beispielsweise zu einem strukturierten Unternehmen werden, weil nunmehr relevante Geschäftstätigkeiten im Wesentlichen durch die kreditvertraglichen Regelungen gesteuert werden. Im Rahmen der nach IFRS 12 vorgenommenen Klassifizierung wurden strukturierte Unternehmen in den Risikosegmenten Transport- und Exportfinanzierungen, Energie- und Versorgungsinfrastruktur und Immobilienrisiken identifiziert. Die entsprechenden Finanzierungen sind grundsätzlich durch Grundpfandrechte, Flugzeug- und Schiffshypotheken sowie Bürgschaften und Garantien besichert. Zur Ermittlung der Größe der als strukturiert klassifizierten Finanzierungen wurden die Bilanzsummen des aktuell verfügbaren Abschlusses beziehungsweise der Marktwert des (mit-)finanzierten Objekts herangezogen. Dieser beläuft sich auf 2,0 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,7 Mrd. Euro).

In nachfolgender Tabelle sind die Buchwerte der in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die mit Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen im Zusammenhang stehen, dargestellt. Darüber hinaus enthält die Tabelle das maximal mögliche Verlustrisiko aus Verlusten im Zusammenhang mit diesen Anteilen.

Mio. €	Investmentfonds		Kreditgeschäft ¹⁾		Verbriefungs- gesellschaften ¹⁾	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktivposten						
Forderungen an Kunden	1.126,3	1.251,3	267,6	329,4	–	–
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	1.318,5	3.130,3	0,2	–	300,0	379,7
Finanzanlagen	–	–	4,7	5,1	2,1	5,3
Summe Aktivposten	2.444,8	4.381,6	272,5	334,5	302,1	385,0
Passivposten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9.781,8	10.322,9	0,0	0,0	–	–
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	862,7	2.570,4	–	–	–	–
Summe Passivposten	10.644,5	12.893,3	0,0	0,0	–	–
Eventual- und andere Verpflichtungen						
Unwiderrufliche Kreditzusagen	39,9	5,3	10,4	12,5	–	–
Sonstige Verpflichtungen	–	–	6,2	6,5	–	–
Summe Eventual- und andere Verpflichtungen	39,9	5,3	16,6	19,0	–	–
Maximales Verlustrisiko	2.484,7	4.386,9	289,1	353,5	302,1	385,0

¹⁾ inklusive Risikovorsorge

Das maximale Verlustrisiko bestimmt den maximal möglichen Verlust, den die Bank im Zusammenhang mit ihren Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen erleiden könnte. Die Eintrittswahrscheinlichkeit des jeweiligen Verlustereignisses wurde hierbei nicht berücksichtigt.

- Das maximal mögliche Verlustrisiko aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen, die aus bilanzwirksamen Transaktionen resultieren, entspricht dem Buchwert beziehungsweise dem beizulegenden Zeitwert des jeweiligen Bilanzpostens.
- Der maximal mögliche Verlust aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen, die aus außerbilanziellen Transaktionen resultieren, beispielsweise aus Garantien oder Kreditzusagen, entspricht definitionsgemäß dem maximal garantierten Betrag beziehungsweise dem Betrag der möglichen Verpflichtung bei vollständiger Ausnutzung der eingeräumten Kreditlinie.

Darüber hinaus werden Rückstellungen für Investmentfonds mit formalen Garantien gebildet (siehe Note [57]).

Das dargestellte maximale Verlustrisiko ist eine Bruttogröße, das heißt, Effekte aus erhaltenen Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen hat die Deka-Gruppe im Berichtsjahr Zinserträge, Provisionserträge sowie Erträge aus der Bewertung und Veräußerung von Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen vereinnahmt.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen

Zur Bestimmung, ob ein Unternehmen der Deka-Gruppe als Sponsor eines strukturierten Unternehmens einzustufen ist, sind die Gesamtumstände zu berücksichtigen. Ein nicht konsolidiertes strukturiertes Unternehmen, an dem die Bank keinen Anteil im Sinne des IFRS 12 hält, wird als gesponsert angesehen, sofern dieses zugunsten eines Unternehmens der Deka-Gruppe gegründet wurde und die Gruppe aktiv an der Gestaltung von Zielsetzung und Design des nicht konsolidierten strukturierten Unternehmens mitgewirkt hat. Eine Sponsorentätigkeit der Gruppe liegt auch dann vor, wenn das nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen, beispielsweise aufgrund seiner Firmen- oder Produktbezeichnung, eine namentliche Verbindung zu einem Unternehmen der Deka-Gruppe aufweist.

Im Berichtsjahr bestanden keine Beziehungen zu gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen. Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten bestanden zum 31. Dezember 2016 nicht.

79 Anteilsbesitzliste

Die DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt/Berlin, ist im Handelsregister A des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRA 16068 eingetragen. Bei den Angaben zum Anteilsbesitz handelt es sich um eine Zusatzangabe nach § 315a HGB. Auf die Angabe der Vorjahreswerte wird daher verzichtet.

In den Konsolidierungskreis einbezogene Tochterunternehmen (verbundene Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
bevestor GmbH, Frankfurt am Main (ehemals: Deka Vermögensmanagement GmbH)	100,00
Deka Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Far East Pte. Ltd., Singapur	100,00
Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien Luxembourg S.A., Luxemburg	100,00
Deka International S.A., Luxemburg	100,00
Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Real Estate Lending k.k., Tokio	100,00
Deka Real Estate Services USA Inc., New York	100,00
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg	100,00
International Fund Management S.A., Luxemburg	100,00
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin	100,00
S Broker Management AG, Wiesbaden	100,00
S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden	100,00
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf	99,74 ¹⁾
WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG, Frankfurt am Main	94,90

¹⁾ 5,1 Prozent werden von der WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG gehalten.

In den Konsolidierungskreis einbezogene Tochterunternehmen (strukturierte Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Fondsvermögen in %
A-DGZ-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-DGZ 2-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-DGZ 5-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-Treasury 2000-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-Treasury 93-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
DDDD-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
Deka Treasury Corporates-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
S Broker 1 Fonds, Frankfurt am Main	100,00
Masterfonds S Broker, Frankfurt am Main	100,00

At-equity einbezogene Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen:

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in T€ ¹⁾	Jahresergebnis in T€ ¹⁾
Gemeinschaftsunternehmen			
S-PensionsManagement GmbH, Köln	50,00	48.255,0	-65.158,3
Dealis Fund Operations GmbH i.L., Frankfurt am Main	50,00	29.800,4	1.220,8

¹⁾ Werte des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015

Nicht at-equity einbezogene Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen:

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Gemeinschaftsunternehmen	
Deka-Neuberger Institut für wirtschaftsmathematische Beratung GmbH, Frankfurt am Main	50,00
Assoziierte Unternehmen	
DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main	20,00

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen (verbundene Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Datogon S.A., Luxemburg	100,00
Deka Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Investors Spezial InvAG m.v.K. und TGV, Frankfurt am Main	
Teilgesellschaftsvermögen Deka Investors Unternehmensaktien	100,00
Deka Treuhand GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vermögensverwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vorratsgesellschaft 03 mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vorratsgesellschaft 04 mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vorratsgesellschaft 05 mbH, Frankfurt am Main	100,00
Europäisches Kommunalinstitut S.à.r.l., Luxemburg	100,00
LBG Leasing Beteiligungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Perfeus S.A., Luxemburg	100,00
Privates Institut für quantitative Kapitalmarktforschung der DekaBank GmbH, Frankfurt am Main	100,00
WIV Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	94,90

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene strukturierte Unternehmen:

Name, Sitz	Fondsvermögen in Mio. €	Anteil am Kapital / Fonds- vermögen in %
Deka-BR 45, Frankfurt am Main	6,3	100,00
Deka-Relax 70, Frankfurt am Main	0,5	100,00
Deka-Relax 50, Frankfurt am Main	0,5	100,00
Deka-Relax 30, Frankfurt am Main	0,5	100,00
Teilgesellschaftsvermögen Deka Darlehen, Frankfurt am Main	70,7	99,04
Deka-Multi Asset Ertrag, Luxemburg	21,3	98,52
Deka-PB ManagerMandat, Frankfurt am Main	53,9	97,83
Deka-Multimanager defensiv, Frankfurt am Main	0,5	94,06
Deka-Industrie 4.0, Luxemburg	10,7	92,63
Deka Deutsche Boerse EUROGOV® Germany 10+ UCITS ETF, Frankfurt am Main	45,8	86,81
Deka-Immobilien PremiumPlus-Private Banking, Luxemburg	32,3	86,64
Deka-BasisStrategie Aktien, Frankfurt am Main	29,1	82,47
Deka Eurozone Rendite Plus 1-10 UCITS ETF, Frankfurt am Main	23,5	80,00
Mix-Fonds: Optimierung, Luxemburg	7,5	68,68
Deka Oekom Euro Nachhaltigkeit UCITS ETF, Frankfurt am Main	27,1	65,81
Deka MSCI Europe ex EMU UCITS ETF, Frankfurt am Main	47,0	63,98
Deka-Globale Renten High Income, Frankfurt am Main	47,2	62,62
Deka-Global Balance, Frankfurt am Main	31,7	59,47
Deka-Multimanager Strategien PB, Luxemburg	0,9	55,71
Deka EURO iSTOXX ex Fin Dividend+ UCITS ETF, Frankfurt am Main	172,0	48,41
Deka MSCI Japan UCITS ETF, Frankfurt am Main	36,7	48,35
Deka-ImmobilienNordamerika, Frankfurt am Main	90,9	47,51
Deka-Multimanager ausgewogen, Frankfurt am Main	1,1	45,77
Deka-EuroFlex Plus, Luxemburg	125,7	43,63
Deka-CorporateBond High Yield Euro 1-4, Frankfurt am Main	47,4	42,97
Deka-Kirchen Balance, Frankfurt am Main	52,1	30,72
Mix-Fonds: Select ChancePlus, Luxemburg	3,0	30,32
Deka-CorporateBond Global Hedged Euro, Frankfurt am Main	73,3	29,22
Deka Deutsche Börse EUROGOV® Germany 3-5 UCITS ETF, Frankfurt am Main	96,8	25,89
Deka-Immobilien Fokus Prag, Frankfurt am Main	195,8	22,56
Deka-RentenStrategie Global, Frankfurt am Main	121,1	20,44
HSBC Trinkaus Kurzläufer, Düsseldorf	23,5	20,01
Comtesse DTD Ltd., London	–	9,99 ¹⁾

¹⁾ abweichende Stimmrechte 25,1 Prozent

80 Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Deka-Gruppe unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören die Anteilseigner der DekaBank, aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen sowie Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesen beherrschte Unternehmen. Nicht konsolidierte eigene Publikums- und Spezialfonds, bei denen am Bilanzstichtag die Anteilsquote der Deka-Gruppe 10,0 Prozent übersteigt, werden für diese Darstellung entsprechend ihrer Anteilsquote als Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen beziehungsweise sonstige nahestehende Unternehmen ausgewiesen.

Natürliche Personen in Schlüsselpositionen, die gemäß IAS 24 als nahestehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der DekaBank als Mutterunternehmen. Der Personalaufwand für die betreffenden Personen ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Mio. €	Vorstand		Verwaltungsrat	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Kurzfristig fällige Leistungen	3,2	3,1	0,7	0,7
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1,8	1,8	–	–
Andere langfristig fällige Leistungen	2,6	2,8	–	–
Gesamt	7,6	7,7	0,7	0,7

Die Vergütungen an Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat, die außerhalb ihrer Verwaltungsrats Tätigkeit geleistet wurden, erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Deka-Gruppe werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Es handelt sich dabei unter anderem um Kredite, Tages- und Termingelder sowie Derivate. Die Verbindlichkeiten der Deka-Gruppe gegenüber den Publikums- und Spezialfonds sind im Wesentlichen Bankguthaben aus der vorübergehenden Anlage liquider Mittel. Der Umfang der Transaktionen ist aus den folgenden Aufstellungen ersichtlich.

Geschäftsbeziehungen zu Anteilseignern der DekaBank und nicht konsolidierten Tochtergesellschaften:

Mio. €	Anteilseigner		Tochtergesellschaften	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	45,0	45,0	5,5	1,1
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	–	–	28,0	43,3
Sonstige Aktiva	–	–	0,5	0,6
Summe Aktivposten	45,0	45,0	34,0	45,0
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	39,7	43,6	49,3	53,9
Summe Passivposten	39,7	43,6	49,4	53,9

Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und sonstigen nahestehenden Gesellschaften:

Mio. €	Gemeinschaftsunternehmen / Assoziierte Unternehmen		Sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	0,3	–	–	0,2
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	–	–	2,9	27,4
Sonstige Aktiva	0,2	0,9	0,3	0,4
Summe Aktivposten	0,5	0,9	3,2	28,0
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115,6	582,1	399,7	645,7
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	33,3	31,5	0,2	1,8
Summe Passivposten	148,9	613,6	399,9	647,5

81 Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2016			2015		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeitbeschäftigte	2.443	1.033	3.476	2.292	985	3.277
Teilzeit- und Aushilfskräfte	152	655	807	137	611	748
Gesamt	2.595	1.688	4.283	2.429	1.596	4.025

82 Bezüge der Organe

€	31.12.2016	31.12.2015
Gesamtbezüge aktiver Organmitglieder		
Vorstand	5.317.132	4.293.060
Verwaltungsrat	711.833	709.500
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Vorstand	5.350.116	5.370.846
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstände und ihre Hinterbliebenen	61.289.500	61.331.365

Die angegebenen Bezüge der aktiven Vorstandsmitglieder enthalten alle im jeweiligen Geschäftsjahr gewährten Vergütungen und Sachbezüge. Dazu zählen auch variable Vergütungsbestandteile, die auf Vorjahre entfallen und somit von der Geschäftsentwicklung früherer Perioden abhängig sind.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden den aktiven und früheren Vorstandsmitgliedern variable Vergütungsbestandteile, die von künftigen Bedingungen abhängen, in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,2 Mio. Euro) zugesagt.

Variable Vergütungsbestandteile, die nicht im Jahr der Zusage zur Auszahlung kommen, sind von einer nachhaltigen Wertentwicklung der Deko-Gruppe abhängig und werden erst in den auf das Zusagejahr folgenden drei Geschäftsjahren gewährt. Die gewährten nachhaltigen Vergütungsbestandteile sind mit einer Haltefrist von zwei Jahren versehen, nach deren Verstreichen sie ausgezahlt werden.

Für die Bewertung der Nachhaltigkeit werden das ausschüttbare Ergebnis, der Unternehmenswert, das Wirtschaftliche Ergebnis, die Verbundleistung an Sparkassen, die Nettovertriebsleistung sowie der individuelle Erfolgsbeitrag der Vorstandsmitglieder herangezogen.

Die Gesamtbezüge beinhalten aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile aus Vorjahren an aktive Vorstandsmitglieder in Höhe von 1,9 Mio. Euro und an frühere Vorstandsmitglieder in Höhe von 1,4 Mio. Euro. Davon entfallen auf aktive Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2015 ein Betrag in Höhe von 0,5 Mio. Euro, für das Geschäftsjahr 2014 ein Betrag in Höhe von 0,6 Mio. Euro, für das Geschäftsjahr 2013 ein Betrag in Höhe von 0,6 Mio. Euro und für das Geschäftsjahr 2012 ein Betrag in Höhe von 0,2 Mio. Euro.

83 Abschlussprüferhonorare

Im Berichtsjahr wurden für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses folgende Honorare als Aufwand erfasst:

Mio. €	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Honorare für			
Abschlussprüfungsleistungen	2,5	2,5	–
Andere Bestätigungsleistungen	1,0	1,0	–
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,1	–
Sonstige Leistungen	–	0,1	–0,1
Gesamt	3,6	3,7	–0,1

84 Übrige sonstige Angaben

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag 2016 nicht eingetreten.

Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses

Der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 70.748.126,66 Euro lautet wie folgt:

- Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 67.296.998,54 Euro, d.h. 35,1 Prozent auf die per 31. Dezember 2016 bestehenden dividendenberechtigten Anteile am Stammkapital der Bank (191.729.340,56 Euro),
- Ausschüttung einer Sonderdividende in Höhe von 3.451.128,12 Euro, d.h. 1,8 Prozent auf die per 31. Dezember 2016 bestehenden dividendenberechtigten Anteile am Stammkapital der Bank (191.729.340,56 Euro).

Der Konzernabschluss wird am 24. Februar 2017 durch den Vorstand der DekaBank zur Veröffentlichung freigegeben.

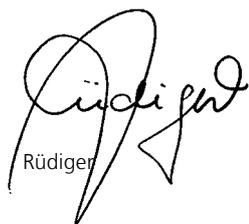
Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 24. Februar 2017

DekaBank
Deutsche Girozentrale

Der Vorstand



Rüdiger



Dr. Stocker



Better



Dr. Danne



Müller

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der DekaBank Deutsche Girozentrale AöR, Berlin/Frankfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Notes (Konzernanhang 2016) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 27. Februar 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Fox
Wirtschaftsprüfer

„Deka

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt
Postfach 110523
60040 Frankfurt

Telefon: (069) 71 47-0
Telefax: (069) 71 47-13 76
www.dekabank.de

 **Finanzgruppe**

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Berlin/Frankfurt am Main

Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Inhalt

Konzernabschluss	F₁₅-2
Gesamtergebnisrechnung	F₁₅-2
Bilanz	F₁₅-3
Eigenkapitalveränderungsrechnung	F₁₅-4 – F₁₅-5
Kapitalflussrechnung	F₁₅-6 – F₁₅-7
Notes	F₁₅-8 – F₁₅-82
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	F₁₅-83

Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Mio. €	Notes	2015	2014	Veränderung	
Zinserträge		1.038,9	1.544,7	-505,8	-32,7 %
Zinsaufwendungen		847,4	1.250,2	-402,8	-32,2 %
Zinsergebnis	[30]	191,5	294,5	-103,0	-35,0 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[15], [31], [43]	-65,1	-4,2	-60,9	(< -300 %)
Zinsergebnis nach Risikovorsorge		126,4	290,3	-163,9	-56,5 %
Provisionserträge		2.083,5	1.802,0	281,5	15,6 %
Provisionsaufwendungen		973,4	793,6	179,8	22,7 %
Provisionsergebnis	[32]	1.110,1	1.008,4	101,7	10,1 %
Handelsergebnis	[33]	236,3	247,8	-11,5	-4,6 %
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	[34]	33,8	271,2	-237,4	-87,5 %
Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	[35]	-4,1	3,4	-7,5	-220,6 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	[36]	-18,7	-17,7	-1,0	-5,6 %
Verwaltungsaufwand	[37]	917,4	884,7	32,7	3,7 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[38]	34,6	-47,0	81,6	173,6 %
Jahresergebnis vor Steuern		601,0	871,7	-270,7	-31,1 %
Ertragsteuern	[39]	214,2	265,5	-51,3	-19,3 %
Zinsaufwendungen atypisch stille Einlagen	[28], [61]	56,9	50,9	6,0	11,8 %
Konzernüberschuss		329,9	555,3	-225,4	-40,6 %
Davon:					
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbar		0,0	0,0	0,0	o. A.
Den Anteilseignern der Dekabank zurechenbar		329,9	555,3	-225,4	-40,6 %
Erfolgsneutrale Veränderungen					
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden					
Rücklage aus der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale		0,0	-0,6	0,6	100,0 %
Rücklage aus der Bewertung von Cashflow Hedges	[62]	-13,0	-41,7	28,7	68,8 %
Rücklage aus der Währungsumrechnung	[11], [62]	3,7	0,3	3,4	(> 300 %)
Latente Steuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	[49]	4,2	13,4	-9,2	-68,7 %
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden					
Neubewertungsgewinne/-verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	[56], [62]	55,4	-120,9	176,3	145,8 %
Neubewertungsrücklage at-equity bewertete Unternehmen		-3,3	0,0	-3,3	o. A.
Latente Steuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	[49]	-13,7	34,4	-48,1	-139,8 %
Erfolgsneutrales Ergebnis		33,3	-115,1	148,4	128,9 %
Ergebnis der Periode nach IFRS		363,2	440,2	-77,0	-17,5 %
Davon:					
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbar		0,0	0,0	0,0	o. A.
Den Anteilseignern der Dekabank zurechenbar		363,2	440,2	-77,0	-17,5 %

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Mio. €	Notes	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
Aktiva					
Barreserve	[40]	3.608,1	778,4	2.829,7	(> 300 %)
Forderungen an Kreditinstitute	[14], [41]	27.094,0	24.670,1	2.423,9	9,8 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[15], [43]	(2,4)	(2,5)	-0,1	-4,0 %
Forderungen an Kunden	[14], [42]	22.508,0	23.388,7	-880,7	-3,8 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[15], [43]	(222,0)	(178,1)	43,9	24,6 %
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	[16], [44]	50.907,8	59.470,0	-8.562,2	-14,4 %
(davon als Sicherheit hinterlegt)	[74]	(10.642,9)	(10.596,4)	46,5	0,4 %
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	[9], [17], [45]	109,0	328,0	-219,0	-66,8 %
Finanzanlagen	[18], [46]	2.944,4	3.498,3	-553,9	-15,8 %
(netto nach Risikovorsorge in Höhe von)	[18]	(38,4)	(24,2)	14,2	58,7 %
(davon als Sicherheit hinterlegt)	[74]	(785,7)	(607,5)	178,2	29,3 %
Immaterielle Vermögenswerte	[19], [47]	191,2	203,7	-12,5	-6,1 %
Sachanlagen	[20], [48]	16,3	30,0	-13,7	-45,7 %
Laufende Ertragsteueransprüche	[22], [49]	164,0	165,1	-1,1	-0,7 %
Latente Ertragsteueransprüche	[22], [49]	57,5	137,5	-80,0	-58,2 %
Sonstige Aktiva	[21], [50]	380,5	504,8	-124,3	-24,6 %
Summe der Aktiva		107.980,8	113.174,6	-5.193,8	-4,6 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[23], [51]	24.084,1	26.739,0	-2.654,9	-9,9 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[23], [52]	29.462,0	27.626,8	1.835,2	6,6 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	[23], [53]	19.921,8	24.121,7	-4.199,9	-17,4 %
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	[16], [54]	27.114,8	27.128,5	-13,7	-0,1 %
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	[9], [17], [55]	36,0	118,8	-82,8	-69,7 %
Rückstellungen	[15], [24], [25], [43], [56], [57]	453,9	518,6	-64,7	-12,5 %
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	[22], [58]	79,7	92,5	-12,8	-13,8 %
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	[22], [58]	28,1	62,3	-34,2	-54,9 %
Sonstige Passiva	[26], [59]	675,2	919,6	-244,4	-26,6 %
Nachrangkapital	[27], [60]	1.149,7	1.170,7	-21,0	-1,8 %
Atypisch stille Einlagen	[28], [61]	52,4	52,4	0,0	0,0 %
Eigenkapital	[29], [62]	4.923,1	4.623,7	299,4	6,5 %
a) Gezeichnetes Kapital		191,7	191,7	0,0	0,0 %
b) Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		473,6	473,6	0,0	0,0 %
c) Kapitalrücklage		190,3	190,3	0,0	0,0 %
d) Gewinnrücklagen		4.119,1	3.855,3	263,8	6,8 %
e) Neubewertungsrücklage	[7], [9], [17], [18], [22], [46]	-135,7	-165,3	29,6	17,9 %
f) Rücklage aus der Währungsumrechnung	[11]	16,2	12,5	3,7	29,6 %
g) Bilanzgewinn/-verlust (Konzerngewinn)		67,9	65,6	2,3	3,5 %
h) Anteile im Fremdbesitz		0,0	0,0	0,0	o. A.
Summe der Passiva		107.980,8	113.174,6	-5.193,8	-4,6 %

Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Gezeichnetes Kapital	Zusätzliche Eigenkapital- bestandteile	Kapitalrücklagen	Gewinn- rücklagen	Konzerngewinn/ -verlust
Mio. €					
Bestand zum 01.01.2014	191,7	–	190,3	3.365,0	58,7
Konzernüberschuss					555,3
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	–	–	–	–	555,3
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und sonstige Veränderungen		473,6		0,6	
Einstellung in die Gewinnrücklagen				489,7	–489,7
Ausschüttung					–58,7
Bestand zum 31.12.2014	191,7	473,6	190,3	3.855,3	65,6
Konzernüberschuss					329,9
Erfolgsneutrales Ergebnis					
Ergebnis der Periode nach IFRS	–	–	–	–	329,9
Veränderungen im Konsolidierungskreis ¹⁾ und sonstige Veränderungen				1,8	
Einstellung in die Gewinnrücklagen				262,0	–262,0
Ausschüttung					–65,6
Bestand zum 31.12.2015	191,7	473,6	190,3	4.119,1	67,9

¹⁾ Beinhaltet die Ausgabe und Zinszahlungen (nach Steuern) von Tier-1-Anleihen, die unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

	Neubewertungsrücklage					Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Gesamt vor Fremdanteilen	Anteile im Fremdbesitz	Eigenkapital
	Pensions- rückstellungen	Cashflow Hedges	Finanzinstrumente Available-for-Sale	At-equity bewertete Unternehmen	Latente Steuern				
	-88,8	15,2	0,6	-	23,2	12,1	3.768,0	-	3.768,0
							555,3		555,3
	-121,0	-41,7	-0,6		47,8	0,4	-115,1		-115,1
	-121,0	-41,7	-0,6	-	47,8	0,4	440,2	-	440,2
							474,2	-	474,2
							-		-
							-58,7		-58,7
	-209,8	-26,5	-	-	71,0	12,5	4.623,7	-	4.623,7
							329,9		329,9
	55,4	-13,0	0,0	-3,3	-9,5	3,7	33,3		33,3
	55,4	-13,0	0,0	-3,3	-9,5	3,7	363,2	-	363,2
							1,8	-	1,8
							-		-
							-65,6		-65,6
	-154,4	-39,5	-	-3,3	61,5	16,2	4.923,1	-	4.923,1

Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Jahresüberschuss	329,9	555,3
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen und Zuschreibungen		
auf Forderungen und Finanzanlagen	92,1	18,0
auf Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	20,2	24,6
+/- Zuführung/Auflösung Rückstellungen	90,7	120,6
+/- Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	4,1	-3,4
+/- Andere zahlungsunwirksame Posten	171,7	-169,0
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen und Sachanlagen	-47,6	-0,3
+/- Sonstige Anpassungen	-406,2	-572,6
= Zwischensumme	254,9	-26,8
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
+/- Forderungen an Kreditinstitute	-2.500,9	5.490,3
+/- Forderungen an Kunden	807,2	4.042,9
+/- Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	5.547,2	1.216,0
+/- Finanzanlagen	-55,9	122,5
+/- Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	346,8	-172,1
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-2.624,1	-5.358,7
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.895,7	-368,7
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-4.192,0	443,6
+/- Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	2.898,9	-6.121,0
+/- Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-486,5	-188,7
+ Erhaltene Zinsen	1.674,5	2.060,7
+ Erhaltene Dividenden	33,7	109,3
- Gezahlte Zinsen	-1.088,1	-1.089,1
- Ertragsteuerzahlungen	-189,5	-139,6
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	2.321,9	20,6
+ Einzahlungen aus der Veräußerung oder Tilgung von		
Finanzinstrumenten der Kategorie Held to Maturity	540,5	153,9
Beteiligungen	8,7	3,4
Sachanlagen	54,9	0,1
Immateriellen Vermögenswerten	0,0	0,0
- Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzinstrumenten der Kategorie Held to Maturity	0,0	0,0
Immateriellen Vermögenswerten	-5,4	-9,5
Sachanlagen	-1,4	-2,2
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Anteilen an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	0,0	0,0
- Auszahlungen für den Erwerb von Anteilen an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	-3,6	0,0
+ Erhaltene Dividenden	0,3	0,6
+/- Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Veränderungen	0,0	-74,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	594,0	72,0
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,0	177,5
- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-20,6	-18,9
- Gezahlte Dividenden	-65,6	-58,7
+ Mittelzufluss aus Nachrangkapital	0,0	58,0
- Mittelabfluss aus Nachrangkapital	-9,0	0,0
+/- Veränderungen des Konsolidierungskreises und sonstige Veränderungen	9,0	0,6
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-86,2	158,5
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	2.829,7	251,1
+/- Andere Effekte	0,0	0,0
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	778,4	527,3
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.608,1	778,4

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestands in der Deko-Gruppe innerhalb des Geschäftsjahres dargestellt. Der Finanzmittelfonds entspricht der Bilanzposition Barreserve (siehe Note [40]).

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode ermittelt. Das heißt, der Konzern-Jahresüberschuss wird zunächst um nicht zahlungswirksame Posten, insbesondere Bewertungsergebnisse und Rückstellungszuführungen, bereinigt. Die Position Sonstige Anpassungen enthält im Wesentlichen die Umgliederung der zahlungswirksam vereinnahmten Zinsen und Dividenden sowie Zins- und Ertragsteuerzahlungen im Geschäftsjahr, die gemäß IAS 7 separat ausgewiesen werden müssen.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck grundsätzlich in einer langfristigen Investition beziehungsweise Nutzung besteht.

Unter Finanzierungstätigkeit fallen neben dem Eigenkapital auch die Cashflows aus den atypisch stillen Einlagen und dem Nachrangkapital.

Die Aussagekraft der Kapitalflussrechnung ist bei Kreditinstituten als gering einzuschätzen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Hinsichtlich des Liquiditätsrisikomanagements der Deko-Gruppe verweisen wir auf unsere Ausführungen im Risikobericht.

Notes

Grundlagen der Rechnungslegung	9
Segmentberichterstattung	11
1 Erläuterung zur Segmentberichterstattung	11
2 Segmentierung nach Geschäftsfeldern	12
3 Segmentierung nach geografischen Merkmalen	14
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	14
4 Allgemeine Angaben	14
5 Konsolidierungsgrundsätze	15
6 Konsolidierungskreis	17
7 Finanzinstrumente	17
8 Fair-Value-Bewertung der Finanzinstrumente	18
9 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen	19
10 Strukturierte Produkte	20
11 Währungsumrechnung	20
12 Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte	20
13 Bilanzierung von Leasingverhältnissen	21
14 Forderungen	21
15 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	21
16 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise Finanzpassiva	22
17 Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	23
18 Finanzanlagen	23
19 Immaterielle Vermögenswerte	24
20 Sachanlagen	24
21 Sonstige Aktiva	25
22 Ertragsteuern	25
23 Verbindlichkeiten	25
24 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	25
25 Sonstige Rückstellungen	26
26 Sonstige Passiva	26
27 Nachrangkapital	27
28 Atypisch stille Einlagen	27
29 Eigenkapital	27
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	28
30 Zinsergebnis	28
31 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	28
32 Provisionsergebnis	29
33 Handelsergebnis	29
34 Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value	29
35 Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39	30
36 Ergebnis aus Finanzanlagen	30
37 Verwaltungsaufwand	31
38 Sonstiges betriebliches Ergebnis	32
39 Ertragsteuern	32
Erläuterungen zur Bilanz	34
40 Barreserve	34
41 Forderungen an Kreditinstitute	34

42 Forderungen an Kunden	34
43 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	34
44 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	37
45 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	38
46 Finanzanlagen	38
47 Immaterielle Vermögenswerte	39
48 Sachanlagen	41
49 Ertragsteueransprüche	41
50 Sonstige Aktiva	43
51 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43
52 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43
53 Verbriefte Verbindlichkeiten	44
54 Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	44
55 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	45
56 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	45
57 Sonstige Rückstellungen	48
58 Ertragsteuerverpflichtungen	49
59 Sonstige Passiva	50
60 Nachrangkapital	51
61 Atypisch stille Einlagen	52
62 Eigenkapital	52
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	53
63 Buchwerte nach Bewertungskategorien	53
64 Ergebnis nach Bewertungskategorien	53
65 Fair-Value-Angaben	54
66 Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	61
67 Angaben zur Qualität von finanziellen Vermögenswerten	63
68 Kreditengagement in einzelnen europäischen Staaten	65
69 Derivative Geschäfte	66
70 Restlaufzeitengliederung	68
Sonstige Angaben	70
71 Eigenkapitalmanagement	70
72 Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel	70
73 Eventual- und andere Verpflichtungen	71
74 Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte	72
75 Nicht ausgebuchte, übertragene Finanzinstrumente	72
76 Patronatserklärung	73
77 Angaben zu Anteilen an Tochterunternehmen	73
78 Angaben zu Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen	74
79 Anteilsbesitzliste	77
80 Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	79
81 Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer	81
82 Bezüge der Organe	81
83 Abschlussprüferhonorare	81
84 Übrige sonstige Angaben	82
Versicherung des Vorstands	82

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Konzernabschluss der DekaBank Deutsche Girozentrale wird nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Maßgeblich sind diejenigen IFRS, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht und von der Europäischen Union (EU) in europäisches Recht übernommen wurden. Ferner werden die nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) im Rahmen des § 315a HGB berücksichtigt. Der Lagebericht wurde gemäß § 315 HGB erstellt.

Der in der Währung Euro aufgestellte Konzernabschluss umfasst die Bilanz, die Gesamtergebnisrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung und die Notes. Alle Betragsangaben wurden kaufmännisch gerundet. Bei der Bildung von Summen in Tabellen können sich geringfügige Abweichungen ergeben.

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Im Nachfolgenden werden die bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses berücksichtigten neuen beziehungsweise geänderten internationalen Rechnungslegungsvorschriften dargestellt, die für die Gruppe von Bedeutung sind.

IAS 19

Im Geschäftsjahr 2015 wurden erstmals die Änderungen an IAS 19 (2011) „Leistungsorientierte Pläne: Leistungen an Arbeitnehmer“ umgesetzt. Die neuen Regelungen enthalten Klarstellungen zur Berücksichtigung von Mitarbeiterbeiträgen im Rahmen leistungsorientierter Pensionszusagen. Die Änderungen hatten keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe.

Annual Improvements

Die im Dezember 2013 vom IASB im Rahmen des jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvements Project 2010-2012 sowie Project 2011-2013) veröffentlichten Änderungen an mehreren bestehenden Standards wurden von der Gruppe im Berichtsjahr umgesetzt. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe, da es sich insbesondere um Konkretisierungen beziehungsweise klarstellende Anwendungsleitlinien handelte.

Zukünftig anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften

Vom IASB beziehungsweise vom IFRIC veröffentlichte neue Standards und Interpretationen sowie Änderungen zu Standards und Interpretationen, die von der EU in europäisches Recht übernommen wurden und erst in späteren Geschäftsjahren verpflichtend anzuwenden sind, wurden nicht vorzeitig angewendet. Die für die Deka-Gruppe relevanten Änderungen sind im Folgenden dargestellt.

IAS 1

Am 18. Dezember 2014 hat das IASB Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ im Rahmen der Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen veröffentlicht. Die Änderungen betreffen insbesondere Klarstellungen zur Wesentlichkeit der Darstellung von Gliederungsposten in der Bilanz, der Gesamtergebnisrechnung, der Kapitalflussrechnung und der Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie von Anhangangaben. Unwesentliche Angaben sind demnach nicht mehr erforderlich, auch wenn ihre Angaben in anderen Standards explizit gefordert sind. Ferner werden Vorgaben zur Darstellung von Zwischensummen, zur Struktur des Anhangs sowie zu den Angaben zu Rechnungslegungsmethoden neu in IAS 1 eingefügt beziehungsweise bisherige Anforderungen klargestellt. Darüber hinaus beinhalten die Änderungen eine Klarstellung, wie Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen im Sonstigen Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung darzustellen sind. Der neue Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen, anzuwenden. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen werden ausschließlich Auswirkungen auf den Ausweis und die Darstellung im Konzernanhang haben und werden derzeit analysiert.

Annual Improvements

Im Dezember 2013 hat das IASB im Rahmen seines jährlichen Verbesserungsprozesses (Annual Improvements Project 2010-2012) unter anderem Änderungen an zwei bestehenden Standards veröffentlicht. Diese beiden Standards betreffende Änderungen treten in der EU für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Februar 2015 begonnen haben. Eine vorzeitige Anwendung ist möglich. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe.

Am 25. September 2014 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual Improvements Project 2012-2014 Änderungen an vier Standards. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen – in Abhängigkeit von der jeweiligen Änderung prospektiv oder retrospektiv. Bei den Änderungen handelt es

sich lediglich um Klarstellungen an bestehenden Standards. Eine freiwillige vorzeitige Anwendung ist möglich. Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deka-Gruppe.

Weitere vom IASB beziehungsweise vom IFRIC veröffentlichte und bereits endorsierte neue Standards und Interpretationen sowie Änderungen zu Standards und Interpretationen hatten keine oder nur geringfügige Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Ferner hat das IASB die folgenden für die Deka-Gruppe relevanten neuen oder überarbeiteten Standards veröffentlicht, die bislang noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden und somit nicht anzuwenden waren.

IFRS 15

Im Mai 2014 wurde der neue Standard IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“ veröffentlicht, der die bisherigen Vorschriften zur Erlösrealisierung (IAS 18 „Umsatzerlöse“, IAS 11 „Fertigungsaufträge“ sowie die zugehörigen Interpretationen) ersetzt. Der neue Standard sieht ein fünfstufiges Modell vor, nach dem Höhe und Zeitpunkt der Umsatzrealisierung zu bestimmen sind. IFRS 15 ist grundsätzlich auf alle Kundenvereinbarungen über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen anzuwenden, ausgenommen sind jedoch unter anderem Finanzinstrumente, deren Ertragsvereinnahmung in IFRS 9/IAS 39 geregelt ist.

Der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt wurde durch das IASB auf den 1. Januar 2018 verschoben, eine vorzeitige freiwillige Anwendung ist zulässig. Im Juni 2015 wurde zudem ein Exposure Draft mit Klarstellungen zum IFRS 15 („Clarifications to IFRS 15“) veröffentlicht, die daraus resultierenden Änderungen des IFRS 15 sollen im ersten Quartal 2016 veröffentlicht werden. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit analysiert.

IFRS 16

Am 13. Januar 2016 wurde der neue Standard IFRS 16 zur Bilanzierung von Leasingverhältnissen veröffentlicht. IFRS 16 löst IAS 17 „Leasingverhältnisse“ sowie die dazugehörigen Interpretationen IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“, SIC-15 „Operating-Leasingverhältnisse – Anreize“ und SIC-27 „Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen“ ab. Für Leasingnehmer erfordert der neue Standard einen vollkommen neuen Ansatz für die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen. Nach IAS 17 war bisher für die bilanzielle Erfassung eines Leasingverhältnisses beim Leasingnehmer die Übertragung wesentlicher Chancen und Risiken am Leasingobjekt entscheidend. Zukünftig ist grundsätzlich jedes Leasingverhältnis beim Leasingnehmer in Form eines Nutzungsrechts und einer Leasingverpflichtung als Finanzierungsvorgang in der Bilanz abzubilden. Für Leasinggeber sind die Bilanzierungsvorschriften, insbesondere im Hinblick auf die weiterhin erforderliche Klassifizierung von Leasingverhältnissen, weitgehend unverändert geblieben. IFRS 16 ist frühestens für die Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden derzeit analysiert.

IFRS 9

Am 24. Juli 2014 veröffentlichte das IASB die endgültigen Vorschriften zum IFRS 9 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“. IFRS 9 enthält neue Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zu Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte und zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen.

Der Standard sieht drei Kategorien für die Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten vor. In Abhängigkeit von der Zielsetzung des Managements und den Eigenschaften der vertraglichen Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts sind diese entweder als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“, als „zum Fair Value mit Wertänderungen ergebnisneutral im Eigenkapital“ oder als „zum Fair Value mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“ zu klassifizieren.

Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten unter IFRS 9 unterscheiden sich nicht wesentlich von den derzeitigen Regelungen. IFRS 9 schreibt lediglich vor, dass aus dem eigenen Kreditrisiko resultierende Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value designierten finanziellen Verbindlichkeiten ergebnisneutral im Eigenkapital und nicht wie bisher in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen sind.

Die Regelungen zur Bewertung finanzieller Vermögenswerte beruhen auf dem neuen Wertminderungsmodell erwarteter Verluste. Zur Ermittlung der Risikovorsorge sind die in den Anwendungsbereich fallenden Vermögenswerte in Abhängigkeit von der Kreditqualität einer von drei Stufen zuzuordnen. Die Zuordnung zu einer bestimmten Stufe hat Einfluss auf die Höhe der zu bildenden Risikovorsorge und die Zinsvereinnahmung des jeweiligen Vermögenswerts.

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Der Standard verfolgt das Ziel, die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem unternehmensspezifischen ökonomischen Risikomanagement in Einklang zu bringen.

IFRS 9 ist frühestens für die Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9.

Segmentberichterstattung

1 Erläuterung zur Segmentberichterstattung

Gemäß IFRS 8 basiert die Segmentberichterstattung auf dem „Management Approach“. Die Segmentinformationen werden entsprechend der internen Berichterstattung so dargestellt, wie sie dem sogenannten Chief Operating Decision Maker regelmäßig zur Entscheidungsfindung, Ressourcenallokation und Performancebeurteilung vorgelegt werden. Die Managementberichterstattung der Deko-Gruppe wird auf der Grundlage der IFRS-Rechnungslegung erstellt.

Da ein Ergebnis vor Steuern allerdings nur bedingt für eine interne Steuerung der Geschäftsfelder geeignet ist, wurde als zentrale Steuerungsgröße das Wirtschaftliche Ergebnis definiert. Aufgrund der Anforderungen des IFRS 8 wird das Wirtschaftliche Ergebnis seit 2007 auch als wesentliche Segmentinformation extern berichtet.

Das Wirtschaftliche Ergebnis enthält neben dem Ergebnis vor Steuern die Veränderung der Neubewertungsrücklage vor Steuern sowie das zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnis aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Other Liabilities, die im Konzernabschluss zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und für die in der internen Berichterstattung zusätzlich das Bewertungsergebnis erfasst wird. Somit können die bestehenden ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die die Anforderungen des IAS 39 zum Hedge Accounting nicht erfüllen, zur internen Steuerung vollständig abgebildet werden. Des Weiteren werden im Wirtschaftlichen Ergebnis steuerungsrelevante Effekte berücksichtigt. Die Bewertungs- und Ausweisunterschiede zum IFRS-Konzernabschluss sind in der Überleitung auf das Konzernergebnis vor Steuern in der Spalte „Überleitung“ ausgewiesen.

Neben dem Wirtschaftlichen Ergebnis stellen die Total Assets eine weitere wichtige Kennzahl der operativen Segmente dar. Die Total Assets setzen sich primär aus dem ertragsrelevanten Fondsvermögen der verwalteten Publikums- und Spezialfonds (inklusive ETF) der Geschäftsfelder Wertpapiere und Immobilien sowie den von der Deko-Gruppe emittierten Zertifikaten zusammen. Weitere Bestandteile sind dabei die Volumina der Direktanlagen in Kooperationspartnerfonds, der Kooperationspartner-, Drittfonds- und Liquiditätsanteile im fondsbasierten Vermögensmanagement sowie die Advisory-/Management-Mandate und Masterfonds. In den Total Assets sind auch Eigenbestände in Höhe von 1,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,3 Mrd. Euro) enthalten. Dabei handelt es sich überwiegend um Anschubfinanzierungen für neu aufgelegte Investmentfonds.

Aufbauend auf der Definition des § 19 Abs. 1 KWG beinhaltet das Brutto-Kreditvolumen zusätzliche Risikopositionen wie unter anderem auch Underlying-Risiken aus Aktienderivategeschäften und Geschäfte zur Abbildung der Garantieleistungen von Garantiefonds sowie darüber hinaus auch das Volumen außerbilanzieller Adressenrisiken.

Die folgenden Segmente basieren grundsätzlich auf der Geschäftsfeldstruktur der Deko-Gruppe, wie sie auch in der internen Berichterstattung dargestellt werden. Die Segmente sind nach den unterschiedlichen Produkten und Leistungen der Deko-Gruppe gegliedert.

Wertpapiere

Im Segment Wertpapiere sind sämtliche Aktivitäten der Deko-Gruppe zusammengefasst, die im Zusammenhang mit der kapitalmarktorientierten Vermögensverwaltung für private und institutionelle Kunden stehen. Die Produktpalette umfasst neben Investmentfonds und strukturierten Anlagekonzepten auch Angebote von ausgesuchten internationalen Kooperationspartnern. Die Investmentfonds der Deko-Gruppe decken sämtliche wichtigen Assetklassen ab, die zum Teil mit Garantie-, Discount- und Bonusstrukturen kombiniert sind. Zur privaten Altersvorsorge werden fondsbasierte Riester- und Rürup-Produkte angeboten. Das Segment beinhaltet zudem Advisory-, Management- und Vermögensverwaltungsmandate institutioneller Kunden sowie den Vertrieb Institutionelle Kunden. Des Weiteren sind in diesem Segment auch die Aktivitäten mit börsennotierten ETF integriert. Zudem sind die Master-KVG-Aktivitäten, über die institutionelle Kunden ihr verwaltetes Vermögen bei einer Investmentgesellschaft bündeln können, diesem Segment zugeordnet. Darüber hinaus werden Serviceleistungen rund um die Fondsadministration im Segment Wertpapiere ausgewiesen.

Immobilien

Im Segment Immobilien sind sämtliche Immobilienaktivitäten der Deko-Gruppe gebündelt. Der Schwerpunkt liegt auf der Bereitstellung von Immobilienanlageprodukten für private und institutionelle Investoren. Zum Produktspektrum gehören Offene Immobilien-Publikumsfonds, Immobilien-Spezialfonds, Individuelle Immobilienfonds sowie Immobilienkredit- und Infrastrukturkreditfonds. Neben dem Fondsmanagement und der Entwicklung immobilien(finanzierungs)basierter Produkte umfasst

das Segment den An- und Verkauf von Immobilien, das Management inklusive aller weiteren Immobiliendienstleistungen (Immobilienverwaltung) für diese Vermögenswerte sowie für von der Deka-Gruppe genutzte Immobilien. Der Bereich Immobilienfinanzierung dient als Kreditlieferant für das Asset Management und bietet drittverwendungsfähige Finanzierungslösungen für professionelle Immobilieninvestoren mit Fokus auf die für das Fondsgeschäft relevanten Märkte, Geschäftspartner und Nutzungsarten an.

Kapitalmarkt

Das Segment Kapitalmarkt ist der zentrale Produkt-, Lösungs- und Infrastrukturanbieter rund um alle Kapitalmarktaktivitäten. Das Segment fokussiert sich auf kundeninduzierte Geschäfte zwischen Sparkassen, DekaBank und Kapitalverwaltungsgesellschaften und übernimmt hierbei die Brückenfunktion von den Kunden zu den Kapitalmärkten. Zur Auslastung der Plattform werden die Dienstleistungen auch ausgewählten Kunden außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe wie insbesondere Banken, Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen angeboten.

Finanzierungen

Das Segment Finanzierungen bündelt neben dem Fokus auf die Refinanzierung von Sparkassen das Asset-Managementfähige Kreditgeschäft, das an andere Banken oder institutionelle Investoren weitergereicht werden kann. Das Asset-Managementfähige Kreditgeschäft wird in ausgewählten Segmenten konzentriert. Dies sind Infrastrukturfinanzierungen, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sowie ECA-gedeckte Exportfinanzierungen.

Treasury

Der Zentralbereich Treasury ist Bestandteil der übergreifenden Banksteuerung. Wesentliche Bereiche sind die Steuerung der Marktpreisrisiken im Anlagebuch sowie die Steuerung der Liquidität und die Refinanzierung der Deka-Gruppe. In seiner Rolle als zentraler Ressourcenmanager unterstützt das Treasury alle Geschäftsfelder. Das Treasury wird in der Segmentberichterstattung als eigenes Segment aufgeführt.

Sonstiges

Unter Sonstiges sind vor allem Erträge und Aufwendungen dargestellt, die nicht den operativen Segmenten zuordenbar sind. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Overhead-Kosten, versicherungsmathematische Gewinne und Verluste im Rahmen der Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen sowie die pauschale Vorsorge für potenzielle Verluste, die keinem operativen Segment direkt zurechenbar sind. Darüber hinaus werden die Serviceleistungen rund um das Investment-Depotgeschäft sowie Leistungen der zentralen Fondsabwicklung unter Sonstiges ausgewiesen.

Nicht-Kerngeschäft

Geschäftsaktivitäten, die nicht weiterverfolgt werden sollen, sind seit 2009 im Nicht-Kerngeschäft gebündelt. Hier werden Verbriefungen und nicht mehr im Kerngeschäft betriebene Kreditgeschäfte gemanagt und vermögenswährend abgebaut.

2 Segmentierung nach Geschäftsfeldern

Die Erträge und Aufwendungen werden grundsätzlich verursachungsgerecht dem jeweiligen Segment zugeordnet. Die Segmentaufwendungen beinhalten originäre sowie auf Basis der Kosten- und Leistungsverrechnung zugeordnete Aufwendungen.

Bei den steuerungsrelevanten Effekten handelt es sich um eine Vorsorge für potenzielle Belastungen, die aufgrund der Steuerungsfunktion des Wirtschaftlichen Ergebnisses in der Unternehmenssteuerung berücksichtigt werden, aber in der IFRS-Rechnungslegung mangels hinreichender Konkretisierung zum aktuellen Zeitpunkt nicht erfasst werden können.

Zur Abdeckung potenzieller Risiken, die in den kommenden Monaten wirksam werden könnten, wurde erstmals im Jahr 2012 ein pauschaler Vorsorgebetrag gebildet. Zum Jahresultimo belief sich der Vorsorgebestand für diese steuerungsrelevanten Effekte auf –100,0 Mio. Euro (Vorjahr: –112,6 Mio. Euro). Somit beträgt der Ergebniseffekt auf das Wirtschaftliche Ergebnis 12,6 Mio. Euro im Berichtsjahr (Vorjahr: –45,0 Mio. Euro). Davon entfielen 17,6 Mio. Euro auf das Segment Kapitalmarkt (Vorjahr: 0,0 Mio. Euro) und –5,0 Mio. Euro auf Sonstiges (Vorjahr: –45,0 Mio. Euro).

Darüber hinaus ist der gesamte Zinsaufwand (inklusive Zinsabgrenzung) in Höhe von –28,4 Mio. Euro (Vorjahr: –1,2 Mio. Euro) für die im Bestand befindlichen AT1-Anleihen im Wirtschaftlichen Ergebnis enthalten. Die erfolgten Ausschüttungen wurden gemäß IAS 32 direkt im Eigenkapital erfasst.

Überleitung der Segmentergebnisse auf das IFRS-Ergebnis

Die Ausweis- und Bewertungsunterschiede der internen Berichterstattung zum IFRS-Ergebnis vor Steuern betragen im Geschäftsjahr 9,6 Mio. Euro (Vorjahr: –330,6 Mio. Euro).

Das nicht erfolgswirksame Bewertungsergebnis betrug im Geschäftsjahr –29,7 Mio. Euro (Vorjahr: –166,4 Mio. Euro). Davon entfielen 23,8 Mio. Euro (Vorjahr: –103,7 Mio. Euro) auf zins- und währungsinduzierte Bewertungsergebnisse aus dem originären Kredit- und Emissionsgeschäft, –37,7 Mio. Euro (Vorjahr: –16,5 Mio. Euro) auf Wertpapiere der Kategorie Held to Maturity, denen im IFRS-Ergebnis vor Steuern Bewertungsergebnisse aus entsprechenden Zinsswaps gegenüberstehen, 12,6 Mio. Euro (Vorjahr: –45,0 Mio. Euro) auf die Berücksichtigung von steuerungsrelevanten Effekten sowie –28,4 Mio. Euro (Vorjahr: –1,2 Mio. Euro) auf den Zinsaufwand aus den AT1-Anleihen.

Die Bank sichert zudem zukünftige Kreditmargen von fest- und variabel verzinslichen Fremdwährungskrediten (Originärposition) gegen Währungsschwankungen ab. Für die ökonomisch bestehenden Sicherungsbeziehungen werden die Bilanzierungs- und Bewertungsregeln für Cashflow Hedges angewendet. Das Bewertungsergebnis der Sicherungsinstrumente in Höhe von –13,1 Mio. Euro (Vorjahr: –41,7 Mio. Euro) wird entsprechend erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage und damit als Bestandteil des Wirtschaftlichen Ergebnisses ausgewiesen. Ebenfalls im Wirtschaftlichen Ergebnis wird die Veränderung der Neubewertungsrücklage aus versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten in Höhe von 55,4 Mio. Euro (Vorjahr: –121,0 Mio. Euro) und erstmalig die Eigenkapital-Fortschreibung der at-equity bewerteten Unternehmen in Höhe von –3,3 Mio. Euro erfasst.

Bei den weiteren in der Überleitungs-Spalte aufgeführten Beträgen handelt es sich um Ausweisunterschiede zwischen der Managementberichterstattung und dem Konzernabschluss. Davon betreffen 20,4 Mio. Euro (Vorjahr: 36,5 Mio. Euro) interne Geschäfte, die im Wirtschaftlichen Ergebnis im Wesentlichen im Zinsergebnis und die entsprechenden gegenläufigen Ergebniseffekte im Finanzergebnis ausgewiesen werden. Ferner bestehen Ausweisunterschiede im Finanzergebnis und im Sonstigen betrieblichen Ergebnis durch die unterschiedliche Zuordnung der Ergebniseffekte aus dem Ruckerwerb eigener Emissionen.

	Wertpapiere		Immobilien		Kapitalmarkt		Finanzierungen	
	Wirtschaftliches Ergebnis							
Mio. €	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Zinsergebnis	27,8	43,4	61,4	65,7	-12,8	25,1	71,6	81,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-	-3,7	10,5	0,1	-0,1	-63,1	-22,9
Provisionsergebnis	781,6	700,3	220,9	218,0	103,3	88,3	9,6	7,9
Finanzergebnis ¹⁾	-31,6	4,0	-4,6	-0,6	303,6	277,5	-11,0	-3,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis ²⁾	-16,9	-2,6	36,6	3,4	24,1	-5,0	0,3	0,4
Summe Erträge	760,9	745,1	310,6	297,0	418,3	385,8	7,4	63,0
Verwaltungsaufwendungen (inklusive Abschreibungen)	458,9	439,3	146,7	134,8	168,9	180,5	26,5	27,3
Restrukturierungsaufwendungen ²⁾	-4,0	11,8	-0,1	1,6	-0,2	0,5	-	0,2
Summe Aufwendungen	454,9	451,1	146,6	136,4	168,7	181,0	26,5	27,5
(Wirtschaftliches) Ergebnis vor Steuern	306,0	294,0	164,0	160,6	249,6	204,8	-19,1	35,5
Aufwands-Ertrags-Verhältnis ³⁾	0,60	0,59	0,47	0,47	0,40	0,47	0,38	0,32
Gesamtrisiko (Value-at-Risk) ⁴⁾	620	585	213	176	508	383	371	263
Total Assets	198.743	184.024	29.504	27.829	11.797	8.503	-	-
Brutto-Kreditvolumen	7.190	6.546	7.022	6.167	95.107	84.150	16.539	17.915

¹⁾ Darin sind die Ergebniskomponenten der Handelsbuch-Bestände, das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis der Bankbuch-Bestände und die Risikovorsorge für Wertpapiere der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity in Höhe von -14,3 Mio. Euro (Vorjahr: -18,3 Mio. Euro) enthalten.

²⁾ Die Restrukturierungsaufwendungen werden in der Segmentberichterstattung gesondert ausgewiesen.

³⁾ Berechnung des Aufwands-Ertrags-Verhältnisses ohne Berücksichtigung der Restrukturierungsaufwendungen und der Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

⁴⁾ Value-at-Risk im Liquidationsansatz mit 99,9 Prozent Konfidenzniveau und einem Jahr Haltedauer jeweils per 31. Dezember. Aufgrund der zwischen den Segmenten (inklusive Sonstiges und Nicht-Kerngeschäft) innerhalb des Marktpreisrisikos berücksichtigten Diversifikation ergibt sich das Risiko des Kerngeschäfts und das Risiko der DeKa-Gruppe nicht additiv.

3 Segmentierung nach geografischen Merkmalen

Die nach geografischen Merkmalen gegliederten Ergebnisse der Unternehmensaktivitäten sind im Folgenden dargestellt. Die Segmentzuordnung erfolgt nach dem jeweiligen Sitz der Niederlassung oder des Konzernunternehmens.

Mio. €	Deutschland		Luxemburg		Übrige		Gruppe insgesamt	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Erträge	1.218,5	1.433,3	296,0	332,6	-	4,9	1.514,5	1.770,8
Ergebnis vor Steuern	474,4	724,7	124,6	145,9	2,0	1,1	601,0	871,7
Langfristiges Segmentvermögen ¹⁾	204,9	231,3	2,4	2,3	0,2	0,1	207,5	233,7

¹⁾ Langfristiges Segmentvermögen ohne Finanzinstrumente und latente Ertragsteueransprüche.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

4 Allgemeine Angaben

Die beschriebenen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt und ebenso wie abgegrenzte Zinsen in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

Treasury		Sonstiges ⁵⁾		Kerngeschäft insgesamt		Nicht-Kerngeschäft		Deka-Gruppe		Überleitung		Deka-Gruppe	
Wirtschaftliches Ergebnis												IFRS-Ergebnis vor Steuern	
2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
22,5	92,9	-0,1	-0,2	170,4	308,1	12,3	17,7	182,7	325,8	8,8	-31,3	191,5	294,5
0,2	-	-	-	-66,5	-12,5	1,3	8,4	-65,2	-4,1	0,1	-0,1	-65,1	-4,2
-4,3	-4,4	0,1	0,3	1.111,2	1.010,4	-0,2	-	1.111,0	1.010,4	-0,9	-2,0	1.110,1	1.008,4
-42,2	-7,7	-33,8 ⁶⁾	-57,6 ⁶⁾	180,4	212,0	20,7	30,2	201,1	242,2	46,2	262,5	247,3	504,7
-0,1	-	50,5	-130,3	94,5	-134,1	-	-	94,5	-134,1	-63,8	101,5	30,7	-32,6
-23,9	80,8	16,7	-187,8	1.490,0	1.383,9	34,1	56,3	1.524,1	1.440,2	-9,6	330,6	1.514,5	1.770,8
28,0	30,4	85,6	69,3	914,6	881,6	2,8	3,1	917,4	884,7	-	-	917,4	884,7
-	-	0,4	0,3	-3,9	14,4	-	-	-3,9	14,4	-	-	-3,9	14,4
28,0	30,4	86,0	69,6	910,7	896,0	2,8	3,1	913,5	899,1	-	-	913,5	899,1
-51,9	50,4	-69,3	-257,4	579,3	487,9	31,3	53,2	610,6	541,1	-9,6	330,6	601,0	871,7
o. A.	0,38	-	-	0,59	0,63	0,09	0,06	0,58	0,61				
698	667	-	-	2.383	2.048	97	170	2.440	2.185				
-	-	-	-	240.045	220.356	-	-	240.045	220.356				
15.301	23.618	76 ⁷⁾	86 ⁷⁾	141.235	138.482	1.109	1.782	142.344	140.264				

⁵⁾ Für das Segment Sonstiges erfolgt mangels wirtschaftlicher Aussagekraft keine Angabe zum Aufwands-Ertrags-Verhältnis und Gesamtrisiko.

⁶⁾ Darin enthalten ist die Vorsorge für potenzielle Verluste aus steuerungsrelevanten Effekten von per saldo -5,0 Mio. Euro (Vorjahr: -45,0 Mio. Euro). Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Zusatzinformation, die nicht Bestandteil des Anhangs nach IFRS ist.

⁷⁾ Im Brutto-Kreditvolumen werden die Beteiligungen nicht den jeweiligen Segmenten zugeordnet, sondern separat unter Sonstiges dargestellt.

Im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendige Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard bestmöglich (Best Estimate), werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf Erfahrungswerten und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich unter anderem im Zusammenhang mit der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, dem Werthaltigkeitstest für Geschäfts- oder Firmenwerte sowie den Rückstellungen und sonstigen Verpflichtungen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei den Erläuterungen der entsprechenden Posten im Folgenden ausführlich dargelegt.

Die Angaben gemäß IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ zu Art und Ausmaß von Risiken aus Finanzinstrumenten, die ebenfalls Bestandteil des Konzernanhangs sind, erfolgen mit Ausnahme der Restlaufzeitengliederung (siehe Note [70]) im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts.

5 Konsolidierungsgrundsätze

Tochterunternehmen sind Gesellschaften, die von der DekaBank direkt oder indirekt beherrscht werden. Die Beurteilung, ob die DekaBank als Mutterunternehmen Beherrschung ausüben kann und somit eine Konsolidierungspflicht besteht, erfolgt durch die Überprüfung der folgenden drei Kriterien, die kumulativ erfüllt sein müssen:

- Die DekaBank besitzt die Verfügungsgewalt direkt oder indirekt durch Stimmrechte oder andere vertragliche Rechte und hat deshalb die gegenwärtige Fähigkeit zur Lenkung und Festlegung der maßgeblichen Tätigkeit der Unternehmen.
- Die DekaBank ist aus ihrer Beziehung zu dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt.
- Die DekaBank kann ihre Verfügungsgewalt gegenwärtig nutzen, um diese variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Sind Stimmrechte maßgeblich für die Beurteilung, dann wird Beherrschung angenommen, wenn die DekaBank direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der relevanten Stimmrechte hält, die ihr die gegenwärtige Fähigkeit zur Lenkung der maßgeblichen Tätigkeit geben. Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substantiell erachtet werden.

In bestimmten Fällen kann Beherrschung über ein anderes Unternehmen auch ohne den Besitz der Mehrheit der relevanten Stimmrechte ausgeübt werden, beispielsweise aufgrund einer oder mehrerer vertraglicher Vereinbarungen oder gesetzlicher Regelungen. Die Beurteilung, ob eine Konsolidierungspflicht vorliegt, erfolgt dabei unter Berücksichtigung sämtlicher vorliegenden Tatsachen und Umstände. Hierbei ist unter anderem auf den Geschäftszweck und die relevante Tätigkeit des zu betrachtenden Unternehmens abzustellen. Dies gilt insbesondere für Strukturierte Unternehmen, die so konzipiert wurden, dass Stimmrechte oder vergleichbare vertragliche Rechte nicht der dominierende Faktor sind, um festzulegen, wer das Unternehmen beherrscht. Die Deko-Gruppe bezieht deshalb in die Überprüfung der Konsolidierungspflicht auch Strukturierte Unternehmen (Investmentfonds, Kreditfinanzierungen und Verbriefungsgesellschaften) ein.

Bei der Beurteilung, ob Beherrschung vorliegt, ist zudem zu prüfen, ob gegebenenfalls eine Prinzipal-Agenten-Beziehung besteht. In diesem Fall lägen die Rechte zur Ausübung der Verfügungsgewalt bei einer weiteren Vertragspartei (Agent), die diese im Auftrag eines Prinzipals ausübt, der somit faktisch die Beherrschung ausübt.

Die Deko-Gruppe verfügt über die Rechte zur Ausübung der Verfügungsgewalt für von der Deko-Gruppe aufgelegte und verwaltete Investmentfonds, welche sie als Agent für alle Anleger in diesen Investmentfonds ausübt. Die Deko-Gruppe hält im Rahmen von Anschubfinanzierungen Anteile an konzerneigenen Investmentfonds, um diesen Liquidität zur Verfügung zu stellen. In diesen Fällen kann Beherrschung entstehen, wenn der DekoBank als Anleger im Investmentfonds ein maßgeblicher Anteil der variablen Rückflüsse zuzurechnen ist.

Die Konsolidierung erfolgt ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern Beherrschung durch die relevante Stimmrechtsmehrheit oder andere vertragliche Vereinbarungen erlangt, und endet zu dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit der Beherrschung mehr vorliegt. Auf die Einbeziehung von Tochterunternehmen wird verzichtet, wenn diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die DekoBank überprüft ihre Konsolidierungsentscheidungen anlassbezogen sowie mindestens an jedem Bilanzstichtag. Es erfolgt eine erneute Beurteilung, ob Konsolidierungspflicht vorliegt, falls sich Stimmrechtsanteile oder andere Entscheidungsrechte auf Basis von vertraglichen Vereinbarungen oder Änderungen der Finanzierungs-, Eigentums- oder Kapitalstrukturen ergeben.

Veränderungen des Eigentumsanteils an einem Tochterunternehmen, die zu keinem Beherrschungsverlust führen, sind als Transaktionen zwischen Anteilseignern anzusehen und entsprechend in den Gewinnrücklagen zu berücksichtigen.

Verliert die Deko-Gruppe die Beherrschung an einem Tochterunternehmen, so werden die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens und der Buchwert eventuell bestehender nicht beherrschender Anteile am Tochterunternehmen ausgebucht. Eine eventuell erhaltene Gegenleistung und die behaltene Anteile an dem Tochterunternehmen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Eine hieraus entstehende Differenz, die dem Mutterunternehmen zuzurechnen ist, wird als Gewinn oder Verlust im Konzernergebnis berücksichtigt. Die in früheren Perioden in den sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten Beträge werden in das Konzernergebnis oder, falls von anderen IFRS gefordert, in die Gewinnrücklagen umgebucht.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem die DekoBank über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn die DekoBank direkt oder indirekt zwischen 20,0 und 50,0 Prozent der Stimmrechtsanteile hält. Hierbei werden auch potenzielle Stimmrechte, die gegenwärtig ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt.

Bei einem Stimmrechtsbesitz von weniger als 20,0 Prozent sind bei der Beurteilung, ob ein maßgeblicher Einfluss besteht oder nicht, unter anderem weitere Faktoren wie beispielsweise die Möglichkeit der Deko-Gruppe, die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien des Beteiligungsunternehmens auszuüben oder das Vorliegen wesentlicher Geschäftsvorfälle zwischen der Deko-Gruppe und dem Beteiligungsunternehmen zu berücksichtigen. Falls die genannten Rechte anderen Gesellschaftern zustehen, ist es möglich, dass ein maßgeblicher Einfluss nicht ausgeübt werden kann, obwohl der Stimmrechtsanteil mindestens 20,0 Prozent beträgt.

Gemeinsame Vereinbarungen im Sinne des IFRS 11 bestehen bei der Deko-Gruppe ausschließlich in Form von Gemeinschaftsunternehmen. Gemeinschaftsunternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass die Partnerunternehmen die gemeinschaftliche Führung über die paritätisch vorhandenen Stimmrechte ausüben. Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Sofern ein at-equity bewertetes Unternehmen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwendet, werden angemessene Anpassungen an die IFRS-Konzernvorgaben im Rahmen einer Nebenrechnung vorgenommen.

Die Konsolidierung der Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach werden alle Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt beziehungsweise zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) angesetzt. Ein sich aus der Verrechnung der Anschaffungskosten mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender positiver Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) unter den Immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mindestens jährlich, sofern Anzeichen für eine mögliche Wertminderung bestehen, auch unterjährig auf Werthaltigkeit überprüft (Impairment-Test). Wird eine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts festgestellt, erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren Wert (siehe Note [47]). Sofern Anteile Konzernfremder am Eigenkapital beziehungsweise am Ergebnis der Tochtergesellschaften der Bank existieren, werden diese im Posten Anteile in Fremdbesitz gesondert im Eigenkapital beziehungsweise im Posten Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen. Die unwesentlichen Anteile Konzernfremder an Investmentfonds und an Personengesellschaften stellen, sofern diese ein jederzeitiges Rückgaberecht haben, aus Sicht der Gruppe Fremdkapital dar und werden entsprechend als Sonstige Passiva ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung eliminiert.

Der Konzernabschluss der DekaBank wurde nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen (verbundene und strukturierte Unternehmen) sowie die aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht einbezogenen Tochterunternehmen (verbundene und strukturierte Unternehmen) sowie Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen sind aus der Anteilsbesitzliste (siehe Note [79]) ersichtlich.

6 Konsolidierungskreis

Änderungen des Konsolidierungskreises ergaben sich im Berichtsjahr aus dem Abgang der VM Bank International S.A. i.L., Luxemburg, die mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 liquidiert wurde, und den Abgängen von zwei strukturierten Unternehmen. Der BG Asset Fonds, Berlin, wurde liquidiert und das Teilgesellschaftsvermögen Deka Realkredit Klassik der Deka Investors Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital und Teilgesellschaftsvermögen wurde entkonsolidiert. Die Deka-Gruppe hat darüber hinaus im Berichtsjahr zwei Tochterunternehmen im Ausland gegründet, die Deka Far East Pte. Ltd., Singapur, und die Deka Real Estate Services USA Inc., New York. Für detailliertere Informationen zur Zusammensetzung der Gruppe verweisen wir auf Note [77].

7 Finanzinstrumente

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Der Ansatz erfolgt bei Kassakäufen und -verkäufen (Regular Way Contracts) zum Erfüllungstag. Bewertungseffekte aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, deren Erfüllungstag nach dem Bilanzstichtag liegt, werden erfolgswirksam erfasst und in den Sonstigen Aktiva beziehungsweise Passiva ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind oder an Konzernfremde in der Weise übertragen wurden, dass die Chancen und Risiken im Wesentlichen übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zum Zeitpunkt ihres Erwerbs zugeordnet wurden.

Finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Innerhalb dieser Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als Held for Trading zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als at Fair Value through Profit or Loss designiert werden (Designated at Fair Value). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als Held for Trading werden zum einen die Finanzinstrumente klassifiziert, die mit der Absicht erworben wurden, Gewinne aus kurzfristigen Schwankungen des Preises oder aus der Händlermarge zu erzielen. Zum anderen gehören Derivate, soweit sie nicht Sicherungsinstrumente sind, in diese Subkategorie.

Die Subkategorie Designated at Fair Value ergibt sich aus der Anwendung der Fair-Value-Option des IAS 39. In diese Subkategorie werden jene finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen designiert, die als Einheit im Rahmen der dokumentierten Risikomanagementstrategie der Bank auf Fair-Value-Basis gesteuert werden. Sowohl das Risiko als auch die Ergebnisse

hieraus werden auf Basis von Fair Values ermittelt und an den Vorstand berichtet. Die Ausübung der Fair-Value-Option führt hier zu einer Harmonisierung von wirtschaftlicher Steuerung und Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Darüber hinaus wird die Fair-Value-Option für Finanzinstrumente zur Vermeidung der potenziellen Trennungspflicht eingebetteter Derivate sowie zur Beseitigung oder wesentlichen Verringerung von Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) ausgeübt. Diese Finanzinstrumente werden ebenfalls zum Zeitpunkt ihres Erwerbs der Subkategorie Designated at Fair Value zugeordnet.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Als Loans and Receivables sind alle nicht-derivativen Finanzinstrumente zu klassifizieren, die mit festen oder bestimm-
baren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Voraussetzung ist, dass die entsprechenden
Finanzinstrumente bei Zugang nicht den Kategorien Financial Assets or Liabilities at Fair Value through Profit or Loss oder
Available for Sale zugeordnet werden. Loans and Receivables sind mit fortgeführten Anschaffungskosten (Amortised Cost) zu
bewerten. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Loans and Receivables
auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend werden gegebenenfalls Wertberichtigungen gebildet (siehe Note [15]). Im Falle einer
Wertaufholung erfolgt diese erfolgswirksam über die Ergebnisrechnung. Die Obergrenze der Zuschreibung bilden die fort-
geführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Abschreibungen ergeben hätten.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity)

Besitzen finanzielle Vermögenswerte feste oder bestimmbare Zahlungen sowie eine feste Laufzeit, können sie grund-
sätzlich der Kategorie Held to Maturity zugeordnet werden. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Finanzinstrumente mit der
Absicht und der Fähigkeit erworben wurden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Held-to-Maturity-Vermögenswerte sind zu
fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminde-
rungen werden Finanzinstrumente, die der Kategorie Held to Maturity zugeordnet sind, auf Werthaltigkeit geprüft und gege-
benenfalls Wertberichtigungen gebildet (siehe Note [18]). Wertaufholungen erfolgen erfolgswirksam über die Ergebnisrech-
nung. Die Obergrenze der Zuschreibung bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt
ohne Abschreibungen ergeben hätten.

Zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere und Forderungen (Available for Sale)

Die Kategorie Available for Sale beinhaltet alle nicht-derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien
zugeordnet wurden. Finanzinstrumente des Available-for-Sale-Bestands sind mit dem Fair Value zu bewerten. Das Bewertungs-
ergebnis wird im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) in der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Bei bonitätsinduzierten Wertminde-
rungen (Impairment) beziehungsweise bei Realisierung von Bewertungsergebnissen wird das zuvor im erfolgsneutralen Ergebnis
(OCI) erfasste kumulierte Ergebnis vom Eigenkapital in den Gewinn oder Verlust umgegliedert. Erfasste Wertminderungen
werden bei anschließender Wertaufholung bei Schuldtiteln erfolgswirksam und bei Eigenkapitalinstrumenten im erfolgsneutralen
Ergebnis (OCI) erfasst. Wertpapiere der Kategorie Available for Sale werden im Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities)

Die Kategorie Other Liabilities beinhaltet die finanziellen Verbindlichkeiten einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten,
soweit sie nicht in die Kategorie at Fair Value through Profit or Loss designiert werden. Sie werden zu fortgeführten Anschaf-
fungskosten (Amortised Cost) bilanziert.

Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind beziehungsweise für die die Fair-Value-Option
ausgeübt werden soll, werden nach IAS 39 erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle anderen Kreditzusagen
werden entsprechend den Vorschriften des IAS 37 außerbilanziell erfasst. Ist aufgrund der durchgeführten Bonitätsanalysen
davon auszugehen, dass ein Ausfall des Kreditnehmers wahrscheinlich ist, werden Kreditrückstellungen nach bestmöglicher
Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet.

Finanzgarantien werden sowohl beim erstmaligen Ansatz als auch in der Folgebewertung in Übereinstimmung mit IAS 39.47(c)
nach der Nettomethode bilanziert. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wird die Finanzgarantie zum Fair Value bilanziert,
der sich aus dem Barwert der erwarteten übernommenen Leistungsverpflichtungen und dem gegenläufigen Barwert der
zukünftigen Entgelte zusammensetzt. Dieser ist bei marktgerechter Konditionengestaltung in der Regel null.

8 Fair-Value-Bewertung der Finanzinstrumente

Als Fair Value wird der Betrag angesehen, den man in einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am
Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten oder bei der Übertragung einer Schuld zahlen würde.

Die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten erfolgt auf der Basis von Marktkursen beziehungsweise beobachtbaren
Marktdaten des Stichtags und anerkannten Bewertungsmodellen.

In Fällen, in denen kein Preis von einem aktiven Markt verfügbar ist, wird auf Bewertungsmodelle zurückgegriffen, die für die jeweiligen Finanzinstrumente als angemessen erachtet werden. Sofern verfügbar, werden als Grundlage stets beobachtbare Marktdaten herangezogen. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Börsenkursen, validen Preisen oder Marktdaten variiert jedoch je nach Finanzinstrument und kann sich im Zeitablauf ändern. Darüber hinaus werden die Bewertungsmodelle bei Bedarf periodisch neu ausgerichtet und validiert. Je nach Finanzinstrument und Marktsituation kann es erforderlich sein, dass Annahmen und Einschätzungen der Bank in die Bewertung mit einfließen. Auch die Auswahl passender Modellierungstechniken, geeigneter Parameter und Annahmen unterliegt der Entscheidung der Bank. Die Fair-Value-Ermittlung auf Basis finanzmathematischer Bewertungsmodelle kann erheblich durch die zugrunde gelegten Annahmen beeinflusst werden. Sofern keine Preise von aktiven Märkten vorliegen, ist der Fair Value daher als stichtagsbezogener Modellwert zu verstehen, der eine realistische Schätzung widerspiegelt, wie der Markt das Finanzinstrument voraussichtlich bewerten könnte.

Sofern für Vermögenswerte und Verbindlichkeiten Geld- und Briefkurse existieren, ist nach den Vorschriften des IFRS 13 der Preis für die Fair-Value-Ermittlung zu verwenden, der innerhalb der Geld-Brief-Spanne den Fair Value am besten widerspiegelt, wobei die Bewertung zu Mittelkursen eine zulässige Konvention darstellt. Die DekaBank bewertet Finanzinstrumente grundsätzlich zu Mittelkursen. Für illiquide Finanzinstrumente, die in der Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet sind, wird eine Bewertungsanpassung für die Geld-Brief-Spanne (bid-ask adjustments) berücksichtigt.

Zudem berücksichtigt die Bank bei der Bewertung von OTC-Derivaten Credit Value Adjustments (CVA) beziehungsweise Debit Value Adjustments (DVA), um dem Kreditrisiko des Kontrahenten beziehungsweise dem eigenen Kreditrisiko Rechnung zu tragen, wenn diese nicht bereits an anderer Stelle in das Bewertungsmodell einbezogen wurden. Soweit für Kontrahenten ein Netting-Agreement vorliegt, erfolgt die Berechnung auf Ebene des Kontrahenten auf Basis der Nettoposition, in den übrigen Fällen erfolgt die Berechnung auf Basis der Einzelpositionen. Im vierten Quartal 2015 wurde in der Deka-Gruppe erstmals ein Funding Valuation Adjustment (FVA), welches die marktimplizierten Refinanzierungskosten für nicht besicherte derivative Positionen darstellt, berücksichtigt. Die Fristigkeit der Finanzierung wird dabei als wichtiger Bestandteil des beizulegenden Zeitwerts für nicht besicherte Derivate angesehen.

9 Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen

Nach den Vorschriften des IAS 39 werden Derivate grundsätzlich als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert und zum Fair Value bewertet. Das Bewertungs- und Zinsergebnis wird im Handelsergebnis ausgewiesen. Die Deka-Gruppe schließt Derivate sowohl zu Handelszwecken als auch zu Sicherungszwecken ab. Zu Sicherungszwecken abgeschlossene Derivate können unter bestimmten Voraussetzungen als Sicherungsbeziehung gemäß IAS 39 (Hedge Accounting) bilanziert werden. Derivative Finanzinstrumente, die im Rahmen der ökonomischen Absicherung eingesetzt werden und die Anforderungen des IAS 39 (Hedge Accounting) nicht erfüllen, werden analog zu den zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten als Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise -passiva ausgewiesen. Das Zinsergebnis der ökonomischen Sicherungsgeschäfte wird analog zu den Zinsen der Sicherungsderivate im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) im Posten Zinsergebnis ausgewiesen. Bewertungsergebnisse aus ökonomischen Sicherungsderivaten werden im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value berücksichtigt.

Um Hedge Accounting anwenden zu können, müssen die Sicherungsbeziehungen im Zeitpunkt ihrer Begründung einzeln dokumentiert werden. Diese Dokumentation beinhaltet vor allem die Identifikation von Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos. Darüber hinaus verlangt IAS 39 den Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhangs. Die Effektivität der Sicherungsbeziehung muss für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit ermittelt werden.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements setzt die DekaBank Fair Value Hedges im Sinne des IAS 39 ein. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps designiert, die zur Besicherung des Kredit-, Wertpapier- und Emissionsgeschäfts gegen Zinsänderungsrisiken abgeschlossen wurden und den Anforderungen des Hedge Accounting genügen. Als Sicherungszusammenhänge werden ausschließlich Microhedges designiert, wobei die Sicherungsinstrumente einem oder mehreren gleichartigen Grundgeschäften gegenüberstehen können.

Bei Fair Value Hedges werden Wertänderungen des Grundgeschäfts, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zusammen mit der gegenläufigen Fair-Value-Änderung des Sicherungsgeschäfts im Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39 erfasst. Die zur Absicherung eingesetzten Derivate werden in der Bilanz als Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen. Die Effektivität der Sicherungsbeziehungen von Fair Value Hedges wird grundsätzlich mittels Regressionsanalyse täglich überwacht. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn während der gesamten Dauer der Sicherungsbeziehung das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft zwischen 0,80 und 1,25 liegt. Ist eine Sicherungsbeziehung nicht mehr effektiv, wird sie aufgelöst. Die prospektive Effektivitätsmessung erfolgt anhand der Critical-Term-Match-Methode.

Daneben nutzt die DekaBank die Regelungen zum Cashflow Hedge Accounting. Gegenstand der Cashflow Hedges sind zukünftig ergebniswirksame Cashflows von Fremdwährungskrediten, die gegen Währungsrisiken abgesichert wurden. Als Sicherungsinstrumente werden Devisenkassageschäfte mit rollierenden Devisenswaps designiert.

Bei Cashflow Hedges wird der effektive Teil der Fair-Value-Änderung des Sicherungsderivats über das erfolgsneutrale Ergebnis (OCI) im Eigenkapital (Neubewertungsrücklage für Cashflow Hedges) erfasst. In der Bilanz werden die Sicherungsinstrumente als Positive beziehungsweise Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten ausgewiesen. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Beträge werden in der Periode erfolgswirksam vereinnahmt, in der auch die abgesicherten Cashflows ergebniswirksam werden. Die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Ergebniskomponenten werden erfolgswirksam erfasst.

Zur prospektiven Effektivitätsmessung dient ein tägliches Reporting, welches die erwarteten zukünftigen Cashflows aus den Grundgeschäften den Cashflows der Sicherungsgeschäfte gegenüberstellt. Der Cashflow Hedge gilt als effektiv, wenn die zukünftig auftretenden Cashflows der abgesicherten Geschäfte mindestens die Cashflows der Sicherungsgeschäfte kompensieren. Ändern sich die zukünftigen Cashflows (zum Beispiel durch Sondertilgungen, Zinszahlungstermine der Kredite), erfolgt eine unmittelbare Anpassung des Hedge und damit die Sicherstellung einer taggleichen Effektivität. Für den retrospektiven Nachweis der Effektivität wird monatlich überprüft, ob die tatsächlich vereinnahmten Cashflows den erwarteten Cashflows aus der ursprünglichen Absicherung entsprechen.

10 Strukturierte Produkte

Als strukturierte Produkte werden Finanzinstrumente bezeichnet, die sich aus einem Basisvertrag (Host Contract) und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten (Embedded Derivatives) zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen integralen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden können. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet,
- die wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des eingebetteten Derivats weisen keine enge Verbindung mit den wirtschaftlichen Charakteristika und Risiken des Basisvertrags auf und
- die Vertragsnormen der eingebetteten Derivate würden, sofern es sich um ein eigenständiges Finanzinstrument handeln würde, die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

In der Deka-Gruppe werden trennungspflichtige finanzielle Vermögenswerte in der Kategorie Designated at Fair Value erfasst und in der Bilanz unter den Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva ausgewiesen. Am Bilanzstichtag lagen keine trennungspflichtigen Bankbuch-Bestände vor. Strukturierte Handelsemissionen werden als Held for Trading kategorisiert.

11 Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung in der Deka-Gruppe erfolgt gemäß IAS 21. Sämtliche monetären Fremdwährungsposten werden zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Nicht-monetäre Posten werden entsprechend ihrem jeweiligen Bewertungsmaßstab umgerechnet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzte nicht-monetäre Posten werden mit dem Kurs zum Zugangszeitpunkt (historischer Kurs) umgerechnet. Zum Fair Value angesetzte nicht-monetäre Posten werden analog zu den monetären Posten zum aktuellen Stichtagskurs umgerechnet. Das Ergebnis aus der Währungsumrechnung wird erfolgswirksam im Posten Handelsergebnis (für die Portfolios des Handelsbuchs) beziehungsweise im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value (für die Portfolios des Bankbuchs) erfasst. Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich mit dem Kassamittelkurs des Tags umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

Die Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Abschlüsse ausländischer Tochterunternehmen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode. Sämtliche Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Stichtagskurs umgerechnet. Die Posten der Gesamtergebnisrechnung werden mit dem arithmetischen Mittel der Monatsultimokurse des Berichtsjahres umgerechnet. Das Eigenkapital wird, mit Ausnahme der Neubewertungsrücklage (zum Stichtagskurs) und des Jahresergebnisses (aus der Gesamtergebnisrechnung), auf der Basis der historischen Wertverhältnisse zum Zeitpunkt des Zugangs aus Konzernsicht umgerechnet. Die sich ergebenden Umrechnungsdifferenzen werden im Eigenkapitalposten Rücklage aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

12 Echte Pensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte

In der Deka-Gruppe werden sowohl echte Wertpapierpensionsgeschäfte als auch Wertpapierleihegeschäfte getätigt.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere später gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen. Die Bilanzierung des übertragenen Wertpapiers erfolgt weiterhin beim

Pensionsgeber in der bisherigen Bewertungskategorie, da die wesentlichen Eigentümerchancen und -risiken nicht übertragen wurden. In Höhe des erhaltenen beziehungsweise geleisteten Barbetrags wird eine Verbindlichkeit beim Pensionsgeber beziehungsweise eine Forderung beim Pensionsnehmer bilanziert. Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Pensionsgeschäften werden bei Erfüllung der Saldierungskriterien des IAS 32 miteinander verrechnet und auf Nettobasis in der Bilanz unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden ausgewiesen.

Unter dem Begriff der Wertpapierleihe werden Geschäfte verstanden, bei denen vom Verleiher Wertpapiere an den Entleiher übereignet werden mit der Verpflichtung, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Die Bilanzierung der verliehenen Wertpapiere erfolgt analog zu den echten Pensionsgeschäften. Bei Wertpapierleihegeschäften sind regelmäßig Sicherheiten zu stellen. Barsicherheiten werden in der Bilanz des Verleihers als Verbindlichkeiten beziehungsweise in der Bilanz des Entleihers als Forderungen ausgewiesen. Vom Entleiher gestellte Wertpapiersicherheiten werden von diesem weiterhin bilanziert.

Leihe- und Pensionsgeschäfte werden zu marktüblichen Konditionen getätigt. Dabei unterliegen die Geschäfte entweder den Clearing-Bedingungen des jeweiligen zentralen Kontrahenten oder werden unter Verwendung der standardisierten deutschen beziehungsweise internationalen Rahmenverträge geschlossen. Übertragene Wertpapiere dürfen vom Empfänger grundsätzlich weiterveräußert oder weiterverpfändet werden, wenn keine anderweitigen vertraglichen Vereinbarungen beziehungsweise Regelungen vorliegen. Bei der Veräußerung von entliehenen Wertpapieren beziehungsweise von Sicherheiten wird die entstehende Short-Position unter den Zum Fair Value bewerteten Finanzpassiva ausgewiesen.

Soweit Geschäfte zu Handelszwecken abgeschlossen wurden, werden Erträge und Aufwendungen aus Pensionsgeschäften und aus Wertpapierleihegeschäften im Handelsergebnis ausgewiesen. Bei Anwendung der Fair-Value-Option erfolgt der Ausweis im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value.

13 Bilanzierung von Leasingverhältnissen

Entscheidend für die Klassifizierung und damit für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen ist nicht das rechtliche Eigentum am Leasingobjekt, sondern primär der wirtschaftliche Gehalt des Leasingvertrags: Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem rechtlichen Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, erfolgt eine Klassifizierung als Finanzierungsleasing. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Deka-Gruppe als Leasingnehmer

Bei den von der Deka-Gruppe als Leasingnehmer abgeschlossenen Miet- beziehungsweise Leasingverträgen handelt es sich um Operating-Leasingverhältnisse. Die Sachanlagen, die Gegenstand von Operating-Leasingverträgen sind, werden entsprechend nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die von der Deka-Gruppe zu leistenden Miet- beziehungsweise Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Für im Voraus geleistete Leasingraten wurden zur korrekten Periodenabgrenzung aktive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet und in den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

Deka-Gruppe als Leasinggeber

Zum Berichtsstichtag bestehen keine Leasingverhältnisse, in denen Gesellschaften der Deka-Gruppe als Leasinggeber auftreten.

14 Forderungen

Unter den Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, nicht börsenfähige Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, BaW-Gelder sowie Tages- und Termingelder bilanziert. Geleistete Barbeträge beziehungsweise Barsicherheiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften oder Wertpapierleihegeschäften werden ebenfalls als Forderungen ausgewiesen. Gemäß IAS 39 erfolgt eine Kategorisierung der Forderungen als Loans and Receivables (siehe Note [7]). Als Loans and Receivables klassifizierte Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der Risikovorsorge in der Bilanz ausgewiesen. Ergebnisse aus Zinszahlungen und dem Abgang von Forderungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen, abgesehen von Zinszahlungen für zu Handelszwecken bestehende Forderungen (für Portfolios des Handelsbuchs), hier erfolgt der Ausweis im Handelsergebnis. Für im Rahmen von Fair Value Hedges gesicherte Forderungen finden die unter Note [9] beschriebenen Bewertungsvorschriften Anwendung.

15 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wird aktivisch abgesetzt. Für Bürgschaften und Avale werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

Falls Zweifel an der Einbringlichkeit einer Forderung bestehen, wird diesen durch die Bildung von Risikovorsorge Rechnung getragen. Sind weitere Zahlungen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten, wird eine Forderung als uneinbringlich klassifiziert. Eine uneinbringliche, bereits wertberichtigte Forderung wird durch Verbrauch der Risikovorsorge

ausgebucht. Besteht für eine solche Forderung keine Einzelwertberichtigung, wird sie direkt ergebniswirksam abgeschrieben. Direktabschreibungen werden auch dann vorgenommen, wenn die Bank auf Teile einer nicht wertberichtigten Forderung verzichtet beziehungsweise eine Forderung verkauft wird und der Kaufpreis unter dem Buchwert der Forderung liegt.

Kreditforderungen werden einzeln auf Werthaltigkeit überprüft (Impairment). Bei festgestellten Wertminderungen werden Einzelwertberichtigungen beziehungsweise Rückstellungen in entsprechender Höhe gebildet. Bei nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird dem Ausfallrisiko durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Die Bildung von pauschalierten Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Deko-Gruppe nicht.

Einzelwertberichtigungen werden zur Berücksichtigung akuter Adressenausfallrisiken gebildet, wenn es aufgrund der Erfüllung von Impairment-Kriterien wahrscheinlich ist, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Potenzielle Wertminderungen werden unter anderem aufgrund der folgenden Tatsachen angenommen:

- Zahlungsverzug von länger als 90 Tagen,
- Stundung von oder Verzicht auf Zahlungsansprüche/n,
- Einleitung von Zwangsmaßnahmen,
- drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung,
- Beantragung beziehungsweise Eröffnung eines Insolvenzverfahrens,
- Sanierungsmaßnahmen sind gescheitert.

Die Höhe der Wertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert einer Forderung und dem Barwert der geschätzten zukünftigen Zahlungsströme (erzielbarer Betrag), diskontiert mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz unter Berücksichtigung des Fair Value der Sicherheiten.

Da die Ermittlung der Einzelrisikoversorge auf der Verbarwertung der geschätzten künftigen Zahlungsströme basiert, ergibt sich bei unveränderten Zahlungserwartungen ein Effekt aus der Barwertveränderung (Unwinding) zum folgenden Stichtag. Gemäß IAS 39 AG 93 ist die Barwertveränderung als Zinsertrag in der Gesamtergebnisrechnung zu erfassen.

Sofern die Zinszahlungen aus wertberichtigten Krediten erfolgen, werden diese im Zinsergebnis ausgewiesen. Aufgrund der unwesentlichen Differenz zwischen der Barwertveränderung und den tatsächlich vereinnahmten Nominalzinsen wird auf die erfolgswirksame Erfassung von Zinserträgen aus Unwinding in der Gesamtergebnisrechnung verzichtet.

In den Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken spiegeln sich die Annahmen über zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht bekannte Wertminderungen im Kredit- und Wertpapierportfolio wider. Die Bemessungsgrundlage enthält Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity. Die Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen erfolgt unter Berücksichtigung von Kreditnehmer-Ratings, historischen Kontrahenten-Ausfallerfahrungen sowie der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung.

Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken wird dem Transferrisiko Rechnung getragen. Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken basieren unter anderem auf einem internen Ratingsystem, das aktuelle und historische wirtschaftliche, politische und weitere Daten mit einbezieht und Länder nach Risikoprofilen einstuft.

Wertminderungen werden ergebniswirksam durch Wertberichtigungen oder Direktabschreibungen erfasst, ebenso wie Auflösungen von Wertberichtigungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen. Der Ausweis innerhalb der Gesamtergebnisrechnung erfolgt im Posten Risikoversorge im Kreditgeschäft.

Bei der DekoBank wurden Verbriefungstitel überwiegend als Designated at Fair Value kategorisiert und werden entsprechend erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Verbriefungstitel, die der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet sind, werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung (Impairment) untersucht. Zum Bilanzstichtag liegen keine Hinweise auf eine Wertminderung vor.

16 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise Finanzpassiva

Handelsbestand (Held for Trading)

Unter den Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva beziehungsweise -passiva werden Finanzinstrumente der Subkategorie Held for Trading ausgewiesen. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, die mit Handelsabsicht erworben beziehungsweise begeben wurden. Sämtliche Finanzinstrumente dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Bei Derivaten mit ausstehenden Prämienzahlungen wird der Barwert der Prämie mit dem Marktwert des Derivats saldiert. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden marktgängige Bewertungsverfahren (insbesondere Barwertmethode und Optionspreismodelle) zur Ermittlung des Bilanzwerts herangezogen. Nicht realisierte Bewertungsergebnisse sowie realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst. Ebenfalls im Handelsergebnis werden Zins- und Dividendenerträge, Refinanzierungsaufwendungen sowie Provisionen für Handelsgeschäfte ausgewiesen.

Zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bestimmt (Designated at Fair Value)

Unter den Zum Fair Value bilanzierten Finanzaktiva beziehungsweise -passiva werden ferner Finanzinstrumente ausgewiesen, die beim erstmaligen Ansatz in die Subkategorie Designated at Fair Value klassifiziert wurden. Derivative Finanzinstrumente aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting erfüllen, werden ebenfalls in dieser Subkategorie ausgewiesen. Effekte aus Fair-Value-Änderungen sowie Provisionen werden im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value erfasst. Zins- und Dividendenerträge werden ebenso wie Refinanzierungsaufwendungen und Wiederanlageerfolge im Zinsergebnis ausgewiesen.

17 Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Unter diesem Posten sind Sicherungsderivate im Sinne von IAS 39 (Hedge Accounting) mit positiven Marktwerten auf der Aktivseite beziehungsweise negativen Marktwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die Bewertung der Sicherungsderivate erfolgt mittels anerkannter Bewertungsmodelle unter Ansatz beobachtbarer Bewertungsparameter zum Fair Value. Die im Rahmen des Hedge Accounting für Fair Value Hedges ermittelten Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39 erfolgswirksam erfasst.

Bei Cashflow Hedges wird der effektive Teil der Fair-Value-Änderung des Sicherungsderivats im erfolgsneutralen Ergebnis (Neubewertungsrücklage für Cashflow Hedges) ausgewiesen. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Beträge werden in der Periode erfolgswirksam im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten vereinnahmt, in der auch die abgesicherten Cashflows ergebniswirksam werden.

18 Finanzanlagen

In den Finanzanlagen werden im Wesentlichen börsenfähige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Der Posten Finanzanlagen umfasst Finanzinstrumente der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Available for Sale. Als Loans and Receivables oder Held to Maturity ausgewiesene Wertpapiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie Available for Sale werden mit ihrem Fair Value bilanziert. Die Anteile an nicht börsennotierten verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, für die weder Preise von aktiven Märkten noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind, werden in Übereinstimmung mit IAS 39.46c mit ihren Anschaffungskosten angesetzt.

Die Erträge aus Schuldverschreibungen, einschließlich aufgelöster Agien und Disagien, sowie Dividendenerträge und laufende Erträge aus nicht konsolidierten Anteilen an verbundenen Unternehmen werden im Zinsergebnis berücksichtigt. Realisierte Gewinne und Verluste werden im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale werden nach Berücksichtigung latenter Steuern im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) ausgewiesen.

Finanzanlagen werden regelmäßig einem Impairment-Test unterzogen. Eine potenzielle Wertminderung bei handelbaren Wertpapieren der Kategorien Loans and Receivables, Held to Maturity und Available for Sale liegt grundsätzlich vor, wenn aufgrund der Bonitätsverschlechterung des Emittenten der Marktwert eines Wertpapiers zum Stichtag signifikant unter seine Anschaffungskosten gesunken ist beziehungsweise wenn das Absinken des Marktwerts dauerhaft ist.

Liegt eine Wertminderung vor, ist eine Wertberichtigung unter Berücksichtigung von erwarteten Zahlungsströmen aus werthaltigen Sicherheiten (Garantien, Credit Default Swaps usw.) zu bilden. Wertminderungen werden erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Sind die Gründe für eine zuvor gebildete Wertberichtigung entfallen, ist bei Fremdkapitaliteln eine Wertaufholung vorzunehmen und erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen zu berücksichtigen. Hingegen sind Wertaufholungen aus Available-for-Sale-Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Wird im Ergebnis eines Impairment-Tests festgestellt, dass die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich ist, sind die entsprechenden Finanzanlagen der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity in der Bemessungsgrundlage für die Portfoliowertberichtigungen zu berücksichtigen. Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken auf Finanzanlagen werden analog den Krediten nach der Expected-Loss-Methode ermittelt. Auf Finanzanlagen der Kategorie Available for Sale werden keine Portfoliowertberichtigungen gebildet.

In den Finanzanlagen werden ebenfalls die Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen ausgewiesen.

Die Anteile an assoziierten Unternehmen beziehungsweise an Gemeinschaftsunternehmen werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses beziehungsweise bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. In den Folgejahren wird der bilanzierte Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Unternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis der Beteiligung wird im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus Transaktionen mit at-equity bewerteten Unternehmen werden im Rahmen der Zwischenergebniseliminierung entsprechend der Beteiligungsquote eliminiert. Bei Downstream-Lieferung, das heißt, wenn ein Vermögenswert den Vollkonsolidierungskreis verlässt, erfolgt die Wertkorrektur gegen den Equity-Ansatz der jeweiligen Beteiligung.

Bestehen Anzeichen für eine Wertminderung der Anteile an einem at-equity bewerteten Unternehmen, werden diese überprüft (Impairment-Test) und gegebenenfalls Abschreibungen auf den Equity-Wert der Anteile vorgenommen. Wertaufholungen erfolgen bei Wegfall der Gründe für eine Abschreibung durch Zuschreibungen bis zur Höhe des erzielbaren Betrags, aber maximal bis zur Höhe des Buchwerts, der sich ohne außerplanmäßige Abschreibungen in den Vorperioden ergeben hätte. Wertminderungen und Wertaufholungen werden erfolgswirksam im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst.

19 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten werden im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte, erworbene und selbst erstellte Software sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill) entstehen, wenn beim Erwerb von Tochtergesellschaften die Anschaffungskosten den Konzernanteil am Nettovermögen des erworbenen Unternehmens übersteigen. Geschäfts- oder Firmenwerte werden zum Erwerbsdatum mit Anschaffungskosten angesetzt und unterliegen keiner regelmäßigen Abschreibung. Die Folgebewertung erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen. Die Werthaltigkeit der Geschäfts- oder Firmenwerte wird jährlich, bei Anhaltspunkten auf mögliche Wertminderungen auch unterjährig, überprüft. Zum Zweck der Überprüfung auf eine Wertminderung wird ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugewiesen. Wird im Rahmen des Impairment-Tests eine Wertminderung festgestellt, werden außerplanmäßig Abschreibungen vorgenommen.

Die im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses erworbenen sonstigen immateriellen Vermögenswerte werden über die ermittelte Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Sofern Anzeichen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte sind mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien nach IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für Leistungen Dritter. Die erworbene oder selbst erstellte Software wird grundsätzlich über vier Jahre linear abgeschrieben. Sofern Anzeichen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte werden im Posten Verwaltungsaufwendungen in der Gesamtergebnisrechnung erfasst.

20 Sachanlagen

Im Posten Sachanlagen werden neben der Betriebs- und Geschäftsausstattung Technische Anlagen und Maschinen ausgewiesen. Sachanlagen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, wenn von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

in Jahren	Nutzungsdauer
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 – 15
Technische Anlagen und Maschinen	2 – 10

Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) werden aus Wesentlichkeitsgründen entsprechend den steuerlichen Regelungen im Jahr des Zugangs abgeschrieben.

Über die fortgeführten Anschaffungskosten hinausgehende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

21 Sonstige Aktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Forderungen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Die positiven Bewertungseffekte aus zum Fair Value bewerteten Regular-Way-Finanzinstrumenten, deren Erfüllungstag (Settlement Date) nach dem Bilanzstichtag liegt, werden ebenfalls unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen.

22 Ertragsteuern

Aufgrund der steuerlichen Behandlung der DekaBank als atypisch stille Gesellschaft fällt Körperschaftsteueraufwand auf Ebene der DekaBank nur insoweit an, als die steuerlichen Ergebnisse nicht den atypisch still Beteiligten zugerechnet werden. Unter Berücksichtigung der bestehenden eigenen Anteile am gezeichneten Kapital (erworben in der ersten Jahreshälfte 2011) beläuft sich der Anteil der atypisch stillen Gesellschafter am steuerlichen Ergebnis auf 45,6 Prozent. Hieraus ergibt sich für die Gesellschaften des Organkreises der DekaBank ein kombinierter Steuersatz in Höhe von 24,68 Prozent. Allerdings steht den atypisch stillen Gesellschaftern im Gegenzug für die Zurechnung der steuerlichen Bemessungsgrundlage ein Anspruch gegen die DekaBank auf Entnahme des hierauf entfallenden Körperschaftsteueraufwands zu (45,6 Prozent von 15,0 Prozent Körperschaftsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag, somit insgesamt 7,22 Prozent), sodass die DekaBank wirtschaftlich auch den auf Ebene der atypisch stillen Gesellschafter anfallenden Steueraufwand trägt. Aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit wird der auf die atypisch stillen Gesellschafter entfallende Teil des Körperschaftsteueraufwands gleichfalls als Steueraufwand ausgewiesen. Der anzuwendende kombinierte Steuersatz (Gewerbsteuer zuzüglich Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) beträgt somit 31,90 Prozent.

Laufende Ertragsteueransprüche beziehungsweise -verpflichtungen werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe Zahlungen an beziehungsweise Erstattungen von Steuerbehörden erwartet werden.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz gebildet. Sie werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzbarkeit wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sowie aktive und passive latente Steuern werden jeweils saldiert ausgewiesen und nicht abgezinst. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden ebenfalls erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren Nutzbarkeit wahrscheinlich ist. Verlustvorträge in Deutschland sind unbeschränkt vortragsfähig. Ausländische Verlustvorträge, die nicht unbeschränkt vortragsfähig sind, werden entsprechend ihrer Fristigkeit ausgewiesen. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

23 Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden, soweit sie der Kategorie Other Liabilities zugeordnet sind, zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Verbindlichkeiten der Kategorie at Fair Value through Profit or Loss werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Für Verbindlichkeiten, die im Rahmen des Hedge Accounting in Sicherungsbeziehungen designiert wurden, finden die unter Note [9] beschriebenen Bewertungsvorschriften Anwendung.

24 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

In der Deka-Gruppe werden den Mitarbeitern verschiedene Arten von Altersversorgungsleistungen angeboten. Diese umfassen sowohl beitragsorientierte Zusagen (Defined Contribution Plans) als auch leistungsorientierte Zusagen (Defined Benefit Plans).

Für die beitragsorientierten Zusagen wird ein festgelegter Beitrag an einen externen Versorgungsträger (unter anderem Sparkassen Pensionskasse, BVV und Direktversicherung) entrichtet. Für derartige Zusagen werden in der Deka-Gruppe gemäß IAS 19 keine Rückstellungen gebildet.

Für leistungsorientierte Zusagen wird der Verpflichtungsumfang durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter jährlich bewertet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) ermittelt und dem Fair Value des Planvermögens gegenübergestellt. Resultiert aus der Berechnung ein potenzieller Vermögenswert, ist der erfasste Vermögenswert auf den Barwert eines wirtschaftlichen Nutzens begrenzt. Der in der laufenden Berichtsperiode erfolgswirksam zu erfassende Nettozinsaufwand (Ertrag) auf die Nettoverpflichtung (Nettovermögenswert) aus leistungsorientierten Zusagen wird mittels Anwendung des Rechnungszinssatzes ermittelt, der für die Bewertung der leistungsorientierten Zusagen zu Beginn der Periode verwendet wurde. Erwartete unterjährige Veränderungen der Nettoverpflichtung (des Nettovermögenswerts) infolge von Beitrags- und Leistungszahlungen sind hierbei zu berücksichtigen. Neubewertungen der Nettoverpflichtung (des Nettovermögens) werden unmittelbar im erfolgsneutralen Ergebnis (OCI) erfasst. Die Neubewertung umfasst versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, den Ertrag aus Planvermögen (ohne Zinsen) und die Auswirkung der etwaigen Vermögensobergrenze (ohne Zinsen).

Unter den leistungsorientierten Zusagen in der Deka-Gruppe befinden sich neben Endgehaltsplänen und Gesamtversorgungssystemen auch fondsgebundene beitragsorientierte Leistungszusagen. Bei den Endgehaltsplänen und Gesamtversorgungssystemen handelt es sich zum einen um Einzelzusagen für Vorstände und leitende Angestellte sowie um kollektivrechtliche Zusagen an die allgemeine Belegschaft. Diese garantieren lebenslange Alters-, Hinterbliebenen- sowie Invaliditätsrenten. Im Rahmen der fondsgebundenen beitragsorientierten Versorgungszusagen werden die Versorgungsbeiträge sowohl durch den Arbeitgeber als auch durch den Arbeitnehmer erbracht und hauptsächlich in Investmentfonds der Deka-Gruppe investiert. Im Versorgungsfall hat der Versorgungsberechtigte Anspruch auf eine vertraglich zugesagte Mindestleistung beziehungsweise auf den höheren Kurswert der zugrunde liegenden Investmentfondsanteile.

Für die betriebliche Altersversorgung der Deka-Gruppe wurde durch ein Contractual Trust Arrangement (CTA) Planvermögen geschaffen. Dieses wird durch einen rechtlich unabhängigen Treuhänder – den Deka Trust e.V. – gehalten. Das Planvermögen besteht für die fondsgebundenen beitragsorientierten Versorgungszusagen im Wesentlichen aus dem jedem Mitarbeiter individuell zugeordneten Fondsvermögen sowie weiteren Vermögensmitteln zur Deckung der biometrischen Risiken aus vorzeitigen Versorgungsfällen und des Nachfinanzierungsrisikos. Darüber hinaus sind auch die Verpflichtungen aus Endgehaltsplänen und Gesamtversorgungssystemen durch die Schaffung von zweckgebundenem Planvermögen mittels CTA ausfinanziert. Dieser Teil des Planvermögens ist in einen Spezialfonds investiert, dessen Anlagestrategie auf einer integrierten Asset-Liability-Betrachtung basiert.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen Zusagen für Vorruhestand und Übergangszahlungen. Diese werden ebenfalls versicherungsmathematisch bewertet und in Höhe des Barwerts der Verpflichtung zurückgestellt. Im Rahmen der Bilanzierung der pensionsähnlichen Verpflichtungen entstehen grundsätzlich keine versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, sodass die ausgewiesene Rückstellung dem Barwert der Verpflichtung entspricht. Des Weiteren besteht für die Mitarbeiter der Deka-Gruppe zusätzlich die Möglichkeit, in Arbeitszeitkonten einzubezahlen. Diese Konten werden in Geld geführt und sind analog zu den leistungsorientierten Zusagen durch Planvermögen im Deka Trust e.V. gedeckt. Der Bilanzansatz ergibt sich aus der Differenz von Verpflichtungsumfang und Fair Value des Planvermögens.

25 Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Bei der Bestimmung werden Risiken und Unsicherheiten sowie alle relevanten Erkenntnisse in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt. Sofern der Zinseffekt eine wesentliche Auswirkung hat, werden langfristige Rückstellungen mit einem restlaufzeitadäquaten Marktzins abgezinst und zum Barwert der Verpflichtung angesetzt. Verwendet wird ein Abzinsungssatz vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Zuführungen beziehungsweise Auflösungen erfolgen über die Ergebnisgröße, die inhaltlich mit der Rückstellung korrespondiert. Rückstellungen für Bonitätsrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft werden zulasten der Risikovorsorge im Kreditgeschäft gebildet und zugunsten derselben aufgelöst.

26 Sonstige Passiva

Unter den Sonstigen Passiva sind Verbindlichkeiten sowie Abgrenzungen (Accruals) ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag.

27 Nachrangkapital

Im Bilanzposten Nachrangkapital werden nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsemissionen sowie typisch stille Einlagen ausgewiesen. Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Mittel dürfen im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der DekaBank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden und sind nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund des vertraglichen Kündigungsrechts – unabhängig von der Wahrscheinlichkeit dessen Ausübung – als Fremdkapital zu bilanzieren. Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Nachrangverbindlichkeiten, die mittels eines Fair Value Hedge im Sinne des IAS 39 gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert werden, sind zusätzlich die auf Zinsrisiken entfallenden Fair-Value-Änderungen zu berücksichtigen.

28 Atypisch stille Einlagen

Bei den Atypisch stillen Einlagen handelt es sich um bilanzielles Eigenkapital nach deutschem Handelsrecht. Nach IAS 32 sind die Atypisch stillen Einlagen als Fremdkapital zu behandeln, da die atypisch stillen Gesellschafter über ein vertragliches Kündigungsrecht verfügen.

Die Bilanzierung der Atypisch stillen Einlagen erfolgt zum Nennbetrag. Bemessungsgrundlage für die Ausschüttung an atypisch stille Gesellschafter ist die Ausschüttung auf das gezeichnete Kapital. Zusätzlich besteht ein Anspruch auf Entnahme von Steuerbeträgen. Der Ausweis der Ausschüttung erfolgt in einem gesonderten Posten – Zinsaufwendungen für Atypisch stille Einlagen – nach dem Jahresergebnis vor Steuern. Der Ausweis der entnahmefähigen Steuern wird als Bestandteil des Steueraufwands ausgewiesen (siehe Note [22]).

29 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital ist das von den Gesellschaftern nach dem Gesellschaftsvertrag eingezahlte Kapital. Die Kapitalrücklage enthält die Agiobeträge aus der Ausgabe von Gesellschaftsanteilen entsprechend den Vorgaben des Gesellschaftsvertrags.

Der Unterposten Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile beinhaltet von der Bank emittierte AT1-Anleihen (Additional Tier 1). Nach den Vorschriften des IAS 32 sind AT1-Anleihen im bilanziellen Eigenkapital auszuweisen, da diese über keine Endfälligkeit verfügen, die Zinszahlungen nach freiem Ermessen des Emittenten ganz oder teilweise entfallen können und der Gläubiger zur Kündigung nicht berechtigt ist.

Die Gewinnrücklagen werden in gesetzliche, satzungsmäßige und andere Gewinnrücklagen aufgliedert. Die anderen Gewinnrücklagen beinhalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung, mit Ausnahme der Bewertungseffekte für Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale, ausgewiesen.

In der Neubewertungsrücklage werden Neubewertungen der Nettoverpflichtung (des Nettovermögens) aus leistungsorientierten Zusagen, unter Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern, ausgewiesen. Die Neubewertung umfasst im Wesentlichen versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den Ertrag aus Planvermögen (ohne Zinsen).

Die Neubewertungsrücklage enthält ebenfalls die ergebnisneutralen Fair-Value-Bewertungseffekte aus Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale, nach Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund eines Impairment abgeschrieben wird.

In der Neubewertungsrücklage wird auch der effektive Teil der Fair-Value-Änderungen der Sicherungsinstrumente aus Cash-flow Hedges nach Berücksichtigung der darauf entfallenden latenten Steuern ausgewiesen. Die in der Neubewertungsrücklage erfassten Beträge werden in der Periode erfolgswirksam vereinnahmt, in der auch die abgesicherten zukünftigen Cashflows ergebniswirksam werden. Die auf den ineffektiven Teil der Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente entfallenden Ergebniskomponenten werden erfolgswirksam erfasst.

In der Rücklage für Währungsumrechnung werden Differenzen aus der Umrechnung der in Fremdwährung aufgestellten Abschlüsse ausländischer Tochterunternehmen ausgewiesen.

Anteile in Fremdbesitz (Minderheitenanteile) werden, sofern vorhanden, als gesonderter Unterposten im Eigenkapital ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

30 Zinsergebnis

Der Posten enthält neben den Zinserträgen und -aufwendungen zeitanteilige Auflösungen von Agien und Disagien aus Finanzinstrumenten. Zinsergebnisse aus Positionen des Handelsbuchs sowie damit im Zusammenhang stehende Refinanzierungsaufwände sind hiervon ausgenommen, da sie im Handelsergebnis ausgewiesen werden. Aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von stillen Einlagen als Fremdkapital werden die Leistungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand erfasst.

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Zinserträge aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	544,2	796,5	-252,3
Zinsderivaten (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	211,9	292,7	-80,8
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	193,2	300,2	-107,0
Sicherungsderivaten (Hedge Accounting)	55,4	45,6	9,8
Laufende Erträge aus			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	32,3	107,8	-75,5
Beteiligungen	1,9	1,9	-
Zinserträge insgesamt	1.038,9	1.544,7	-505,8
Zinsaufwendungen für			
Zinsderivate (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	283,2	448,9	-165,7
Verbindlichkeiten	397,0	546,5	-149,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	92,7	134,3	-41,6
Sicherungsderivate (Hedge Accounting)	32,4	67,9	-35,5
Nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital	34,1	33,4	0,7
Typisch stille Einlagen	8,0	19,2	-11,2
Zinsaufwendungen insgesamt	847,4	1.250,2	-402,8
Zinsergebnis	191,5	294,5	-103,0

Das Ergebnis aus dem Abgang von Forderungen in Höhe von 31,2 Mio. Euro (Vorjahr: 30,8 Mio. Euro) ist im Zinsertrag aus Kredit- und Geldmarktgeschäften enthalten.

Für einzelwertberichtigte Kredite und Wertpapiere wurden im Berichtsjahr Zinsen in Höhe von 10,5 Mio. Euro (Vorjahr: 12,8 Mio. Euro) vereinnahmt.

Insgesamt wurden für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die nicht zum Fair Value bewertet wurden, Zinserträge in Höhe von 570,5 Mio. Euro (Vorjahr: 843,1 Mio. Euro) und Zinsaufwendungen in Höhe von 417,8 Mio. Euro (Vorjahr: 585,4 Mio. Euro) erfasst.

Im Zinsergebnis sind Zinserträge in Höhe von 1,8 Mio. Euro und Zinsaufwendungen in Höhe von 2,3 Mio. Euro aus negativen Zinsen enthalten.

31 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stellt sich in der Gesamtergebnisrechnung wie folgt dar:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Zuführungen zur Risikovorsorge	-104,7	-74,2	-30,5
Auflösung der Risikovorsorge	37,7	65,0	-27,3
Direkte Forderungsabschreibungen	-	-3,9	3,9
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	1,9	8,9	-7,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-65,1	-4,2	-60,9

Die Veränderung der Risikovorsorge für Wertpapiere der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity wird im Posten Ergebnis aus Finanzanlagen (siehe Note [36]) ausgewiesen.

32 Provisionsergebnis

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Provisionserträge aus			
Fondsgeschäft	1.865,3	1.607,0	258,3
Wertpapiergeschäft	137,7	122,1	15,6
Kreditgeschäft	47,2	43,2	4,0
Sonstige	33,3	29,7	3,6
Provisionserträge insgesamt	2.083,5	1.802,0	281,5
Provisionsaufwendungen für			
Fondsgeschäft	931,0	757,0	174,0
Wertpapiergeschäft	20,2	18,2	2,0
Kreditgeschäft	20,1	16,2	3,9
Sonstige	2,1	2,2	-0,1
Provisionsaufwendungen insgesamt	973,4	793,6	179,8
Provisionsergebnis	1.110,1	1.008,4	101,7

Provisionserträge werden mit dem Fair Value der erhaltenen oder zu beanspruchenden Gegenleistung bemessen. Gebühren aus Dienstleistungsgeschäften und leistungsabhängige Provisionen werden dann erfolgswirksam erfasst, wenn die Leistung erbracht ist oder signifikante Leistungskriterien erfüllt sind. Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, werden entsprechend der Periode der Leistungserbringung vereinnahmt.

Die Provisionserträge aus dem Fondsgeschäft setzen sich im Wesentlichen aus Verwaltungsgebühren, Ausgabeaufschlägen und Vertriebsprovisionen zusammen. Der überwiegende Teil des Provisionsergebnisses resultiert aus bestandsbezogenen, mithin nachhaltigen Provisionen. In den Provisionserträgen aus dem Fondsgeschäft werden darüber hinaus erfolgsbezogene Vergütungen sowie Erträge aus Kostenpauschalen ausgewiesen. Die korrespondierenden Aufwendungen zu den Kostenpauschalen werden verursachungsgerecht in den jeweiligen Aufwandsposten – überwiegend im Verwaltungsaufwand – erfasst. Die Provisionsaufwendungen für das Fondsgeschäft entfallen im Wesentlichen auf Leistungen an Vertriebspartner. Das Provisionsergebnis aus dem Fondsgeschäft enthält somit überwiegend Entgelte gemäß IFRS 7.20c (ii).

Für Finanzinstrumente, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet wurden, sind Provisionsaufwendungen in Höhe von 40,0 Tausend Euro (Vorjahr: 98,1 Tausend Euro) angefallen, welche nicht in die Bestimmung des Effektivzinssatzes einbezogen wurden.

33 Handelsergebnis

Das Handelsergebnis umfasst Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse sowie Provisionen aus Finanzinstrumenten, die der Subkategorie Held for Trading zugeordnet sind. Zinsergebnisse aus derivativen und nicht-derivativen Finanzinstrumenten der Handelsbuchpositionen werden einschließlich der hiermit im Zusammenhang stehenden Refinanzierungsaufwendungen ebenfalls hier ausgewiesen.

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis	-166,5	-165,9	-0,6
Zinsergebnis und laufende Erträge aus Handelsgeschäften	420,7	430,6	-9,9
Provisionen für Handelsgeschäfte	-17,9	-16,9	-1,0
Handelsergebnis	236,3	247,8	-11,5

34 Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value

Der Posten enthält im Wesentlichen die Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse der Finanzinstrumente, die der Subkategorie Designated at Fair Value zugeordnet sind, sowie der Bankbuchderivate. Hingegen werden das Zinsergebnis und Dividendenerträge ebenso wie Refinanzierungsaufwendungen und Wiederanlageerfolge aus Finanzinstrumenten dieser Subkategorie sowie das Zinsergebnis der Bankbuchderivate im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis	41,6	261,6	- 220,0
Devisenergebnis	-7,7	9,7	- 17,4
Provisionen	-0,1	-0,1	-
Gesamt	33,8	271,2	- 237,4

Im Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value wurde im Berichtsjahr per saldo ein Ertrag in Höhe von 6,7 Mio. Euro (Vorjahr: Aufwand in Höhe von 2,8 Mio. Euro) erfasst, der auf bonitätsinduzierte Wertänderungen zurückzuführen ist. Die bonitätsinduzierte Wertänderung ermittelt die Bank als Unterschiedsbetrag zwischen dem Ergebnis aus einer Full-Fair-Value-Bewertung und dem Ergebnis aus einer Bewertung auf Basis von Swapsätzen der entsprechenden Emissionswährung zuzüglich des Spreads, der zum Zeitpunkt der Veräußerung der Emission am Markt für Verbindlichkeiten mit vergleichbarer Ausgestaltung galt. Das bonitätsinduzierte Bewertungsergebnis während der Berichtsperiode ermittelt sich aus der Veränderung dieses Unterschiedsbetrags bezogen auf das am Stichtag vorliegende Nominal.

35 Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39

Als Ergebnis aus Fair Value Hedges gemäß IAS 39 werden Wertänderungen der Grundgeschäfte, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, zusammen mit der Fair-Value-Änderung der Sicherungsgeschäfte erfasst. Das Ergebnis dieser Sicherungsbeziehungen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Bewertungsergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	37,2	- 132,1	169,3
Bewertungsergebnis aus Sicherungsderivaten	-41,3	135,5	- 176,8
Gesamt	-4,1	3,4	- 7,5

36 Ergebnis aus Finanzanlagen

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis aus Wertpapieren	-	-0,8	0,8
Veräußerungs-/Bewertungsergebnis aus Anteilsbesitz	7,8	-0,9	8,7
Nettoaflösung/-zuführung zur Risikovorsorge für Wertpapiere	- 14,3	- 18,3	4,0
Abschreibungen aufgrund Wertminderung bei at-equity bewerteten Unternehmen	- 18,8	-	- 18,8
Zuschreibungen aufgrund Werterholung bei at-equity bewerteten Unternehmen	4,4	-	4,4
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	2,2	2,3	-0,1
Gesamt	- 18,7	- 17,7	- 1,0

Im Rahmen der indikativen Bewertung der Beteiligung an der S PensionsManagement GmbH wurde ein Wertminderungsbedarf in Höhe des Buchwerts von 18,8 Mio. Euro festgestellt. Die Bewertung erfolgte auf Basis des Nutzungswerts mit einem Kapitalisierungszinssatz von 10,28 Prozent. Es wurde eine Abschreibung aufgrund Wertminderung bei at-equity bewerteten Unternehmen in entsprechender Höhe erfasst.

Die Anteile an der S Broker AG & Co. KG wurden in Vorjahren vollständig abgeschrieben. Die indikative Bewertung zum 31. Dezember 2015 ergab einen Wertaufholungsbedarf in Höhe von 4,4 Mio. Euro. Es wurde eine Zuschreibung aufgrund Wertaufholung bei at-equity bewerteten Unternehmen in entsprechender Höhe erfasst.

37 Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand setzt sich aus dem Personalaufwand, anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen zusammen. Die jeweiligen Posten gliedern sich wie folgt:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	377,7	373,1	4,6
Soziale Abgaben	45,7	44,1	1,6
Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	42,6	31,3	11,3
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionspläne	2,1	1,9	0,2
Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1,9	0,7	1,2
Personalaufwand insgesamt	470,0	451,1	18,9
Andere Verwaltungsaufwendungen			
Beratungsaufwand	67,2	78,0	-10,8
EDV und Maschinen	63,1	56,1	7,0
Mieten und Aufwendungen für Gebäude	54,5	57,6	-3,1
Marketing- und Vertriebsaufwand	46,8	40,6	6,2
EDV-Infodienste	37,9	35,8	2,1
Beiträge und Gebühren	37,1	23,4	13,7
Bankenabgabe	34,8	26,9	7,9
Servicepauschale Fondsadministration	32,0	30,5	1,5
Porto/Telefon/Büromaterial	10,5	9,0	1,5
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	43,3	51,1	-7,8
Andere Verwaltungsaufwendungen insgesamt	427,2	409,0	18,2
Planmäßige Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte	17,9	21,1	-3,2
Planmäßige Abschreibung auf Sachanlagen	2,3	3,5	-1,2
Abschreibungen insgesamt	20,2	24,6	-4,4
Verwaltungsaufwand	917,4	884,7	32,7

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für Jahresabschluss- und Prüfungskosten sowie Reisekosten.

Der Verwaltungsaufwand enthält Zahlungen in Höhe von 48,6 Mio. Euro (Vorjahr: 48,8 Mio. Euro) aus Miet- und Leasingverhältnissen für Gebäude, Kraftfahrzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (Operating-Leasingverhältnisse), bei denen die DekaBank als Leasingnehmer fungiert. In den kommenden Jahren sind aus derartigen Verträgen folgende Mindestleasingzahlungen zu leisten:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Bis zu 1 Jahr	47,1	47,0	0,1
Länger als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	137,6	143,8	-6,2
Länger als 5 Jahre	85,1	111,6	-26,5

38 Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das Sonstige betriebliche Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Ergebnis aus zurückerworbenen eigenen Emissionen	-8,0	-19,5	11,5
Sonstige betriebliche Erträge			
Aus dem Abgang von Sachanlagen	42,1	0,1	42,0
Auflösung von sonstigen Rückstellungen	3,1	6,4	-3,3
Mieterträge	1,2	1,2	-
Sonstige Erträge	58,0	41,0	17,0
Sonstige betriebliche Erträge insgesamt	104,4	48,7	55,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
Restrukturierungsaufwendungen	0,1	16,1	-16,0
Umsatzsteuer aus konzerninternen Dienstleistungen	18,2	16,1	2,1
Sonstige Steuern	1,1	0,8	0,3
Sonstige Aufwendungen	42,4	43,2	-0,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen insgesamt	61,8	76,2	-14,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	34,6	-47,0	81,6

Der Rückkauf eigener Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie aufgenommener Schuldscheindarlehen führt zu einer Herabsetzung der Verbindlichkeit (Nettoaussweis). Mit dem Rückkauf der eigenen Emissionen ist eine Ergebnisrealisierung in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen Rückkauf- und Buchkurs verbunden.

Die sonstigen Erträge enthalten Administrationsgebühren für Abwicklungsleistungen bei betrieblichen Altersvorsorgeprodukten in Höhe von 647,9 Tausend Euro (Vorjahr: 773,4 Tausend Euro).

39 Ertragsteuern

Der Posten beinhaltet sämtliche auf der Grundlage des Jahresergebnisses ermittelten in- und ausländischen Steuern. Die Ertragsteueraufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Laufender Steueraufwand Geschäftsjahr	162,8	192,7	-29,9
Laufender Steueraufwand/-ertrag (-) Vorjahre	15,0	-20,6	35,6
Laufender Steueraufwand	177,8	172,1	5,7
Effekt aus der Entstehung und Auflösung temporärer Differenzen	50,1	93,9	-43,8
Periodenfremder latenter Steuerertrag	-13,7	-0,5	-13,2
Latenter Steueraufwand	36,4	93,4	-57,0
Ertragsteueraufwand insgesamt	214,2	265,5	-51,3

Der in Deutschland anzuwendende Steuersatz setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 15,0 Prozent, dem hierauf erhobenen Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz zusammen. Aufgrund der steuerlichen Behandlung der DekaBank als atypisch stille Gesellschaft ergibt sich für die Gesellschaften im Organkreis der DekaBank ein kombinierter Steuersatz von 24,68 Prozent (Vorjahr: 24,68 Prozent). Weiterhin steht den atypisch stillen Gesellschaftern ein Entnahmerecht hinsichtlich des auf sie entfallenden Teils des Körperschaftsteueraufwands zu (7,22 Prozent). Für die Bewertung der latenten Steuern wird somit ein Steuersatz in Höhe von 31,90 Prozent (Vorjahr: 31,90 Prozent) angewandt (siehe Note [22]). Dieser Steuersatz wird in der nachfolgenden Überleitungsrechnung als erwarteter Steuersatz zugrunde gelegt. Die übrigen inländischen Gesellschaften ermitteln ihre latenten Steuern wie im Vorjahr mit einem Steuersatz von rund 32,0 Prozent.

Die ausländischen Gesellschaften verwenden für die Ermittlung der latenten Steuern den jeweiligen landesspezifischen Steuersatz. Im Organkreis der DekaBank Luxemburg beträgt dieser Steuersatz 29,22 Prozent (Vorjahr: 29,22 Prozent).

Das Entstehen beziehungsweise die Auflösung temporärer Differenzen hat zu einem latenten Steueraufwand in Höhe von 50,1 Mio. Euro (Vorjahr: 93,9 Mio. Euro) geführt. Der laufende Steueraufwand für vergangene Jahre betrifft überwiegend die DekaBank (15,0 Mio. Euro). Es wurden freiwillige Vorauszahlungen (14,6 Mio. Euro) im Rahmen einer zum Bilanzstichtag laufenden steuerlichen Betriebsprüfung geleistet. Entgegengesetzt führte die erstmalige Berücksichtigung der hierdurch entstehenden temporären Differenzen zu einem periodenfremden latenten Steuerertrag (13,7 Mio. Euro). Bei zwei Tochtergesellschaften, die sich in Liquidation befinden, konnte das im Abwicklungszeitraum erzielte Ergebnis mit steuerlichen Verlustvorträgen, für die in Vorjahren keine latenten Steueransprüche gebildet worden waren, verrechnet werden (rechnerische Steuererminderung 0,9 Mio. Euro). Im Vorjahr war ein latenter Steueraufwand aus der Nutzung beziehungsweise dem Nichtansatz von zuvor aktivierten latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 0,1 Mio. Euro zu berücksichtigen. Im Berichtsjahr 2015 gab es wie im Vorjahr keine Effekte aus Steuersatzänderungen.

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Jahresergebnis vor Ertragsteuern und dem Steueraufwand:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
IFRS-Ergebnis vor Steuern	601,0	871,7	-270,7
x Ertragsteuersatz	31,90%	31,90 %	-
= Erwarteter Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	191,7	278,1	-86,4
Erhöhung um Steuern auf nicht abzugsfähige Aufwendungen	16,3	12,1	4,2
Verminderung um Steuern auf steuerfreie Erträge	4,8	4,4	0,4
Quellensteuer	0,3	6,8	-6,5
Steuereffekt aus Spezialfonds	0,1	-3,2	3,3
Steuereffekt Equity-Bewertung	4,5	-0,7	5,2
Effekte aus abweichenden Effektivsteuersätzen	-3,1	-3,1	-
Steuereffekte aus vergangenen Perioden	1,1	-21,2	22,3
Sonstiges	8,1	1,1	7,0
Steueraufwand nach IFRS	214,2	265,5	-51,3

Die nicht abzugsfähigen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen den Effekt aus der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit der Bankenabgabe.

Der Steuereffekt aus Equity-Bewertung entfällt im Wesentlichen auf die vollständige Wertberichtigung der Beteiligung an der S PensionsManagement GmbH.

Die Zinszahlungen auf die AT1-Anleihen werden im IFRS Konzernabschluss als Ausschüttung behandelt und unmittelbar mit den Rücklagen verrechnet. Aus steuerlicher Sicht wird der Zinsaufwand abgegrenzt und ist steuerlich abzugsfähig. Um eine Übereinstimmung mit der Behandlung im IFRS Konzernabschluss herzustellen, wurde der rechnerische Steuerentlastungseffekt in Höhe von 9,1 Mio. Euro unmittelbar im Eigenkapital erfasst. Bei Berücksichtigung in der Gewinn- und Verlustrechnung wäre die Steuerquote 1,5 Prozent niedriger gewesen.

Erläuterungen zur Bilanz

40 Barreserve

Die Barreserve gliedert sich in folgende Posten:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Kassenbestand	6,3	5,7	0,6
Guthaben bei Zentralnotenbanken	3.601,8	772,7	2.829,1
Gesamt	3.608,1	778,4	2.829,7

Das Mindestreservesoll wurde im Berichtsjahr stets eingehalten und betrug zum Jahresende 296,0 Mio. Euro (Vorjahr: 186,0 Mio. Euro).

41 Forderungen an Kreditinstitute

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Inländische Kreditinstitute	18.063,7	16.951,6	1.112,1
Ausländische Kreditinstitute	9.032,7	7.721,0	1.311,7
Forderungen an Kreditinstitute vor Risikovorsorge	27.096,4	24.672,6	2.423,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-2,4	-2,5	0,1
Gesamt	27.094,0	24.670,1	2.423,9

Für echte Pensionsgeschäfte und besicherte Wertpapierleihegeschäfte wurden durch die DekaBank als Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher 10,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,0 Mrd. Euro) geleistet.

42 Forderungen an Kunden

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Inländische Kreditnehmer	5.438,3	5.962,3	-524,0
Ausländische Kreditnehmer	17.291,7	17.604,5	-312,8
Forderungen an Kunden vor Risikovorsorge	22.730,0	23.566,8	-836,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-222,0	-178,1	-43,9
Gesamt	22.508,0	23.388,7	-880,7

Für echte Pensionsgeschäfte und besicherte Wertpapierleihegeschäfte wurden durch die DekaBank als Pensionsnehmer beziehungsweise Entleiher 6,5 Mrd. Euro (Vorjahr: 7,7 Mrd. Euro) geleistet.

43 Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Ausfallrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen beziehungsweise durch die Bildung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen Rechnung getragen. In den Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken spiegeln sich die Annahmen über zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht bekannte Wertminderungen im Kreditportfolio wider. Durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken wird dem Transferrisiko Rechnung getragen.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute			
Einzelwertberichtigungen	2,1	-	2,1
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	0,3	2,5	-2,2
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden			
Einzelwertberichtigungen	185,2	146,7	38,5
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	32,9	27,2	5,7
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	3,9	4,2	-0,3
Gesamt	224,4	180,6	43,8

Die Entwicklung des Risikovorsorgebestands ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Mio. €	Anfangs- bestand 01.01.2015	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Abgänge	Umgliede- rungen	Währungs- effekte	End- bestand 31.12.2015
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute								
Einzelwertberichtigungen	–	2,1	–	–	–	–	–	2,1
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	2,5	–	–	2,2	–	–	–	0,3
Summe	2,5	2,1	–	2,2	–	–	–	2,4
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden								
Einzelwertberichtigungen	146,7	94,5	33,5	32,4	–	–0,2	10,1	185,2
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	27,2	8,1	–	2,2	–0,2	–	–	32,9
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	4,2	–	–	0,4	–	–	0,1	3,9
Summe	178,1	102,6	33,5	35,0	–0,2	–0,2	10,2	222,0
Rückstellungen für Kreditrisiken								
Einzelrisiken	0,4	–	0,1	0,1	–	0,2	–	0,4
Portfoliorisiken	1,8	–	–	0,4	–	–	–	1,4
Summe	2,2	–	0,1	0,5	–	0,2	–	1,8
Gesamt	182,8	104,7	33,6	37,7	–0,2	–	10,2	226,2

Mio. €	Anfangs- bestand 01.01.2014	Zuführung	Verbrauch	Auflösung	Abgänge	Umgliede- rungen	Währungs- effekte	End- bestand 31.12.2014
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute								
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	3,5	–	–	1,0	–	–	–	2,5
Summe	3,5	–	–	1,0	–	–	–	2,5
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden								
Einzelwertberichtigungen	179,2	63,6	60,4	55,5	–	8,5	11,3	146,7
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	30,8	0,2	–	3,8	–	–	–	27,2
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	1,3	2,6	–	–	–	–	0,3	4,2
Summe	211,3	66,4	60,4	59,3	–	8,5	11,6	178,1
Rückstellungen für Kreditrisiken								
Einzelrisiken	3,3	7,8	0,1	3,0	–	–8,5	0,9	0,4
Portfoliorisiken	3,5	–	–	1,7	–	–	–	1,8
Summe	6,8	7,8	0,1	4,7	–	–8,5	0,9	2,2
Gesamt	221,6	74,2	60,5	65,0	–	–	12,5	182,8

Kennziffern zur Risikovorsorge:

%	2015	2014
Auflösungs- / Zuführungsquote zum Stichtag¹⁾ (Quotient aus Nettozuführung und Kreditvolumen)	-0,24	-0,03
Ausfallquote zum Stichtag (Quotient aus Kreditausfällen und Kreditvolumen)	0,12	0,18
Durchschnittliche Ausfallquote (Quotient aus Kreditausfällen im 5-Jahres-Durchschnitt und Kreditvolumen)	0,46	0,45
Bestandsquote zum Stichtag (Quotient aus Risikovorsorgebestand und Kreditvolumen)	0,84	0,61

¹⁾ Auflösungsquote ohne Vorzeichen.

Den Berechnungen der obigen Kennziffern liegt das folgende bilanzielle Kreditvolumen zugrunde:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	8.832,1	13.507,8
Forderungen an Kunden ¹⁾	14.915,1	14.369,8
Eventualverbindlichkeiten	2.150,9	1.789,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.185,6	495,2
Gesamt	27.083,7	30.162,3

¹⁾ Ohne Geldgeschäfte.

Risikovorsorge nach Risikosegmenten:

Mio. €	Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft		Kreditausfälle ¹⁾		Nettozuführungen ²⁾ / -auflösungen zu den / von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft	
	31.12.2015	31.12.2014	2015	2014	2015	2014
Kunden						
Transport- und Exportfinanzierungen	118,9	109,3	32,6	31,6	-33,2	-17,6
Verkehrs- und Sozialinfrastruktur	39,5	26,4	-	-	-13,1	-4,7
Immobilienrisiken	32,2	27,8	-0,6	-0,6	-4,5	10,1
Energie- und Versorgungsinfrastruktur	31,4	13,3	-	12,4	-17,7	-4,2
Unternehmen	0,5	1,1	-0,4	12,1	0,7	6,7
Sonstige	1,3	2,4	0,1	-	0,7	-0,5
Kunden insgesamt	223,8	180,3	31,7	55,5	-67,1	-10,2
Kreditinstitute	2,4	2,5	-	-	0,1	1,0
Unternehmen	2,1	-	-	-	-2,1	-
Finanzinstitutionen	0,3	2,5	-	-	2,2	1,0
Gesamt	226,2	182,8	31,7	55,5	-67,0	-9,2

¹⁾ Eingänge auf abgeschriebene Forderungen – in der Spalte negativ.

²⁾ In der Spalte negativ.

44 Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva

Die zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva enthalten neben Wertpapieren und Forderungen der Kategorien Held for Trading und Designated at Fair Value die positiven Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs und aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.894,0	18.277,1	1.616,9
Anleihen und Schuldverschreibungen	19.516,6	17.900,0	1.616,6
Geldmarktpapiere	377,4	377,1	0,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.604,6	4.928,9	-2.324,3
Aktien	1.915,9	4.215,6	-2.299,7
Investmentanteile	688,7	713,2	-24,5
Andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	0,1	-0,1
Sonstige	868,0	762,6	105,4
Schuldscheindarlehen	868,0	762,6	105,4
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Handel)	9.790,0	12.277,1	-2.487,1
Summe Handel (Held for Trading)	33.156,6	36.245,7	-3.089,1
Designated at Fair Value			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.215,0	19.856,4	-4.641,4
Anleihen und Schuldverschreibungen	15.196,0	19.795,4	-4.599,4
Geldmarktpapiere	19,0	61,0	-42,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.363,2	668,3	694,9
Investmentanteile	1.363,2	662,9	700,3
Genussscheine	-	5,4	-5,4
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	500,5	1.504,6	-1.004,1
Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	672,5	1.195,0	-522,5
Summe Designated at Fair Value	17.751,2	23.224,3	-5.473,1
Gesamt	50.907,8	59.470,0	-8.562,2

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren der Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva sind börsennotiert:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	33.683,6	36.242,4	-2.558,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.452,9	4.812,2	-2.359,3

45 Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die positiven Marktwerte von Sicherungsgeschäften, die die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich nach den abgesicherten Grundgeschäften wie folgt:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Fair Value Hedges			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	–	0,1
Forderungen an Kunden	6,6	8,2	–1,6
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40,3	42,7	–2,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	53,9	275,9	–222,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	7,1	1,2	5,9
Nachrangkapital	0,5	–	0,5
Summe Fair Value Hedges	108,5	328,0	–219,5
Cashflow Hedges			
Aktivposten	0,5	–	0,5
Gesamt	109,0	328,0	–219,0

Als Sicherungsinstrumente wurden im Wesentlichen Zinsswaps (Fair Value Hedges) sowie Devisenkassageschäfte mit rollierenden Devisenswaps (Cashflow Hedges) designiert.

46 Finanzanlagen

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Loans and Receivables			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	531,4	502,9	28,5
Held to Maturity			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.406,4	2.959,5	–553,1
Available for Sale			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,0	0,0	–
Anteilsbesitz			
Beteiligungen	27,9	30,8	–2,9
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	12,3	28,1	–15,8
Anteile an verbundenen, nicht konsolidierten Unternehmen	4,6	1,0	3,6
Anteile an assoziierten, nicht at-equity bewerteten Unternehmen	0,2	0,2	–
Finanzanlagen vor Risikovorsorge	2.982,8	3.522,5	–539,7
Risikovorsorge	–38,4	–24,2	–14,2
Gesamt	2.944,4	3.498,3	–553,9

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden ebenso wie die Beteiligungen mit den Anschaffungskosten angesetzt. Eine Veräußerung dieser Vermögenswerte ist derzeit nicht beabsichtigt. Für die at-equity bewerteten Unternehmen in der Deko-Gruppe existieren keine öffentlich notierten Marktpreise.

Von den Finanzanlagen sind börsennotiert:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.857,1	3.284,9	–427,8

Die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen ist in der folgenden Aufstellung dargestellt:

Mio. €	Beteiligungen	Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand 1. Januar 2014	35,1	132,4	1,1	–	168,6
Zugänge	0,1	–	–	–	0,1
Abgänge	3,3	0,6	0,1	–	4,0
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	–0,2	–	–	0,2	–
Stand 31. Dezember 2014	31,7	131,8	1,0	0,2	164,7
Zugänge	–	0,0	3,6	–	3,6
Abgänge	2,9	–	–	–	2,9
Stand 31. Dezember 2015	28,8	131,8	4,6	0,2	165,4
Kumulierte Abschreibungen / Wertänderungen					
Stand 1. Januar 2014	–	106,0	–	–	106,0
Abschreibungen/Wertminderungen	0,9	–	–	–	0,9
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	–	2,3	–	–	2,3
Stand 31. Dezember 2014	0,9	103,7	–	–	104,6
Abschreibungen/Wertminderungen	–	18,8	–	–	18,8
Zuschreibungen	–	4,4	–	–	4,4
Ergebnis aus at-equity bewerteten Unternehmen	–	2,2	–	–	2,2
Umbuchungen und sonstige Veränderungen	–	0,3	–	–	0,3
Veränderung Neubewertungsrücklage	–	–3,3	–	–	–3,3
Stand 31. Dezember 2015	0,9	119,5	–	–	120,4
Buchwert 31. Dezember 2014	30,8	28,1	1,0	0,2	60,1
Buchwert 31. Dezember 2015	27,9	12,3	4,6	0,2	45,0

Der Abgang bei den Beteiligungen betrifft im Wesentlichen die Liquidation der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH.

47 Immaterielle Vermögenswerte

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill)	148,1	148,1	–
Software			
Erworben	20,1	27,5	–7,4
Selbst erstellt	2,1	3,1	–1,0
Software insgesamt	22,2	30,6	–8,4
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	20,9	25,0	–4,1
Gesamt	191,2	203,7	–12,5

Der Posten Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte enthält den Goodwill aus dem Erwerb der LBB-INVEST (95,0 Mio. Euro). Für Zwecke des Impairment-Tests zum 31. Dezember 2015 wurde dieser der zahlungsmittelgenerierenden Einheit LBB-INVEST zugeordnet. Ferner enthält der Posten den Goodwill aus dem Erwerb der WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH (WestInvest) (53,1 Mio. Euro). Der Werthaltigkeitstest erfolgte auf Ebene des Geschäftsfelds Immobilien turnusgemäß zum 31. Dezember 2015.

Der erzielbare Betrag beider zahlungsmittelgenerierenden Einheiten wurde, jeweils getrennt, auf Basis des Nutzungswerts ermittelt. Die für das eingesetzte Ertragswertverfahren erforderlichen Kapitalisierungszinssätze wurden anhand der Methodik des Capital Asset Pricing Model (CAPM) hergeleitet. Die zu erwartenden Cashflows nach Steuern wurden für einen Fünfjahreszeitraum berechnet.

Für die Gesellschaft LBB-INVEST als zahlungsmittelgenerierende Einheit wurde als wesentlicher Werttreiber die Entwicklung der von der Gesellschaft verwalteten Fondsvermögen (Total Assets) identifiziert. Hierbei wurde die Prognose auf Basis volkswirtschaftlicher Daten sowie von Erfahrungswerten der Vergangenheit gestützt. Es wird eine stetige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung erwartet. Die Werte für die ewige Rente entsprechen der Prognose für das Jahr 2020. Die langfristige Wachstumsrate beträgt unverändert 1,0 Prozent. Der Kapitalisierungszinssatz betrug 11,83 Prozent (Vorjahr: 10,56 Prozent). Der so ermittelte Nutzungswert lag über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Eine außerplanmäßige Abschreibung war demnach nicht erforderlich.

Für das Geschäftsfeld Immobilien als zahlungsmittelgenerierende Einheit wurden interne Prognosen auf Basis volkswirtschaftlicher Daten sowie spezifische Markt- und Wettbewerbsanalysen verwendet. Erfahrungswerte der Vergangenheit, insbesondere im Hinblick auf die wesentlichen Werttreiber – die Entwicklung der Total Assets sowie das anteilige Brutto-Kreditvolumen – wurden berücksichtigt. Im Fondsgeschäft wird auf Basis der geplanten Nettovertriebsleistung ein weiterer Anstieg der Total Assets sowie die Festigung der erfolgreichen Marktpositionierung in den nächsten drei Jahren erwartet. Voraussetzung dafür ist die Realisierung der geplanten Transaktionen in den weiterhin wettbewerbsintensiven Zielsegmenten. Für die Folgejahre 2019 und 2020 werden aufgrund des zyklischen Absatzverhaltens sowie erwarteter regulatorischer Eingriffe (zum Beispiel Investmentsteuerreform) geringere Nettomittelzuflüsse und korrespondierende Transaktionserträge erwartet. Im Immobilienfinanzierungsgeschäft ist bei grundsätzlichem Fortbestehen der bewährten Geschäftsstrategie in den ersten drei Jahren eine deutliche Volumenausweitung durch Neugeschäft bei reduzierter Ausplatzierung geplant. Erwartungsgemäß wird der anhaltende Preiswettbewerb die Margen im Neugeschäft weiterhin belasten. Darüber hinaus wurde eine ewige Rente entsprechend der Prognose für das Jahr 2020 berücksichtigt sowie eine langfristige Wachstumsrate von unverändert 1,0 Prozent angenommen. Der Kapitalisierungszinssatz betrug 9,06 Prozent (Vorjahr: 9,63 Prozent). Der so ermittelte Nutzungswert lag über dem Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Eine außerplanmäßige Abschreibung war demnach nicht erforderlich.

Der Posten Sonstige immaterielle Vermögenswerte enthält überwiegend Vertriebspartnerschaften und Kundenbeziehungen aus dem Unternehmenserwerb der LBB-INVEST.

Die Bestandsentwicklung der Immateriellen Vermögenswerte ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Mio. €	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software	Selbst erstellte Software	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungskosten					
Stand 1. Januar 2014	145,4	134,3	71,4	22,2	373,3
Zugänge	95,0	11,7	1,9	29,5	138,1
Abgänge	–	0,2	–	–	0,2
Stand 31. Dezember 2014	240,4	145,8	73,3	51,7	511,2
Zugänge	–	4,7	0,7	–	5,4
Stand 31. Dezember 2015	240,4	150,5	74,0	51,7	516,6
Kumulierte Abschreibungen / Wertminderungen					
Stand 1. Januar 2014	92,3	101,8	67,9	21,9	283,9
Abschreibungen/Wertminderungen	–	14,0	2,3	4,8	21,1
Abgänge	–	0,1	–	–	0,1
Veränderung Konsolidierungskreis	–	2,6	–	–	2,6
Stand 31. Dezember 2014	92,3	118,3	70,2	26,7	307,5
Abschreibungen/Wertminderungen	–	12,1	1,7	4,1	17,9
Stand 31. Dezember 2015	92,3	130,4	71,9	30,8	325,4
Buchwert 31. Dezember 2014	148,1	27,5	3,1	25,0	203,7
Buchwert 31. Dezember 2015	148,1	20,1	2,1	20,9	191,2

48 Sachanlagen

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Grundstücke und Gebäude	–	12,8	–12,8
Betriebs- und Geschäftsausstattung	14,6	15,2	–0,6
Technische Anlagen und Maschinen	1,7	2,0	–0,3
Gesamt	16,3	30,0	–13,7

Der Rückgang der Position Grundstücke und Gebäude ist auf die Veräußerung eines Gebäudekomplexes zurückzuführen (siehe Note [50]).

Das Sachanlagevermögen in der Deka-Gruppe hat sich wie folgt entwickelt:

Mio. €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Technische Anlagen und Maschinen	Gesamt
Anschaffungskosten				
Stand 1. Januar 2014	28,0	46,7	58,1	132,8
Zugänge	–	2,6	2,9	5,5
Abgänge	–	5,4	1,8	7,2
Veränderung Währungsumrechnung	–	0,1	–	0,1
Stand 31. Dezember 2014	28,0	44,0	59,2	131,2
Zugänge	–	0,6	0,7	1,3
Abgänge	28,0	0,1	0,2	28,3
Stand 31. Dezember 2015	–	44,5	59,7	104,2
Kumulierte Abschreibungen / Wertänderungen				
Stand 1. Januar 2014	14,7	31,2	56,1	102,0
Planmäßige Abschreibungen	0,5	1,4	1,6	3,5
Abgänge	–	5,4	1,8	7,2
Veränderung Währungsumrechnung	–	0,1	–	0,1
Veränderung Konsolidierungskreis	–	1,5	1,3	2,8
Stand 31. Dezember 2014	15,2	28,8	57,2	101,2
Abschreibungen/Wertminderungen	0,2	1,1	1,0	2,3
Abgänge	15,4	–	0,2	15,6
Stand 31. Dezember 2015	–	29,9	58,0	87,9
Buchwert 31. Dezember 2014	12,8	15,2	2,0	30,0
Buchwert 31. Dezember 2015	–	14,6	1,7	16,3

49 Ertragsteueransprüche

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Laufende Ertragsteueransprüche	164,0	165,1	–1,1
Latente Ertragsteueransprüche	57,5	137,5	–80,0
Gesamt	221,5	302,6	–81,1

Die latenten Ertragsteueransprüche bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus temporären Unterschieden zwischen den Bilanzansätzen nach IFRS und den steuerrechtlichen Wertansätzen der Vermögenswerte und Verpflichtungen ab.

Latente Steueransprüche auf steuerliche Verlustvorträge bestanden im Berichtsjahr – ebenso wie im Vorjahr – nicht.
 Latente Steueransprüche wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten gebildet:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	–	0,0	–0,0
Forderungen an Kunden	0,3	0,7	–0,4
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	15,6	0,8	14,8
Finanzanlagen	0,0	0,0	–0,0
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	1,8	2,3	–0,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	21,9	6,2	15,7
Sonstige Aktiva	0,7	2,1	–1,4
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11,7	14,6	–2,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	71,3	77,7	–6,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,2	3,5	–2,3
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	251,0	454,9	–203,9
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	10,1	35,5	–25,4
Rückstellungen	86,5	105,8	–19,3
Sonstige Passiva	3,7	3,3	0,4
Nachrangkapital	0,4	4,1	–3,7
Verlustvorträge	–	–	–
Zwischensumme	476,2	711,5	–235,3
Saldierung	–418,7	–574,0	155,3
Gesamt	57,5	137,5	–80,0

Von den ausgewiesenen aktiven latenten Steuern haben 57,5 Mio. Euro (Vorjahr: 135,9 Mio. Euro) mittel- oder langfristigen Charakter.

Zum Bilanzstichtag lagen bei einer ausländischen Konzerngesellschaft nicht berücksichtigte Verlustvorträge in Höhe von 18,5 Mio. Euro (Vorjahr bei zwei Gesellschaften: 26,7 Mio. Euro) vor, für die im Berichtsjahr keine latenten Steuern gebildet wurden. Der hierauf entfallende, nicht berücksichtigte Steuerbetrag betrug 3,9 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro). Bei einer inländischen Gesellschaft wurde gleichfalls kein latenter Steueranspruch auf steuerliche Verlustvorträge erfasst (Verlustvortrag 0,5 Mio. Euro, nicht berücksichtigter Steueranspruch 0,2 Mio. Euro). Darüber hinaus bestanden keine temporären Differenzen, für die keine aktiven latenten Steuern gebildet wurden (Betrag des nicht berücksichtigten Steueranspruchs im Vorjahr: 0,3 Mio. Euro).

Die Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern betrifft überwiegend kurzfristige latente Steuern aufgrund von temporären Differenzen im Zusammenhang mit Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva und -passiva.

Zum Bilanzstichtag bestanden wie im Vorjahr keine Outside Basis Differences, die zum Ansatz von aktiven latenten Steuern geführt hätten.

Im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen wurden latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 48,9 Mio. Euro (Vorjahr: 62,5 Mio. Euro), im Zusammenhang mit Cashflow Hedges latente Ertragsteueransprüche in Höhe von 12,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8,4 Mio. Euro) mit dem Eigenkapital verrechnet.

50 Sonstige Aktiva

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Forderungen gegenüber Sondervermögen	140,0	125,6	14,4
Forderungen aus Nichtbankengeschäft	22,3	29,6	-7,3
Forderungen beziehungsweise Erstattungen aus sonstigen Steuern	0,7	1,5	-0,8
Sonstige Vermögenswerte	191,3	319,9	-128,6
Rechnungsabgrenzungsposten	26,2	28,2	-2,0
Gesamt	380,5	504,8	-124,3

Der im ersten Halbjahr 2015 im Posten Sonstige Aktiva gemäß den Vorschriften des IFRS 5 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche“ ausgewiesene Gebäudekomplex in zentraler City-Lage im Bankenviertel von Frankfurt am Main in Höhe von 12,6 Mio. Euro wurde im zweiten Halbjahr 2015 veräußert. Der aus dem Verkauf des dem Geschäftsfeld Immobilien zugeordneten Gebäudekomplexes resultierende Veräußerungsgewinn in Höhe von 42,1 Mio. Euro ist im Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis ausgewiesen. Der bereits am 1. Juni 2013 geschlossene Kaufvertrag mit aufschiebender Bedingung wurde mit Nachtrag zum Kaufvertrag vom 28. Mai 2015 wirksam. Die Kaufpreiszahlung erfolgte in zwei Tranchen, wobei die erste Tranche im Juni 2015 zur Zahlung fällig war, die Zahlung der zweiten Tranche erfolgte im Oktober 2015. Abschreibungen beziehungsweise Zuschreibungen aufgrund der nach IFRS 5 im Klassifizierungszeitpunkt anzuwendenden Bewertungsregeln waren im Berichtsjahr nicht erforderlich.

Von den Sonstigen Aktiva weisen 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,3 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

51 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Inländische Kreditinstitute	16.640,1	21.560,3	-4.920,2
Ausländische Kreditinstitute	7.444,0	5.178,7	2.265,3
Gesamt	24.084,1	26.739,0	-2.654,9
Davon:			
Besicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	204,8	432,7	-227,9
Unbesicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	2.593,2	3.184,1	-590,9

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind erhaltene Zahlungen aus echten Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 5,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 5,0 Mrd. Euro) enthalten.

52 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Inländische Kunden	18.970,8	18.277,5	693,3
Ausländische Kunden	10.491,2	9.349,3	1.141,9
Gesamt	29.462,0	27.626,8	1.835,2
Davon:			
Besicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1.907,0	2.651,7	-744,7
Unbesicherte Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1.123,0	2.552,3	-1.429,3

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind erhaltene Zahlungen aus echten Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 4,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,9 Mrd. Euro) enthalten.

53 Verbriefte Verbindlichkeiten

Die Verbrieften Verbindlichkeiten umfassen Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die übertragbare Urkunden ausgestellt sind. Gemäß IAS 39 wurden die in der Deka-Gruppe gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 0,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,5 Mrd. Euro) von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Nicht gedeckte begebene Schuldverschreibungen	6.353,2	17.445,3	-11.092,1
Gedekte begebene Schuldverschreibungen	284,9	708,5	-423,6
Begebene Geldmarktpapiere	13.283,7	5.967,9	7.315,8
Gesamt	19.921,8	24.121,7	-4.199,9

54 Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva

Die zum Fair Value bewerteten Finanzpassiva enthalten neben Handelsemissionen und den Verbindlichkeiten der Kategorie Designated at Fair Value die negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs sowie aus ökonomischen Sicherungsbeziehungen, die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen. Darüber hinaus werden in diesem Posten Wertpapier-Shortbestände ausgewiesen.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Handelsemissionen	11.796,0	8.497,5	3.298,5
Wertpapier-Shortbestände	1.217,2	925,2	292,0
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (Handel)	10.149,5	12.390,9	-2.241,4
Summe Handel (Held for Trading)	23.162,7	21.813,6	1.349,1
Designated at Fair Value			
Emissionen	2.525,8	3.572,3	-1.046,5
Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente (ökonomische Sicherungsgeschäfte)	1.426,3	1.742,6	-316,3
Summe Designated at Fair Value	3.952,1	5.314,9	-1.362,8
Gesamt	27.114,8	27.128,5	-13,7

Die Emissionen gliedern sich nach Produktarten wie folgt:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Handel (Held for Trading)			
Nicht gedeckte Handelsemissionen			
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	8.979,9	5.827,3	3.152,6
Begebene Namensschuldverschreibungen	714,0	664,8	49,2
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	2.102,1	2.005,4	96,7
Gesamt	11.796,0	8.497,5	3.298,5
Designated at Fair Value			
Nicht gedeckte Emissionen			
Begebene Inhaberschuldverschreibungen	422,4	1.042,1	-619,7
Begebene Namensschuldverschreibungen	489,4	510,5	-21,1
Aufgenommene Schuldscheindarlehen	482,9	745,7	-262,8
Gedekte Emissionen	1.131,1	1.274,0	-142,9
Gesamt	2.525,8	3.572,3	-1.046,5

Der Fair Value der Emissionen der Kategorie Designated at Fair Value enthält kumulierte bonitätsinduzierte Wertänderungen in Höhe von 16,1 Mio. Euro (Vorjahr: 23,7 Mio. Euro).

Der Buchwert der Verbindlichkeiten, die der Kategorie Designated at Fair Value zugeordnet sind, liegt um 291,5 Mio. Euro (Vorjahr: 368,5 Mio. Euro) über dem Rückzahlungsbetrag.

55 Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Die negativen Marktwerte von Sicherungsgeschäften, die die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich nach den abgesicherten Grundgeschäften wie folgt:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Fair Value Hedges			
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	9,9	53,8	-43,9
Forderungen an Kunden	26,6	56,6	-30,0
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-0,3	-	-0,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	-0,1	-	-0,1
Nachrangkapital	-0,1	-	-0,1
Summe Fair Value Hedges	36,0	110,4	-74,4
Cashflow Hedges			
Aktivposten	-	8,4	-8,4
Gesamt	36,0	118,8	-82,8

Als Sicherungsinstrumente wurden im Wesentlichen Zinsswaps (Fair Value Hedges) sowie Devisenkassageschäfte mit rollierenden Devisenswaps (Cashflow Hedges) designiert.

56 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Entwicklung der Rückstellungen ist aus folgender Aufstellung ersichtlich:

Mio. €	Pensions- rückstellungen	Rückstellungen für pensions- ähnliche Verpflichtungen ¹⁾	Gesamt
Stand 1. Januar 2014	98,1	23,2	121,3
Zuführung	29,0	2,7	31,7
Inanspruchnahme	11,3	5,6	16,9
Auflösungen	-	0,4	0,4
Umgliederungen	-	2,2	2,2
Veränderung Planvermögen	-19,2	-0,2	-19,4
Unternehmenszusammenschlüsse und Veränderung Konsolidierungskreis	12,7	0,1	12,8
Erfolgsneutrale Erfassung Neubewertungen	121,0	-	121,0
Stand 31. Dezember 2014	230,3	22,0	252,3
Zuführung	40,7	1,9	42,6
Inanspruchnahme	11,7	6,7	18,4
Umgliederungen	-	8,1	8,1
Veränderung Planvermögen	-15,2	-0,4	-15,6
Erfolgsneutrale Erfassung Neubewertungen	-55,4	-	-55,4
Stand 31. Dezember 2015	188,7	24,9	213,6

¹⁾ Inklusive Rückstellungen für Arbeitszeitkonten.

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen kann wie folgt auf die in der Bilanz ausgewiesene Rückstellung übergeleitet werden:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Barwert der ganz oder teilweise gedeckten leistungsorientierten Verpflichtungen	658,3	662,0	-3,7
Fair Value des Planvermögens zum Stichtag	491,9	453,7	38,2
Finanzierungsstatus	166,4	208,3	-41,9
Barwert der ungedeckten leistungsorientierten Verpflichtungen	47,2	44,0	3,2
Pensionsrückstellungen	213,6	252,3	-38,7

Die Entwicklung der Nettoverpflichtung aus leistungsorientierten Zusagen stellt sich wie folgt dar:

Mio. €	Leistungsorientierte Verpflichtung		Fair Value des Planvermögens		Nettoverpflichtung / (Nettovermögenswert)	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Stand 1. Januar	706,0	518,4	453,7	397,1	252,3	121,3
Laufender Dienstaufwand	36,9	26,2	-	-	36,9	26,2
Zinsaufwendungen oder -erträge	14,8	18,3	9,1	13,2	5,7	5,1
Netto-Zinsertrag / -aufwand (erfasst im Gewinn oder Verlust)	51,7	44,5	9,1	13,2	42,6	31,3
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus:						
Finanziellen Annahmen	-37,2	139,9	-	-	-37,2	139,9
Erfahrungsbedingter Anpassung	-4,7	5,1	-	-	-4,7	5,1
Ertrag aus Planvermögen ohne Zinserträge	-	-	13,5	24,0	-13,5	-24,0
Neubewertungsgewinne / -verluste (erfasst im erfolgsneutralen Ergebnis)	-41,9	145,0	13,5	24,0	-55,4	121,0
Übertragungen	8,1	2,2	-	-	8,1	2,2
Unternehmenszusammenschlüsse und Veränderung Konsolidierungskreis	-	12,8	-	6,6	-	6,2
Arbeitgeberbeiträge	-	-	6,3	6,0	-6,3	-6,0
Arbeitnehmerbeiträge	-	-	10,2	7,6	-10,2	-7,6
Versorgungsleistungen	-18,4	-16,9	-0,9	-0,8	-17,5	-16,1
Stand 31. Dezember	705,5	706,0	491,9	453,7	213,6	252,3
Davon entfallen auf:						
Endgehaltspläne und Gesamtversorgungssysteme	470,4	491,2	311,9	301,3	158,5	189,9
Fondsgebundene beitragsorientierte Pläne	205,6	188,6	175,4	148,2	30,2	40,4

Die Berechnung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung erfolgte unter Verwendung der Heubeck-Richttafel 2005 G auf der Basis folgender versicherungsmathematischer Parameter:

%	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Rechnungszins	2,3	2,00	0,3
Rententrend für Anpassungen nach § 16 Abs. 2 BetrAVG ¹⁾	2,0	2,00	-
Rentenanpassung bei Gesamtrentenfortschreibung ¹⁾	2,5	2,50	-
Gehaltstrend ¹⁾	2,5	2,50	-

¹⁾ Für die Bewertung der fondsbasierten Zusagen nicht relevant, da diese nicht endgehaltsabhängig sind.

Für die verfallbaren Anwartschaften werden bei der Berechnung zusätzlich die von der Heubeck-Richttafeln-GmbH veröffentlichten Fluktuationsprofile mit einem Niveauparameter von 1,5 berücksichtigt. Für pensionsähnliche Verpflichtungen wurde ein Abzinsungsfaktor von 0,04 Prozent (Vorjahr: 0,1 Prozent) verwendet. Dieser Zins berücksichtigt einerseits die geringere Fristigkeit im Vergleich zu den Pensionszusagen und andererseits die nicht gesondert angesetzte Anpassungsdynamik der Vorruhestands- beziehungsweise Übergangszahlungen.

Die im Folgenden dargestellte Sensitivitätsanalyse zeigt auf, wie sich eine Veränderung maßgeblicher versicherungsmathematischer Annahmen auf die leistungsorientierte Verpflichtung (DBO) auswirkt. Dabei wird jeweils die Änderung einer Annahme berücksichtigt, wobei die übrigen Annahmen gegenüber der ursprünglichen Berechnung unverändert bleiben, das heißt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den einzelnen Annahmen werden dabei nicht berücksichtigt. Die Sensitivitätsanalyse ist nur auf den Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung (DBO) anwendbar und nicht auf die Nettoverpflichtung, da diese durch eine Anzahl von Faktoren bestimmt wird, welche neben den versicherungsmathematischen Annahmen auch das zum Fair Value bewertete Planvermögen beinhaltet.

Mio. €	Veränderung der versicherungsmathematischen Annahmen	Auswirkungen auf die leistungsorientierte Verpflichtung	
		31.12.2015	31.12.2014
Rechnungszins	Erhöhung um 1,0 Prozentpunkte	- 104,1	- 108,3
	Verringerung um 1,0 Prozentpunkte	136,5	142,0
Gehaltstrend	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	6,9	7,9
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	- 6,5	- 7,4
Rententrend	Erhöhung um 0,25 Prozentpunkte	15,3	16,0
	Verringerung um 0,25 Prozentpunkte	- 14,5	- 15,3
Lebenserwartung	Verlängerung um 1 Jahr	20,9	21,5

Am Bilanzstichtag setzte sich das Planvermögen wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktienfonds	164,8	139,0	25,8
Rentenfonds	2,3	1,9	0,4
Mischfonds	7,2	6,1	1,1
Geldmarktnahe Fonds	4,7	4,3	0,4
Publikumsfonds	179,0	151,3	27,7
Spezialfonds	311,8	301,0	10,8
Versicherungsverträge	1,1	1,4	- 0,3
Gesamt	491,9	453,7	38,2

Das Planvermögen besteht bis auf die Versicherungsverträge aus Vermögenswerten, für die eine Marktpreisnotierung an einem aktiven Markt besteht. Das Planvermögen umfasste per 31. Dezember 2015 eigene Investmentfonds der Deka-Gruppe in Höhe von 490,8 Mio. Euro (Vorjahr: 452,3 Mio. Euro). Von den Unternehmen der Deka-Gruppe genutzte Immobilien oder sonstige Vermögenswerte waren nicht enthalten.

Die Anteile an Publikumsfonds dienen der Ausfinanzierung der fondsbasierten Zusage und der Arbeitszeitkonten. Für die Verpflichtungen aus Endgehaltspänen und Gesamtversorgungssystemen wurde in einen Spezialfonds investiert, dessen Anlagestrategie auf einer integrierten Asset-Liability-Betrachtung basiert. Bei den Versicherungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um Risikolebensversicherungen. Die mit den leistungsorientierten Verpflichtungen verbundenen Risiken betreffen neben den üblichen versicherungsmathematischen Risiken, wie beispielsweise Langlebighkeitsrisiko und Zinsrisiko, vor allem Risiken im Zusammenhang mit dem Planvermögen. Das Planvermögen kann insbesondere Marktpreisrisiken enthalten.

Die Erträge des Planvermögens werden in Höhe des Rechnungszinssatzes angenommen, der auf Basis von Unternehmensanleihen bestimmt wird, deren Bonität mit mindestens AA bewertet ist. Sofern die tatsächlichen Erträge des Planvermögens den angewandten Rechnungszinssatz unterschreiten, erhöht sich die Nettoverpflichtung aus den leistungsorientierten Zusagen. Aufgrund der Zusammensetzung des Planvermögens wird allerdings davon ausgegangen, dass die tatsächliche Rendite mittel- bis langfristig über der Rendite von Unternehmensanleihen guter Bonität liegt.

Die Höhe der Nettoverpflichtung wird zudem insbesondere durch den Rechnungszinssatz beeinflusst, wobei das gegenwärtig sehr niedrige Zinsniveau zu einer vergleichsweise hohen Nettoverpflichtung führt. Ein weiterer Rückgang der Renditen von Unternehmensanleihen würde zu einem weiteren Anstieg der leistungsorientierten Verpflichtungen führen, der nur teilweise durch die positive Entwicklung des Planvermögens kompensiert werden kann.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen beträgt zum Berichtsstichtag 17,2 Jahre (Vorjahr: 18,2 Jahre).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen teilt sich wie folgt auf:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktive Anwärter	360,1	379,8	- 19,7
Ausgeschiedene Anwärter	157,5	139,2	18,3
Rentner und Hinterbliebene	187,9	187,0	0,9
Barwert der Leistungsverpflichtung	705,5	706,0	-0,5

Für das Jahr 2016 wird erwartet, dass Beiträge in Höhe von 16,5 Mio. Euro (Vorjahr: 13,5 Mio. Euro) in die leistungsorientierten Pläne einzustellen sind.

57 Sonstige Rückstellungen

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	9,9	25,5	- 15,6
Rückstellungen für Rechtsrisiken	9,4	9,2	0,2
Rückstellungen für operationelle Risiken ¹⁾	0,7	1,8	- 1,1
Rückstellungen für Kreditrisiken	1,8	2,2	- 0,4
Rückstellungen im Personalbereich	1,4	0,5	0,9
Rückstellungen im Fondsgeschäft ¹⁾	112,0	111,9	0,1
Übrige sonstige Rückstellungen ¹⁾	105,1	115,2	- 10,1
Gesamt	240,3	266,3	- 26,0

¹⁾ Vorjahreswerte wurden angepasst.

Restrukturierungsrückstellungen ergeben sich aus verschiedenen Restrukturierungsaktivitäten der Deka-Gruppe, unter anderem aus dem Transformationsprozess zum Wertpapierhaus der Sparkassen. Rückstellungen für Rechtsrisiken und operationelle Risiken werden für mögliche Verluste gebildet, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Prozessen und Systemen, durch fehlerhaftes Verhalten von Menschen oder durch externe Ereignisse entstehen können. Operationelle Risiken können zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden oder zu Rechtsstreitigkeiten führen.

Bei den Rückstellungen für Kreditrisiken handelt es sich um Rückstellungen, die im Zusammenhang mit festgestellten Wertminderungen bei Bürgschaften und Avalen gebildet wurden (siehe Note [43]).

Im Fondsgeschäft werden im Wesentlichen Rückstellungen für die nachfolgend beschriebenen Investmentfonds mit formalen Garantien sowie mit Renditezielpfad gebildet.

Die Produktpalette der Deka-Gruppe enthält unter anderem Investmentfonds mit Garantien unterschiedlicher Ausprägung. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft garantiert am Ende der Laufzeit des Fonds beziehungsweise des Investitionszeitraums das eingezahlte Kapital abzüglich Gebühren oder den Anteilswert am Anfang eines jeden Investitionszeitraums. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem prognostizierten Fehlbetrag zum Garantiezeitpunkt, der eine Differenz aus dem erwarteten und garantierten Anteilswert darstellt. Zum Bilanzstichtag waren aufgrund der Entwicklung der jeweiligen Fondsvermögen 7,9 Mio. Euro (Vorjahr: 8,5 Mio. Euro) zurückgestellt. Durch die Garantien wurde zum Bilanzstichtag ein maximales Volumen von insgesamt 4,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,5 Mrd. Euro) zu den jeweiligen Garantiezeitpunkten abgedeckt. Der Marktwert des korrespondierenden Fondsvermögens belief sich auf 5,0 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,7 Mrd. Euro). Darin sind ebenfalls nachfolgend beschriebene Fonds mit einer prognostizierten Renditeentwicklung mit einem Volumen in Höhe von 2,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,1 Mrd. Euro) enthalten.

Investmentfonds, deren Rendite auf Basis aktueller vom Konzern festgelegter Geldmarktsätze prognostiziert und veröffentlicht wird, existieren in zwei Fondsausprägungen, mit und ohne Kapitalgarantie. Die prognostizierte Renditeentwicklung wird jedoch nicht garantiert. Obgleich die Deka-Gruppe keine vertragliche Verpflichtung zur Einhaltung der Renditeziele übernommen hat, behält sich die Deka-Gruppe vor, die Erreichung der angestrebten Wertentwicklung der Fonds zu unterstützen, und hat einen dafür erforderlichen Betrag zurückgestellt. Die Rückstellungshöhe wird durch mögliche Verlustszenarien unter Berücksichtigung von Liquiditäts-, Zinsstruktur-, Durations- sowie Spreadrisiken ermittelt. Zum Bilanzstichtag waren 78,7 Mio. Euro (Vorjahr: 69,7 Mio. Euro) zurückgestellt. Das zugrunde liegende Gesamtvolumen der Fonds betrug 6,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 5,7 Mrd. Euro), davon entfallen 2,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,1 Mrd. Euro) auf Fonds mit Kapitalgarantie und 3,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 3,6 Mrd. Euro) auf Fonds ohne Kapitalgarantie.

Die Übrigen sonstigen Rückstellungen werden für Verpflichtungen gebildet, die aus unterschiedlichen Sachverhalten entstehen. Hierin enthalten ist unter anderem eine Rückstellung in Höhe von 54,8 Mio. Euro aus der bedingten Kaufpreiszahlung im Zusammenhang mit dem Erwerb der Unternehmensanteile an der LBB-INVEST sowie eine Rückstellung für einen belastenden Vertrag in Höhe von 30,0 Mio. Euro.

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

Mio. €	Anfangsbestand 01.01.2015	Zuführung	Inanspruchnahmen	Auflösung	Umgliederungen	Aufzinsung	Währungseffekte	Endbestand 31.12.2015
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	25,5	3,7	8,2	3,9	-8,1	-	0,9	9,9
Rückstellungen für Rechtsrisiken	9,2	0,6	0,3	0,1	-	-	-	9,4
Rückstellungen für operationelle Risiken	1,8	0,2	0,6	0,7	-	-	-	0,7
Rückstellungen für Kreditrisiken	2,2	-	0,1	0,5	0,2	-	-	1,8
Rückstellungen im Personalbereich	0,5	1,1	0,1	0,1	-	-	-	1,4
Rückstellungen im Fondsgeschäft	111,9	16,4	1,6	14,5	-	-0,2	-	112,0
Übrige sonstige Rückstellungen	115,2	46,5	56,2	0,4	-	-	-	105,1
Sonstige Rückstellungen	266,3	68,5	67,1	20,2	-7,9	-0,2	0,9	240,3

Entsprechend ihrem originären Charakter wird ein Teil der Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen jeweils im Folgejahr in Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umgegliedert.

Von den Sonstigen Rückstellungen weisen 100,9 Mio. Euro (Vorjahr: 113,6 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

58 Ertragsteuerverpflichtungen

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Rückstellungen für Ertragsteuern	21,3	14,0	7,3
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	58,4	78,5	-20,1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	28,1	62,3	-34,2
Gesamt	107,8	154,8	-47,0

Die Rückstellungen für Ertragsteuern betreffen Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer. Von den Rückstellungen für Ertragsteuern weisen 21,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,0 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Zahlungen für Ertragsteuern des Berichtsjahres und früherer Perioden. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz dar.

Passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten gebildet:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute	9,1	19,2	-10,1
Forderungen an Kunden	77,6	18,9	58,7
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	270,8	455,6	-184,8
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	32,6	99,9	-67,3
Finanzanlagen	44,9	33,4	11,5
Immaterielle Vermögenswerte	6,3	7,5	-1,2
Sachanlagen	-	0,8	-0,8
Sonstige Aktiva	4,6	-	4,6
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	0,0	-0,0
Rückstellungen	0,1	0,1	-
Sonstige Passiva	0,8	0,9	-0,1
Zwischensumme	446,8	636,3	-189,5
Saldierung	-418,7	-574,0	155,3
Gesamt	28,1	62,3	-34,2

Die ausgewiesenen passiven latenten Steuern weisen einen kurzfristigen Charakter auf.

Die Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern betrifft überwiegend kurzfristige latente Steuern aufgrund von temporären Differenzen im Zusammenhang mit Zum Fair Value bewerteten Finanzaktiva und -passiva.

Am Bilanzstichtag bestehen temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Outside Basis Differences bei konsolidierten Tochterunternehmen in Höhe von 471,1 Mio. Euro (Vorjahr: 486,3 Mio. Euro), welche zu rechnerischen passiven latenten Steuern in Höhe von 7,5 Mio. Euro (Vorjahr: 7,8 Mio. Euro) führen, von denen 7,3 Mio. Euro gemäß IAS 12.39 nicht passiviert wurden. Ein Betrag in Höhe von 0,2 Mio. Euro wurde im Zusammenhang mit einer voraussichtlich im 1. Quartal 2016 beendeten Liquidation einer Tochtergesellschaft passiviert.

Im Berichtsjahr waren latente Ertragsteuerverpflichtungen in Höhe von 0,7 Tausend Euro (Vorjahr: 0,8 Tausend Euro) im Zusammenhang mit der Neubewertung von Schuldverschreibungen und anderen Wertpapieren des Available-for-Sale-Bestands mit dem Eigenkapital zu verrechnen.

59 Sonstige Passiva

Die Sonstigen Passiva setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Verbindlichkeiten			
Fremdkapital aus Minderheiten	0,8	289,7	-288,9
Noch nicht ausgezahlte Bonifikationen an Vertriebsstellen	97,1	83,1	14,0
Verbindlichkeiten aus laufenden sonstigen Steuern	30,5	35,5	-5,0
Noch nicht abgerechnete Wertpapierkassageschäfte	0,1	0,4	-0,3
Gewinnanteile atypisch stiller Gesellschafter	7,7	-	7,7
Sonstige	73,6	75,3	-1,7
Accruals			
Vertriebserfolgsvergütung	301,9	275,0	26,9
Personalkosten	107,3	100,7	6,6
Abschluss- und sonstige Prüfungskosten	6,2	5,6	0,6
Andere Accruals	45,3	48,5	-3,2
Rechnungsabgrenzungsposten	4,7	5,8	-1,1
Gesamt	675,2	919,6	-244,4

Der Posten Fremdkapital aus Minderheiten enthält im Wesentlichen den Anteil Konzernfremder an konsolidierten Investmentfonds. Diese werden als Sonstige Passiva ausgewiesen, da die Anteilscheininhaber ein jederzeitiges Rückgaberecht haben.

Die Dekabank verrechnet die Gewinnanteile der atypisch stillen Gesellschafter mit den bereits zugunsten der Gesellschafter abgeführten Steuern. Zum Berichtsstichtag lagen die abgeführten Steuern um 7,7 Mio. Euro über den Gewinnanteilen. Im Vorjahr lagen die Gewinnanteile um 10,9 Mio. Euro über den abgeführten Steuern, sodass in entsprechender Höhe ein Ausweis als sonstige Vermögenswerte unter den Sonstigen Aktiva erfolgte.

Im Posten Sonstige sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 44,0 Mio. Euro (Vorjahr: 46,1 Mio. Euro) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Depotkunden im Umfang von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 8,3 Mio. Euro) enthalten.

Von den Sonstigen Passiva weisen 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro) einen mittel- beziehungsweise langfristigen Charakter auf.

60 Nachrangkapital

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Nachrangige Inhaberschuldverschreibungen	188,3	396,1	-207,8
Nachrangige Schuldscheindarlehen	213,4	119,6	93,8
Sonstige nachrangige Verbindlichkeiten	514,6	412,0	102,6
Anteilige Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	21,5	19,9	1,6
Einlagen typisch stiller Gesellschafter	203,9	203,8	0,1
Anteilige Zinsen auf Einlagen typisch stiller Gesellschafter	8,0	19,2	-11,2
Gesamt	1.149,7	1.170,7	-21,0

Im Einzelnen wurden folgende Emissionen nachrangiger Verbindlichkeiten begeben:

Emissionsjahr	Nominalbetrag in Mio. €	Zinssatz in % p. a.	Fälligkeit
2006	40,0	4,43	2016
2009	75,0	6,00	2019
2013	25,0	4,00	2023
2013	12,7	4,13	2024
2013	5,0	4,26	2025
2013	52,1	4,50	2028
2013	18,0	4,75	2033
2014	105,7	4,01	2024
2014	137,5	4,15	2025
2014	6,0	4,34	2027
2014	10,0	4,53	2028
2014	97,0	4,52	2029
2014	6,0	4,57	2030
2014	25,0	4,80	2034
2015	207,3	3,51	2025
2015	22,7	3,58	2026
2015	10,0	3,74	2027
2015	60,0	4,04	2030

Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung besteht nicht.

Der Zinsaufwand für die am Bilanzstichtag im Bestand befindlichen typisch stillen Einlagen betrug 8,0 Mio. Euro und wird im Zinsergebnis ausgewiesen (siehe Note [30]). Die stillen Einlagen in Höhe von 203,9 Mio. Euro sind vollständig gekündigt.

61 Atypisch stille Einlagen

Die Atypisch stillen Einlagen belaufen sich auf 52,4 Mio. Euro (Vorjahr: 52,4 Mio. Euro). Die Ausschüttung auf Atypisch stille Einlagen betrug für das Berichtsjahr 56,9 Mio. Euro (Vorjahr: 54,9 Mio. Euro).

62 Eigenkapital

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Gezeichnetes Kapital	286,3	286,3	–
Abzüglich Eigene Anteile	94,6	94,6	–
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile (AT1-Anleihe)	473,6	473,6	–
Kapitalrücklage	190,3	190,3	–
Gewinnrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	13,4	13,4	–
Satzungsmäßige Rücklage	51,3	51,3	–
Andere Gewinnrücklagen	4.054,4	3.790,6	263,8
Gewinnrücklagen insgesamt	4.119,1	3.855,3	263,8
Neubewertungsrücklage			
Für Pensionsrückstellungen	–154,4	–209,8	55,4
Für Cashflow Hedges	–39,5	–26,4	–13,1
Für at-equity bewertete Unternehmen	–3,3	–	–3,3
Darauf entfallende latente Steuern	61,5	70,9	–9,4
Neubewertungsrücklage insgesamt	–135,7	–165,3	29,6
Rücklage aus der Währungsumrechnung	16,2	12,5	3,7
Konzerngewinn/-verlust	67,9	65,6	2,3
Gesamt	4.923,1	4.623,7	299,4

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein negatives Bewertungsergebnis aus bestehenden Cashflow Hedges in Höhe von –13,1 Mio. Euro (Vorjahr: –41,7 Mio. Euro) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Gleichzeitig wurde ein negatives Ergebnis aus ausgelaufenen Sicherungsgeschäften in Höhe von –24,9 Mio. Euro (Vorjahr: –3,2 Mio. Euro) aus der Neubewertungsrücklage in das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value umgliedert. Aufgrund von Sondertilgungen und Syndizierungen werden in zukünftigen Perioden Margen-Cashflows aus Darlehen in Höhe von umgerechnet 74,6 Mio. Euro (Vorjahr: 47,2 Mio. Euro) nicht eingehen, die ursprünglich abgesichert wurden. Der Cashflow Hedge wurde entsprechend angepasst. Umgliederungen aufgrund von Ineffektivitäten haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Die abgesicherten Cashflows werden in den folgenden Berichtszeiträumen erwartet, in denen sie auch voraussichtlich ergebniswirksam werden:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Erwartete Cashflows aus Aktivposten			
Bis 3 Monate	25,1	28,8	–3,7
3 Monate bis 1 Jahr	57,0	59,1	–2,1
1 Jahr bis 5 Jahre	194,1	222,6	–28,5
Über 5 Jahre	53,3	69,3	–16,0
Summe erwartete Cashflows	329,5	379,8	–50,3

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

63 Buchwerte nach Bewertungskategorien

Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7 erfolgt in der Deka-Gruppe nach Bilanzposten beziehungsweise nach IFRS-Kategorien:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktivposten			
Loans and Receivables			
Forderungen an Kreditinstitute	27.094,0	24.670,1	2.423,9
Forderungen an Kunden	22.508,0	23.388,7	-880,7
Finanzanlagen	531,1	502,2	28,9
Held to Maturity			
Finanzanlagen	2.368,3	2.936,0	-567,7
Available for Sale			
Finanzanlagen	45,0	60,1	-15,1
Held for Trading			
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	33.156,6	36.245,7	-3.089,1
Designated at Fair Value			
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	17.751,2	23.224,3	-5.473,1
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	109,0	328,0	-219,0
Summe Aktivposten	103.563,2	111.355,1	-7.791,9
Passivposten			
Other Liabilities			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.084,1	26.739,0	-2.654,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.462,0	27.626,8	1.835,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	19.921,8	24.121,7	-4.199,9
Nachrangkapital	1.149,7	1.170,7	-21,0
Held for Trading			
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	23.162,7	21.813,6	1.349,1
Designated at Fair Value			
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	3.952,1	5.314,9	-1.362,8
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	36,0	118,8	-82,8
Summe Passivposten	101.768,4	106.905,5	-5.137,1

64 Ergebnis nach Bewertungskategorien

Aus den einzelnen Bewertungskategorien ergeben sich folgende Ergebnisbeiträge:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Loans and Receivables	462,6	742,1	-279,5
Held to Maturity	59,8	74,9	-15,1
Other Liabilities	-417,8	-584,1	166,3
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	0,6	-0,6
Erfolgswirksames Ergebnis	9,7	1,7	8,0
Available for Sale	9,7	2,3	7,4
Held for Trading	277,2	242,5	34,7
Designated at Fair Value	16,5	329,2	-312,7
Bewertungsergebnis aus Hedge Accounting für Fair Value Hedges	-4,1	3,4	-7,5
Erfolgsneutrales Ergebnis aus Hedge Accounting für Cashflow Hedges	-13,1	41,6	-54,7

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt entsprechend der Zuordnung zu den Bewertungskategorien nach IAS 39. Dabei werden alle Ergebniskomponenten, das heißt sowohl Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse als auch Zinsen und laufende Erträge, mit einbezogen. Das Zinsergebnis von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbuchs wird innerhalb der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Das Zinsergebnis aus ökonomischen Sicherungsderivaten (Bankbuchderivate), die nicht die Voraussetzungen für das Hedge Accounting erfüllen, wird innerhalb der Kategorie Designated at Fair Value ausgewiesen. In dieser Darstellung nicht enthalten sind Provisionen für Handelsbestände beziehungsweise Finanzinstrumente der Kategorie Designated at Fair Value. Ebenfalls nicht enthalten sind Ergebnisse aus at-equity bewerteten Unternehmen.

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine Umwidmungen vorgenommen.

65 Fair-Value-Angaben

Die Buchwerte und Fair Values finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten verteilen sich auf die in der nachfolgenden Tabelle angegebenen Klassen von Finanzinstrumenten.

Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktivposten				
Barreserve	3.608,1	3.608,1	778,4	778,4
Forderungen an Kreditinstitute	27.290,4	27.094,0	25.015,2	24.670,1
Forderungen an Kunden	22.623,2	22.508,0	23.706,9	23.388,7
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	50.907,8	50.907,8	59.470,0	59.470,0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	109,0	109,0	328,0	328,0
Finanzanlagen	3.004,3	2.944,4	3.617,1	3.498,3
Loans and Receivables	485,3	531,1	452,3	502,2
Held to Maturity	2.474,0	2.368,3	3.104,7	2.936,0
Available for Sale	45,0	45,0	60,1	60,1
Sonstige Aktiva	164,5	164,5	187,2	187,2
Summe Aktivposten	107.707,3	107.335,8	113.102,8	112.320,7
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.290,6	24.084,1	27.005,0	26.739,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	29.806,6	29.462,0	28.086,2	27.626,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	20.025,5	19.921,8	24.254,6	24.121,7
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	27.114,8	27.114,8	27.128,5	27.128,5
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	36,0	36,0	118,8	118,8
Nachrangkapital	1.249,4	1.149,7	1.267,1	1.170,7
Sonstige Passiva	149,7	149,7	419,3	419,3
Summe Passivposten	102.672,6	101.918,1	108.279,5	107.324,8

Bei täglich fälligen beziehungsweise kurzfristigen Finanzinstrumenten entspricht der Fair Value dem jeweils am Bilanzstichtag zahlbaren Betrag. Der Buchwert stellt demnach einen angemessenen Näherungswert für den Fair Value dar. Hierzu gehören unter anderem die Barreserve, Kontokorrentkredite und Sichteinlagen gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie im Posten Sonstige Aktiva beziehungsweise Passiva enthaltene Finanzinstrumente. In der nachfolgenden Darstellung der Fair-Value-Hierarchie sind finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 4.327,2 Mio. Euro (Vorjahr: 1.562,6 Mio. Euro) und finanzielle Verbindlichkeiten in Höhe von 10.527,7 Mio. Euro (Vorjahr: 7.679,7 Mio. Euro) keinem Level der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Bei Finanzinstrumenten der Kategorie Held to Maturity handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, für die bei Zugang ein liquider Markt vorhanden war. Die Fair Values entsprechen hier den Marktpreisen beziehungsweise wurden auf der Grundlage beobachtbarer Marktparameter ermittelt.

Die in den Finanzanlagen enthaltenen Anteile an nicht börsennotierten verbundenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen in Höhe von 45,0 Mio. Euro (Vorjahr: 60,1 Mio. Euro), die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind und für die weder Preise von aktiven Märkten noch die für Bewertungsmodelle relevanten Faktoren zuverlässig bestimmbar sind, werden mit

ihren Anschaffungskosten angesetzt. Eine Veräußerung dieser Vermögenswerte ist derzeit nicht beabsichtigt. Diese Finanzinstrumente sind in nachfolgender Darstellung keinem Level der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Fair-Value-Hierarchie

Die in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente sowie Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, deren Fair Value jedoch anzugeben ist, sind in Abhängigkeit von den in ihre Bewertung einfließenden Inputfaktoren den nachfolgenden drei Fair-Value-Hierarchie-Stufen des IFRS 13 zuzuordnen:

- Level 1 (Notierte Preise auf aktiven Märkten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann.
- Level 2 (Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value entweder aus gleichartigen, an aktiven und liquiden Märkten gehandelten Finanzinstrumenten, aus gleichartigen oder identischen, an weniger liquiden Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder auf Basis von Bewertungsverfahren, deren Inputfaktoren direkt oder indirekt beobachtbar sind, ermittelt werden kann.
- Level 3 (Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten): Dieser Stufe werden Finanzinstrumente zugeordnet, deren Fair Value auf Basis von Bewertungsmodellen – unter anderem unter Verwendung von am Markt nicht beobachtbaren Inputfaktoren – ermittelt wird, soweit diese für die Bewertung von Bedeutung sind.

Die folgenden Tabellen zeigen die Fair Values der bilanzierten Finanzinstrumente, zugeordnet zu der jeweiligen Fair-Value-Hierarchie-Stufe.

Mio. €	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level 1)		Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (Level 2)		Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Marktdaten (Level 3)	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	20.672,1	25.727,8	12.904,6	10.619,7	2.400,4	2.548,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.672,1	3.132,1	295,7	2.455,1	–	9,9
Derivative Finanzinstrumente						
Zinsbezogene Derivate	0,1	–	6.677,1	9.165,0	15,3	0,5
Währungsbezogene Derivate	–	–	113,3	178,1	–	–
Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	335,0	682,4	3.313,7	3.439,5	7,9	6,6
Sonstige finanzielle Vermögenswerte (dafv)	–	–	500,5	1.504,6	–	–
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	109,0	328,0	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Aktiva						
Forderungen an Kreditinstitute	–	812,8	18.944,4	13.061,2	7.927,4	10.775,3
Davon Forderungen aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	10.604,0	5.984,2	–	–
Forderungen an Kunden	–	195,5	7.767,6	8.950,1	14.719,6	14.330,2
Davon Forderungen aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	6.517,4	7.742,7	–	–
Finanzanlagen	1.130,2	1.443,6	504,7	586,3	1.324,4	1.527,1
Gesamt	25.809,5	31.994,2	51.130,6	50.287,6	26.395,0	29.198,3
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Wertpapier-Shortbestände	1.102,3	826,4	114,9	97,7	–	1,1
Derivative Finanzinstrumente						
Zinsbezogene Derivate	0,1	–	6.905,4	8.940,0	33,6	0,8
Währungsbezogene Derivate	–	–	127,7	136,5	–	–
Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	671,9	828,6	3.828,7	4.217,3	8,3	10,3
Emissionen	–	–	13.791,3	11.831,7	530,5	238,1
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	–	–	36,0	118,8	–	–
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	–	21.418,1	23.990,2	2.403,3	2.896,5
Davon Verbindlichkeiten aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	5.729,4	5.025,8	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	134,6	18.610,2	18.679,1	1.287,7	2.130,4
Davon Verbindlichkeiten aus echten Pensions- und besicherten Wertpapierleihegeschäften	–	–	4.781,3	4.949,2	–	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	20.025,5	24.254,6	–	–
Nachrangkapital	–	–	–	313,3	1.249,4	953,8
Gesamt	1.774,3	1.789,6	84.857,8	92.579,2	5.512,8	6.231,0

Umgliederungen

Bei am Bilanzstichtag im Bestand gehaltenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, fanden nachfolgende Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie statt:

Mio. €	Umgliederungen von Level 1 nach Level 2		Umgliederungen von Level 2 nach Level 1	
	2015	2014	2015	2014
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	2.202,4	1.897,3	659,9	125,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	249,5	2.065,0	642,9	538,2
Derivative Finanzinstrumente				
Zinsbezogene Derivate	0,1	–	–	–
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Wertpapier-Shortbestände	3,5	70,8	88,5	–

Im Berichtsjahr wurden Finanzinstrumente aus Level 1 in Level 2 transferiert, da für diese kein aktiver Markt mehr nachgewiesen werden konnte. Zudem wurden Finanzinstrumente aus Level 2 in Level 1 transferiert, da für diese Finanzinstrumente am Bilanzstichtag Preise an einem aktiven Markt verfügbar waren, welche unverändert für die Bewertung übernommen werden konnten.

Umgliederungen zwischen den einzelnen Stufen der Fair-Value-Hierarchie gelten in der Deko-Gruppe zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode als erfolgt.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 1

Sofern Wertpapiere und Derivate mit ausreichender Liquidität an aktiven Märkten gehandelt werden, demnach also Börsenkurse oder ausführbare Brokerquotierungen verfügbar sind, werden diese Kurse zur Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Für die Ermittlung des Fair Value von nicht konsolidierten Investmentfonds wird grundsätzlich der von der jeweiligen Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichte Rücknahmepreis verwendet.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 2

Fair Values von nicht hinreichend liquiden Inhaberschuldverschreibungen werden auf Basis abgezinster zukünftiger Cashflows ermittelt (sogenanntes Discounted-Cashflow-Modell). Zur Abzinsung werden dabei instrumenten- und emittenten-spezifische Zinssätze verwendet. Die Zinssätze werden aus den Marktpreisen liquider Vergleichspapiere ermittelt, deren Auswahl sich dabei an den Kategorien Emittent, Sektor, Rating, Rang und Laufzeit orientiert.

Soweit für langfristige finanzielle Verbindlichkeiten kein Preis an einem aktiven Markt beobachtbar ist, wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglich vereinbarten Cashflows mit einem Zinssatz, zu dem Verbindlichkeiten mit vergleichbarer Ausgestaltung hätten emittiert werden können, ermittelt. Dabei wird eine vorhandene Besicherungsstruktur, wie zum Beispiel bei Pfandbriefen, berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente werden, soweit es sich nicht um börsengehandelte Produkte handelt, grundsätzlich mit anerkannten Bewertungsmodellen, wie dem Black-Scholes-Modell, dem Black76-Modell, dem Bachelier-Modell, den Hull-White-1- und 2-Faktormodellen, den Displaced-Diffusion-Modellen oder dem Local-Volatility-Modell bewertet. Die Modelle werden dabei immer an beobachtbare Marktdaten kalibriert.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen und unter restriktiven Bedingungen börsengehandelte Optionen ebenfalls über das Black-Scholes-Modell bewertet. Diese Einzelfall-Regelung gilt für spezielle EUREX-Optionen, deren veröffentlichter Preis nicht auf Umsätzen beziehungsweise tatsächlichen Handelsvolumina basiert, sondern auf Basis eines theoretischen Modells der EUREX ermittelt wird.

Zins- und Zins-Währungs-Swapvereinbarungen sowie nicht notierte Zinstermingeschäfte werden auf Basis des Discounted-Cashflow-Modells unter Verwendung der für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente geltenden Marktzinssätze bewertet.

Dabei werden die Tenorstrukturen der einzelnen Zinssätze durch separate Forward-Zinskurven berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgt jeweils mit der währungsspezifischen Zinskurve. Diese findet beim entsprechenden Bootstrapping der Forward-Zinskurven Eingang.

Fair Values von Devisenterminkontrakten werden auf Basis der Terminkurse, die wiederum durch FX-Swap-Stellen im Markt quotiert werden, zum Stichtag bestimmt.

Zur Ermittlung der Fair Values von Single Name und Index Credit Default Swaps wird ein marktübliches Hazard-Rate-Modell verwendet, das an die jeweiligen Par CDS Spreads kalibriert wird. Für tranchierte Basket Credit Swaps wird ein Gauss-Copula-Modell angewandt, dessen Parameter auf Basis von iTraxx und CDX Index Tranche Spreads ermittelt werden.

Der Fair Value von Geldanlagen und Geldaufnahmen wird durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung von Diskontsatzten, die für vergleichbare Geldgeschäfte mit ähnlichen Konditionen an liquiden oder weniger liquiden Märkten üblich sind, ermittelt.

Der Fair Value von Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften wird durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden, um das Kreditrisiko angepassten Diskontierungssatzes ermittelt. Der hierbei verwendete Diskontierungssatz berücksichtigt die beim Abschluss des echten Wertpapiergeschäfts vereinbarten Sicherheitenkriterien.

Fair-Value-Hierarchie-Stufe 3

Die Ermittlung der Fair Values für Forderungen an Kreditinstitute beziehungsweise Forderungen an Kunden aus dem Kreditgeschäft erfolgt anhand der Barwertmethode. Die zukünftigen Cashflows der Forderungen werden mit einem risikoadjustierten Marktzins diskontiert, der sich an den Kategorien Kreditnehmer, Sektor, Rating, Rang und Laufzeit orientiert. Darüber hinaus wird für die Bewertung von besicherten Krediten die Sicherheitenstruktur berücksichtigt. Entsprechend der Kategorie und dem Anteil der Besicherung wird der Zinssatz für einen vergleichbaren unbesicherten Kredit dabei adjustiert.

Bei den Anleihen und Schuldverschreibungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, handelt es sich um Anleihen und Verbriefungspositionen, für die der DekaBank zum Stichtag keine aktuellen Marktpreisinformationen vorlagen. Die Bewertung der Anleihen erfolgt über das Discounted-Cashflow-Modell unter Verwendung von risikoadjustierten Marktzinssätzen. Der unterschiedlichen Bonität der Emittenten wird durch eine angemessene Adjustierung der Diskontsätze Rechnung getragen.

Bei den im Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie Designated at Fair Value handelt es sich um Plain-Vanilla-Anleihen und um nicht-synthetische Verbriefungen. Letztere unterliegen bei der Bank seit Anfang 2009 einem vermögenswahrenden Abbau. Für die Fair-Value-Ermittlung der Plain-Vanilla-Anleihen werden nicht am Markt beobachtbare Credit Spreads herangezogen. Unter Annahme einer durchschnittlichen Spreadunsicherheit von fünf Basispunkten hätte der Fair Value der Plain-Vanilla-Anleihen um 1,0 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Die Fair-Value-Ermittlung der im Bestand befindlichen nicht-synthetischen Verbriefungspositionen erfolgt auf Basis indikativer Quotierungen oder über Spreads, die aus indikativen Quotierungen von vergleichbaren Bonds abgeleitet werden. Diese Quotierungen werden sowohl von diversen Brokern als auch von Marktpreisversorgern wie zum Beispiel S&P bezogen. Aus den verfügbaren Preisindikationen wurde über die Geld-Brief-Spannen für die einzelnen Verbriefungspositionen eine vorsichtige Geld-Brief-Spanne ermittelt, die als Schätzwert für die Preissensitivität herangezogen wurde. Unter Verwendung dieser Geld-Brief-Spanne ergibt sich eine über das Portfolio gemittelte Schwankungsbreite von 1,33 Prozentpunkten. Damit hätte der Marktwert der betroffenen Verbriefungspositionen um 2,5 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Bei den im Posten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen der Kategorie Held for Trading handelt es sich um Plain-Vanilla-Anleihen, für deren Bewertung nicht am Markt beobachtbare Credit Spreads herangezogen werden. Unter Annahme einer durchschnittlichen Spreadunsicherheit von fünf Basispunkten hätte der Marktwert der betroffenen Positionen um 7,8 Mio. Euro niedriger oder höher liegen können.

Daneben ordnet die Bank in geringem Umfang Aktien- und Zinsderivate beziehungsweise Emissionen mit eingebetteten Aktien- und Zinsderivaten Level 3 zu, wenn unter anderem nicht beobachtbare Bewertungsparameter verwendet werden, die für deren Bewertung von Bedeutung sind. Für Aktien- und Zinsderivate, die in der Bewertung Korrelationen benötigen, verwendet die Bank typischerweise historische Korrelationen der jeweiligen Aktienkurse oder Zinsfestschreibungen beziehungsweise deren Änderungen. Die Sensitivität der betroffenen Aktienoptionspositionen – unter Anwendung eines 14,0-Prozent-Shifts in den Korrelationen – beträgt zum 31. Dezember 2015 circa –4,4 Mio. Euro. Die Shifthöhe wurde aus relevanten historischen Schwankungen der Korrelationen ermittelt. Für Zinsderivate, die auf einem Index Spread beruhen, wird die

Sensitivität bezüglich der Korrelation zwischen den beteiligten Referenzindizes über Shifts der Modellparameter abgebildet. Die sich daraus ergebende Änderung in der Korrelation beträgt circa +3 Prozent und führt zu einem Bewertungsunterschied von –0,1 Mio. Euro. Des Weiteren gibt es Aktienderivate, welche eine Laufzeit aufweisen, die länger ist, als die der analogen (bezogen auf das Underlying) börsengehandelten Aktien(index)optionen. Die Extrapolationsunsicherheit in Zeitrichtung beträgt 1,2 Aktien-Vega und somit ergibt sich ein Wert von circa 0,4 Mio. Euro zum 31. Dezember 2015. Für Credit Default Swaps (CDS) und Credit Linked Notes mit einer längeren Laufzeit als am Markt quotierte CDS-Spreads wird die Extrapolationsunsicherheit in Zeitrichtung mit 5 Basispunkten angenommen. Per 31. Dezember 2015 ergibt sich dafür ein Wert von 0,9 Mio. Euro.

Unter den nachrangigen Verbindlichkeiten weist die DekaBank im Wesentlichen Positionen mit Hybridkapitalcharakter aus, die aufgrund fehlender Indikationen zu am Markt handelbaren Spreads Level 3 zugeordnet werden. Die Bewertung erfolgt über das Discounted-Cashflow-Modell auf Basis eines Zinssatzes, der zu den jeweiligen Stichtagen überprüft wird.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Level 3, für die per 31. Dezember 2015 ein externes Rating verfügbar war, wiesen 99,0 Prozent ein Rating im Investmentgrade-Bereich auf.

Entwicklung der Finanzinstrumente in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Die Veränderung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte in Level 3 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Basis sind die Fair Values ohne anteilige Zinsen.

Mio. €	Schuldverschreibungen, andere festverzinsliche Wertpapiere und Kreditforderungen	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Zinsbezogene Derivate	Aktien- und sonstige preisbezogene Derivate	Gesamt
Stand 1. Januar 2014	1.849,0	–	0,9	5,9	1.855,8
Zugänge durch Käufe	690,4	–	–	–	690,4
Abgänge durch Verkäufe	73,7	–	–	–	73,7
Fälligkeiten/Tilgungen	267,8	–	–	–	267,8
Transfers					
In Level 3	285,2	9,9	–	–	295,1
Aus Level 3	–	–	–	–	–
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	62,4	–	–0,4	0,7	62,7
Erfolgsneutral	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember 2014	2.545,5	9,9	0,5	6,6	2.562,5
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Vermögenswerte ²⁾	49,7	–	–0,4	0,7	50,0
Zugänge durch Käufe	2.425,5	–	1,1	0,0	2.426,6
Abgänge durch Verkäufe	703,4	–	–	–	703,4
Fälligkeiten/Tilgungen	1.955,0	5,2	–	0,1	1.960,3
Transfers					
In Level 3	88,9	–	14,6	1,4	104,9
Aus Level 3	52,0	4,5	0,5	–	57,0
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	45,6	–0,2	–	–0,3	45,1
Stand 31. Dezember 2015	2.395,1	–0,0	15,7	7,6	2.418,3
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Vermögenswerte ²⁾	14,7	–	–	–0,3	14,4

¹⁾ Die Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung von Finanzinstrumenten der Stufe 3 sind im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

²⁾ Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Stufe 3 ist im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value enthalten.

Die Veränderung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Verbindlichkeiten in Level 3 ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Basis sind die Fair Values ohne anteilige Zinsen:

Mio. €	Wertpapier- Shortbestände	Zinsbezogene Derivate	Aktien und sonstige preisbezogene Derivate	Emissionen	Gesamt
Stand 1. Januar 2014	–	0,8	11,7	116,5	129,0
Zugänge durch Emissionen	–	–	–	186,5	186,5
Fälligkeiten/Tilgungen	–	–	2,3	72,6	74,9
Transfers					
In Level 3	1,1	–	–	–	1,1
Aus Level 3	–	–	–	–	–
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	–	0,2	–0,9	–7,4	–8,1
Erfolgsneutral	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember 2014	1,1	0,6	10,3	237,8	249,8
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Verbindlichkeiten²⁾	–	0,2	–1,0	–7,0	–7,8
Zugänge durch Käufe	–	18,9	0,6	–	19,5
Abgänge durch Verkäufe	–	0,2	–	–	0,2
Zugänge durch Emissionen	–	–	–	384,2	384,2
Fälligkeiten/Tilgungen	–	–	3,0	172,5	175,5
Transfers					
In Level 3	–	14,0	0,6	149,1	163,7
Aus Level 3	1,1	0,4	–	43,8	45,3
Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung ¹⁾					
Erfolgswirksam	–	–	0,3	26,6	26,9
Erfolgsneutral	–	–	–	–	–
Stand 31. Dezember 2015	–	32,9	8,2	528,2	569,3
Veränderung der unrealisierten Gewinne oder Verluste für am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Verbindlichkeiten²⁾	–	–	0,3	26,6	26,9

¹⁾ Die Veränderungen aus der Bewertung/Veräußerung von Finanzinstrumenten der Stufe 3 sind im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

²⁾ Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Stufe 3 ist im Zinsergebnis, im Handelsergebnis sowie im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value enthalten.

Bewertungsprozesse der Finanzinstrumente in Fair-Value-Hierarchie-Level 3

Die DekaBank führt grundsätzlich für alle Geschäfte des Handelsbuchs und des Bankbuchs täglich eine handelsunabhängige Bewertung durch, die die Grundlage für die Ergebnisermittlung bildet. Die Verantwortung für den Bewertungsprozess liegt im Risikocontrolling, in dem verschiedene Spezialistenteams mit den unterschiedlichen Aufgaben im Rahmen des Bewertungsprozesses betraut sind. Der Nutzung im Bewertungsprozess vorangestellt ist eine Validierung und initiale Abnahme der Modelle für die theoretische Bewertung von Geschäften. Im laufenden Betrieb erfolgt eine regelmäßige Adäquanzprüfung. Die wesentlichen Prozessschritte sind die Bereitstellung handelsunabhängiger Marktdaten sowie die Parametrisierung, Durchführung und Qualitätssicherung der Bewertung. Diese oben genannten Schritte und Prozesse werden von jeweils einem Team gestaltet und durchgeführt.

Auffällige Bewegungen der handelsunabhängigen Bewertung werden durch Finanzen und Risikocontrolling analysiert und kommentiert. Die auf Basis der handelsunabhängigen Bewertung ermittelten ökonomischen Gewinne und Verluste werden für das Handelsbuch auf täglicher und für das Bankbuch auf wöchentlicher Basis den Handelseinheiten zur Verfügung gestellt. Prozessbegleitend wurde im Risikocontrolling ein Gremium etabliert, das die mittel- bis langfristige Weiterentwicklung des Bewertungsprozesses plant und koordiniert.

Bewertungsmodelle kommen immer dann zum Einsatz, wenn keine verlässlichen externen Preise vorliegen. Externe Preisquotierungen werden von gängigen Anbietern bezogen, beispielsweise von Börsen und Brokern. Jeder Preis unterliegt einem Überwachungsprozess, der die Qualität festlegt und damit die Verwendbarkeit im Rahmen des Bewertungsprozesses definiert. Sofern die Qualitätsstufe als nicht ausreichend beurteilt wird, wird eine theoretische Bewertung durchgeführt.

Bei Finanzinstrumenten, deren Barwert mithilfe eines Bewertungsmodells ermittelt wird, werden die benötigten Kurse und Preise für die Kalibrierung des Modells entweder direkt handelsunabhängig ermittelt oder durch einen handelsunabhängigen Preisverifizierungsprozess (Independent Price Verification beziehungsweise IPV) auf ihre Marktgerechtigkeit hin überprüft und gegebenenfalls korrigiert. Die verwendeten Bewertungsmodelle werden entweder durch das Risikocontrolling validiert oder im Risikocontrolling handelsunabhängig implementiert. Die Angemessenheit der Modelle wird regelmäßig mindestens einmal jährlich durch das Risikocontrolling überprüft. Die Ergebnisse der Überprüfung bilden die Grundlage für eine zwischen Risikocontrolling, Finanzen und den Handelseinheiten konsolidierte Empfehlung zur Weiterverwendung oder Weiterentwicklung der Bewertungsmodelle.

Bei der Einführung neuer Finanzinstrumente werden die bestehenden Bewertungsprozesse auf ihre Anwendbarkeit für das neue Instrument hin überprüft und bei Bedarf modifiziert oder erweitert. Mögliche Erweiterungen sind die Anbindung neuer Preisquellen oder die Implementierung neuer Bewertungsmodelle. Sofern neue Modelle eingeführt werden, wird im Rahmen der Implementierung und Validierung durch das Risikocontrolling überprüft, ob gegebenenfalls ein Modellrisiko besteht. Sofern Modellrisiken bestehen, wird eine entsprechende Modellreserve berücksichtigt.

66 Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle enthält Angaben zu den Saldierungseffekten in der Konzernbilanz der Deka-Gruppe. Saldierungen werden gegenwärtig ausschließlich für Forderungen und Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften sowie Derivategeschäften vorgenommen.

31.12.2015	Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden					
	Finanzielle Vermögenswerte / Verbindlichkeiten (Brutto)	Saldierungseffekt	Bilanzausweis (Netto)	Wertpapiersicherheiten	Barsicherheiten	Nettobetrag
Mio. €						
Aktiva						
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	6.201,2	3.043,8	3.157,4	3.157,4	–	–
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	14.231,3	–	14.231,3	14.231,3	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	4.648,4	4.605,2	43,2	–	–	43,2
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	10.528,3	–	10.528,3	268,1	1.173,8	9.086,4
Gesamt	35.609,2	7.649,0	27.960,2	17.656,8	1.173,8	9.129,6
Passiva						
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	6.514,2	3.043,8	3.470,4	3.470,4	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	6.457,9	–	6.457,9	6.457,9	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	4.820,0	4.771,0	49,0	49,0	–	–
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	11.562,8	–	11.562,8	149,1	2.580,1	8.833,6
Gesamt	29.354,9	7.814,8	21.540,1	10.126,4	2.580,1	8.833,6

31.12.2014				Zugehörige Beträge, die in der Bilanz nicht saldiert werden		
Mio. €	Finanzielle Vermögens- werte / Ver- bindlichkeiten (Brutto)	Saldierungs- effekt	Bilanzausweis (Netto)	Wertpapier- sicherheiten	Barsicher- heiten	Netto- betrag
Aktiva						
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	8.195,9	5.080,6	3.115,3	3.115,3	–	–
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	11.360,3	–	11.360,3	11.360,3	–	–
Derivate (verrechnungsfähig)	4.531,1	4.530,9	0,2	–	–	0,2
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	13.799,9	–	13.799,9	15,1	1.118,8	12.666,0
Gesamt	37.887,2	9.611,5	28.275,7	14.490,7	1.118,8	12.666,2
Passiva						
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (verrechnungsfähig)	9.675,7	5.080,6	4.595,1	4.595,1	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (nicht verrechnungsfähig)	4.837,6	–	4.837,6	4.829,0	8,6	–
Derivate (verrechnungsfähig)	4.737,7	4.737,1	0,6	–	0,6 ¹⁾	–
Derivate (nicht verrechnungsfähig)	14.251,7	–	14.251,7	222,5	2.421,8	11.607,4
Gesamt	33.502,7	9.817,7	23.685,0	9.646,6	2.431,0	11.607,4

¹⁾ Initial Margin und Einzahlung in den Default Fund in Höhe von insgesamt 112,7 Mio. Euro geleistet.

Die Wertpapierpensions- und Derivategeschäfte des Saldierungsbereichs werden in der Deka-Gruppe grundsätzlich auf Basis von standardisierten Rahmenverträgen mit Zentralen Kontrahenten abgeschlossen. Saldierungen erfolgen, sofern die in den Verträgen enthaltenen Aufrechnungsvereinbarungen im Einklang mit den Saldierungskriterien des IAS 32.42 stehen.

Ein Bruttoausweis erfolgt für Geschäfte, welche den Aufrechnungsvereinbarungen unterliegen, die die Saldierungskriterien des IAS 32.42 nicht erfüllen beziehungsweise deren Abwicklung im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf Brutto-Basis erfolgt. In diesen Fällen werden sämtliche Ansprüche und Verpflichtungen grundsätzlich nur dann verrechnet und auf Nettobasis abgewickelt, wenn der Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt (Liquidationsnetting).

67 Angaben zur Qualität von finanziellen Vermögenswerten

Wertberechtigtes Exposure und bilanzielle Risikovorsorge nach Risikosegmenten

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bruttobuchwerte von Forderungen und Wertpapieren der Kategorien Loans and Receivables und Held to Maturity, die durch die Bildung von Einzel- beziehungsweise Länderwertberichtigungen wertgemindert sind. Außerbilanzielle Exposures, für die eine bilanzielle Risikovorsorge in Form von Rückstellungen für Einzelrisiken gebildet wurde, sind im wertberechtigten Brutto- beziehungsweise Nettoexposure ebenfalls enthalten.

Mio. €	Finanz- institu- tionen	Trans- port- und Export- finanzie- rungen	Energie- und Ver- sorgungs- infra- struktur	Immo- bilien- risiken	Verkehrs- und Sozial- infra- struktur	Unter- nehmen	Sonstige	Gesamt 31.12.2015	Gesamt 31.12.2014
Wertberechtigtes									
Brutto-Kreditvolumen ¹⁾	–	280,0	33,7	33,4	99,5	71,8	0,8	519,2	523,5
Sicherheiten ²⁾	–	113,8	–	16,8	–	–	–	130,6	163,1
Wertberechtigtes									
Netto-Kreditvolumen ¹⁾	–	166,2	33,7	16,6	99,5	71,8	0,8	388,6	360,4
Risikovorsorge	22,4	118,9	31,6	32,2	39,5	18,6	1,4	264,6	207,0
Einzelwertberichtigungen	–	92,5	23,6	30,3	38,7	17,7	0,1	202,9	146,7
Rückstellungen	–	–	–	–	–	–	0,4	0,4	0,4
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	–	2,2	1,7	–	–	–	–	3,9	4,2
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	22,4	24,2	6,3	1,9	0,8	0,9	0,9	57,4	55,7

¹⁾ Einzel- und länderwertberechtigtes Brutto- und Netto-Kreditvolumen. Angegeben ist der Bruttobuchwert der zum jeweiligen Berichtsstichtag wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen.

In der Risikovorsorge ist neben der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 226,2 Mio. Euro (Vorjahr: 182,8 Mio. Euro) auch die Risikovorsorge für Finanzanlagen in Höhe von 38,4 Mio. Euro (Vorjahr: 24,2 Mio. Euro) enthalten.

Der Gesamtbetrag der sich in Verzug befindlichen, jedoch nicht wertberechtigten Kredite belief sich zum Bilanzstichtag auf 36,1 Mio. Euro (Vorjahr: 13,4 Mio. Euro).

Non-Performing Exposures

Nach der von der EBA eingeführten Definition zu Non-Performing Exposures für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung (FINREP) beträgt das Non-Performing Exposure 698,5 Mio. Euro (Vorjahr: 769,0 Mio. Euro). Dabei handelt es sich um Exposures, die mehr als 90 Tage überfällig sind oder bei denen die Bank erwartet, dass der Kreditnehmer seinen Kreditverpflichtungen nicht vollständig nachkommen wird. Zwingend als Non-Performing sind dabei Exposures zu klassifizieren, die nach den Regelungen der CRR (Artikel 178) als ausgefallen zu klassifizieren sind oder die einzelwertberichtigt sind. Exposures mit erfolgreichen Restrukturierungsmaßnahmen können zudem erst dann als Performing klassifiziert werden, wenn eine Gesundungsphase von mindestens einem Jahr abgelaufen ist.

Die Aufgliederung der Non-Performing Exposures nach Risikosegmenten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden.

Mio. €	Transport- und Exportfinan- zierungen	Energie- und Versorgungs- infrastruktur	Immobilien- risiken	Verkehrs- und Sozial- infrastruktur	Unter- nehmen	Sonstige	Gesamt 31.12.2015	Gesamt 31.12.2014
Non-Performing Exposures ¹⁾	423,8	69,1	33,4	99,5	71,8	0,9	698,5	769,0
Sicherheiten ²⁾	180,0	–	16,8	–	–	–	196,8	276,7
Risikovorsorge	99,8	28,5	30,3	38,7	17,7	0,5	215,5	162,6
Einzelwertberichtigungen	92,5	23,6	30,3	38,7	17,7	0,1	202,9	146,7
Rückstellungen	–	–	–	–	–	0,4	0,4	0,4
Portfoliowertberichtigungen für Länderrisiken	2,2	1,7	–	–	–	–	3,9	4,2
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	5,1	3,2	–	–	–	–	8,3	11,3

¹⁾ Angegeben ist der Bruttobuchwert der jeweils als Non-Performing klassifizierten kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen.

Beim Wertansatz der angegebenen Sicherheiten handelt es sich um den Wert, den die Deka-Gruppe der Kreditsicherheit für interne Zwecke beimisst. Dieser wird in der Regel auf Basis des zugrunde liegenden Markt- oder Verkehrswerts unter Berücksichtigung entsprechender Abschläge für allgemeine Verwertungsrisiken und auf Basis von zukünftigen Markt- und Verkehrswertschwankungen ermittelt. Der Wertansatz für Garantien und Bürgschaften orientiert sich vor allem an der Bonität des Sicherungsgebers. Der Markt- oder Verkehrswert der jeweils zuzurechnenden Sachsicherheiten beträgt zum Berichtsstichtag 284,1 Mio. Euro, die erhaltenen Bürgschaften und Garantien betragen 16,0 Mio. Euro.

Exposures mit Forbearance-Maßnahmen

In der Deka-Gruppe werden aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten der Kreditnehmer Stundungs- oder Restrukturierungsvereinbarungen getroffen, wenn Sanierungschancen bestehen. Die Verantwortung zur Überwachung und Steuerung entsprechend gestundeter oder restrukturierter Exposures liegt beim Monitoringausschuss analog den allgemeinen Regelungen zur Ausfallüberwachung (vergleiche hierzu die Ausführungen im Risikobericht). Zudem stellen bonitätsbedingte Restrukturierungen oder Stundungsvereinbarungen objektive Hinweise auf eine Wertminderung dar. Entsprechende Exposures werden einzeln auf Werthaltigkeit geprüft, sofern erforderlich, werden Einzelwertberichtigungen gebildet (vergleiche dazu Note [15]). Restrukturierungen mit derart umfassenden Vertragsmodifikationen, dass aus bilanzieller Sicht ein neuer Vermögensgegenstand vorliegt, sind bilanziell als Abgang des ursprünglichen Vermögenswerts und Zugang des neuen Vermögenswerts darzustellen. Weicht der Buchwert des abgehenden Vermögenswerts vom Fair Value des zugehenden Vermögenswerts ab, ist der Differenzbetrag unmittelbar erfolgswirksam zu erfassen.

Exposures werden dann nicht mehr als Forborne klassifiziert, wenn die folgenden Kriterien kumulativ erfüllt sind:

- Das Exposure ist seit mehr als zwei Jahren (Bewährungsphase) nicht mehr als Non-Performing klassifiziert.
- Während der Bewährungsphase sind Zins- und Tilgungszahlungen ordnungsgemäß für einen wesentlichen Anteil der fälligen Zahlungen erbracht worden.
- Kein Exposure ist mehr als 30 Tage überfällig.

Zum Berichtsstichtag bestehen gestundete oder restrukturierte Exposures, die im Sinne der EBA-Definition als „Forborne Exposures“ zu klassifizieren sind, in Höhe von 803,7 Mio. Euro (Vorjahr: 897,5 Mio. Euro). Für diese Exposures besteht eine Risikovorsorge in Höhe von 181,2 Mio. Euro (Vorjahr: 143,3 Mio. Euro).

Die Aufgliederung der Forborne Exposures nach Risikosegmenten kann der folgenden Aufstellung entnommen werden. Der überwiegende Teil der Forborne Exposures ist bereits als Non-Performing Exposure klassifiziert und entsprechend auch in der Tabelle „Non-Performing-Exposures nach Risikosegmenten“ enthalten.

Mio. €	Transport- und Exportfinanzierungen	Energie- und Versorgungsinfrastruktur	Immobilienrisiken	Verkehrs- und Sozialinfrastruktur	Unternehmen	Sonstige	Gesamt 31.12.2015	Gesamt 31.12.2014
Forborne Exposures ¹⁾	530,0	113,0	40,2	120,5	–	–	803,7	897,5
Davon Performing	134,3	50,1	26,5	21,0	–	–	231,9	195,4
Davon Non-Performing	395,7	62,9	13,7	99,5	–	–	571,8	702,1
Sicherheiten ²⁾	238,5	12,0	0,7	–	–	–	251,2	313,4
Risikovorsorge	101,6	28,1	12,8	38,7	–	–	181,2	143,3
Einzelwertberichtigungen	92,0	23,6	12,5	38,7	–	–	166,8	130,3
Portfoliowertberichtigungen für Bonitätsrisiken	9,6	4,5	0,3	–	–	–	14,4	13,0

¹⁾ Angegeben ist der Bruttobuchwert der als Forborne klassifizierten kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerte.

²⁾ Ansatz von bewertbaren Sicherheiten unter Berücksichtigung von Abschlägen. Der Markt- oder Verkehrswert der jeweils zuzurechnenden Sachsicherheiten beträgt zum Berichtsstichtag 382,3 Mio. Euro.

Kennziffern zu Non-Performing und Forborne Exposures:

%	2015	2014
NPE-Quote zum Stichtag (Quotient aus Non-Performing Exposures und maximalem Kreditrisiko)	0,67	0,72
NPE-Coverage Ratio inklusive Sicherheiten zum Stichtag (Quotient aus Risikovorsorgebestand inklusive Sicherheiten und Non-Performing Exposures)	59,01	57,35
Foreborne-Exposures-Quote zum Stichtag (Quotient aus Forborne Exposures und maximalem Kreditrisiko)	0,77	0,84

Das maximale Kreditrisiko, das der Non-Performing- und der Forborne-Exposure-Quote zugrunde liegt, ermittelt sich in Anlehnung an IFRS 7.36a aus den kreditrisikotragenden finanziellen Vermögenswerten sowie entsprechenden außerbilanziellen Verpflichtungen. Dabei werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Finanzinstrumente mit ihrem Bruttobuchwert, kreditrisikotragende at Fair Value bewertete Finanzinstrumente mit ihrem Fair Value, unwiderrufliche Kreditzusagen mit dem jeweiligen Zusagebetrag und Bürgschaften und Gewährleistungen mit ihren Nominalwerten erfasst. Das entsprechend ermittelte maximale Kreditrisiko beträgt zum Bilanzstichtag 104,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 107,3 Mrd. Euro).

68 Kreditengagement in einzelnen europäischen Staaten

Die nachfolgende Tabelle zeigt das Engagement gegenüber ausgewählten europäischen Staaten aus bilanzieller Sicht. Neben Forderungen und Wertpapieren beinhaltet dies auf diese Staaten referenzierende, von der Bank emittierte Credit Linked Notes sowie Sicherungsnehmer- und Sicherungsgeber-Credit-Default-Swaps:

Mio. €	31.12.2015			31.12.2014		
	Nominal ¹⁾	Buchwert	Fair Value	Nominal ¹⁾	Buchwert	Fair Value
Irland						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	30,0	31,4	31,4	30,0	32,7	32,7
Italien						
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	265,0	265,1	265,1	280,0	278,8	278,8
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	90,5	0,7	0,7	30,0	-0,3	-0,3
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	-60,5	-0,3	-0,3	-	-	-
Credit Linked Notes ²⁾ (Kategorie Held for Trading)	-20,0	-19,9	-19,9	-20,0	-19,6	-19,6
Portugal						
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	17,0	-1,5	-1,5	9,1	0,0	0,0
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	-17,0	1,5	1,5	-9,1	-0,0	-0,0
Spanien						
Forderungen (Kategorie Loans and Receivables)	-	-	-	2,0	2,0	1,9
Schuldverschreibungen (Kategorie Held for Trading)	95,0	95,8	95,8	96,0	99,6	99,6
Wertpapier-Termingeschäfte	-35,0	-1,9	-1,9	-	-	-
Credit Default Swaps Sicherungsgeber	35,1	0,1	0,1	20,3	0,1	0,1
Credit Default Swaps Sicherungsnehmer	-3,0	-0,0	-0,0	-3,0	-0,0	-0,0
Credit Linked Notes ²⁾ (Kategorie Held for Trading)	-17,8	-18,1	-18,1	-17,0	-17,3	-17,3
Gesamt	379,3	352,9	352,9	418,3	376,0	375,9

¹⁾ Die Nominalwerte der Sicherungsnehmergeschäfte sind mit negativem Vorzeichen dargestellt.

²⁾ Es wird der Fair Value der von der Bank emittierten Credit Linked Notes, die auf eine Verbindlichkeit des jeweiligen Staates referenzieren, ausgewiesen.

Neben dem Engagement gegenüber dem Staat Spanien bestehen noch Engagements gegenüber spanischen Banken. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anleihen mit einem Nominalwert von 490,7 Mio. Euro (Vorjahr: 240,2 Mio. Euro), darunter eine Anleihe der Kategorie Held to Maturity mit einem Nominalwert von 25,0 Mio. Euro (Vorjahr: 25,0 Mio. Euro), die übrigen Anleihen werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Darüber hinaus bestehen Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 505,2 Mio. Euro (Vorjahr: 532,2 Mio. Euro), denen Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und besicherten Wertpapierleihegeschäften in Höhe von 406,6 Mio. Euro gegenüberstehen. Die Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten wurden den Kategorien Loans and Receivables beziehungsweise Other Liabilities zugeordnet. Ein Darlehen mit einem Nominalwert von 150,0 Mio. Euro, das der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet war, wurde im Berichtsjahr vollständig zurückgezahlt.

Darüber hinaus hält die DekaBank gegenüber Unternehmen, die mehrheitlich im Besitz des Staates Russland sind, Darlehensforderungen in Höhe von 235,3 Mio. Euro (Vorjahr: 257,4 Mio. Euro), die der Kategorie Loans and Receivables zugeordnet sind. Ein Engagement gegenüber der Ukraine besteht nicht. Auch gegenüber Kreditnehmern, die dem Risikoland Griechenland zugeordnet werden, besteht zum Berichtsstichtag – wie auch zum Vorjahresresultimo – kein Exposure.

69 Derivative Geschäfte

In der DeKa-Gruppe werden derivative Finanzinstrumente zu Handelszwecken und zur Absicherung von Zins-, Währungs- sowie Aktien und sonstigen Preisrisiken eingesetzt. Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich, gegliedert nach Art des abgesicherten Risikos und nach Kontraktarten, wie folgt zusammen:

Mio. €	Nominalwerte		Positive Fair Values ¹⁾		Negative Fair Values ¹⁾	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Zinsrisiken						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	426.970,8	409.374,6	10.823,6	13.305,1	9.777,3	12.127,7
Forward Rate Agreements	38.198,0	19.748,0	1,7	0,7	1,7	0,4
Zinsoptionen						
Käufe	8.587,5	8.312,8	204,1	255,8	51,9	56,3
Verkäufe	10.602,7	11.515,7	116,3	124,3	342,6	439,6
Caps, Floors	3.050,8	2.816,6	19,8	111,5	8,9	8,8
Sonstige Zinskontrakte	2.715,0	2.303,2	7,0	6,5	143,8	207,5
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures/-optionen	15.426,7	18.660,9	2,6	1,6	2,3	9,6
Summe	505.551,5	472.731,8	11.175,1	13.805,5	10.328,5	12.849,9
Währungsrisiken						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte	15.623,6	11.547,3	113,9	178,0	127,7	144,9
(Zins-)Währungsswaps	9.101,8	8.307,8	233,7	220,6	1.419,9	947,9
Summe	24.725,4	19.855,1	347,6	398,6	1.547,6	1.092,8
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
OTC-Produkte						
Aktientermingeschäfte	63,1	65,7	1,7	0,9	1,8	0,9
Aktienoptionen						
Käufe	2.720,6	2.135,6	2.120,0	2.211,4	–	–
Verkäufe	22.430,1	7.530,4	–	–	2.515,2	2.888,1
Kreditderivate	11.250,7	9.497,0	106,3	106,8	112,1	72,3
Sonstige Termingeschäfte	1.796,5	3.583,1	28,8	31,8	11,1	46,8
Börsengehandelte Produkte						
Aktienoptionen	23.741,4	22.002,5	1.399,8	1.777,5	1.867,3	2.048,1
Aktienfutures	283,7	170,7	15,9	12,8	7,1	10,6
Summe	62.286,1	44.985,0	3.672,5	4.141,2	4.514,6	5.066,8
Gesamt	592.563,0	537.571,9	15.195,2	18.345,3	16.390,7	19.009,5
Nettoausweis der Bilanz			10.571,6	13.800,1	11.611,8	14.252,3

¹⁾ Darstellung der Fair Values vor Verrechnung mit der gezahlten beziehungsweise erhaltenen Variation Margin.

Der im Vergleich zu den Fair Values niedrigere Bilanzansatz ergibt sich durch Berücksichtigung der Variation Margin aus dem Geschäft mit Zentralen Kontrahenten. Auf der Aktivseite reduziert die erhaltene Variation Margin die Fair Values um insgesamt 4,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,5 Mrd. Euro). Dagegen mindert die gezahlte Variation Margin die Fair Values auf der Passivseite um insgesamt 4,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 4,8 Mrd. Euro).

Aus der folgenden Aufstellung sind die Nominalwerte sowie die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte, gegliedert nach Kontrahenten, ersichtlich:

Mio. €	Nominalwerte		Positive Fair Values ¹⁾		Negative Fair Values ¹⁾	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Banken in der OECD	203.590,7	213.584,7	6.751,9	9.671,4	7.721,3	9.887,9
Öffentliche Stellen in der OECD	25.988,1	22.131,3	970,0	1.018,5	355,7	399,9
Sonstige Kontrahenten	362.984,2	301.855,9	7.473,3	7.655,4	8.313,7	8.721,7
Gesamt	592.563,0	537.571,9	15.195,2	18.345,3	16.390,7	19.009,5

¹⁾ Darstellung der Fair Values vor Verrechnung mit der gezahlten beziehungsweise erhaltenen Variation Margin.

70 Restlaufzeitengliederung

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit beziehungsweise der Fälligkeit von deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva beziehungsweise -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit, Finanzinstrumente der Subkategorie Held for Trading aufgrund der Handelsabsicht jedoch mit einer maximalen Restlaufzeit von einem Jahr berücksichtigt. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband „täglich fällig und unbestimmt“ eingestellt. Finanzanlagen, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, jedoch keine vertraglich vereinbarte Fälligkeit aufweisen, sind in dieser Darstellung nicht enthalten.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Aktivposten			
Forderungen an Kreditinstitute			
Täglich fällig und unbestimmt	5.137,8	3.669,6	1.468,2
Bis 3 Monate	6.788,9	6.079,2	709,7
3 Monate bis 1 Jahr	6.153,8	6.099,1	54,7
1 Jahr bis 5 Jahre	7.649,3	8.049,5	-400,2
Über 5 Jahre	1.364,2	772,7	591,5
Forderungen an Kunden			
Täglich fällig und unbestimmt	1.082,7	1.855,6	-772,9
Bis 3 Monate	1.456,6	2.595,5	-1.138,9
3 Monate bis 1 Jahr	4.793,0	4.570,9	222,1
1 Jahr bis 5 Jahre	10.185,3	10.221,8	-36,5
Über 5 Jahre	4.990,4	4.144,9	845,5
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva			
Davon nicht-derivative Vermögenswerte			
Täglich fällig und unbestimmt	3.967,8	5.605,9	-1.638,1
Bis 3 Monate	5.545,3	4.111,0	1.434,3
3 Monate bis 1 Jahr	17.620,4	20.352,3	-2.731,9
1 Jahr bis 5 Jahre	10.205,1	10.341,8	-136,7
Über 5 Jahre	3.108,4	5.586,9	-2.478,5
Davon derivative Vermögenswerte			
Bis 3 Monate	1.375,2	772,9	602,3
3 Monate bis 1 Jahr	8.160,0	11.720,5	-3.560,5
1 Jahr bis 5 Jahre	244,6	369,2	-124,6
Über 5 Jahre	681,0	609,5	71,5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten			
Bis 3 Monate	1,8	3,6	-1,8
3 Monate bis 1 Jahr	0,2	2,9	-2,7
1 Jahr bis 5 Jahre	20,3	48,1	-27,8
Über 5 Jahre	86,7	273,4	-186,7
Finanzanlagen			
Täglich fällig und unbestimmt	0,0	0,1	-0,1
Bis 3 Monate	50,6	45,6	5,0
3 Monate bis 1 Jahr	394,4	493,7	-99,3
1 Jahr bis 5 Jahre	2.068,4	2.499,5	-431,1
Über 5 Jahre	386,0	399,2	-13,2

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Passivposten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
Täglich fällig und unbestimmt	3.564,0	1.385,4	2.178,6
Bis 3 Monate	10.878,1	14.238,0	-3.359,9
3 Monate bis 1 Jahr	6.289,1	7.597,0	-1.307,9
1 Jahr bis 5 Jahre	1.893,0	1.664,9	228,1
Über 5 Jahre	1.459,9	1.853,7	-393,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Täglich fällig und unbestimmt	11.424,4	9.099,2	2.325,2
Bis 3 Monate	10.688,8	11.699,5	-1.010,7
3 Monate bis 1 Jahr	4.077,8	3.746,9	330,9
1 Jahr bis 5 Jahre	1.622,8	1.382,4	240,4
Über 5 Jahre	1.648,2	1.698,8	-50,6
Verbriefte Verbindlichkeiten			
Bis 3 Monate	10.585,0	6.194,9	4.390,1
3 Monate bis 1 Jahr	4.309,2	13.679,2	-9.370,0
1 Jahr bis 5 Jahre	3.981,6	2.851,0	1.130,6
Über 5 Jahre	1.046,0	1.396,6	-350,6
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva			
Davon nicht-derivative finanzielle Verbindlichkeiten			
Täglich fällig und unbestimmt	792,1	1.542,8	-750,7
Bis 3 Monate	1.775,6	1.593,6	182,0
3 Monate bis 1 Jahr	11.290,6	7.540,4	3.750,2
1 Jahr bis 5 Jahre	922,6	1.180,4	-257,8
Über 5 Jahre	758,1	1.137,8	-379,7
Davon derivative finanzielle Verbindlichkeiten			
Bis 3 Monate	1.505,3	880,6	624,7
3 Monate bis 1 Jahr	8.450,7	11.602,1	-3.151,4
1 Jahr bis 5 Jahre	948,7	948,5	0,2
Über 5 Jahre	671,1	702,3	-31,2
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten			
Bis 3 Monate	0,9	12,1	-11,2
3 Monate bis 1 Jahr	2,9	4,0	-1,1
1 Jahr bis 5 Jahre	27,8	94,7	-66,9
Über 5 Jahre	4,4	8,0	-3,6
Nachrangkapital			
Bis 3 Monate	29,5	39,1	-9,6
3 Monate bis 1 Jahr	40,0	308,1	-268,1
1 Jahr bis 5 Jahre	282,5	323,4	-40,9
Über 5 Jahre	797,7	500,1	297,6

Sonstige Angaben

71 Eigenkapitalmanagement

Ziel des Eigenkapitalmanagements ist die Sicherstellung einer adäquaten Kapitalausstattung zur Realisierung der durch den Vorstand festgelegten Geschäftsstrategie, die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrendite und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen (siehe Note [72]). Die Risikotragfähigkeitsanalyse der DekaBank erfolgt dabei führend auf der Basis eines an der Liquidationsperspektive ausgerichteten Ansatzes. Die Definition des ökonomischen Eigenkapitals entspricht dem primären Risikodeckungspotenzial, welches der Geschäftsstrategie zugrunde liegt. Grundsätzlich ermittelt die DekaBank ihr Gesamtrisiko über alle wesentlichen erfolgswirksamen Risikoarten hinweg und bezieht dabei auch solche Risiken ein, die aus regulatorischer Sicht unberücksichtigt bleiben – zum Beispiel das Geschäftsrisiko. Gemessen wird das Gesamtrisiko als Kapitalbetrag, der mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ausreicht, um Verluste aus allen wesentlichen risikobehafteten Positionen innerhalb eines Jahres jederzeit abzudecken. Um die Einzelrisiken einheitlich quantifizieren und zu einer Kennzahl für das Gesamtrisiko aggregieren zu können, greift die DekaBank auf den Value-at-Risk-Ansatz (VaR) zurück.

Zur differenzierten Betrachtung der Risikotragfähigkeit unterscheidet die DekaBank zwischen primärem und sekundärem Risikodeckungspotenzial. Das gesamte Risikodeckungspotenzial, die sogenannte Gesamtrisikotragfähigkeit, setzt sich im Liquidationsansatz im Wesentlichen aus dem Eigenkapital nach IFRS und den Ergebniskomponenten sowie Positionen mit Hybridkapitalcharakter (Nachrangkapital) zusammen und steht im Sinne eines formalen Gesamtrisikolimits zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit insgesamt zur Verfügung. Davon ausgehend wird ein Kapitalpuffer für Stressbelastungsfälle festgelegt, der die Untergrenze für das sogenannte sekundäre Risikodeckungspotenzial bildet. Die primäre Steuerungsgröße und damit die Grundlage des allozierten Risikokapitals bildet das sogenannte primäre Risikodeckungspotenzial, das sich nach Abzug des sekundären Risikodeckungspotenzials von der Gesamtrisikotragfähigkeit ergibt.

72 Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel

Seit dem 1. Januar 2014 wird die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel sowie die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung auf Basis der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) und der Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) durchgeführt.

Die nachfolgenden Darstellungen erfolgen sowohl unter Berücksichtigung der in der CRR/CRD IV vorgesehenen Übergangsregelungen als auch auf Basis einer vollständigen Anwendung des neuen Regelwerks. Die Eigenmittel wurden auf Grundlage der Werte des IFRS-Konzernabschlusses ermittelt. Die Zusammensetzung der Eigenmittel ist in folgender Tabelle dargestellt:

Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Gezeichnetes Kapital	286	286	286	286
Abzüglich zurückerworbene eigene Anteile	95	38	95	19
Offene Rücklagen	4.095	4.095	3.601	3.601
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	160	–	46	–
Aufsichtliche Korrekturposten	76	78	14	13
Abzüge von den Posten des harten Kernkapitals	337	209	438	88
Hartes Kernkapital	3.866	4.213	3.295	3.768
Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals	474	474	474	474
Stille Einlagen	–	37	–	63
Abzüge von den Posten des zusätzlichen Kapitals	–	218	–	340
Zusätzliches Kernkapital	474	292	474	196
Kernkapital	4.339	4.505	3.768	3.964
Nachrangige Verbindlichkeiten	855	855	663	642
Abzüge von den Posten des Ergänzungskapitals	–	41	–	86
Ergänzungskapital	855	814	663	556
Eigenmittel	5.194	5.319	4.431	4.520

Die Erhöhung des Kernkapitals ist im Wesentlichen auf die Gewinnthesaurierung aus dem Geschäftsjahr 2014 zurückzuführen. Zusätzlich wurden in 2015 Nachrangverbindlichkeiten emittiert, welche zu einer Erhöhung des Ergänzungskapitals führten.

Das Adressrisiko wird im Wesentlichen nach dem IRB-Ansatz auf Basis interner Ratings ermittelt. Die Eigenmittelunterlegung des Marktrisikos sowie des CVA-Risikos erfolgt nach Standardmethoden. Das Operationelle Risiko wird nach dem Advanced Measurement Approach (AMA), dem fortgeschrittenen Messansatz, gemessen. Die benannten Risikofaktoren sind jeweils mit Eigenmitteln zu unterlegen. Die anrechnungspflichtigen Positionen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

Mio. €	31.12.2015		31.12.2014	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Adressrisiko	15.391	15.391	14.179	14.179
Marktrisiko	11.884	11.884	10.378	10.378
Operationelles Risiko	2.185	2.185	2.006	2.006
CVA-Risiko	1.727	1.727	1.458	1.458
Gesamtrisikobetrag	31.188	31.188	28.022	28.022

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung ist anhand des Verhältnisses der Eigenmittel (= Gesamtkapitalquote), des Kernkapitals (= Kernkapitalquote) beziehungsweise des harten Kernkapitals (= harte Kernkapitalquote) zum Gesamtrisikobetrag zu ermitteln. Im Folgenden werden die Kennziffern für die Deka-Gruppe angegeben:

%	31.12.2015		31.12.2014	
	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (ohne Übergangs- regelungen)	CRR / CRD IV (mit Übergangs- regelungen)
Harte Kernkapitalquote	12,4	13,5	11,8	13,4
Kernkapitalquote	13,9	14,4	13,4	14,1
Gesamtkapitalquote	16,7	17,1	15,8	16,1

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Die Quoten der Deka-Gruppe liegen deutlich über den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwerten.

73 Eventual- und andere Verpflichtungen

Bei den außerbilanziellen Verpflichtungen der Deka-Gruppe handelt es sich im Wesentlichen um potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.185,6	495,2	690,4
Sonstige Verpflichtungen	104,8	60,8	44,0
Gesamt	1.290,4	556,0	734,4

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um eingeräumte, jedoch noch nicht in Anspruch genommene und terminlich begrenzte Kreditlinien. Die Betragsangaben spiegeln die möglichen Verpflichtungen bei der vollständigen Ausnutzung der eingeräumten Kreditlinien wider. Die in der Bilanz ausgewiesene Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen wurde von den jeweiligen Beträgen abgezogen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten unverändert Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 0,1 Mio. Euro sowie Nachschussverpflichtungen in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: 26,0 Mio. Euro), die gegenüber konzernfremden beziehungsweise nicht konsolidierten Gesellschaften bestanden. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen besteht eine Nachschusspflicht in Höhe von 99,4 Mio. Euro (Vorjahr: 32,4 Mio. Euro). Der Anstieg resultiert aus der Neuausrichtung des bisherigen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe in Erfüllung der Anforderungen des am 3. Juli 2015 in Kraft getretenen Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG). Zusätzlich zum weiterhin bestehenden Prinzip der Institutssicherung wurden auch die gesetzlichen Anforderungen an die Einlegerentschädigung als verpflichtende Rückfalllösung implementiert.

Bis zum Jahr 2024 ist das Vermögen der Sicherungsreserve auf die gesetzliche Zielausstattung in Höhe von 0,8 Prozent der gedeckten Einlagen der Mitglieder der Sicherungsreserve aufzustocken. Hierfür erhebt die Sicherungsreserve jährlich Beiträge von ihren Mitgliedern.

Bei den durch die DekaBank abgegebenen Bürgschaften handelt es sich nach IFRS um Finanzgarantien, die in Übereinstimmung mit IAS 39 netto bilanziert werden. Der Nominalbetrag der zum Bilanzstichtag bestehenden Bürgschaften beträgt 0,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 0,1 Mrd. Euro).

74 Als Sicherheit übertragene beziehungsweise erhaltene Vermögenswerte

Die Übertragung von Vermögenswerten als Sicherheit für eigene Verbindlichkeiten ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Buchwert der übertragenen Sicherheiten			
Gemäß Pfandbriefgesetz	4.449,8	7.591,5	-3.141,7
Zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank	2.975,8	2.723,4	252,4
Aus Geschäften an in- und ausländischen Terminbörsen	100,2	170,4	-70,2
Aus Wertpapierpensionsgeschäften	1.805,0	2.423,8	-618,8
Aus Wertpapierleihegeschäften	6.610,1	4.407,9	2.202,2
Aus Tri-Party-Geschäften	8.782,3	9.213,7	-431,4
Aus sonstigen Transaktionen	129,2	52,6	76,6
Kredit- und Wertpapiersicherheiten	24.852,4	26.583,3	-1.730,9
Barsicherheiten aus Wertpapierleihe- und -pensionsgeschäften	233,3	755,8	-522,5
Barsicherheiten aus Derivategeschäften	2.780,4	2.540,3	240,1
Barsicherheiten	3.013,7	3.296,1	-282,4
Gesamt	27.866,1	29.879,4	-2.013,3

Erhaltene Sicherheiten, die auch ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterverpfändet beziehungsweise weiterveräußert werden dürfen, liegen für Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte sowie sonstige Wertpapiertransaktionen in Höhe von 59,8 Mrd. Euro (Vorjahr: 58,3 Mrd. Euro) vor. Hiervon wurden 35,6 Mrd. Euro (Vorjahr: 33,3 Mrd. Euro) weiterveräußert beziehungsweise weiterverpfändet.

75 Nicht ausgebuchte, übertragene Finanzinstrumente

Die Deka-Gruppe überträgt finanzielle Vermögenswerte, wobei sie die wesentlichen Chancen und Risiken aus diesen Vermögenswerten zurückbehält. Die Übertragung erfolgt überwiegend im Rahmen echter Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte. Die Vermögenswerte werden weiterhin in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Buchwert der nicht ausgebuchten Finanzinstrumente aus			
Echten Wertpapierpensionsgeschäften			
Held to Maturity	30,7	298,0	-267,3
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	1.771,4	2.078,9	-307,5
Wertpapierleihegeschäften			
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	652,8	823,2	-170,4
Sonstige Übertragungen ohne wirtschaftlichen Abgang			
Loans and Receivables	523,9	446,1	77,8
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	5,4	222,8	-217,4
Gesamt	2.984,2	3.869,0	-884,8

Im Zusammenhang mit übertragenen, nicht ausgebuchten Finanzinstrumenten wurden Verbindlichkeiten in Höhe von 2,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,4 Mrd. Euro) passiviert.

76 Patronatserklärung

Die DekaBank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass die DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A. ihre Verpflichtungen erfüllt. Die DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A. hat ihrerseits zugunsten der

- Deka International S.A., Luxemburg, und der
- International Fund Management S.A., Luxemburg,

Patronatserklärungen abgegeben.

77 Angaben zu Anteilen an Tochterunternehmen

Zusammensetzung der Deka-Gruppe

In den Konzernabschluss sind – neben der DekaBank als Mutterunternehmen – insgesamt 9 (Vorjahr: 10) inländische und 9 (Vorjahr: 8) ausländische verbundene Unternehmen einbezogen, an denen die DekaBank direkt oder indirekt die Mehrheit der Stimmrechte hält. Darüber hinaus umfasst der Konsolidierungskreis 9 (Vorjahr: 11) strukturierte Unternehmen die von der Deka-Gruppe beherrscht werden.

Auf die Einbeziehung von 14 (Vorjahr: 14) verbundenen Unternehmen, die von der Deka-Gruppe beherrscht werden, wurde verzichtet, da diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe von untergeordneter Bedeutung sind. Die Anteile an diesen Tochtergesellschaften werden unter den Finanzanlagen (siehe Note [46]) ausgewiesen. Strukturierte Unternehmen werden bei untergeordneter Bedeutung für den Konzernabschluss ebenfalls nicht konsolidiert (siehe Anteilsbesitzliste in Note [79]). Die Beurteilung der Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe erfolgt für Investmentfonds anhand von quantitativen und qualitativen Kriterien. Die Anteile von nicht konsolidierten Investmentfonds werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet. Der Ausweis erfolgt im Bilanzposten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva (Note [44]).

Die Deka-Gruppe hat im Geschäftsjahr 2015 aus dem Verlust der Beherrschung an dem strukturierten Unternehmen Deka Investors Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital und Teilgesellschaftsvermögen Deka Realkredit Klassik einen Gewinn in Höhe von 3,6 Mio. Euro im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Kategorie Designated at Fair Value erfasst.

Maßgebliche Beschränkungen

Maßgebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten beziehungsweise der Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe ergeben sich insbesondere aufgrund der für Institute geltenden vertraglichen, gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen (siehe Note [72] „Bankaufsichtliche Eigenmittel“ sowie Note [74] zu Verfügungsbeschränkungen im Zusammenhang mit der Stellung von Bar-, Kredit- oder Wertpapiersicherheiten zur Besicherung von eigenen Verpflichtungen, zum Beispiel aus echten Pensionsgeschäften und Wertpapierleihegeschäften sowie außerbörslichen Derivategeschäften).

Kreditinstitute sind zudem verpflichtet, auf Girokonten bei den nationalen Zentralbanken Pflichteinlagen (Mindestreservesoll) zu unterhalten. Die Höhe der verpflichtenden Mindestreserve wird hierbei von den Zentralbanken bestimmt (siehe Note [40]).

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Die DekaBank hält Anteile an drei gemeinschaftlich geführten und zwei assoziierten Unternehmen. Die Beteiligungen an der S PensionsManagement GmbH und der Dealis Fund Operations GmbH (Gemeinschaftsunternehmen) sowie die Beteiligung an der S Broker AG & Co. KG (assoziierte Unternehmen) werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Auf die Einbeziehung von zwei Beteiligungsunternehmen, auf welche die DekaBank einen maßgeblichen Einfluss ausübt, wurde verzichtet, da diese für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gruppe von untergeordneter Bedeutung sind.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sind aus der Anteilsbesitzliste (siehe Note [79]) ersichtlich.

Nachfolgende Tabelle enthält eine aggregierte Übersicht der Finanzinformationen sämtlicher für sich einzeln betrachtet als unwesentlich eingestufte assoziierter und Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden. Die Werte beziehen sich hierbei auf die von der Gruppe gehaltenen Anteile an diesen Unternehmen. Die Anwendung der Equity-Methode erfolgt grundsätzlich auf Basis des letzten verfügbaren Abschlusses des Unternehmens, sofern dieser nicht älter als drei Monate ist.

Mio. €	Gemeinschaftsunternehmen / Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen ¹⁾	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Beteiligungsbuchwerte	4,4	–	7,9	28,1
Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	–	–	2,2	2,3
Gewinn oder Verlust nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	–	–	–	–
Sonstiges Ergebnis	–	–	–3,3	–
Gesamtergebnis²⁾	–	–	–1,1	2,3

¹⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung des DekaBank-Konzernabschlusses lag für die S PensionsManagement GmbH noch kein aktueller Konzernabschluss für das Berichtsjahr 2015 vor. Aus diesem Grund wurde für die at-equity-Bewertung eine Planungsrechnung herangezogen, welche die Auswirkungen bedeutender Geschäftsvorfälle und sonstiger Ereignisse berücksichtigt, die seit dem letzten Bilanzstichtag der S PensionsManagement GmbH eingetreten sind beziehungsweise erwartet werden.

²⁾ Hierin nicht enthalten sind die im Zinsergebnis ausgewiesenen Ausschüttungen.

78 Angaben zu Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Ein Unternehmen ist nach IFRS 12 als strukturiert einzustufen, wenn es so konzipiert ist, dass die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor sind, wenn es darum geht, festzulegen, wer das Unternehmen beherrscht.

Im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterhält die Deka-Gruppe Geschäftsbeziehungen zu strukturierten Unternehmen. Strukturierte Unternehmen zeichnen sich oftmals durch die Ausübung einer beschränkten Tätigkeit sowie einen eng gefassten und genau definierten Geschäftszweck aus. Zudem ist das Nicht-Vorhandensein von ausreichendem Eigenkapital zur Finanzierung seiner Tätigkeit, ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung, ein mögliches Identifikationsmerkmal für ein strukturiertes Unternehmen.

Ein Anteil an einem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen liegt dann vor, wenn Unternehmen der Deka-Gruppe aufgrund vertraglicher und nicht vertraglicher Einbeziehung schwankenden Renditen aus der Tätigkeit eines strukturierten Unternehmens ausgesetzt sind, das jeweilige Unternehmen jedoch nicht gemäß den Vorschriften des IFRS 10 zu konsolidieren ist. Ein Anteil kann hierbei Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätslinien, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, mit denen die Bank Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert, umfassen. Kein Anteil an einem nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen im Sinne des IFRS 12 liegt regelmäßig dann vor, wenn zwischen Unternehmen der Deka-Gruppe und einem strukturierten Unternehmen eine reine Liefer- und Leistungsbeziehung besteht.

Innerhalb der Deka-Gruppe existieren Beziehungen zu Unternehmen, die auf Basis der Definition des IFRS 12 und unternehmensintern festgelegten Kriterien als nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen klassifiziert wurden. Hierbei wurden nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen mit nachfolgenden Geschäftsaktivitäten identifiziert:

Investmentfonds

Das Kerngeschäft der Deka-Gruppe umfasst unter anderem die Bereitstellung von Wertpapier- und Immobilienanlagen für private und institutionelle Investoren. Unternehmen der Deka-Gruppe sind demnach im Rahmen ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit direkt oder indirekt beim Aufsetzen von Fondsstrukturen beteiligt und haben an der Zielsetzung und dem Design dieser Strukturen mitgewirkt. Darüber hinaus deckt die Gruppe sämtliche Funktionen entlang der für das Fondsgeschäft üblichen Wertschöpfungskette ab und erhält hierfür entsprechende Provisionen, beispielsweise in Form von Verwaltungsgebühren und Verwahrstellenvergütungen. Des Weiteren investiert die Gruppe auch im Rahmen von Anschubfinanzierungen in Anteile konzerneigener Investmentfonds und stellt diesen somit Liquidität zur Verfügung. Daher sind Investmentfonds als strukturierte Unternehmen im Sinne des IFRS 12 zu betrachten. Fonds finanzieren sich hauptsächlich durch die Ausgabe von Anteilscheinen (Eigenkapital). In begrenztem Umfang können Fonds auch Darlehen aufnehmen. Die Fremdfinanzierung ist in der Regel durch die im Fonds gehaltenen Vermögenswerte besichert. Das Fondsvermögen an konzerneigenen und konzernfremden Investmentfonds beträgt 234,4 Mrd. Euro (Vorjahr: 252,5 Mrd. Euro). Hierbei wurde das gesamte Fondsvermögen der Fonds sowie die Fondsvermögen von Fremdfonds, an denen die Deka-Gruppe einen Anteil im Sinne des IFRS 12 hält, unabhängig von der Anteilsquote der Deka-Gruppe angegeben. Das ausschließlich für Zwecke der IFRS 12 Anhangangaben ermittelte Fondsvermögen entspricht hierbei nicht der steuerungsrelevanten Kennzahl Total Assets.

Verbriefungsgesellschaften (Strukturierte Kreditkapitalmarktprodukte)

Die Gruppe hält Anteile an diversen Verbriefungsgesellschaften. Hierunter fallen von der Bank erworbene nicht strategische Verbriefungstitel des ehemaligen Liquid-Credit-Bestands, die seit 2009 dem Nicht-Kerngeschäft zugeordnet sind und vermögenswährend abgebaut werden. Die emittierenden Gesellschaften refinanzieren sich in der Regel durch die Ausgabe von handelbaren Wertpapieren, deren Wertentwicklung von der Performance der Vermögenswerte der Vehikel abhängig ist beziehungsweise die durch die Vermögenswerte der Vehikel besichert sind. Bei sämtlichen von der DekaBank gehaltenen Verbriefungen ist eine fristenkongruente Refinanzierung der von der Verbriefungsgesellschaft gehaltenen Vermögenswerte gegeben. Verbriefungstitel werden bei der Deka-Gruppe überwiegend als Designated at Fair Value kategorisiert und im Bilanzposten Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva ausgewiesen; damit werden Ergebnisentwicklungen für diese Verbriefungen vollständig erfolgswirksam im Abschluss der Gruppe gezeigt.

Nachfolgende Tabelle enthält eine Übersicht des maximalen Verlustrisikos, dem die Deka-Gruppe aus den von ihr gehaltenen Verbriefungspositionen ausgesetzt ist, nach Art der Verbriefungstransaktion und Seniorität der gehaltenen Tranche. Zudem beinhaltet die Tabelle die von anderen Gläubigern vorrangig vor der Deka-Gruppe zu absorbierenden potenziellen Verluste.

Mio. €	Subordinated interest		Mezzanine interest		Senior interest		Most Senior interest	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
ABS								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	2,5	3,0	–	10,0	0,7	1,1
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	–	–	19,8	26,7	–	–	–	–
CLO								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	131,2	154,6	50,0	130,0	16,7	24,7
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	–	1.774,9	340,6	1.193,2	–	–	–	–
CMBS								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	25,7	27,6	8,3	11,6	5,4	54,4
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	–	271,1	255,6	1.042,0	–	–	–	–
RMBS								
Maximales Ausfallrisiko	–	–	100,9	179,6	9,4	9,7	34,2	46,3
Potenzielle Verluste vorrangiger Gläubiger ¹⁾	22,5	1.074,3	128,3	1.723,9	23,5	–	–	–

¹⁾ Nominalwerte

Tatsächliche Nominal- oder Zinsausfälle in den gehaltenen Tranchen gab es im Berichtsjahr nicht. 94,5 Prozent des Portfolios (Ende 2014: 93,4 Prozent) wiesen dabei ein Rating im Investmentgrade-Bereich auf, zudem waren im Berichtsjahr überwiegend Ratingheraufstufungen zu verzeichnen. Der Länderschwerpunkt des verbliebenen Portfolios lag unverändert auf Westeuropa. Von den Verbriefungen betrafen zum Jahresende 87,1 Prozent (Vorjahr: 82,3 Prozent) den europäischen Markt. Nach aktuellen Erwartungen wird etwa die Hälfte der verbliebenen Verbriefungspositionen bis Anfang 2020 getilgt oder ausgelaufen sein. Das Gesamtvolumen der ausgegebenen Wertpapiere der als strukturiert klassifizierten Verbriefungsgesellschaften beläuft sich auf 5,1 Mrd. Euro (Vorjahr: 23,4 Mrd. Euro).

Kreditgeschäft

Definitionsgemäß liegt bei der DekaBank ein strukturiertes Unternehmen dann vor, wenn speziell zur Finanzierung oder zum Betrieb des jeweiligen Finanzierungsobjekts eine eigens hierfür bestimmte Gesellschaft gegründet wird, die so konzipiert ist, dass diese nicht über Stimmrechte oder ähnliche Rechte beherrscht wird. Im Rahmen der nach IFRS 12 vorgenommenen Klassifizierung wurden strukturierte Unternehmen in den Risikosegmenten Transport- und Exportfinanzierungen, Energie- und Versorgungsinfrastruktur und Immobilienrisiken identifiziert. Ein Anteil an einem strukturierten Unternehmen kann auch dann vorliegen, wenn sich im Rahmen des Kreditvertrags vereinbarte Rechte (zum Beispiel Schutzrechte) bei Bonitätsverschlechterungen zu Mitbestimmungsrechten wandeln. Ein operativ tätiges Unternehmen kann beispielsweise zu einem strukturierten Unternehmen werden, weil nunmehr relevante Geschäftstätigkeiten im Wesentlichen durch die kreditvertraglichen Regelungen gesteuert werden. Die entsprechenden Finanzierungen sind grundsätzlich durch Grundpfandrechte, Flugzeug- und Schiffshypothesen sowie Bürgschaften und Garantien besichert. Zur Ermittlung der Größe der als strukturiert klassifizierten Finanzierungen wurden die Bilanzsummen des aktuell verfügbaren Abschlusses beziehungsweise der Marktwert des (mit) finanzierten Objekts herangezogen. Dieser beläuft sich auf 2,7 Mrd. Euro (Vorjahr: 2,1 Mrd. Euro).

In nachfolgender Tabelle sind die Buchwerte der in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die mit Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen im Zusammenhang stehen, dargestellt. Darüber hinaus enthält die Tabelle das maximal mögliche Verlustrisiko aus Verlusten im Zusammenhang mit diesen Anteilen.

Mio. €	Investmentfonds		Kreditgeschäft ¹⁾		Verbriefungs- gesellschaften ¹⁾	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Aktivposten						
Forderungen an Kunden	1.251,3	1.332,6	329,4	277,2	–	–
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	3.130,3	2.953,8	–	–	379,7	642,3
Finanzanlagen	–	–	5,1	5,3	5,3	12,8
Summe Aktivposten	4.381,6	4.286,4	334,5	282,5	385,0	655,1
Passivposten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.322,9	6.599,7	0,0	–	–	–
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	2.570,4	2.906,3	–	–	–	–
Summe Passivposten	12.893,3	9.506,0	0,0	–	–	–
Eventual- und andere Verpflichtungen						
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5,3	12,3	12,5	12,7	–	–
Sonstige Verpflichtungen	–	–	6,5	5,1	–	–
Summe Eventual- und andere Verpflichtungen	5,3	12,3	19,0	17,8	–	–
Maximales Verlustrisiko	4.386,9	4.298,7	353,5	300,3	385,0	655,1

¹⁾ Inklusive Risikoversorge.

Das maximale Verlustrisiko bestimmt den maximal möglichen Verlust, den die Bank im Zusammenhang mit ihren Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen erleiden könnte. Die Eintrittswahrscheinlichkeit des jeweiligen Verlustereignisses wurde hierbei nicht berücksichtigt.

- Das maximal mögliche Verlustrisiko aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen, die aus bilanzwirksamen Transaktionen resultieren, entspricht dem Buchwert beziehungsweise dem beizulegenden Zeitwert des jeweiligen Bilanzpostens.
- Der maximal mögliche Verlust aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen, die aus außerbilanziellen Transaktionen resultieren, beispielsweise Garantien oder Kreditzusagen, entspricht definitionsgemäß dem maximal garantierten Betrag beziehungsweise dem Betrag der möglichen Verpflichtung bei vollständiger Ausnutzung der eingeräumten Kreditlinie.

Darüber hinaus werden Rückstellungen für Investmentfonds mit formalen Garantien gebildet (siehe Note [57]).

Das dargestellte maximale Verlustrisiko ist eine Bruttogröße, das heißt, Effekte aus erhaltenen Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Die im Geschäftsjahr 2015 erlittenen Verluste aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen belaufen sich auf 63,7 Mio. Euro.

Im Zusammenhang mit Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen hat die Deka-Gruppe im Berichtsjahr Zinserträge, Provisionserträge sowie Erträge aus der Bewertung und Veräußerung von Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen vereinnahmt.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen

Zur Bestimmung, ob ein Unternehmen der Deka-Gruppe als Sponsor eines strukturierten Unternehmens einzustufen ist, sind die Gesamtumstände zu berücksichtigen. Ein nicht konsolidiertes strukturiertes Unternehmen, an dem die Bank keinen Anteil im Sinne des IFRS 12 hält, wird als gesponsert angesehen, sofern dieses zugunsten eines Unternehmens der Deka-Gruppe gegründet wurde und die Gruppe aktiv an der Gestaltung von Zielsetzung und Design des nicht konsolidierten strukturierten Unternehmens mitgewirkt hat. Eine Sponsortätigkeit der Gruppe liegt auch dann vor, wenn das nicht konsolidierte strukturierte Unternehmen, beispielsweise aufgrund seiner Firmen- oder Produktbezeichnung, eine namentliche Verbindung zu einem Unternehmen der Deka-Gruppe aufweist.

Im Berichtsjahr bestanden keine Beziehungen zu gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen. Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten lagen zum 31. Dezember 2015 nicht vor.

79 Anteilsbesitzliste

Bei den Angaben zum Anteilsbesitz handelt es sich um eine Zusatzangabe nach § 315a HGB.

Auf die Angabe der Vorjahreswerte wird daher verzichtet.

In den Konsolidierungskreis einbezogene Tochterunternehmen (verbundene Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Deka Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Far East Pte. Ltd., Singapur	100,00
Deka Grundstücksverwaltungsgesellschaft I (GbR), Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Immobilien Luxembourg S.A., Luxemburg	100,00
Deka International S.A., Luxemburg	100,00
Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Real Estate Lending k.k., Tokio	100,00
Deka Real Estate Services USA Inc., New York	100,00
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxemburg	100,00
DKC Deka Kommunal Consult GmbH, Düsseldorf	100,00
ExFin AG i.L., Zürich (ehemals: Deka(Swiss) Finanz AG)	100,00
International Fund Management S.A., Luxemburg	100,00
Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin	100,00
Roturo S.A., Luxemburg	100,00
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Düsseldorf	99,74 ¹⁾
WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG, Frankfurt am Main	94,90

¹⁾ 5,1 Prozent werden von der WIV GmbH & Co. Beteiligungs KG gehalten.

In den Konsolidierungskreis einbezogene Tochterunternehmen (strukturierte Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Fondsvermögen in %
A-DGZ-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-DGZ 2-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-DGZ 5-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-DGZ 13-FONDS, Luxemburg	100,00
A-DKBankLUX1-FONDS, Luxemburg	100,00
A-Treasury 2000-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
A-Treasury 93-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
DDDD-FONDS, Frankfurt am Main	100,00
Deka Treasury Corporates-FONDS, Frankfurt am Main	100,00

At-equity einbezogene Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen:

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in T€ ¹⁾	Jahresergebnis in T€ ¹⁾
Gemeinschaftsunternehmen			
S PensionsManagement GmbH, Köln	50,00	111.686,9	1.720,1
Dealis Fund Operations GmbH, Frankfurt am Main	50,00	19.377,8	1.180,9
Assoziierte Unternehmen			
S Broker AG & Co. KG, Wiesbaden	30,64	28.579,6	513,6

¹⁾ Werte des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014.

Nicht at-equity einbezogene Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen:

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Gemeinschaftsunternehmen	
Deka-Neuburger Institut für wirtschaftsmathematische Beratung GmbH, Frankfurt am Main	50,00
Assoziierte Unternehmen	
DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH, Frankfurt am Main	20,00

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen (verbundene Unternehmen):

Name, Sitz	Anteil am Kapital in %
Datogon S.A., Luxemburg	100,00
Deka Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Investors Spezial InvAG m.v.K. und TGV, Frankfurt am Main	
Teilgesellschaftsvermögen Deka Investors Unternehmensaktien	100,00
Deka Treuhand GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vermögensverwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Deka Vermögensmanagement GmbH, Frankfurt am Main (ehemals: Deka Vorratsgesellschaft 01 mbH)	100,00
Deka Treuhand Erwerbsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00
Deutsche Landesbankenzentrale AG, Berlin	100,00
Europäisches Kommunalinstitut S.à.r.l., Luxemburg	100,00
LBG Leasing Beteiligungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00
Perfeus S.A., Luxemburg	100,00
Privates Institut für quantitative Kapitalmarktforschung der DekaBank GmbH, Frankfurt am Main	100,00
WIV Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	94,90

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene strukturierte Unternehmen:

Name, Sitz	Fondsvermögen in Mio. €	Anteil am Kapital / Fonds- vermögen in %
Deka-PB ManagerMandat, Frankfurt am Main	50,2	100,00
Teilgesellschaftsvermögen Deka Darlehen, Frankfurt am Main	49,9	100,00
DekaLux-Institutionell Renten Europa, Luxemburg	41,0	100,00
Deka-BR 45, Frankfurt am Main	6,1	100,00
Renten 3-7, Luxemburg	5,1	100,00
Deka-DiscoutStrategie 1/2016, Frankfurt am Main	15,8	97,85
Deka Deutsche Boerse EUROGOV® France UCITS ETF, Frankfurt am Main	5,3	97,76
Deka-Kirchen Balance, Frankfurt am Main	21,5	92,84
Deka-Multi Asset Income, Luxemburg	54,1	89,66
Deka Oekom Euro Nachhaltigkeit UCITS ETF, Frankfurt am Main	19,4	89,65
Deka-BasisStrategie Aktien, Frankfurt am Main	26,1	86,82
Deka-CorporateBond Global Hedged Euro, Frankfurt am Main	35,9	83,42
Deka Eurozone Rendite Plus 1-10 UCITS ETF, Frankfurt am Main	24,1	78,26
Deka MSCI Europe ex EMU UCITS ETF, Frankfurt am Main	54,2	74,87
Deka-CorporateBond High Yield Euro 1-4, Frankfurt am Main	27,4	72,72
REAM QUANT Fonds – Euroland Aktien Plus, Luxemburg	8,5	70,65
Deka-Globale Renten High Income, Luxemburg	40,4	68,38
Deka EURO iSTOXX ex Fin Dividend + UCITS ETF, Frankfurt am Main	127,9	67,19
Deka-Immobilien PremiumPlus-Private Banking, Luxemburg	63,7	62,78
Deka-RentenStrategie Global, Luxemburg	45,5	54,74
Deka Deutsche Boerse EUROGOV® Germany UCITS ETF, Frankfurt am Main	417,1	50,93
Deka-TotalReturn Strategie 94 I (A), Luxemburg	43,1	45,53
Mix-Fonds: Select ChancePlus, Luxemburg	2,0	45,30
Deka EURO STOXX 50® (thesaurierend) UCITS ETF, Frankfurt am Main	14,3	45,25
Deka Deutsche Boerse EUROGOV® Germany 3-5 UCITS ETF, Frankfurt am Main	70,6	43,96
Deka-EuroFlex Plus, Luxemburg	126,8	42,28
Deka MSCI Japan UCITS ETF, Frankfurt am Main	20,1	39,22
Deka STOXX® Europe Strong Growth 20 UCITS ETF, Frankfurt am Main	5,7	29,17
Deka-RentSpezial EM 3/2021, Luxemburg	200,9	24,20
Deka DAX® ex Financials 30 UCITS ETF, Frankfurt am Main	42,9	24,17
Deka-Liquidität, Frankfurt am Main	2.286,7	20,73
Comtesse DTD Ltd., London	0,0	9,99 ¹⁾

¹⁾ Abweichende Stimmrechte 25,1 Prozent.

80 Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Die Deka-Gruppe unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen. Hierzu gehören die Anteilseigner der DekaBank, aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen sowie Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesen beherrschte Unternehmen. Nicht konsolidierte eigene Publikums- und Spezialfonds, bei denen am Bilanzstichtag die Anteilsquote der Deka-Gruppe 10,0 Prozent übersteigt, werden für diese Darstellung entsprechend ihrer Anteilsquote als Tochterunternehmen, assoziierte Unternehmen beziehungsweise sonstige nahestehende Unternehmen ausgewiesen.

Natürliche Personen in Schlüsselpositionen, die gemäß IAS 24 als nahestehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der DekaBank als Mutterunternehmen. Der Personalaufwand für die betreffenden Personen ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Mio. €	Vorstand		Verwaltungsrat	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Kurzfristig fällige Leistungen	3,1	3,1	0,7	0,6
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1,8	1,9	–	–
Andere langfristig fällige Leistungen	2,8	3,5	–	–
Gesamt	7,7	8,5	0,7	0,6

Die Vergütungen an Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat, die außerhalb ihrer Verwaltungsrats Tätigkeit geleistet wurden, erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Deka-Gruppe werden Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Es handelt sich dabei unter anderem um Kredite, Tages- und Termingelder sowie Derivate. Die Verbindlichkeiten der Deka-Gruppe gegenüber den Publikums- und Spezialfonds sind im Wesentlichen Bankguthaben aus der vorübergehenden Anlage liquider Mittel. Der Umfang der Transaktionen ist aus den folgenden Aufstellungen ersichtlich.

Geschäftsbeziehungen zu Anteilseignern der DekaBank und nicht konsolidierten Tochtergesellschaften:

Mio. €	Anteilseigner		Tochtergesellschaften	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	45,0	45,0	1,1	0,2
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	–	–	43,3	5,6
Sonstige Aktiva	–	–	0,6	0,7
Summe Aktivposten	45,0	45,0	45,0	6,5
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43,6	56,0	53,9	33,3
Summe Passivposten	43,6	56,0	53,9	33,3

Geschäftsbeziehungen zu Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und sonstigen nahestehenden Gesellschaften:

Mio. €	Gemeinschaftsunternehmen / Assoziierte Unternehmen		Sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	–	0,8	0,2	0,1
Zum Fair Value bewertete Finanzaktiva	–	–	27,4	–
Sonstige Aktiva	0,9	1,9	0,4	0,1
Summe Aktivposten	0,9	2,7	28,0	0,2
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	582,1	24,6	645,7	3,8
Zum Fair Value bewertete Finanzpassiva	31,5	31,9	1,8	–
Summe Passivposten	613,6	56,5	647,5	3,8

81 Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2015			2014		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeitbeschäftigte	2.292	985	3.277	2.286	995	3.281
Teilzeit- und Aushilfskräfte	137	611	748	131	584	715
Gesamt	2.429	1.596	4.025	2.417	1.579	3.996

82 Bezüge der Organe

€	2015	2014
Gesamtbezüge aktiver Organmitglieder		
Vorstand	4.293.060	4.875.941
Verwaltungsrat	709.500	622.583
Gesamtbezüge früherer Organmitglieder und deren Hinterbliebenen		
Vorstand	5.370.846	4.285.940
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen für ehemalige Vorstände und ihre Hinterbliebenen	61.331.365	60.244.059

Die angegebenen Bezüge der aktiven Vorstandsmitglieder enthalten alle im jeweiligen Geschäftsjahr gewährten Vergütungen und Sachbezüge. Dazu zählen auch variable Vergütungsbestandteile, die auf Vorjahre entfallen und somit von der Geschäftsentwicklung früherer Perioden abhängig sind.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Ebenso wurden keine Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personen eingegangen.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden den aktiven und früheren Vorstandsmitgliedern variable Vergütungsbestandteile, die von künftigen Bedingungen abhängen, in Höhe von 4,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3,6 Mio. Euro) zugesagt. Variable Vergütungsbestandteile, die nicht im Jahr der Zusage zur Auszahlung kommen, sind von einer nachhaltigen Wertentwicklung der Deka-Gruppe abhängig und werden erst in den auf das Zusagejahr folgenden drei Geschäftsjahren gewährt. Die gewährten nachhaltigen Vergütungsbestandteile sind mit einer Haltefrist von zwei Jahren versehen, nach deren Verstreichen sie ausgezahlt werden. Für die Bewertung der Nachhaltigkeit wird das ausschüttbare Ergebnis, der Unternehmenswert, das Wirtschaftliche Ergebnis, die Verbundleistung an Sparkassen, die Nettovertriebsleistung sowie der individuelle Erfolgsbeitrag der Vorstandsmitglieder herangezogen. Die Gesamtbezüge beinhalten aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile aus Vorjahren an aktive Vorstandsmitglieder in Höhe von 1,0 Mio. Euro und an frühere Vorstandsmitglieder in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Davon entfallen auf aktive Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2014 ein Betrag in Höhe von 0,4 Mio. Euro, für das Geschäftsjahr 2013 ein Betrag in Höhe von 0,2 Mio. Euro, für das Geschäftsjahr 2012 ein Betrag in Höhe von 0,3 Mio. Euro und für das Geschäftsjahr 2011 ein Betrag in Höhe von 0,1 Mio. Euro.

83 Abschlussprüferhonorare

Im Berichtsjahr wurden für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses folgende Honorare als Aufwand erfasst:

Mio. €	2015	2014	Veränderung
Honorare für			
Abschlussprüfungsleistungen	2,5	1,9	0,6
Andere Bestätigungsleistungen	1,0	0,6	0,4
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,2	-0,1
Sonstige Leistungen	0,1	0,4	-0,3
Gesamt	3,7	3,1	0,6

84 Übrige sonstige Angaben

Der Konzernabschluss wird am 18. Februar 2016 durch den Vorstand der DekaBank zur Veröffentlichung freigegeben.

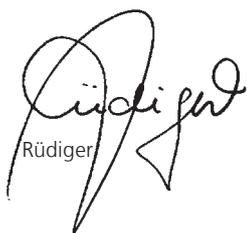
Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, 18. Februar 2016

DekaBank
Deutsche Girozentrale

Der Vorstand



Rüdiger



Dr. Stocker



Better



Dr. Danne



Müller

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der DekaBank Deutsche Girozentrale AöR, Berlin/Frankfurt, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Notes 2015 (Anhang) zum Konzernabschluss – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 19. Februar 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Fox
Wirtschaftsprüfer

Diese Seite ist absichtlich freigelassen worden.

.Deka

DekaBank
Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt
Postfach 110523
60040 Frankfurt

Telefon: (069) 71 47-0
Telefax: (069) 71 47-13 76
www.dekabank.de

 **Finanzgruppe**

ADRESSEN-LISTE

EMITTENTIN

DekaBank Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

EMISSIONSSTELLE, ZAHLSTELLE, BERECHNUNGSSTELLEN
grundsätzlich

DekaBank Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

LISTINGSTELLE
grundsätzlich

DekaBank Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

RECHTSBERATER

der Emittentin
in Bezug auf deutsches Recht

**Zentralbereich Recht,
Kapitalmarktrecht**
DekaBank Deutsche Girozentrale
Mainzer Landstraße 16
60325 Frankfurt am Main
Deutschland

Mayer Brown LLP
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Deutschland